EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HEFT 4 APRIL 1953



8. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 42 00 56

Der sozialistische Wettbewerb – die Hauptmethode zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus

In der Auswertung der Lehren des XIX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stellte die 10. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei die Aufgabe, den Wettbewerb der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz in den sozialistischen Betrieben auf eine neue, höhere Stufe zu heben und ihn zum sozialistischen Wettbewerb zu entwikkeln.*) In dem Beschluß des Zentralkomitees vom 3. Februar dieses Jahres über den Feldzug für strengste Sparsamkeit wird dies noch einmal nachdrücklich betont. Es heißt dort:

> „Der Wettbewerb muß auf eine höhere Stufe gehoben und zum *sozialistischen* Wettbewerb entwickelt werden. Das erfordert, in Verbindung mit dem Kampf um die vorfristige Erfüllung des Planes der Bruttoproduktion den Kampf um die systematische Senkung der Selbstkosten und um die Verbesserung der Rentabilität in den Mittelpunkt des Wettbewerbs zu stellen." („Einheit", Heft 3, 1953, S. 324)

Zweifellos haben die Werktätigen in den vergangenen Jahren mit Hilfe des Wettbewerbs große Erfolge erzielt. Wenn der Volkswirtschaftsplan 1952 in der Bruttoproduktion mit 104 Prozent erfüllt werden konnte, so ist dies nicht zuletzt ein Ergebnis des Wettbewerbs in den sozialistischen Betrieben. Für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus reichen jedoch die bisherigen Formen und der bisherige Inhalt unserer Wettbewerbsbewegung nicht mehr aus.

Im allgemeinen konzentriert sich der Wettbewerb bei uns auch heute noch fast ausschließlich auf die Erfüllung der bloßen Produktionsziffern, wobei die Berechnungsgrundlage in den Industriezweigen und sogar innerhalb der einzelnen Betriebe sehr unterschiedlich ist. Der Wettbewerb gilt kaum der Erfüllung des Planes in *allen* seinen Teilen, vor allem fehlt er bei der Erfüllung des Finanzplanes, der planmäßigen Senkung der Selbstkosten und der Einhaltung der Sortimente. In vielen Fällen steht der Erfüllung des Produktionsplanes eine Überschreitung des Finanzplanes, sowie die Nichterfüllung des Planes der Senkung der Selbstkosten gegenüber. Da der Wettbewerb meist

*) Der sich seit der II. Parteikonferenz entwickelnde Wettbewerb zwischen und in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wird hier außer Betracht gelassen.

auf der Basis alter, zu niedriger Normen, die nicht die erforderliche und mögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Inhalt haben, durchgeführt wird, ist bei uns eine Übererfüllung der Normen von 150 bis 200 Prozent fast eine allgemeine Erscheinung. Auch trägt der Wettbewerb bei uns trotz aller Erfolge immer noch ungenügend den Charakter des Massenwettbewerbs. Häufig steht die Jagd nach Rekorden und nicht die planmäßige Hilfe für die breiten Massen der Durchschnittsarbeiter im Mittelpunkt.

Neben diesen weit verbreiteten Erscheinungen gibt es aber bereits starke Keime des Neuen, des *sozialistischen* Wettbewerbs. Auf der II. Parteikonferenz wies Genosse Walter Ulbricht sehr nachdrücklich auf sie hin und nannte vor allem die Entstehung der Franik-Bewegung. Seither gibt es eine Reihe neuer Anzeichen der wachsenden Masseninitiative, vor allem die Bewegung zur generellen Erhöhung der bestehenden Normen, die sich in den letzten Wochen stürmisch zu entfalten beginnt. Diese Ansätze zu einer wahren Massenbewegung zu gestalten, auf ihrer Grundlage den sozialistischen Wettbewerb zu organisieren und zu verbreitern, das ist eine der entscheidenden Aufgaben der Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane im Kampf um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953.

Den Weg dazu weisen uns die Lehren des genialen Stalinschen Werkes „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" und des XIX. Parteitages der KPdSU. Durch sie wurde die Lenin-Stalinsche Lehre vom sozialistischen Wettbewerb bereichert und weiterentwickelt. Das Studium und die Anwendung dieser Lehren sind die Grundbedingung für jeden dauerhaften Erfolg auf dem Gebiet des Wettbewerbs und müssen daher zum Inhalt der Wettbewerbsarbeit von Partei und Gewerkschaften werden.

Die Entdeckung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus durch den Genossen Stalin ist für die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs von größter Bedeutung. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus lehrt uns, daß das Ziel der sozialistischen Produktionsweise, die „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft", durch „ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik" erreicht wird. Bei der Darlegung des Wirkens des ökonomischen Grundgesetzes unter den Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik erklärte Genosse Walter Ulbricht, daß die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in unserer Republik gegenwärtig u. a. bedeutet:

„Stärkung der sozialistischen Industrie, das heißt Rekonstruktion der bestehenden und Errichtung neuer sozialistischer Betriebe; Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus entsprechend den Gesetzen über die erweiterte Reproduktion der sozialistischen Wirtschaft. Die Lösung dieser Aufgaben erfordert vor allem die ununterbrochene Steigerung der Arbeitsproduktivität und die ständige Senkung der Selbstkosten." (Walter Ulbricht, „Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 21)

Die Hauptmethode für die Erfüllung dieser Aufgaben ist der sozialistische Wettbewerb. Das erfordert, daß Inhalt und Zielsetzung des Wettbewerbs diesen Aufgaben dienen müssen. Dabei muß im Mittelpunkt die Frage der sozialistischen Akkumulation stehen. Der Bau großer Werke der Grundstoffindustrie wie z. B. das Eisenhüttenkombinat Ost, das Eisenwerk West, das Braunkohlenkokswerk „Mátyás Rákosi", die Neuausrüstung der Kraftwerke mit hochleistungsfähigen Turbinen und Generatoren, die Herstellung neuer Maschinen und Aggregate, all das sind wichtige Voraussetzungen für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, für die der Staat Milliardenbeträge als Investitionssumme benötigt. Dazu kommt, daß zur Sicherung und Verbesserung unserer Ernährung durch die Steigerung der Hektarerträge unser Staat den werktätigen Bauern, die sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, durch die Erweiterung und Belieferung der MTS mit landwirtschaftlichen Großbearbeitungsgeräten wirksame Hilfe geben muß, um den Übergang zu einer ertragreichen sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft zu sichern. Auch dazu werden von unserem Staat jährlich viele hunderte Millionen Mark benötigt.

Neben diesen wichtigen Ausgaben für die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion sieht unsere Regierung alljährlich im Volkswirtschaftsplan viele hundert Millionen Mark für die Erweiterung des Netzes der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Betreuung vor; alljährlich steigert sich die Zahl der Polikliniken, der Ambulatorien, der Schulen, der Kindergärten und Kinderkrippen, der Kulturhäuser und Kulturräume, der Speiseräume und anderer Einrichtungen. Diese Ausgaben, die den Interessen aller Werktätigen entsprechen, erhöhen ständig und unmittelbar das Realeinkommen und die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Quelle für diese Ausgaben, die der Staat im Interesse aller Werktätigen, im Interesse des Aufbaus des Sozialismus verwendet, bilden vor allem die Gewinne der volkseigenen Industrie. Es kommt deshalb darauf an, daß unsere volkseigenen Betriebe auch gewinnbringend, rentabel arbeiten. Um dies zu erreichen, ist die Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes von erstrangiger Bedeutung. Nur durch die Anwendung dieser Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung wird erreicht, daß die Anstrengungen der Werktätigen in der Produktion auch tatsächlich zu dem von uns angestrebten Ziel — der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung — führen.

Einen Wettbewerb, der diese Aufgabe nicht erfüllt, kann man nicht als sozialistischen Wettbewerb bezeichnen, wenn auch vielleicht äußerlich hohe Produktionsziffern erreicht werden. Das Ziel des sozialistischen Wettbewerbs muß es sein:

1. Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplanes des Betriebes, der Abteilung, der Schicht, der Brigade und des einzelnen Arbeiters auf der Grundlage technisch begründeter fortschrittlicher Arbeitsnormen.

2. Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes, planmäßige und überplanmäßige Senkung der Selbstkosten auf der Grundlage echter Materialverbrauchsnormen, vor allem durch Einsparung von Material, Hilfsstoffen, Brennstoffen, Energie und Arbeitszeit sowie durch Senkung des Ausschusses. Erreichung der Rentabilität des Betriebes.

3. Ständige Steigerung der Qualität der Produktion und strengste Einhaltung der festgesetzten Sortimente.

Alle drei Punkte gehören zusammen. Wenn auch nur *einer* von ihnen unvollständig oder gar nicht erfüllt wird, ist der Wert aller anderen „Erfolge" ebenfalls illusorisch.

*

Die überaus große Bedeutung, die gewaltige, unbesiegbare Kraft des sozialistischen Wettbewerbs als *Haupt*methode zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ergibt sich aus dem von Lenin und Stalin entdeckten Wesen des sozialistischen Wettbewerbs.

Die wichtigste Produktivkraft sind die Menschen mit ihrer Produktionserfahrung und Arbeitsfertigkeit. Genosse Stalin lehrt uns, daß die Realität des Produktionsplanes die Millionen Werktätigen sind, ihr Arbeitswille, ihre Bereitschaft, auf neue Art zu arbeiten, ihre Entschlossenheit, den Plan zu erfüllen. Alle diese schöpferischen Kräfte werden vor allem durch den sozialistischen Wettbewerb entwickelt. Lenin erklärte bereits im Jahre 1918:

> „Der Sozialismus erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf *breiter* Grundlage, wirklich im *Massen*umfange anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeit entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat." („Lenin und Stalin über den Wettbewerb", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 9)

Die tiefe Wahrheit dieser Leninschen Lehre beweisen u. a. die mehr als 100 000 realisierten Verbesserungsvorschläge, die im Jahre 1952 in der Deutschen Demokratischen Republik aus den Reihen der Werktätigen kamen und einen Jahresnutzen von mindestens 80 Millionen DM erbrachten.

Genosse Malenkow wies auf dem XIX. Parteitag der KPdSU nachdrücklich darauf hin, daß zur Entfaltung der schöpferischen Masseninitiative im sozialistischen Wettbewerb die *kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen mit dem Ziel eines allgemeinen Aufschwungs* das A und O der Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften in der Produktion sein muß.

Hilfe für die Zurückbleibenden bedeutet Erhöhung ihres kulturell-technischen Niveaus. Das ist der Kern der Lehren Lenins und Stalins über den sozialistischen Wettbewerb. In seinem Werk „Ökonomische Probleme des

Sozialismus in der UdSSR" hat Genosse Stalin diese These allseitig ausgearbeitet. Genosse Stalin lehrt:

„Warum nahm der sozialistische Wettbewerb Massencharakter an? Weil sich unter den Arbeitern ganze Gruppen von Genossen fanden, die sich nicht nur das technische Minimum aneigneten, sondern weitergingen, das Niveau des technischen Personals erreichten und begannen, die Techniker und Ingenieure zu korrigieren, mit den bestehenden Normen als veralteten Normen zu brechen und neue, zeitgemäßere Normen einzuführen usw. Was wäre gewesen, wenn nicht einzelne Gruppen von Arbeitern, sondern die Mehrheit der Arbeiter ihr kulturelles und technisches Niveau auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern gehoben hätten? Unsere Industrie hätte eine Höhe erreicht, die für die Industrie anderer Länder unerreichbar ist. Folglich kann nicht geleugnet werden, daß die Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durch Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Arbeiter auf das Niveau des technischen Personals für uns erstrangige Bedeutung haben muß." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 29)

Für uns bedeutet Erhöhung des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiter vor allem Studium und Anwendung sowie Beherrschung der Arbeitsmethoden der sowjetischen Neuerer der Produktion, der Erkenntnisse und Erfahrungen der sowjetischen Wissenschaft und Technik. Die Aneignung der Erfahrungen der sowjetischen Neuerer und der sowjetischen Wissenschaftler ist eine Notwendigkeit, um den Wettbewerb in einen sozialistischen zu verwandeln.

Trotz aller bereits erzielten Erfolge genügt der Stand auf diesem Gebiet jedoch nicht. So arbeiteten von allen Teilnehmern des Massenwettbewerbs im IV. Quartal 1952 nur etwa 15 Prozent nach sowjetischen Arbeitsmethoden. Das reicht heute nicht mehr aus.

Der Kampf um den sozialistischen Wettbewerb, der Kampf um die Durchsetzung und massenweise Anwendung sowjetischer Arbeitsmethoden ist zugleich ein Kampf gegen antisowjetische, nationalistische Vorurteile, gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in den Köpfen mancher Werktätiger. Das wird bei uns häufig unterschätzt oder ganz vergessen. Entwicklung des Wettbewerbs zum sozialistischen Wettbewerb erfordert, daß die Masse der Wettbewerbsteilnehmer nach sowjetischen Arbeitsmethoden arbeitet.

Die Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen besteht weiterhin in der Vermittlung der reichen Erfahrungen der Nationalpreisträger, Helden der Arbeit, Aktivisten, unserer qualifizierten Facharbeiter, Brigadiere, Meister und Techniker an ihre Kollegen. Die Hauptmethode dazu ist heute die des Genossen Franz Franik, der das Prinzip und die Bedeutung der Hilfe für die Zurückgebliebenen in den Worten zusammenfaßte: „Dadurch, daß ich meinen Brigademitgliedern helfe, höhere Leistungen zu vollbringen, ihnen meine Erfahrungen und Kenntnisse vermittle, hat unser Staat mehr Kohle."

Es gibt in unseren volkseigenen Betrieben, besonders seit der II. Parteikonferenz der SED, zum Teil sehr beachtliche Ansätze, dieses Prinzip der Hilfe, der Übermittlung der Erfahrungen im Wettbewerb in die Tat umzusetzen. Es gibt Aktivistenschulen, Produktionsberatungen usw.

Dennoch ist dies bis heute noch keine die Mehrzahl der Werktätigen der sozialistischen Betriebe erfassende Massenbewegung geworden. Eine der wichtigsten Ursachen liegt darin, daß einige unumgänglich notwendige technisch-organisatorische Voraussetzungen — trotz aller Beschlüsse und Hinweise — bis heute noch fehlen, daß damit der vollen Entfaltung der schöpferischen Masseninitiative ein großes Hemmnis im Weg liegt.

Für den sozialistischen Aufbau, so lehrt Genosse Stalin, ist es notwendig, daß wir

„... für die Arbeiter Arbeitsbedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, rationell zu arbeiten, die Produktivität zu steigern, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern. Man muß also die Arbeit in den Betrieben so organisieren, daß die Produktivität von Monat zu Monat, von Vierteljahr zu Vierteljahr steigt." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 409)

Ausgehend von diesen Hinweisen Stalins ergibt sich für den sozialistischen Wettbewerb in unserer Republik, daß zur Entfaltung eines sozialistischen Wettbewerbs bestimmte technisch-organisatorische Voraussetzungen notwendig sind. Ohne diese Voraussetzungen gibt es keinen sozialistischen Wettbewerb, der wirklich als Hauptmethode des sozialistischen Aufbaus wirkt. In seinem Brief an die Werktätigen des Magdeburger „Karl-Liebknecht-Werkes" sagte Genosse Walter Ulbricht:

„In Eurem Beschluß gebt Ihr dem Willen Ausdruck, zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beizutragen, indem Ihr dem Wettbewerb einen neuen, sozialistischen Inhalt gebt, der darin besteht, technisch begründete fortschrittliche Arbeitsnormen einzuführen, Materialverbrauchsnormen festzulegen, die Selbstkosten zu senken und Euch die Erfahrungen der sowjetischen Neuerer und der sowjetischen Wissenschaftler anzueignen."

Nur unter diesen Voraussetzungen erhält der Wettbewerb eine reale Grundlage, dient er tatsächlich der Planerfüllung in allen Teilen und wird zu einem wichtigen Mittel der sozialistischen Akkumulation. Schließlich sind diese Voraussetzungen notwendig, damit jeder Arbeiter sein konkretes Wettbewerbsziel kennt und nicht blind, sondern bewußt für die Erfüllung seiner Planaufgabe kämpft.

Das Haupthemmnis ist dabei das Fehlen technisch begründeter Arbeitsnormen. Heute ist das Bestehen zu niedriger Normen in den meisten Betrieben eine ernste Gefahr für die gesamte weitere Entwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft. Die Ursache dafür liegt vor allem in dem ungenügenden Kampf um die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei. Bereits auf der 6. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei im Juni 1951 wurde grundsätzlich auf die Bedeutung der Normen hingewiesen. Es gab in der Folge gerade in bezug auf

die Normen sehr viele Hinweise der führenden Genossen, ganz zu schweigen von dem großen Schatz der sowjetischen Erfahrungen. Zehntausende von Arbeitern haben in den vergangenen Jahren die Normen freiwillig erhöht, was eine Kritik an den alten Normen bedeutete. Trotzdem gab es bis vor kurzem in den meisten Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsleitungen keine ernsthafte Orientierung auf den Kampf um höhere Normen. Dieses Zurückweichen vor Schwierigkeiten ist ein Ausdruck der Überreste des Sozialdemokratismus in unserer Partei.

Die große Bedeutung richtiger Normen ergibt sich vor allem daraus, daß von ihnen in erster Linie die Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes abhängt und damit die sozialistische Akkumulation sichergestellt wird. Wir können an Verwaltungskosten, Kosten des Handelsapparates usw. zwar sehr viel einsparen und müssen dies auch tun. Der Kern ist jedoch die Sicherung der Gewinne der sozialistischen Betriebe. Von dem Bestehen technisch begründeter fortschrittlicher Arbeitsnormen, von der schnellen Überwindung der heute gültigen zu niedrigen Normen hängt es in erster Linie ab, ob unsere volkseigene Wirtschaft mit Gewinn oder Verlust arbeitet.

Die Gewinne der volkseigenen Betriebe werden durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten erzielt und vermehrt. Wenn aber die Arbeitsnormen zu niedrig sind, d. h. wenn die Arbeitsleistung nicht im richtigen Verhältnis zum Lohn steht, können die Selbstkosten nicht in dem vorgesehenen Maße gesenkt werden und unserem Staat werden die Mittel für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Produktion und die unmittelbare Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung entzogen.

Woraus ergibt sich diese große Bedeutung der Normen?

Unter einer technisch begründeten Arbeitsnorm verstehen wir die Produktionsmenge, die ein Arbeiter in einer bestimmten Zeiteinheit bei bester Ausnützung der vorhandenen Produktionsbedingungen durch gewissenhafte Ausnützung der Arbeitszeit und Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsmethoden leisten muß, um den festgelegten Tariflohn seiner Lohngruppe zu erhalten. Dabei ist selbstverständlich, daß die herzustellende Stückzahl der geforderten Qualität entsprechen muß.

Die Arbeitsnorm ist die Grundlage der Entlohnung im sozialistischen Betrieb, denn ohne die genaue Festlegung der Menge der Arbeit kann es auch keine richtige Entlohnung nach der Leistung geben. Das bedeutet, daß ein Arbeiter, der in eine bestimmte Lohngruppe eingestuft wird, sowohl die erforderliche Qualifikation besitzen, als auch durch volle Ausnutzung des Arbeitstages und eine hohe Arbeitsdisziplin die technisch begründeten Arbeitsnormen erfüllen muß. Deshalb lehrt uns Genosse Stalin:

„Die technischen Normen sind eine große regulierende Kraft, die die breiten Arbeitermassen in der Produktion um die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse organisiert." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 608)

Die technisch begründeten Arbeitsnormen bilden weiterhin die Grundeinheit der Planung der Produktion, der Arbeitskräfte, der Löhne und der Preise. Die Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen durch die Steigerung des Reallohnes, vor allem durch die Senkung der Preise, ist abhängig von der Höhe und der ständigen Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Arbeitsnorm ist in Verbindung mit den Normen für Materialverbrauch, Maschinenauslastung, Energieverbrauch usw. ein wichtiger Bestandteil der Preisbildung, denn sie gibt den Lohnanteil am einzelnen Stück an. Es kommt bei der Erläuterung der Notwendigkeit höherer technischer Normen vor allem darauf an, dies den Werktätigen so eindringlich klarzumachen, wie es z. B. der Kollege Baumann aus dem VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke tat:

„Seht mal“, sagte er zu seinen Kollegen, „Ihr wollt, daß die Preise für Schuhe, Kleidung und andere Gegenstände gesenkt werden. Das erfordert doch aber, daß die Arbeiter in diesen Betrieben besser und billiger arbeiten, damit auch die Ware billiger werden kann. Die Bekleidungs- und Schuhfabriken aber können das um so besser, je billiger wiederum wir arbeiten, weil ja in unserer ganzen Wirtschaft ein Rad ins andere greift, ein Betrieb vom anderen abhängig ist.“

Das verstanden seine Kollegen und pflichteten ihm bei, als er sagte: „Wenn aber alle nach solch ungesunden Normen wie wir arbeiten, wenn sie praktisch für den gleichen Lohn nur die Hälfte von dem leisten, was sie eigentlich schaffen könnten, dann kann auch unsere Produktion nie billiger werden.“

Die Höhe der technisch begründeten Arbeitsnorm hängt ab von der Ausnützung aller Möglichkeiten der Verbesserung der Technik und der vollen Ausnützung der Produktionskapazität, von der Verbesserung der Arbeitsorganisation, von der vollen produktiven Ausnützung des Arbeitstages, von der fachlichen Qualifikation der Arbeiter sowie von der Produktionserfahrung und der Arbeitsfertigkeit der Aktivisten.

Die Ausarbeitung der technischen Normen erfordert also eine allseitige Überprüfung aller Möglichkeiten der Verbesserung der Technik und Arbeitsorganisation, wobei die Vorschläge der Arbeiter, Meister und Ingenieure zugrunde liegen müssen. Bereits die Ausarbeitung der Normen führt auf diese Weise zu einer weiteren Erschließung neuer Kapazitäten.

Die Höhe der Normen wird von der Leistung der Neuerer der Produktion entscheidend beeinflußt; denn wir orientieren uns auch hier auf das Neue. Dieses Neue sind die Aktivistenleistungen, die durch die Meisterung der Technik erzielt wurden. Genosse Stalin lehrt uns, daß die neuen Arbeitsnormen etwa in der Mitte zwischen den bestehenden Normen und den von den besten Stachanow-Arbeitern erreichten Leistungen liegen müssen. Nur auf diese Weise verwirklichen die Normen ihre mobilisierende Kraft und führen die Mehrzahl der Arbeiter allmählich an die Leistungen der besten Arbeiter heran.

Die technisch begründete Arbeitsnorm ist keine beständige Größe. Sie muß sich ändern mit der Entwicklung der Produktionstechnik, der Arbeitsorgani-

sation und der Meisterung der Technik durch unsere Arbeiter. Das Studium der sowjetischen Arbeitsmethoden und der Erfahrungen unserer Neuerer der Produktion zeigt immer neue Wege für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten. So ergab z. B. die Einführung des Schnellwalzens nach dem Vorbild des Genossen Turtanow im Walzwerk Hettstedt eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität, die die Schaffung höherer Normen ermöglichte. Solche Normen sind aber bei uns heute noch Ausnahmen. Im allgemeinen entsprechen die heute bestehenden Normen in keiner Weise dem Leistungsniveau unserer Arbeiter und Betriebe. Die Worte des Genossen Stalin auf der ersten Unionsberatung der Stachanow-Leute am 17. November 1935 treffen voll und ganz auf unsere heutige Lage zu:

> „Eins ist jedenfalls klar: die jetzigen technischen Normen entsprechen bereits nicht mehr der Wirklichkeit, sie sind zurückgeblieben und zu einem Hemmschuh für unsere Industrie geworden. Damit sie aber unsere Industrie nicht hemmen, müssen sie durch neue, durch höhere technische Normen ersetzt werden. Neue Menschen, neue Zeiten — neue technische Normen." (Ebenda, S. 609)

Die meisten unserer Normen sind veraltet und stehen in keiner Beziehung zu den Möglichkeiten der Produktion. Sie sind meistens auf die alte, in den kapitalistischen Betrieben übliche und notwendige Methode des „Herausholens" ausgehandelt worden und widersprechen deshalb zutiefst den neuen Bedingungen unseres sozialistischen Aufbaus. Die bisherigen Normen können mit diesen neuen Bedingungen nicht Schritt halten und bieten deshalb keinen Anreiz zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Erhöhung der fachlichen Qualifikation, zur Anwendung von Neuerer-Methoden und zur gewissenhaften Ausnutzung des Arbeitstages durch alle Arbeiter. Diese Normen bewirken einen zu hohen Lohnanteil am Produkt und hindern die planmäßige Senkung der Selbstkosten. Die zu niedrigen Normen sind eine der Ursachen, weshalb im Volkswirtschaftsplan 1952 die planmäßige Senkung der Selbstkosten nur zu 77 Prozent erreicht wurde und die Lohnsumme schneller als die Arbeitsproduktivität stieg. So gab es im Zwickauer „Martin-Hoop-Werk" im Jahre 1952 zwar eine durchschnittliche Normenerfüllung von 126,7 Prozent; die Arbeitsproduktivität sank jedoch um 21 Prozent und die Lohnsumme stieg um 64,9 Prozent. Eine solche Entwicklung führt zu einer Gefährdung unseres sozialistischen Aufbaus, denn sie beraubt uns der notwendigen Mittel für den weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau.

Wie wirken sich diese „weichen" Normen auf den Wettbewerb aus? Die Normen werden wohl zu 150, 180 und sogar zu 200 Prozent erfüllt. Faktisch erfolgt jedoch nur eine geringere Steigerung der Arbeitsproduktivität, während die Lohnsumme unverhältnismäßig steigt. Es ist klar, daß solche Wettbewerbe keine sozialistischen Wettbewerbe sind, denn sie fördern nicht, sondern sie hemmen eher unseren sozialistischen Aufbau. Die zu niedrigen Normen hindern zugleich die weitere Hebung des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiter, denn sie verletzen das Leistungsprinzip und das Prinzip des materiellen Anreizes. Schließlich verleiten die alten Normen zur Verletzung der Arbeits-

disziplin, zur Schluderei in der Arbeitsorganisation und zur Bummelei. Wenn die Normen schlecht sind, dann ist auch die Arbeitsorganisation im Betrieb unzureichend, weil bei diesen leicht erfüllbaren Normen kein wirklicher Kampf um die allseitige Verbesserung der Arbeitsorganisation geführt wird. Die niedrigen Normen tragen sogar dazu bei, schlechte Zustände in der Arbeitsorganisation zu vertuschen. Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsorganisation durch Betriebsleitung und Belegschaft beginnt aber sofort, wenn die Normen höher sind und man deshalb nachdenken muß, um alle Hindernisse in der Normenerfüllung, wie Mängel in der Arbeitsorganisation, ungenügende Ausnützung der Technik usw. zu beseitigen.

Die schnelle und umfassende Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen ist also eine Lebensfrage unseres sozialistischen Aufbaus, ist die Grundvoraussetzung für die volle Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs. Andererseits können wir jedoch nicht sofort in allen Industriezweigen und Betrieben zu technisch begründeten Arbeitsnormen kommen, denn dies ist eine sehr umfangreiche wissenschaftliche Arbeit, die eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Wir können aber auch nicht länger warten und uns mit dem jetzigen Zustand der niedrigen Normen abfinden. Es muß also sofort mit der Erhöhung der heute bestehenden Arbeitsnormen begonnen werden. Die Reserven, die in unseren bisherigen Normen enthalten sind, sind groß genug, um eine durchschnittliche Erhöhung der Arbeitsnormen in allen Wirtschaftszweigen um mindestens 10 Prozent durchzuführen. Das darf natürlich nicht schematisch geschehen. In einem Falle wird die Norm vielleicht nur um 4 Prozent, in einem anderen um 25 Prozent erhöht werden können; das hängt von der bisherigen tatsächlichen Erfüllung der Arbeitsnormen, vom Studium des Arbeitsablaufes, von den Erfahrungen der Aktivisten und vor allem — und das ist sehr wichtig — von der Beseitigung der von den Arbeitern kritisierten Mängel in der Arbeitsorganisation, der Materialzulieferung usw. ab. Die Erhöhung geschieht also nicht willkürlich, sondern entsprechend den jeweiligen konkreten Bedingungen.

Wie sehr diese notwendigen Maßnahmen den Interessen der Werktätigen entsprechen, zeigt die bereits erwähnte Massenbewegung für die Erhöhung der Normen, die seit einiger Zeit in unseren sozialistischen Betrieben wächst. Der Aktivist und Brigadier Otto Ehring vom Mansfeldkombinat „Wilhelm Pieck" schrieb:

> „... die Durchführung einer wissenschaftlichen Überprüfung der z. Zt. bestehenden technischen, besser gesagt, sogenannten technisch begründeten Normen würde langwierig sein.
>
> ... man sollte sofort mit der Erhöhung der Normen beginnen, denn daraus würde ein großer volkswirtschaftlicher Nutzen noch in diesem Jahre erreicht werden. Ich stelle darum die Forderung an unsere Regierung, die augenblicklichen Normen generell für alle Industriezweige um etwa 8 bis 13 Prozent — die genaue Zahl müssen unsere Fachleute für jeden Industriezweig festlegen — durch Beschluß oder Verordnung zu erhöhen. Ich erkläre, daß meine Brigade ihre Norm ab 1. April 1953 um 10 Prozent erhöht."

Auch in der sozialistischen Landwirtschaft ergreifen unsere Landarbeiter und Traktoristen die Initiative. So beschlossen z. B. die Traktoristen der Brigade Harnisch von der MTS Klettstedt und die der Brigade Hall von der MTS Mülverstedt, ihre Normen um durchschnittlich 15 bis 20 Prozent zu erhöhen.

Die Erhöhung der Normen wird nicht im Selbstlauf vor sich gehen. Sie erfordert die Überwindung rückständiger Auffassungen vieler Arbeiter, die sich noch nicht über ihre Stellung im sozialistischen Betrieb und über den Weg zum Sozialismus im klaren sind. Diese Auffassungen werden durch die Rias-Hetze und andere Agenten-Tätigkeit genährt. Der Klassenfeind wird sich mit allen Kräften gerade hierauf konzentrieren. Deshalb muß die planmäßige Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der höheren Normen als des einzig möglichen Weges zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus geduldig erklärt werden, bis auch der letzte Kollege davon überzeugt ist. Dabei muß mit aller Offenheit gesagt werden, daß diejenigen, die mit ihrer Arbeitsleistung zurückhalten, um niedrige Normen zu erhalten, objektiv zu Handlangern der amerikanischen Kriegstreiber werden. Es hängt von der guten Arbeit jedes einzelnen Genossen, jedes Gewerkschaftsgruppenorganisators und Kulturorganisators ab, ob wir diesen bedeutenden Schritt zur Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes schnell und erfolgreich tun.

*

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion lehrt uns, daß die Organisierung und Leitung des sozialistischen Wettbewerbs in den Händen der Gewerkschaften liegen muß. Daraus ergibt sich die Aufgabe für die Parteileitungen, die Anleitung und Kontrolle der Genossen in den Gewerkschaften zu verbessern. Jede Parteileitung sollte sich regelmäßig von den Genossen in den Gewerkschaften über deren Maßnahmen zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und über seinen Stand berichten lassen. Sie müssen durch ihre Kritik helfen, alle Erscheinungen des Formalismus im Wettbewerb zu überwinden. Sie sollten schließlich die Betriebsleitungen veranlassen, endlich ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen und die notwendigen technisch-organisatorischen Voraussetzungen für den sozialistischen Wettbewerb zu schaffen, d. h. fortschrittliche technisch begründete Arbeits- und Materialverbrauchsnormen zu ermitteln und einzuführen, sowie den Betriebsplan bis auf die Brigaden aufzuschlüsseln.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zu verschiedenen Fragen der Leitung und Organisierung des Wettbewerbs. Eines der wichtigsten dieser Prinzipien wurde von Lenin mit der Forderung nach der Öffentlichkeit des Wettbewerbs, nach der schnellen Bekanntgabe seiner Ergebnisse und Schaffung eines umfassenden Systems von Auszeichnungen und Prämiierungen formuliert. Das große Beispiel dafür sind die Erfahrungen der sowjetischen Gewerkschaften. Dort werden täglich die Wettbewerbsergebnisse den Arbeitern, Brigaden und Abteilungen bekanntgegeben. Es wird jeden Tag veröffentlicht, wie der Plan der Abteilungen und des Betriebes erfüllt wurde und welchen Platz sie im Wettbewerb einnehmen. Dadurch hat jeder Arbeiter die Möglichkeit, die Ergebnisse zu vergleichen und die Partei- und Gewerkschafts-

organisationen können rechtzeitig neue Methoden verallgemeinern und den Zurückbleibenden helfen.

Erst die Auswertung der täglichen Ergebnisse schafft die Möglichkeit einer schnellen Verallgemeinerung der im Wettbewerb entwickelten neuen Arbeitsmethoden. Das ist aber eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften im Wettbewerb. Denn das Ziel des sozialistischen Wettbewerbs kann nur erreicht werden durch die umfassende Ausnutzung der Technik durch *alle* Wettbewerbsteilnehmer. Deshalb muß der sozialistische Wettbewerb auch ein *Massen*wettbewerb sein, in dem die Leistungen der Masse der Durchschnittsarbeiter und nicht einzelne Rekorde das Wettbewerbsergebnis entscheiden. Das ist aber bei uns noch keinesfalls so. Vielfach wird auch in der Presse lediglich die Leistung einzelner Spitzenaktivisten popularisiert (die natürlich als Beispiel eine große Bedeutung haben). Folgender Hinweis des Genossen Kalinin muß deshalb zu einem Arbeitsgrundsatz aller Partei- und Gewerkschaftsleitungen im sozialistischen Wettbewerb werden:

„... wenn es uns also gelänge, die Arbeitsproduktivität aller Arbeiter, ich sage ausdrücklich aller Arbeiter, nur um 10 Prozent zu steigern, welch großen Nutzeffekt ergäbe das, um wie vieles würde unsere Industrieproduktion wachsen! Doch das läßt sich schwerer erreichen, als einzelne Rekorde aufzustellen ...

Erinnert Euch öfter daran, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Durchschnittsarbeiter um lächerliche 10 Prozent eine Riesenangelegenheit ist und daß man dafür tagtäglich agitieren muß". (M. I. Kalinin, „Über kommunistische Erziehung", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 162/163)

Die Grundlage jeder Form des Wettbewerbs, sowohl des innerbetrieblichen, der die wichtigste Form darstellt, als auch des zwischenbetrieblichen ist die persönliche sozialistische Verpflichtung des einzelnen Arbeiters. Sie ist das Bindeglied zwischen ihm und dem Wettbewerb. Seine persönliche Produktionsverpflichtung ist ein Ausdruck seiner Verbindung zur Politik der Partei und Regierung, seiner aktiven Teilnahme am sozialistischen Aufbau. Die Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen besteht gerade darin, diese Einzelverpflichtungen auf die wichtigsten Aufgaben der jeweiligen Produktion des Betriebes, der Abteilung und der Brigade zu konzentrieren. Das ist aber häufig nicht der Fall. Man ist eher geneigt, sich auf allgemeine, unkontrollierbare Verpflichtungen zu beschränken. So arbeiteten in den Betrieben der IG Textil-Bekleidung-Leder auf der Grundlage entsprechender Verpflichtungen 15 663 Kollegen nach der Methode von Lydia Korabelnikowa (Einsparung von Roh-, Betriebs- und Hilfsstoffen), aber mehr als 80 000 Kollegen hatten Verpflichtungen zur persönlichen Pflege der Maschinen übernommen. Das bedeutet jedoch eine Ablenkung der Arbeiter von den wichtigsten Aufgaben in der Produktion. Der Wettbewerb verliert damit seine wichtigste Bedeutung.

Zur Organisierung und Lenkung des Wettbewerbs gehört auch die Sicherung und Verbesserung der Versorgung, die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der im Wettbewerb stehenden Arbeiter. Entfaltung des Wettbewerbs und Sorge um den Menschen, Vertretung der täglichen Inter-

essen der Werktätigen sind keine Gegensätze oder nebeneinander herlaufende Aufgaben. Sie gehören zusammen und bedingen einander. Genosse Kusnezow erklärte hierzu auf dem XIX. Parteitag der KPdSU:

„Die Gewerkschaften werden die umfassende Verbreitung der Arbeitserfahrungen der Bestarbeiter gewährleisten und bestrebt sein, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten noch mehr zu erleichtern." („Diskussionsreden auf dem XIX. Parteitag der KPdSU (B)", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 171/172)

Diese Aufgaben der Gewerkschaften werden bei uns noch häufig vergessen und die Produktion und der Wettbewerb als Selbstzweck, nicht aber als Mittel zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen betrachtet. Es wird ungenügend beachtet, daß die ständige Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, das sorgsame Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche und Forderungen, die Beseitigung aller bürokratischen Hemmnisse ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die volle Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb darstellt.

Genosse Stalin brachte diesen Zusammenhang mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Es lebt sich jetzt besser, Genossen. Es lebt sich jetzt froher. Und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten. Daher die hohen Leistungsnormen. Daher die Helden und Heldinnen der Arbeit." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 603/604)

Die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs geschieht vor allem in der Gewerkschaftsgruppe. Es gibt schon heute viele hervorragende Beispiele dafür, wie die Gewerkschaftsgruppe den sozialistischen Wettbewerb in der Brigade organisiert. In den Komplexbrigaden der Nationalpreisträger Horst Radecker und Hans Bleisch sind die Gewerkschaftsgruppen der Motor des sozialistischen Wettbewerbs. Sie sorgen für die gründliche Vorbereitung des Wettbewerbs, führen regelmäßige Produktionsberatungen durch und sorgen für die Auswertung der Arbeitserfahrungen und organisieren die Fachschulung der Werktätigen. Die Gewerkschaftsgruppe hilft dem Brigadier die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Arbeitsmoral zu festigen und die Begeisterung der Brigademitglieder für den sozialistischen Wettbewerb zu wecken.

Dabei genügt es nicht, nur schlechthin über den Wettbewerb zu sprechen. Die ideologische Arbeit bei der Gewinnung der Werktätigen zur Teilnahme am Wettbewerb muß ihnen vor allem das Ziel unseres sozialistischen Aufbaus zeigen. Nur der Kollege, der versteht, daß der sozialistische Wettbewerb zur stetigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik, zur Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung führt, wird sich aktiv und bewußt am Wettbewerb beteiligen.

Damit die Gewerkschaftsleitung ihre große Aufgabe bei der Organisierung und Lenkung des sozialistischen Wettbewerbs erfüllen kann, ist die fachliche Qualifizierung der Funktionäre eine der entscheidenden Voraussetzungen.

Genosse Walter Ulbricht sagte dazu auf der 10. Tagung des Zentralkomitees:

„Die Gewerkschaftsleitungen können ihre führende Rolle im sozialistischen Wettbewerb nur erfüllen, wenn sie sich gründlich mit den neuen Arbeitsmethoden vertraut machen, wenn sie selber die fortgeschrittene Technik und die sowjetische Stachanowbewegung auf ihrem Tätigkeitsgebiet genau studieren." (Walter Ulbricht, „Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik", S. 43)

Ein hervorragendes Mittel zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs ist der Betriebskollektivvertrag. Es geht in diesem Jahre bei der Vorbereitung und dem Abschluß der Verträge vor allem darum, ihnen einen sozialistischen Inhalt zu geben. Das bedeutet, solche Verpflichtungen der Betriebsleitung und BGL in den Vertrag aufzunehmen, die der Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes und der Entfaltung der Masseninitiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb dienen. So verpflichtete sich z. B. die Betriebsleitung des Braunkohlenwerkes Nachterstedt zur Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen und Materialverbrauchsnormen, zur Herabsetzung der Stillstandszeiten der Pressen, zur täglichen Bekanntgabe und monatlichen Auswertung des Wettbewerbs usw. Die BGL verpflichtete sich, an der Ausarbeitung von Brigadeverträgen mitzuarbeiten und zur Durchführung der wichtigsten Produktionsaufgaben ideologische Arbeit zu leisten. Diese Verpflichtungen der Leitungen beruhen auf der Grundlage von mehr als 1400 Einzel- und Kollektivverpflichtungen von über 90 Prozent der Belegschaft. Auf diese Weise wird der Betriebskollektivvertrag zu einem mächtigen Hebel bei der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs. Es gilt deshalb in diesen Wochen, alle Kräfte der Grundorganisationen unserer Partei in den sozialistischen Betrieben einzusetzen, um die Betriebskollektivverträge mit wahrhaft sozialistischem Inhalt abzuschließen.

Die Zusammenfassung der Aufgaben auf dem Gebiet des sozialistischen Wettbewerbs, die vom Genossen Malenkow auf dem XIX. Parteitag der KPdSU gegeben wurde, ist auch für uns voll gültig:

„Die Aufgabe der Parteiorganisationen, der Sowjetorgane, der Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen besteht darin, den Wettbewerb an allen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus noch breiter zu entfalten, die vorbildlichen Beispiele bei der Arbeit und die fortschrittliche Initiative der Bestarbeiter und Neuerer mit allen Kräften zu unterstützen und ihre fortgeschrittenen Erfahrungen unter der ganzen Masse der Werktätigen allseitig zu verbreiten, um den Zurückbleibenden dabei zu helfen, das Niveau der Besten zu erreichen. Im Kampf des Neuen gegen das Alte, des Fortschrittlichen gegen das Rückständige ist es wichtig, die Kräfte, die Schöpfer der neuen Gesellschaftsordnung sind, nicht nur zu sehen, sondern vielmehr unablässig zu fördern, sich um ihre allseitige Entwicklung zu kümmern und diese Kräfte unermüdlich im Interesse einer erfolgreichen Vorwärtsbewegung zu organisieren und zu vervollkommnen." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 73)

Matthäus Klein

Karl Marx über das gesellschaftliche Bewußtsein

Die materialistische Klärung der Frage nach dem Ursprung und Wesen, dem Inhalt und der Funktion der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen durch Karl Marx und Friedrich Engels ist eine der bedeutsamsten Errungenschaften in der Geschichte des menschlichen Denkens. Solange diese Frage nicht wissenschaftlich beantwortet war, konnte es auch keine wirkliche Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft und keine wissenschaftliche Anleitung für das praktische, die Gesellschaft verändernde Handeln der Menschen geben.

Erst mit der wissenschaftlichen Klärung der Frage nach dem Wechselverhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein durch Karl Marx ist der Idealismus, der bis dahin die gesamte vormarxsche Geschichtsschreibung beherrscht hat und auch heute noch für die bürgerliche Soziologie typisch ist, theoretisch überwunden und der Grund für eine wirklich neue, die materialistische Auffassung von der Geschichte gelegt worden.

Die Marxsche Lehre vom gesellschaftlichen Bewußtsein, von seinem Ursprung und Wesen, von seinem Inhalt und seiner aktiven Rolle, ist eine mächtige theoretische Waffe in den Händen der marxistisch-leninistischen Partei zur Entlarvung und Zerschlagung der unwissenschaftlichen und menschheitsfeindlichen bürgerlichen Ideologie der Gegenwart, zur Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus, zu ihrer Mobilisierung und Organisierung für den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands, für den Kampf um den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

*

Alle vormarxschen Philosophen haben sich als unfähig erwiesen, die Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein wissenschaftlich zu lösen. Die einen von ihnen suchten den Ursprung und das Wesen der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, der politischen, juristischen, künstlerischen, religiösen, moralischen, philosophischen Ideen und Anschauungen der Menschen, aus diesen Ideen und Anschauungen selbst zu erklären oder aus dem Wirken Gottes oder einer überweltlichen „absoluten Idee". Andere suchten den Ursprung und das Wesen der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen aus dem Walten eines blinden „Schicksals", eines überweltlichen Willens, aus dem Wirken von „großen Persönlichkeiten" oder aus der eigenen „Natur" oder „Rasse" der Menschen und aus ähnlichen idealistischen Hirngespinsten zu erklären. Nach der idealistischen Geschichtsauffassung Hegels z. B. ist der „Begriff", die „Idee" oder das „Selbstbewußtsein", die bewegende Kraft der Geschichte, und die verschiedenen gesellschaftlichen Ideen, die politischen, juristischen, moralischen, philosophischen, religiösen Ideen, sind nichts anderes als die jeder materiellen Basis entbehrenden „voraussetzungslosen" „Selbstbestimmungen des Begriffs".

Auch die materialistischen Philosophen des 17. und 18. Jahrhunderts vermochten es als Metaphysiker und bürgerliche Ideologen nicht, das Wesen der gesellschaftlichen Erscheinungen wissenschaftlich zu klären. Auch sie blieben in ihrer Auffassung von der Geschichte im Idealismus befangen. Nach Feuerbach, der in seiner Naturauffassung Materialist war, sind die gesellschaftlichen Veränderungen in der Geschichte das Ergebnis vorausgegangener Veränderungen in den religiösen Auffassungen der Menschen.

„Soweit Feuerbach Materialist ist", schreibt Karl Marx, „kommt die Geschichte bei ihm nicht vor, und soweit er die Geschichte in Betracht zieht, ist er kein Materialist. Bei ihm fallen Materialismus und Geschichte ganz auseinander ..." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Die deutsche Ideologie", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 43)

Karl Marx und Friedrich Engels haben in ihren Werken die Unwissenschaftlichkeit der idealistischen Geschichtsauffassung bloßgelegt. Die idealistische Geschichtsauffassung, die „Gott" oder den „Geist" zum Lenker der Geschichte erklärt, löst die wirklichen, die materiellen gesellschaftlichen Zusammenhänge auf in „reine" geistige Zusammenhänge, entsprechend der jeweiligen Lieblingsidee des betreffenden Philosophen oder Soziologen. Aus dieser idealistischen Auffassung heraus erklärt sich auch, daß die vormarxsche Geschichtsphilosophie im wesentlichen nur die politischen, juristischen, religiösen, moralischen, künstlerischen Ideen zum Gegenstand der philosophischen Betrachtung und Beschreibung machte, die Bedingungen des materiellen Lebens aber und die materiellen Interessen, auf denen die Gesellschaft und das politische und geistige Leben beruhen, außerhalb der Betrachtung ließ. In der „Deutschen Ideologie" heißt es hierzu:

„Die ganze bisherige Geschichtsauffassung hat diese wirkliche Basis der Geschichte entweder ganz und gar unberücksichtigt gelassen oder sie nur als eine Nebensache betrachtet, die mit dem geschichtlichen Verlauf außer allem Zusammenhang steht ... Sie hat daher in der Geschichte nur politische Haupt- und Staatsaktionen und religiöse und überhaupt theoretische Kämpfe sehen können und speziell bei jeder geschichtlichen Epoche *die Illusion dieser Epoche* teilen müssen ... Die Hegelsche Geschichtsphilosophie ist die letzte, auf ihren ‚reinsten Ausdruck' gebrachte Konsequenz dieser gesamten deutschen Geschichtsschreibung, in der es sich nicht um wirkliche, nicht einmal um politische Interessen, sondern um reine Gedanken handelt ..." (Ebenda, S. 36/37)

Karl Marx hat in seinem Kampf um die Entlarvung und Zerschlagung der unwissenschaftlichen idealistischen und religiösen Geschichtsbetrachtung nachgewiesen, daß der Idealismus in der bürgerlichen Geschichtsschreibung keineswegs zufällig ist, sondern tiefe klassenmäßige und erkenntnistheoretische Ursachen hat. Der Idealismus als philosophische Theorie entstand historisch, wie Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie" ausgeführt haben, mit der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen, die ihrerseits die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Entstehung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zur Voraussetzung hatten. Erst von dem Augenblick an, da sich auf der Grundlage der Ausbeutung der arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft die besitzende und ausbeutende Minderheit von der physischen Arbeit in der gesellschaftlichen Produktion befreien und die geistige Tätigkeit zu ihrer hauptsächlichen Beschäftigung machen konnte, von diesem Augenblick an konnte sich auch das Bewußtsein der Menschen einbilden, „etwas andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein . . . von diesem Augenblick an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der ‚reinen' Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen". (Ebenda, S. 28)

Während der ganzen Zeit der Klassengesellschaft blieb die geistige, von der physischen Arbeit getrennte Beschäftigung mit Wissenschaft, Kunst,

Religion, Philosophie usw. das Vorrecht von Vertretern der besitzenden und ausbeutenden Klassen, von denen die physische Arbeit gegenüber der geistigen Tätigkeit als gering und niedrig eingeschätzt oder geradezu verachtet wurde und wird. Wenn hingegen dem Bewußtsein, der Denktätigkeit die Bedeutung einer „höheren", den Gang der Geschichte bestimmenden Macht beigelegt wurde, so ist diese Erhöhung und Verherrlichung des Bewußtseins gegenüber der materiellen physischen Tätigkeit der Menschen nur der Ausdruck der beherrschenden Stellung der Ausbeuterklassen gegenüber den Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Aufs engste mit diesen sozialökonomischen, klassenmäßigen Wurzeln des Idealismus sind seine erkenntnistheoretischen Wurzeln verknüpft. Im Prozeß der menschlichen Erkenntnis kommt dem Denken, das die objektive Realität begrifflich widerspiegelt, eine gewaltige Bedeutung zu. Obwohl zwar der Begriff nur die subjektive Form ist, in der sich der betreffende, diesem Begriff zugrunde liegende Gegenstand als objektiver Inhalt widerspiegelt, scheint es doch, als sei der Begriff selbst schon das wirkliche Wesen, die „Substanz" der Sache und ihre eigentliche „Wahrheit", nach welcher der Gegenstand gebildet sei. So wird der Begriff gegenüber seinem objektiven Ausgangspunkt, seinem objektiven, d. h. unabhängig und außerhalb vom Bewußtsein existierenden Gegenstand, den er widerspiegelt, einseitig aufgebläht, verabsolutiert und schließlich in den Rang eines selbständigen, höheren Wesens erhoben, das dann, wie das ausgeprägt bei Hegel der Fall ist, zum Demiurgen, zum Ursprung, zum Wesen, zum Inhalt, zur treibenden Kraft der wirklichen Welt, der Natur und der Gesellschaft, erklärt wird.

Der philosophische Idealismus erhält auch insofern noch eine scheinbare Berechtigung, als im menschlichen Leben schon von frühester Zeit an nichts geschieht, das nicht vorher mehr oder weniger bewußt durch den Kopf, durch das Bewußtsein, durch den Willen der Menschen hindurchgegangen ist. Es scheint auf der Oberfläche, als ob den geschichtlichen Aktionen der Menschen nur ideelle Motive und nicht primär ihre materiellen Interessen und Bedürfnisse zugrunde liegen, die sich im Bewußtsein widerspiegeln. So wurde, wie Friedrich Engels schreibt,

> „dem Kopf, der Entwicklung und Tätigkeit des Gehirns alles Verdienst an der rasch fortschreitenden Zivilisation zugeschrieben; die Menschen gewöhnten sich daran, ihr Tun aus ihrem Denken zu erklären statt aus ihren Bedürfnissen (die dabei allerdings im Kopf sich widerspiegeln, zum Bewußtsein kommen) — und so entstand mit der Zeit jene idealistische Weltanschauung, die namentlich seit Untergang der antiken Welt die Köpfe beherrscht hat". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 77/78)

Der philosophische und religiöse Idealismus in der Geschichtsauffassung, der auf Grund seiner unwissenschaftlichen Theorie zur Entstellung und Verdrehung der objektiven historischen Wahrheit geeignet ist, hat für alle Ausbeuterklassen in der Geschichte eine große gesellschaftliche Bedeutung gehabt. Mit seiner Hilfe war es den Ideologen der jeweils herrschenden Ausbeuterklassen möglich, deren besondere Klasseninteressen und Klassenziele, die sich in ihrer Ideologie widerspiegeln, hinter einem „höheren" Allgemeinbegriff — sei dieser nun „Gott" oder „Idee", „Freiheit" oder „Gerechtigkeit", „Natur" oder „Rasse" oder wie immer — zu verbergen, die bestehenden

Herrschafts- und Ausbeuterverhältnisse nach dem „Willen" oder „Gesetz" dieses „höheren" Allgemeinbegriffs zu rechtfertigen und heilig zu sprechen.

Es ist die befreiende wissenschaftliche Großtat von Karl Marx, diese idealistische Verdrehung der gesellschaftlichen Wahrheit durch die Ideologen der herrschenden Klassen schonungslos entlarvt und das wahre Wesen, den Klassencharakter und die gesellschaftliche Funktion der in der Geschichte der Klassengesellschaft herrschenden Ideen aufgedeckt zu haben. In der „Deutschen Ideologie" heißt es:

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten, herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Die deutsche Ideologie", S. 44)

Diese tiefe wissenschaftliche Erkenntnis, die Karl Marx hier ausgesprochen hat, konnte von ihm nur als dem Ideologen der Arbeiterklasse und auf dem weltanschaulichen Fundament des dialektischen Materialismus gewonnen werden. Weil die Arbeiterklasse in ihrem Klasseninteresse zugleich die Interessen aller werktätigen Menschen vertritt, gibt es für sie nichts in der Welt, das sie vor irgendwem idealistisch zu verschleiern oder zu beschönigen hätte. Für die Arbeiterklasse gibt es im Gegensatz zur Bourgeoisie keinerlei sozial oder weltanschaulich begründete Schranken der Erkenntnis.

*

Ausgehend von der allgemeinen materialistischen These vom Primat des Seins gegenüber dem Bewußtsein sowie der Grundthese des dialektischen Materialismus, wonach das Wesen, die Einheit, der Zusammenhang der Welt, der Natur und der Gesellschaft, in ihrer Materialität besteht, gelangte Karl Marx bei seinen wissenschaftlichen Studien der geschichtlichen Prozesse im Gegensatz zu den Idealisten, die in die Geschichte nur „geistige" Zusammenhänge hineinkonstruierten und das Sein der Gesellschaft aus ihrem Bewußtsein ableiteten, zu einer völligen Bestätigung der Gültigkeit der Grundsätze des dialektischen Materialismus auch im gesellschaftlichen Leben.

Karl Marx und Friedrich Engels haben nachgewiesen, daß das gesellschaftliche Bewußtsein nicht „vom Himmel" gefallen ist, wie die Idealisten behaupten, sondern mit der Gesellschaft historisch entstanden ist und sich mit dieser im Prozeß und auf der Grundlage der sich ständig verändernden und entwickelnden gesellschaftlichen Arbeit, der gesellschaftlichen Produktion und Praxis, verändert und entwickelt hat. Unter dem Begriff des gesellschaftlichen Bewußtseins versteht der Marxismus die Gesamtheit der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, d. h. die Wissenschaft und die verschiedenen gesellschaftlichen Ideen und Theorien, die politischen, juristischen, religiösen, moralischen,

künstlerischen, philosophischen Anschauungen und Vorstellungen, von denen sich die Menschen in ihrem praktischen Handeln und Verhalten innerhalb der mannigfachen gesellschaftlichen Beziehungen, in ihrem alltäglichen Leben und gegenseitigen Verkehr, mehr oder weniger bewußt leiten lassen. Alle gesellschaftlichen Bewußtseinsformen haben letztlich ihren objektiven Grund in der Produktionsweise als dem bestimmenden Hauptfaktor im System der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, im gesellschaftlichen Sein.

Zu allen Zeiten vollzog sich und wird sich auch in Zukunft der Produktionsprozeß als *gemeinsame* Tätigkeit, als *gesellschaftlich* betriebene Produktion vollziehen.

Es ist für die Beantwortung der Frage nach dem Ursprung der verschiedenen gesellschaftlichen Bewußtseinsformen (Wissenschaft, Kunst, Recht, Moral usw.) von größter Bedeutung, den Unterschied zwischen den beiden Seiten der gesellschaftlichen Produktion oder Produktionsweise, zwischen dem Verhältnis der Menschen zur Natur einerseits und den Verhältnissen der Menschen zueinander andererseits, sehr genau zu beachten.

„In der Produktion", schreibt Karl Marx, „wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 77)

In der Produktion, in der Auseinandersetzung mit der Natur bildet sich — das ist im unendlichen kontinuierlichen Prozeß zu sehen — der Menschen Wissen und wissenschaftliches Bewußtsein von der Natur als Widerspiegelung und Verallgemeinerung der im Kampf mit der Natur gesammelten Erfahrungen von deren Gesetzmäßigkeiten und Eigenschaften. Die Gesetze der Naturwissenschaften spiegeln keine gesellschaftlichen Beziehungen wider, sondern die objektiven Gesetzmäßigkeiten oder Prozesse der Natur, die der Mensch im Zusammenhang mit der Produktion erkennt und wissenschaftlich verallgemeinert, um die gewonnenen Resultate für die weitere Produktion, für die Produktion auf höherer Stufe, nutzbar zu machen. Die Kontinuität in der Entwicklung der Naturwissenschaft ist begründet in der Kontinuität des Produktionsprozesses der Menschen.

Anders steht es mit denjenigen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, die die von den Menschen zum Zwecke der Produktion eingegangenen Beziehungen und Verhältnisse, die Produktionsverhältnisse, widerspiegeln, z. B. das politische, juristische, künstlerische, religiöse, moralische Bewußtsein. Diese Bewußtseinsformen gibt es zwar als solche in allen Formationen der Klassengesellschaft, in der antiken, auf der Ausbeutung der Sklaven beruhenden Gesellschaftsordnung, in der mittelalterlich-feudalen, auf der Ausbeutung der leibeigenen und hörigen Bauern beruhenden Gesellschaftsordnung und in der kapitalistischen, auf der Ausbeutung der modernen Lohnarbeiter beruhenden Gesellschaftsordnung. Bürgerliche Ideologen haben daraus den Schluß gezogen, daß solche Bewußtseinsformen wie die Religion, die Moral, das Recht, die Politik ewige und unveränderliche Kategorien seien. Schon Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest darauf geantwortet, daß

diesen Kategorien während der ganzen Zeit der Klassengesellschaft in der Tat etwas Gemeinsames zugrunde liegt. Dieses Gemeinsame besteht darin, daß diese Kategorien ohne Ausnahme dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der darauf gegründeten Ausbeutung des einen Teils der Gesellschaft durch den anderen entsprungen sind, daß sie in ihrem Ziel auf die Rechtfertigung und Verewigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gerichtet sind. Untersuchen wir diese Kategorien aber auf ihren konkreten Klasseninhalt und ihre konkreten Klassenziele hin, so finden wir, daß z. B. das mittelalterliche Recht das private Grundeigentum der Feudalen, das bürgerliche Recht aber das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln rechtfertigt, schützt und verteidigt. Das gleiche gilt analog von der Religion, der Moral, der Politik. Die ideologischen Bewußtseinsformen also und die ihnen entsprechenden Institutionen veränderten sich, was ihren Klasseninhalt und nicht einzelne Seiten der Form betrifft, qualitativ in Abhängigkeit von den qualitativen Veränderungen, die von Epoche zu Epoche in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen vor sich gegangen sind. Wenn man darum die in einer bestimmten Epoche herrschenden politischen, juristischen, religiösen usw. Ideen und Vorstellungen und die entsprechenden Institutionen und Einrichtungen ihrem Wesen und Inhalt nach verstehen will, muß man die diese Epoche bestimmende Basis, die herrschenden Produktionsverhältnisse verstehen, über denen sich die politischen, juristischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen Anschauungen der Gesellschaft und die ihnen entsprechenden politischen, juristischen und anderen Institutionen als Überbau dieser Epoche erheben. Karl Marx hat diesen Gedanken, den er der Sache nach bereits in der ersten Hälfte der 40er Jahre im Kampf gegen die alte, idealistische Geschichtsphilosophie begründet und entwickelt hat, in seinem bekannten Vorwort zu seinem Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie" die klassische Form gegeben. Es heißt dort:

> „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um." (Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 13)

Indem Karl Marx das Denken und Handeln der Menschen auf ihre jeweiligen materiellen Lebensbedingungen zurückführte und aus den objektiven, in der gesellschaftlichen Produktion herrschenden Gesetzmäßigkeiten erklärte, hat

er nicht nur den Idealismus aus der Geschichtsauffassung vertrieben, sondern auch erstmalig in der Geschichte die bis dahin von den Ideologen der Ausbeuterklassen verleugnete Rolle der Volksmassen ins rechte Licht gestellt und vor allem die welthistorische Rolle der modernen Arbeiterklasse wissenschaftlich begründet.

Damit gaben Marx und Engels der Arbeiterklasse die wissenschaftliche Grundlage für ihr *bewußtes* Handeln zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Ordnung ist charakterisiert durch den unversöhnlichen Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diesem Klassenantagonismus, der in dem unversöhnlichen Konflikt zwischen den privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen und dem hochentwickelten gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktivkräfte begründet liegt, entsprechen zwei ebenso unversöhnliche Ideologien: die bürgerliche Ideologie, die auf die Rechtfertigung, Erhaltung und Verewigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gerichtet ist, und die sozialistische Ideologie, die auf die Zerstörung dieser kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und auf die Errichtung sozialistischer Eigentumsverhältnisse gerichtet ist.

Es ist das welthistorische wissenschaftliche Verdienst von Marx und Engels, daß sie ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse mit dem Proletariat verbanden und diesem damit das Bewußtsein seiner weltgeschichtlichen Rolle, seiner Aufgabe und Berufung als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft gegeben haben. Bereits im Jahre 1843 schrieb Karl Marx:

> „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen ... Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie." (Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. I, 1. Halbbd., Marx-Engels-Archiv-Verlagsgesellsch. m. b. H., Frankfurt/Main 1927, S. 620/621)

Mit dieser These ist erstmalig in der Geschichte des Marxismus die unlösliche organische Einheit von marxistischer Philosophie und Sozialismus, von Theorie und Praxis, zum Ausdruck gebracht. Marx und Engels selbst waren die großen Theoretiker und zugleich die praktischen Führer der revolutionären Arbeiterbewegung und des proletarischen Klassenkampfes. „Die Theorie", lehrt Marx, „wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."

☆

Gestützt auf diesen Marxschen Leitsatz haben Lenin und Stalin in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, in der Epoche des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus, die Theorie stets als „Anleitung zum Handeln" betrachtet und gemäß den Erfordernissen der revolutionären Praxis weiterentwickelt. Lenin und Stalin führten einen unversöhnlichen Kampf gegen die Spontaneitätstheoretiker der II. Internationale, die die Bedeutung der Theorie für die zielgerichtete Führung des proletarischen Klassenkampfes und die Rolle der Partei als Führerin des revolutionären Kampfes und als Erzieherin der Massen zum sozialistischen Bewußtsein herabsetzten oder gar leugneten. Lenin und Stalin haben in ihren Werken immer wieder auf die entscheidende Aufgabe der Partei hingewiesen, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen mit revolutionärem Bewußtsein zu erfüllen und gleichzeitig den unversöhnlichen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie

zu führen. Sie zeigten, daß die Arbeiterklasse aus sich heraus nur „Keime" des sozialistischen Bewußtseins entwickeln kann, daß sie sich auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Entrechtung im Kapitalismus spontan zum wissenschaftlichen Sozialismus hingezogen fühlt, daß es darum Pflicht der Partei als des *bewußten* Vortrupps der Arbeiterklasse ist, in dieser das Klassenbewußtsein zu wecken und zu entwickeln, sie im Geiste des Sozialismus zu erziehen, zu organisieren und im Kampfe um ihre Befreiung zu führen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat unter dem Einfluß der Spontaneitätstheoretiker und der opportunistischen Führer die Lehren von Marx und Engels, von Lenin und Stalin über die gewaltige, weltverändernde Rolle der marxistisch-leninistischen Theorie und über die Notwendigkeit des Hineintragens der Theorie in die Massen in den Wind geschlagen und damit der deutschen Arbeiterklasse schwersten Schaden zugefügt. Die Vernachlässigung und Unterschätzung der Theorie und der damit verbundene Verzicht auf den unversöhnlichen Kampf gegen den Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse führen die Partei unvermeidlich in den Sumpf des Opportunismus. Damit aber ist die Partei entmachtet und die Arbeiterklasse der schärfsten Waffe beraubt, die allein ihren Sieg garantieren kann.

Die Bolschewiki hingegen haben unter der Führung Lenins und Stalins ihre Reihen vom Gift des Opportunismus und der bürgerlichen Ideologie gereinigt, die marxistische Theorie zur Richtschnur ihres Handelns gemacht und die Partei und die Klasse mit sozialistischem Bewußtsein erfüllt. Die Partei Lenins und Stalins hat damit das russische Proletariat befähigt, den welthistorischen Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu erringen. Auch in der Folgezeit hat die KPdSU in Verbindung mit dem praktischen Kampf um die sozialistische Umgestaltung des Landes der Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus größte Bedeutung beigemessen. Das neue sozialistische Bewußtsein, das die KPdSU in einem geduldigen, beharrlichen und unermüdlichen Kampf gegen die zähen Überreste der bürgerlichen Ideologie in die Massen getragen hat, wurde, indem es die Massen ergriff, zu einer mächtigen materiellen Gewalt im Kampf um die Schaffung und Festigung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus. Vor allem aber entzogen die Entwicklung und Festigung der ökonomischen Basis des Sozialismus und damit verbunden der ständig wachsende materielle Wohlstand der Massen der alten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie mehr und mehr den Boden und wirkten entscheidend und außerordentlich beschleunigend auf die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Massen. Im Ergebnis der grundlegenden ökonomischen Umwälzung in der Sowjetunion und dank der beharrlichen sozialistischen Erziehungsarbeit der KPdSU und des Sowjetstaates vollzog sich eine grundlegende ideologische Umwälzung im Bewußtsein des gesamten Sowjetvolkes. Heute ist der Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion die herrschende Ideologie der gesamten, politisch und moralisch geeinten Sowjetgesellschaft. Auf der Grundlage der neuen ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse, die sich in ihrer Entwicklung wechselseitig befruchteten und befruchten, hat das Sowjetvolk im Großen Vaterländischen Krieg unter der Führung des großen Stalin die faschistischen Eroberer aus dem Lande vertrieben, seine Staats- und Gesellschaftsordnung weiter gefestigt und den Aufbau des Kommunismus in Angriff genommen. Das neue kommunistische Bewußtsein der Sowjetmenschen ist die ideologische Voraussetzung und die Garantie für die Verwirklichung der gigantischen Aufgaben, die der XIX. Par-

teitag der KPdSU in der Periode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft gestellt hat.

☆

Von der KPdSU müssen wir lernen, die Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin über die aktive Rolle des sozialistischen Bewußtseins als scharfe Waffe für den Kampf um die Erfüllung der großen Gegenwartsaufgaben, die von der II. Parteikonferenz der SED gestellt sind, zu gebrauchen. Damit die werktätigen Massen das große Werk des sozialistischen Aufbaus erfolgreich und ohne im Dunkeln zu tappen vollbringen können, brauchen sie das sozialistische Bewußtsein, brauchen sie die Wissenschaft von den Gesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Aufbau des Sozialismus.

Diese Wissenschaft den Werktätigen zu vermitteln, sie im Geiste des Sozialismus zu erziehen, ist eine der wichtigsten und entscheidenden Aufgaben der Partei; denn die Partei ist der höchste Repräsentant der Lebensinteressen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen und zugleich der Träger der höchsten Wissenschaft, des Marxismus-Leninismus. Unsere Partei wird die Ideen von Marx und Engels, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, nur dann in die Tat umsetzen und die praktischen Gegenwartsaufgaben mit Erfolg lösen können, wenn sie die große ideologische Aufgabe erfüllt, die ihr durch die II. Parteikonferenz gestellt ist:

> „Auf ideologischem Gebiet ist die wichtigste Aufgabe, die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen." („Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 497)

Zur Verwirklichung dieser schwierigsten aller Aufgaben in der Periode des sozialistischen Aufbaus müssen unsere Partei und unser neuer Staat alle Mittel und Formen der ideologischen Erziehungsarbeit einsetzen. Die Schulen der Partei und der Massenorganisationen, der Unterricht in den Grundschulen, Hochschulen und Universitäten, die Kunst und Literatur, Film, Theater, Presse, Rundfunk — sie müssen in ebensoviele mächtige Instrumente der sozialistischen Erziehung aller Werktätigen und gleichzeitig in Instrumente des unversöhnlichen Kampfes gegen die Überreste der bürgerlichen Ideologie im Bewußtsein unserer Menschen verwandelt werden. Wir müssen verstehen, für diesen Umerziehungsprozeß der werktätigen Massen den ganzen theoretischen und ideologischen Reichtum der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus und insbesondere die Erfahrungen der KPdSU und der Sowjetwissenschaft maximal auszunutzen.

Je besser es unsere Partei als die führende Kraft unserer neuen Gesellschaftsordnung versteht, ihre ideologische Aufgabe zu erfüllen, desto erfolgreicher und rascher wird das deutsche Volk unter der Führung der Arbeiterklasse seinen Kampf um Einheit und Frieden und um den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Siege führen. Der systematische, unermüdliche, hartnäckige Kampf unserer Partei um die Durchsetzung der sozialistischen Ideologie und um die Entlarvung, Zerschlagung und Überwindung der bürgerlichen Ideologie ist um so notwendiger, als sich das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen nicht von selbst oder doch

höchstens nur keimhaft im spontanen Prozeß über unserer neuen Basis, d. h. den sozialistischen Produktionsverhältnissen, bilden kann. Diese neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse unserer neuen gesellschaftlichen Ordnung bilden die unbedingt notwendige, objektive materielle Bedingung und Grundlage für die erfolgreiche sozialistische Umerziehung der breiten Volksmassen. Ohne diese objektive Grundlage wären alle Versuche einer sozialistischen Umerziehung im Massenumfang schlechterdings zum Scheitern verurteilt. Wenn die Basis objektiv für die ideologische Bewußtseinsbildung der Menschen letztlich bestimmend ist, so folgt daraus, daß die sozialistische Erziehung um so günstigere objektive Bedingungen erhält, je besser es unser neuer Staat versteht, seine sozialistische Basis im Kampfe um die Liquidierung der Überreste der alten kapitalistischen Basis zu festigen, zu erweitern, zu vervollkommnen.

Ohne Zweifel hat die revolutionäre Umwälzung, die sich seit 1945 auf dem Gebiet der Basis vollzogen hat und noch weiter vollzieht, bis zu einem gewissen Grad spontan Keime des sozialistischen Bewußtseins hervorgebracht. Freilich konnten und können sich die Keime des sozialistischen Bewußtseins niemals von selbst und im spontanen Prozeß zu der Höhe der sozialistischen Bewußtheit entwickeln. Dazu bedarf es unbedingt der aufklärenden und erzieherischen Überzeugungsarbeit der Partei als des *bewußten* Vortrupps der Arbeiterklasse. Ihre Pflicht war es schon in den vergangenen Jahren, das neue Arbeitsethos, das bei den Arbeitern und Werktätigen spontan entstanden ist, zu einem bewußten zu entwickeln, den Übergang der Arbeiter zu neuen Arbeitsmethoden und zum Wettbewerb nicht dem spontanen Prozeß zu überlassen, sondern ideologisch und organisatorisch vorzubereiten und bewußt zu lenken. Erst recht ist es die Pflicht der Parteiorganisationen in den sozialistischen Betrieben heute, da wir die Grundlagen des Sozialismus aufbauen, die alten Formen des Wettbewerbs zu überwinden und zu den neuen, höheren Formen des sozialistischen Wettbewerbes überzugehen, den Arbeitern das Neue des sozialistischen Wettbewerbes bewußt zu machen und ihnen bei der Organisation und Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs zu helfen. Das gilt heute vor allem auch für die Förderung der schnell wachsenden Bewegung für die Erhöhung der bisherigen Arbeitsnormen. Die Erziehung der Werktätigen durch die Partei zu einer allseitigen Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs, die breite Unterstützung der Bewegung unserer Werktätigen für die Erhöhung der bisherigen Arbeitsnormen, ist jedoch nur möglich, weil die objektiven, materiellen Bedingungen hierfür gegeben sind. Von welch grundlegender Bedeutung die objektiven, materiellen Bedingungen für die Bildung des neuen Bewußtseins sind, empfindet jeder, der z. B. die herrlichen Bauten der Stalinallee, der ersten sozialistischen Straße der Hauptstadt Deutschlands, auf sich hat wirken lassen. Es besteht kein Zweifel, daß der Aufbau der Stalinallee oder der Aufbau unserer großen sozialistischen Industriewerke in der Deutschen Demokratischen Republik oder der Aufbau der Produktionsgenossenschaften auf dem Lande — daß dieser Aufbau als solcher schon bei allen an ihm direkt oder indirekt Beteiligten spontan mächtige Keime des neuen, zum Sozialismus tendierenden Bewußtseins wecken muß.

Es ist jedoch eine verlogene Theorie, die dem Klassenfeind dient, wenn die Reformisten und Spontaneitätstheoretiker behaupten, das Bewußtsein der Massen entwickle sich, wenn die ökonomischen Bedingungen gegeben seien, im spontanen Prozeß zum sozialistischen Bewußtsein. Diese „Theorie" ist genau

so verlogen und schädlich wie die der kleinbürgerlichen, christlichen und anderer bürgerlicher „Sozialisten", nach welcher man nur das Bewußtsein der Menschen zu „verbessern" brauche, um die ganze Gesellschaft zu verbessern. Diese „Theorien" widersprechen der objektiven Wahrheit. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die gesellschaftlichen Ideen ihren Ursprung in der Basis der Gesellschaft haben, daß sie die Basis aber nicht einfach passiv widerspiegeln, sondern zu einer mächtigen, aktiven Kraft im Dienste ihrer Basis werden, sobald sie die Massen ergreifen. Die sozialistischen Ideen in diese mächtige, aktive Kraft zu verwandeln, ist die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei.

Außerdem dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß unter den gegebenen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik noch Faktoren vorhanden sind, die sich auf die Entwicklung des Bewußtseins der Massen in der Richtung zum sozialistischen Bewußtsein sehr hemmend auswirken. Solche Faktoren sind einmal die Überreste der kapitalistischen Basis in der Deutschen Demokratischen Republik selbst, die, solange sie bestehen, gesetzmäßig das bürgerliche Bewußtsein nähren. Zum andern ist es die Zähigkeit, das Fortwirken der überkommenen bürgerlichen Ideologie in den Köpfen der Menschen, wodurch die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins gehemmt wird.

„Die Tradition aller toten Geschlechter", schreibt Karl Marx, „lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 226)

Vor allem aber wird die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei vielen Werktätigen gehemmt durch die klassen- und menschheitsfeindliche ideologische Zersetzungsarbeit, die von den offenen und versteckten Feinden des sozialistischen Aufbaus, besonders von dem reaktionären Teil der Geistlichkeit, von Kapitalisten und Großbauern in der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung mit den Anweisungen des Rias betrieben wird. Diese Haß- und Lügenpropaganda der imperialistischen Agenten und des Rias wirkt sich noch auf das Bewußtsein mancher Menschen zersetzend aus, so daß sie blind werden gegenüber den großartigen Errungenschaften, die sich unsere werktätigen Massen in harter Arbeit geschaffen und erkämpft haben, blind gegenüber den großen politischen und nationalen Forderungen, die dem deutschen Volk in seinem Kampf um Frieden und Einheit von der Geschichte gestellt sind.

Auf Grund all dieser Faktoren ist es nur natürlich, daß das Bewußtsein der Massen hinter unseren neuen sozialistischen Produktionsverhältnissen zurückbleibt, und daß sich das sozialistische Bewußtsein niemals im Selbstlauf durchsetzen und zur allgemeinen Entfaltung gelangen kann. Wie sich alles Neue im gesellschaftlichen Leben nur im Kampf gegen das Alte durchsetzen und behaupten kann, so auch das neue, sozialistische Bewußtsein gegenüber dem alten, überlebten bürgerlichen Bewußtsein. Zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie besteht ein genau so unversöhnlicher Gegensatz wie zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Der Kampf um die sozialistische Erziehung der Werktätigen ist darum auch unzertrennlich verbunden mit dem Kampf um die Entlarvung, Zerschlagung und Überwindung der bürgerlichen Ideologie im Bewußtsein der Menschen. Wir können z. B. den Patriotismus, den proletarischen Internationalismus und die Liebe zur Sowjetunion bei unseren Werktätigen nur entwickeln, wenn wir gleichzeitig den Nationalismus

und Chauvinismus, den Kosmopolitismus und die Antisowjethetze als bürgerliche, d. h. volksfeindliche Ideologie entlarven und zerschlagen. Wir können das Solidaritätsbewußtsein und die proletarische Klassenmoral in der Arbeiterklasse nur entwickeln, wenn wir den Sozialdemokratismus in allen seinen Formen als bürgerliche Ideologie und Agentur der deutschen und ausländischen Imperialisten entlarven und zerschlagen. Die Massen müssen begreifen, daß die gesellschaftliche Rolle der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologie der Gegenwart darin besteht, mit ideologischen Mitteln die Kriegspolitik der Imperialisten zu rechtfertigen. Die Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie sind bestrebt, mit allen möglichen idealistischen, religiösen „Theorien" den werktätigen Massen die Einsicht in die objektiven gesellschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten unmöglich zu machen, den Blick der ausgebeuteten Massen von den wahren, in den ökonomischen Verhältnissen der kapitalistischen Ordnung wurzelnden Ursachen ihrer Elendslage abzulenken, das Bewußtsein der Massen zu vergiften und diese dadurch zur Ohnmacht in ihrem Befreiungskampf zu verurteilen. Die gesellschaftliche Funktion der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologie der Gegenwart besteht darin, mit Hilfe des Idealismus und der Religion die Kriegspolitik der Imperialisten undurchsichtig zu machen und die imperialistischen Raubkriege durch Berufung auf „höhere Mächte", auf Beweggründe, die angeblich außerhalb des menschlichen Machtbereiches liegen, als „unvermeidlich" zu rechtfertigen. Mit einem Zynismus ohnegleichen schreibt z. B. der amerikanische Pragmatist J. Dewey:

> „Je schauervoller ein unpersönlicher wissenschaftlicher Massenkrieg wird, um so notwendiger wird es, allgemein wirkende ideale Beweggründe auszufinden, die ihn rechtfertigen."

„Wahr ist, was den Imperialisten nützlich ist!" — Das ist im Grunde genommen der einzige Leitgedanke der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologie der Gegenwart. Er ist diktiert wie die gesamte bürgerliche Ideologie von dem ökonomischen Interesse der Imperialisten an der Sicherung des Maximalprofits.

Im direkten, unversöhnlichen Gegensatz hierzu ist die sozialistische Ideologie auf die Befreiung der Arbeiterklasse und aller ausgebeuteten und unterdrückten Massen vom Joche der imperialistischen Versklavung gerichtet. Diese Ideologie entspricht in vollkommener Weise den Interessen und Bestrebungen der werktätigen Massen und den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie ist darum auch die einzige Ideologie, die die werktätigen Massen befähigen kann, alle ihre Kräfte zu mobilisieren und auf die Verwirklichung der großen Gegenwartsaufgaben zu konzentrieren. Die sozialistische Ideologie erwartet die Befreiung des deutschen Volkes von der imperialistischen Kriegsgefahr nicht von irgendwelchen „überweltlichen" Mächten oder irgendeiner utopischen Idee. Sie sieht vielmehr in den werktätigen Massen jene gesellschaftliche Kraft, die unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse zum Sturz des imperialistischen Systems in Westdeutschland und zur Herstellung der Einheit Deutschlands befähigt ist. Die sozialistische Ideologie wird zur materiellen, die Welt verändernden Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Die Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus durch unsere Partei ist deshalb die ideologische Voraussetzung und Garantie dafür, daß auch das deutsche Volk die hohen Ideen von Marx-Engels-Lenin-Stalin in die Tat umsetzen und den Sozialismus verwirklichen wird.

Martin Schmidt

Zu einigen Fragen der Preispolitik

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik faßte am 6. Februar 1953 den Beschluß über die Grundsätze der Preispolitik. Diesem Beschluß, der am 14. Februar 1953 bekanntgemacht wurde, liegt ein Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zugrunde, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, zu einer höheren Form der Preispolitik überzugehen. In der Präambel des Beschlusses des Ministerrates heißt es deshalb:

„Die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellt die Aufgabe, den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik planmäßig aufzubauen und die volksdemokratischen Grundlagen unseres Staates zu festigen.

Ein wichtiges Instrument zur Förderung dieser planmäßigen Entwicklung ist die Preispolitik. Die Preispolitik ist eine der Formen der bewußten Anwendung des Wertgesetzes zur Erfüllung der Aufgaben des Fünfjahrplanes. Es erweist sich als notwendig, von der bisherigen nicht mehr den Anforderungen der gegenwärtig erreichten Stufe der Planung genügenden Praxis der Preisbildung zu einer höheren Form der Preispolitik überzugehen, die auf der volkswirtschaftlichen Bilanzierung beruht und die planmäßige Verteilung des Volkseinkommens gewährleistet." („Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik", Nr. 22, 1953, S. 313)

Damit hat eine Entwicklung einen gewissen Abschluß gefunden, die von vielen Genossen seit langem mit Sorge betrachtet wurde. Auf der Finanzpolitischen Konferenz vom 17. bis 19. September 1951 hatte Genosse Otto Grotewohl festgestellt:

„Auch auf dem Gebiete der Preise werden immer wieder Einzellösungen gesucht und gefunden, ohne daß unser Preisrecht eine den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende grundsätzliche Regelung erfährt." („Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 17/18, 1951, S. 207)

Der Beschluß über die Grundsätze der Preispolitik zeigt nun den Weg aus dieser verworrenen und schwierigen Lage. Er gibt die wissenschaftliche Grundlage und legt die Richtung der künftigen Entwicklung fest, aber er gibt — und das kann auch nicht anders sein — keine fertigen Lösungen.

Die Durchführung dieser Grundsätze der Preispolitik in der Praxis verlangt gründliche wissenschaftliche Arbeit. Sie setzt voraus, daß wir aus unseren früheren Fehlern lernen. Dazu ist ein Rückblick auf die Vergangenheit erforderlich.

*

Die gesetzliche Grundlage unserer Preisbildung war bisher im wesentlichen der Befehl 337 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 9. Dezember 1946. Durch diesen Befehl wurden die 1944 gültigen Preise teils zu Festpreisen, teils zu Höchstpreisen erklärt und Überschreitungen unter empfindliche Strafen gestellt. Diese Regelung war in den ersten Jahren nach 1945 völlig richtig und notwendig. Sie konnte aber unserer gewaltigen, stürmischen Entwicklung nicht standhalten. Die Preise von 1944 waren das Ergebnis der monopolkapitalistischen, von den Bedürfnissen der Rüstungsproduktion bestimmten Wirtschaftspolitik des Faschismus. Sie mußten zwangsläufig immer

stärker mit den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer Ordnung in Widerspruch geraten. Eine Lösung schien dadurch möglich zu sein, daß für einzelne Waren, seltener — und auch erst in der letzten Zeit — für einige Warengruppen die Preise in einem umständlichen, sehr bürokratischen Genehmigungsverfahren neu festgesetzt wurden. Im Laufe der Zeit wurden ständig mehr Preise auf diese Weise festgelegt. Die Einzelfestsetzung mit all den Zufälligkeiten, die sich aus der jeweiligen betrieblichen Kostenlage oder aus sonstigen Gründen ergab, beherrschte immer mehr das Feld, so daß schließlich mit Recht von einer Atomisierung des Preisgefüges gesprochen werden konnte.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war ein ausgesprochener Praktizismus und eine Scheu vor grundsätzlichen Entscheidungen, obwohl es in vielen Fällen ganz offensichtlich war, daß die geltenden Preisbildungsvorschriften den Notwendigkeiten unserer wirtschaftlichen Entwicklung ins Gesicht schlugen.

Der Beschluß des Ministerrats über die Grundsätze der Preispolitik wird eine grundlegende Wendung herbeiführen. Es kommt deshalb jetzt darauf an, den Beschluß des Ministerrats durchzuführen, d. h. er muß die feste Grundlage der gesamten Arbeit auf dem Gebiet der Preisplanung und Preisbildung sein. Dabei muß man ausgehen von der ökonomischen Struktur unserer Republik, wie sie Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erläuterte:

„erstens: den sozialistischen Sektor, das sind die volkseigenen Betriebe und Betriebe genossenschaftlichen Charakters;

zweitens: den kapitalistischen Sektor, das sind die privatkapitalistischen Unternehmungen und die Wirtschaften der Gutsbesitzer und Großbauern;

drittens: den Sektor der einfachen Warenproduktion, das sind die Betriebe der Handwerker und der Klein- und Mittelbauern." (Walter Ulbricht, „Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 23)

Diese drei Wirtschaftsformen existieren nicht isoliert nebeneinander. Sie stehen als Teile unserer Volkswirtschaft in ständigen ökonomischen Beziehungen und der Austausch ihrer Produkte findet in Form von Warenaustausch, durch Kauf und Verkauf statt. Dabei wirkt das Wertgesetz, aber unter entscheidend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen:

1. Die Staatsmacht ist aus den Händen der Klasse der Kapitalisten in die Hände der Werktätigen in Stadt und Land übergegangen, die von der Arbeiterklasse geführt werden.
2 Es gibt keine kapitalistischen Monopole und Großgrundbesitzer mehr. Die Reichtümer des Landes, die Fabriken, Werke, Eisenbahnen gehören dem Volk und nicht den kapitalistischen Ausbeutern.
3. Der sozialistische Sektor ist zur festen ökonomischen Grundlage der neuen Ordnung geworden.

Daraus ergibt sich auch für die Deutsche Demokratische Republik — wie Genosse Stalin uns in seinem grundlegenden Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" lehrt, daß der

„Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns durch das Vorhandensein des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, durch die Wirkung

des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft eingeschränkt ist — daß er folglich auch durch unsere Jahres- und Fünfjahrpläne eingeschränkt ist, die eine annähernde Widerspiegelung der Erfordernisse dieses Gesetzes sind". (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 25)

Daraus ergibt sich weiter, daß wir das Wertgesetz in seinem Wirkungsbereich einschränken, es im Interesse der Gesellschaft ausnutzen können.

Wir können es ausnutzen für die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und dadurch für die Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Fortwirken des Wertgesetzes heißt, daß wir es nach wie vor mit Werten zu tun haben, deren Größe durch die zur Produktion der jeweiligen Ware erforderliche Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmt wird. Der *Wert* ist die Grundlage der Preisbildung — der Preis der Geldausdruck des Warenwertes. Das Wertgesetz wirkt zwar auf dem Gebiet der Warenzirkulation in bestimmten Grenzen noch als Regulator, die Preise bilden sich jedoch nicht mehr frei auf dem Markt, sondern werden von der Regierung festgelegt. Unter den neuen Bedingungen unserer Ordnung hat die in der sozialistischen Wirtschaft aufgewendete Arbeit bereits einen neuen Charakter. In unseren sozialistischen Betrieben ist die Arbeit unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Es kommt daher darauf an, die Preisplanung und die Preisbildung von der alten Basis des Jahres 1944 freizumachen und auf eine neue Grundlage zu stellen, nämlich auf die Grundlage der exakten Berechnung des Aufwandes an gesellschaftlich notwendiger Arbeit (vergegenständlichter und lebendiger), das heißt also, auf die Grundlage einer exakten Selbstkostenkalkulation, was natürlich nicht besagt, daß der Preis gleich dem Wert sein muß.

*

Daß in unserer Ordnung die Preisbildung nicht einfach der freien Vereinbarung überlassen oder von betrieblichen, mehr oder weniger zufälligen Momenten abhängig gemacht werden kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß die Preisbildung kein Ding an sich darstellt, nicht im leeren Raum schwebt, sondern ein *Mittel,* und zwar ein wichtiges Mittel der Planung und der Planerfüllung ist.

Deshalb verlangt der Beschluß des Ministerrats die verantwortliche Mitarbeit des gesamten Staatsapparates bei der Durchführung der Grundsätze der Preispolitik. Er überträgt der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Finanzen bestimmte, genau festgelegte Funktionen. Damit macht der Beschluß des Ministerrats dem Zuständigkeitsstreit, der die Arbeit in der Vergangenheit nicht selten hemmte, ein Ende. Der erste Schritt war damit getan, eine echte Zusammenarbeit aller verantwortlichen Stellen wurde hergestellt.

Der zweite Schritt ist nunmehr die Bildung einheitlicher Festpreise, die für einen längeren Zeitraum gültig sind. Ohne solche einheitlichen Festpreise ist nicht nur die volkswirtschaftliche Planung unsicher und lückenhaft, sondern auch der Planung des einzelnen, nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Betriebes fehlt die feste Bezugsgröße für die Entwicklung und Erfüllung der betrieblichen Kontrollziffern.

Für die gleiche Ware muß — unbeschadet aller betrieblichen Unterschiede, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Ausrüstung, der Arbeitsproduktivität, des Standortes usw. ergeben — der gleiche Festpreis gelten. Er muß festgesetzt werden auf der Basis des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands. Der Festpreis beruht daher zunächst einmal auf den Selbstkosten der Produktion, aber — und das kann in einer sozialistischen Wirtschaft, die die Produktion ständig erweitert, nicht anders sein — nur auf denjenigen Selbstkosten, die sich bei der Anwendung durchschnittlich-progressiver Normen ergeben (Planselbstkosten). Dieser Grundsatz gilt nicht nur für das fertige Produkt, sondern auch für alle Einzelteile. Das heißt für die Einzelteile, die ein Betrieb selbst fertigt, dürfen ihm nicht seine zufälligen Selbstkosten genehmigt werden, sondern nur diejenigen, die der Ausdruck durchschnittlich-progressiver Normen sind. Damit durchbrechen wir die augenblickliche Isoliertheit vieler Betriebe, die möglichst viele Einzelteile selbst herstellen wollen, obwohl eine große Zahl von Standardausführungen in anderen Spezialbetrieben besser und billiger produziert werden. Wir kommen so zu einer richtigen Kooperation mit all ihren Vorteilen. Der einheitliche Festpreis darf daher nicht die Selbstkosten des in bezug auf seine Kostenlage (aus welchen Gründen auch immer) schlechtesten Betriebes berücksichtigen, da er sonst ein Hemmnis für die Entwicklung wäre. Er kann aber auch nicht auf den Selbstkosten des in der betreffenden Planperiode besten Betriebes beruhen, da man keine Stufen der Entwicklung überspringen kann. Völlig falsch wäre es auch, einfach einen statistischen Durchschnitt zu ermitteln, wie es häufig noch geschieht. Das hieße die Produktionsselbstkosten, und damit den Aufwand an Arbeit, als *rechnerische* Größe fixieren, sie nicht als *gesellschaftliche* Kategorie erkennen und auf ihre Senkung als gesellschaftliche Aufgabe verzichten. Diese gesellschaftliche Aufgabe kann nur gelöst werden durch die Mobilisierung der Menschen und ihrer Schöpferkraft, durch die Tätigkeit der Aktivisten, der Rationalisatoren und Erfinder, durch die breite Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs, durch die Anwendung der modernsten Technik und die volle Ausnutzung der Kapazitäten.

Sollen die einheitlichen Festpreise aber real sein und auf dem Aufwand an gesellschaftlich notwendiger Arbeit beruhen, so muß mit dem System der Subventionierung aus dem Staatshaushalt Schluß gemacht werden. Das ist der dritte Schritt zur Bildung einheitlicher Festpreise. Genosse Walter Ulbricht hat das auf der II. Parteikonferenz mit aller Deutlichkeit ausgesprochen:

> „In diesen ... Wirtschaftszweigen muß das System der Subventionierung aus dem Staatshaushalt liquidiert werden ... Diese Maßnahme ist notwendig, um allseitig den Kampf um die Senkung der Selbstkosten und die sparsame Verwendung des Materials zu verstärken." („Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 91/92)

Damit eng im Zusammenhang steht — als nächster Schritt — die Festlegung einer bestimmten Reihenfolge bei der Ermittlung und Einführung der einheitlichen Festpreise. Es ist sinnlos, bei irgendwelchen Waren der Konsumgüterindustrie zu beginnen. Das hieße das Pferd am Schwanze aufzäumen. Man muß, wie es der Beschluß des Ministerrats über die Grundsätze der Preispolitik vorsieht, in der Grundstoffindustrie, der Land- und Forstwirtschaft anfangen — etwa Kohle, Eisenerze, Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle, Schwerchemikalien,

Treibstoffe und Öl, Baumaterialien, Wolle, Baumwolle, Zellwolle und Kunstseide. Darauf aufbauend können dann die Preise für die weiterverarbeitende Industrie festgelegt werden und ihnen können die Preise für die Fertigwarenindustrie folgen.

Die Festpreise beruhen zwar auf den Planselbstkosten, können aber mit ihnen keineswegs identisch sein. Durch sie wird ein Teil der Mittel bereitgestellt, die unser Staat für die erweiterte Reproduktion (Investitionen) benötigt. Über die Festpreise müssen dem Staat auch Mittel zufließen, die zur Bildung der staatlichen Reserven, zum Schutz der Heimat und zur Durchführung seiner wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Aufgaben erforderlich sind. Die einheitlichen Festpreise decken daher nicht nur die geplanten Selbstkosten. Vielmehr schließen sie einen Bruttogewinn ein.

Auf Grund der Erfahrungen der Sowjetunion ist es zweckmäßig, diesen Bruttogewinn aufzuspalten in den Nettogewinn und die differenzierte Produktionsabgabe (in der bisherigen Diskussion als differenzierte Warensteuer bezeichnet). Aus dem Nettogewinn wird zunächst der Direktorfonds gebildet und — soweit möglich — die betriebliche Akkumulation gedeckt (Zuführungen zum Umlaufmittelfonds, Investitionen). Dieser Gewinn ist um so höher, je niedriger die betrieblichen Selbstkosten sind.

Ein dann noch verbleibender Rest wird abgeführt, während die Produktionsabgabe in voller Höhe dem Staat zufließt. Daraus ergibt sich die Frage: Wo soll das Schwergewicht bei der Beschaffung der Mittel für die gesellschaftliche Akkumulation liegen? Es ist offensichtlich, daß es nicht in der Produktion von Produktionsmitteln liegen kann; denn das hieße das Ausmaß und das Tempo der Produktion von Produktionsmitteln verringern, hieße schließlich, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen.

„Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 24)

Die Festpreise für Produktionsmittel werden also in der Regel keine differenzierte Produktionsabgabe enthalten, d. h. Bruttogewinn und Nettogewinn werden weitgehend identisch sein.

Die gesellschaftliche Akkumulation muß daher im wesentlichen über die Konsumtionsgüter erfolgen, und zwar planmäßig, nicht zufällig. Denn in welcher Höhe der Preis einer Ware zur gesellschaftlichen Akkumulation beiträgt, muß von der Zielsetzung des Plans bestimmt werden. Das wird aber durch unser augenblickliches Abgabensystem mit seinem Neben- und Durcheinander von Kostensteuern und Aufschlägen der verschiedensten Art sehr erschwert, wenn nicht gar verhindert. Deshalb bedeutet die Einführung der differenzierten Produktionsabgabe mehr als nur eine finanztechnische Maßnahme. Die Schwierigkeiten der letzten Zeit haben gezeigt, von welch entscheidender Wichtigkeit es ist, daß die Kaufkraft der Bevölkerung mit dem Warenfonds übereinstimmt. Das gilt nicht nur für die summarische Übereinstimmung, sondern auch für die Einhaltung richtiger Verhältnisse zwischen der Menge, dem Sortiment und der Qualität der angebotenen Waren. Ein wichtiges

Mittel zur Lenkung des Verbrauchs von Konsumtionsgütern entsprechend den Erfordernissen des Plans ist eben die differenzierte Produktionsabgabe. Sie trägt dazu bei, die im Beschluß des Ministerrats geforderte volkswirtschaftliche Bilanzierung und die Abstimmung der Waren- und Finanzbilanzen zu ermöglichen.

Wird es aber bei dem augenblicklichen Stand unserer Volkswirtschaft möglich sein, die einheitlichen Festpreise so zu gestalten, daß sie in *jedem* Falle neben dem Bruttogewinn nicht nur die Planselbstkosten, sondern auch die jeweiligen betrieblichen Selbstkosten decken? Damit kann zunächst nicht gerechnet werden. Wir haben die Disproportionen, die uns die imperialistische Wirtschaft hinterlassen hat, noch nicht überwunden. Deshalb verlangt der Beschluß des Ministerrats eine Preisfestlegung, die die Rentabilität für die *Gesamtproduktion* eines jeden Produkts gewährleistet. Damit ist die Möglichkeit gegeben, einzelnen Betrieben für bestimmte Waren, die sie unter ungünstigen Bedingungen produzieren müssen, eine Preisstützung zu geben. Diese Preisstützung geht aber nicht zu Lasten des Haushalts, sondern wird aus dem Ergebnis der Produktion anderer Betriebe, die die gleiche Ware unter günstigeren Bedingungen herstellen, gedeckt.

Die einheitlichen Festpreise, die nunmehr außer den Planselbstkosten den Nettogewinn und gegebenenfalls die differenzierte Produktionsabgabe enthalten, sind damit gleichzeitig Herstellerabgabepreise. Drei Momente müssen jedoch noch berücksichtigt werden:

1. Bei einer Reihe von Waren werden die Haushaltsaufschläge jetzt auf verschiedenen Handelsstufen erhoben. Das bedeutet einmal Mehrarbeit im Rechnungswesen des Handels, hat aber auch häufig Auswirkungen auf die Preisbildung. So sind z. B. in einer ganzen Reihe von Fällen die Preise für konfektionierte Oberbekleidung — allein hervorgerufen durch die Methode der Berechnung der Haushaltsaufschläge — so hoch, daß sie ganz nahe an die Preise für Maßanfertigung herankommen und dadurch keinen Anreiz mehr zum Kauf der Konfektionsware bieten. Man sollte daher die künftige differenzierte Produktionsabgabe nur auf einer Stufe, und zwar in der Produktion, erheben. Der Beschluß des Ministerrats spricht daher von einer „differenzierten, an das Produkt gebundenen Produktionsabgabe."

2. Die Frachtkosten sollten vor allem für Massengüter im Herstellerabgabepreis enthalten sein. Der heutige Zustand, daß die Fracht vom Empfänger bezahlt wird, hat zwei Nachteile: Einmal hat der Lieferbetrieb kein Interesse an der Auswahl des billigsten und kürzesten Warenwegs (er beeinflußt ihn aber), und zweitens ergeben sich — je nach der Entfernung — verschieden hohe Einkaufspreise für den Empfänger. Der Einwand, der Besteller würde dann nicht den frachtgünstigsten Lieferbetrieb wählen, wiegt weniger stark.

3. Die Kosten der Zirkulation, die als Großhandels- und Kleinhandelsspanne auf den Herstellerabgabepreis aufzuschlagen sind, müssen so niedrig wie irgend möglich gehalten werden.

Das bedeutet: Weiteste Zulassung des Direktbezuges (vom produzierenden Betrieb zum verarbeitenden Betrieb unter Ausschaltung des Handels), wo immer dieses Verfahren volkswirtschaftlich vertretbar und kostensparend ist. Das bedeutet außerdem: Echte Bemessung der Handelsspannen auf Grund der tatsächlichen Leistungen mit dem Anreiz zur Senkung der Selbstkosten. Zur Zeit sind eine Reihe von Großhandelsspannen zu hoch. Wenn dieser Zustand

von einigen Genossen damit begründet wird, daß die so begünstigten Handelszentralen „große Gewinne" an den Staatshaushalt abführen, so leisten sie dadurch der Aufblähung der Zirkulationskosten direkt Vorschub. Denn woher soll bei den Handelszentralen der Zwang zur Selbstkostensenkung kommen, wenn sie sozusagen „aus dem Vollen" wirtschaften können und es ihnen ein Leichtes ist, eine beliebige, aber scheinbare Kostensenkung nachzuweisen?

*

Es wurde bereits betont, daß die Preispolitik ein wesentliches Hilfsmittel zur Durchführung der durch den Plan gestellten Aufgaben ist. Der einheitliche Festpreis und damit auch der Verbraucherpreis (sei es für Produktionsmittel oder Verbrauchsgüter) ist keine schematische Addition verschiedener Elemente, sondern eine gesellschaftliche Größe, d. h. in ihm verbergen sich gesellschaftliche Verhältnisse, die er widerspiegelt, und gesellschaftliche Aufgaben, zu deren Lösung er beiträgt. Für die Höhe des einheitlichen Festpreises sind daher verschiedenartige Gesichtspunkte maßgebend:

1. In seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" formuliert Genosse Stalin das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus wie folgt:

> „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 41)

Dazu ist notwendig, das Volkseinkommen neben der planmäßigen Rücklage als staatliche Reserve zu teilen in den Teil, der dem Wachstum und der Vervollkommnung der sozialistischen Produktion dient (erweiterte Reproduktion) und den Teil, der zur Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft bestimmt ist. Da beide Teile ständig zunehmen, ihr Wachstumstempo aber notwendigerweise verschieden ist, ist es erforderlich, eine solche Ordnung der Preisbildung zu schaffen, daß sie dem Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft dient. Nur so wird die Neuverteilung des Volkseinkommens unseren gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen.

2. Eine entscheidende Bedeutung hat die Preispolitik bei der Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern. Die Höhe der Preise, die für die landwirtschaftlichen Produkte gezahlt werden, die der Erfassung unterliegen, die Höhe der Preise, die für den Aufkauf von freien Spitzen festgesetzt werden und die Höhe der Preise, zu denen die werktätigen Bauern Industriewaren, Düngemittel oder Saatgut erhalten, trägt entscheidend zum Erfolg oder Mißerfolg unserer Bündnispolitik bei. Mit besonderer Sorgfalt müssen deshalb diese Fragen studiert und gelöst werden.

3. Neben den Selbstkosten der Produktion und Zirkulation der Waren müssen die Mittel für die erweiterte Reproduktion und den gesellschaftlichen Bedarf aufgebracht werden. Die Akkumulation muß aber gelenkt werden, da die reichsten Quellen der Akkumulation — das zeigt Genosse Stalin in seinem genialen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" — nicht

dort liegen, wo das stärkste Wachstum der Produktion erforderlich ist. Dieser Lenkung zu dienen, ist Aufgabe der Preispolitik.

4. „Ununterbrochenes Wachstum und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion" bedeutet Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Anwendung neuer Technik und neuer Arbeitsmethoden. Die Preispolitik muß daher einen Anreiz zur Steigerung der Arbeitsproduktivität schaffen.

5. Auch Qualität und Sortiment unserer Produktion müssen verbessert werden. Wie soll man sonst die „ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse" befriedigen? Heute regt unsere Preispolitik in völlig unzureichendem Maße dazu an. Es genügt hierbei, an die ständige berechtigte Kritik aus der Bevölkerung zu erinnern.

6. Durch die Preispolitik muß nicht nur ein Anreiz, sondern auch ein Zwang ausgeübt werden, die Selbstkosten zu senken, die inneren Reserven auszuschöpfen, um damit zur Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes zu kommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß den einheitlichen Festpreisen durchschnittlich-progressive Normen zugrunde gelegt werden.

7. Daß die einheitlichen Festpreise ein wirksames Kontrollinstrument im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung darstellen, wird in der Theorie von niemandem bestritten. In der Praxis sieht das z. B. manchmal noch so aus: Für die Leistungen der Bauindustrie gibt es als Planungs- und Preisbildungsgrundlage sogenannte Kalkulationsrichtwerte. Der Laie nimmt an, daß diese Kalkulationsrichtwerte irgendeinen Zusammenhang mit bestehenden technisch begründeten Arbeitsnormen haben. Das ist aber nicht der Fall. Die Kalkulationsrichtwerte ergeben wesentlich höhere Preise, als es bei Benutzung der *jetzigen* technisch begründeten Arbeitnormen der Fall wäre. Vielleicht erklärt diese „Doppelseitigkeit" manche der Differenzen, die sich bei der Planung und Abrechnung unserer Baubetriebe ergeben. Daß dadurch aber jede Kontrolle erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird, ist selbstverständlich.

Die Festlegung der Planselbstkosten auf der Basis durchschnittlich progressiver Normen und die daraus entwickelten Festpreise schaffen auch die Grundlage für einen echten Betriebsvergleich. Es wird jetzt möglich, die Selbstkosten der einzelnen Betriebe untereinander zu vergleichen und an den Planselbstkosten als dem Ausdruck des Aufwands an gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu messen.

8. Unsere Preispolitik muß dazu beitragen, daß Mangelrohstoffe sparsam verbraucht und dafür nach Möglichkeit Austauschstoffe aus einheimischen Rohstoffen verwendet werden. Die bisherigen Preise z. B. für Buntmetalle hemmten diese Entwicklung. Warum sollte sich ein Betrieb der nicht immer leichten Aufgabe unterziehen, Kunststoffe zu verwenden, wenn die Selbstkosten für Buntmetall (Rohstoff oder Halbfabrikat) günstiger lagen?

9. Die wichtige Rolle der Preispolitik bei der Hebung des Lebensstandards der Werktätigen, d. h. bei der Steigerung und besonders der Lenkung des Verbrauchs von Konsumgütern ist so offensichtlich, daß es genügt, sie zu erwähnen. Der Verbrauch wird aber bei uns noch schlecht durch eine planmäßige und elastische Preisbildung gelenkt. Viele Absatzschwierigkeiten bei den Handelsorganen sind darauf zurückzuführen, daß die Preise für die Konsumgüter nicht genügend aufeinander abgestimmt, d. h. manche Waren im Vergleich zu anderen zu teuer oder zu billig sind. So lagen z. B lange Zeit einige Preise für

Kinderkleidung viel zu nahe an den Preisen für Erwachsenenkonfektion. Der staatliche und genossenschaftliche Einzelhandel hat dabei eine wichtige Aufgabe. Er muß den Bedarf der Bevölkerung nicht nur in groben Umrissen, sondern bis in die feinsten Einzelheiten erkennen und Mängel der Preisbildung schnell signalisieren. Es darf nicht vorkommen, daß bestimmte Waren im Übermaß produziert und dann noch mit zu hohen Preisen angeboten werden, während ähnliche, aber nur in geringen Mengen vorhandene Waren zu billig abgegeben und damit zwangsläufig zum Spekulationsobjekt gemacht werden.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig, sie sollte auch nur einige der Gesichtspunkte anführen, die sich für unsere Preispolitik aus dem Beschluß des Ministerrats ergeben. Sie sollte den Beweis dafür liefern, daß wir schnellstens zu einer planmäßigen Preispolitik kommen müssen, zu einer Preispolitik, die dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus dient.

☆

Große Bedeutung hat auch die Überprüfung unserer Preis- und Steuerpolitik gegenüber der privatkapitalistischen Industrie. Ihr Anteil an der Produktion ist in einigen Industriezweigen nicht gering. Sicher ist die in ihr geleistete Arbeit nicht unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, ist ihr direktes Ziel nicht die Bedarfsdeckung, sondern der Profit. Aber der „Markt“, auf dem sich die aufgewendete Arbeit bewähren muß, hat in unserer Ordnung eine grundlegende Wandlung erfahren, die sich natürlich auch auf die kapitalistischen Betriebe auswirkt. Es ist nicht mehr der kapitalistische Markt der Anarchie, der periodischen Krisen und der Übermacht des Monopolkapitals, denn auch die Preise der Waren der kapitalistischen Betriebe werden von unserer Regierung festgelegt. Durch Einkaufs- und Lieferverträge steht die Privatindustrie im Zusammenhang mit dem Plan. Ihre Preisbildung unterliegt der staatlichen Regelung. Dennoch ist es

> „... eine offenkundige Tatsache und eine gesetzmäßige Erscheinung, daß von der Sphäre der kapitalistischen Warenproduktion ständig Störungen ausgehen“. (Walter Ulbricht, „Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“, S. 23)

Hierzu gehören Preisverstöße, Verletzungen des Tarifrechts, zufällige und ungelenkte Akkumulation und Profitraten, die im Verhältnis zum Eigenkapital unverhältnismäßig hoch sind. Ganz zu schweigen von der ausgeprägten Tendenz, mit geringem Eigenkapital zu arbeiten und weitgehend Staatskredite zu Hilfe zu nehmen.

Das Preis- und Steuerrecht der privaten Industrie muß stärker als bisher dazu beitragen, diese störenden Tendenzen abzuwehren. Es kann selbstverständlich nicht das gleiche sein wie in der sozialistischen Industrie. Es muß aber davon ausgehen, daß wir eine einheitliche Volkswirtschaft haben, in der die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut werden. Die Preisgestaltung der privaten Industrie muß daher den Erfordernissen entsprechen, die sich daraus ergeben.

☆

Der Beschluß des Ministerrats gibt uns die Grundsätze, die Linie unserer Preispolitik. Es kommt jetzt darauf an, daß die verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre sich diese Grundsätze unserer Preispolitik schnell und gründlich aneignen und in der Praxis verwirklichen. Damit wird auch unsere Preispolitik dazu beitragen, daß wir festen, sicheren Schrittes vorwärtsschreiten können zum Sozialismus.

Walter Ulbricht

Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923

(I. Teil)

Unter der unmittelbaren Einwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fanden in den kapitalistischen Ländern Europas große revolutionäre Kämpfe der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg statt. In Deutschland war die Novemberrevolution die Kraftprobe des Proletariats. Unter der Losung des Spartakusbundes „Sozialistische Republik" führte die Arbeiterklasse die Novemberrevolution durch. Sie sprengte die monarchistische Herrschaft und erkämpfte sich einige demokratische Rechte: den Achtstundentag, das Wahlrecht für die Frauen, die Presse- und Versammlungsfreiheit und einiges mehr. Die Hauptaufgabe der Novemberrevolution, die Grundlagen des Imperialismus in Deutschland zu vernichten, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und damit die Voraussetzungen für Demokratie und Sozialismus zu schaffen, wurde jedoch nicht gelöst.

Durch den Verrat der rechten SPD-Führung blieb die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution, die lediglich die Monarchie beseitigte und für die Werktätigen einige demokratische Rechte und soziale Verbesserungen errang. Und trotzdem war es eine Revolution. In der Geschichte der KPdSU (B) heißt es:

„Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügige Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ. Aber trotzdem war es eine Revolution, Wilhelm war gestürzt worden, die Arbeiter entledigten sich ihrer Ketten, und schon das allein mußte die Revolution im Westen entfesseln, einen Aufschwung der Revolution in den europäischen Ländern hervorrufen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 288/289)

Deutschland hatte den Krieg verloren. Der deutsche Militarismus war geschwächt, aber nicht vernichtet. Er lauerte nur darauf, unter Ausnutzung der Widersprüche des Entente-Imperialismus gestärkt von neuem in der Weltarena zum Kampf anzutreten. In der „Geschichte der Diplomatie" heißt es darüber:

„Jedenfalls wurde das imperialistische Deutschland als ein sanftes Lämmlein dargestellt, das sich willig auf die Schlachtbank führen läßt. In Wirklichkeit war es ein verwundetes Raubtier, das unter Brüllen seine Wunden beleckte und scharf seine Feinde beobachtete, lauernd, ob es sich nicht von neuem in den Kampf stürzen könne." („Geschichte der Diplomatie", Bd. III, Teil 1, SWA-Verlag, Berlin 1948, S. 26/27)

Die deutschen Konzernherren hatten sehr gut begriffen, daß der USA-Imperialismus an einem aggressiven imperialistischen Deutschland als Basis für den Kampf gegen die Sowjetunion interessiert war. Der amerikanische General Bliss sagte zu den Verhandlungen des Versailler Vertrages:

„Ich würde daher an die Spitze des Friedens stellen, daß, wenn Deutschland einmal unsere Bedingungen, besonders die Reparationen, annimmt, wir ihm die Rohmaterialien und Weltmärkte zu gleichen Bedingungen wie uns selbst öffnen und alles, was möglich ist, tun werden, um es dem deutschen Volke (dem wiedererstarkenden deutschen Imperialismus — *W. U.)* zu ermöglichen, wieder auf eigenen Füßen zu stehen.

... Es muß ein Vertrag zustande kommen, der einen Gegensatz zum Bolschewismus errichtet."

Um ihren amerikanischen Gläubigern zu beweisen, daß sie mit diesen Forderungen einverstanden sind, begannen die deutschen Schwerindustriellen vom ersten Tage der Beendigung des Krieges an mit den brutalsten Methoden und mit Hilfe der rechten SPD-Führer die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu knebeln und das deutsche Volk auszuplündern. Zur gleichen Zeit erfolgte die Schaffung einer Anzahl reaktionärer, separatistischer und faschistischer Formationen zum Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus fand seinen Ausdruck in folgendem:

1. Durch den Versailler Vertrag behielten die deutschen Imperialisten ihre Armee und den Generalstab als Instrument für die Niederhaltung der Arbeiterklasse und als Kaderreserve für einen zweiten Weltkrieg.

2. Der Staatsapparat als Teil des Überbaus wurde von Stinnes und Thyssen gelenkt; die Regierung war nur der Befehlsempfänger der Monopole. Der Staatsapparat schürte im deutschen Volke den Gedanken der Revanche und des Chauvinismus, förderte die faschistischen und separatistischen Mordbanden und organisierte die Hetze gegen die KPD und gegen die junge Sowjetmacht.

3. Die deutschen Monopolisten wälzten die Lasten des Krieges auf die Werktätigen ab. Durch ihre Inflationspolitik wurde das deutsche Volk ausgeplündert und die deutsche Wirtschaft mit Hilfe amerikanischer Anleihen in wenigen Händen der Finanzmagnaten konzentriert.

4. Systematisch wurden die demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution beseitigt. Mit Unterstützung des amerikanischen Kapitals wurde mit der Durchführung der Rationalisierung der Industrie begonnen, um Maximalprofite auf Kosten der Arbeiterklasse zu erreichen.

Durch ihren Verrat an der Arbeiterklasse und die damit verbundene Spaltungspolitik war die SPD-Führung mitverantwortlich für die Nachkriegskrise und die Verelendung der Werktätigen.

Indem die damalige sozialdemokratische Regierung sich der militärischen Führung und Hindenburg unterordnete und sich der sozialdemokratische Präsident Friedrich Ebert einseitig auf die kapitalistischen Westmächte orientierte, ermunterten sie diese Mächte zum Versailler Diktat, das heißt zur Versklavung Deutschlands.

Der Verrat der sozialdemokratischen Führung richtete sich sowohl gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch gegen die demokratischen Rechte. Die Rettung des deutschen Imperialismus durch die Sozialdemo-

kratie begünstigte zugleich die Pläne des deutschen Monopolkapitals auf schrittweisen Abbau der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften.

Dieselben Konzern- und Bankherren, die im November 1918 von der Führung der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in ihren Machtpositionen belassen worden waren, bereiteten mit den reaktionären Offizieren, die im Januar 1919 unter dem Kommando des Sozialdemokraten Noske die revolutionären Arbeiter niederschlugen, die Versklavung und Ausbeutung des deutschen Volkes vor. Sie unterordneten Deutschland den räuberischen Interessen des amerikanischen, englischen und französischen Imperialismus und suchten Deutschland zur Basis des Kampfes gegen die Sowjetunion zu machen. Die deutschen Großindustriellen rechneten darauf, daß es ihnen mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer gelingen werde, ihre Stellung ohne großen Widerstand der Arbeiter politisch zu festigen und dem revolutionären Ansturm der Nachkriegsjahre Einhalt zu gebieten. Doch sie hatten sich verrechnet.

Die Lasten werden auf das Volk abgewälzt

Die ökonomische Lage in Deutschland war auf Grund der Auswirkungen des Krieges katastrophal. Deutschland hatte im Verlaufe des Weltkrieges etwa 150 Milliarden verbraucht und diese zum größten Teil als Kriegsanleihen, das heißt als Staatskredit, aufgenommen. Die Kriegsanleihen versprachen zwar gute Zinsen, mußten aber zum Ruin der Finanzen führen. Das meiste wurde buchstäblich verpulvert. Der Notenumlauf war ständig gewachsen. Nach dem Versailler Vertrag kamen die Lasten der Reparationszahlungen dazu. Durch die Ruhrbesetzung und den Ruhrkampf wurden die Finanzen vollends zerrüttet. Die ungedeckten Fehlbeträge des Staates führten zur vollständigen Entwertung der Mark. Hunderte von Trillionen Banknoten wurden in Umlauf gesetzt. Ein Dollar wurde zum Beispiel im Januar 1923 mit 17 972 Mark bewertet; im August stand der Kurs schon auf über 4,5 Millionen Mark. Die Steuersabotage der Bourgeoisie und der absolute Bankrott des gesamten Steuersystems trugen zur Vergrößerung des Chaos der Finanzpolitik bei.

Die Bourgeoisie wälzte die gesamten Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages auf das werktätige Volk ab und tat alles, um trotz der großen Not des Volkes ihren Profit zu retten. Während die Konzern- und Bankherren in den Jahren 1919 bis 1923 über 15 Milliarden Goldmark ins Ausland verschoben und so ihre Kriegsgewinne in Sicherheit brachten, gingen sie gleichzeitig dazu über, ihre Lieferungen in Dollar zu berechnen. Ihrem Beispiel folgte der Kleinhandel. Die Preise stiegen sprunghaft. Die Lebenshaltung der Arbeiter sank unter das Existenzminimum. Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren die Preise im Jahre 1920 auf das Zehnfache gestiegen. Der Arbeiter mußte für einen Zentner Kartoffeln 48 Stunden arbeiten. Der Lohn von sechs Wochen reichte gerade aus, um ein Paar Arbeitsstiefel zu kaufen. Der Reallohn in Deutschland war im Jahre 1921 der niedrigste in Europa.

Nur durch diese Ausbeutung der deutschen Arbeiter konnte der deutsche Kapitalismus in der Nachkriegskrise exportfähig bleiben. Er unterbot die Welthandelspreise, ohne seinen Maximalprofit zu schmälern.

Auch die Handwerker und der Mittelstand waren durch die Raffgier der Schlotbarone Stinnes und Thyssen der Verelendung ausgesetzt. Ähnlich war die Situation in der Landwirtschaft. Die Junker erhielten Zuschüsse und

Kredite. Die Kleinproduzenten mußten für Dünger, Saatgut und Produktionsmittel Wucherpreise zahlen.

Die Kleinhandelspreise zeigten am 10. Februar 1923 folgende Steigerung im Verhältnis zu früher:

Kleinhandelspreis pro Pfund (in Mark)	Durchschnitt 1914	Juni 1922	10. Dez. 1922	10. Feb. 1923	Steigerung gegen 1914
Blutwurst	1,00	54,00	920,00	4600,00	4 600fach
Schweinefleisch	1,00	64,00	900,00	5200,00	5 200fach
Butter	1,20	80,00	1700,00	7400,00	6 167fach
Margarine	0,50	40,00	1100,00	5400,00	10 800fach
Kartoffeln	0,03	2,30	10,00	40,00	1 333fach
Brot	0,45	22,00	500,00	2200,00	4 889fach
Petroleum (1 Liter)	0,30	16,00	600,00	2700,00	9 000fach
Schuhwichse (1 Dose)	0,10	8,00	120,00	400,00	4 000fach
Seife (1 Stück)	0,10	30,00	150,00	1000,00	10 000fach

(„Die Rote Fahne" Nr. 35, 11. Februar 1923)

Die Not des arbeitenden Volkes wuchs zusehends. Demgegenüber machte eine Handvoll Kapitalisten riesige Profite. Das waren die Auswirkungen des Versailler Vertrages, der auf Jahre hinaus die nationale Versklavung, die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen Deutschlands brachte. Lenin sagte bei der Einschätzung des Versailler Vertrages mit Recht, daß der Versailler Vertrag Millionen Menschen unterdrückte und das deutsche Volk „in einer nie dagewesenen Sklaverei" hält.*)

Dieser Weg der Krise und des Elends hätte vermieden werden können, wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland unter der Führung der Arbeiterklasse die Macht der Kriegsverbrecher beseitigt, die Wilsonschen „Friedensbedingungen" des amerikanischen Imperialismus abgelehnt und in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht den Weg des Friedens und der Demokratie beschritten hätten. Die Sowjetregierung war die einzige Regierung, die gegen den Versailler Vertrag Stellung nahm.

Die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie

Das deutsche Monopolkapital war daran interessiert, nach dem Versailler Vertrag das kriegswirtschaftliche Potential zu erhalten, mit Hilfe amerikanischer Kredite seine Machtpositionen zu stärken, die Rationalisierung durchzuführen und die Lasten des Krieges auf das werktätige Volk abzuwälzen. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierungen der Weimarer Zeit boten sich dem USA-Imperialismus als Barriere und als Stoßtrupp gegen Sowjetrußland an, um für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus Unterstützung zu erhalten.

Die deutsche Regierung schlug den Ententemächten die Stundung der Reparationszahlungen vor. Die englischen und amerikanischen Finanzmagnaten waren im Prinzip einverstanden, denn Deutschland machte den Vorschlag, die Reparationsfrage durch eine auswärtige Anleihe zeitweilig zu lösen, wodurch

*) Siehe W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien Berlin 1930, S. 500

Deutschland noch stärker in Abhängigkeit zur USA kommen würde. Der damalige deutsche Reichskanzler Wirth bemühte sich, diese Anleihe zu annehmbaren Bedingungen zu erhalten. Das mußte mißlingen.

Ein Teil der deutschen Bourgeoisie versuchte Deutschland durch die Aufnahme regulärer Beziehungen zu Sowjetrußland aus der Isolierung herauszubringen. Auf Vorschlag der sowjetischen Delegation zur Genua-Konferenz wurde am 16. April 1922 in Rapallo der Vertrag zwischen der deutschen Regierung und der Sowjetregierung unterschrieben. Lenin und die Sowjetregierung hatten seit der deutschen Novemberrevolution immer wieder Angebote auf Zusammenarbeit an Deutschland gerichtet, die von den sozialdemokratischen Regierungen mit Verleumdungen beantwortet wurden. Durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages erfüllte Dr. Wirth den Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes nach friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

Der Rapallo-Vertrag entsprach dem nationalen Interesse des deutschen Volkes. Deutschland wurde durch diesen Vertrag zum ersten Male seit Beendigung des ersten Weltkrieges von einer Großmacht als gleichberechtigter Partner anerkannt. Damit war mit Hilfe der Sowjetregierung die außenpolitische Isolierung Deutschlands gesprengt worden, und Reichskanzler Wirth konnte erklären, daß der Abschluß dieses Vertrages der Beginn einer Wende in der Außenpolitik Deutschlands sei. Der Vertrag war ein Beweis dafür, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie, besonders die Fertigindustrie unter Führung Walter Rathenaus vom AEG-Konzern, zumindest die Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetunion ausnutzen wollte, um die Positionen des deutschen Großkapitals zu stärken.

Die Regierung Wirth hatte jedoch nicht die Kraft, ihre Außenpolitik gegen den Widerstand der Schwerindustrie und der Großagrarier durchzusetzen. Diese wirklichen Machthaber des damaligen Deutschlands waren auf die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Finanzkapital orientiert. Die Vertreter der Schwerindustrie traten gegen die Politik der Verständigung mit der Sowjetunion auf. Rathenau wurde ermordet und die Regierung Wirth gestürzt.

England war besonders daran interessiert, zwischen Deutschland und Frankreich eine Auseinandersetzung herbeizuführen, und hoffte auf diese Weise, Frankreich zu schwächen, um die Vormachtstellung in Europa zu bekommen, während es selbst durch den ersten Weltkrieg in gewisse Abhängigkeit von den USA geraten war. Diese Abhängigkeit kam in der Verschärfung der Gegensätze zwischen England und Amerika zum Ausdruck. Genosse *Stalin* schrieb über diese Gegensätze:

> „Die Londoner Konferenz hat keinen einzigen der alten Gegensätze in Europa gelöst, sie dafür aber durch neue Gegensätze ergänzt, durch Gegensätze zwischen Amerika und England. Es besteht kein Zweifel, daß England nach wie vor den Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland vertiefen wird, um seine politische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern. Es besteht kein Zweifel, daß Amerika seinerseits den Antagonismus zwischen England und Frankreich vertiefen wird, um seine Hegemonie auf dem Weltmarkt zu sichern." (J. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 260)

Getreu ihrer arbeiterfeindlichen Politik seit 1914 unterstützte die Sozialdemokratie die Politik der entscheidenden Kreise der Bourgeoisie, indem der

Parteivorstand der SPD gegen den Rapallovertrag mit Sowjetrußland auftrat und sich außenpolitisch auf die USA und England orientierte.

Im Jahre 1921 stimmte die SPD-Fraktion dem Steuerkompromiß der Konzerne im Reichstag zu; somit wurde die Steuerschraube mit Hilfe der SPD um ein Vielfaches angezogen. Wie weit die SPD die Politik von Stinnes unterstützte, zeigt der „Dank vom Hause Stinnes" im Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit" vom 28. Januar 1922:

„Das vielleicht wichtigste Ergebnis der Verhandlungen über die von der Regierung eingebrachten Steuergesetze liegt doch wohl auf politischem Gebiet. Es ist darin zu erblicken, daß es gelungen ist, die Mehrheitssozialdemokratie zur Bewilligung umfangreicher indirekter Steuern und hiermit zum Verzicht auf einen über fünfzig Jahre lang festgehaltenen wesentlichen Punkt aller sozialistischen Programme zu bringen, wonach der Staatsbedarf nur durch direkte Steuern gedeckt werden soll. Die Angriffe der Linksradikalen gegen das Steuerkompromiß lassen gleichzeitig erkennen, wie wertvoll es für die zukünftige Innenpolitik sein muß, daß der Mehrheitssozialdemokratie die unwiderrufliche Absage an den Marxismus abgerungen worden ist."

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die dem Versailler Vertrag zugestimmt hatten, verschleierten ihren Verrat, indem sie behaupteten, daß der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus sei.

1922 war es der Sozialdemokrat Severing, der als preußischer Innenminister mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Eisenbahnerstreik unterdrückte. Für die Beamten der Eisenbahn sprach er ein Verbot der Beteiligung am Streik aus und drohte: „Wer seine Sympathie mit den Streikenden zum Ausdruck bringt, wird entlassen."

Die amerikanischen Finanzmagnaten suchten günstige Bedingungen für ihre Kapitalanlage in Deutschland. Sie wollten gemeinsam mit den deutschen Monopolherren die Arbeiter versklaven und ausbeuten. Das Eingreifen der USA hatte schon in den vierzehn Punkten Wilsons einen Ausdruck gefunden. Diese ultimativen Forderungen hatten gezeigt, daß der USA-Imperialismus dazu übergegangen war, Deutschland in seine imperialistischen Interessensphären einzubeziehen.

Die amerikanische Finanzoligarchie brauchte den Kapitalexport. In der „Geschichte der Diplomatie" heißt es darüber:

„Auf der Suche nach vorteilhaften Möglichkeiten für große Kapitalanlagen legte das amerikanische Kapital besonderes Interesse für Deutschland an den Tag." („Geschichte der Diplomatie", Bd. III, Teil 1, S. 317)

Der nationale Verrat der Bourgeoisie im Ruhrkampf

Unter dem Druck der französischen Bourgeoisie stellte die Reparationskommission fest, daß Deutschland absichtlich die Lieferung von Kohle und Holz zurückhalte. Stinnes sabotierte die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth, indem er sich nur unter der Bedingung bereit erklärte, der Regierung das Reparationsgold zu liefern, wenn der Staat ihm die letzten staatlichen Betriebe (die Kommunalwirtschaft und die Eisenbahn) als Gegenleistung aushändigt. So benutzten die deutschen Monopolkapitalisten ihre ökonomische

Macht, um die staatlichen Betriebe mehr und mehr in ihre Konzerne einzugliedern.

Zur gleichen Zeit verhandelte Stinnes mit französischen Kapitalisten, um ein deutsch-französisches Kohlen- und Stahlsyndikat zu bilden. Diese Bemühungen zeigten das Streben des deutschen Imperialismus nach einer selbständigen imperialistischen Politik. Die Bildung dieses Syndikats scheiterte jedoch, weil beide, Stinnes und der Vertreter des französischen Stahltrusts, Loucheur, auf der Beherrschung des Syndikats bestanden. Loucheur erhob Anspruch auf einen 60prozentigen Anteil. Das ging den deutschen Konzernherren zu weit; 50 : 50 war das mindeste, worauf sie eingehen wollten. Daraufhin schürte die Propagandamaschine der deutschen Stahlmagnaten die Revanchepropaganda, besonders unter den Massen der Kleinbürger.

Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Rhein- und Ruhrgebiet.

Die Sowjetunion verurteilte als einziges Land der Welt entschieden die Besetzung des Ruhrgebietes durch die französischen Imperialisten. Der Präsident des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, Genosse *Kalinin*, erklärte am 13. Januar 1923 in einem Aufruf „An die Völker aller Länder":

„Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrgebiet eingefallen ... Von neuem haben die französischen Imperialisten das Schwert auf die Waagschale der Geschichte geworfen und gehen nun zur militärischen Besetzung der bedeutendsten industriellen Teile Deutschlands über ... In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Rußland der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörten Protest gegen die wahnsinnige Politik des imperialistischen Frankreichs und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des Rechts des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die heute Europa bedroht." („Internationale Pressekorrespondenz" Nr. 3, 20. Januar 1923)

Die Besetzung des Ruhrgebiets verschärfte die schwere Wirtschaftskrise in Deutschland. 88 Prozent seiner gesamten Kohlenförderung, mehr als 40 Prozent der Eisen- und 70 Prozent der Roheisenproduktion gingen verloren. Die gesamte Produktion ging dadurch stark zurück. Die Arbeitslosigkeit wuchs an. Der Kurs der Mark fiel in rasendem Tempo.

Die deutsche Bourgeoisie versuchte krampfhaft, den Kampf gegen den französischen Imperialismus durch den sogenannten „passiven Widerstand" zu gewinnen, um wieder unbeschränkt in Deutschland herrschen und zu einer Partnerschaft mit dem USA-Imperialismus kommen zu können.

Die damalige Cuno-Regierung bestand aus Vertretern der „Volks"partei, der „Demokratischen" Partei und des Zentrums. Die „Volks"partei, in der Hugo Stinnes tonangebend war, war die ausgesprochene Partei der Schwerindustrie und der Großfinanz. Die „Volks"partei war die Partei der Reaktion, die ihre monarchistischen Stützen — die Reichswehr und die Freikorpsbanden — hütete und pflegte.

Die „Demokratische" Partei vertrat den Handel und die Fertigindustrie sowie die kleinen Geschäftsleute. Die Führung der Partei war von Vertretern des Bankkapitals besetzt und vertrat eine offen reaktionäre Linie, die als „Liberalismus" getarnt wurde.

Das Zentrum war die Partei der katholischen Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes. Thyssen und Oppersdorf spielten in der Führung eine entscheidende Rolle; sie traten offen und auch versteckt für eine „Rheinische Republik", also für die Separatisten, auf und versuchten durch ihre Hetze gegen die KPD die katholischen Arbeiter für sich zu gewinnen.

Reichskanzler Cuno selbst war Generaldirektor der Hapag und auf die Zusammenarbeit mit dem Finanzkapital der USA orientiert. Somit war die Cuno-Regierung mit den größten Konzernen Deutschlands verbunden. Schon vor der Ruhrbesetzung hatte die Regierung Cuno in Erfüllung der Direktiven von Stinnes und Thyssen die staatlichen Lieferungen an Frankreich vermindert.

Bei der Besetzung des Ruhrgebiets erhoben die deutsche Bourgeoisie und die Cuno-Regierung ein großes Geschrei: „Das Vaterland ist in Gefahr!" Sie meinten aber ihre Profite und verkündeten den sogenannten „passiven Widerstand". Die Arbeiter wurden aufgefordert, den französischen Okkupanten Widerstand zu leisten, aber die Schlotbarone Stinnes und Thyssen verhandelten weiter mit den französischen Stahlvertretern. Diese Verhandlungen hatte Stinnes schon seit Herbst 1922 geführt und auch Teilabschlüsse getätigt. Er hatte die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau" gegründet, die in Frankreich die zerstörten Gebiete aufbaute, und bekam dafür vom Staat Valuta zuzüglich 6 Prozent Vermittlungsaufschlag.

Auch Herr Röchling, einer der reaktionärsten Vertreter des deutschen Monopolkapitals, gehörte zu jenen westdeutschen Plutokraten, die sich auf die Zusammenarbeit mit den französischen Monopolen orientierten. Im Jahre 1921 hatten er und die Besitzer der französischen Stahlwerke von Longwy eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Paris gegründet.

Die Politik der Cuno-Regierung bedeutete schamloseste Ausbeutung, Ruin und Hunger für die Mehrheit des Volkes, riesige Profite für eine Handvoll deutscher und amerikanischer Monopolisten.

Die Banken und Konzerne bereicherten sich hemmungslos. Die Monopolisten führten einen bedeutenden Kapitalexport durch, der das Absinken der Mark beschleunigte. Sie legten ihr Kapital im In- und Ausland in Sachwerten (Bergwerke, Fabriken usw.) an.

Die Großagrarier beseitigten ihre Schulden, indem sie mit der entwerteten Papiermark bezahlten.

Die gesamte Bourgeoisie profitierte von der Ruhrbesetzung durch die „Kredit- und Ruhrhilfe" des Staates. Sämtliche „Schäden", die durch die Ruhrbesetzung entstanden waren, wurden von der Regierung voll ersetzt. Ein sehr lohnendes Geschäft war die Kredithilfe. Die Kapitalisten bekamen, weil sie auf „Lager" produzierten, von der Staatskasse Anleihen von einigen Milliarden Mark. Sie zahlten die aufgenommenen Kredite mit derselben Mark zurück, die inzwischen auf den vierten Teil und noch mehr zusammengeschrumpft, also fast wertlos war. Sie hatten aber mit Hilfe der Kredite des Staates Sachwerte produziert, die wertbeständig waren. Eine andere Bereicherungsquelle der Bourgeoisie war der Versuch der Markstabilisierung im Februar 1923.

Die Bourgeoisie benutzte die Gelegenheit, um ihr Geld in wertbeständiger ausländischer Valuta anzulegen, zum Beispiel in amerikanischen Dollars. An-

läßlich einer Einschätzung der Ruhrkämpfe schrieb Genosse *Ernst Thälmann* treffend:

„Nicht um die Interessen der Nation, nicht ums Vaterland ging es den Prozentpatrioten des Ruhrkrieges; es ging um klingende Profite, um den höchstmöglichen Anteil, um den höchsten Gewinnprozentsatz in der Ausplünderung des Rhein- und Ruhrproletariats. Es ging ums Geschäft, um den Profit." („Die Rote Fahne" Nr. 9, 11. Januar 1933)

Je schneller die Mark entwertet wurde, desto schneller sank der Reallohn der Arbeiter, um so größer war der Profit, desto leichter waren die Schulden abzuwälzen, um so größere Spekulationen konnte man durchführen.

Stinnes zum Beispiel war vor dem Kriege Aufsichtsratsmitglied in den entscheidenden Industrien, baute nach dem Kriege den Stinnes-Konzern auf, indem er sich die Gelsenkirchener Bergwerks-AG., den Kirdorf-Konzern und die Rhein-Elbe-Union ergaunerte und mit dem Siemens-Schuckert-Elektrokonzern zu einem Montankonzern verband. Norddeutschland beherrschte er durch seine Reedereien. In Ostdeutschland hatte er den Kohlenexport sowie den Kohlen-, Maschinen- und Düngerhandel an sich gerissen. Um seinen politischen Einfluß zu verstärken, erwarb er mehrere große Zeitungen, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die „Deutsche Allgemeine Zeitung" u. a. Die Stinnes-Gruppe eignete sich im Verlaufe der Inflation 1664 Unternehmungen mit 2890 Betrieben im In- und Ausland an. Sämtliche anderen Konzerne, Thyssen, Krupp, Klöckner usw., handelten ähnlich.

Diese Riesengeschäfte wurden von den Monopolisten in einer Zeit gemacht, als die Not des deutschen Volkes am größten war und Hunderttausende von Menschen an den Folgen der Unterernährung zugrunde gingen.

Der wirkliche Initiator der Ruhrbesetzung war aber die amerikanische Finanzoligarchie, die um die Vormachtstellung in Europa kämpfte. Die Morgan-Gruppe unterstützte die französische Bourgeoisie, während die Rockefeller-Gruppe sehr interessiert daran war, ihr Kapital in Deutschland anzulegen.

Die Bourgeoisie unternahm während der Ruhrbesetzung alles, um die separatistischen und faschistischen Kräfte zu mobilisieren. Unter dem Deckmantel der „Vaterlandsverteidigung gegen Poincaré" wurden der „Stahlhelm", der „Jungdeutsche Orden" und andere Terrorbanden zugelassen und mit dem Steuergeld der Werktätigen finanziert. Das Reichswehrministerium arbeitete unter der Leitung von Seeckt einen Plan aus, in dem der Einsatz der Reichswehr festgelegt war, falls die Polizei nicht ausreichte. Diese reaktionäre Reichswehrpolitik war ganz im Sinne des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus.

Die KPD, die einzige Partei des nationalen und sozialen Kampfes gegen Cuno und Poincaré

Bei der Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die französischen Okkupanten und gegen die Cuno-Regierung war die Kommunistische Partei Deutschlands die treibende Kraft. Durch die Aktivität der Funktionäre der KPD in den Betrieben wuchs in den Massen sehr schnell das Vertrauen zu ihr. Die Partei erkannte, daß eine revolutionäre Situation heranreifte, daß die Massen bereit waren, für die nationale und soziale Befreiung ihres Landes zu kämpfen.

Vom ersten Tage des Einmarsches der französischen Truppen in das Ruhrgebiet kämpfte die KPD, unterstützt von den kommunistischen Bruderparteien — besonders den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Frankreichs — gegen die imperialistischen Okkupanten. Bereits am 7. Januar 1923 hatte die KPD gegen die imperialistische Gewaltpolitik protestiert. In den Großstädten waren Kundgebungen gegen die angekündigte Besetzung und den Versailler Vertrag veranstaltet worden. Auf diesen Kundgebungen sprachen Genossen der französischen Bruderpartei und riefen die Massen zum entschlossenen Widerstand auf.

Am 11. Januar 1923 wurde vom Zentralkomitee der KPD ein Aufruf an das deutsche Volk sowie an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gerichtet. In diesem Aufruf wurde dargelegt, welche Schuld die Cuno-Regierung an der Not der Arbeiterklasse hat und daß der einzige Ausweg der Kampf des deutschen Volkes in der Einheitsfront gegen die Ruhrbesetzung und gegen die Politik der Cuno-Regierung ist. Die rechte SPD- und Gewerkschaftsführung lehnte den gemeinsamen Kampf ab.

Breite Massen der Werktätigen folgten jedoch den Losungen der Partei. Am 22. Januar gab die Partei die Losung heraus: „Schlagt Cuno und Poincaré an der Ruhr und an der Spree!" In dem Aufruf wurden die Machenschaften des französischen und des deutschen Kapitalismus und ihrer Regierungen entlarvt und der Arbeiterklasse der Weg zur Befreiung gewiesen.

In ganz Deutschland kam es zu Demonstrationen, Hungerunruhen und Massenstreikkämpfen. Die Funktionäre der KPD stellten sich an die Spitze dieser Bewegung. Mit besonderer Zähigkeit kämpften die Arbeiter des Ruhrgebietes. Sie forderten in den Fabriken von Thyssen und Stinnes die Festsetzung eines Reallohnes nach dem Goldstandard, Absetzung der Regierung Cuno, die sie als „Regierung des nationalen Verrates" bezeichneten, und Entfernung der Okkupanten. Diese Forderungen wurden in allen Gebieten Deutschlands zu Kampfforderungen der Arbeiterklasse.

Am Höhepunkt des Kampfes der Ruhrarbeiter wandte sich der Bürgermeister von Düsseldorf, Dr. Lutherbeck, an den Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General de Goutte, mit der Bitte, zur Niederschlagung der Arbeiteraktionen deutsche Truppen in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen. Dr. Lutherbeck schrieb in seinem Antrag an de Goutte:

> „Ich muß Sie daran erinnern, daß während des Kommuneaufstandes das deutsche Oberkommando den französischen Truppen in jeder Beziehung entgegenkam, um den Aufstand gemeinsam zu unterdrücken. Ich bitte Sie, uns die gleiche Unterstützung zu erweisen, wenn Sie nicht wollen, daß künftig eine gefährliche Situation entsteht."

Die französischen Okkupanten beeilten sich, den deutschen Reaktionären die Erlaubnis zu geben, Polizei und Reichswehr in das Ruhrgebiet zu schicken.

Die revolutionäre Bewegung aber wuchs an. In diese Bewegung wurde nach und nach das Kleinbürgertum in Stadt und Land hineingezogen, das infolge der Inflation dem Ruin entgegenging.

Das Haupthindernis des nationalen und sozialen Befreiungskampfes war der Einfluß der sozialdemokratischen Führung. Sie betrieb ihre alte Burg-

friedenspolitik mit dem westdeutschen Monopolkapital und tat alles, um die Arbeiterklasse von Aktionen gegen Poincarés Ruhrbesetzung und Cunos volksfeindliche Politik abzuhalten.

Bei der Ruhrbesetzung propagierte die SPD-Führung die „Einheitsfront" mit den Schlotbaronen als einzigen Ausweg für die Rettung der Nation. Unter der Maske der „Vaterlandsverteidigung" unterstützte sie die reaktionäre Reichswehrpolitik von Hindenburg und Seeckt und förderte alle reaktionären und separatistischen Bestrebungen der Monopole.

Der 8. Parteitag der KPD zu den Fragen der Einheitsfront und Arbeiterregierung

In dieser Situation der Krise des nationalen und sozialen Kampfes fand der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, die damals 225 000 Mitglieder zählte, in der Zeit vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig statt.

Aufgabe des Leipziger Parteitages war es, die Entwicklung der revolutionären Krise richtig einzuschätzen und zu beschließen, wie der Kampf für den Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals und seiner Regierung, für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden soll.

Genossin Clara Zetkin gab den Bericht des Zentralkomitees über die weltpolitische Lage. Sie entlarvte mit aller Schärfe das verräterische Treiben der deutschen und ausländischen Finanzhyänen. Sie betonte, daß die Bourgeoisie nur durch die proletarische Einheitsfront zu schlagen ist und daß der Ausweg nur eine Arbeiterregierung sein kann.

Der Parteitag beschloß ein Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands, in dem nachgewiesen wurde, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sowohl von den deutschen als auch von den französischen Monopolisten inszeniert worden war und daß Deutschland immer mehr zu einer Kolonie des Entente-Imperialismus herabsank. Das Manifest forderte das deutsche und das französische Proletariat zum gemeinsamen Kampf auf gegen Versailles und für die Bewaffnung der Arbeiter, zum Kampf gegen die faschistischen Terrororganisationen, für die Befreiung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.

Im Mittelpunkt der Debatten des Parteitages standen die Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Die Ursache für diese Debatten war das ausgesprochen opportunistische Verhalten der damaligen Parteiführung der KPD, Brandler, Thalheimer u. a. Sie desorientierten mit Hilfe des Trotzkisten Radek die Partei. Sie entstellten die Einheitsfrontpolitik und propagierten eine prinzipienlose Blockbildung. Die Arbeiterregierung wollten sie durch eine Vereinbarung mit den rechten opportunistischen Verrätern der SPD unter Verzicht auf Massenkämpfe bilden. Sie behaupteten, man könne den bürgerlichen Staatsapparat ausnützen, um die bürgerlich-demokratische Republik auf „friedlichem Wege" allmählich in einen Staat der Arbeiter und Bauern umzuwandeln.

Diese Stellungnahme der brandlerischen Führung der KPD verwarf die marxistische Lehre von der proletarischen Revolution und dem bewaffneten Aufstand.

Genosse *Ernst Thälmann*, der an der Spitze der revolutionären Richtung auf dem Parteitag stand, führte mit den Genossen Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, Walter Ulbricht, Walter Stoecker u. a. den Kampf gegen diese parteifeindliche Stellung in den Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Klar sah Genosse *Thälmann* voraus:

„Wer sich einbildet, daß eine Arbeiterregierung vielleicht auf legalem Wege geschützt wird, wenn das Proletariat nicht kämpft, der wird erleben, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Bourgeoisie diese auf den Ministersesseln sitzenden Arbeiter zum Teufel jagen wird." („Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der KPD", S. 358)

Genosse *Thälmann* erkannte die große Gefahr, die der Arbeiterbewegung aus dem Opportunismus der Brandler und Thalheimer erwachsen mußte.

„Der Eintritt in die Arbeiterregierung", erklärte er weiter, „bedeutet für mich, daß zum mindesten ein Ansatz vorhanden sein muß, von dem aus die Macht der Bourgeoisie zertrümmert werden kann, daß in der Arbeiterregierung eine Vorstufe der proletarischen Diktatur vorhanden sein muß, daß Teile des Proletariats in der Lage sein müssen, diese Arbeiterregierung zu schützen und zu stützen." (Ebenda, S. 358)

Obwohl die übergroße Mehrheit des Parteitages den Ausführungen von *Ernst Thälmann* zustimmte, wurde in den Verhandlungen der Redaktionskommission ein Kompromiß mit Brandler und Thalheimer geschlossen.

In die Entschließung „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung" wurde die brandlerische Formulierung aufgenommen: die Arbeiterregierung „ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie" Arbeiterpolitik zu treiben.

Für die Führung des revolutionären Massenkampfes war die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder von entscheidender Bedeutung. Gegenüber den Tendenzen mancher Arbeiter, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und rote Gewerkschaften zu gründen, beschloß der Parteitag die Konzentrierung der Kräfte auf die Verstärkung der Massenarbeit in den Gewerkschaften. Die Partei beherzigte Lenins Hinweis in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", wo *Lenin* schrieb:

„Gerade die absurde ‚Theorie' der Nichtbeteiligung der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig diese ‚linken' Kommunisten die Frage der Beeinflussung der ‚Massen' behandeln und wie sie mit ihrem Geschrei von den ‚Massen' Mißbrauch treiben. Um es zu verstehen, der ‚Masse' zu helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse' zu erwerben, darf man vor den Schwierigkeiten keine Angst haben, darf man die Schikanen, die Anrempelungen, die Beleidigungen und Verfolgungen durch die ‚Führer' . . . *nicht* fürchten und muß unbedingt *dort arbeiten, wo die Massen sind.*" (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 699)

Der Parteitag lehnte die sektiererischen Auffassungen entschieden ab und erklärte in seiner Entschließung:

„Wo die Gewerkschaftsmitglieder fähig und stark genug sind, neue Organisationen aufzubauen, sind sie erst recht imstande, innerhalb der bestehenden Gewerkschaften Ordnung zu schaffen.

Gestützt auf die Erfahrungen der ganzen Welt, ruft der Parteitag den organisierten Arbeitern zu: Bleibt in Euren Gewerkschaften! Sorgt dafür, daß den Reformisten das Handwerk gelegt wird." („Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der KPD", S. 399)

Ein entscheidendes Problem wurde auf dem Parteitag nicht behandelt: das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern. Darin äußert sich eine Erscheinungsform des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Partei berücksichtigte nicht die diesbezüglichen Hinweise von Lenin und Stalin. So hatte Genosse *Lenin* in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" gesagt:

„Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt." (W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 84)

Die Parteiführung, die selbst vom Opportunismus durchsetzt war, konnte dieses Problem nicht erkennen und deshalb nicht überwinden. Die Brandler-Gruppe negierte die werktätige Bauernschaft, weil sie keinen Glauben an die revolutionäre Kraft hatte. Entsprechend der sozialdemokratischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung wurde die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern abgelehnt. Erst in den Septembertagen des Jahres 1923 wurde auf Initiative des Vertreters des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht, in einem Aufruf der Bezirksleitung Thüringen der KPD der Partei und den Massen diese grundlegende Aufgabe nähergebracht. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„An die Arbeiter, Beamten, Kleinbauern und Mittelständler! Die bisherige sozialdemokratische Regierung ist an ihrer Arbeiterfeindlichkeit gescheitert. Die Kommunistische Partei fordert erneut die Schaffung einer Regierung der Arbeiter und Kleinbauern." („Die Rote Fahne" Nr. 208, 15. September 1923)

Dann wurden in dem Aufruf die notwendigen Maßnahmen dargelegt und dabei gefordert: „Sofortige Einberufung des Thüringer Betriebsrätekongresses unter Hinzuziehung von Kleinbauerndelegierten".

Der Leipziger Parteitag nahm ein Manifest an, in dem das große Vertrauen und die Verbundenheit der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse mit der Sowjetmacht zum Ausdruck kam. In diesem Manifest sprach die Kommunistische Partei Deutschlands dem Sowjetvolk den Dank dafür aus, daß die Sowjetregierung schärfsten Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes erhoben und sie als eine brutale Vergewaltigung der Rechte der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, als eine verbrecherische Gefährdung des Friedens gekennzeichnet hatte. Der Parteitag dankte Sowjetrußland für die große Lehre, daß die Sache der Nation eine Sache der Arbeiterklasse ist.

Der Massenkampf zum Sturz der Cuno-Regierung

Die Cuno-Regierung führte die Politik der reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals durch. Sie half die Machtpositionen der Konzernherren stärken.

Die Schlotbarone gründeten in dieser Zeit den großen Hugenbergkonzern, der die Hälfte aller deutschen Zeitungen beherrschte. Das Programm für die Ausbeutung der Arbeiterklasse wurde von den Unternehmerverbänden in folgenden Forderungen zum Ausdruck gebracht: Aufhebung des Achtstundentages, Auslieferung der Reichseisenbahn (Umwandlung in eine private Aktiengesellschaft), der staatlichen Bergwerke, schrankenlose Wucherfreiheit für Brot, Miete, Kohle, Eisen usw. und Steuerfreiheit für das Kapital.

Am 6. März 1923 erklärte Regierungsrat Dietz anläßlich einer Tagung des Schiedsgerichts: „Die Regierung hat Richtlinien beschlossen, daß für den Monat März keine Lohnerhöhungen zuzulassen sind." Daß in dieser Zeit der Reallohn der Arbeiter von den Unternehmern planmäßig gedrückt wurde, geht aus einem Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hervor: Es „ist nach wie vor entscheidender Wert darauf zu legen, daß die erreichten Löhne *nicht nochmals ‚zum Zweck der Anpassung an das Preisniveau' heraufgesetzt werden*". („Vorwärts" vom 13. April 1923)

Das bedeutete in der Praxis die absolute Verelendung der Arbeiterklasse. Die Lebenshaltungskosten waren schon über 40 Prozent gestiegen, und die Löhne reichten nicht einmal für das Existenzminimum aus. Diejenigen Arbeiter, die sich gegen die Hungerlöhne auflehnten, wurden von den Unternehmern in sogenannten „schwarzen Listen" erfaßt, bekamen keine Arbeit mehr und waren dem Verhungern preisgegeben.

Zur Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitages versuchte die KPD die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, den Gewerkschaftern und den unorganisierten Arbeitern herzustellen. Die Kontrollausschüsse zur gerechten Verteilung der Bedarfsgüter, die Betriebsrätebewegung, die Erwerbslosenausschüsse und die proletarischen Hundertschaften waren die Hauptorganisationsformen der Einheitsfront.

Die Kontrollausschußbewegung, die 1922 auf Initiative des ersten Reichsbetriebsrätekongresses entstanden war, stellte einen neuen Weg zur Mobilisierung der Massen dar. Durch die Kontrollausschüsse wurden alle Werktätigen angeprochen, weil diese Organisation das Elementarste der Menschen berührte: die ungeheure Not, die auf allen Werktätigen lastete. Die Spekulanten trieben Preiswucher und Schwarzhandel in größtem Ausmaß. Dadurch wurden die Kontrolle und die Selbsthilfe geradezu herausgefordert.

Die Ortsausschüsse der Gewerkschaften, Vertreter der Betriebsräte, Händler und Handwerker bildeten unter aktiver Anteilnahme von Funktionären der KPD Kontrollausschüsse. Die Erfolge der Ausschüsse trugen zur Mobilisierung der Massen bei und stärkten das Vertrauen zur Partei. So deckte im Januar 1923 der Ausschuß vom Bezirk Berlin-Mitte große Steuerhinterziehungen auf. Der Kontrollausschuß Berlin-Moabit entfaltete eine besonders intensive Tätigkeit bei der Kontrolle der Verteilung der Bedarfsgüter. Das Wohnungsproblem war für die Arbeiter besonders schwer. Tausende Familien

hausten zusammengepfercht in engen Stuben und Kellerlöchern. Auch hier griffen die Kontrollausschüsse helfend ein. In Berlin-Neukölln wies der Ausschuß nach, wo leerer Wohnraum zur Verfügung stand, und durch Protestdemonstrationen konnte erreicht werden, daß in einigen Fällen Arbeiter Quartiere erhielten.

In Rheinland-Westfalen übernahmen die Kontrollausschüsse unter Leitung der Partei die Verteilung von mehr als fünf Millionen Broten an Arbeitslose, Rentner usw. Die Brote waren eine Spende des Sowjetvolkes für die kämpfenden Ruhrarbeiter. In Essen wurde eine ganze Schiffsladung Kartoffeln, die ins Ausland verschoben werden sollte, vom Kontrollausschuß beschlagnahmt und der Verkauf an die Werktätigen erzwungen. In Krefeld hatte es der Ausschuß durch Verhandlungen mit den Händlern erreicht, daß diese die Waren an die Arbeitslosen um ein Drittel des Marktpreises billiger verkauften. Die Überprüfung der Preise sowie die ständige Gewichtskontrolle bei den Händlern waren eine der Aufgaben der Kontrollausschüsse.

Sehr bald erkannte die Bourgeoisie, daß die Arbeit der Kontrollausschüsse für sie gefährlich wurde und ihre schmutzigen Geschäfte entlarvte und erschwerte. Deshalb entfachte sie eine wüste Hetze gegen die Ausschüsse, und es wurde ein allgemeines Verbot ausgesprochen. Trotzdem arbeiteten die Ausschüsse weiter. Die Werktätigen stellten sich bei Verfolgungen durch die Polizei schützend vor die Mitglieder der Ausschüsse und erzwangen durch Demonstrationen die Freilassung von Verhafteten.

Durch diese intensive Arbeit im Interesse der breiten Massen wurde das Vertrauen der Bevölkerung zur Kommunistischen Partei Deutschlands gestärkt.

Ein weiteres Zeichen für die richtige Politik der Partei war ihr immer stärker werdender Einfluß in den Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaftsführer taten alles, um den Burgfrieden mit den Unternehmern zu retten. Die Gewerkschaftsführer waren begeisterte Anhänger des imperialistischen Wilsonfriedens und orientierten sich nach der Seite des Entente-Imperialismus. Sie hetzten mit der rechten SPD-Führung gemeinsam gegen Sowjetrußland.

Der Widerstand gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik wuchs jedoch in den freien Gewerkschaften. Schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 hatte die Opposition, bestehend aus Kommunisten, USPD-Leuten und Sozialdemokraten, einen Mehrheitsbeschluß erzwungen, der besagte: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft auszuscheiden.*)

Nach dem 8. Parteitag in Leipzig wuchs der Einfluß der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften, besonders im Metallarbeiterverband, bei den Bau- und Holzarbeitern. In der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter sympathisierte die Mehrheit der Mitglieder mit der KPD. Diese Entwicklung veranlaßte die rechte Gewerkschaftsführung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Funktionäre, die der KPD angehörten, mit den brutalsten Methoden zu bekämpfen und sie auszuschließen.

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer wollten die Betriebsräte zu Handlangern ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik machen. Die Arbeiter erkann-

---

*) „Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands", Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin 1922, S. 62

ten diesen Schachzug und bildeten örtliche und bezirkliche Zentralen der revolutionären Betriebsrätebewegung.

Im Oktober 1922 hatte der 1. Reichskongreß der revolutionären Betriebsräte Deutschlands stattgefunden. In dem Programm wurden Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Werktätigen gefordert, und es wurde erklärt, daß dieses Ziel nicht auf friedlichem Wege erreicht werden kann, daß die Erkämpfung der Arbeiterregierung der einzige Weg zur Erreichung dieses Zieles ist; deshalb forderten die revolutionären Betriebsräte die Bewaffnung der Arbeiterklasse.

In verschiedenen Betrieben hatten die Arbeiter mit der Bildung proletarischer Hundertschaften begonnen. Anknüpfend an diese Erfahrungen, forderte die Partei zum Kampf gegen die faschistischen Mordbanden und zur Verteidigung der 1918 errungenen Rechte auf, vor allem dazu, in den Großbetrieben und Orten proletarische Hundertschaften zu bilden. Auch die Tätigkeit der Kontrollausschüsse mußte vor faschistischem und polizeilichem Terror geschützt werden.

Die revolutionären Betriebsräte forderten schon im Januar 1923 auf einer Vollversammlung in Berlin die Bewaffnung des Proletariats und die Bildung proletarischer Hundertschaften.

Die Hauptaufgabe der proletarischen Hundertschaften war die Mobilisierung der Arbeiter zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gegen die faschistische Gefahr. Der Faschismus war eine große Gefahr für die deutschen Werktätigen und für die junge Sowjetmacht. Die deutsche Arbeiterklasse mußte ihn unbedingt verhindern; denn sie hatte die Aufgabe, wie Genosse Thälmann auf dem 8. Parteitag sagte, „die Zufahrtsstraßen zur Festung Sowjetrußland zu bewachen".

Die nationalistische Verhetzung nahm mit der Besetzung des Ruhrgebietes ungeheuerliche Formen an. Die Faschisten organisierten Überfälle auf revolutionäre Arbeiter. Am 15. Februar wurde in Hagen, Westfalen ein eintägiger Generalstreik gegen den Terror und für die Bewaffnung der Hundertschaften durchgeführt.

Das Remscheidter Gewerkschaftskartell faßte am 15. Februar den einstimmigen Beschluß, zum Kampf gegen die Faschisten proletarische Hundertschaften zu bilden. Die Betriebsräte von Solingen stellten auf einer Vollversammlung die Forderung auf, in allen Betrieben Hundertschaften zu bilden. Sie riefen die ganze deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Wucher, zur Bildung proletarischer Hundertschaften und zur Bildung von Kontrollausschüssen auf. Eine Betriebsversammlung der Krupparbeiter stellte die gleiche Forderung.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte rief im April 1923 zur Bildung von proletarischen Hundertschaften auf. In dem Aufruf heißt es:

„Was ist zu tun? Aktive Aufklärung über die Gefahr in Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen, Aufklärung auch unter den Mittelschichten, Beamten, Kleinbürgern und Kleinbauern, aktive Klassenpolitik in allen Tagesfragen, kein Verlassen auf behördliche Maßnahmen, unermüdliche Arbeit zur Herstellung der kampfbereiten Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Hausfrauen, Organisation der Abwehr im ge-

samten Proletariat. In den Betrieben müssen proletarische Hundertschaften gebildet werden, in die auch die Jugendlichen und Erwerbslosen mit eingereiht werden müssen. Keine besonderen Abwehrhundertschaften für Erwerbslose oder Jugendliche!

Das gesamte werktätige Volk ist bedroht. Es muß als geschlossene Macht auftreten.

Keine Zersplitterung der Kampfkraft, keine Bildung von Partei-Hundertschaften; denn diese führen zur gegenseitigen Bekämpfung der Arbeiter." („Agitationsschrift des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte", April 1923)

In dem Aufruf wird zur Bildung der Hundertschaften gesagt:

„Die Abwehrorganisationen werden gemeinsam gebildet. Die Grundlage dieser Organisation ist der Betrieb. Die Betriebsorganisationen werden örtlich zusammengefaßt.

Zur politischen Leitung des proletarischen Selbstschutzes setzen die Zentral-, Bezirks- und Ortsleitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der KPD paritätische Kommissionen ein." (Ebenda)

Den Hundertschaften wurden die Aufgaben gestellt: Schutz der Wirtschaft vor Überfällen der faschistischen Terrororganisationen, Schutz der gewerkschaftlichen Einrichtungen, Unterstützung der Kontrollausschüsse, breite Aufklärungsarbeit unter den Werktätigen in den Betrieben, um ihnen zu zeigen, welcher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse beschritten werden muß. Über den erfolgreichen Kampf der proletarischen Hundertschaften berichtete „Die Rote Fahne" Nr. 63 vom 16. März 1923 folgendes: Die Faschisten begannen im Ruhrgebiet ein großes Kesseltreiben gegen die Kommunisten. In Warne bei Dortmund setzten proletarische Hundertschaften diesen Umtrieben einen entschlossenen Widerstand entgegen, ebenso in Gelsenkirchen und Bochum. Überall dort, wo die Bourgeoisie Provokationen startete, traten die proletarischen Hundertschaften geschlossen in den Abwehrkampf.

Der 1. Mai 1923 stand im Zeichen der Einheitsfront; das bedeutendste Ereignis der Berliner Maifeier war der erste geschlossene Aufmarsch der proletarischen Hundertschaften. Rund 25 000 Mann, alle mit roten Armbinden, demonstrierten am 1. Mai an der Spitze des Demonstrationszuges.

„Das waren nicht mehr Arbeiter, die im Festtagsanzug aus Tradition oder Parteidisziplin ruhig und gemütlich demonstrierten . . . Das waren Arbeiter, die die Gefahr des Faschismus erkannt, die bereit sind, diesen Angriff des Faschismus auf die Arbeiterschaft abzuschlagen und . . . den Sieg des Proletariats herbeizuführen." („Die Rote Fahne", Nr. 97, 2. Mai 1923)

Die Regierung Cuno erkannte bald die Bedeutung der revolutionären Betriebsrätebewegung und der proletarischen Hundertschaften. Über 500 Teilnehmer des 1. Reichsbetriebsrätekongresses wurden im Dezember allein aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen, und der Sozialdemokrat und preußische Innenminister Severing verbot die revolutionäre Betriebsrätebewegung und die proletarischen Hundertschaften. Die Arbeiter aber machten das Verbot zu einem Stück Papier. Sie kämpften noch entschlossener und disziplinierter weiter.

So beschritt die KPD in der Anwendung der Losung des III. Weltkongresses des EKKI „Heran an die Massen" und in der richtigen Erkenntnis der Einheitsfronttaktik verschiedene Wege zur Gewinnung der Massen, und die Erfolge blieben nicht aus.

Seit Januar 1923 wurden in ganz Deutschland Teilstreiks geführt. Die Losung der Partei: „Schlagt Cuno und Poincaré an der Ruhr und an der Spree" war die Kampflosung der revolutionären Arbeiter geworden und zeitigte ihre Resultate. Die Kommunistische Partei wurde zu einer Massenpartei.

In Tausenden von Versammlungen brachten die Arbeiter zum Ausdruck, daß sie bereit sind, gegen die Intervention des ausländischen Kapitals und die Verelendungspolitik der Cuno-Regierung, für die Einheitsfront der Arbeiter und für die Arbeiterregierung zu kämpfen.

Die Protestdemonstrationen und Teilstreiks, die von der Partei und den revolutionären Betriebsräten organisiert wurden, rüttelten die gesamte Arbeiterklasse auf. Am 9. März streikten in Oberschlesien 40 000 Bergarbeiter gegen die faschistischen Mordbanden und für die Wiedereinstellung der gemaßregelten revolutionären Betriebsräte. Der Streik in Oberschlesien endete durch den Verrat der sozialdemokratischen rechten Gewerkschaftsführer nach etwa vierzehn Tagen mit einer Niederlage. Der Streik stärkte trotzdem die Arbeiter und mobilisierte die Arbeiterklasse in anderen Gebieten. Über ganz Deutschland begann sich eine Streikwelle zu verbreiten. Am 17. März 1923 streikten in Dortmund die Bergarbeiter, weil die Bevölkerung keine Kohle hatte, obgleich große Kohlenhalden vorhanden waren. Die deutsche Bergwerksdirektion rief die französischen Okkupanten zu Hilfe, und französische Maschinengewehre wurden für die Interessen der deutschen Zechenbarone in Stellung gebracht.

Am 2. April provozierten die französischen und die deutschen Kapitalisten ein Blutbad in Essen, in den Kruppwerken. Dreizehn Arbeiter mußten ihr Leben lassen. Das französische Militär schoß ohne Warnung in die Masse, um die Einheitsfront der deutschen und französischen Arbeiter zu zerstören. Die französischen Eindringlinge hatten sich aber verrechnet.

Am 18. April demonstrierten in Mühlheim an der Ruhr diszipliniert Arbeitslose und Notstandsarbeiter für eine einmalige Teuerungszulage; denn ihre Familien mußten infolge der Wucherpreise hungern. Als die Arbeiter ihren Unwillen zum Ausdruck brachten, stürmten separatistische Schlägerkolonnen und Achtgroschenjungen, geführt von Kriminalbeamten in Zivil, die trotz der offiziellen Anweisung der Schupo weiter Dienst taten, aus dem Rathaus und schossen wild in die Arbeitslosendemonstration. Acht Tote hatten die Arbeiter zu beklagen.

Am 5. Mai wurden im Preußischen Landtag mit Hilfe der rechten SPD-Führung siebzehn kommunistische Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Landtag entfernt.

Zur gleichen Zeit ermordeten die Faschisten in der Schweiz den Delegierten Sowjetrußlands auf der Lausanner Konferenz, Genossen Worowski.

Die Zentrale der KPD forderte die Berliner Arbeiter zu Protestdemonstrationen gegen die faschistische Gefahr auf. Rund 100 000 Arbeiter, davon über die Hälfte Sozialdemokraten, protestierten im Lustgarten gegen den

Terror der Konterrevolution und die Aggressionsabsichten der Imperialisten gegen Sowjetrußland.

Während des ganzen Monats Mai fanden in Deutschland Streiks, Protestdemonstrationen und Hungerunruhen statt. Ende Mai wurde im Ruhrgebiet unter der Leitung der KPD ein gut organisierter Streik der Berg- und Hüttenarbeiter durchgeführt, an dem sich 400 000 Arbeiter beteiligten. Auf Grund von Provokationen der Faschisten kam es zu Straßenkämpfen. Sie nahmen in Gelsenkirchen, dem Sitz der Streikleitung, einen Umfang an, der an die Kapp-Tage erinnerte. Das Rathaus in Gelsenkirchen wurde von den streikenden Bergarbeitern unter Einsatz von Hundertschaften mit bewaffneter Gewalt gestürmt. Die Arbeiter waren die Herren der Stadt. Die französische Besatzungsbehörde trat an die Streikleitung heran mit dem Anerbieten, die Besatzungsmacht würde „der Einführung des Rätesystems auf allen Schachtanlagen des Ruhrgebietes nicht entgegenstehen, falls die Räte sich verpflichteten, für die französische Regieverwaltung der Ruhrkohlenschächte zu arbeiten". Dieses Angebot wurde selbstverständlich abgelehnt.

Als der Streik seinen Höhepunkt erreicht hatte und die Frage der Ausbreitung auf ganz Deutschland stand, erschien die Trotzkistin Ruth Fischer in der Bezirksleitung Essen, und in einer stürmischen Nachtsitzung, die stundenlang dauerte, gelang es ihr schließlich unter Beihilfe des damaligen ersten Sekretärs der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen, einen Beschluß auf Einstellung des Streiks herbeizuführen. Ihr Hauptargument war, in ganz Deutschland sei alles ruhig, sie käme gerade aus Schlesien, dort herrsche die Reaktion, das Ruhrgebiet würde allein bleiben und sich verbluten. Wie provokatorisch dieses Argument war, zeigte sich knapp einen Monat später im Juni, als in Schlesien mehr als 100 000 Berg- und Hüttenarbeiter streikten.

Es bedurfte gewaltiger Anstrengungen der Partei, die Ruhrbergarbeiter zur Einstellung des Streiks zu bewegen, denn sie waren absolut überzeugt, daß diese Streikbewegung sich bis zum entscheidenden Kampf um die Macht hätte ausbreiten lassen. An dieser Unzufriedenheit der Bergarbeiter änderte wenig die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Forderungen, um die der Streik ursprünglich entbrannt war, im wesentlichen durchgesetzt waren.

Vier Wochen kämpften 120 000 Landarbeiter in Schlesien mit großer Entschlossenheit für ihre Rechte. Es war der größte geschlossene Kampf der Landarbeiter in der Nachkriegskrise. Der sozialdemokratische Oberpräsident Schlesiens, Zinner, setzte gegen die streikenden Landarbeiter Schutzpolizei und als Streikbrecher die Technische Nothilfe ein. Die Landarbeiter antworteten mit der Einstellung sämtlicher Notstandsarbeiten. Der Streik wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt. Doch die Flamme brannte weiter. 150 000 Metallarbeiter streikten in Berlin. Die Landarbeiter von sechzig Gütern Schleswig-Holsteins legten die Arbeit nieder. In allen Teilen Deutschlands entbrannten Streiks: in Bielefeld, in Mitteldeutschland, Frankfurt am Main, Kassel, Königsberg, Breslau und im Rhein- und Ruhrgebiet.

Dem Rufe der KPD, am 29. Juni, dem Antifaschistentag, im ganzen Reiche gegen die faschistische Gefahr zu demonstrieren, folgten Millionen Arbeiter. Dieser Tag wurde ein Erfolg der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Partei gelang es unter der Leitung ihrer besten Kämpfer, wie Ernst Thälmann, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Walter Ulbricht, Ernst

Schneller, Wilhelm Florin u. a., trotz der Arbeit der Parteifeinde Brandler und seiner Clique den „passiven Widerstand" in einen aktiven Kampf umzuwandeln, in einen Kampf, der sich gegen die deutsche und die französische Bourgeoisie richtete. Die revolutionäre Krise reifte in schnellem Tempo heran.

Die Cuno-Regierung setzte alle Kräfte gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung ein. Der Achtstundentag sollte fallen, die Zeitungen der KPD wurden verboten, die in der Weimarer Verfassung festgelegte Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit stand nur noch auf dem Papier. Ein Verbot löste das andere ab.

Am 11. August berief der Berliner Betriebsräteausschuß eine Vollversammlung ein. Ungeachtet der Sabotage der sozialdemokratischen Führer, die zum Boykott dieser Konferenz aufriefen, nahmen 2000 Delegierte an ihr teil.

Die Betriebsrätekonferenz beschloß, einen dreitägigen Generalstreik mit folgenden Forderungen durchzuführen:

1. Sofortiger Rücktritt der Cuno-Regierung.
2. Beschlagnahme aller Lebensmittel, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern.
3. Sofortige offizielle Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse.
4. Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften.
5. Festsetzung eines Mindeststundenlohnes von 60 Pfennig in Goldwährung.
6. Einreihung aller Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.
7. Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Demonstrationsverbots.
8. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Der Druck der Massen war so stark, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gezwungen war, einen Beschluß für den Rücktritt der Regierung Cuno und die Bildung einer neuen Koalitionsregierung zu fassen.

Der Generalstreik setzte mit solcher Wucht ein und nahm ein so gewaltiges Ausmaß an, daß schon am ersten Tage die Regierung Cuno hinweggefegt wurde. Gleich einem mächtigen Sturm erschütterte er das morsche Gebäude der Bourgeoisie. „Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland." *(Ernst Thälmann.)*

Mit den Stimmen der SPD wurde eine Regierung der „Großen Koalition" unter Führung Stresemanns gebildet. Der neuen Regierung gehörten vier Sozialdemokraten an, darunter auch Hilferding. Der neue Regierungschef, Stresemann, erklärte offen,

> „daß die Regierung auf einem Vulkan sitze und daß die Entscheidung in der Ruhrkrise die Entscheidung über die Frage ist, ob die Weltrevolution vom Osten nach Zentraleuropa übergreift oder nicht".

Praktisch bedeutete die Koalition der Sozialdemokratie mit der Stinnes-Partei, daß sich die sozialdemokratischen Führer vor den Karren des deutschen Monopolkapitals spannen ließen. Wie immer in der Zeit der Weimarer Republik, holte auch diesmal die Bourgeoisie, als ihre Positionen bedroht waren, die Sozialdemokratie zu Hilfe.

Am 14. August wurde der Generalstreik abgebrochen. Die Opportunisten und Verräter in der Zentrale der KPD, Brandler, Thalheimer u. a. hatten ihm keine politisch klare Zielsetzung gegeben und nicht zur Errichtung der Arbeiterregierung aufgerufen.

Die Regierung Stresemann-Hilferding ging unverzüglich zur Offensive über. Die Unternehmer ließen aktive Teilnehmer des Generalstreiks verhaften. Viele revolutionäre Arbeiter wurden aus den Fabriken entlassen.

Am 23. September verkündete die Regierung die Einstellung des „passiven Widerstandes". Angesichts der Revolutionierung der werktätigen Massen hatten sich die deutsche und die französische Bourgeoisie geeinigt.

Der sozialdemokratische Reichspräsident, Ebert, führte zur vollen Zufriedenheit der Unternehmer die Befehle aus. Am 13. Oktober erließ er das Ermächtigungsgesetz. Somit war der Achtstundentag gesetzlich aufgehoben. Der Schlichtungsausschuß in Essen kam am 19. Dezember 1923 zu dem Schiedsspruch, wonach die Arbeitszeit für einen Arbeiter am Koksofen im Wochendurchschnitt insgesamt 65 Stunden bei einer Höchstzeit von 74 Stunden, einschließlich sonntags, betrug. Die Arbeitszeit in den übrigen Betrieben sollte im Wochendurchschnitt auf 65 beziehungsweise 78 Stunden, einschließlich sonntags, erhöht werden.

Hiermit erklärten sich die Gewerkschaftsführer nicht nur einverstanden, sondern setzten sich sogar aktiv für die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Sie waren genauso korrumpiert wie die SPD-Führung und hetzten ebenso gegen die KPD. Auf einer Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte Brey als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes:

„Nur die Kommunisten sind schuld, wenn die Arbeiter nicht willig die Arbeitszeitverlängerung hinnehmen."

Die KPD stand an der Spitze des Kampfes für den Achtstundentag und für einen Friedenslohn. Gegen diesen Kampf wurden von den Monopolisten die Reichswehr und die Femeorganisationen eingesetzt. Reichswehr und Amerikaner hatten gute Beziehungen zueinander; das beweist das Beispiel, daß sich der Chef der politischen Abteilung des amerikanischen Oberkommandos in Kolberg Material beschaffte, mit dem er den französischen Ansprüchen begegnen konnte. Amerika wollte unbedingt einen Verbündeten in Europa haben, und das konnte nur das wiedererstarkende imperialistische Deutschland sein.

General von Seeckt verstand sehr gut, welche Rolle ihm die Amerikaner zugedacht hatten. Sein Plan war, mit Hilfe der Reichswehr und faschistischer Mordbanden die Arbeiter niederzuschlagen. Die alten Monarchisten manövrierten sehr geschickt. Unter dem Deckmantel der „Vaterlandsverteidigung" und die Not der Werktätigen ausnutzend, warben sie hungernde Arbeiter als Söldner und bezahlten gut; denn Geld hatten sie für diese Zwecke genug. Allein der Monarchist Ehrhardt bekam 1923 20 000 Dollar für die Vorbereitung seiner Landsknechte auf den „Tag X".

Diese Reichswehrpolitik wurde von der Sozialdemokratie gefördert. Schon im Februar 1923 hatten die Sozialdemokraten Ebert und Severing mit dem General von Seeckt ein Geheimabkommen zur Vergrößerung der Bürgerkriegsarmee beschlossen. Die ehemaligen Freikorpsbanden wurden zu einer festen militärischen Organisation zusammengeschlossen und die „Schwarze Reichswehr" gebildet, denn die Hunderttausend-Mann-Reichswehr, die Deutschland im Versailler Vertrag zugebilligt worden war, reichte für die aggressiven Ziele nicht aus.

Internationale Solidarität

Die deutsche Arbeiterklasse stand in diesen großen Kämpfen gegen die deutsche und die französische Bourgeoisie nicht allein. Vom ersten Tage des Kampfes wurde sie durch das internationale Proletariat in den verschiedensten Formen unterstützt.

Der Sieg der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 und der siegreiche Abwehrkampf der Roten Armee gegen die Interventen hatte das internationale Proletariat zum Kampf für seine Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung mobilisiert. Dieser Kampfwille der Arbeiter war das Typische der revolutionären Nachkriegskrise in allen europäischen Ländern.

Am 6. und 7. Januar 1923 fand in Essen eine internationale Konferenz der kommunistischen Parteien statt. In dem Manifest der Konferenz heißt es:

„Arbeiter Europas! Die Kommunistischen Parteien und die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften erklären ganz offen und eindeutig, was sie schon immer bekundet haben: *Sie sind bereit, gemeinsam mit allen Arbeiterorganisationen für die gemeinsame Abwehr gegen die Bedrohungen und die Gefahren der kapitalistischen Offensive und eines neuen Weltkrieges zu kämpfen.*" („Die Rote Fahne", Nr. 6, 9. Januar 1923)

Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei protestierten auf dieser Konferenz gegen das Versailler Diktat und gegen den Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet. Das versetzte die Bourgeoisie so in Wut, daß das französische Kriegsministerium in einer Anklageschrift gegen die Kommunistische Partei Frankreichs die französischen Genossen des Landesverrats beschuldigte.

Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands leistete in enger Zusammenarbeit mit der kommunistischen Jugend Frankreichs hervorragende Arbeit in den Reihen der französischen Soldaten. Seine Tätigkeit während des Ruhrkampfes war vorbildlich. Im ganzen Industriegebiet bis nach Düsseldorf klebten die Jugendlichen zehntausende Plakate, in denen die französischen Soldaten zur Solidarität mit den deutschen Arbeitern aufgefordert wurden. Die kommunistische Jugend Frankreichs hatte gemeinsam mit der kommunistischen Jugend Deutschlands bewiesen, daß keine Grenzpfähle imstande sind, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu hemmen.

Die junge Sowjetmacht unternahm große Anstrengungen, um die kämpfenden deutschen Arbeiter zu unterstützen. Als einziges Land der Welt protestierte die Sowjetunion gegen den Raubzug des internationalen Kapitals. Die sowjetrussischen Arbeiter und Bauern unterstützten die deutschen Arbeiter mit Geld- und Lebensmittelspenden. Einen kleinen Einblick in die Hilfsaktion vermitteln uns nachstehende Zahlen:

Der Allrussische Gewerkschaftsrat spendete 100 000 Goldrubel. Die Bergarbeiter im Uralgebiet beschlossen, den Betrag einer Sonntagsarbeit in den Goldgruben, 3 Pfund Gold, ungefähr 50 Millionen Mark, zu spenden, der Allrussische Bergarbeiterverband überwies den deutschen Berg- und Anilinarbeitern 10 000 Rubel. Die Arbeiter der Charkower Auto- und Lokomotiv-Werkstatt gaben laufend 2 Prozent ihres Arbeitslohnes. Das Zentralkomitee der Bergarbeiter stellte 160 Waggons Getreide zur Verfügung. Am

29. März 1923 wurden den deutschen Arbeitern 1400 Tonnen Roggen übergeben. Zwei weitere sowjetische Dampfer mit 2500 und 6000 Tonnen trafen kurz danach in Deutschland ein.

In Frankreich fanden Massenkundgebungen gegen die Ruhrbesetzung durch französische Truppen statt. Die Demonstrationen und Versammlungen der französischen Arbeiter waren der Ausdruck der engen Verbundenheit der deutschen und der französischen Arbeiter. Die KPD gab mit Hilfe der französischen Genossen eine Zeitung in französischer Sprache heraus.

Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe unterstützte durch Spenden die Arbeiter im Ruhrgebiet. Ob in London, Amsterdam, Den Haag, Prag, Rom, Warschau oder Paris, die Arbeiter erkannten, wofür und warum in Deutschland gekämpft wurde. Sie unterstützten das deutsche Proletariat. Auf Initiative der revolutionären Betriebsrätebewegung wurden zwei internationale Kongresse in Frankfurt a. M. abgehalten. Sie waren eine Stärkung des Kampfwillens des internationalen Proletariats.

Der Kampf im Ruhrgebiet hatte nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Bedeutung. Aktiv unterstützte das internationale Proletariat die deutschen Klassengenossen, deren Sieg auch ihr Sieg war.

(Schluß folgt)

Hermann Matern

Wie die sozialdemokratischen Führer dem Faschismus zur Macht verhalfen*)

Genossinnen und Genossen!

Noch ist mir die Tagung, die vor zwanzig Jahren in diesem Raum stattfand, in lebendiger Erinnerung. Es war eine mit Hochspannung geladene Zeit. Der raubgierige deutsche Imperialismus hatte seine Kriegspartei an die Macht geschoben. Damit wurde die Gefahr eines neuen Krieges ernst und groß. Die deutsche Arbeiterklasse stand vor den schwersten Kämpfen von größter geschichtlicher Bedeutung für die Entwicklung in Europa. Krieg oder Frieden? Diese Frage wurde entscheidend von der Kampfentschlossenheit und Kampfeskraft der Massen beeinflußt und von der Fähigkeit der Kommunistischen Partei, gegen den wütenden Widerstand der sozialdemokratischen Parteiführung die Sozialdemokraten und Reichsbannerarbeiter für die Aktionseinheit im schärfsten Klassenkampf zu gewinnen. Die Existenz der Arbeiterbewegung, das Leben von Zehntausenden von Funktionären, revolutionären Arbeitern, war bedroht. Um das Volk in den Krieg zu treiben, waren die Nazis entschlossen, aus Deutschland einen Galgenwald zu machen.

In dieser Situation war das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hier in diesem Raum zusammengerufen worden. Das war das letzte Mal, daß Genosse Thälmann direkt zu uns, zur Partei, zur Arbeiterklasse und zum deutschen Volk sprach. Diese Tagung war von höchster Bedeutung.

Ich war damals Parteisekretär in Ostpreußen. Als Genosse Thälmann kam, stellte er mir die Frage, ob an der polnischen Grenze irgendwelche Bewegungen in Erscheinung getreten seien, ob die Pilsudski-Regierung Truppen zusammenziehe und um Ostpreußen herum massiere. Das war nicht der Fall. An den Grenzen rührte sich nichts, und es waren keine Bewegungen zu verzeichnen.

Genosse Thälmann antwortete nur kurz: „Dann weiß ich Bescheid."

In seinem großen Referat nahm Genosse Thälmann zu allen Fragen und Problemen der Lage, der Massen-Mobilisierung, der Kampfesformen und Kampfaktionen und der Sicherung der Partei Stellung. Seine Rede war von größtem Verantwortungsbewußtsein und revolutionärer Kampfentschlossenheit getragen. Die Sitzung hat ungefähr 4 bis 5 Stunden gedauert. Die Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht haben bereits davon gesprochen, daß Genosse Thälmann außerordentlich laut sprach. Genosse Pieck redete ihm dauernd zu, doch leiser zu sprechen, aber nach einigen Sätzen war er wieder in seiner alten Lautstärke. Dann kamen Signale, daß Gefahren für die Sitzung bestehen, und nach ernsten und dringenden Warnungen hat Genosse Ulbricht gegen den leisen Widerspruch von Teddy die Sitzung geschlossen und die Genossen aufgefordert, an ihre Kampfpositionen zurückzukehren.

Die letzte Sitzung des Zentralkomitees mit dem Genossen Thälmann ging ohne Unfall auseinander, und soviel ich weiß, kehrten alle Genossen an ihre Funktionen, an die Arbeit und in den Kampf zurück.

Um so schwerer war dann der Schlag, als die faschistischen Zeitungen triumphierend meldeten, daß Ernst Thälmann seinen Mördern in die Hände

---

*) Rede des Genossen Hermann Matern anläßlich der feierlichen Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Ehren Ernst Thälmanns, des großen Führers der deutschen Arbeiterklasse, am 7. Februar 1953

gefallen war. Wir haben es zuerst nicht geglaubt und angenommen, daß das Verwirrungsmeldungen seien, um die Arbeiterklasse und die Partei zu entmutigen.

Diese Tagung des Zentralkomitees mit den Bezirkssekretären ist deshalb so in meiner Erinnerung haften geblieben, weil sie mit einem späteren unangenehmen Erlebnis verbunden war. Eines Tages — im Frühjahr 1934 — kamen drei Gestapo-Figuren aus Berlin in das Stettiner Gefängnis. Sie wollten genaue Angaben über den Verlauf der Sitzung des ZK am 7. Februar 1933 und über den Inhalt der Rede des Genossen Thälmann haben. Ihnen war eine große Anzahl der Teilnehmer an dieser Sitzung bekannt, und sie wollten unter allen Umständen Aussagen haben, vor allem in der Richtung, daß Genosse Thälmann über die unmittelbaren Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes gesprochen hätte. Sie brauchten das für ihren Prozeß gegen den Genossen Thälmann und für den Prozeß gegen die Funktionäre der Partei.

Ich habe die Teilnahme an der Sitzung geleugnet. Da sie dem Genossen Thälmann keinen Prozeß machen konnten, die Frage der unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes also nicht stellen konnten, ist klar, daß auch die anderen Genossen den Wünschen und dem Willen der Gestapo nicht entsprochen haben.

Der heroische und opferreiche Kampf der Kommunisten, vieler Sozialdemokraten und Reichsbannerarbeiter konnte die faschistische Diktatur nicht stürzen. Das erfolgte erst durch die siegreiche Sowjetarmee. Es gibt aber viele Menschen, und viele sind in den zwanzig Jahren herangewachsen, die die damalige Zeit entweder nicht bewußt miterlebten oder überhaupt nicht kannten, und es ist notwendig, daß wir, um die richtigen Lehren zu ziehen, auch einige Fragen beantworten, warum die deutsche Arbeiterklasse 1933 den Faschismus nicht verhindern bzw. stürzen konnte, um den Krieg und alle damit zusammenhängenden Folgen zu vermeiden.

Genosse Walter Ulbricht hat über die Schlußfolgerungen gesprochen, die von der Kommunistischen Partei gezogen wurden. Ich möchte aus der Erinnerung einiges beitragen, um den jungen Menschen heute Fragen zu beantworten, weshalb der Ablauf der Geschichte sich so vollzogen hat. Das ist notwendig, um auch für heute und für die Zukunft immer richtige Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen. Genosse Thälmann hat hier in der Sitzung mit größter Leidenschaft gesprochen. Seine Grundposition war der proletarische Internationalismus. Er hat die Partei darauf hingewiesen, daß die internationale Arbeiterbewegung, daß die Arbeiterklasse aller Länder auf die deutsche Arbeiterklasse schaut, daß die Bruderparteien auf die deutsche Kommunistische Partei blicken, daß auf der deutschen Arbeiterklasse eine große Verantwortung lastet, daß von ihr und ihrem Kampf die weitere Entwicklung entscheidend abhängt.

Im Gegensatz dazu möchte ich die Stellung des damaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, charakterisieren. Die Hitler-Regierung hatte die Reichstagsmandate der Kommunistischen Partei kassiert, um eine Zweidrittelmehrheit für ihr Ermächtigungsgesetz zu erhalten. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm an der Reichstagssitzung teil. Hitler entwickelte das Programm des imperialistischen Eroberungs- und Raubkrieges. Wels sprach für die sozialdemokratische Fraktion. Er stimmte ausdrücklich den Ausführungen Hitlers über seine Außenpolitik zu. Das heißt, die Sozialdemokratische Parteiführung war mit der Politik Hitlers in der Vorbereitung

des zweiten Weltkrieges und den Drohungen gegen die Sowjetunion einverstanden. Nur dem innenpolitischen Teil konnten sie nicht zustimmen, weil bereits eine große Zahl sozialdemokratischer Funktionäre und Arbeiter von den Nazis zusammengeschlagen und eingesperrt waren. Um ihre „nationale" Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen, trat die Sozialdemokratische Partei aus der II. Internationale aus. Wels schied demonstrativ aus dem Exekutiv-Komitee der II. Internationale aus mit der Erklärung, daß die anderen Parteien kein Verständnis dafür hätten, daß Deutschland, ebenso wie die anderen großen Länder, Kolonien und einen Platz an der Sonne braucht.

Weil also die sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder mit der Raubkriegspolitik des deutschen Imperialismus nicht einverstanden waren, trat die deutsche Sozialdemokratie aus der sogenannten sozialistischen Internationale aus. Offensichtlich versuchten Wels und Stampfer sich unter allen Umständen gleichzuschalten. Dieser Versuch wurde auch später von Stampfer ganz offen zugegeben. Wenn sie also Hitler nicht dienen durften, dann nicht etwa, weil *sie* nicht wollten, sondern weil Hitler sie nicht haben wollte.

Der damalige Versuch der rechten sozialdemokratischen Führung, unbedingt beim Faschismus zu bleiben und alles mitzumachen, ist für die heutige Zeit eine wichtige Lehre.

Die rechte Führung der SPD in Westdeutschland macht heute die gleiche Politik.

Im Januar 1935 bekam ich vom Zentralkomitee den Auftrag, einen Brief mit dem Angebot der gemeinsamen Zusammenarbeit und Unterstützung der Opfer des Faschismus in Prag an den Parteivorstand der SPD zu übermitteln. In diesem Brief waren konkrete Vorschläge enthalten zur Verteidigung und Unterstützung der Opfer des Faschismus. Es waren also einfach Maßnahmen der Solidarität. Bei der Übergabe hatte ich mit Wels und Stampfer eine längere Diskussion. Stampfer erklärte, daß sie nie und unter keinen Umständen auch nur einen Schritt mit der Kommunistischen Partei gemeinsam gehen werden. Ein einziges Mal mit uns gehen, würde es ihnen unmöglich machen, mit der Bourgeoisie zusammenzugehen. Diese Zeit werde eines Tages kommen und sie wollten sich für diese Zeit die Zusammenarbeit nicht verbauen. Dabei erklärte Stampfer, daß sie, das heißt die Sozialdemokraten, einen großen Fehler gemacht haben. Sie durften 1929 nicht aus der Regierung ausscheiden und sich auch später nicht abdrängen lassen. Sie mußten unbedingt dabei bleiben und alles, auch den Faschismus, mitmachen. Das war ihr Kurs: unter allen Umständen bei der Bourgeoisie bleiben, — alles mitmachen, und deshalb keinen Schritt gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gehen. Sie waren nicht einmal bereit, den Opfern des Faschismus gemeinsam zu helfen.

Ich erinnere mich einer Unterhaltung mit dem Sozialdemokraten Grzeczinski, der einmal Polizeipräsident von Berlin war. Wir sprachen davon, warum der Faschismus siegen konnte und weshalb der Parteivorstand der SPD alle Angebote des Zentralkomitees der KPD auf gemeinsames Vorgehen abgelehnt hat. Bekanntlich wurde am 20. Juni 1932 die Braun-Severing-Regierung in Preußen von Papen durch einen Staatsstreich abgesetzt. Das Zentralkomitee der KPD wandte sich damals an den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Vorschlag, den Staatsstreich mit dem Generalstreik abzuwehren. Das Zentralkomitee der KPD rief die deutschen Arbeiter zum Generalstreik auf. Der Vorstand der SPD bezeichnete diesen Aufruf als Provokation und erklärte, daß die Preußen-

Regierung sich an den Staatsgerichtshof wenden wird, um durch Gerichtsurteil die Preußen-Regierung wieder einzusetzen. Wohin das Anrufen des Staatsgerichtshofes geführt hat, ist allgemein bekannt — zum 30. Januar 1933, zum Kriege, und allen damit zusammenhängenden Folgen.

Ich habe Grzeczinski gefragt, warum sie damals das Angebot des Zentralkomitees der KPD abgelehnt haben, und ob er der Meinung ist, daß es möglich gewesen wäre, den Angriff des Faschismus abzuwehren. Seine Antwort war außerordentlich aufschlußreich. Er war der Meinung, daß im Sommer 1932 die preußische Polizei noch im allgemeinen intakt war und zur Braun-Severing-Regierung stand. Es wäre möglich gewesen, aus den Beständen der preußischen Polizei große Teile der Arbeiterklasse, Sportler und andere, zu bewaffnen. Beim Aufruf zum Generalstreik wäre es vom ersten Tage an zu bewaffneten Zusammenstößen gekommen. Wahrscheinlich hätte sich auch die Reichswehr eingemischt. Der Generalstreik wäre von Tag zu Tag wuchtiger geworden und auch die bewaffnete Kraft der Arbeiterklasse wäre gewachsen. Die preußische Polizei und die Arbeiterklasse zusammen hätten den Faschismus geschlagen.

In diesem Kampf mit allen Mitteln wäre aber nicht einfach die Weimarer Republik wiederhergestellt worden, wie das im Kapp-Putsch der Fall gewesen ist; da die Kommunisten konsequent bis zu Ende gegangen wären, hätten sie ohne Zweifel in diesem Kampf die Führung bekommen. Um das zu verhindern, haben die rechten SPD-Führer jeden gemeinsamen Kampf abgelehnt. Das Ergebnis dieser Politik ist bekannt. Der Faschismus wurde vom Finanzkapital an die Macht geschoben.

Genosse Thälmann hat damals in seiner letzten Rede im Zentralkomitee die Hauptgründe dargelegt, weshalb die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht verhindert werden konnte.

Die Hauptursache für den Sieg des Faschismus war, daß wir nicht in der Lage waren, den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führung und der Gewerkschaftsführung auf die Arbeiterklasse in wünschenswertem Ausmaß auszuschalten. Das ist eine der wichtigsten Lehren für unseren heutigen Kampf im gesamtdeutschen Rahmen gesehen. Weil die rechten sozialdemokratischen Führer in Westdeutschland große Teile der Arbeiter beeinflussen, konnte dort der deutsche Imperialismus und Militarismus wieder erstehen. Für die Entwicklung in Europa ist die Frage der Aktionseinheit in Westdeutschland und das Ausschalten der rechten sozialdemokratischen Führer vom Masseneinfluß von entscheidender Bedeutung.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben wir die richtigen Lehren gezogen. Wir haben die Spaltung überwunden und den Einfluß der rechten Sozialdemokratie zerschlagen und ausgeschaltet. Wir haben eine Partei entwickelt, die die Politik fortsetzt, die Ernst Thälmann die deutsche Arbeiterklasse und unsere Partei gelehrt hat. Das Wichtigste, das uns Ernst Thälmann hinterließ, ist, die Einheit unserer Partei, ihre Schlagkraft als unser heiligstes Gut ständig zu verteidigen.

Professor Dr. Robert Rompe

Die Elektrifizierung als Grundlage einer gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte der Sowjetunion

Nach den Richtlinien für den 5. Fünfjahrplan, die der XIX. Parteitag der KPdSU beschlossen hat, wird im Jahre 1955 die Stromerzeugung in der Sowjetunion etwa doppelt so hoch sein wie 1950. Hierdurch werden Möglichkeiten geschaffen, die Elektrifizierung der Industrie in großem Maße zu erweitern, die Mechanisierung und insbesondere die Automatisierung der Produktionsprozesse stärkstens zu entwickeln. Neue Methoden z. B. der Elektrowärme und der Elektrolyse können in breitem Umfang eingeführt werden. Es ist ferner vorgesehen, die Anwendung der Elektroenergie in der Landwirtschaft bedeutend zu erhöhen, Eisenbahnen zu elektrifizieren und der Bevölkerung mehr Haushaltsstrom zu geben. Zur Deckung dieser ungeheuren Ausweitung des Verbrauches von Elektroenergie und zur Sicherung von Reserven in den Verbundsystemen der Netze ist eine schnelle Kapazitätserweiterung der Kraftwerke vorgesehen.

Es ist ein breit angelegter Ausbau von Wasserkraftwerken und auch von Wärmekraftwerken aus lokalen Brennstoffquellen geplant. Von den im Bau befindlichen Wasserkraftwerken haben die Anlagen an der Wolga bei Kujbyschew und Stalingrad sowie am Dnjepr bei Kachowka besondere Bedeutung. Weitere Wasserkraftwerke größten Ausmaßes werden an der Kama, bei Gorki, bei Mingetschaur, bei Ustkamenogorsk erstehen; sie werden insgesamt rund 2 Millionen kW leisten. Größere Kraftwerke entstehen bei Tscheboksary an der Wolga, bei Wotkinsk an der Kama, an der Buchtarma, am Irtysch und an einer Reihe anderer Flüsse. Die Arbeiten zur allseitigen Ausnutzung der Energiequellen der Angara werden aufgenommen, um auf der Grundlage billiger Elektroenergie und örtlicher Rohstoffquellen die Aluminiumindustrie, die chemische Industrie, den Erzbergbau und andere Industriezweige zu entwickeln. Um die Stromversorgung des Südens, des Urals und des Kusnezker Beckens wesentlich zu verbessern, ist eine beträchtliche Kapazitätserweiterung der Wärmekraftwerke der Bezirke und Betriebe in diesen Gebieten vorgesehen. Neben dem Bau von Großkraftwerken gilt es ferner, kleinere und mittlere Kraftwerke zu errichten, um die Stromversorgung der Städte und Bezirke zu verbessern, während für eine umfassende Fernbeheizung der Städte und Industriebetriebe der Bau von Wärmekraftzentralen fortgesetzt wird. In den großen Wärmekraftwerken werden in der Regel Hochdruckkessel und -turbinen aufgestellt. Der Betrieb der Kraftwerke wird weitgehend automatisiert.

Das Kujbyschewer Kraftwerk wird 1955 in Betrieb genommen; es wird bei einer Leistung von 2 100 000 kW in Jahren mittlerer Wasserführung 10 Milliarden kWh liefern. Es ist für die zusätzliche Stromversorgung des Moskauer Gebietes und des Wolga-Gebietes vorgesehen. Hierzu wird eine Überlandleitung von Kujbyschew nach Moskau gelegt, welche mit einer Spannung von 400 000 Volt arbeiten wird, die höchste in der internationalen Praxis bisher benutzte Betriebsspannung. Das Stalingrader Wasserkraftwerk wird mehr als 1 700 000 kW leisten und im Durchschnitt ungefähr 10 Milliarden kWh im Jahre abgeben.

Die Errungenschaften der Elektrophysik und der Elektrotechnik sind von Anfang an von unseren Klassikern erkannt und in ihrer Bedeutung eingeschätzt worden. Bereits in den Anfangszeiten der modernen Elektrotechnik,

als man mit den ersten Versuchen der Fortleitung von Elektroenergie begann, schrieb im Jahre 1883 Engels:

„... diese Entdeckung befreit die Industrie definitiv von fast allen Lokalschranken, macht die Verwendung auch der abgelegensten Wasserkräfte möglich, und wenn sie auch am Anfang den *Städten* zugute kommen wird, muß sie schließlich der mächtigste Hebel werden zur Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land." (Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. XXVII, Parteiverlag des ZK der KPdSU (B), Moskau 1935, S. 289 russ.)

Lenin unterstreicht in seiner Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marx-Kritiker'":

„Elektrische Energie ist billiger als Dampfkraft, sie läßt sich leichter verteilen, auf sehr weite Entfernungen viel leichter übertragen; dabei ist der Gang der Maschinen ein exakterer und ruhigerer, daher ihre große Überlegenheit sowohl beim Dreschen und Pflügen als auch beim Melken und Häckseln usw." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. IV, 1. Halbband, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin, 1928, S. 257/58)

Die gewaltige Bedeutung der Elektroenergie für die Entwicklung der Produktivkräfte kommt am stärksten in der Formulierung Lenins zum Ausdruck:

„Kommunismus — das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 58)

Lenin unterstrich, daß erst dann, wenn das Land elektrifiziert sein wird, wenn unter die Industrie, die Landwirtschaft, den Transport das technische Fundament der modernen Großindustrie gelegt sein wird, der Sieg endgültig sein wird. Ebenso hat Stalin von den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetmacht an der Elektrifizierung seine besondere Fürsorge angedeihen lassen. Stalin betonte im Jahre 1928:

„... unter Elektrifizierung des Landes versteht Lenin nicht die isolierte Errichtung von Kraftwerken, sondern die allmähliche ‚Überleitung der Wirtschaft des Landes, *einschließlich des Ackerbaues* (Kursiv von mir. J. St.) auf eine neue technische Basis, auf die technische Basis der modernen Großproduktion', welche so oder anders, direkt oder indirekt mit der Sache der Elektrifizierung verbunden ist." (J. Stalin, Werke, Bd. 11, Staatsverlag für politische Literatur, Moskau 1952, S. 254, russ.)

Eine solche Sonderstellung der Elektroenergie ist wissenschaftlich begründet. Sie beruht auf ihrem physikalischen Merkmal der allseitigen Umwandelbarkeit in andere Energieformen und der Fortleitbarkeit auf große Entfernungen. Diese gewaltigen Vorteile der Elektroenergie können sich jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft nicht ungehemmt entfalten und wirken sich erst im Sozialismus voll aus. Begründet ist diese politisch-ökonomische Tatsache im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus und im ökonomischen Grundgesetz des modernen Kapitalismus. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus erfordert die ständige Entwicklung und Vervollkommnung der modernsten Technik — das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus gestattet die freie Entfaltung der Technik nur, wenn dies der Sicherung von Höchstprofiten dienlich ist, insbesondere bei der Kriegsvorbereitung. Außerhalb des militärischen Sektors hemmt das Streben nach dem Höchstprofit die technische Entwicklung auch auf dem Gebiet der Elektrifizierung.

Die elektrische Energieübertragung gestattet es, eine natürliche oder künstliche Energiequelle sozusagen über weite Entfernungen an einen anderen Ort zu verpflanzen. Der Fluß, der einstmals nur das Mühlrad trieb, wird durch die elektrische Übertragung der Energie auf Hunderte von Kilometern, etwa in eine Großstadt, verlegt. Das Werk, welches seine Energie ausnutzt, braucht nicht mehr in seiner unmittelbaren Nähe aufgestellt zu werden, sondern sein Standort kann sich nach anderen Gesichtspunkten richten, z. B. nach dem Vorkommen von Bodenschätzen, nach den Transportverhältnissen und ähnlichen Faktoren. Die elektrische Übertragung von Energie leistet also etwas, was die mechanische Übertragung nicht kann. Sie ermöglicht es, die von der Natur geschaffene Verteilung von Energiequellen, Bodenschätzen, natürlichen Transportmöglichkeiten — wie z. B. Meere und Flüsse — zu korrigieren und ist deshalb eines der wichtigsten Hilfsmittel der menschlichen Gesellschaft zur Beherrschung und Umgestaltung der Natur. Jedoch ist nur die sozialistische Gesellschaft in der Lage, diese Möglichkeit wahrzunehmen. Die Unfähigkeit des Kapitalismus, Wissenschaft und Technik zur Beherrschung der Natur einzusetzen, hat bereits Friedrich Engels treffend gekennzeichnet. Nachdem er gezeigt hat, daß die rücksichtslose Ausbeutung der Natur in den kapitalistischen Ländern die furchtbarsten Folgen gehabt hat, spricht er von der Möglichkeit einer wirklichen Beherrschung und Veränderung der Natur durch den Menschen:

„Um diese Regelung aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.

Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt." (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 192/193)

Die Ausbeutung der Natur bis zur Verwandlung einstmals blühender Landschaften in Steppen oder Halbwüsten geht in den USA vor unseren Augen vor sich. Sie zeigt anschaulich die Auswirkungen des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus auf diesem Gebiet. Auch der Bau großer Staudämme z. B. hat in den USA nicht die gleichen günstigen Auswirkungen auf das Klima, die Fruchtbarkeit, die Wirtschaft großer Gebiete, wie in der Sowjetunion. Die Ursache liegt darin, daß die Mehrzahl der großen Staudämme der USA lediglich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von billiger Elektroenergie zur Erzielung von Maximalprofiten gebaut wurden, unter Vernachlässigung der Bedürfnisse der Landwirtschaft oder des Wassertransportes. Wenn jedoch die Interessen der kapitalistischen Kreise den Bau von Staudämmen für Zwecke der Bewässerung oder der Wasserversorgung erfordern, so werden sie wiederum in den meisten Fällen nicht mit Kraftwerken verbunden. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht fähig, allseitig die gewaltigen Produktivkräfte zu nutzen, deren Beherrschung die moderne Technik dem Menschen ermöglicht.

Wie in den USA „Gegenmaßnahmen" gegen den andauernden Verlust fruchtbaren Bodens aussehen, mag die Geschichte des Columbia-Projektes illustrieren: Vor mehr als 20 Jahren wurde der Plan gefaßt, durch Errichtung eines

Staudammes den Columbiafluß aufzustauen, um ein 400 000 ha großes Gebiet fruchtbarsten Lavabodens auf dem sogenannten Columbia-Plateau zu bewässern. 1937 sprach Roosevelt bei Besichtigung der Bauten am Staudamm Grand-Coolee aus, daß nunmehr amerikanischen Familien, die guten Boden anstelle ihrer derzeitigen Farmen haben wollten, geholfen werden würde. Es sollten, in den Jahren 1938 bis 1942, 60 000 ha bewässert werden, 1943 bis 1947 226 000 ha. Während des zweiten Weltkrieges wurde am Staudamm die erste Generatorenanlage mit einer Leistung von 1 000 000 kW aufgestellt, aber ausschließlich für das Atombombenwerk Hanford eingesetzt, welches einem monopolistischen Rüstungskonzern gehört. Nunmehr wird eine zweite Generatorenanlage, ebenfalls für 1 000 000 kW, aufgestellt, welche wiederum der Erweiterung der Atombombenproduktion dient. Bewässert wurde Ende 1949 aus dem Staubecken von Grand-Coolee eine Fläche von 340 ha, die an zehn Farmer verteilt wurde. So entstand in Auswirkung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus anstelle eines großen Bewässerungssystems lediglich eine Quelle billiger Elektroenergie für die monopolistischen Rüstungskonzerne.

Elektroenergie ist eine besonders vorteilhafte Energieform, sie läßt sich (im Idealfall verlustfrei) in alle anderen Energieformen umwandeln und auch über große Entfernungen fortleiten. Man kann sie in Wärmeenergie umwandeln, und zwar, was technologisch besonders wichtig ist, in solche beliebiger Natur. Man kann z. B. mittels einer Flamme, die 1500 Grad Temperatur hat, Wolfram schmelzen, dessen Schmelzpunkt etwa 3500 Grad beträgt, wenn die Energie der Flamme zur Stromerzeugung benutzt wird, und der elektrische Strom zur Herstellung der hohen Temperatur dient, beispielsweise durch Widerstandsheizung oder durch einen elektrischen Lichtbogen.

Man kann elektrische Energie in mechanische Energie umwandeln, sowohl in Energie der Drehbewegung, wie das bei Elektromotoren geschieht, als auch der Geradeaus-Bewegung, wie das bei elektronischen Geräten oder bei den Beschleunigern der Kernphysik gebraucht wird; man kann so Teilchen, Elektronen oder Ionen, bis auf Geschwindigkeiten beschleunigen, die vergleichbar sind mit der Lichtgeschwindigkeit und damit z. B. Kernreaktionen einleiten, oder auch Isotope trennen. Man kann elektromagnetische Schwingungen aller Wellenlängen herstellen, angefangen von den Kilometer-Wellen der Telegraphiesender, über Radio-, Kurz-, Dezimeter-, Zentimeter- und Millimeterwellen, über Lichtwellen aller Längen, infrarote, sichtbare, ultraviolette, schließlich bis zu den Röntgen- und Gammastrahlen extrem kurzer Wellenlängen bis zu einem Tausendmillionstel Zentimeter. Mit Hilfe all dieser Anwendungsmöglichkeiten der Elektrizität kann man komplizierte Kontrollapparate und elektrische Steuermechanismen konstruieren, die mit geringstem Energieaufwand ganze Produktionsabläufe leiten, und nur wenige hochqualifizierte Kräfte zu ihrer Beaufsichtigung erfordern. So werden unter Ausnutzung der Elektrizität in der Sowjetunion die Bedingungen geschaffen, um eine weitgehende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion durchzuführen, und alle Werktätigen auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern zu heben. Die Arbeit wird bei Hebung der Arbeitsproduktivität erleichtert und den Werktätigen dadurch die Möglichkeit gegeben, sich zu bilden, ein kulturvolles, geistig anregendes Leben zu führen, sich die Wissenschaft und Technik anzueignen.

Elektrische Energie der in der Technik verwendeten Art kommt in der Natur nicht vor. Es gibt zwar viele elektrische Erscheinungen in der Natur,

wie die atmosphärische Elektrizität, Blitzentladungen und ähnliche Vorgänge, doch sind sie bisher alle technisch wenig interessant und höchstens als Störung unbeliebt. Die ungeheuren Möglichkeiten der Elektroenergie sind durch die schöpferische Arbeit der Menschen entstanden und sind an die Technologie der Herstellung von metallischen Drähten, von Eisenblechen usw. gebunden.

Für die Umwandlung von Elektroenergie in andere Energieformen gelten „Äquivalente", die sehr eindringlich die universelle Verwandelbarkeit der Elektrizität demonstrieren. Man kann nach A. Winter*) ansetzen, daß das Schmelzen von einer Tonne Gußeisen oder SM-Stahl 20 kWh erfordert; um eine Tonne Rohöl zu gewinnen, benötigt man 28 kWh, für eine Tonne Zement ungefähr 100 kWh, für die Herstellung eines Personenkraftwagens 1500 bis 1800 kWh, eines schweren Traktors 5000 kWh und für eine schwere Güterzuglokomotive 60 000 kWh; um einen Hektar Boden mit einem elektrischen Pflug zu pflügen, braucht man 40 kWh. Mit einer Kilowattstunde kann man 50 kg metallische Erzeugnisse walzen oder zwei Paar Schuhe vollständig herstellen, 10 m Baumwolltuch weben, 88 kg Brot backen, 42 kg Zucker sieden und raffinieren, 30 Brutschrankküken ausbrüten, 45 Kühe melken, 15 Schafe elektrisch scheren oder vier Mal einen abendfüllenden Film vorführen. Diese Beispiele zeigen die Vielfalt der Verwendungsformen der Elektroenergie.

Die Gewinnung von Elektroenergie aus Wasserenergie ist besonders wichtig, weil sie aus einer nie versiegenden Quelle, der Sonnenenergie, gespeist wird. Das wasserreichste Land der Welt ist die Sowjetunion. Ihre 108 000 Flüsse haben eine Gesamtlänge von 2,5 Millionen km. Aus den größeren Flüssen lassen sich 300 Millionen kW Leistung mit einer Energie pro Jahr von 2700 Milliarden kWh gewinnen. Das entspricht der Größenordnung der 1000fachen Leistung des Kraftwerkes Klingenberg in Berlin. Die kleineren sowjetischen Flüsse können 45 Millionen kW erzeugen und jährlich 300 Milliarden kWh abgeben. Es fließen jährlich 4000 Kubikkilometer Wasser aus der Sowjetunion ab, davon 60 Prozent in das Eismeer. Zum Vergleich sei angegeben, daß aus der Wolga 32 Milliarden kWh entnommen werden können, also rund ein Prozent der insgesamt verfügbaren Menge. **)

Das für die Erschließung der großen Flachlandströme entscheidende Problem der Errichtung von Staudämmen und Kraftwerken auf „weichem", nichtfelsigem Baugrund ist in der Sowjetunion durch die beispiellose Kollektivarbeit von Naturwissenschaftlern verschiedener Gebiete und Ingenieuren meisterhaft gelöst worden. Lösungen von großartiger technischer Kühnheit wurden gefunden, wie z. B. der schiefe Aufbau der Anlagen, die erst durch den Wasserdruck des aufgestauten Wassers in die lotrechte Lage gedrückt werden. Bei den „Simultan"-Kraftwerken sind die Turbinen und Generatoren in die Staumauer eingebaut, was große Einsparungen an Baukosten bedeutet und außerdem große Vorteile für den Betrieb der Werke während der Hochwasserperioden mit sich bringt, da das über die Staumauer strömende Wasser den ausnutzbaren Pegelunterschied vergrößert.

Mit Stolz können die sowjetischen Ingenieure und Wissenschaftler feststellen, daß ihre Schöpfungen Bestand haben, daß Katastrophen unbekannt

*) Siehe A. Winter: „Die Großbauten des Kommunismus", Verlag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1951, russ.

**) Siehe M. Dawydow: „Die großen hydrotechnischen Anlagen der Stalinschen Epoche", «Большевик» („Bolschewik"), Heft 20, 1951

sind. Die Zuverlässigkeit der sowjetischen wissenschaftlichen Arbeit gibt ihnen das Recht hierzu. Daß sträfliche Vernachlässigung der wissenschaftlichen Voruntersuchungen zu Katastrophen führt, zeigt die lange Liste der Unglücksfälle und ihrer Ursachen, die in der kapitalistischen Welt in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen waren. Am 12. März 1928 brach z. B. der Staudamm des San Francisquito Canon bei Los Angeles, USA, wobei 400 Menschen den Tod fanden. In den letzten 50 Jahren haben sich über 1000 schwere Unglücksfälle mit Wasserbauanlagen in der kapitalistischen Welt ereignet, davon 80 Prozent in den USA.*)

Die Gewinnung von Elektroenergie in Wärmekraftwerken beruht auf der Freimachung chemischer Energie bei der Verbrennung von Kohle. Es ist ein großes Verdienst der sowjetischen Wissenschaftler und Techniker, gezeigt zu haben, daß die Gewinnung von Elektroenergie in Wärmekraftwerken eng verbunden sein muß mit der Gewinnung der außerordentlich wichtigen Kohleveredelungsprodukte. Auf diesem Gebiet, das eine intensive Zusammenarbeit von Physikern, Elektroingenieuren und Chemikern erfordert, sind in der Sowjetunion bedeutende Erfolge erzielt worden.

Bei Wärmekraftwerken ist das Problem des (thermodynamischen) Wirkungsgrades **), wie bei allen Wärmekraftmaschinen, von besonderer Bedeutung. Auf diesem Gebiet hat die Wissenschaft und Technik der Sowjetunion außerordentliche Leistungen aufzuweisen. So wurde eine einachsige Turbine von 100 000 kW Leistung bei 3000 Umdrehungen pro Minute gebaut, die mit 90 at Betriebsdruck bei einer Temperatur von 500 Grad arbeitet. Die Kühlung des Generators erfolgt durch Wasserstoff. Der Wirkungsgrad einer solchen Turbine ist um 17 Prozent höher als bei den Mitteldruckturbinen üblicher Bauart. Im Jahre 1951 arbeiteten 70 Prozent aller Wärmekraftwerke mit Hochdruck-Dampfanlagen. Gegenwärtig wird über Versuche mit Turbinen von 170 at und Temperaturen bis 550 Grad berichtet. Hier liegt der Wirkungsgrad bei 37 Prozent, übertrifft also bereits den Wirkungsgrad eines Dieselmotors nicht unerheblich.

In einer sozialistischen Wirtschaft läßt sich auch das Problem der „Abwärme" der Wärmekraftwerke befriedigend lösen, — jenes Anteils der Wärmeenergie, die in den Anlagen der Wärmekraftwerke nicht in elektrische Energie umgesetzt wird. Diese Abwärme kann ausgezeichnet und vollständig in Industrie und Haushaltungen verwendet werden, weil bei der Anlage der Werke im Rahmen der Planung darauf Rücksicht genommen wird. Zu Beginn des Nachkriegsfünfjahrplanes gab es in der Sowjetunion mehr als 120 Städte mit Fernheizungsanlagen, darunter Moskau, Leningrad, Charkow, Kiew. Besonders hervorgehoben muß der Umstand werden, daß die meisten Wärmekraftwerke der Sowjetunion auf der Basis der Ausnutzung geringwertigen Brennstoffes, wie Torf oder Braunkohle mit hohem Wasser- und Aschegehalt, arbeiten.

Die Entwicklung der physikalischen Wissenschaften der letzten Jahrzehnte, hauptsächlich der Quantenphysik, haben eine Energiequelle gezeigt, die in der Zukunft voraussichtlich eine hervorragende Rolle spielen wird: die

---

*) Siehe W. Galaktionow und A. Agranowski, „Ein Strom wird zum Meer", Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952.

**) Unter Wirkungsgrad versteht man in der Physik und der Technik das Verhältnis der für einen gewünschten Vorgang erhältlichen Leistung zur Gesamtleistung, die aufgewendet werden muß, um den Vorgang zu erzielen. So wird bei einer Dampflokomotive nur ein geringer Teil, etwa 2 bis 3 Prozent der Verbrennungsenergie der Kohle in mechanische Energie umgesetzt, bei einem Elektromotor dagegen werden 97 bis 98 Prozent der zugeführten Energie in mechanische Energie verwandelt. Die Dampflokomotive hat also einen Wirkungsgrad von 2 Prozent, der Elektromotor von 97 Prozent.

Energie der Atomkerne. Die Bedeutung der Atomenergie kommt in den Worten des Genossen Malenkow auf dem XIX. Parteitag der KPdSU zum Ausdruck:

„Eine der wichtigsten Errungenschaften der Sowjetwissenschaft in dieser Periode ist die Entdeckung von Methoden zur Erzeugung der Atomenergie. Damit hat unsere Wissenschaft und Technik der Monopolstellung der USA auf diesem Gebiet ein Ende gemacht und den Kriegsbrandstiftern, die das Geheimnis der Erzeugung von Atomenergie und den Besitz der Atomwaffe als ein Mittel zur Erpressung und Einschüchterung anderer Völker auszunutzen suchten, einen schweren Schlag versetzt. Der Sowjetstaat, der über reale Möglichkeiten zur Erzeugung von Atomenergie verfügt, ist zutiefst daran interessiert, daß diese neue Energieart zu friedlichen Zwecken, zum Wohle des Volkes ausgenutzt wird, denn eine derartige Ausnutzung der Atomenergie erweitert die Macht des Menschen über die elementaren Naturkräfte ins Unermeßliche, erschließt der Menschheit gewaltige Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte, für die Beschleunigung des technischen und kulturellen Fortschritts und für die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 42/43)

Heute schon wird in der wissenschaftlichen Literatur davon gesprochen, daß der Preis der Elektroenergie aus Kernreaktionen nicht höher ist als der aus Wärmekraftwerken. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, A. Nesmejanow, hat darauf hingewiesen, daß die Erfolge der Physiker in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Atomenergie durch eine innige Verschweißung von höchster Wissenschaft und höchster Technik in einer kürzeren Zeitspanne erreicht wurden als in den USA. Die auf dem Marxismus-Leninismus beruhende schöpferische Einheit von Theorie und Praxis verschafft der Sowjetunion einen stetig wachsenden Vorsprung auf diesem wichtigsten Gebiet der modernen Technik.

Die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke stößt in der kapitalistischen Welt auf den Widerstand der Interessen der Monopolkapitalisten. So wurde kürzlich in einer führenden USA-Zeitschrift für die Forschung und Anwendung der Kernphysik mitgeteilt, daß z. B. im Staate Nevada ausgedehnte Flächen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und große Bodenschätze an Blei und Zink nicht erschlossen werden können, da dort Elektroenergie nur durch Dieselaggregate in unwirtschaftlicher Form gewonnen wird. Trotzdem die Entfernung bis zum Wasserkraftwerk Boulder-Dam nicht mehr als 300 Meilen beträgt, wird die Errichtung einer Hochspannungs-Übertragungsleitung abgelehnt, da „die Übertragung auf solche Entfernung als zu unwirtschaftlich" angesehen wurde.

Unter besonderen klimatischen Verhältnissen werden in der Sowjetunion auch weitere Verfahren zur Gewinnung von Energie als wirtschaftlich angesehen und sorgfältig verfolgt: Das ist die Windkraftanlage in Gegenden mit starken, konstanten Winden und die heliotechnische Anlage in Gegenden mit zahlreichen Sonnentagen, bei der eine unmittelbare Ausnutzung von Sonnenenergie für verschiedene Zwecke erreicht wird. *)

Elektrische Ströme lassen sich über Leitungen fortleiten mit verhältnismäßig geringen Verlusten, die um so niedriger werden, je höher man die Über-

*) Siehe Artikel: Гелиотехника in Bd. 10 der Großen Sowjet-Enzyklopädie bzw. Ветродвигатель in Bd. 7.

tragungsspannung wählt. Bei Energieerzeugungs- und Fortleitungsanlagen von derartig gewaltigen Dimensionen ist der wissenschaftlich-technische Kampf um die Senkung der Verluste von entscheidender Bedeutung. Bei Strommengen, wie sie die neuen Wasserkraftwerke liefern, entsprechen wenige Prozent Verlust bereits der Größenordnung der Stromerzeugung des Kraftwerkes Klingenberg in Berlin, so daß eine entsprechende Verbesserung des Wirkungsgrades tatsächlich die Aufwendung für die Errichtung eines solchen Kraftwerkes einspart. In der Sowjetunion sind bei der Verbesserung des Wirkungsgrades der Elektrizitätserzeugung und -fortleitung große Erfolge erzielt worden.

Gegenwärtig kann man sich die Technik des Kommunismus noch nicht in allen ihren konkreten Einzelheiten vorstellen, da der stürmische Aufschwung der Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion sich ständig weiterentwickelt und täglich neue Erfindungen und Entdeckungen gemacht werden. Sicher ist jedoch, daß die Anwendung der Elektroenergie auf die Mechanisierung der schweren körperlichen Arbeit, die komplexe Mechanisierung der Produktion und die Automatisierung eine überragende Rolle spielen werden. Hier tritt der Gegensatz des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus einerseits, des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus andererseits besonders deutlich zutage.

Während im Monopolkapitalismus vor allem diejenigen Arbeitsverrichtungen mechanisiert werden, die besondere Spezialkenntnisse und Fähigkeiten des Arbeiters voraussetzen, und ferner solche, die im Zusammenhang mit der Erzeugung von Massenvernichtungsmitteln stehen, werden im Sozialismus vor allem diejenigen Arbeitsverrichtungen mechanisiert, die eine schwere körperliche Arbeit verlangen, so Erdarbeiten, Bergbau unter Tage, usw. Bereits im Jahre 1950 betrug der Prozentsatz der Mechanisierung an den Baustellen der großen Wasserbauanlagen: 80 Prozent bei Erdarbeiten, 93 Prozent bei der Betonherstellung, 83 Prozent bei der Betonverlegung, 90 Prozent bei der Montage, 40 Prozent bei der Be- und Entladung.

Gegenwärtig sind viele Arbeitsgänge der Produktion der sozialistischen Industrie fast vollständig mechanisiert, wobei die Mechanisierung im breiten Maßstab vor allem die Grundprozesse erfaßt hat. Die Weiterentwicklung wird zu einer allseitigen, zu einer komplexen Mechanisierung führen, bei der nicht nur einzelne Arbeitsgänge mechanisiert sind, sondern sämtliche. Dies wird zur Folge haben, daß die Produktivität der Arbeit, beispielsweise in den Bergwerken, steigt, mehr und billigere Kohle erzeugt wird und vor allem auch die Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter stark verbessert und die Unfallverhütung und Betriebssicherheit auf eine höhere Stufe gehoben werden. In der Metallurgie sind in vielen Betrieben die Grundarbeitsvorgänge fast vollständig mechanisiert, was jedoch nicht für die Hilfsarbeiten zutrifft. Diese machen aber 58 bis 77 Prozent der Arbeiten aus, so daß also bei einer komplexen Mechanisierung eine außerordentliche Verbesserung des gesamten Arbeitsprozesses eintreten muß.

Die komplexe Mechanisierung auf allen Gebieten wird die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit gewaltig erhöhen und wird deshalb einer der Faktoren sein, die zu einem Überfluß der produzierten Güter führen. Die komplexe Mechanisierung fordert Arbeiter mit hoher Qualifikation auf allen Teilgebieten, sie bewirkt eine Verknüpfung von geistiger und körperlicher Arbeit und wirkt dadurch mit bei der Überwindung des wesentlichen Unterschiedes zwischen

geistiger und körperlicher Arbeit. Die komplexe Mechanisierung führt dicht an die Automatisierung heran, welche, um mit Marx zu sprechen, die „Naturkräfte der gesellschaftlichen Vernunft unterordnet". Die Zahl der Betriebsunfälle wird außerdem weiter herabgesetzt, die Abnutzung der Maschinen und der Einrichtung verkleinert; sie führt zu einer Einsparung an Betriebsstoffen und Material. Selbst eine teilweise Automatisierung erhöht stark die Produktivität der Arbeit. Die automatisierte Regulierung von Martin-Öfen setzt den Brennstoffbedarf um 10 bis 20 Prozent herab, den an feuerfestem Stein um 5 bis 10 Prozent, erhöht die Produktivität der Öfen um 8 bis 12 Prozent und verlängert die Betriebsperiode des Ofens um 10 bis 15 Prozent. Im Jahre 1951 wurden in der Sowjetunion 95 Prozent des gesamten Gußeisens in Hochöfen mit automatisierter Temperaturregelung des Anblasens geschmolzen, 87 Prozent des Martinstahls wurden in Öfen mit automatisiertem Temperaturregime hergestellt.

Zum Oktober 1952 waren 91 Prozent aller Wasserkraftwerke des Ministeriums für Kraftwerke der UdSSR vollkommen automatisiert, wobei teilweise Fernsteuerung angewendet wird. Die Ersparnisse sind bedeutend, z. B. hat die Automatisierung der Usbekischen Kraftwerke zu einer 14prozentigen Senkung der Selbstkosten für die Stromgewinnung geführt. Besonders bemerkenswert ist die Einführung vollautomatisierter Fabriken für bestimmte normierte Maschinenteile. Es wurde schon vor längerer Zeit über einen automatisierten Betrieb zur Herstellung von Kolben für Verbrennungsmotoren berichtet. Hier werden die Kolben automatisch gegossen, mechanisch und thermisch bearbeitet und verpackt. Hier wird tatsächlich der metallische Rohstoff auf einer Seite dem Automatenwerk zugeführt und verläßt als fertig verpacktes Teil den Betrieb. Solche automatischen Werke sind auch in Betrieb für Zündkerzen, Ventile, Kolbenringe, Ankerketten usw. Die Entwicklung der Automatisierung legt ungeheure Reserven für die weitere Entwicklung der Technik frei.

In der weiteren technischen Anwendung der Elektroenergie wird natürlich der Antrieb eine überragende Rolle spielen, der in den verschiedensten Zweigen der Volkswirtschaft, in Industrie, Landwirtschaft und Transport gewaltige Vorteile besitzt. Der Elektromotor hat einen ausgezeichneten Wirkungsgrad, bei großen Motoren bis zu 98 Prozent. Seine Betriebskosten sind gering. Elektromotoren lassen sich praktisch jeder Verwendungsart anpassen, man kann Motoren z. B. für Schleifmaschinen, Zentrifugen oder Kreisel bauen, die bis 60 000 und mehr Umdrehungen pro Minute machen. Man kann Motoren, die ein Drehmoment von vielen Meter-Tonnen liefern, wie etwa solche zum Antrieb von Walzenstraßen oder Bahnmotoren, konstruieren. Elektromotoren sind in weiten Grenzen überlastbar und äußerst bequem regelbar. Es gibt Antriebsprobleme, die nur durch die Verwendung von Elektromotoren gelöst werden konnten, z. B. der Antrieb von Drehbänken für Schnelldrehen. In anderen Fällen, wie z. B. beim elektrischen Zugantrieb, bedeutet das große Anzugsmoment des Elektromotors eine Erhöhung der mittleren Reisegeschwindigkeit und eine Energieeinsparung bis zu 60 Prozent.

Die massenweise Erzeugung billiger Elektroenergie wird auf verschiedenen Gebieten der physikalischen und chemischen Technologie zu revolutionierenden Neuerungen führen. Das wird besonders dort zu erwarten sein, wo die Wärmeerzeugung durch elektrische Ströme oder ihre elektrochemischen Wirkungen eine wichtige Rolle im Produktionsprozeß spielen. Auf dem Gebiet

der Elektrohärtung sind in der Sowjetunion große Erfolge errungen worden, vor allem durch Anwendung von Hochfrequenzströmen; ganz neue Methoden der elektrischen Oberflächenbearbeitung von Metallen, wie die Elektro-Erosion, eröffnen neue Wege zur Herstellung feinbearbeiteter Oberflächen mit besonderen Eigenschaften, zur Herstellung komplizierter Profile. Die moderne Elektro-Metallurgie ist auf billige Energie angewiesen, sie kann andererseits der Technik Metalle und Metallegierungen liefern, die wegen ihrer hohen Qualität und großen Gleichmäßigkeit kaum durch Erzeugnisse anderer Verfahren zu ersetzen sind.*)

Eine besondere Stellung nimmt die Gewinnung von Leichtmetallen und ihren Legierungen ein. Elektrochemische Verfahren liefern Aluminium, Magnesium und andere Leichtmetalle in äußerst bequemer Weise. Die Anwendung von Leichtmetallegierungen ist andererseits ein entscheidender Schritt der modernen Technik, da hierdurch eine Verminderung des Gewichtes von Maschinen und Baukonstruktionen ermöglicht wird. Die Gewichtsverminderung bedeutet aber Materialeinsparung und Energieeinsparung für den Antrieb. Bedenken wir, daß z. B. ein Kraftwagen mit Zweiliter-Motor bei normaler Reisedurchschnittsgeschwindigkeit bei einem Gewicht von 1000 kg etwa 10 bis 11 Liter Treibstoff für 100 km benötigt, bei 1200 kg jedoch etwa 13 bis 14 Liter für 100 km, so sehen wir, welche enorme volkswirtschaftliche Bedeutung der Leichtbau hat. Nun wird aber der Entwicklung der Leichtmetallegierungen, wie überhaupt der Elektrometallurgie und Elektrochemie, für ihre massenweise Anwendung eine Grenze gesetzt durch die Selbstkosten der Elektroenergie. Berücksichtigen wir, daß die Kosten der Elektroenergie aus Wärmekraftwerken etwa 5 bis 7mal höher sind als die der Wasser-Großkraftwerke, so können wir ermessen, welches Ausmaß der Verwendung von Leichtmetallen und ihren Legierungen durch die Erzeugung billiger Elektroenergie aus Wasserkraft ermöglicht wird.

Der „Kampf gegen das tote Gewicht" kann auch von einer anderen Seite geführt werden, durch Erarbeitung von wissenschaftlich begründeten Sicherheitskoeffizienten. Bei ungleichmäßigen Festigkeitseigenschaften des Materials müssen die Sicherheitskoeffizienten verhältnismäßig hoch sein. Sie sind weitgehend verschieden je nach der Art der Beanspruchung und liegen zwischen etwa 2 bei Flugzeugen und etwa 100 und mehr bei Maschinen, die stoßweiser Beanspruchung ausgesetzt werden. Die immer höheren Qualitätsansprüche an die Werkstoffe können offenbar durch die bisherigen „klassischen" metallurgischen Verfahren nicht befriedigt werden. Hier ist die Elektrometallurgie berufen, ganz neue Möglichkeiten zu schaffen, indem sie Materialien einer sonst nicht erreichbaren Kontrollierbarkeit und Konstanz der Eigenschaften liefert. Insbesondere in Verbindung mit der modernen Vakuumtechnik — die ebenfalls auf Elektroenergie angewiesen ist — werden in der Zukunft metallische Werkstoffe mit einer umwälzenden Vielgestaltigkeit der Eigenschaften zu erwarten sein. Heute ist die Vakuummetallurgie bereits imstande, Speziallegierungen und Reinstmetalle zu liefern, wie sie in den modernsten Gebieten des Maschinenbaues und der Elektrotechnik zur Lösung von ganz neuartigen Aufgaben verlangt werden, wie z. B. Legierungen für „röhrenlose" magnetische Verstärker usw.

Viele hervorragende Produktionsverfahren sind in der modernen Großchemie bereits bekannt, werden jedoch in der kapitalistischen Welt nicht reali-

*) Siehe W. Küntscher, „Vom Eisenerz zum Stahl". Berlin 1952, S. 48 ff

siert, weil ihnen die starke Disproportion der Entwicklung der Energieversorgung zur Gesamtproduktion eine Schranke setzt. In der Sowjetunion, die dem Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechend ihre reichen Vorkommen an Wasserkraft in Elektroenergie umsetzt, entstehen die Möglichkeiten zum Aufbau neuer Produktionszweige der technischen Chemie.

Besondere Bedeutung wird die Ausnutzung der Elektroenergie in der Landwirtschaft haben. Der elektrische Traktor und der elektrische Mähdrescher werden zweifellos eine neue Etappe der Entwicklung landwirtschaftlicher Maschinen einleiten. Es ist darauf hingewiesen worden, daß bei der allseitigen Verwendbarkeit elektrischer Antriebsaggregate sowohl der elektrische Traktor als auch der elektrische Mähdrescher im stationären Betrieb ausgenützt werden können, wodurch die Möglichkeit der Elektrifizierung landwirtschaftlicher Prozesse erweitert wird. In Gebieten mit künstlicher Bewässerung werden die Fragen der Wasserzufuhr, die zum Teil durch Pumpanlagen mit elektrischem Antrieb erfolgen wird, im Vordergrund stehen. Aber auch für Sonderzwecke, wie die Verwendung von künstlicher Beleuchtung für Pflanzenaufzucht, kann billige Elektroenergie wichtig sein. In der Viehzucht werden Melken, Scheren, Waschen, Futterschneiden und -kochen elektrifiziert, was neben anderen Vorteilen auch den einer größeren hygienischen Sicherheit mit sich bringt. Vermutlich werden sich in den wärmeren Gegenden auch elektrische Insekten-Bekämpfungsverfahren einbürgern.

Berechnungen, die am Plan einer vollständigen Elektrifizierung von 31 851 Kollektivwirtschaften des Gebietes von Molotow durchgeführt wurden, zeigten, daß nach Errichtung von 900 Elektro-Kraftwerken örtlicher Bedeutung in diesem Gebiet 5300 Arbeiter, welche die elektrischen Einrichtungen bedienen, die Arbeit von 40 000—50 000 Kollektivwirtschaftsbauern ersetzen werden, wobei gleichzeitig ganz erhebliche Einsparungen an Energie und Brennstoff gemacht werden. Man kann abschätzen, daß die Elektrifizierung der Landwirtschaft auf diese Weise ein Wachstum der Arbeitsproduktivität annähernd um das Zehnfache sichern wird, wobei gleichzeitig die Arbeitsbedingungen und die Lebenshaltung der Werktätigen auf dem Lande grundlegend verbessert werden. *)

Ausgehend von dieser Grundlage wird die Einführung moderner, großindustrieller Produktionsmethoden auf dem Land fortschreiten und zu einem Überfluß der landwirtschaftlichen Produkte führen. Das wird ermöglichen, die Eigentumsverhältnisse der ländlichen Produktion, die in der Sowjetunion zu einem großen Teil eine genossenschaftliche Produktion ist, denen der Industrie anzugleichen. Damit wird der von Stalin erkannte bedeutungsvollste Schritt zur Beseitigung des wesentlichen Unterschiedes zwischen Stadt und Land realisiert werden.

Die Elektrifizierung, die dadurch ermöglichte Mechanisierung und Automatisierung der Produktion wird zu einem wachsenden Überfluß der produzierten Güter führen und damit die Grundlage für einen ständig wachsenden Lebensstandard schaffen. Der Überfluß an elektrischer Energie wird erlauben, die kommunale Versorgung der Bevölkerung vollständig zu elektrifizieren. Verschiedene elektrische Heizgeräte, Anlagen zur Luftkonditionierung (Klima-

*) Siehe: A. Arakeljan, „Über die wesentlichsten Wege des technischen Fortschritts in der Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus", «Вопросы Экономики» („Fragen der Ökonomie"), Heft 11, 1952

anlagen), Elektrokühlschränke, Staubsauger, elektrische Bohnermaschinen, Waschmaschinen und viele andere Elektrogeräte für das tägliche Leben werden schon heute in der Sowjetunion in breitem Maßstab in die Haushalte eingeführt und werden bald zur Ausrüstung einer jeden Familie gehören. Die Elektrifizierung des täglichen Lebens schafft gesunde Lebensbedingungen, erleichtert und verkürzt erheblich die Arbeitszeit für Hausarbeiten und schafft freie Zeit für die geistige Entwicklung und das geistige Wachstum der Menschen. Schon lange vor dem Sieg der proletarischen Revolution hat W. I. Lenin geschrieben, daß die elektrische Beleuchtung und die elektrische Beheizung eines jeden Hauses Millionen von „Haussklavinnen" von der Notwendigkeit befreien wird, dreiviertel des Lebens in einer schmutzigen Küche zu arbeiten.

So groß die Bedeutung der Maßnahmen zur weiteren Elektrifizierung für die Entwicklung der Produktivkräfte beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus auch ist, so sind sie doch nur ein Teil, ein organischer Bestandteil des 5. Fünfjahrplanes der Sowjetunion. Andere, ebenso gewaltige Aufgaben sind in diesem Plan gestellt, die mit der Elektrifizierung engstens verknüpft, doch auch weit über sie hinausgreifen. Es sei hier nur an die großen Aufgaben der Umgestaltung der Natur erinnert. Das wissenschaftliche Fundament dieser grandiosen Entwicklung ist der Marxismus-Leninismus, insbesondere die bahnbrechende letzte Arbeit des Genossen Stalin. Auf dem Wege des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus wird sich in der Sowjetunion die Gestalt eines neuen Menschen formen: Des schaffenden Menschen, der durch eine mit der höchsten Technik arbeitende Produktion Anteil an einem großen gesellschaftlichen Reichtum erhält, der es ihm ermöglichen wird, seine Lebensverhältnisse grundlegend zu verbessern, so daß er einen ständig zunehmenden Teil seiner Zeit für seine kulturelle Weiterentwicklung verwenden kann, und von den wachsenden Bildungsmöglichkeiten, die die sozialistische Gesellschaft schafft, Gebrauch zu machen in der Lage ist, wie es Genosse Stalin in seiner grundlegenden Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" darlegt. Im Sozialismus dienen Produktion, Technik und Wissenschaft nicht dem Profit sondern sind die Voraussetzung für den Aufstieg der Gesellschaft in allen ihren Gliedern auf eine höhere, bislang unbekannte Stufe der allseitigen kulturellen Entwicklung, der Kultur des Kommunismus.

Alfons Dengel

Das wirtschaftspolitische Programm der SPD – eine Unterstützung für die amerikanischen und westdeutschen Monopolherren

I.

Die Bevölkerung Westdeutschlands, besonders die Arbeiterklasse, führt einen immer stärker und geschlossener werdenden Kampf gegen den Generalvertrag, einen Kampf, der sich nach der Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag vertieft und verschärft. Der nationale Widerstand, die nationale Befreiungsbewegung und der Kampf der Werktätigen für die Verbesserung ihrer Lage sind Tatsachen, mit der die Feinde des deutschen Volkes rechnen müssen. Gleichzeitig wächst aber auch die Aktivität der Militärclique und der faschistischen Elemente in Westdeutschland, die eine faschistische Militärdiktatur unter dem Schutz amerikanischer Bajonette anstreben. Diese Grundtendenzen des Kampfes in Westdeutschland, die von Walter Ulbricht bereits auf der II. Parteikonferenz der SED festgestellt wurden, sind heute noch schärfer ausgeprägt. In Westdeutschland gehen die wieder an die Macht gekommenen Monopolherren und Großgrundbesitzer im Bündnis mit den amerikanischen Imperialisten, wie es in dem Offenen Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt, „in immer schnellerem Tempo zur Vernichtung aller demokratischen Rechte und Freiheiten und zu offenen faschistischen Herrschaftsmethoden über". Gegen sie erhebt sich eine breite Volksbewegung, die Bewegung der Deutschen Sammlung, die den Verträgen des nationalen Verrats die vereinte Kraft der deutschen Patrioten entgegenstellt. Den Wiederaufrüstungs- und Aggressionsplänen setzt die Deutsche Sammlung die Forderung nach einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und des friedlichen Aufbaus entgegen. Die nationale Bewegung hat alle Möglichkeiten, die Anstrengungen der deutschen Imperialisten zunichte zu machen und das Adenauer-Regime hinwegzufegen. Besonders gefährlich ist den Imperialisten die deutsche Arbeiterklasse, die führende Kraft der Nation. Die Arbeiterklasse kann ihre Kräfte jedoch nur dann voll entfalten, wenn sie selbst geeint und geschlossen vorgeht. Deshalb versuchen die Imperialisten mit allen Mitteln, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und die Arbeiter zu verwirren. Die Imperialisten wissen, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse das entscheidende Hindernis bei ihren Kriegsvorbereitungen ist.

Deshalb führen die amerikanischen und deutschen Imperialisten ihre Hauptreserve ins Feld: die rechte Führung der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese hat den Auftrag, die Arbeiterklasse an die Kriegsvorbereitungen heranzuführen, sie von den außerparlamentarischen Aktionen abzuhalten, eine Aktionseinheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter zu verhindern. Deshalb ist und bleibt das Hauptmittel zur Durchsetzung der amerikanischen Kriegspolitik in Westdeutschland das Zusammenspiel zwischen der Adenauer-Regierung und den rechten SPD-Führern. Das auf dem Dortmunder Parteitag der SPD im Herbst 1952 beschlossene sogenannte „Aktionsprogramm" wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Mellies als das künftige Regierungsprogramm bezeichnet.

Das „Aktionsprogramm" ist eine offene Unterstützung des amerikanischen und deutschen Imperialismus, es verkündet den offenen Verrat der nationalen

deutschen Interessen. Um jedoch den Einfluß auf die Arbeiter nicht ganz zu verlieren, erklärte die rechte SPD-Führung als das „Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik . . . a) möglichste wirtschaftliche Sicherheit des Menschen; b) Freiheit des Menschen; c) möglichst gerechte Verteilung". Gleichzeitig sind die rechten SPD-Führer bestrebt, besonders angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, durch die Gewinnung bürgerlicher Wähler ihre Basis zu verbreitern. Deshalb versprechen sie eine Förderung des kleinen und mittleren Eigentums und sogar „unvermeidlicher Monopole". Ihr wirtschaftspolitisches Programm entspricht also völlig den Forderungen der amerikanischen und deutschen Imperialisten. Die Widersprüche im „Aktionsprogramm" sowie der Widerspruch zwischen Worten und Taten der rechten sozialdemokratischen Führer konnten den einfachen Mitgliedern der SPD natürlich nicht verborgen bleiben. Um die Unruhe und Empörung der Werktätigen zu besänftigen und zur „Erläuterung der wirtschaftspolitischen Thesen des Aktionsprogramms" — das von den Arbeitern angeblich oft „mißverstanden" worden sei, wie die rechten Führer der SPD erklären — berief der SPD-Vorstand zum 27. Februar 1953 eine Tagung nach Bochum ein. Die rechten sozialdemokratischen Führer haben in jüngster Vergangenheit verschiedene Tagungen zu ihrem „Aktionsprogramm" veranstaltet. Die wirtschaftspolitische Tagung in Bochum hatte speziell die Aufgabe, das von den Arbeitern „mißverstandene" „Aktionsprogramm" zu erläutern. Die Konferenz wurde von solchen Leuten beherrscht wie dem Hamburger Senator für Wirtschaft und Verkehr, Professor Dr. Karl Schiller, dem Baden-Württembergischen Wirtschaftsminister Dr. Veit, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Koch, Arbeitsdirektor der Dortmunder Westfalenhütte (Hoesch-Konzern), Professor Dr. Gülich u. a. Schon das charakterisiert die Bochumer Tagung. Die sozialdemokratischen Arbeiter hatten mit der Ausarbeitung des wirtschaftspolitischen Programms der SPD nichts zu tun. Dieses Programm wurde vielmehr von Funktionären des imperialistischen Bonner Staates, von Angestellten der Monopole und von bürgerlichen Intellektuellen, die der Arbeiterklasse und ihrer Sache fremd und feindlich gegenüberstehen, ausgearbeitet. Die Tagung hatte den Sinn, erstens den Monopolherren zu beweisen, daß das Programm der SPD dem kapitalistischen System nicht nur völlig ungefährlich sei, sondern daß die rechten SPD-Führer das Vertrauen des Monopolkapitals durchaus rechtfertigen und seine Interessen noch besser als die Adenauer-Clique vertreten werden, zweitens sollten die Arbeiter durch leere Versprechungen und außerdem durch eine komplizierte Anhäufung gelehrt klingender Forderungen verwirrt werden.

II.

Die SPD-Führung beginnt ihren Betrug an den Arbeitern damit, daß sie das gegenwärtige Wirtschaftssystem Westdeutschlands als „liberale, freie, soziale Marktwirtschaft" darstellt. Sie betet also nach, was die Vertreter des Kapitalismus behaupten. Dabei handelt es sich um eine bewußte Fälschung. In Wirklichkeit herrschen in Westdeutschland die amerikanischen und deutschen Monopole. Aber auf der wirtschaftspolitischen Tagung wurde kein Wort über die wiederaufblühenden Kartelle und Trusts verloren, obwohl z. B. zu gleicher Zeit der berüchtigte Kanonenkönig Krupp offiziell in seine alten Rechte wieder eingesetzt wurde. Ebensowenig sprach man von der Beherrschung der deutschen Schwerindustrie durch einige Familien: Merton (Metallgesellschaft), Zangen (Mannesmann), Henle (Klöckner), Haniel und Reusch (Gutehoffnungshütte), Hoesch; von der praktischen Auferstehung der Vereinigten Stahlwerke in elf

nur dem Namen nach unabhängigen Gesellschaften und über den entscheidenden Auslandseinfluß, der durch den Thyssen-Konzern und den Stinnes-Konzern auf die Schwerindustrie ausgeübt wird, ganz zu schweigen von der direkten ausländischen Herrschaft über Ruhr und Saar. Kein Wort fiel über die Wiederherstellung der IG-Farben, über den Einfluß ausländischen Kapitals auf die IG-Farben und auf die chemische Industrie überhaupt (Vereinigte Glanzstofffabriken, Solvay-Werke), über die Monopole in der Automobilindustrie, über die Beherrschung dieses Industriezweiges durch die amerikanischen Trusts Ford und General Motors. Die rechten SPD-Führer machen alle Anstrengungen, um vor dem Volk zu vertuschen, daß für alle diese Monopole der Maximalprofit Existenzbedingung ist, weil sie ohne ihn nicht die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär verwirklichen können. Die Monopole erlangen den Maximalprofit aber „durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen". (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 40)

Die rechten SPD-Führer versuchen mit allen Mitteln zu verschleiern, daß die in- und ausländischen Monopole die westdeutsche Bevölkerung bis aufs letzte ausplündern, und daß die Herrschaft dieser Monopole die große Gefahr eines neuen Krieges bedeutet, so wie das in dem von Stalin entdeckten und formulierten ökonomischen Grundgesetz des modernen Kapitalismus nachgewiesen ist.

Die westdeutschen Werktätigen sind einer doppelten Ausbeutung unterworfen, der Ausbeutung durch die deutschen und durch die ausländischen, vor allem amerikanischen Monopole. Der Nazi-Bankier und Direktor der Deutschen Bank H. J. Abs schätzte die ausländischen Beteiligungen in Deutschland auf 7 Milliarden DM, wovon etwa die Hälfte allein auf die USA entfallen, die die westdeutsche Erdölindustrie, Automobilindustrie, den Maschinen- und Apparatebau u. a. beherrschen. Hinzu kommen die gewaltigen Schulden aus der Zeit vor dem Kriege, als die westlichen imperialistischen Großmächte bei der Aufrüstung Deutschlands halfen, und aus der Nachkriegszeit durch den Marshallplan, der wesentlich dazu beitrug, dem deutschen Imperialismus nach seiner Niederlage im zweiten Weltkrieg wieder auf die Beine zu helfen. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer hat diese Schulden, die nun von der westdeutschen Bevölkerung bezahlt werden sollen, anerkannt. Hinzu kommen die gewaltigen Besatzungskosten und die Unsummen für die Rüstung, die ebenfalls von der westdeutschen Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Das alles wird weder im „Aktionsprogramm", noch auf der wirtschaftspolitischen Tagung erwähnt.

Die rechten sozialdemokratischen Führer ignorieren hartnäckig, daß die Großbanken*), darunter solche Bankkonzerne wie der des Adenauer-Finanziers Pferdmenges, wiederhergestellt sind, daß der Kriegsverbrecher Schacht durch seine Bankgründungen erneut „ins Geschäft einsteigt", daß die „Kreditanstalt für Wiederaufbau", welche die Marshallplangelder und die Gegenwertfonds verwaltet, das größte *amerikanische* Bankmonopol auf westdeutschem Boden

*) In derselben Nummer des „Neuen Vorwärts", in der das „Aktionsprogramm" der SPD abgedruckt wurde, waren seitenfüllende Anzeigen der drei Großbanken — der Deutschen Bank, der Dresdener Bank und der Commerzbank zu finden. — Wes' Brot ich eß', des' Lied ich sing'.

ist, in dessen Verwaltungsrat eine Reihe prominenter SPD-Mitglieder sitzen (Agartz, Fette, Dudek).

Selbstverständlich kann man auch von Leuten, die selbst Aufsichtsräte, Aktionäre, Kommis der Monopolherren sind, nicht erwarten, daß sie hinter die Kulissen ihrer „Geschäftswelt" leuchten. Man kann von Leuten wie dem DGB-Vorsitzenden Freitag, der ebenso wie August Schmidt im Aufsichtsrat des Hybernia-Konzerns sitzt, und der außerdem an der „Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalens" beteiligt ist, nicht erwarten, daß er seinen eigenen Profit in Gefahr bringt, indem er die Arbeiter zum Kampf gegen die Monopole aufruft. Ebensowenig kann man das von Fette erwarten, der vom Kriegsverbrecher Abs in die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" geholt wurde, oder von dem 12fachen Aufsichtsratsmitglied Agartz, Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, oder von seinem Stellvertreter Potthoff, Mitglied von fünf Aufsichtsräten. Man kann das auch nicht von dem ehemaligen stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Hans vom Hoff erwarten, der als Mitglied der Schumanplan-Behörde jährlich 24 000 Dollar verdient und an der gleichen Bank beteiligt ist wie der jetzige DGB-Vorsitzende Freitag.

Die Arbeiterverräter in der Führung der SPD und des DGB versuchen die Arbeiter darüber hinwegzutäuschen, daß der Bonner Staatsapparat nichts weiter als das Machtinstrument eben dieser Riesenunternehmen, daß er den Monopolen untergeordnet ist, und daß die Politik des Bonner Wirtschaftsministers *Erhard*, weit entfernt davon, „liberal" oder „sozial" zu sein, dazu dient, den Monopolen Maximalprofite zu gewährleisten. Erhard war wie Adenauer einer der aktiv Mitwirkenden bei der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus. Die SPD-Führung hatte sich im *Entwurf* des Aktionsprogramms noch zu einer demagogischen „Kritik" an dieser Wirtschaftspolitik bequemt („ein großer Teil des Volkes bleibt von den Ergebnissen der Wiederaufbauleistung ausgeschlossen . . . Noch immer erleidet eine erschreckend große Zahl von Menschen das Los der Dauerarbeitslosigkeit . . . Millionen von Rentnern und Unterstützungsempfängern leben weit unterhalb des Existenzminimums. Aufreizender Luxus und tiefstes Elend stehen einander schroff gegenüber"). Später ließ sie diese „Kritik" stillschweigend verschwinden und im endgültigen Text des Aktionsprogramms sowie in den Reden auf der wirtschaftspolitischen Tagung wurde die Erhardsche Wirtschaftspolitik nur noch als zu „liberal", zu „frei" bezeichnet. Diese Taktik wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die rechte SPD-Führung die Erhardsche Wirtschaftspolitik niemals ernsthaft bekämpft hat, daß sie vielmehr diese Politik unter anderen Phrasen, aber mit noch größeren Vorteilen für die Monopole fortsetzen möchte.

Schon allein durch diese Entstellungen der wahren Verhältnisse in Westdeutschland hat die rechte SPD-Führung den Monopolen die größte Hilfe geleistet. Ihr Programm entlarvt sie als Verteidigerin der Monopole und deren Maximalprofite. Die rechten Führer der SPD haben bereits in der Praxis gezeigt, daß sie den wachsenden Widerstand der westdeutschen Arbeiter gegen die doppelte Ausbeutung, die Streiks und Protestkundgebungen mit allen Mitteln zu desorganisieren, irrezuführen und abzuwürgen suchen. Diese Tätigkeit spiegelt sich denn auch in ihren Erklärungen wider. Im „Aktionsprogramm" und in den Reden der Bochumer Tagung kommt das Wort Streik nicht ein einziges Mal vor.

Nachdem die rechte SPD-Führung auf diese Art und Weise den Betrug an den Arbeitern begonnen hat, setzt sie ihn in ihrem wirtschaftspolitischen Pro-

gramm durch die Aufstellung solcher „Forderungen" fort, die niemals verwirklicht werden sollen und auf der Basis der monopolkapitalistischen Ordnung in Westdeutschland niemals verwirklicht werden können. Dagegen beabsichtigt die rechte SPD-Führung nach einer Beteiligung an der Regierung andere Maßnahmen durchzuführen. Durch Steigerung der Produktivität, durch Kapitallenkung und Rationalisierung — also durch verschärfte Ausbeutung — will sie den Monopolen noch höhere Profite sichern.

III.

Der Sozialismus ist der Traum der Arbeiterklasse seit mehr als einem Jahrhundert. Die rechte SPD-Führung mißbraucht dieses Streben der Arbeiter für ihre Zwecke. Die Massen wissen, daß der Kapitalismus ihnen Krisen, Arbeitslosigkeit und Elend bringt. Sie sehen das Aufblühen der Wirtschaft und die ständige Hebung des Lebensniveaus der Volksmassen in der Sowjetunion, die den Sozialismus erbaut haben und sich nun auf dem Wege zum Kommunismus befinden. Sie sehen die volksdemokratischen Länder, in denen der Aufbau des Sozialismus begonnen hat. Aber die Masse der SPD-Mitglieder sieht noch nicht klar, daß sie von ihren rechten Führern betrogen wird.

1918 verkündeten diese Führer bereits, daß „der Sozialismus marschiert". Tatsächlich marschierte die Konterrevolution. Die Losung der rechten SPD-Führer, die viele Arbeiter vom Kampf abhielt und in ihnen die Vorstellung hervorrief, daß schon alles getan sei, rettete die Bourgeoisie. 1946 verkündeten die rechten SPD-Führer bombastisch die sofortige „Sozialisierung", wurden aber nach Schumachers Amerikareise wesentlich kleinlauter. Nach 1945 hatte die SPD in einigen westdeutschen Ländern Gelegenheit, die „Sozialisierung" in Angriff zu nehmen. So in Hessen z. B., wo die „Sozialisierung" sogar in die Verfassung aufgenommen worden war, und einige Betriebe verstaatlicht, dann aber, ohne Protest von seiten der rechten Führer der SPD, den alten Eigentümern wieder zurückgegeben wurden. Inzwischen hat die rechte Führung der SPD den Schumanplan faktisch anerkannt, durch den die Verfügungsgewalt über die Montanindustrie dem deutschen Volk entzogen ist. Im heutigen wirtschaftspolitischen Programm blieb als verschwommener unverbindlicher Rest das Versprechen der „Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum", wohlgemerkt, ohne vorher an der Gesellschaftsordnung irgendetwas zu ändern. Die rechte Führung der SPD will sowohl den IG-Farbentrust, wie die großen Maschinenfabriken, die Autofabriken, Werften und andere Riesenunternehmen, die Warenhauskonzerne usw. in den Händen ihrer heutigen Besitzer belassen. Die rechte SPD-Führung verspricht ihren Anhängern eine sogenannte „wirtschaftliche Neuordnung" unter Beibehaltung der privaten Banken und Versicherungsgesellschaften — darunter der drei Großbanken Deutsche Bank, Dresdener Bank, Commerzbank und der Banken von Schacht und Pferdmenges. Fürwahr eine eigentümliche Spielart von Sozialismus"! Was unter solchen Umständen eine Verstaatlichung der Grundstoffindustrie wirklich bedeuten würde, hat bereits Friedrich Engels erklärt:

„Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften [und Trusts], noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf ... Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der

kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 345)

Unter gewissen Umständen ist die Bourgeoisie bereit, unrentable, veraltete Fabriken oder Bergwerke zu verstaatlichen, um dafür garantierte Einnahmen aus der Staatskasse einzutauschen. Nichts anderes war die Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie, nach der die ehemaligen Besitzer noch dazu maßgebliche Posten in der Verwaltung der verstaatlichten Kohlengruben behielten.

In ihrem „Aktionsprogramm" haben die rechten Führer der SPD einen ganzen Abschnitt unter der Überschrift „Planung und Freiheit in der Wirtschaft" gebracht. Die rechten sozialdemokratischen Führer versuchen, die werktätigen Menschen, die nach Beseitigung der kapitalistischen Anarchie in der Wirtschaft, nach wirtschaftlicher Sicherheit verlangen, mit der völlig widersinnigen These schamlos zu betrügen, daß man Planung, die nur bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln möglich ist, mit der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Anarchie vereinigen könne. Die rechten SPD-Führer stehen ausdrücklich auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln, ja, sie sprechen in ihrem „Aktionsprogramm" sogar von „unvermeidlichen Monopolen". Angesichts dieser Tatsachen kann die Phrase von der „Freiheit" in der Wirtschaft nur ungehemmte Freiheit für die Monopolherren bedeuten. Auf der Bochumer Tagung verstiegen sich die rechten SPD-Führer denn auch zu dem Motto, „Planung soweit wie nötig — Wettbewerb (d. h. kapitalistische Anarchie in der Wirtschaft unter Herrschaft der Monopole — A. D.) soweit wie möglich". Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß eine wirkliche Planung nur bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln möglich ist. Genosse Stalin sagte in einer Unterredung mit dem englischen utopischen Schriftsteller H. G. Wells:

„Die Planwirtschaft setzt weiter voraus, daß die Produktion in jenen Industriezweigen zunimmt, deren Erzeugnisse die Volksmassen besonders brauchen. Sie wissen aber, daß die Produktionserweiterung unter dem Kapitalismus aus ganz anderen Beweggründen erfolgt, daß das Kapital jenen Wirtschaftszweigen zuströmt, wo die Profitrate höher ist. Niemals werden Sie den Kapitalisten zwingen können, sich selber zu schaden und um der Befriedigung der Volksnöte willen auf eine geringere Profitrate einzugehen. Ohne sich von den Kapitalisten befreit, ohne mit dem Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln aufgeräumt zu haben, werden Sie keine Planwirtschaft schaffen können." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1938, S. 820/821)

Wenn man sich die von der SPD gemeinte „Planung" etwas näher ansieht, so entdeckt man, daß sie auch keineswegs eine volkswirtschaftliche Planung anstrebt, die das Wohl des ganzen Volkes zum Ziele hätte. In einem Atemzuge sprechen die rechten SPD-Führer von Planung und von der Herstellung „vollständiger Konkurrenz". Ollenhauer sagte: „Die freie Unternehmerinitiative ist sicher lobenswert, und auch wir wollen sie nicht entbehren." Der Hamburger

Wirtschaftssenator Schiller spricht von einer „Wirtschaftsordnung des dritten Weges", von einer „Auswahl des Besten aus beiden Welten", einer „Marktwirtschaft von links". Mit diesen nebelhaften Phrasen soll darüber hinweggetäuscht werden, daß die SPD-Führung verleugnet, daß das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie ein Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft ist, und daß Planung und kapitalistische Wirtschaft, und erst recht die gegenwärtige monopolkapitalistische Wirtschaft, in unlösbarem Gegensatz zueinander stehen.

IV.

Was hinter der von der SPD-Führung beabsichtigten „Planung" steckt, ist die Organisierung der Aufrüstung und der Ausplünderung der Massen. Das ist eine jener Verpflichtungen, welche die rechte SPD-Führung vor den Kapitalisten eingeht. Die „Planung" soll darin bestehen, daß ein „*oberstes Wirtschaftsorgan*" mit Hilfe eines „volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes" der freien Unternehmerinitiative Spielraum gewähren und eine gleichmäßige Konjunktur sichern soll. Wie soll dieses „oberste Wirtschaftsorgan" aussehen? Es soll „eine Zusammenfassung der bisher zusammenhanglos arbeitenden Instanzen der Wirtschaftspolitik" sein. Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Marshallplan-Ministerium usw., einschließlich Zentralbanksystem und *Kreditanstalt für Wiederaufbau,* die bisher jedes für sich den Willen der deutschen und amerikanischen Monopole in die Tat umsetzten, sollen nun vereinigt werden. Das heißt, daß im Interesse der verschärften Kriegsvorbereitung die Wirtschaft von den Monopolen und den von ihnen beherrschten staatlichen Organen zentralisiert und gelenkt werden soll. Das „oberste Wirtschaftsorgan", an dem auch einige führende Sozialdemokraten teilnehmen möchten, ist dabei nichts anderes als eine Neuauflage des faschistischen Reichswirtschaftsrates.

Nicht genug damit: über Marshallplan-Ministerium und die Kreditanstalt für Wiederaufbau würden sich die Amerikaner unmittelbar an der „Planung" in Westdeutschland beteiligen. An dieser Stelle möchten wir an die Worte des Genossen Malenkow erinnern:

> „Der amerikanische Imperialismus tritt heute nicht nur als internationaler Ausbeuter und Unterdrücker der Völker auf, sondern auch als eine die Wirtschaft der übrigen kapitalistischen Länder desorganisierende Kraft." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 11)

Die rechten SPD-Führer bereiten schonend darauf vor, daß sie von diesem „obersten Wirtschaftsorgan" nur die „möglichste" wirtschaftliche Sicherheit des Menschen, eine „möglichst" gerechte Verteilung erhoffen, daß Krisen „nach Möglichkeit" vermieden „oder zumindest in ihrem Verlauf abgeflacht" werden sollen (Veit auf der wirtschaftspolitischen Tagung).

Das „oberste Organ" soll weitgehende Vollmachten erhalten, allerdings nicht in bezug auf die „Planung", sondern im Sinne der Verfügung über sämtliche Geldmittel (Steuern, Anleihen) der Bevölkerung, die über den volkswirtschaftlichen Gesamthaushalt in die Rüstungsindustrie oder in jene Zweige, in denen den Kapitalisten die Anlage unrentabel oder zu riskant erscheint, investiert werden sollen. Es sollen „alle wirtschaftlichen Kräfte (Arbeitskräfte, Kapital, Rohstoffe) mobilisiert" und vor allem in jene Zweige eingesetzt werden, die nach Meinung der rechten SPD-Führer zurückgeblieben sind. Das soll die Grundstoff-

industrie (Kohle, Eisen, Energie) sein, d. h. der für die Aufrüstung wichtigste Zweig, ferner Schiffbau, Eisenbahn- und Straßenbau, die für die Verwandlung Westdeutschlands in ein militärisches Aufmarschgebiet sehr wichtig sind. Zur Mobilisierung der erforderlichen Mittel soll ein ausgeklügeltes System dienen. „Sicherung der erforderlichen Sparquoten" fordert der Hamburger Wirtschaftssenator Schiller. „Die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Kapitalmarktes sind ungenügend und unsystematisch ... Zur Regelung der privaten Kapitalbildung müssen steuerliche Maßnahmen zur Anregung des Zwecksparens und zur Einschränkung des ungesunden Maßes der Selbstfinanzierung über die gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen erfolgen", doziert Gülich. Gerade das letzte ist eine Demagogie ohnegleichen. In den Jahren nach 1945 fand eine „Selbstfinanzierung" statt, da die Gewinne der Unternehmer, in der Hauptsache Kriegsgewinne aus dem letzten Weltkrieg und aus der beschleunigten Wiederaufrüstung, außerordentlich hoch, andere Quellen dagegen unergiebig waren, weil die Verelendung der großen Masse der Bevölkerung und ihre Kriegsverluste kein großes Sparen ermöglichten. Die Währungsreform in Westdeutschland hatte den Sparern den letzten Groschen geraubt, den Versicherten die Ansprüche auf Rente dezimiert und im übrigen das Vertrauen der Sparer gründlich untergraben. Der Vorschlag der rechten SPD-Führer ist eine direkte Hilfsstellung für die Unternehmer, die an fremdem Kapital interessiert sind, und für die Großbanken und privaten Kapitalsammelstellen. Die rechte SPD-Führung fordert die Arbeiter, Bauern und kleinen Geschäftsleute auf, von ihrem schmalen Verdienst zu sparen und ihre Spargelder den Monopolen zu geben. Damit hilft sie die Mittel für einen neuen Krieg zu sammeln und eine neue Ausplünderung vorzubereiten. Die Werktätigen Westdeutschlands sollen mit ihren Groschen den „kapitalschwachen" Unternehmern unter die Arme greifen und den Ausbeutungsbereich erweitern helfen.

Das ist aber bei weitem noch nicht alles: die Ausbeutung selbst soll systematisch verschärft werden durch Produktivitätssteigerung, Intensivierung des Arbeitsprozesses und Rationalisierung. Nach Meinung der SPD-Führung sei das der einzige Weg aus dem Elend. „Der Lebensstandard", so erklärte der Hamburger Wirtschaftssenator Schiller auf der Bochumer Tagung, „ist bestimmt durch den güterwirtschaftlichen Ertrag der Volkswirtschaft, und dieser wieder ist abhängig von zwei Komponenten: der Intensität der Arbeit pro Arbeitsstunde und der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt. Die erste Komponente führt zum Problem der Produktivität, die zweite zur Frage der Vollbeschäftigung."

Karl Marx hat in seinem Werk „Das Kapital" nachgewiesen, daß unter kapitalistischen Bedingungen

> „... die Zunahme in der Produktivität der Arbeit den Wert der Arbeitskraft senkt und damit den Mehrwert steigert". (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 546)

Als bestes Mittel „zur Höchstleistung" wird von den rechten SPD-Führern die kapitalistische Konkurrenz empfohlen: „der echte Leistungswettbewerb dient der Mobilisierung der unternehmerischen Kräfte und damit der Steigerung der Produktivität". Besser hätte es Erhard auch nicht ausdrücken können. Der „schaffende Mensch" soll zu höchster persönlicher Leistung „angereizt" werden, um den Monopolherren die Maximalprofite zu sichern. Rationalisierungs- und Export-Kartelle werden ausdrücklich zugelassen.

Jedesmal bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen tanzt die rechte SPD-Führung um die sogenannte „Vollbeschäftigung" herum, ein Wort, das sie dem bürgerlichen Verteidiger der Monopole, dem Engländer Keynes, entlehnt hat. Das ist eins der hohlen Versprechen, mit denen die rechte SPD-Führung die Arbeiterklasse gängeln und von Kampfaktionen abhalten will. Sie möchte den Anschein erwecken, als könnte man der Arbeitslosigkeit, die sich unter den Verhältnissen des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus in eine ständige verwandelt hat, durch künstliche Maßnahmen, wie zusätzliche Herausgabe von Papiergeld, Herr werden. Die sozialdemokratischen Genossen sollten an folgende Worte des Genossen Stalin denken:

„... kein einziger Kapitalist wird doch jemals für eine völlige Liquidierung der Arbeitslosigkeit zu haben sein; er wird um keinen Preis auf eine Abschaffung der Arbeitslosenreservearmee eingehen, deren Bestimmung es ist, auf den Arbeitsmarkt zu drücken, billiger bezahlte Arbeitskräfte zu stellen." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1938, S. 820)

Deshalb versprechen die rechten SPD-Führer den Kapitalisten auch während der „Vollbeschäftigung" immerhin noch eine Arbeitslosigkeit von 4 Prozent, d. h. allein in der Industrie von einer halben Million Menschen.

Das von der rechten SPD-Führung präsentierte wirtschaftspolitische Programm rührt nicht an der monopolkapitalistischen Ordnung in Westdeutschland. Die heutige Führung der SPD will im Gegenteil den Maximalprofit sichern und befürwortet deshalb verstärkte Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Sie geht sogar noch weiter, denn sie befürwortet auch die Teilnahme westdeutscher Monopole an der Versklavung anderer Völker und an der Ausplünderung der Kolonien. Ganz im Stile des Punkt-Vier-Programms Trumans fordert z. B. der SPD-Bundestagsabgeordnete H. Kalbitzer „finanzielle und technische Maßnahmen zur Entwicklung der unterentwickelten Gebiete". („Neuer Vorwärts" vom 13. März 1953) Die rechten Führer der SPD treten für das Eindringen der amerikanischen und deutschen Monopole in die Wirtschaft anderer Länder ein. Die SPD-Führer nehmen an der Verwaltung der sogenannten Montan-Union teil. In ihrem Programm verfechten sie die „europäische Einigung" unter amerikanischer Herrschaft. Das alles zeigt die tiefe Berechtigung der Worte des Genossen Malenkow:

„Die rechte Sozialdemokratie von heute ist, in Ergänzung ihrer alten Rolle als Lakaien der nationalen Bourgeoisie, zu einer Agentur des ausländischen, amerikanischen Imperialismus geworden und führt seine schmutzigsten Aufträge zur Vorbereitung eines Krieges und zum Kampf gegen die eigenen Völker aus." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", S. 24)

Das wirtschaftspolitische Programm der SPD ist ein imperialistisches Programm. Die Führung der SPD hat alles über Bord geworfen, was bei den Monopolherren in Westdeutschland und aus Übersee Anstoß erregen könnte.

Hinter demagogischen Phrasen von „Menschlichkeit" und „Freiheit" verbirgt sich der Verrat an der Sache der Arbeiterklasse. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter in Westdeutschland werden sich auf die Dauer nicht betrügen lassen. Im Kampf gegen das Adenauer-Regime und seine amerikanischen Hinter-

männer werden sie Erfahrungen sammeln, im freien Meinungsaustausch mit den Kommunisten werden sie erkennen,

> „... daß die heutigen Spitzen der SPD und des DGB nicht das geringste mehr zu tun haben mit den alten ruhmreichen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, nichts mehr zu tun haben mit den demokratischen und sozialistischen Interessen der Werktätigen, sondern untrennbar verbunden sind mit den Imperialisten, mit den Feinden der Arbeiterklasse". („Einheit", Heft 4, 1953, S. 534)

Die ehrlichen Mitglieder der SPD werden immer besser erkennen, daß in Westdeutschland, wo die rechten sozialdemokratischen Führer die Arbeiterklasse spalten, Imperialismus, Militarismus und Faschismus triumphieren, während in der Deutschen Demokratischen Republik die Macht in die Hände der *einigen* Arbeiterklasse übergegangen ist, unter deren Führung die Werktätigen die Grundlagen des Sozialismus aufbauen. Diese überzeugenden Tatsachen werden es den kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern erleichtern, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schmieden. Die im Interesse unseres Volkes notwendige Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse wird den endgültigen Sieg sichern, im Kampf für den Sturz der Adenauer-Clique, für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Konsultation

Das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus

Das von Lenin entdeckte und von Stalin begründete und ausgearbeitete Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus ist von gewaltiger Bedeutung für die Arbeiterklasse und für die gesamte friedliebende Menschheit. Aus diesem Gesetz zog Lenin die weltgeschichtliche Schlußfolgerung von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande. Diese Entdeckung gibt dem Proletariat der noch kapitalistischen Länder die revolutionäre Perspektive und stärkt dessen Kampfkraft. Der Arbeiterklasse der Länder, die den Sozialismus aufbauen, gibt sie die Überzeugung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges und vervielfacht deren Kräfte im Kampf für das neue Leben, für den Wohlstand und das Glück des Volkes. Bei allen Werktätigen festigt sie das Vertrauen in die Kräfte des Friedenslagers und die unerschütterliche Gewißheit vom Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ist charakteristisch für den gesamten Kapitalismus, sie ist eine notwendige Bedingung und Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ergibt sich aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der Entwicklung der Arbeitsteilung im kapitalistischen Betrieb, entwickelt und verstärkt sich der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses. Die Produktionsmittel werden so gewaltig, daß sie nur von einer Gesellschaft von Produzenten gehandhabt werden können, die Produkte sind das Werk nicht eines einzelnen, sondern vieler Menschen; d. h. die Waren werden im kapitalistischen Betrieb in einem gesellschaftlichen Produktionsprozeß hergestellt. Im Widerspruch dazu stehen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die privatkapitalistische Aneignung des gesellschaftlich hergestellten Produkts durch die Privateigentümer der Produktionsmittel, die Kapitalisten. Diese lassen sich in bezug auf Menge und Art der produzierten Waren nicht von den Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern von ihrem Profitstreben leiten. Daraus ergibt sich die Anarchie der kapitalistischen Produktion. Da jeder Kapitalist bestrebt ist, zur Erhöhung des Profits seine Produktion schrankenlos auszudehnen, ohne die im Kapitalismus stark beschränkte Entwicklung des Marktes zu berücksichtigen, entsteht ein erbitterter Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten um den Absatz der von ihnen angeeigneten Produkte. In diesem Kampf schneiden die einzelnen Kapitalisten verschieden ab, viele kleine gehen zugrunde, während sich die größeren noch mehr bereichern. Dies alles führt dazu, daß die kapitalistischen Betriebe sich ungleichmäßig entwickeln, daß einige sich schneller vergrößern, andere aber zurückgehen und Bankrott machen, daß die einen Industriezweige sich rasch entfalten und andere in ihrer Entwicklung zurückbleiben. Das wirkt sich auch auf die gesamte Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder aus: die einen entwickeln sich schneller als die anderen. Karl Marx unterstreicht die Ungleichmäßigkeit als wesentliche Eigenschaft der kapitalistischen Entwicklung mit den Worten, es

„... wäre überhaupt keine kapitalistische Produktion möglich, wenn sie in allen Sphären *gleichzeitig* und *gleichmäßig* sich entwickeln müßte". (Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", II. Band, II. Teil, Dietz Verlag, 1921, S. 315)

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist also ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus.

Wie hat sich dieses Gesetz im vormonopolistischen Kapitalismus ausgewirkt? Im vormonopolistischen Kapitalismus konnte dieses Gesetz noch nicht mit voller Schärfe wirksam sein. Damals verlief die Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern zwar ungleichmäßig, doch dauerte das Ein- und Überholen der einen Länder durch die anderen eine lange Zeit. So brauchte England, das erste kapitalistische Land, ein ganzes Jahrhundert, um die „Werkstatt der Welt" zu werden, war aber in dieser ganzen Zeit den übrigen Ländern in der kapitalistischen Entwicklung voraus. Dieses Ein- und Überholen ging damals nicht sprunghaft vor sich und führte nicht unbedingt zu kriegerischen Zusammenstößen unter den kapitalistischen Ländern. Der Kapitalismus konnte sich noch auf „freie", unbesetzte Gebiete ausdehnen (z. B. machten im Jahre 1876 die Kolonien der europäischen Großmächte nicht mehr als ein Zehntel des afrikanischen Kontinents aus).*)

Wie sind die Auswirkungen des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus? Mit dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts ging die Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus zu Ende, und es begann die Epoche des Monopolkapitalismus, des Imperialismus. Der aufsteigende Kapitalismus wurde abgelöst durch den niedergehenden, den sterbenden Kapitalismus. In ökonomischer Hinsicht ist der Imperialismus

„... der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Truste begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist". (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 840)

Unter diesen neuen Bedingungen des Imperialismus veränderte sich die Wirkungsweise des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung grundlegend. Es wirkt nun auf der Basis des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus. Der Kampf der Monopole um die Sicherung des Maximalprofits führt zu einer gewaltigen Verschärfung aller kapitalistischen Widersprüche, darunter auch der dem Kapitalismus eigenen Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Andererseits verstärken die Auswirkungen des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung im Imperialismus die verheerenden Folgen des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus, sie schwächen das kapitalistische Weltsystem noch mehr, sie erschüttern es und bringen dadurch den endgültigen revolutionären Sturz des Kapitalismus näher.

---

*) Vgl. L. A. Leontjew, „Über das Werk Lenins ‚Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 62)

Genosse Stalin erklärt uns, woher diese entscheidende Bedeutung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung unter den Bedingungen des Imperialismus kommt. In seinem Schlußwort zu dem Referat „Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei"*) zeigt er, daß die verschiedenen imperialistischen Gruppen unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus, wo die Aufteilung der Welt in Einflußsphären der imperialistischen Gruppen und Mächte bereits abgeschlossen ist, einen verzweifelten Kampf auf Leben und Tod um Märkte, Rohstoffquellen und Erweiterung der alten Einflußsphären führen und daß daher die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht gleichmäßig vor sich geht, sondern sprunghaft, so daß die vorausgeeilten Mächte von den Märkten verdrängt werden und neue Mächte in den Vordergrund treten.

Die Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Mächte war schon Ende des 19. Jahrhunderts abgeschlossen. Gerade in dieser Zeit begann das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung sich mit besonderer Schärfe und Kraft auszuwirken. Neue, rasch vorwärtsdrängende imperialistische Länder versuchten einen immer größeren Anteil an den Rohstoffquellen, Absatzmärkten usw. zu erlangen und die anderen imperialistischen Länder zu verdrängen, die ihre Positionen nicht freiwillig aufgaben, sondern hartnäckig verteidigten. In diesem Kampf setzen die mächtigen Monopolistengruppen der einzelnen imperialistischen Länder zunächst die Mittel des Handelskredites, des Dumpings, des Kapitalexports, des Währungskriegs, des diplomatischen Kampfes, der Diversionstätigkeit und anderer krimineller Verbrechen und auch der Kriegsdrohung ein. So nahm Deutschland in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts eine sprunghafte imperialistische Entwicklung. Es wurde der gefährlichste Konkurrent Englands. Die deutschen Waren verdrängten mehr und mehr die englischen von ihren traditionellen Märkten. Mit dem Bau der Bagdadbahn bedrohte das imperialistische Deutschland die englische Vorherrschaft auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens. In der Produktion der wichtigsten Industriezweige holte Deutschland England ein (Kohle) und überholte es sogar (Stahl).

Diese sprunghafte Entwicklung Deutschlands vollzog sich in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren, während England in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus 100 Jahre gebraucht hatte, um die „Werkstatt der Welt" zu werden. Genosse Stalin erklärt in dem erwähnten Schlußwort, wodurch dieses sprunghafte Ein- und Überholen der einen Länder durch die anderen möglich wird: Die gewaltige Entwicklung der Technik und die zunehmende Nivellierung des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Länder verringern zwar die ökonomische Ungleichheit zwischen diesen Ländern, vergrößern aber gerade dadurch die Ungleichmäßigkeit ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung; denn zurückgebliebene Länder können jetzt in verhältnismäßig kurzer Zeit die vorausgeeilten Länder überholen und sie von ihren Märkten verdrängen. So verschärfen sich, gerade auf der Grundlage der Nivellierung, die Gegensätze und der Kampf der kapitalistischen Länder untereinander.

Genosse Stalin zeigt weiter in seinem Schlußwort zu dem Referat über die sozialdemokratische Abweichung, daß auf Grundlage dieser verstärkten Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung periodische Neuaufteilungen der bereits aufgeteilten Welt zu einer absoluten Notwendig-

*) Siehe J. W. Stalin, Werke, Bd. 8, Dietz Verlag, Berlin 1952 S. 266 ff.

keit werden, daß diese Neuaufteilungen nur gewaltsam vorgenommen werden können und daß dieser Umstand zwangsläufig zu imperialistischen Kriegen führen muß. Die ökonomische Aufteilung der Welt wird auf Grund des jeweiligen Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten vorgenommen. Kraft des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ändert sich dieses Kräfteverhältnis ständig, so daß die alte Verteilung der Einflußsphären und Märkte immer wieder in Widerspruch gerät zu dem neuen Kräfteverhältnis auf dem kapitalistischen Weltmarkt, bis die aggressivsten imperialistischen Räuber die Frage der Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung setzen. Dafür haben sie nur ein Mittel: den imperialistischen Krieg. Der erste Krieg um eine solche Neuaufteilung der Welt war der Weltkrieg von 1914 bis 1918, der von den deutschen Imperialisten entfesselt wurde.

Schließlich erklärt Genosse Stalin, daß die sich verschärfenden Widersprüche und imperialistischen Kriege unvermeidlich die Front des Imperialismus schwächen und ihre Durchbrechung in einzelnen Ländern ermöglichen und daß damit günstige Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus in *einem* Lande geschaffen werden. Zu dieser welthistorischen Schlußfolgerung war Lenin in der Periode des ersten Weltkriegs auf Grund seiner tiefschürfenden Analyse des Imperialismus und der Entdeckung des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus gelangt. Im Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B) würdigt Genosse Stalin die unschätzbare Bedeutung dieser Entdeckung Lenins, die den Verlauf der Weltgeschichte in so entscheidender Weise beeinflußt hat. Genosse Stalin hat die Leninsche Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande gegen alle Angriffe und Entstellungen seitens der trotzkistisch-sinowjewistischen Verräter verteidigt und sie im Kampf gegen die antileninistische Opposition allseitig erläutert und weiter ausgearbeitet. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und die Entstehung der volksdemokratischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg sind die glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der Lenin-Stalinschen Lehre von der sozialistischen Revolution.

In der Zeit des ersten Weltkriegs, besonders infolge des Ausscheidens der Sowjetunion aus dem kapitalistischen System, begann die allgemeine Krise des Kapitalismus, in der sich alle Widersprüche des Imperialismus noch mehr verschärfen. Die Spaltung der Welt in das System des Sozialismus, das sich ständig festigt und entwickelt, und in das System des immer stärker verfaulenden, sterbenden Kapitalismus, der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien, die chronische Unterbeschäftigung der Betriebe und die ständigen Arbeitslosenarmeen haben die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder und den sich daraus ergebenden Kampf der Monopolistengruppen der imperialistischen Mächte um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Möglichkeiten des Kapitalexports usw. noch erbitterter gestaltet. Auf der Grundlage dieser sich ständig verschärfenden imperialistischen Widersprüche wurde der zweite Weltkrieg von den deutschen Imperialisten entfesselt.

Der zweite Weltkrieg hatte eine weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, eine weitere Schwächung des Imperialismus zur Folge. Der Krieg hat die ökonomischen und politischen Widersprüche des Kapitalismus nicht beseitigt, sondern sie im Gegenteil noch mehr verschärft. Die zweite

Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat begonnen. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch die starke Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Lager des Kapitalismus einerseits und der gewaltig angewachsenen ökonomischen und politischen Macht des Lagers des Sozialismus andererseits, sowie durch den neuen, mächtigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung der Völker der Kolonien und der abhängigen Länder, die bereits zu dem welthistorischen Sieg des großen chinesischen Volkes über den Imperialismus geführt hat.

Als das wichtigste ökonomische Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen bezeichnet Genosse Stalin den Zerfall des einheitlichen Weltmarktes und die Entstehung des neuen, demokratischen neben dem kapitalistischen Weltmarkt.

Die USA, England und Frankreich haben versucht, durch die ökonomische Blockade den neuen, demokratischen Weltmarkt zu erdrosseln. Damit hatten sie aber keinen Erfolg. Im Gegenteil, dieser neue Weltmarkt hat sich gefestigt. Das heißt aber, daß der kapitalistische Weltmarkt eingeengt wurde, daß es für die kapitalistischen Länder immer schwieriger wird, ihre Waren abzusetzen. Daraus ergibt sich eine weitere Verschärfung des Kampfes zwischen den imperialistischen Staaten um die Märkte. Damit verschärfen sich auch die Auswirkungen des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung und ihre verderblichen Folgen für das kapitalistische System.

Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges war für die einzelnen kapitalistischen Staaten sehr unterschiedlich. Deutschland und Japan wurden zunächst als Konkurrenten ausgeschaltet. Frankreich hatte stark gelitten. Auch England war bedeutend geschwächt. Diesen Umstand machten sich die Imperialisten der USA, die sich am Krieg bereichert und ihre ökonomische Macht gefestigt hatten, zunutze, um die anderen kapitalistischen Länder, wie Stalin sagt, „auf Ration“ zu setzen. Sie sind ökonomisch und politisch von den USA abhängig geworden.

Diese Länder können, wie Genosse Stalin zeigt, die amerikanische Knechtschaft nicht endlos dulden. Und hier wird besonders offensichtlich, wie sprunghaft und katastrophenartig das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung im Imperialismus wirkt. Im Kampf um die Sicherung ihres Maximalprofits versuchen die amerikanischen Imperialisten, die Monopolisten anderer Länder von den Märkten zu verdrängen. Dadurch gefährden sie jedoch den Maximalprofit dieser Monopolisten. Am heftigsten tobt der Kampf zwischen den USA und England um die Märkte. Die amerikanischen Imperialisten versuchen England von seinen traditionellen Märkten zu verdrängen. Dabei bedienen sie sich vor allem der deutschen und japanischen Imperialisten, denen sie nach dem Kriege wieder auf die Beine geholfen haben. Der deutsche Imperialismus z. B. hat sich in den Nachkriegsjahren ökonomisch bedeutend schneller entwickelt als der englische und französische und versucht nun, diese von ihren Märkten, Rohstoffquellen und Kapitalexportmöglichkeiten zu verdrängen. Der Export Westdeutschlands ist heute bereits bedeutend größer als 1936. Der Anteil Westdeutschlands an der kapitalistischen Weltausfuhr stieg von 0,7 Prozent im Jahr 1947 auf 5,4 Prozent im ersten Halbjahr 1952. Die wiedererstandenen deutschen Monopole dringen wieder auf die Märkte Italiens, Spaniens, Jugoslawiens, Hollands, des Nahen und Mittleren Ostens und der lateinamerikanischen Länder vor. Sie exportieren Kapital in Form langfristiger Kredite nach Indien, Afrika, Brasilien. Sie gründen Filialen in

Australien, im Fernen Osten, in Nord- und Südamerika, in Afrika. Über den Kampf mit ökonomischen Mitteln hinaus stellen die aggressiven westdeutschen Imperialisten bereits die Forderung nach einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt. Deshalb haben sie sich unter Führung des Volksverräters Adenauer beeilt, den Generalkriegsvertrag von einem Häuflein gekaufter und unter Druck gesetzter Abgeordneter im Bonner Bundestag ratifizieren zu lassen. Das englische Monopolkapital wiederum gibt seine traditionellen Märkte nicht kampflos auf. Von dem Bestreben, die Vorherrschaft der USA abzuschütteln und sich gegen die westdeutsche Konkurrenz zu wehren, zeugt die Nichtbeteiligung der englischen Regierung an der Aufstellung der „europäischen" Aggressionsarmee. Die Haltung der französischen Regierung zur Ratifizierung der Kriegspakte zeigt auch die wachsenden Widersprüche zwischen den französischen und den deutschen und amerikanischen Kapitalisten. So wirkt das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung unter den verschärften Bedingungen der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Genosse Stalin unterstreicht in seiner Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", daß nicht die scheinbare „Ordnung" im kapitalistischen Lager unter amerikanischer Vorherrschaft, sondern die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die die Gegensätze der imperialistischen Länder untereinander ständig hervorbringen und verschärfen, den Lauf der Ereignisse bestimmen. Infolgedessen bleibt auch die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen. Manche Genossen waren der Meinung, daß infolge der Entwicklung der internationalen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg die Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten nicht mehr unvermeidlich seien, da der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus stärker sei als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Dennoch — unterstreicht Genosse Stalin — hat der zweite Weltkrieg nicht als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion begonnen, sondern als ein Krieg Hitlerdeutschlands gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block; und als Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfiel, war dieser Block gezwungen, eine Koalition mit der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland einzugehen. Der Kampf der kapitalistischen Mächte um die Märkte und ihr Wunsch, ihre Konkurrenten zu vernichten, hat sich also als stärker erwiesen denn der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Auch heute gibt es keine Garantie, daß die übrigen kapitalistischen Länder nicht versuchen, „aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen".

Solange der Imperialismus besteht, werden sich die imperialistischen Länder immer sprunghaft und ungleichmäßig entwickeln, und infolge der sich ständig ändernden Kräfteverhältnisse werden Kriege zwischen imperialistischen Ländern unvermeidlich sein. Das bedeutet aber keinesfalls, daß der Kampf um den Frieden zwecklos wäre. Die breite Volksbewegung in allen Teilen der Welt zur Verteidigung des Friedens, die die Angehörigen verschiedener Klassen und sozialer Schichten umfaßt, ist von großer, welthistorischer Bedeutung. Sie kann zwar nicht die Unvermeidlichkeit der Kriege im Imperialismus beseitigen. Ihr Ziel ist nicht der Sturz des Kapitalismus, sie beschränkt sich auf das Ziel der Erhaltung des Friedens. Aber sie kann unter Berücksichtigung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, unter Ausnutzung der Auswirkungen des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der

ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus, die Verhütung eines bestimmten Krieges, den Rücktritt einer bestimmten kriegslüsternen Regierung erreichen, so wie das kürzlich in Japan geschehen ist, und wie es auch mit der Regierung Adenauer geschehen wird, wenn die deutschen Patrioten alle ihre Kräfte anspannen und auf dem Wege des Kampfes gegen die Durchführung der Kriegsverträge fortschreiten. Die Verhinderung des jetzt drohenden Krieges ist eine völlig reale Perspektive der Weltfriedensbewegung, ebenso wie der Sturz des Adenauer-Regimes, die Erringung des Friedensvertrages und die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschland eine reale Perspektive für das deutsche Volk ist.

Hans Nichtweiß

Das Hohelied der Arbeit in den Kollektivwirtschaften der Sowjetunion

Galina Nikolajewa, „Ernte", Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952

Der Roman „Ernte" von Galina Nikolajewa gehört zu den besten Werken der Sowjetliteratur. Der Roman erzählt, wie die Mitglieder der Kollektivwirtschaft „Erster Mai" des Bezirks Ugrenj im Wolgagebiet darum kämpfen, ihre Kollektivwirtschaft auf ein höheres Niveau zu bringen, und welche Erfolge sie dabei erringen. Während des Krieges war die Kollektivwirtschaft unter der Leitung eines unerfahrenen und verantwortungslosen Menschen heruntergekommen. Der Krieg hatte dem Sowjetlande nicht nur schwere materielle Wunden geschlagen, sondern auch im Bewußtsein bestimmter Menschen negative Spuren zurückgelassen. So auch in der Kollektivwirtschaft „Erster Mai". Einige Mitglieder der Kollektivwirtschaft stellen ihre kleinlichen Privatinteressen über die Interessen des Kollektivs. Sie beschäftigen sich mit Seilflechten, gehen während der Arbeitszeit Pilze sammeln, um sie auf dem Markt für sich zu verkaufen, erscheinen unpünktlich zur Arbeit, kümmern sich nicht darum, daß die Produktivität der Kollektivwirtschaft sinkt.

So ist die Situation als der frühere Traktorist Wassili Bortnikow nach dem Kriege aus dem Lazarett in die Kollektivwirtschaft „Erster Mai" zurückkehrt. Wassili ist Kommunist. Er erkennt die Schwächen und Mängel und weiß, was zu tun ist. Die Kollektivwirtschaft muß wieder hochgebracht werden. Man muß um die Menschen kämpfen und sie aus ihrer Zurückgebliebenheit und Gleichgültigkeit herausreißen. Die Menschen fühlen das Ungesunde des augenblicklichen Zustandes. Es fehlte jedoch die führende Kraft der Partei in der Kollektivwirtschaft, die mit fester Stimme ihre Weisungen gibt und die Menschen zum Kampf um die Überwindung ihrer Schwächen führt. Mit Hilfe der aktivsten Mitglieder der Kollektivwirtschaft nimmt Wassili Bortnikow den Kampf zur Überwindung der Mängel auf. Von den Zurückgebliebenen zu den Guten, von den Guten zu den Führenden, das ist das Ziel, das sich Wassili stellt, als er zum Vorsitzenden der Kollektivwirtschaft „Erster Mai" gewählt wird. Wie und unter welchen Schwierigkeiten dieses Ziel erreicht wird, welche Konflikte sich dabei ergeben und wie sie im harten Kampf gelöst werden, erzählt der Roman in packender, stellenweise dramatischer Form. Menschen kämpfen um die Überwindung der Zurückgebliebenheit, und in diesem Kampf überwinden sie ihre Schwächen, werden neue Menschen und gewinnen eine neue Einstellung zur Arbeit.

Dieser Umwandlungsprozeß greift bis in die persönlichen Verhältnisse der Menschen ein. Da ist beispielsweise Wassili Bortnikow. Seine Ehe ist unglücklich. Er behandelt seine Frau Awdotja nicht als gleichberechtigten Kameraden, sondern als einen Menschen, der sich widerspruchslos seinen Wünschen zu fügen hat, der ganz selbstverständlich zu ihm gehört, da er ja der Mann ist. Aber Awdotja beweist durch ihre Arbeit in der Kollektivwirtschaft, daß sie ein selbständiger Mensch ist, der im gesellschaftlichen Leben eine geachtete Rolle spielt und darum ein Recht darauf hat, daß man um seine Liebe kämpft. Der Konflikt in Wassili und Awdotja Bortnikows Ehe, der in dem Roman tief behandelt wird, findet eine sozialistische Lösung. Die gemeinsame Arbeit für das gemeinsame Ziel führen Wassili und Awdotja wieder zusammen und geben ihrem neuen Leben reichen Inhalt und wirkliches Glück.

☆

Als Hauptthema des Romans schält sich die führende und richtungweisende Rolle der Partei heraus, dargestellt in der anfangs kleinen Parteigruppe der Kollektivwirtschaft. Überzeugend und mitreißend zeigt Galina Nikolajewa, daß dort, wo die Partei arbeitet, wo eine Parteiorganisation als leitende und organisierende Kraft besteht, Schwierigkeiten und Rückständigkeit überwunden werden, daß unter ihrer Führung ein stetiger Auf-

schwung auf allen Gebieten erreicht wird. Das kommt im Roman besonders zum Ausdruck, als Andrei Strelzow seine Maßnahmen für die Kollektivwirtschaft „Erster Mai" überdenkt:

„Jedes Mal, wenn er in diesen Kolchos gefahren war, hatte er das Gefühl gehabt, etwas Quallenartiges, Formloses, aufheben zu müssen, etwas, das ihm auf den Händen zerfloß.

Kein Kern ... fuhr er im Stillen fort. Aber ein Kern wird geschaffen, wie er hier und hier und hier geschaffen ist. Sein Blick überflog die zahlreichen rot umkreisten Punkte auf der Karte.

Das waren die Kolchose, in denen Parteiorganisationen bestanden." (S. 17)*)

Und der Kern wurde geschaffen, die Parteigruppe führte das Kollektiv, mobilisierte es zum Kampf gegen alle Schwierigkeiten. In diesem Kampf geht das Wachstum der Kollektivwirtschaft, das Wachstum des Bewußtseins der Menschen vor sich. Dabei entwickelt sich auch die kleine Parteigruppe. Ihre Stärke und das Geheimnis ihres Erfolges bestehen darin, daß sie sich vom ersten Tag ihrer Arbeit an mit einem Aktiv parteiloser Bauern umgibt, die Besten von ihnen zum Eintritt in die Partei gewinnt und dadurch ihren Einfluß und ihre Kraft verdoppelt. Durch Kritik und Selbstkritik erziehen sich die Kommunisten und verbessern ihre Methoden zur Leitung der Kollektivwirtschaft. Bei der Schilderung der ersten Parteiversammlung überzeugt Galina Nikolajewa mit packenden Worten den Leser von der Kraft der Kommunisten, die ihnen die führende Rolle in der Kollektivwirtschaft sichert.

„Sie waren nur zu dritt — drei Kommunisten, gewöhnliche Menschen mit vielen Schwächen und Mängeln, aber sie strebten das gleiche hohe Ziel an und schritten beharrlich darauf zu in den von der Partei gezeigten Bahnen strenger Kritik, gegenseitiger Berichtigung und Ergänzung. Und dadurch wurden sie selbst zu der Kraft, die sich in der Kommunistischen Partei verkörpert." (S. 131)

*) Alle Seitenzahlen ohne weitere Quellenangabe beziehen sich auf den Roman von Galina Nikolajewa: „Ernte"

In dem Roman „Ernte" finden unsere Genossen Anregungen und Vorbilder für ihre Arbeit in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, sie lernen, wie sie Fehler schnell korrigieren und vermeiden können, wie sie vor allen Dingen Menschen behandeln, sie führen und erziehen müssen, um sie für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auf dem Lande zu begeistern und zu mobilisieren.

Der Kommunist Wassili Bortnikow, Vorsitzender der Kollektivwirtschaft, arbeitet selbstlos und unermüdlich für das Aufblühen des Kollektivs. Er vereinigt in sich viele Züge, die einen Kommunisten auszeichnen. Aber er hat einen schweren Fehler, er befiehlt, statt zu überzeugen und zu begeistern, so daß die Menschen ihm nur widerwillig folgen. Der Bezirkssekretär und die Parteiorganisation helfen ihm, seinen Fehler überwinden und lehren ihn, Menschen erziehen und eine Kollektivwirtschaft leiten. Andrei Strelzow sagt ihm:

„Überzeug die Menschen, beeinflusse sie, erreich, daß sie dir freiwillig das Gesicht zukehren und dir folgen! Geh den Menschen voran, aber verlier nie den Kontakt mit ihnen! Das ist unsere Losung! Und da kommst du mit ‚Gewalt'! ... Nein, mit solchen Kraftausdrücken darfst du die Arbeit nicht anfangen, Wassili Kusmitsch!" (S. 31)

Durch den Roman lernen wir die Arbeitsmethoden des ersten Sekretärs des Bezirkskomitees, Strelzow, kennen. Die hervorstechendste Eigenschaft von Andrei: er arbeitet mit Menschen! Er sitzt nicht nur am Schreibtisch, sondern er geht in die Kollektivwirtschaften, studiert an Ort und Stelle die Probleme und hilft den Parteiorganisationen und Kollektivbauern. Er versteht es, die organisatorische Arbeit der Partei schöpferisch anzuwenden: er sorgt dafür, daß die richtigen Menschen an der richtigen Stelle arbeiten und kontrolliert die Durchführung der von der Partei getroffenen Maßnahmen sofort. Unerbittlich wird er, wenn er Selbstzufriedenheit entdeckt, die auf Lorbeeren ausruhen will, ohne daß die zukünftigen Aufgaben klar umrissen sind. Das wird besonders deutlich, als er nach den ersten Erfolgen der Mitglieder der Kollektivwirtschaft in scharfer Form über ihren Produktionsplan spricht. (S. 385)

Andrei besitzt die Eigenschaft, die den Parteifunktionär vom Lenin-Stalinschen Typus auszeichnet. Er erkennt und fördert das Neue und verhilft ihm zum Siege über das Alte. Als es notwendig wird, im Bezirk die MTS zu erweitern, müssen alle alten Maßstäbe geändert und ein neuer Anbauplan aufgestellt werden. Der alte Agronom Wyssozki versucht zu beweisen, daß dies unmöglich sei. Er stützt sich auf tote Durchschnittszahlen und veraltete Beispiele und rechnet nicht mit den Menschen. Auf Initiative Andreis beruft die Parteiorganisation der Kollektivwirtschaft eine öffentliche Parteiversammlung ein. Auf dieser Parteiversammlung werden die vom Leben überholten Ansichten Wyssozkis zerschlagen und die Mitglieder der Kollektivwirtschaft, die sich teilweise den Ansichten Wyssozkis angeschlossen hatten, von der Möglichkeit der Durchführung des neuen Planes überzeugt. Hier zeigt sich eine neue Eigenschaft von Andrei. Er glaubt an die Massen und weiß, daß sie für kühne Pläne zu begeistern sind, die ein weiterer Schritt vorwärts auf dem Wege zum Kommunismus sind. Nur durch die öffentliche Zerschlagung der falschen Ansichten Wyssozkis war es möglich, die Kollektivbauern für den Plan zu mobilisieren und zu begeistern.

☆

Die tiefe Lebenswahrheit des Romans ist mit großer künstlerischer Meisterschaft gestaltet. Jede einzelne Person wird durch ihr Handeln, durch ihre Arbeit charakterisiert, sie spricht ihre eigene Sprache, so wie es ihrem Charakter und dem Leben entspricht. Die Sprache des Romans wird dadurch lebendig, kraftvoll und schön. Galina Nikolajewa beschreibt ausführlich die Gedanken und Gefühle ihrer Helden. Sie läßt uns die handelnden Personen auch mit den Augen anderer handelnder Personen des Romans sehen und erreicht dadurch eine allseitige Charakterisierung. Die von großer Heimatliebe durchdrungene Darstellung der russischen Landschaft und Natur ist organisch mit der Handlung des Romans verbunden. So erreicht Galina Nikolajewa die große künstlerische Geschlossenheit ihres Romans.

Die handelnden Personen des Romans sind typische Menschen. Die Hauptthelden zeichnen sich durch die positiven Eigenschaften aus, die den Sowjetmenschen eigen sind. Die Fehler und Schwächen, die sie anfangs haben, werden in harter Erziehungsarbeit und im Kampf um das gemeinsame Ziel überwunden. Auch in der Gestaltung der noch rückständigen Personen ihres Romans erfüllt Galina Nikolajewa die Forderung des Typischen. Sie zeigt, daß diese Menschen keine Perspektive haben, wenn sie auf ihren rückständigen Auffassungen beharren, die der Sowjetgesellschaft widersprechen. Aber gleichzeitig macht Galina Nikolajewa deutlich, daß um jeden dieser Menschen gekämpft wird, daß ihnen die Sowjetgesellschaft hilft, sich von den Überresten des kapitalistischen Denkens zu befreien.

An den positiven und negativen Gestalten ihres Romans offenbart uns Galina Nikolajewa das Wesen der sowjetischen Gesellschaftsordnung: Alles Gute, Edle und Herrliche im Menschen gelangt zur kraftvollen Entwicklung und alles Schlechte, alles Niedrige wird im Prozeß des Kampfes des Neuen gegen das Alte entlarvt, überwunden und vernichtet.

Der Roman ist das Hohelied freier und schöner Arbeit, freier, selbstbewußter und schöner Menschen. Das Schlußbild des Romans faßt noch einmal seinen tiefen Ideengehalt zusammen. Die Viehzüchter der Kollektivwirtschaft haben sich zur Begrüßung der von der Weide heimkehrenden Herde eingefunden:

> „Diese Abendstunde, die über alle Maßen schön war, gehörte hier schon zur festen Tradition. Alles von den Viehzüchtern Getane und Geschaffene zog an ihren Augen vorüber, und es gab für sie keine größere Freude, als sich gemeinsam daran zu erbauen. In dieser Stunde fiel alles Kleinliche ab — die Mängel, Händel und Schwierigkeiten — und nur die Hauptsache zählte: Die Freude und der Stolz der Menschen auf ihr gemeinsames Werk, die gegenseitige Achtung für das, was jeder geleistet hatte." (S. 518)

Siegfried Weigel

Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

An die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Werte Genossen!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wendet sich in ernster Stunde an Euch, um angesichts der großen Gefahren, die Euch und uns bedrohen, ein gemeinsames Handeln vorzuschlagen. Es geht dabei von folgender Sachlage aus:

I.

Durch die Kriegsverträge von Bonn und Paris werden für die deutsche Arbeiterklasse und für die ganze deutsche Nation ernste Gefahren heraufbeschworen. Diese Verträge bedeuten nichts anderes als Militarismus, Wiedererstehen des Faschismus in Westdeutschland, Versklavung auf 50 Jahre durch die imperialistischen Mächte. Sie bringen Euch die Aufstellung militärischer Söldnerformationen unter dem Befehl ehemaliger Hitlergenerale und unter dem Oberkommando der amerikanischen Kriegstreiber. Sie führen zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, zur Vernichtung der letzten demokratischen Rechte und Freiheiten, zur faschistischen Militärdiktatur. Bereits heute stützt sich die Adenauer-Regierung auf die alten faschistischen Kräfte. In den Ministerien, in der Wirtschaft und in den bürgerlichen Parteien sitzen wieder die alten Nazikräfte, während Demokraten auf die Straße geworfen werden.

Mehr noch. Nach dem Willen der Imperialisten und der westdeutschen Monopolherren soll Westdeutschland zum Aufmarschgebiet und Schauplatz eines neuen Weltkrieges werden. So bedroht die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung die Arbeiterklasse in Westdeutschland wie die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bringt Unheil der ganzen deutschen Nation, die nichts sehnlicher wünscht als den Frieden und ein einheitliches demokratisches Deutschland.

Wir Sozialisten — wie auch die gesamte Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik — sind am Frieden interessiert, weil wir unserer friedlichen, dem ganzen Volke dienenden Aufbauarbeit nachgehen wollen.

Wir Sozialisten in der Deutschen Demokratischen Republik haben große Erfolge. Wir haben die Großindustriellen und Großgrundbesitzer, diese ewigen Kriegsinteressenten, entschädigungslos enteignet. Wir haben in Industrie, Handel und Landwirtschaft einen starken sozialistischen Sektor errichtet und auf seiner Basis eine Planwirtschaft organisiert, dank deren es schon seit 1945 bei uns Krisen und Arbeitslosigkeit nicht mehr gibt. Wir haben den faschistischen Staatsapparat zerschlagen und bauen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens — auf dem Gebiet der Verwaltung, der Justiz, der Kultur — aus neuen Menschen den Staatsapparat der Werktätigen auf.

Natürlich haben wir viele Schwierigkeiten zu überwinden, wie es bei einer so tiefgreifenden Umwälzung nicht anders denkbar ist. Wir überwinden sie Schritt für Schritt, gestützt auf den Enthusiasmus der großen Mehrheit unserer Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern und Intelligenz, die zum erstenmal das Glück empfinden, für sich selbst zu arbeiten, den eigenen Wohlstand systematisch wachsen zu sehen und eine prinzipielle Politik des Friedens und der

Achtung unter den Völkern zu betreiben. Natürlich machen wir auch Fehler. Aber sie können nicht allzu groß sein, weil unsere richtige Politik in den Hauptfragen — Friede, Einheit, Demokratie und Sozialismus — für entscheidende Fehler keinen Spielraum läßt und vor allem — wir korrigieren unsere Fehler schnell, weil wir sorgsam auf die Massen hören und von ihnen lernen. Dieser richtigen Politik unserer Partei und ihrem richtigen Verhältnis zu den Massen verdankt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Stärke und das Vertrauen der mächtigsten Staaten der Welt. Nie gab es auf deutschem Boden eine stärkere Regierung als die Regierung Grotewohl. Nur diese Regierung konnte im vergangenen Sommer die Verwirklichung des heiligen Zieles beginnen, das die deutsche Arbeiterbewegung 80 Jahre hindurch anstrebte: den planmäßigen Aufbau des Sozialismus. Mit ihm haben die Arbeiter — Eure Klassenbrüder — in der Deutschen Demokratischen Republik das entscheidende Kapitel in der deutschen Geschichte eröffnet.

II.

Es ist selbstverständlich, daß alle in- und ausländischen Imperialisten in der Errichtung eines friedliebenden demokratischen Staates auf deutschem Boden eine Bedrohung ihrer Profite und ihres Schindludertreibens mit dem deutschen Volke sehen. Daher der abgrundtiefe Haß gegen uns. Daher ihre Erklärung „Mit diesen Menschen kann man nicht verhandeln". Daher die Millionen, die sie auswerfen, um uns in Westdeutschland zu verleumden. Sie möchten glauben machen, daß die Arbeiter nicht imstande seien, einen Betrieb zu leiten, daß die werktätigen Bauern nicht imstande seien, hohe Hektarerträge zu erzielen. Aber die Wirklichkeit zeigt das Gegenteil. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion in den Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik wächst beständig und hat den Vorkriegsstand bei weitem überschritten. So ist die Industrieproduktion einschließlich des Handwerks der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich zum Jahre 1936 um insgesamt 59 Prozent gestiegen. Im Jahre 1938 wurden vom Hektar 179,7 dz Kartoffeln geerntet, aber heute sind es 190 dz. Daher wollen die in- und ausländischen Imperialisten unsere Erfolge mit Gewalt zunichte machen. Daher ihre Versuche, unseren Aufbau durch massenweise Entsendung von Saboteuren und Spionen, durch Anwerbung von Agenten in Staatsstellungen bei uns, durch Einschüchterung und Aufwiegelung schwankender Elemente zu stören. Wir würden den Friedensfreunden in *ganz* Deutschland nicht in die Augen sehen können, wenn wir es unterließen, diese Störversuche abzuwehren und bis auf den Grund zu zerschlagen. Aktive Faschisten, Kriegsinteressenten, Spekulanten und sonstige Arbeiterfeinde haben in der Deutschen Demokratischen Republik keinen Platz, es sei denn im Gefängnis. Das war so, ist so und bleibt so. Und wenn unsere gerechten Maßnahmen entstellt und zu neuer Hetze benutzt werden — wir lassen uns nicht beirren. Wir sehen unsere gerechte Sache, sehen den immer schwächer werdenden Gegner, sehen die gesetzmäßige Zuspitzung des Klassenkampfes und sehen das unverrückbare Ergebnis: das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland, in dem die Arbeiterklasse allen anderen Teilen der werktätigen Bevölkerung ein zuverlässiger, loyaler, erprobter Führer ist.

Daher sind wir entschlossen, unsere Erfolge zu erhalten und zu entwickeln. Wir wollen so arbeiten, daß wir die deutschen Werktätigen niemals enttäuschen — nicht nur nicht die Werktätigen der Deutschen Demokratischen

Republik, sondern auch nicht die Werktätigen Westdeutschlands, denen wir uns verantwortlich fühlen, auch wenn sie unsere Politik noch nicht begreifen, ja selbst, wenn sie uns heute noch schmähen. Unsere Erfolge aber — unsere volkseigenen Werke, Akademien, Sanatorien, unsere Wohnpaläste der Arbeiter, die Stadien der Sportler und der Jugend —, können solange nicht als gesichert angesehen werden, solange es in Deutschland aggressive Kräfte gibt, die mit dem Gedanken spielen, sie zu zerstören. Zwar kann nur ein Narr und Selbstmörder sich das Ziel setzen, die Deutsche Demokratische Republik zu „erobern". Aber real ist die Gefahr, daß ein neuer imperialistischer Krieg unseren Errungenschaften schweren Schaden zufügen und unseren Aufbau verzögern würde. Daher sehen wir in der Kriegspolitik der Eisenhower und Adenauer, vor allem in den Kriegsverträgen von Bonn und Paris, die schwerste Bedrohung der Deutschen Demokratischen Republik.

III.

In noch viel höherem Maße aber sehen wir in der Kriegspolitik Adenauers und Eisenhowers eine Bedrohung Westdeutschlands. Heute kann jeder feststellen, daß die beiden Teile Deutschlands in den Jahren nach 1945 zwei verschiedene Wege gegangen sind und wohin diese Wege führen. Während in der Deutschen Demokratischen Republik die werktätigen Schichten mit der Arbeiterklasse an der Spitze die Herrschaft übernahmen und dank ihrer unermüdlichen Arbeit heute so weit sind, daß sie sich der großen historischen Aufgabe des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus zuwenden können — kamen in Westdeutschland die Monopolherren und Großgrundbesitzer erneut an die Macht und gehen im Bündnis mit den amerikanischen Imperialisten, den raubgierigsten Imperialisten von heute, in immer schnellerem Tempo zur Vernichtung aller demokratischen Rechte und Freiheiten und zu offenen faschistischen Herrschaftsmethoden über. Jeder Werktätige, ob Kommunist, Sozialdemokrat oder Parteiloser, sieht mit Besorgnis, wie das Adenauer-Regime alle reaktionären und faschistischen Kräfte auf allen Gebieten wiederbelebt und fördert, und stellt voller Sorge die Frage, ob die ganze Entwicklung nicht wieder auf ein neues 1933 oder 1939 hinausläuft. Wir wissen, sozialdemokratische Genossen, daß diese Sorge bei Euch aus tiefstem Herzen kommt, denn es ist unmöglich, zu vergessen, welche Schande, welches Leid, wieviel Blut und Tränen der Faschismus bereits einmal der deutschen Arbeiterbewegung gebracht hat.

Aber das Adenauer-Regime stützt sich nicht nur auf die reaktionären faschistischen Kräfte, die es auf allen Gebieten wiederbelebt und fördert, sondern nicht minder auf die Spitzen der SPD und der Gewerkschaften, die die Aufgabe übernommen haben, den erfolgreichen Widerstand gegen das Adenauer-Regime, vor allem den Widerstand durch außerparlamentarische Aktionen, zu verhindern. Diese Politik der maßgebenden Führer Eurer Partei führte bereits heute zu einem ständigen Absinken des Reallohns, zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Knebelung der Arbeiter im Betrieb, zur Massenverschuldung der Bauern und kleinen Angestellten, zur faschistischen Unterminierung der bürgerlichen Parteien, zur reaktionären und faschistischen Übervölkerung der Ämter, zum schamlosen Sich-breit-machen der amerikanischen, englischen und französischen Okkupanten auf Kosten der Arbeiter, des Volkes, seines Vermögens, seiner Kultur. Und morgen? Sollte es den Imperialisten und ihren Helfern gelingen, von Westdeutschland aus

einen neuen Aggressionskrieg zu beginnen, so werden sie — wie ihre Vorgänger — auf ihrem Ausgangsterritorium vernichtet werden. Das aber würde ungeheure Verluste der westdeutschen Bevölkerung und ungeheure Schäden in Westdeutschland mit sich bringen. Diese Verluste und Schäden wären ein ungeheures Unglück für die ganze deutsche Nation.

IV.

Man wendet das drohende Unglück ab, indem man den Feind erkennt und ihm das Handwerk legt.

Der Hauptfeind des deutschen Volkes ist der kriegslüsterne amerikanische Imperialismus und seine Hauptstütze in Europa, der wiedererstandene deutsche Imperialismus. Es gab eine Zeit, da mußte der Bevölkerung in Westdeutschland erst bewiesen werden, daß die Amerikaner den Krieg wollen. Damals wirkte noch das zur Ablenkung verbreitete zynische Märchen von den „aggressiven Absichten Rußlands" auf unklare Menschen, ja sogar auf manche Arbeiter, die besser hätten wissen sollen, daß ein sozialistischer Staat seiner Natur nach weder ein Interesse an einer Aggression haben kann, noch moralisch zu ihr imstande ist. Heute hat dieses Märchen — trotz aller lärmenden Versuche, die Legende von der Notwendigkeit der „Verteidigung" zu verbreiten — im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung viel von seiner Wirkung verloren. Denn inzwischen haben die Menschen in Westdeutschland am eigenen Leibe erlebt, mit welcher Eile und Rücksichtslosigkeit der amerikanische Imperialismus den Krieg vorbereitet — wie er Flugplätze anlegt, Dörfer entvölkert, Truppen drillt, Faschisten fördert, Verträge aufzwingt, die Finanzlasten erhöht, und wie er gleichzeitig die Angebote der Sowjetunion zu Wahlen ebenso wie die Angebote der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe der Bonner Regierung planmäßig torpediert. Daher durchschauen heute die meisten Menschen in Westdeutschland das Wesen und die Methoden der Kriegspolitik Eisenhowers und Adenauers. Sie begreifen, welche Anmaßung und welcher Hohn in der Forderung des amerikanischen Außenministers Dulles liegt, das deutsche Volk habe „innerhalb von 75 Tagen" in das Joch der Kriegsverträge zu treten. Sie erkennen aber auch, daß diese Forderung ein Ausdruck der tiefen Schwäche des amerikanischen Imperialismus ist, der vor der beginnenden gewaltigen Krise wie vor einer Lawine herläuft.

Tatsächlich, die Widersprüche des Imperialismus haben sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges außerordentlich verschärft. Um diese Widersprüche zu „lösen", wollen die imperialistischen Kräfte die Völker in einen neuen Weltkrieg stürzen. Sie verfügen in allen kapitalistischen Staaten zur Durchführung ihrer völkerfeindlichen Politik über Helfer und offene Agenten *innerhalb* der werktätigen Massen, die deren Irreführung und Lähmung betreiben. Diese Agenten und Helfer des amerikanischen Imperialismus sind in Westdeutschland die rechten Führer der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Wir wissen, daß zahlreiche SPD-Angehörige solche Worte nicht hören wollen, obwohl sie selbst ihre Führer aufs schärfste kritisieren. In diesen Genossen wirkt das gesunde Bestreben der Arbeiterklasse, die Autorität ihrer Führer zu schützen. Wir achten dieses Bestreben. Aber wo es um Leben und Tod geht, ist Klarheit erforderlich, nicht Vernebelung. Und wo es um Verrat geht, ist Abgrenzung erforderlich, nicht Verwischung der Fronten. Lassen wir die Tatsachen sprechen.

V.

Die Spitzen Eurer Partei und des DGB behaupten, sie seien gegen den Imperialismus und gegen den Krieg sowie für ein sozialistisches Deutschland. Wie kann man ihnen das glauben, wenn bei all ihrem Tun und im Ergebnis ihrer Politik das Gegenteil herauskommt? Mit der Zunge von Goebbels und Adenauer schmähen sie die sozialistische Sowjetunion und schaden damit in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation. Ihr wißt doch, sozialdemokratische Genossen, daß unter dem Schlachtruf des Kampfes gegen die sozialistische Sowjetunion, den Hort des Friedens und des Sozialismus in der Welt, sich die schlimmsten und erbittertsten Feinde der Arbeiterbewegung sammeln mit dem Ziel, ihre Diktatur aufzurichten, die Arbeiterbewegung wie jede fortschrittliche Bewegung gewaltsam und blutig zu unterdrücken. Und weiter: Was kommt bei der Hetze der Führer der SPD gegen die Deutsche Demokratische Republik heraus? Doch nichts anderes als eine Waffenhilfe für Adenauer, für die alten Militaristen, für die Hitlergenerale, für die Wehrwirtschaftsführer, die im Bunde mit den amerikanischen Imperialisten Deutschland spalten, um zunächst der Bevölkerung Westdeutschlands ihre faschistische Militärdiktatur aufzuzwingen und die davon träumen, mit dem Schwert ihre alte Macht in ganz Deutschland wiederherzustellen. Jeder Arbeiter versteht doch, daß die Monopolherren und Junker es niemals überwinden können, daß sie in der Deutschen Demokratischen Republik geschlagen wurden, daß sie in einem erheblichen Teil Deutschlands keinen Arbeiter, keinen Bauern, keinen Werktätigen mehr ausbeuten können. Wie aber kann man die Hetze der maßgebenden Führer des SPD-Parteivorstandes gegen die Deutsche Demokratische Republik verstehen, wie kann man ihre wüste Verleumdungskampagne verstehen? Doch nicht anders, als daß sie den Feinden des Sozialismus dienen. Sie entfalten eine wüste Verleumdungskampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik, wo die Bevölkerung zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus übergegangen ist, sie verbinden sich mit den Spionagezentralen der imperialistischen BDJ-Banditen, die in Westdeutschland Mordlisten aufstellen, Morde, Brände und Sabotageakte in der Deutschen Demokratischen Republik durchführen, die von den Sicherheitsorganen der DDR für immer unschädlich gemacht werden. Ja, noch mehr, im Parteivorstand der SPD sitzt ein besonderer Kreis hochbezahlter Agenten des amerikanischen und englischen Geheimdienstes, die das Ostbüro der SPD und die Agentur „Telegraf" führen, Gerüchtemacher, Brandstifter, Saboteure und Spione anwerben, um auf jede Weise das Aufbauwerk in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Solche verbrecherische Tätigkeit dient doch niemand anderem als den Eisenhower und Adenauer in der Durchführung ihrer Kriegspolitik — und schadet dadurch gleichfalls in erster Linie den Arbeitern wie den breitesten Volksmassen Westdeutschlands.

Die maßgebenden Führer der SPD und des DGB behaupten, daß sie in Westdeutschland die Interessen der Werktätigen vertreten. Wenn sie es wahrhaft wollten, wer könnte sie daran hindern? Auch hier entscheiden nicht Worte, sondern die Taten und die Ergebnisse der Politik. Wer könnte die Führer der SPD und des DGB daran hindern, die Machtmittel der Arbeiterklasse in Anwendung zu bringen, um das Sinken des Reallohns zu verhindern, um das Betriebsverfassungsgesetz zu Fall zu bringen, um die Durchführung der weiteren Faschisierung zu vereiteln, um das Adenauer-Regime zu stürzen, denn das Adenauer-Regime führt die westdeutsche Bevölkerung vor aller Augen

in den Krieg. Nicht nur die Arbeiter, sondern die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands ist täglich und stündlich bereit, den Sturz des Adenauer-Regimes herbeizuführen, um einer neuen Katastrophe zu entgehen. Die maßgebenden Führer der SPD und des DGB jedoch unterbinden jede außerparlamentarische Aktion, entfalten ihre ganze Aktivität nur in der Richtung, die Massen vom Sturz des Adenauer-Regimes abzuhalten. Sie nähren die parlamentarischen Illusionen zahlreicher SPD-Genossen, verhandeln mit dem Adenauer-Regime, um den Eindruck zu erwecken, als ob von diesem Regime, das Hunger, Krieg, faschistische Diktatur organisiert, ernsthafte Maßnahmen gegen Hunger, Krieg und Faschismus zu erwarten seien. Mehr noch. Obwohl sie selber zugeben müssen, daß das Adenauer-Regime gar nicht daran denkt, die Macht auf dem Wege über Wahlen aus der Hand zu geben, und obwohl sie sehen, daß die faschistischen Kräfte um so stärker werden, je länger man sie gewähren läßt, vertrösten sie die Massen auf die Bundestagswahlen. So geben sie dem Adenauer-Regime Zeit zum Handeln, damit es immer offener zu faschistischen Maßnahmen übergehen kann und tun dabei so, als sähen sie nicht, daß als Ergebnis dieser Politik haargenau das herauskommt, was die Imperialisten wollen, nämlich die Aufrichtung einer neuen faschistischen Diktatur und ein neues Blutbad.

Die rechten SPD- und DGB-Führer behaupten, daß sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Wenn das der Fall wäre, wie sehr müßten sie sich für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse einsetzen, in der allein — die Ergebnisse von 1932 beweisen es — die Gewähr für die Rettung der Werktätigen vor Krieg und Faschismus liegt. Was tun sie statt dessen? Sie sind bereit, sich mit jedem Feind der Arbeiterklasse, mit Adenauer, Eisenhower und Dulles zusammenzusetzen, aber das siegreiche Zusammengehen mit den eigenen Klassengenossen lehnen sie ab. Mehr noch: Wenn, wie in Solingen, die Arbeiter in Orten oder Betrieben die Aktionseinheit herstellen, weil sie aus dem konkreten Leben heraus erkennen, daß nur dieser Weg zur Bändigung der Reaktion führt, dann entsenden die rechten SPD-Führer Hals über Kopf Funktionäre, um die Aktionseinheit auseinanderzuschlagen und die eigenen Genossen zu maßregeln. So passiv sie im Kampf gegen Reaktionäre und Faschisten sind, so aktiv sind sie in der Bekämpfung der Kommunisten. Die einzige außerparlamentarische Aktion, zu der die rechten SPD-Führer stets bereit sind, ist die Aktion gegen die Aktionseinheit.

Das sind die Tatsachen. Jeder Sozialdemokrat kann sie bestätigen. Diese Tatsachen erlauben nicht, den Schlußfolgerungen auszuweichen. Die rechten SPD- und DGB-Führer sind eine Agentur der Imperialisten innerhalb der deutschen Arbeiterklasse. Sie mißbrauchen das Ansehen, das die Sozialdemokratische Partei in breiten Teilen der westdeutschen Arbeiterschaft genießt, um eine bestimmte Aufgabe durchzuführen: die Massen am Widerstand gegen die amerikanische Kriegspolitik zu hindern, sie gegen ihren Willen in eine Reserve der amerikanischen Kriegspolitik, in das Opfer der amerikanischen Kriegspolitik, zu verwandeln.

VI.

Das wird ein neues Mal klar, wenn man die besonderen Methoden der rechten SPD- und DGB-Führer betrachtet.

In Deutschland mit seiner langen Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung ist es nicht so leicht, die Arbeiter mit plumper Demagogie, offener

Bestechung und mit Maschinenpistolen zur Unterstützung der imperialistischen Politik zu treiben, so wie das seit Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten geschieht. Hier sind feinere Methoden der „Heranführung" an die amerikanische Kriegsposition notwendig. Einige Beispiele für diese Methoden:

Die Werktätigen Westdeutschlands sind gegen die Remilitarisierung. Die amerikanischen und deutschen Imperialisten brauchen die schleunige Remilitarisierung und verlangen von ihren Agenten in der Arbeiterbewegung die Beseitigung der Widerstände. Im vergangenen Jahr waren die rechten SPD- und DGB-Führer unter dem Druck der Massen gezwungen, die Frage grundsätzlich zu stellen und gegen jede Remilitarisierung (Wiederbewaffnung, Rekrutierung, Aufhebung des § 4 der Verfassung der Bundesrepublik) aufzutreten. Heute, ein Jahr später, hat sich zwar an der Ablehnung der Remilitarisierung durch die Massen nichts geändert, — aber die rechten SPD-Führer treten in ihren Reden so auf, als sei die Wiederbewaffnung selbst eine unbestrittene Tatsache, als handle es sich vielmehr vor allem um die Kosten, über deren Verteilung zu reden sei. So versuchen sie, in den Massen den Eindruck zu erwecken, als sei längst entschieden, was keineswegs entschieden ist. Widersprechen die Massen nicht, so wird — nach der Berechnung der rechten SPD-Führung — die Auffassung Allgemeingut, die Remilitarisierung sei eine unbestrittene Tatsache. Damit wären die Werktätigen ein weiteres Stück an die amerikanische Kriegspolitik „herangeführt".

Oder: die westdeutschen Arbeiter bekämpfen aufs schärfste das Betriebsverfassungsgesetz, dieses System von Maßnahmen zur Knebelung der Arbeiter im Betrieb. Im Jahre 1952 haben, wie jeder weiß, in ganz Westdeutschland mächtige Demonstrationen gegen dieses Gesetz stattgefunden. Auch die DGB-Führung mußte damals unter dem Druck der Massen zugeben, daß das Betriebsverfassungsgesetz ein Antigewerkschaftsgesetz ist, ein mächtiger Schritt zurück. Und 1953? Der Vorsitzende des DGB, Freitag, erklärte: „Der Bundestag hat mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes einen zögernden Schritt in Richtung auf die Demokratisierung der Wirtschaft getan." Wozu diese Lüge? Die DGB-Führung sagt den Arbeitern bewußt die Unwahrheit und wartet ab, ob die Gewerkschaftsmitglieder sie hinnehmen. Protestieren sie nicht, so wird sich — nach der Berechnung der DGB-Führung — das Gift dieser Verfälschung verbreiten, die Auffassung, es handle sich tatsächlich um einen „Schritt" in Richtung auf die „Demokratisierung", wird sich durchsetzen. Dann wären die Massen einen neuen Schritt an die amerikanische Kriegspolitik „herangeführt". Oder:

Die Bevölkerung Westdeutschlands durchschaut den Sinn der Kriegsverträge von Bonn und Paris und lehnt sie ab. Daher hat die rechte SPD-Führung den Auftrag, die Werktätigen an diese Verträge „heranzuführen". Sie kann das nicht tun, indem sie ihren Anhängern sagt: Seid für die Verträge! In diesem Fall würden die SPD-Anhänger die SPD-Führung davonjagen. Also wird die gleiche Wirkung durch ein Spiel mit verteilten Rollen angestrebt. Auf der einen Seite hält ein Abgeordneter wie Dr. Arndt eine Rede im Bundestag, die den volksfeindlichen Sinn der Verträge enthüllt. Diese Rede ist dazu bestimmt, den Eindruck hervorzurufen, die rechten SPD-Führer seien ehrlich gegen die Verträge, um ihnen dadurch den Einfluß auf breite Massen zu erhalten. Zugleich erklärte Ollenhauer: „Wir sind durchaus nicht prinzipiell gegen die Verträge, wir verlangen nur mehr Rechte." Für wen mehr Rechte? Ollenhauer kämpft unter dem Deckmantel einer Opposition gegen das Adenauer-Regime — in

Wirklichkeit um mehr Rechte für das Adenauer-Regime. Gelingt es den SPD-Anhängern nicht, dieses Doppelspiel zu entschlüsseln, so sind sie, ohne es zu merken, ein weiteres entscheidendes Stück an die imperialistische Kriegsposition „herangeführt".

Die verräterische SPD- und DGB-Führung ist die wichtigste politische Reserve, welche die amerikanischen und deutschen Imperialisten in Westdeutschland besitzen. Wird das Spiel der rechten SPD- und DGB-Führung zunichte gemacht, so ist die Kriegspolitik der Imperialisten in Deutschland nicht durchführbar und der Weg in das einheitliche, wahrhaft demokratische Deutschland frei. Die Führer der SPD haben noch einen großen Anhang unter den Werktätigen Westdeutschlands. Sie haben diesen Einfluß, weil die große Masse der deutschen Werktätigen ehrlich zum Sozialismus will und mit Recht stolz ist auf eine alte Tradition des Kampfes um den Sozialismus. Aber gerade dieser Stolz und das ehrliche Streben zum Sozialismus machen es erforderlich, zu erkennen, daß die heutigen Spitzen der SPD und des DGB nicht das geringste mehr zu tun haben mit den alten ruhmreichen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, nichts mehr zu tun haben mit den demokratischen und sozialistischen Interessen der Werktätigen, sondern untrennbar verbunden sind mit den Imperialisten, mit den Feinden der Arbeiterklasse. Die Politik der maßgebenden SPD-Führer wird nicht bestimmt von den Interessen ihrer Anhänger, sondern wird allein bestimmt von den Notwendigkeiten und Interessen der imperialistischen Kriegstreiber, festgelegt in den Geheimverhandlungen mit Adenauer und den jeweiligen Oberkommissaren der imperialistischen Okkupationsmächte. Das ist der Grund dafür, warum seit Jahr und Tag in der SPD eine breite Vertrauenskrise herrscht. Es ist nämlich unmöglich, ehrlich den Sozialismus und einen dauerhaften Frieden zu wollen — und durch die Machenschaften der SPD- und DGB-Führung nicht alarmiert zu werden. Millionen SPD- und DGB-Mitglieder sind stutzig geworden, erschreckt, entsetzt, aber die Mehrzahl von ihnen ist noch ratlos, weil sie die Zusammenhänge nicht sieht. Eben deswegen haben wir es für richtig gehalten, diesen Brief an Euch zu schreiben, ehe es zu spät ist.

VII.

Manche KPD-Funktionäre sagen: „Mit SPD-Leuten zusammengehen, nein!" Sie sehen nicht, daß die große Mehrheit der Mitglieder der SPD Arbeiter, Klassenbrüder sind, aufrichtig Elend und Kriegsgefahr überwinden wollen, daß sie aufrichtig den Sozialismus erstreben, auch wenn sie sich irreführen lassen. Solche KPD-Genossen handeln falsch.

Manche SPD-Genossen sagen: „Mit Kommunisten zusammengehen — nein!" Sie stehen noch unter dem Eindruck der alten eingefleischten Hetze, fürchten Schaden zu nehmen, nd sehen nicht, daß nur durch Aufrechterhaltung der Spaltung das Unglück, auch das persönliche Unglück eines jeden einzelnen herbeigeführt wird. Solche SPD-Genossen handeln ebenfalls falsch. Was aber ergibt sich? Daraus ergibt sich genau das, was die Imperialisten brauchen, die Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung, freie Fahrt für den Faschismus, freie Fahrt für die Imperialisten in den Krieg.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ersucht die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die dargelegten Zusammenhänge, die mit ihren eigenen Erfahrungen übereinstimmen, zu überdenken, ihrem gesunden Klasseninstinkt zu folgen und sich nicht durch Hetze

und opportunistische Tendenzen zum eigenen Schaden vom richtigen Wege der einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse ablenken zu lassen. Es ermahnt zugleich die Mitglieder der KPD, sich vom verhängnisvollen Sektierertum freizumachen und mit den sozialdemokratischen Arbeitern Schulter an Schulter, solidarisch und kameradschaftlich zu kämpfen. In der Deutschen Demokratischen Republik haben wir in schweren Kämpfen diese falschen und verderblichen Tendenzen, die auch bei uns vorhanden waren, im wesentlichen überwunden, und eben dadurch die einheitliche marxistische deutsche Arbeiterpartei und durch sie den ersten von der Arbeiterklasse geführten Staat in Deutschland und damit das Beispiel geschaffen. Davon leiten wir das Recht ab, zu beiden Teilen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland zu sprechen, zu den Genossen der SPD und den Genossen der KPD.

Angesichts der großen Gefahren schlagen wir Euch vor, zusammenzugehen und gemeinsam zu kämpfen. Wir schlagen vor:

1. Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse durch sofortige Verständigung zwischen jedem Sozialdemokraten und Kommunisten im Betrieb, von Ortsgruppe zu Ortsgruppe, im Kreis, im Bezirk, in jeder parlamentarischen Vertretung.
2. Einheitlichen Kampf um höhere Löhne und niedrigere Preise, gegen den zunehmenden Steuerdruck, gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, für volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften.
3. Gemeinsame offensive Verteidigung der demokratischen Rechte der gesamten werktätigen Bevölkerung im Kampf gegen den Terror des Adenauer-Regimes und die wachsende Faschisierung.
4. Kompromißloser Kampf gegen die Bonner Kriegsverträge, für den Sturz des imperialistischen Adenauer-Regimes, für die Errichtung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung, in der die Arbeiterklasse einen ihr gebührenden Einfluß besitzt, für einen demokratischen Friedensvertrag.

Die Verwirklichung dieser Ziele hängt davon ab, daß es uns gelingt, unter den Bruderzwist der Vergangenheit einen Strich zu ziehen. Gerade die bitteren Erfahrungen aus den Jahren 1932 bis 1933 lehren uns, daß die Ablehnung des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durch die Führung der SPD und der Gewerkschaften nur den schlimmsten Feinden des Volkes nutzt.

Ihr, sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre, seid gegen die Versklavung Deutschlands durch die amerikanischen Imperialisten und gegen die volksfeindliche Adenauer-Regierung. Wenn Ihr die großen Gefahren abwenden und beseitigen wollt, die der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung von diesen reaktionären Kräften drohen, dann müßt Ihr Euch mit denen verbinden und zusammengehen, die konsequent für den Frieden kämpfen. Dann ist das Nächstliegende, daß Ihr Euch mit Euren kommunistischen Klassengenossen verständigt und zusammenarbeitet, weiter, in den Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik die Unterstützung Eures Kampfes seht und zu den Vorschlägen der Sowjetunion über den Friedensvertrag mit Deutschland, der den ureigensten Interessen des deutschen Volkes entspricht, sachlich Stellung nehmt.

Wir schlagen Euch einen freien Meinungsaustausch über alle Probleme vor. Wir laden Euch ein, Kommissionen zu entsenden zum Studium der Errungenschaften und der Politik der Arbeiterbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sind unsererseits bereit, Kommissionen zu entsenden,

die auf Einladung Eurer Orts- und Bezirksverbände mit Euch über unsere gemeinsamen Fragen beraten.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Wir haben eine große gemeinsame Geschichte, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir werden eine noch größere gemeinsame Geschichte haben, die Geschichte der einheitlichen, siegreichen deutschen Arbeiterbewegung.

Berlin, den 14. März 1953

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Wilhelm Pieck *Otto Grotewohl* *Walter Ulbricht*

BÜCHERSCHAU

Neuerscheinungen sowjetischer wissenschaftlicher Literatur in deutscher Sprache

Birmann, A.: Die weitere Rentabilitätssteigerung im sozialistischen Betrieb. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Shuikow, G. G.: Rechnungslegung in der Feldbaubrigade des Kolchos. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Skaskin, F. D.; Lermin, R. I.: T. D. Lyssenko — Leben und Werk. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952.)

Silow, G. N.: Die Lehre Pawlows über Organismus und Umwelt. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Koschtojanz, Ch.: Die Arbeiten I. P. Pawlows auf dem Gebiet der Verdauungsphysiologie. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Bykow, K. M.: Großhirnrinde und innere Organe. (Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1952)

Teplow, B. M.: Psychologie. (Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952)

Berbassow, M., Gornostajew, W.: Die gesellschaftliche Kontrolle der Gewerkschaften über Kantinen, Verkaufsstellen und Nebenwirtschaften. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Rjausow, N. N.; Titelbaum N. P.: Statistik der Warenvorräte und der Umschlagsgeschwindigkeit. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Boguslawski, P. E.: Prüfung von Stahlkonstruktionen. (Verlag Technik, Berlin 1952.)

Filonenko-Boroditsch, M. M. u. a.: Festigkeitslehre. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Jakowlew, K. P.: Mathematische Auswertung von Meßergebnissen. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Rausin, J. R.: Warmbehandlung von Chromstahl. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Kljatschkin, J. L.: Schweißen der Buntmetalle. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Bychowski, M. L.: Die Genauigkeit elektrischer Netze, die zur Lösung von Laplace-Gleichungen verwendet werden. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Groschewa, E. A. u. a.: Die sowjetische Musik im Aufstieg. (Mitteldeutscher Verlag, Halle 1952)

Dietz Verlag GmbH Berlin C 2 Wallstraße 76/79 Fernruf 67 63 61 (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und der Literaturvertrieb sämtlicher Parteiorganisationen entgegen) / Redaktion: Berlin W 8 Thälmannplatz 8/9 Fernruf 42 00 56 Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Druckerei, Berlin C 2, Dresdener Str. 43. 1021

EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Sonderheft

Karl-Marx-Jahr 1953

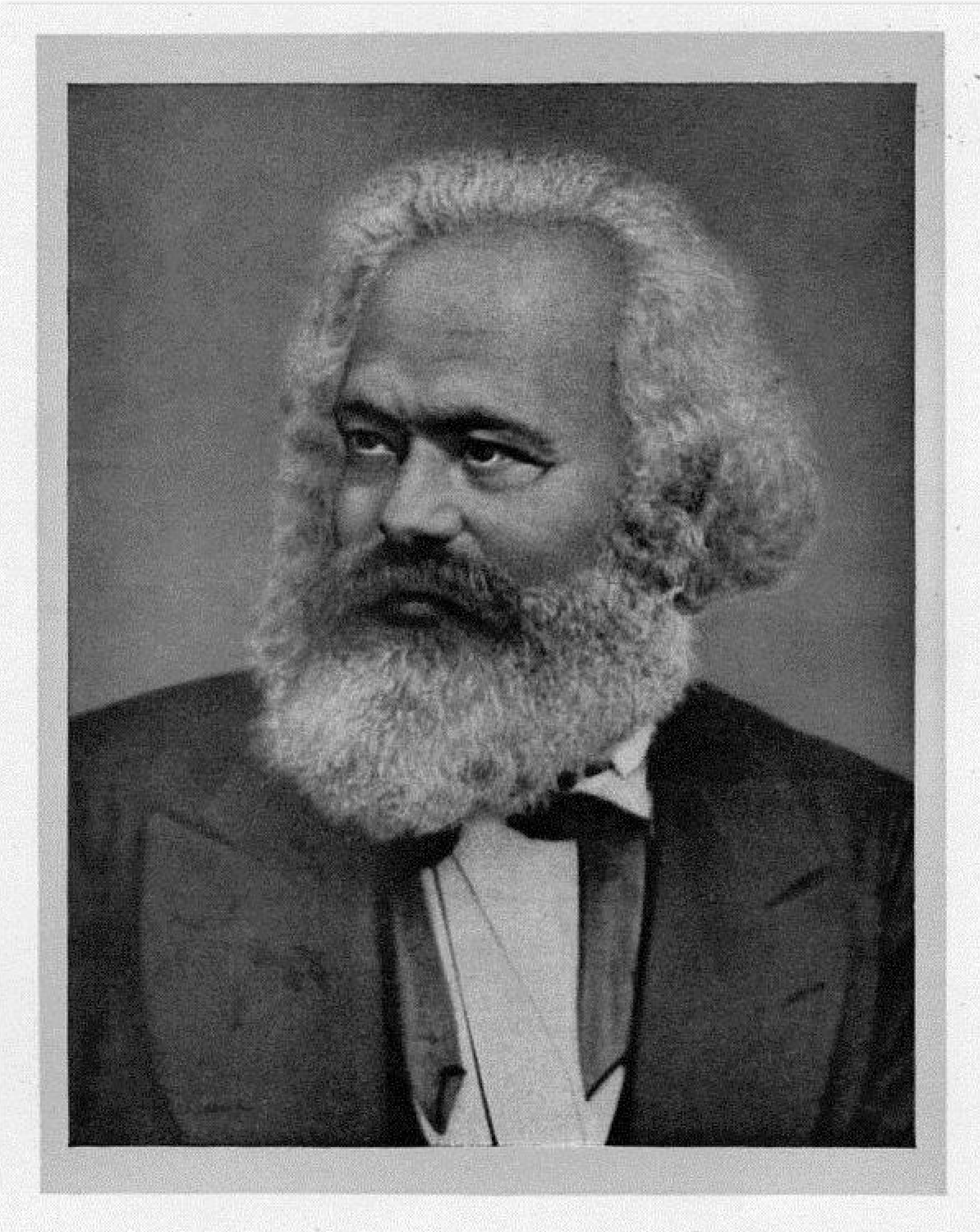
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

SONDERHEFT APRIL 1953



8. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT



Karl Marx

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 42 00 56

Wilhelm Pieck

Karl Marx – der große Kämpfer und Führer des Proletariats

Mit der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation begeht das Proletariat aller Länder und die gesamte fortschrittliche Menschheit in diesem Jahre am 14. März den 70. Todestag und am 5. Mai den 135. Geburtstag von Karl Marx. Die überragende Größe von Karl Marx als Kämpfer und Führer des Proletariats beruht in erster Linie auf seiner wissenschaftlichen Leistung. Auf die Frage, weshalb die Lehre Marx' die Herzen von Millionen und aber Millionen der revolutionären Klasse ergreifen konnte, antwortete Wladimir Iljitsch Lenin:

> „Das war deshalb möglich, weil Marx sich auf das feste Fundament des menschlichen Wissens stützte, das unter dem Kapitalismus errungen worden war; indem Marx die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erforschte, erkannte er die Unvermeidlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus zum Kommunismus und, was die Hauptsache ist, er erbrachte den Beweis dafür allein auf Grund des exaktesten, gründlichsten und tiefsten Studiums dieser kapitalistischen Gesellschaft, dank der völligen Beherrschung alles dessen, was die frühere Wissenschaft gegeben hatte.
>
> Alles, was von der menschlichen Gesellschaft geschaffen worden war, hat er kritisch verarbeitet und nicht einen Punkt unbeachtet gelassen. Alles, was das menschliche Denken geschaffen hatte, hat er umgearbeitet, der Kritik unterworfen, an der Arbeiterbewegung überprüft und dann jene Schlußfolgerungen gezogen, die die durch die bürgerlichen Rahmen beschränkten oder an die bürgerlichen Vorurteile gefesselten Menschen nicht zu ziehen vermochten." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 783/784)

Das Ergebnis dieser gewaltigen wissenschaftlichen Arbeit von Marx war seine Lehre, jenes System von Anschauungen, die wir als Marxismus bezeichnen. In ihm hat Marx die drei geistigen Hauptströmungen der drei fortgeschrittensten Länder des 19. Jahrhunderts fortgeführt und genial vollendet. Es waren dies die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und der französische Sozialismus in Verbindung mit den französi-

schen revolutionären Lehren überhaupt. In ihrer Gesamtheit ergeben die von Marx mit bewundernswürdiger Folgerichtigkeit und Geschlossenheit entwickelten Anschauungen — wie Lenin schrieb — den modernen Materialismus und den modernen wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie und Programm der Arbeiterbewegung aller Länder. Dabei ist das Wichtigste in der Marxschen Lehre die Klärung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft.

Die knappste und umfassendste Kennzeichnung des Marxismus verdanken wir Genossen Stalin, der in seinem Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" schrieb:

„Der Marxismus ist die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft." (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 65)

*

Wie Friedrich Engels mitteilte, hatte Marx im Frühjahr 1845 „seine materialistische Geschichtstheorie in den Hauptzügen fertig herausentwickelt". Aus dieser, die Geschichtswissenschaft umwälzenden Entdeckung zogen Marx und Engels die Schlußfolgerung, daß Kommunismus nun hieß: Einsicht in die Natur, die Bedingungen und die daraus sich ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfes. So war denn auch ihre weitere wissenschaftliche Arbeit aufs engste verbunden mit dem Kampf für die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung, für die Überwindung und Ausrottung aller utopistischen Heils- und Sektenlehren in der Arbeiterbewegung. Engels schreibt darüber in seiner Schrift „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten":

„Wir waren nun keineswegs der Absicht, die neuen wissenschaftlichen Resultate in dicken Büchern ausschließlich der ‚gelehrten' Welt zuzuflüstern. Im Gegenteil. Wir saßen beide schon tief in der politischen Bewegung, hatten unter der gebildeten Welt, namentlich Westdeutschlands, einen gewissen Anhang und reichliche Fühlung mit dem organisierten Proletariat. Wir waren verpflichtet, unsre Ansicht wissenschaftlich zu begründen; ebenso wichtig war es aber auch für uns, das europäische und zunächst das deutsche Proletariat für unsere Überzeugung zu gewinnen." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 320)

Nachdem Marx und Engels bereits seit 1844 an der Tätigkeit der revolutionären Gruppen in Paris lebhaft Anteil genommen, in der Folgezeit an den Zeitungen der englischen Chartisten und französischen Sozialdemokraten sowie der „Deutschen Brüsseler Zeitung" mitgearbeitet hatten, schlossen sie sich im Frühjahr 1847 dem „Bund der Kommunisten" an, der sich unter dem Einfluß

ihres Wirkens zu dieser Zeit sehr gewandelt hatte. Seine führenden Arbeitermitglieder hatten Marx und Engels zum Eintritt aufgefordert und sie gebeten, ihren wissenschaftlichen Kommunismus vor einem Bundeskongreß zu entwickeln und dazu beizutragen, dem Bund eine neue, zeitgemäße Organisation zu geben. Mit dem Eintritt von Marx und Engels und ihrer politischen Freunde in den „Bund der Kommunisten" wurde diese bisher mehr oder weniger „konspirative Vereinigung" in eine nur notgedrungen geheime Organisation der kommunistischen Propaganda umgestaltet, in „die *erste* Organisation der deutschen sozialdemokratischen Partei" (Engels). Bereits der erste Bundeskongreß (Sommer 1847), auf dem Friedrich Engels die Pariser Gemeinden des Bundes vertrat, empfahl die Annahme von neuen Statuten, deren erster Artikel lautete:

„Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 79)

Am zweiten Bundeskongreß (Ende November/Anfang Dezember 1847) nahm auch Marx teil, der seine wissenschaftlichen Erkenntnisse ausführlich darlegte, allen Widerspruch und Zweifel überwand und es erreichte, daß die neuen Grundsätze einstimmig angenommen wurden. Marx und Engels erhielten den Auftrag, das „Manifest der Kommunistischen Partei" auszuarbeiten. Die außerordentliche Bedeutung des „Manifests", das in der ganzen Welt Millionen und aber Millionen Arbeiter für den Marxismus gewonnen und in ihn eingeführt hat, ist von Lenin mit den Worten gekennzeichnet worden:

„Mit genialer Klarheit und Anschaulichkeit ist in diesem Werk die neue Weltanschauung dargestellt: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als allseitigste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen revolutionären Rolle des Proletariats, des Schöpfers der neuen, der kommunistischen Gesellschaft." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1946, S. 5)

Das „Manifest der Kommunistischen Partei" trägt die Namen von Marx und Engels. Die schöpferische Freundschaft, die diese beiden größten Söhne der deutschen Nation verband, war in ihrer Art einzigartig. Lenin sagte über sie:

„Das europäische Proletariat kann sagen, daß seine Wissenschaft von zwei Gelehrten und Kämpfern geschaffen wurde, deren Verhältnis die rührendsten Legenden der Alten über menschliche Freundschaft in den Schatten stellt. Engels hat stets — und im allgemeinen durchaus mit Recht — Marx den Vorrang gegeben." (Ebenda, S. 45)

Ganz in diesem Geiste uneigennütziger Freundschaft schrieb Engels im Jahre 1888, er halte sich für verpflichtet, festzustellen, daß der Grundgedanke

des „Manifestes", der seinen Kern bildet, doch Marx angehöre. Dieser Grundgedanke des „Manifestes" besteht nach Engels darin,

„... daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und die intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der allein sie erklärt werden kann; daß demgemäß die ganze Geschichte der Menschheit (seit Aufhebung der primitiven Gentilordnung mit ihrem Gemeinbesitz an Grund und Boden) eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen; daß die Geschichte dieser Klassenkämpfe eine Entwicklungsreihe darstellt, in der gegenwärtig eine Stufe erreicht ist, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse — das Proletariat — ihre Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse — der Bourgeoisie — nicht erreichen kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", S. XXIII/XXIV)

Damit war zugleich die welthistorische Mission der Arbeiterklasse bestimmt, die Berufung der Proletarier, „sich als die ersten zum Kampf gegen das Kapital zu erheben und in diesem Kampfe alle Werktätigen und Ausgebeuteten um sich zu vereinen" (Lenin). Am Vorabend der Revolution von 1848 geschrieben, sagte das „Manifest" diese Revolution nicht nur voraus, sondern bestimmte auch die Aufgabe der Kommunisten und des Proletariats in ihr. Der Verlauf der revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/1849 war für die Lehre von Marx eine Feuerprobe, die sie auf das beste bestanden hat.

Der „Bund der Kommunisten" war zu dieser Zeit noch sehr klein. Doch seine Wirksamkeit war sehr bedeutend und nahm in dem Maße zu, wie die revolutionäre Entwicklung die Möglichkeit legalen, offenen Wirkens an der Spitze der Arbeiter und der Volksmassen erschloß. Das war in erster Linie das Verdienst von Marx, denn „diese unbedeutende Streitkraft hatte", wie Engels 1884 schrieb,

„... einen Führer, dem sich alle willig unterordneten, einen Führer ersten Ranges in *Marx*, und dank ihm ein prinzipielles und ein taktisches Programm, das noch heute in voller Geltung steht: das *‚Kommunistische Manifest'*". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 305)

Dieser Führer ersten Ranges zeigte sich in den nun beginnenden revolutionären Ereignissen in seiner ganzen überragenden Größe. Nach der Februarrevolution in Frankreich wurde er aus Brüssel ausgewiesen und ging nach Paris. Von Paris kehrte er nach der Märzrevolution von 1848 nach Deutschland zurück. Er ging nach Köln und gründete die „Neue Rheinische Zeitung". Beim Stand der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland konnte die Fahne, unter der diese Gründung erfolgte, „nur die der Demo-

kratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte" (Engels).

Angesichts dessen gehörte der Kampf um eine unteilbare demokratische Republik zu den Hauptpunkten des politischen Programms der Zeitung. Diesen Kampf führten Marx und Engels als echte deutsche Patrioten mit Leidenschaft und Kompromißlosigkeit. Ihre Schläge richteten sich nicht nur gegen die monarchistische, feudale und militärische Reaktion, sondern ebenso gegen die prinzipienlosen, feigen und geschwätzigen republikanischen Parlamentarier, sowohl im Frankfurter als auch im Berliner Parlament, die „Schritt für Schritt sich in den Verrat an der Revolution hineinkompromisselten" (Engels). Die „Neue Rheinische Zeitung" war ein Musterbeispiel dafür, wie ein Publikationsorgan die Arbeiterklasse mit den revolutionären Gedanken bekannt machen, sie zum proletarischen Klassenbewußtsein erziehen und sie zur Erfüllung ihrer revolutionären Aufgaben anleiten muß. Vom ersten Schuß an trat die „Neue Rheinische Zeitung" entschieden und begeistert für die revolutionären Pariser Arbeiter des Juni-Aufstandes von 1848 ein.

Über die Rolle von Marx an der Spitze der „Neuen Rheinischen Zeitung" sagte Engels, daß die Verfassung der Redaktion die einfache Diktatur von Marx war. Aber diese Diktatur war selbstverständlich, unbestritten und von allen Mitarbeitern gern anerkannt:

> „Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht haben ... Keine deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die ‚Neue Rheinische'.
>
> Und das verdankte sie vor allem *Marx*." (Ebenda, S. 308 und 313)

Aus Furcht vor dem Proletariat warf sich die Bourgeoisie der Konterrevolution in die Arme und verhalf ihr zum Siege. Am 18. Mai 1849 wurde die „Neue Rheinische Zeitung" verboten und Marx, nachdem er am 9. Februar vor Gericht gestellt, aber freigesprochen worden war, am 16. Mai 1849 aus Deutschland ausgewiesen. Er ging zuerst nach Paris, wurde aber auch dort ausgewiesen und nahm nun seinen Wohnsitz in London, wo er bis zu seinem Tode lebte.

Aus den nun folgenden Jahren gibt es erschütternde Dokumente, sowohl Briefe seiner Gattin als auch Mitteilungen seiner Kampfgefährten, die von der bitteren Not und den maßlosen Widrigkeiten berichten, mit denen Marx und seine Familie zu kämpfen hatten. Der größte Denker seiner Zeit mußte aus Treue zu seiner Sache, zu der von ihm selbst gewählten Lebensaufgabe, zeitweilig das Notwendigste für sich und seine Familie entbehren. Nur sein kämpferisches, revolutionäres Wesen, seine unerschöpfliche Arbeitskraft, seine Hingabe an die Sache der Unterdrückten und Ausgebeuteten ließen ihn die gewaltige wissenschaftliche Leistung vollbringen, die ihren Niederschlag fand in einer Reihe meisterhafter historischer Schriften („Die Klassenkämpfe in Frankreich", „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", „Der

Bürgerkrieg in Frankreich"), in seinen ökonomischen Werken und schließlich in seinem Hauptwerk „Das Kapital". Dabei aber war er der geistige und organisatorische Führer der I. Internationale, bereitete ihre Tagungen und Beschlüsse vor, hielt Vorträge und Vorlesungen und schrieb zahllose Artikel und Aufsätze. Zudem suchten bei ihm, dem international anerkannten Führer des Proletariats, alle revolutionären und sozialistischen Parteien und Gruppen aus aller Herren Länder Rat und Hilfe. Schließlich war er aber auch noch „der bestgehaßte und bestverleumdete Mann seiner Zeit", dem die Soldschreiber und Apologeten der Bourgeoisie „um die Wette Verlästerungen nachlogen" (Engels).

Bei aller Genialität von Marx, bei all seiner unverwüstlichen Arbeitskraft und seinem flammenden revolutionären Temperament ist es dennoch ohne Zweifel, er hätte dieses gigantische Werk nicht vollbringen können, hätte ihm sein großer Freund und Mitkämpfer Friedrich Engels nicht manche Last abgenommen, ihm nicht in Zeiten bitterer Not auch materiell geholfen. Neben den eigenen genialen wissenschaftlichen Leistungen und revolutionären Taten bleibt es das unvergängliche Verdienst von Friedrich Engels, daß seine uneigennützige Freundschaft und Hilfe es Karl Marx erleichterte und manchmal wohl auch erst ermöglichte, sein welthistorisches Werk zu vollbringen.

*

Nachdem sich Marx in den Fünfziger Jahren vorwiegend seiner wissenschaftlichen Arbeit gewidmet hatte, wandte er sich mit der Belebung der demokratischen Bewegungen Anfang der Sechziger Jahre wieder stärker dem praktischen politischen Kampf zu. Er leistete der Einladung zur öffentlichen Versammlung in St. Martins Hall in London Folge, auf der am 28. September 1864 die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet wurde. In ihr Komitee gewählt, wurde Marx zur Seele dieser I. Internationale. Er verfaßte ihre Inauguraladresse. Nach einem Abriß der kapitalistischen Entwicklung seit der Niederlage der Revolution von 1848 und einer Darstellung der Lage der Arbeiterklasse heißt es in der Gründungsadresse:

> „Politische Macht zu erobern, ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei statt. Ein Element des Erfolges besitzt sie, die *Zahl*. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 358)

Die Inauguraladresse prangerte die auswärtige Politik der kapitalistischen Mächte an, „die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet".*) Sie machte es der Arbeiterklasse zur Pflicht, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die

---

*) Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 358

obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen, und klang aus in den Worten:

„Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die *Emanzipation der Arbeiterklasse:*

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" (Ebenda, S. 359)

In ihren allgemeinen Statuten, die ebenfalls von Marx verfaßt wurden, verkündete die Internationale Arbeiter-Assoziation, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß."*) Diesem großen Endzweck sei jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen. Darum müssen die Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und ein brüderlicher Bund unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder hergestellt werden. Später (im Jahre 1871) wurden die Statuten durch die ausdrückliche Feststellung ergänzt, daß die Vereinigung des Proletariats zur politischen Partei unentbehrlich ist, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres letzten Zweckes — die Abschaffung der Klassen — zu sichern.

Trotz der Lehren der Revolution von 1848/49 stellte die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder zur Zeit der Gründung der I. Internationale noch ein recht buntscheckiges Gemisch politischer und ökonomischer Ansichten dar. Marx schrieb darüber in einem Brief an Bolte Ende 1871: „Die *Internationale* wurde gestiftet, um die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf an die Stelle der sozialistischen oder halbsozialistischen Sekten zu setzen."**) Er machte in diesem Zusammenhang die für die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung und ihres Kampfes gegen überholte Anschauungen und bürgerliche Einflüsse überaus wichtige Bemerkung: „Das Veraltete sucht sich innerhalb der neugewonnenen Form wieder herzustellen und zu behaupten."***) Diesen Marxschen Hinweis muß unsere Partei in ihrem Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus sorgfältig beachten.

Die Rolle von Marx an der Spitze der Internationalen Arbeiter-Assoziation kennzeichnete Lenin folgendermaßen:

„Marx faßte die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder zusammen, und bemühte sich dabei, die verschiedenen Formen des nichtproletarischen, vormarxistischen Sozialismus (Mazzini, Proudhon, Bakunin, englischer liberaler Tradeunionismus, die Lassalleanischen Rechtsschwankungen in Deutschland und dergleichen) in die Bahnen gemeinsamen Handelns zu lenken, bekämpfte die Theorien aller dieser Sekten und Schulen und schmiedete so eine einheitliche Taktik des proletarischen Kampfes der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", S. 6)

Im Ergebnis der Arbeit und des Kampfes von Marx an der Spitze der I. Internationale wurde der utopische Sozialismus in der Arbeiterbewegung überwunden, es bildeten sich selbständige proletarische Parteien heraus. Diese Entwicklung und die Rolle der I. Internationale fand mit der Pariser Kommune

*) Ebenda, S. 360
**) Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, S. 87/88
***) Ebenda, S. 88

1871 faktisch ihren Abschluß. Angesichts der aus der Niederlage des Pariser Proletariats erwachsenden Gefahren für die Arbeiterbewegung und angesichts der Spaltungsbestrebungen Bakunins setzte Marx auf dem Haager Kongreß der I. Internationale 1872 den Beschluß durch, den Generalrat nach Amerika zu verlegen. 1874 stellte die I. Internationale ihre Tätigkeit ein. Sie hatte ihre Aufgabe erfüllt. Das Fundament der internationalen Organisation des Proletariats zum revolutionären Kampf gegen das Kapital war gelegt. Es begann die neue Periode in der Entwicklung der marxistischen Arbeiterbewegung, die Herausbildung breiter sozialistischer Massenparteien in den einzelnen Ländern.

Im revolutionären Wirken von Marx und in der Geschichte der I. Internationale spielte die Pariser Kommune als erste proletarische Revolution eine besonders hervorragende Rolle. Unter Führung von Marx wandte der Generalrat der I. Internationale von Anfang an dem Deutsch-Französischen Krieg die größte Aufmerksamkeit zu. In der ersten Adresse des Generalrates gab Marx eine hervorragende Analyse der Entstehung des Krieges und der Aufgaben der Arbeiterklasse in beiden kriegführenden Ländern. Mit besonderem Nachdruck hob er die Bedeutung der Botschaften des Friedens und der Freundschaft hervor, die zwischen den Arbeitern Frankreichs und Deutschlands ausgetauscht wurden und schloß:

„Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit! Die Bahnbrecherin dieser neuen Gesellschaft ist die Internationale Arbeiterassoziation." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 462)

Nach Louis Napoleons Kapitulation von Sedan und der Proklamation der Republik enthüllte Marx in der zweiten Adresse des Generalrats, daß die preußische Militärkamarilla sich schon lange vor diesen Ereignissen zu Eroberungen entschlossen hatte und der deutsche Krieg in einen Krieg gegen das französische Volk ausgeartet war. Das deutsche Volk hat seither nur zu schmerzlich erfahren, wie gerechtfertigt Marxens Warnungen vor den unvermeidlichen Folgen der Annexion von Elsaß-Lothringen waren.

Die französische Arbeiterklasse war durch diese militärische und politische Entwicklung in äußerst schwierige Umstände versetzt. Angesichts dessen warnte Marx die französischen Arbeiter: „Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind fast schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzweifelte Torheit!" Er empfahl ihnen vielmehr „ruhig und entschlossen die Mittel auszunutzen, die ihnen die republikanische Freiheit gibt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen". (Ebenda, S. 469)

Trotz dieser Warnung trat Marx dennoch voller Begeisterung und Leidenschaft an die Seite der Pariser Arbeiter, als ihnen der Entscheidungskampf von der verräterischen bourgeoisen Regierung der Thiers und Jules Favre aufge-

zwungen wurde und sie sich zum Aufstand erhoben. Von allen Kampf- und Programmschriften des revolutionären Marxismus ist die von Marx verfaßte „Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich 1871" wohl eine der leidenschaftlichsten und kämpferischsten. Erfüllt von der Glut des revolutionären Kampfes des Proletariats entlarvt sie den nationalen Verrat der französischen Bourgeoisie ebenso wie die schändliche Politik Bismarcks, der der Regierung Thiers die Gefangenen freigab, die sie als Truppen zur Niederwerfung der Kommunarden einsetzte.

Gleichzeitig zog Marx die Hauptlehren aus dieser ersten Revolution des Proletariats, deren wichtigste hier vermerkt werden muß. Marx wies nach, daß in dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß die Staatsmacht mehr und mehr den Charaker einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse erhielt. „Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit." (Ebenda, S. 489) Darum leitete Marx den III. Abschnitt der Adresse mit der Feststellung ein, „die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen". (Ebenda, S. 488)

Nach der Darstellung der Maßnahmen der Kommune, die keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit sein sollte, kam Marx zu den entscheidenden Feststellungen:

„Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse,* das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte ... Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht." (Ebenda, S. 494)

Indem Marx das sozialistische Programm der Kommune darlegte, schrieb er weiter:

„Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt." (Ebenda, S. 495)

In diesem Zusammenhang entwickelte Marx einen Gedanken, der noch heute geradezu aktuelle Bedeutung hat:

„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhre Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen

hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden." (Ebenda, S. 495)

Die ganze Entwicklung seit dem Siege der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Geschichte des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion ebenso wie der Kampf um den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den Volksrepubliken sind eine einzige Kette von Beweisen für die große geschichtliche Weitsicht, die Marx bereits angesichts des ersten Versuchs der proletarischen Revolution bewies.

*

Auch nachdem der Generalrat nach Amerika verlegt war und schließlich die I. Internationale ihre Tätigkeit eingestellt hatte, blieben Marx und Engels die anerkannten und unbestrittenen Führer der internationalen Arbeiterbewegung. Sie waren für alle sich entwickelnden Arbeiterparteien die Lehrer, Helfer und Berater, aber sie blieben auch die unversöhnlichen Kämpfer gegen jede Erscheinungsform des Opportunismus, gegen jedes Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterbewegung. Diese Gefahr nahm aber in dem Maße zu, in dem sich die Arbeiterparteien in die Breite entwickelten, zu Massenparteien mit steigendem Gewicht und Einfluß wurden.

Besonders gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung fühlten sich Marx und Engels zur Wachsamkeit in theoretischen wie politischen Fragen verpflichtet. Und das gerade darum, weil sie die von Bebel und Liebknecht geführte sozialdemokratische Arbeiterpartei als „ihre" Partei betrachteten, „weil ja — wie Engels schrieb — die deutsche Partei von Anfang an in Anlehnung an unsere theoretischen Aufstellungen sich entwickelt hat".*) Die besondere Wachsamkeit gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung war aber auch bedingt durch die Rolle, die Ferdinand Lassalle und der von ihm geschaffene Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863) spielten. Lassalle infizierte die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Opportunismus und dem bürgerlichen Nationalismus, ja, mehr als das, er war ein Komplott mit Bismarck eingegangen, war zu dessen politischen Agenten geworden. Marx durchschaute dieses Spiel. Bereits im Jahre 1865 schrieb er in einem Brief an Kugelmann:

„Indeß zeigte sich bald — die Beweise davon kamen in unsere Hand — daß *Lassalle* in der Tat die Partei *verraten* hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien *keinerlei* Art in *seiner* Hand)." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 428/429)

Erst 63 Jahre später, im Jahre 1928, ist im Kabinett des preußischen Ministerpräsidenten der Briefwechsel zwischen Bismarck und Lassalle gefunden worden, der Marxens Urteil über Lassalle voll und ganz bestätigte. Ja, es wurde nach der Novemberrevolution sogar ein Dokument darüber gefunden, daß Bismarck den Lassalleschen Arbeiterverein in Form einer Anleihe mit 2500 Talern subventionierte.

*) Brief an Bebel vom 14. 11. 1879, siehe: Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 104

Selbst so hervorragende Vertreter der deutschen Linken, wie Franz Mehring, haben in dem Verhalten von Marx zu Lassalle nur ungerechtfertigtes Mißtrauen, Irrungen und Wirrungen gesehen. Im Recht aber war allein Marx mit seiner Unversöhnlichkeit und Wachsamkeit sowohl in theoretischen wie in politischen Fragen. Das deutsche Proletariat hat gerade in der gegenwärtigen Zeit des verschärften Klassenkampfes alle Ursache, sich auch dieser Lehren aus dem Kampf seines großen Lehrers und Führers Karl Marx zu erinnern und sie zu beachten.

Marxens Kampf gegen das Lassalleanertum verdankt die deutsche und internationale Arbeiterklasse eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Dokumente sowohl für den tagtäglichen Kampf gegen das Kapital als auch für die proletarische Revolution und die Errichtung des Sozialismus: seine „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei". Marx schrieb diese „Kritik des Gothaer Programms", als bei der Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit den Lassalleanern 1875 eine Reihe der Dogmen Lassalles in das Vereinigungsprogramm aufgenommen und so feindliche Auffassungen in die marxistische Arbeiterbewegung eingeschmuggelt wurden. Diese Kritik wurde allerdings erst im Jahre 1891 veröffentlicht, als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Schaffung eines neuen Programms der Partei auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dabei ist überaus kennzeichnend, daß Engels diese Veröffentlichung gegen den hartnäckigen Widerstand der Parteiführung buchstäblich erzwingen mußte.

Die glänzende Abfertigung, die Marx in der „Kritik des Gothaer Programms" der lassalleanischen These vom „ehernen Lohngesetz", den nationalistischen Tendenzen, den vulgärdemokratischen Forderungen und dem Untertanenglauben an den kapitalistischen Staat zuteil werden läßt, ist noch heute für den Kampf gegen die rechten SPD-Führer in Westdeutschland von erstrangiger Bedeutung. Doch die Bedeutung der Marxschen „Randglossen" geht weit über eine bloße Kritik des Lassalleanertums hinaus. Sie bringen vielmehr eine Anwendung der Marxschen Entwicklungstheorie „auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus" (Lenin).*) Darum kam Marx, nachdem er die opportunistische Konfusion in der Frage des Staates aufgedeckt hatte, zu der Feststellung:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann, als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*" (Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 29)

Besonders sorgfältige Aufmerksamkeit und gründliches Studium verdient heute, da wir uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Aufgabe gestellt haben, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, der dritte Abschnitt der „Kritik des Gothaer Programms", in dem Marx überaus wichtige Grundgedanken für die Ökonomie des Sozialismus entwickelt.

---

*) W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 222

Von nicht geringerer Bedeutung für die Lösung der aktuellen Aufgaben unserer Partei ist, wie Marx das Prinzip „jeder nach seiner Leistung" begründet:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht;* die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum." (Ebenda, S. 19)

In überzeugender Weise begründet Marx, daß unter diesen Bedingungen die Gleichheit darin besteht, „daß am *gleichen Maßstab,* der Arbeit, gemessen wird",

„Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleich wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie *nur* als *Arbeiter* betrachtet ..." (Ebenda, S. 20)

Indem Marx diese Notwendigkeiten der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist, entwickelt, eröffnet er zugleich einen begeisternden Ausblick auf die höhere Phase des Kommunismus, in der die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

*

Karl Marx hat den Sinn seines großen Lebens, erfüllt von genialem Forschen und umwälzenden wissenschaftlichen Entdeckungen, von rastloser Arbeit und unermüdlichem Kampf am besten selbst gedeutet, als er bereits in frühen Jahren als Siebenundzwanzigjähriger schrieb:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert,* es kommt darauf an, sie zu *verändern."* (Karl Marx/Friedrich Engels, „Die deutsche Ideologie", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 595)

Es gab vor Marx keinen Wissenschaftler und Revolutionär, der gleich ihm die Welt richtig erklärt, die Bewegungsgesetze der Natur und Gesellschaft aufgedeckt und zugleich so Gewaltiges geleistet hätte, die Welt auch zu verändern. Siebzig Jahre nach dem Tode von Karl Marx hat seine Lehre und sein Wirken eine Rechtfertigung und Bestätigung durch die Geschichte gefunden, wie sie überzeugender und imposanter nicht gedacht werden kann. Als Marx in seinem Werk „Das Kapital" mit außerordentlicher sprachlicher Wucht und Gestaltungskraft die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation aufzeigte, schrieb er:

„Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der *Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige* entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. *Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise,* die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. *Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt.* Die Expropriateurs werden expropriiert." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 803)

Rund drei Jahrzehnte nach dem Tode von Marx war die kapitalistische Gesellschaftsordnung an dem Punkt angelangt, wo die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit mit ihrer kapitalistischen Hülle unverträglich geworden waren. Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914 trat der Kapitalismus in die Phase seiner allgemeinen Krise ein, die eine Krise des Untergangs ist. Seither war der Kapitalismus in den führenden imperialistischen Ländern nur noch im Kriege und zu Zeiten der Rüstungskonjunktur imstande, die vorhandenen Produktionsmittel voll auszunutzen. Permanente Massenarbeitslosigkeit war für die gesamte Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kennzeichnend und brachte ein vorher kaum gekanntes Massenelend, begleitet von allen Erscheinungen der Knechtschaft, der Ausbeutung und Entartung hervor.

Trotz gewaltigster, bisher beispielloser Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums im zweiten Weltkrieg, trotz unabsehbarer Zerstörung von Produktionsmitteln, trotz des Hinschlachtens von rund 27 Millionen Menschen, schwebt wenige Jahre nach Kriegsende bereits wieder die Gefahr einer neuen tiefgehenden Wirtschaftskrise über der kapitalistischen Welt. Ihr offener Ausbruch wurde bisher nur dadurch verhindert, daß die USA, das führende imperialistische Land, auf die Geleise der Kriegswirtschaft übergingen und durch die Entfesselung des Koreakrieges die gesamte kapitalistische Welt in die Kriegshysterie stürzten, die sie „kalten Krieg" nennen. Nichts ist für den völligen Bankrott des Kapitalismus in seiner letzten Phase, der Phase seines Unterganges, kennzeichnender als die Tatsache, daß seine führende Macht die Rettung vor einer neuen verheerenden Krise nur in Aufrüstung und Krieg zu

suchen weiß. War „die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft" ein mächtiger Hebel des sich entwickelnden Kapitalismus, so scheint dem sterbenden imperialistischen Kapitalismus „die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft" zur Ausrottung menschlichen Lebens, zur Verheerung und Verödung blühender Landstriche das letzte verzweifelte Mittel, seine Sterbestunde noch hinauszuzögern. Wie anders soll man es sonst werten, daß General Eisenhower in seiner Antrittsrede als Präsident der USA erklärte:

„Die Wissenschaft scheint bereit zu sein, uns als ihre letzte Gabe die Gewalt in die Hand zu legen, menschliches Leben auf der Erde auszulöschen."

Doch auch diese letzte abscheuliche Entartung ist nicht mehr imstande, die gesetzmäßige Entwicklung, den Untergang des Imperialismus und den Sieg des Sozialismus aufzuhalten. Die „kapitalistische Hülle" ist bereits gesprengt. Unter Führung der großen Nachfolger und Vollender des Werkes von Marx und Engels, unter Führung von Lenin und Stalin hat das russische Proletariat in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution seine historische Mission erfüllt und die Enteigner enteignet. Karl Marx hatte bereits von der Pariser Kommune gesagt: sie war „die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war . . ."*) Aber erst der Sieg der Sowjetmacht offenbarte in vollem Ausmaß diese geschichtliche Rolle des Proletariats. Ausgerüstet mit den Lehren von Marx und Engels, genial weiterentwickelt von Lenin und Stalin, hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion es vermocht, das russische Proletariat zur höchsten gesellschaftlichen Initiative zu befähigen und ihm dabei die Anerkennung der Bauernschaft und der ehemals unterdrückten Nationalitäten zu sichern. Im Bündnis mit diesen Kräften hat die siegreiche russische Arbeiterklasse auf einem Sechstel der Erde im wahrsten und besten Sinne des Wortes die Welt verändert.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, geführt von der marxistisch-leninistischen Partei, wurde aus dem rückständigen zaristischen Rußland die erste sozialistische Großmacht der Welt, ausgerüstet mit der modernsten Industrie, mit der modernsten Großlandwirtschaft, ein Land mit gewaltig aufblühender Wissenschaft, Kultur und Kunst, ein Nationalitätenstaat von beispielloser innerer Festigkeit und Geschlossenheit.

Die sozialistische Großmacht bestand im zweiten Weltkrieg die schwerste Belastungsprobe, der je ein Staat ausgesetzt war und ging aus ihm als der wahre Sieger hervor. Sie befreite die Völker Europas vom Joch des Faschismus, dieser terroristischen Herrschaft des reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Monopolkapitals. Ihr Sieg über den japanischen Imperialismus befreite Korea und schuf die Voraussetzungen für den Triumph der chinesischen Volksrevolution über die innere Reaktion und den ausländischen, amerikanischen Imperialismus.

So entstand das einheitliche und mächtige Lager des Sozialismus, in dem unter Führung der Sowjetunion die Volksrepubliken Europas und Asiens stehen. Es umfaßt heute rund 800 Millionen Menschen, ein Drittel der gesamten

*) Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 496

Erdbevölkerung, auf einem Viertel des Erdballs. Die fortgeschrittenste, führende Macht dieses Lagers hat den Sozialismus bereits aufgebaut und vollzieht den allmählichen Übergang zum Kommunismus, jener „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft", von der Marx voraussagte, daß sie — „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden, nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen" *) — auf ihre Fahnen schreiben wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" Genosse Stalin hat in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" den Weg gewiesen, der zur Verwirklichung dieses höchsten Ideals der Menschheit führt.

In der Sowjetunion haben die von Lenin und Stalin zum Marxismus-Leninismus weiterentwickelten Lehren von Marx und Engels ihre glänzendste geschichtliche Bestätigung gefunden. Von der Sowjetunion lernen alle Völker des sozialistischen Lagers, wie die Macht der Arbeiterklasse zu festigen und zu entwickeln, wie der Sozialismus aufzubauen ist. Ihre politischen und ökonomischen Erfahrungen, ihre technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, ihre direkte materielle Hilfe und nicht zuletzt ihre unbesiegbare Macht gestatten es den Völkern, in unvergleichlich raschem Tempo den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Für das Lager des Sozialismus ist heute im krassen Gegensatz zum imperialistischen Lager die Linie des ununterbrochenen Aufstiegs der Friedenswirtschaft kennzeichnend, die Genosse Malenkow auf dem XIX. Parteitag der KPdSU gezeigt hat, die ununterbrochen aufsteigende Linie einer Wirtschaft, „die keine Krisen kennt und sich im Interesse der Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft entwickelt".

In diesem Lager steht auch unsere Deutsche Demokratische Republik. Sie verdankt ihre Existenz dem Siege der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus und ihre erfolgreiche Entwicklung der uneigennützigen Hilfe des sozialistischen Sowjetstaates. In diesem Teile Deutschlands erfolgte die Überwindung der opportunistischen, sozialimperialistischen Entartung der Sozialdemokratischen Partei und ihre Vereinigung mit der Kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die revolutionär geeinte Arbeiterklasse vermochte — gestützt auf das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen — die Macht in ihre Hände zu nehmen. Dank dieser Voraussetzungen entwickelten sich die politischen und ökonomischen Bedingungen und das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit, daß die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in ihrem Beschluß den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik erklären und dem hinzufügen konnte:

---

*) Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 21

„Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen." (Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 492)

Im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapital" wandte sich Marx mit beißendem Spott gegen seine Kritiker, die von ihm verlangten, „Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verschreiben". Und dennoch, Karl Marx lehrte das Proletariat die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und die eigene sozialistische Zukunft zu erkennen, seine Lehre wurde zum mächtigen Hebel der proletarischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Wie weit der revolutionäre Wissenschaftler Karl Marx in die Zukunft blickte, in wie hohem Maße er durch seinen Kampf als Lehrer, Organisator und Führer des Proletariats die Zukunft der menschlichen Gesellschaft selber gestaltete — das lehrt uns die gegenwärtige Weltlage, die Tatsache des Niederganges und Verfaulens des Kapitalismus im imperialistischen Lager und des siegreichen Aufstiegs der neuen Gesellschaftsordnung im sozialistischen Lager.

So ragt die mächtige Gestalt des Begründers des Marxismus in unsere Gegenwart, ist seine Lehre wie am ersten Tage eine Anleitung zum revolutionären Handeln, sowohl für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, die in den imperialistischen und kolonialen Ländern den Kampf um ihre soziale und nationale Befreiung führen, als auch für die befreiten Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die in den Volksrepubliken an den Grundlagen des Sozialismus bauen und in der Sowjetunion nach den großen Stalinschen Plänen dem Kommunismus zustreben. Die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk können mit Recht stolz darauf sein, daß dieser geniale Denker und glühende Revolutionär aus ihrem Vaterlande hervorgegangen, daß Karl Marx der größte Sohn der deutschen Nation ist.

Otto Grotewohl

Die Stellung und Bedeutung von Karl Marx in der Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft

Der geniale Wissenschaftler und Revolutionär Karl Marx ist der größte Sohn unseres Volkes. Seine Lehre — der Marxismus — ist das bedeutendste Kulturerbe des deutschen Volkes, sie wird auch das Gesicht der deutschen Zukunft formen. Sein Lebenswerk hat der deutschen Nation bei den Werktätigen aller Völker der Erde höchste Achtung und Wertschätzung errungen.

Karl Marx — untrennbar verbunden mit seinem Freund Friedrich Engels — wies nicht nur dem deutschen Volk, sondern der ganzen Menschheit den Weg zur bewußten Gestaltung ihres Lebens und ihrer Zukunft, den Weg zu Glück, Wohlstand und dauerhaftem Frieden. Karl Marx' geniale Lehre, die vor über 100 Jahren ihren unaufhaltsamen Siegeszug über die ganze Erde antrat, gibt Antwort auf die Fragen, die der fortschrittliche Menschengeist seit Jahrhunderten gestellt hat: Ist die Menschheit verurteilt, ewig unter dem Joch einer kleinen Schicht von Ausbeutern zu leben und zu leiden? Sind Not, Elend, Hunger, Krisen und Kriege „ewige" und „unvermeidliche" Erscheinungen, mit denen die Menschen sich abzufinden haben?

Die Geschichte, das Leben selbst, hat Marx' Antwort auf diese Fragen unmißverständlich und klar bestätigt.

Auf einem Viertel des Erdballs wird heute die Marxsche Lehre verwirklicht. Siegreich schreitet die sozialistische Sowjetunion — geführt von der Partei Lenins und Stalins — zur kommunistischen Gesellschaftsordnung; im demokratischen China und in den volksdemokratischen Ländern haben die Menschen Ausbeutung und Unterdrückung abgeschüttelt und erbauen eine neue, bessere, eine sozialistische Gesellschaft, in der Not, Krisen und Kriege beseitigt sind und die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft oberstes Gesetz ist. Niemand kann an diesen Tatsachen vorübergehen, auch die Feinde des Marxismus nicht, die heute feststellen müssen, daß ihnen eine Position nach der anderen entrissen wird.

Schon zu Marx' Zeiten riefen seine Erkenntnisse, wie er selbst sagte,

> „... die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses, auf den Kampfplatz". (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 8)

Marx schuf seine Lehre im schonungslosen Kampf gegen den Widerstand des Bürgertums, gegen alle Feinde, Ignoranten und Verfälscher.

> „Die Lehre von Marx", sagte Lenin, „... ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus geschaffen hat." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 55)

Indem Marx und Engels diese entscheidenden geistigen Strömungen ihrer Zeit kritisch verarbeiteten, schufen sie eine völlig neue Ideologie, den modernen Materialismus und den damit untrennbar verbundenen wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie und Programm der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung. Bei der Schaffung seiner Lehre knüpfte Marx an die Philosophie Hegels an, der sich mit der Entwicklung der Dialektik als philo-

sophische Methode große historische Verdienste erworben hatte. Marx übernahm jedoch nicht einfach die Hegelsche Dialektik. Hegels Dialektik steckte in einer unwissenschaftlichen, reaktionären und idealistischen Hülle, sie war in die Vergangenheit gerichtet und diente in ihrer mystifizierten Form der Rechtfertigung des Bestehenden. Für Hegel ist der dialektische Prozeß nicht eine gedankliche Widerspiegelung der in der materiellen Welt sich abspielenden Prozesse, sondern die Selbstbewegung der „absoluten Idee", eines überirdischen, von den Menschen unabhängigen und unbeeinflußbaren Begriffs. Marx überwand kritisch die Hegelsche Dialektik und schuf eine völlig neue, revolutionäre Dialektik, die Marxsche Dialektik, die nicht nur ein Instrument der Erkenntnis, sondern auch der Veränderung der Wirklichkeit ist.

> „Meine dialektische Methode", schrieb Marx, „ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts andres als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 17/18)

Marx schuf mit seiner revolutionären Dialektik das Werkzeug zur Entdeckung der die Natur und Gesellschaft bewegenden Entwicklungsgesetze, das Fundament der revolutionären Lehre, die der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Versklavung zu befreien.

Einen scharfen Kampf führten Marx und Engels auch gegen das starre, engbegrenzte metaphysische Denken, das die Dinge und ihre gedanklichen Abbilder als ein für allemal feststehende und „ewige" Gegebenheiten ansieht.

Marx und Engels wandten sich dem Leben zu. Sie sahen die Dinge und ihre geistige Widerspiegelung in ihrem Zusammenhang, ihrer Bewegung, ihrem Entstehen und Vergehen und überprüften sie in der Praxis.

> „Die Natur", so sagt Engels, „ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht, daß sie sich nicht im ewigen Einerlei eines stets wiederholten Kreises bewegt, sondern eine wirkliche Geschichte durchmacht." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 121/122)

Die materialistische Deutung der Naturerscheinungen durch Marx und Engels beruht auf der kritischen Verarbeitung des Materialismus Feuerbachs. Marx nahm aber — wie bei der Hegelschen Dialektik — nur den Grundkern des Feuerbachschen Materialismus und entwickelte ihn zu einer exakten wissenschaftlichen, philosophischen Theorie, dem modernen Materialismus, indem er alles idealistische, religiös-ethische Beiwerk abstreifte.

Mit der Entdeckung des *dialektischen Materialismus* durch Marx und Engels konnten alle Zweige der Soziologie ihres unwissenschaftlichen Charakters entkleidet und zum ersten Mal auf die Höhe der Wissenschaftlichkeit erhoben werden. Marx stellte mit der Entdeckung des dialektischen Materialismus die Wissenschaft als ein ganzes System von Erkenntnissen über unsere Umwelt

auf eine völlig neue Grundlage. Nun erst war es möglich, den Menschen ein richtiges Bild von den Vorgängen in Natur und Gesellschaft zu geben, die der Umwelt innewohnenden Entwicklungsgesetze zu ergründen und diese in den Dienst der Menschheit zu stellen.

Gemeinsam mit Friedrich Engels erforschte Marx in jahrzehntelanger wissenschaftlicher Arbeit mit der Methode des dialektischen Materialismus die menschliche Gesellschaft und deren Geschichte in ihren vielseitigen und komplizierten Wechselbeziehungen und schuf so den *historischen Materialismus,* die erste wissenschaftliche Geschichtsbetrachtung. Marx und Engels waren so imstande, die objektiven, vom Willen der Menschen unabhängigen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft aufzudecken und eine grundlegende Wandlung aller bisherigen Anschauungen über das gesellschaftliche Leben herbeizuführen. Damit wurde die Erforschung der Geschichte der menschlichen Gesellschaft zur Wissenschaft, und eine neue Epoche begann, die Epoche der bewußten und aktiven Gestaltung der Geschichte durch die Menschen selbst.

*

Marx erkannte als erster, daß die wirklichen Triebkräfte der Entwicklung der Gesellschaft aus den wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen heraus zu erklären sind, wobei die Art und Weise der Gewinnung der Mittel für den Lebensunterhalt, die für die Existenz der Menschen notwendig sind, die entscheidende Rolle spielt.

Mit dieser Erkenntnis stellte Marx die Geschichte der Menschen zum erstenmal auf ihre wirkliche Grundlage:

„. . . die handgreifliche, aber bisher total übersehene Tatsache", so sagt Engels, „daß die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also *arbeiten* müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können — diese handgreifliche Tatsache kam jetzt endlich zu ihrem geschichtlichen Recht." (Ebenda, S. 152)

Alle vormarxschen und alle bürgerlichen Historiker und Philosophen stellten und stellen die Geschichte der Menschen unwissenschaftlich und falsch dar. Sie sind nicht imstande, die wirklichen Motive und Triebkräfte der Geschichte zu erklären, weil sie die Wurzel der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht erkennen, die objektive Gesetzmäßigkeit in ihrer Entwicklung nicht erfassen und zum Teil bewußt leugnen.

Die lebensnotwendigen materiellen Güter können nur in gesellschaftlicher Produktion hergestellt werden, d. h. die Menschen können sich nicht voneinander isolieren, sondern müssen sich zu gemeinsamer Tätigkeit vereinen und in bestimmte Beziehungen zueinander treten.

Darum fragt Marx: „Was ist die Gesellschaft, welches ihre Form auch sei?" Und antwortet: „Das Produkt der gegenseitigen Aktion der Menschen." „Steht es den Menschen frei, diese oder jene soziale Form zu wählen?" „Keineswegs", sagt Marx.

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale

Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt." (Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 13)

Damit sich die Produktivkräfte erfolgreich entwickeln können, müssen sie mit den Produktionsverhältnissen, also den Formen des Eigentums an Produktionsmitteln, der Stellung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Gesellschaft und den Formen der Güterverteilung, übereinstimmen. Die Produktivkräfte geraten in der auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaft auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung in Konflikt mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, mit den Eigentumsverhältnissen der jeweiligen gesellschaftlichen Formation, die die Weiterentwicklung der Produktivkräfte hemmen. Die Übereinstimmung geht verloren und kann nur auf revolutionärem Wege, durch Schaffung neuer Produktionsverhältnisse, wiederhergestellt werden. Mit der Schaffung neuer Produktionsverhältnisse verändern sich aber auch die sozialen, politischen und geistigen Formen, mittels derer sich die Menschen des Konfliktes bewußt werden und ihn auskämpfen.

Im Kapitalismus besteht jedoch keine Übereinstimmung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Mit der Entdeckung der Mehrwerttheorie, des Grundpfeilers der ökonomischen Lehre von Marx, entschleierte Marx das wahre Verhältnis zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten als ein Ausbeutungsverhältnis, das durch die ökonomischen Beziehungen beider Klassen verhüllt ist.

Die Arbeiter, die täglich eine bestimmte Zeit für den Kapitalismus arbeiten müssen, glauben, daß sie für ihre Arbeit bezahlt werden. Tatsächlich erhalten sie in Form des Arbeitslohnes nur den Wert ihrer Arbeitskraft, während sich der Kapitalist den von ihnen darüber hinaus erzeugten Wert als Mehrwert aneignet. Der Arbeiter erhält bestenfalls den Wert der Arbeitskraft bezahlt, der ihn befähigt, seine Arbeitskraft zu erhalten. Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft des Menschen zur Ware geworden. Der Arbeiter ist gezwungen, dem Kapitalisten, dem Besitzer von Produktionsmitteln, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Damit hatte der Kapitalist in der Arbeitskraft eine Ware gefunden, die durch ihren Verbrauch im Produktionsprozeß zur Quelle des Mehrwertes wurde. Dieser Mehrwert fließt in die Taschen der Kapitalisten. Er ist die Quelle des Profites und die Quelle des Reichtums für die Kapitalistenklasse.

Karl Marx weist weiter nach, daß die verschiedenen sozialökonomischen Formationen lebende, sich entwickelnde Produktionsorganismen mit eigenen spezifischen Entstehungs- und Entwicklungsgesetzen sind. Damit wurde der Ansicht der bürgerlichen Historiker, die Geschichte sei ein planloses Durcheinander und eine Ansammlung von Zufälligkeiten, ein Ende bereitet.

Marx erkannte, daß die ökonomischen Gesetze objektiven Charakter besitzen, es sind Gesetze der gesellschaftlichen Produktion, unabhängig vom Bewußtsein der Menschen wirksam. Mit dieser Feststellung legte er gleichzeitig dar, daß die Menschen die objektiven Gesetze zwar erkennen und anwenden, aber nicht verändern können.

„Auch wenn eine Gesellschaft *dem Naturgesetz ihrer Bewegung* auf die Spur gekommen ist . . .", so heißt es im „Kapital", „kann sie naturgemäße

Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 7/8)

Genosse Stalin hat diese theoretischen Lehrsätze in seinem neuen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" in genialer Weise weiterentwickelt. In vollendeter Form und mit erschöpfender Klarheit behandelt Genosse Stalin in diesem Werk den objektiven Charakter der Gesetze der Wissenschaft, insbesondere den Charakter der ökonomischen Gesetze im Sozialismus. Stalin geißelt scharf die idealistischen Vorstellungen derjenigen, die angesichts der besonderen Rolle des sozialistischen Staates annehmen, es sei möglich, die bestehenden Gesetze umzuwandeln oder neue zu schaffen.

„Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, . . . aber sie können sie nicht umstoßen oder neue ökonomische Gesetze schaffen." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, Seite 5/6)

Marx und Engels wehrten sich entschieden gegen die in der Geschichte des Marxismus immer wieder auftauchende Auffassung, als ob die gesellschaftliche Produktion das allein bestimmende Moment in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens sei.

„Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung", sagt Engels, „beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Lage *Ursache, allein aktiv* ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der *in letzter Instanz* stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 474/475)

Diese Erkenntnis besitzt für den Kampf der Arbeiterklasse entscheidende Bedeutung. Ist sie doch der Ausgangspunkt für die richtige Darstellung der Rolle der Ideen, Vorstellungen usw. und ihrer Aufgaben.

Genosse Stalin hat in seinem Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" die aktive Rolle der politischen, juristischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen Anschauungen der Gesellschaft und der ihnen entsprechenden politischen, juristischen und anderen Institutionen, kurz des Überbaus, der von der Basis hervorgebracht wird, wissenschaftlich begründet und eindeutig klargestellt.

„. . . einmal auf die Welt gekommen", sagt Stalin, „wird er zu einer gewaltigen aktiven Kraft, trägt er aktiv dazu bei, daß seine Basis ihre bestimmte Form annimmt und sich festigt, trifft er alle Maßnahmen, um der neuen Gesellschaftsordnung zu helfen, der alten Basis und den alten Klassen den Rest zu geben und sie zu beseitigen." (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 6)

*

Indem Marx die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse in allen ihren Gegensätzen und Widersprüchen untersuchte, legte er den Weg der Entwicklung und des Verfalls der ökonomischen Gesellschaftsformationen frei. Er bewies gleichzeitig, daß alle bisherigen gesellschaftlichen Formationen außer

der Urgemeinschaft auf Grund ihrer exakt bestimmbaren gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in verschiedene Klassen aufgespalten sind und daß seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden die ganze Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist. Im Kommunistischen Manifest heißt es:

„Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 24)

Marx weist nach, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Klassenkampf eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft *für immer* von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien. Hier wird deutlich sichtbar, welche umwälzende Bedeutung die Lehre von Marx für die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft besitzt. Nach Marx' eigenen Worten gebührt ihm jedoch nicht das Verdienst,

„... die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang *zur Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet ..." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 425)

Es kommt also nicht nur darauf an, die Existenz der Klassen und den Klassenkampf anzuerkennen, das taten sowohl bürgerliche Historiker als auch die rechten Opportunisten in der alten Sozialdemokratie (wie z. B. Kautsky, Bernstein und andere). Es kommt vielmehr darauf an, konsequent für das Proletariat Partei zu ergreifen und aus der Tatsache des Klassenkampfes die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, nämlich anzuerkennen, „daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt". Lenin bezeichnete die Anerkennung der Diktatur des Proletariats als den entscheidenden Prüfstein für jeden Marxisten.

„Wer *nur* den Klassenkampf anerkennt", sagt Lenin, „der ist noch kein Marxist ... Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken, heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt.*" (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 182)

Marx bestimmte das Wesen und den Charakter der Diktatur des Proletariats als eine Übergangsform des proletarischen Staates vom Kapitalismus zur klassenlosen Gesellschaft.

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*" (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 25)

Die proletarische Bewegung ist die Bewegung der Mehrheit eines Volkes im Interesse dieser Mehrheit. Es ist ihr Ziel, das Proletariat zur herrschenden Klasse zu erheben, alle Produktionsinstrumente und alles Kapital in die Hände des proletarischen Staates zu überführen und so den Grundwiderspruch des Kapitalismus zu lösen, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte, indem es die private Aneignung in gesellschaftliche Aneignung umwandelt.

Damit wird die Bahn freigemacht für eine rasche Vermehrung der Produktionskräfte im Interesse aller Werktätigen. Mit der Diktatur des Proletariats wird daher die erste wirkliche demokratische Staatsform geschaffen, nämlich die Demokratie für die ungeheure Mehrheit des Volkes. Lenin sagte:

„*Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 225)

Nur auf diese Weise kann die historische Mission der Arbeiterklasse verwirklicht und ihr Sieg über ihre Ausbeuter und Unterdrücker endgültig gesichert werden.

*

Als sich 1847 das Schwergewicht der revolutionären Bewegung nach Deutschland verlagerte, als Deutschland am Vorabend der bürgerlichen Revolution stand, verkündeten Marx und Engels die historische Mission der Arbeiterklasse. Sie stellten ihr in dem 1848 erschienenen *Kommunistischen Manifest* die Aufgabe, die alte, auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhende Ordnung zu stürzen und eine neue Gesellschaftsordnung frei vereinter Produzenten aufzubauen. In diesem grandiosen Kampfprogramm der Arbeiterklasse, „der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus", wie Lenin es nannte, ist mit

„. . . genialer Klarheit und Anschaulichkeit . . . die neue Weltanschauung dargestellt: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als umfassendste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen revolutionären Rolle des Proletariats, des Schöpfers der neuen, der kommunistischen Gesellschaft." (Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", S. 9)

Im Kommunistischen Manifest fanden die Erfahrungen des Klassenkampfes im allgemeinen und des Kampfes des Proletariats im besonderen ihre theoretische Verallgemeinerung. Dort wird das Klassenverhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie geklärt und die nationale Stellung der Arbeiterklasse bestimmt.

„Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 40)

Im revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Versklavung entreißen die Werktätigen der Bourgeoisie das Vaterland, stellen sich an die Spitze der Nation und schaffen sich ihren eigenen, den proletarischen Staat.

In diesem Sinne ist die Arbeiterklasse national. Diese nationale Position ist weit entfernt von dem verlogenen und heuchlerischen Nationalismus der Bourgeoisie, die unter der Maske der „Vaterlandsverteidigung", in Wirklichkeit aber im Interesse ihrer Profite, die Werktätigen verschiedener Nationen in blutige ungerechte Eroberungskriege zu stürzen und ihre Aufmerksamkeit vom revolutionären Klassenkampf abzulenken sucht.

Marx und Engels setzten der nationalen Heuchelei der Bourgeoisie die Losung des proletarischen Internationalismus:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch"

entgegen, als Ausdruck des gemeinsamen Kampfes des Proletariats aller Länder und Erdteile um ihr Vaterland, um eine neue Gesellschaftsordnung.

Im Kommunistischen Manifest erklären Marx und Engels auch die Taktik des entschiedensten und fortschrittlichsten Teiles der Arbeiterklasse, der Kommunisten, in der bürgerlichen Revolution und rufen sie auf, mit der Bourgeoisie — soweit sie revolutionär auftritt — gegen die absolute Monarchie und das feudale Grundeigentum zu kämpfen.

Aber Marx und Engels lassen keinen Zweifel über den grundsätzlichen und feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat aufkommen. Sie fordern die ununterbrochene Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und die Benutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen als Waffe gegen die Bourgeoisie,

„... damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt". (Ebenda, S. 54)

Marx und Engels maßen dem ideologischen Kampf größte Bedeutung bei. Ein großer Abschnitt des Kommunistischen Manifestes ist den Ideen ihrer Zeit gewidmet.

Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 und der weitere Verlauf der Klassenkämpfe in Europa, verbunden mit der revolutionären theoretischen und praktischen Tätigkeit Marx' und Engels', versetzten all den buntscheckigen Formen des vormarxschen Sozialismus den Todesstoß und führten zum endgültigen Siege des Marxismus, des wissenschaftlichen Sozialismus, in der Arbeiterbewegung. Der Sozialismus ist nun keine Utopie, kein Hirngespinst von Träumern oder „edelgesinnten Persönlichkeiten", sondern eine Wissenschaft.

In seinem Lebenswerk „Das Kapital" erklärt Karl Marx das Wesen dieser Wissenschaft. Er deckt die ökonomischen Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus auf, analysiert die auf Ausbeutung beruhende kapitalistische Klassengesellschaft und begründet tief wissenschaftlich, daß die Arbeiterklasse jene gesellschaftliche Kraft ist, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden. Unwiderlegbar beweist Marx die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus und seines Überganges zum Kommunismus.

Als theoretische Grundlage der modernen Arbeiterbewegung zeichnet sich der Marxismus durch seinen revolutionären Geist, durch Parteilichkeit und Aktivität aus.

Waren früher die Politik und die Philosophie die Angelegenheit von „Auserwählten", die vom Leben und vom Volk losgelöst arbeiteten und deren Lehren nur dazu dienten, die „gegebenen" Zustände zu rechtfertigen und zu verewigen, so wurden sie jetzt zu einer wissenschaftlichen Waffe in den Händen der um ihre Befreiung vom Kapitalismus kämpfenden Arbeiterklasse und der Volksmassen. Die untrennbare Einheit von Theorie und Praxis ist ein charakteristischer Zug des Marxismus.

Marx und Engels waren keine Buchstabengelehrten. Für sie war die Theorie nicht Selbstzweck, sondern eine revolutionäre Kraft, die nur in Verbindung mit der revolutionären Praxis ihrer Berufung gerecht wird. Ihnen kam es darauf an, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen.

„Die Philosophen", erklärte Marx, „haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*." (Ebenda, S. 378)

Als anerkannter Führer der internationalen Arbeiterklasse erwarb sich Marx internationale Autorität.

„‚Marx', so schrieb Engels ..., ‚hat sich durch theoretische und praktische Leistungen die Stellung erobert, daß die besten Leute aller Arbeiterbewegungen in den verschiedenen Ländern volles Vertrauen in ihn haben. Sie wenden sich an ihn in entscheidenden Momenten um Rat und finden dann gewöhnlich, daß sein Rat der beste ist.'" (G. Mayer, „Friedrich Engels — eine Biographie", Bd. II, Haag 1934, S. 383/384)

Marx und Engels setzten sich besonders mit jenen Anschauungen und „Theorien" kämpferisch auseinander, die den Kampf und den Entwicklungsweg der jungen Arbeiterbewegung in Europa auf Irrwege zu leiten versuchten.

Scharf und unerbittlich geißelten Marx und Engels jegliche Verflachung, Vulgarisierung und Verfälschung ihrer Lehren. Konsequent wandten sie sich gegen das Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterklasse. Schonungslos führten Marx und Engels den Kampf gegen die Opportunisten aller Schattierungen in der Sozialdemokratie, „gegen gebildete Klugscheißer und Leute in bürgerlichen Stellungen ..., die mit dem Sozialismus liebäugeln". Diese Leute bezeichnete Engels als die „gefährlichsten Leute",

„... die Marx und ich seit 1845 in einem fort bekämpft haben. Hat man sie einmal in der Partei zugelassen, wo sie sich überall vordrängen, so muß in einem fort vertuscht werden, weil ihr kleinbürgerlicher Standpunkt jeden Augenblick mit dem der proletarischen Massen in Zwist gerät oder sie diesen verfälschen wollen." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere", Teil I, Verlagsgenossenschaft ausl. Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1933, S. 396/397)

In dieser entschiedenen und parteilichen Haltung Marx' und Engels' spiegelt sich das Grundprinzip des Marxismus wider.

Der Marxismus lehrt, daß es in der Klassengesellschaft keine über den Klassen stehende Wissenschaft und Philosophie gibt. Jedes philosophische System drückt nicht nur den Standpunkt einer bestimmten Klasse, sondern auch einer bestimmten Partei der Klasse aus. Lenin schrieb:

„Die neueste Philosophie ist genauso parteilich wie die vor zweitausend Jahren. Die kämpfenden Parteien sind dem Wesen der Sache nach, das durch

gelahrt-quacksalberische neue Namen oder durch geistesarme Unparteilichkeit verhüllt wird, der Materialismus und der Idealismus." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 349)

Der „Objektivismus" der bürgerlichen Wissenschaft, der die Geschichte lediglich als einen notwendigen Prozeß betrachtet, die Erscheinungen nur konstatiert und registriert, ist nur eine Erscheinungsform der Parteilichkeit der bürgerlichen Wissenschaft, deren Sinn in der Rechtfertigung und Verewigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung besteht. Der Marxismus aber vertritt konsequent den Klassenstandpunkt und ist von Anfang bis Ende von kämpferischer Parteilichkeit durchdrungen.

Marx und Engels stellten sich bei der Beurteilung aller Erscheinungen und Ereignisse in der Geschichte entschieden auf den Standpunkt der Arbeiterklasse. Daraus gilt es für uns zu lernen. Die Entlarvung und Überwindung des Sozialdemokratismus, der heute spezifischen Form des Einflusses der bürgerlichen und imperialistischen Ideologie auf die Arbeiterklasse, ist von entscheidender Bedeutung für den sozialen und nationalen Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Die rechten Führer der Sozialdemokratie haben sich endgültig von Marx und Engels abgewandt und sind zu einer völlig entarteten Clique von Verrätern an den Interessen der Arbeiterklasse, zu offenen Agenturen des amerikanischen Imperialismus herabgesunken. Mit ihren Phantasien vom „demokratischen Sozialismus" und von der „dritten Kraft", mit ihren „Theorien" vom „Klassenfrieden" und vom „klassenlosen Charakter" des imperialistischen Staates, tragen sie die imperialistische Ideologie in die Reihen der Arbeiterklasse.

Es gibt aber nur eines, „bürgerliche oder sozialistische Ideologie", lehrt uns Lenin, „ein Mittelding gibt es hier nicht ... Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr, zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie."

*

Der Marxismus ist kein starres System endgültiger, unveränderlicher Formeln und Lehrsätze. *Im Gegenteil, der Marxismus ist ein Feind jedes Dogmatismus.* Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Darin liegt seine *Bedeutung* und seine Wirkung auf die Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Er *erklärt* nicht nur, sondern er veranlaßt die Menschen zum Handeln. Der Marxismus „veraltet" nicht und „überholt" sich nicht. Er wird entsprechend der fortschreitenden Entwicklung in der Natur und der Gesellschaft ständig durch neue Erkenntnisse bereichert und vervollkommnet. Seine Schlußfolgerungen und Leitsätze verändern sich im Laufe der Zeit entsprechend der jeweiligen historischen Situation und müssen durch neue Schlußfolgerungen und Leitsätze ersetzt werden.

So lehren es Marx und Engels, so lehren es uns Lenin und Stalin, die Marx' Lehre weiterentwickelten und verwirklichten, damit das Gesicht eines Sechstels der Erde veränderten und viele andere Völker auf den Weg zum Sozialismus brachten.

Stalin hat — ebenso wie Lenin — in jeder neuen Etappe des Kampfes für den Sozialismus, das jeweils Erreichte theoretisch gründlich verarbeitet und in schöpferischer Weiterentwicklung des Marxismus die neuen Aufgaben und den Weg zu dem gesteckten Ziel festgelegt. In der schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus zerschlug Lenin alle „Theorien" von der Klassen-

versöhnung der Revisionisten der II. Internationale und stellte den Marxismus im unversöhnlichen Kampf gegen alle Abweichungen in seiner vollen Reinheit wieder her. Lenin bereicherte den Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Er schuf die ideologischen, organisatorischen, politischen und theoretischen Voraussetzungen für die Bildung einer revolutionären Kampfpartei des Proletariats. Auf Grund seiner Analyse des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus, entwickelte er seine Lehre von der proletarischen Revolution, von der Diktatur des Proletariats und bewies, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich ist.

Stalin ist der Mitbegründer des Leninismus, des Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Das hervorragendste historische Verdienst Stalins ist die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in der Epoche des siegreichen Aufbaus des Sozialismus und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus, in der Epoche des Sieges der Werktätigen über den Kapitalismus in einer ganzen Reihe von Ländern Europas und Asiens, in der Epoche der sich ständig verschärfenden allgemeinen Krise, des endgültigen Niederganges des Kapitalismus. Stalin hat viele grundlegende Fragen des Marxismus-Leninismus begründet und zu geschlossenen Theorien ausgearbeitet, darunter auch die marxistische Lehre von der nationalen Frage.

Stalins schöpferische Bereicherung des Marxismus ist schließlich die Entdeckung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus und des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Er beantwortete alle neu auftauchenden theoretischen und praktischen Fragen des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaftsordnung und stellte neue Lehrsätze für den Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen imperialistische Unterdrückung, Versklavung und Kriegsdrohung auf. Lenin und Stalin stehen dabei auf dem ehernen und unerschütterlichen Fundament, das Marx und Engels schufen. Es ist das große welthistorische Verdienst von Karl Marx und Friedrich Engels, daß sie als erste die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus und seines Überganges zum Kommunismus, in dem es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt, bewiesen haben, daß sie als erste die Rolle, Aufgabe und Berufung der internationalen Arbeiterklasse aufgezeigt haben: sich zum revolutionären Kampf gegen das Kapital zu erheben und in diesem Kampfe alle Werktätigen und Ausgebeuteten um sich zu vereinigen.

Die Lehre von Karl Marx hat ihre Bedeutung in der Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft dadurch erhalten, daß bereits mehr als 800 Millionen Menschen für ihre Verwirklichung kämpfen und das Gesicht der Erde verändern. Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie richtig ist.

Walter Ulbricht

Die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin und Stalin

In diesem Jahre gedenkt die deutsche Nation, und mit ihr die klassenbewußten Arbeiter aller Länder, des 135. Geburtstages und des 70. Todestages des größten Deutschen — Karl Marx.

Karl Marx und Friedrich Engels sind die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Im „Manifest der Kommunistischen Partei", der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, begründeten sie vor der Arbeiterklasse aller Länder das Programm der Befreiung des Proletariats von kapitalistischer Knechtschaft. Sie begründeten die geschichtliche Aufgabe des Proletariats, die Bourgeoisherrschaft zu stürzen und die politische Macht zu erobern, um die sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Zur damaligen Zeit herrschte in Deutschland die feudale Militärkaste, in Rußland der Zarismus, in den kolonialen und halbkolonialen Ländern knechteten ausländische kapitalistische Herrscher und die einheimischen Grundbesitzer das Volk. Das Proletariat hatte kein Vaterland.

Seit dieser Zeit, da Karl Marx den Proletariern aller Länder verkündete, daß sie eine Welt zu gewinnen haben, und sie aufforderte: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!", sind 105 Jahre vergangen, eine in der weltgeschichtlichen Entwicklung kurze Zeit. Aber in diesen Zeitabschnitt fällt die Weltwende, die im Jahre 1917 durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland unter der Führung Lenins und Stalins eingeleitet wurde. Auf einem Sechstel des Erdballs wurden die Grundsätze des „Manifestes der Kommunistischen Partei" Wirklichkeit. Geführt von Lenin und Stalin hat die KPdSU die Lehre über den Weg zum Sieg des Sozialismus und den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus im Leben verwirklicht. Und auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion konnte Genosse Stalin erklären, daß nunmehr die Stoßbrigaden der Revolution in den weiten Gebieten von China bis Ungarn gesiegt haben. Das Banner des sozialistischen Aufbaus leuchtet heute, 105 Jahre nach Verkündung des „Manifestes der Kommunistischen Partei", von Peking bis Berlin.

Diese weltgeschichtlichen Siege wurden errungen dank der Weiterentwicklung der Lehre von Marx und Engels durch Lenin und Stalin. Vom Bund der Kommunisten im Jahre 1847, dessen Sekretär Friedrich Engels war, zur mächtigen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die den Sozialismus zum Siege geführt und auf Grund der genialen Lehren Stalins den Aufbau des Kommunismus in Angriff genommen hat, ist ein langer Weg harter Kämpfe, schwerer Opfer und herrlicher Siege. Weil „Lenin und die Leninisten die marxistische Theorie weiterführten, ist der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus, ist er der Marxismus unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfs des Proletariats, der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, der Marxismus der Epoche des Sieges des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde".*)

Das Statut des Bundes der Kommunisten vom Jahre 1847 enthielt die ersten Richtlinien für die Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Das auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angenommene Statut enthält die Grundsätze und Richtlinien der Arbeit der Kommunistischen Partei, die auf Grund jahrzehntelanger theoretischer Erkennt-

*) „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 445

nisse und praktischer Erfahrungen nunmehr wissenschaftlich formuliert wurden.

Karl Marx und Friedrich Engels haben den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt, indem sie die Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus ausarbeiteten und wissenschaftlich begründeten, daß es die geschichtliche Aufgabe des Proletariats ist, durch die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats den Weg freizumachen zum Siege des Sozialismus und zum Übergang zum Kommunismus. Lenin und Stalin haben die Marxsche Lehre gegenüber allen Verfälschungsversuchen bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker in ihrem wahren Inhalt erhalten und verteidigt, schöpferisch weiterentwickelt und, geleitet vom Marxismus-Leninismus, das russische Proletariat zum Siege der sozialistischen Gesellschaftsordnung geführt. In der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", dem Stalinschen Lehrbuch von der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse, dem großen Lehrbuch, das uns die schöpferische Weiterentwicklung der Lehre von Marx durch Lenin und Stalin vermittelt, wird den kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse aller Länder die wissenschaftliche Anleitung zur Erfüllung ihrer großen Kampfaufgaben gegeben. „Unsere Lehre", sagte schon Friedrich Engels, „ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln."

Josef Wissarionowitsch Stalin hat in seinem genialen Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" das Wesen des Marxismus wie folgt formuliert:

> „Der Marxismus ist die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft." (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 65)

Eine gewaltige Bereicherung der Marxschen Wissenschaft stellt das klassische Werk Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" dar, in dem Stalin den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze aufzeigte und das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus sowie das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus entdeckte. In diesem Werk bewies er die gesetzmäßige, geschichtliche Notwendigkeit des Sturzes des in seiner Niedergangsperiode befindlichen Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus.

Die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin bedeutete eine Umwälzung nicht nur der Gesellschaftswissenschaften, sondern aller Wissenschaften. Von der Aufdeckung der Bewegungsgesetze der geschichtlichen Entwicklung führte der Weg auf einem Sechstel des Erdballs zur Ausnutzung dieser Gesetze im revolutionären Kampf um den Sieg des Proletariats durch Lenin und Stalin, und weiter führte der Weg zur heutigen Höhe aller Zweige der Sowjetwissenschaft, die für die fortschrittliche Wissenschaft in der ganzen Welt wegweisend geworden ist.

Die Wiederherstellung der wahren Lehre von Karl Marx durch Lenin

Nach der Veröffentlichung des „Manifestes der Kommunistischen Partei" und des ersten Bandes des „Kapitals" erkannten die Ideologen des Kapitalismus sehr bald die Gefahr dieser wissenschaftlichen Lehre für die Ausbeuter-

gesellschaft. Deshalb gingen sie dazu über, mit Hilfe kleinbürgerlicher Elemente in der Sozialdemokratie die Marxsche Lehre zu verfälschen. Die Gruppe der „Marxverbesserer", der Revisionisten — in Deutschland die Bernsteinianer, in Rußland die Ökonomisten — suchte die Arbeiterbewegung von innen zu lähmen.

Lenin zeigte auf, daß die „Ökonomisten" und Revisionisten die Arbeiter täuschen, wenn sie behaupten, die sozialistische Ideologie entspringe der spontanen Bewegung. Die sozialistische Ideologie entspringt der Wissenschaft, die in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß. Lenin sagt:

> „Kann nun einmal von einer selbständigen, von den Arbeitermassen selber im Verlaufe der Bewegung ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein, so kann die Frage *nur so* stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht ... Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes Abschwenken* von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 207/208)

Die Opportunisten Bernsteinscher Richtung, die in Deutschland als Revisionisten des Marxismus auftraten, suchten die revolutionäre Arbeiterpartei in eine bürgerliche Reformpartei umzuwandeln, die auf das Endziel des revolutionären Proletariats, den Sozialismus, verzichtet. Unter der Losung „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts" waren die Revisionisten bestrebt, die Grundinteressen der Arbeiterklasse, wie sie Marx aufgezeigt hatte, für vermeintliche Augenblicksvorteile zu verraten. Während Lenin frühzeitig erkannte, daß die Periode des Imperialismus die Periode der Kriege und Revolutionen ist, behaupteten die Revisionisten, daß sich in der Periode des Imperialismus die kapitalistischen Widersprüche abschwächen. Die Bildung von großen Monopolen, so erklärte Bernstein, bedeute eine Demokratisierung des Kapitals, die Marxsche Krisentheorie verliere ihre Gültigkeit.

Lenin entlarvte in seinem Artikel „Marxismus und Revisionismus" die antimarxistische Behauptung Bernsteins, daß das allgemeine Wahlrecht und die in der bürgerlichen Demokratie gewährten Freiheiten dem Klassenkampf den Boden entziehen. Lenin bewies, daß die bürgerliche Demokratie eine Form der Klassenherrschaft, der Diktatur der Bourgeoisie, ist. In seinem genialen Werk „Staat und Revolution" entwickelte Lenin die Lehre von Karl Marx über den Staat und über die Diktatur des Proletariats auf Grund der Erfahrungen der russischen Arbeiterklasse weiter und begründete, warum die kapitalistische Staatsmacht zerschlagen werden muß. Gegenüber der Fälschung der Marxschen Lehre durch Karl Kautsky bewies Lenin, daß Marx und Engels im Brief an Weydemeyer und in anderen Arbeiten grundsätzlich erklärt haben, daß die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Lenin protestierte gegen das Geschwätz Kautskys von der „reinen Demokratie", der keinen Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie sah, und erklärte:

> „Das übersehen konnte nur ein Mensch, der unfähig ist, *die Frage* vom Standpunkt der *unterdrückten* Klassen *zu stellen*." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 429)

Lenin hob hervor:

„Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt.*" (Ebenda, S. 182)

In seinem bedeutenden wissenschaftlichen Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" gab Lenin eine tiefgehende marxistische Analyse des Imperialismus als der Periode von Kriegen und Revolutionen. Dieses Leninsche Werk ist auch heute die Grundlage für die Orientierung der Arbeiterklasse im Kampf um die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens, der nur möglich ist, wenn der Imperialismus vernichtet wird.

Die deutschen Opportunisten mit Kautsky an der Spitze versuchten, den aggressiven Charakter, die Raubgier des Finanzkapitals zu vertuschen, indem sie behaupteten, daß Annexionen die vom Finanzkapital „bevorzugte Politik" seien. Lenin bewies jedoch, daß es überhaupt keine monopolkapitalistische Herrschaft ohne gewalttätige und annexionistische Politik gibt.

Die Analyse der wachsenden Widersprüche in der Periode des Imperialismus und der sich zuspitzenden revolutionären Kämpfe ist eng mit der nationalen Frage, mit dem Kampf der unterdrückten und abhängigen Völker um ihre Befreiung verbunden. Zur Zeit von Marx und Engels stand in Deutschland die Frage der Schaffung des deutschen Nationalstaates auf der Tagesordnung. Dieser Kampf wurde von den fortschrittlichen Kreisen der Bourgeoisie gegen die feudalen Kräfte geführt. In der Periode des Imperialismus, unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopolkapitals, ist jedoch die nationale Frage ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus geworden. In dieser neuen Periode haben Lenin und Stalin die marxistische Theorie über die nationale Frage weiterentwickelt und das Recht der Nationen auf völlige Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts der Lostrennung, proklamiert.

Lenin sah die weitere Entwicklung des Kampfes gegen den Opportunismus voraus, als er schrieb, daß der ideologische Kampf des revolutionären Marxismus gegen den Revisionismus am Ende des 19. Jahrhunderts nur eine Vorstufe der großen revolutionären Schlachten des Proletariats bedeutet. So war es in der Tat. Die rechten sozialdemokratischen Führer aller Länder sind in der Zeit des ersten Weltkrieges offen auf die Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisie übergegangen. Sie haben den Sozialismus völlig preisgegeben, was sich gegenwärtig vor allem darin zeigt, daß sie im Dienste der Bourgeoisie die Verleumdungskampagne gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie und gegen die Deutsche Demokratische Republik führen. Neben der Unterstützung des einheimischen Imperialismus sind sie zu Helfershelfern des amerikanischen Imperialismus geworden, die die Interessen der Arbeiterklasse und der eigenen Nation preisgegeben haben.

Indem Lenin und Stalin die marxistische Lehre in ihrer Reinheit wiederherstellten und in der neuen Periode der geschichtlichen Entwicklung, der Periode des Imperialismus, weiterentwickelten, und indem sie die neuen Kampfaufgaben der Partei des revolutionären Proletariats unter den veränderten Bedingungen formulierten, schmiedeten sie in Rußland die bolschewistische Partei, die fähig war, die Arbeiterklasse in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum Siege zu führen, während es in Deutschland der Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung der Bourgeoisie ermöglichte, in der Krise nach dem ersten Weltkrieg ihre Machtpositionen zu retten, das verbrecherische Hitlerregime aufzurichten und den zweiten Weltkrieg zu entfachen.

Lenin und Stalin — die Begründer der revolutionären Partei der Arbeiterklasse

Karl Marx und Friedrich Engels lehrten die Vorhut der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, sich zu einer revolutionären Partei des Proletariats zusammenzuschließen. Das Statut der Kommunistischen Partei, das von Karl Marx und Friedrich Engels ausgearbeitet wurde, zeigt, welche Anstrengungen Marx und Engels unternommen haben, um die Vorhut der Arbeiterklasse selbständig zu organisieren, sie von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Organisationen zu trennen.

Die Theorie über die Rolle der Partei der Arbeiterklasse konnten jedoch erst Lenin und Stalin in der Periode des Imperialismus entwickeln, wo die Aufgabe stand, nicht nur die revolutionären Kräfte zu sammeln, sondern eine Kampforganisation neuen Typus zu schaffen, die imstande ist, die Feste der imperialistischen Machthaber zu stürmen. Lenin hat in „Was tun?", in „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" und anderen bedeutenden Werken die Lehre von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse ausgearbeitet.

Theorie und Politik der revolutionären Partei des Proletariats wurden in Rußland entwickelt, weil gerade dieses Land nach der Jahrhundertwende zum Knotenpunkt der imperialistischen Widersprüche geworden war. Die Herrschaft des Finanzkapitals war dort mit der Despotie des Zarismus verbunden. Die russischen Werktätigen wurden nicht nur von den eigenen Kapitalisten ausgebeutet, sondern auch von den englischen, französischen und belgischen Finanzherren, die die Schwerindustrie Rußlands beherrschten. Dazu kam die brutale nationale Unterdrückung der Völker durch den russischen Zarismus.

Um unter den schwierigen Bedingungen des Imperialismus die Macht zu erringen, braucht das Proletariat eine Partei, die die revolutionäre Theorie beherrscht und genügend Erfahrungen im Klassenkampf hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen einer revolutionären Situation zurechtzufinden und die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern zum Siege zu führen. „Diese neue Partei ist die Partei des Leninismus", sagte Genosse Stalin*). In seinen Vorlesungen an der Swerdlow-Universität im April 1924 gab Genosse Stalin eine umfassende Charakteristik der Partei neuen Typus. Die Grundsätze der Partei neuen Typus wurden von Lenin und Stalin im schärfsten, unermüdlichen Kampf gegen die Menschewiki ausgearbeitet. Im Kampf gegen die Trotzkisten, die Bucharinleute und andere Agenten schmiedeten Lenin und Stalin die bolschewistische Partei zu stählerner Einheit. Indem Lenin und Stalin die Partei der Bolschewiki zu der scharfen Waffe entwickelten, die das Proletariat brauchte, schufen sie die Grundbedingung für den Sieg des russischen Proletariats in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, und auch für den Sieg der Sowjetvölker im Großen Vaterländischen Krieg gegen Hitlerdeutschland und für den Sieg des Sozialismus in anderen Ländern.

Lenin und Stalin — die größten Philosophen unserer Epoche

Karl Marx hat die Wissenschaft von den Gesetzen der Entwicklung in Natur und Gesellschaft und des menschlichen Denkens begründet. Indem Karl Marx und Friedrich Engels das gesellschaftliche Bewußtsein aus dem gesellschaftlichen Sein erklärten, gelangten sie zur materialistischen Geschichtsauffassung.

*) J. Stalin „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 87

In seinem genialen Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" entwickelte Lenin die marxistische Erkenntnistheorie weiter. In der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" gab Genosse Stalin im Abschnitt „Über dialektischen und historischen Materialismus" eine zusammenhängende wissenschaftliche Darstellung der Lehre von der materialistischen Dialektik, von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung. Er zog die Schlußfolgerung:

„Also darf sich die Partei des Proletariats in ihrer praktischen Tätigkeit nicht von irgendwelchen zufälligen Beweggründen leiten lassen, sondern muß sich von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, von praktischen Schlußfolgerungen aus diesen Gesetzen leiten lassen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Kurzer Lehrgang", S. 144)

In dem philosophischen Werk Stalins „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" wird die Frage des Verhältnisses von Basis und Überbau beantwortet. Genosse Stalin lehrt, daß sich die Produktivkräfte in einem Zustande der ständigen Veränderung befinden, die zur ständigen Veränderung der gesamten Gesellschaftsordnung führen:

„Folglich sind die Produktivkräfte nicht nur das beweglichste und revolutionärste Element der Produktion. Sie sind gleichzeitig auch das bestimmende Element der Entwicklung der Produktion." (Ebenda, S. 154/155)

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse kann nicht allzu lange hinter der Entwicklung der Produktivkräfte einherhinken. Das Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte muß sich durchsetzen.

Sowohl die Basis wie auch der Überbau haben Klassencharakter. Genosse Stalin lehrt, daß der Überbau, einmal geschaffen, aktiv bei der Herausbildung und Festigung der neuen Gesellschaftsordnung hilft und ein bedeutender Faktor bei der vollkommenen Beseitigung der alten Klassen und der alten Basis ist.

Diese Lehre von der aktiven Rolle des Überbaus hat für alle Völker, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges durch die siegreiche Sowjetarmee befreit wurden, große Bedeutung. Die Aufgabe des Überbaus in den Ländern der Volksdemokratie wie in der Deutschen Demokratischen Republik ist es, den Widerstand der alten Ausbeuterklassen zu brechen und den Aufbau des Sozialismus zu organisieren. Die Beratungen und Beschlüsse des XIX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion geben ein Beispiel dafür, welch große Bedeutung dem Überbau beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus zukommt.

Die schöpferische wissenschaftliche Leistung von Lenin und Stalin auf dem Gebiete der politischen Ökonomie

Karl Marx und Friedrich Engels haben die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erforscht. Karl Marx hat im „Kapital" das ökonomische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft enthüllt. Karl Marx kam zur Schlußfolgerung, daß die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische unvermeidlich ist. Marx wies nach, daß mit der abnehmenden Zahl der großen Kapitalisten gleichzeitig das Elend und die Knechtschaft der Werktätigen wachsen, aber auch

„... die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das *Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise,* die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. *Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert".* (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 803)

Das geniale Werk von Karl Marx analysierte die kapitalistische Entwicklung unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Die Analyse der folgenden Periode, der des monopolistischen Kapitalismus, war eine der größten wissenschaftlichen Leistungen Wladimir Iljitsch Lenins. In seinem grundlegenden Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" charakterisierte Lenin den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß der Kapitalismus von selbst stirbt. Lenin hob hervor, daß es die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse ist, unter der Führung ihrer revolutionären Partei die kapitalistische Klassenherrschaft zu stürzen. Lenin bewies die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege. Er entdeckte das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder und bewies die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande.

Genosse Stalin hat auf der Grundlage der Leninschen Theorie über den Imperialismus das Gesetz der allgemeinen Krise des Kapitalismus entdeckt. In seiner Rede auf dem XVI. Parteitag zeigte er die vier Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf. In seinem letzten großen wissenschaftlichen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" analysierte Genosse Stalin die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg. Das wichtigste ökonomische Ergebnis des zweiten Weltkrieges ist der Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes. Es gibt zwei Weltmärkte: einen kapitalistischen Weltmarkt, der sich immer mehr verengt, und einen Weltmarkt der demokratischen Länder, der die ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur Grundlage hat. Die ökonomische Politik des modernen Kapitalismus ist geleitet vom Drang nach höchsten Profiten. In der aggressiven Politik der herrschenden monopolkapitalistischen Kreise der USA kommt das besonders kraß zum Ausdruck.

Für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse hat die Entdeckung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus durch Genossen Stalin eine große Bedeutung. Dieses Gesetz lautet:

„Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 39/40)

Das größte geschichtliche Verdienst J. W. Stalins besteht darin, daß er das Werk Lenins fortsetzte und eine zusammenfassende Theorie des sozialistischen

Aufbaus und des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus entwickelte. Stalin hat das Sowjetvolk zum Siege des Sozialismus geführt. Seine Direktiven über die Verwandlung des Sowjetlandes aus einem Agrarland in ein Industrieland, über die neuen Probleme der sozialistischen Industrie, über die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Entwicklung der genossenschaftlichen Großlandwirtschaftsbetriebe zeigten der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern den Weg, um die neuen Aufgaben des Sozialismus zu meistern. Nachdem Genosse Stalin die Theorie der Kollektivierung, der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, ausgearbeitet hatte, begründete er die weitere Entwicklung in der Landwirtschaft zum Kommunismus. In seinem Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" wies Genosse Stalin nach, daß auch die Gesetze der politischen Ökonomie objektiven Charakter haben, daß sie Gesetzmäßigkeiten von Prozessen widerspiegeln, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollziehen. Im Unterschied zu den Gesetzen der Natur haben die ökonomischen Gesetze oft nur für kurze Dauer Gültigkeit.

Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse setzte sich in der Sowjetunion das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft durch. Genosse Stalin betonte, daß dieses Gesetz nicht mit den Fünfjahrplänen und anderen Volkswirtschaftsplänen verwechselt werden dürfe. In der sozialistischen Gesellschaft wird das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsgütern, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft vom Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung bestimmt. Sowohl das Gesetz der proportionalen Entwicklung wie auch die Planung der Volkswirtschaft sind dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus untergeordnet, denn das ökonomische Grundgesetz bestimmt das Wesen der Produktionsweise. Das von Genossen Stalin entdeckte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus lautet:

> „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." (Ebenda, S. 41)

Durch die Anwendung des ökonomischen Grundgesetzes im Leben stehen der Mensch und die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Wirkens und nicht, wie im Kapitalismus, die Befriedigung des kapitalistischen Strebens nach Maximalprofit.

Stalin, der geniale Theoretiker des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus

Vor 105 Jahren haben Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt die kühne Perspektive der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft eröffnet. Marx hat in seiner „Kritik des Gothaer Programms" von zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft geschrieben, deren erste der Sozialismus ist. Diese Perspektive ist heute in der Sowjetunion zur Wirklichkeit geworden. Genosse Stalin hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion und das Sowjetvolk zum Siege des Sozialismus geführt. Die Arbeiten des Genossen Stalin über den Sowjetstaat, besonders der Text und die Begründung der Verfassung der Union

der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sind die vollendete Lehre über den sozialistischen Staat. In der Sowjetunion steht bereits seit einigen Jahren der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus auf der Tagesordnung. Die theoretische Darlegung der Bedingungen des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus ist in Stalins „Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR" gegeben. Genosse Stalin erläuterte die drei grundlegenden Vorbedingungen, die alle erfüllt werden müssen, um den Übergang von der Ökonomik des Sozialismus zur höheren Ökonomik des Kommunismus zu vollziehen. Welches sind diese Bedingungen?

Erstens ist es notwendig, das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln stetig zu gewährleisten.

Zweitens ist es notwendig, das kollektivwirtschaftliche Eigentum vermittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichender Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls vermittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktenaustauschs zu ersetzen, damit die Zentralgewalt oder irgendein anderes gesellschaftlich-ökonomisches Zentrum die Gesamterzeugung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft zu erfassen vermag.

Drittens ist es notwendig, ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.

Genosse Stalin, unser großer Lehrmeister, der unvergängliche Genius unserer Epoche, hat mit seiner Lehre über den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus den Völkern der Sowjetunion und den werktätigen Menschen der ganzen Welt den Weg zur leuchtenden Schönheit des Kommunismus gezeigt.

Marx ehren heißt den Marxismus-Leninismus anwenden

Lenin und Stalin haben der Menschheit die größten wissenschaftlichen Entdeckungen gegeben; ihre wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft sind von entscheidender Bedeutung für die Herbeiführung eines glücklichen Lebens, da sie der Arbeiterklasse die Waffen liefern für den Kampf um dieses Leben, das nur im Sozialismus und Kommunismus erreicht werden kann. Die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus, die großen theoretischen Leistungen von Lenin und Stalin sind für die Arbeiterklasse und für alle fortschrittlichen Menschen die Anleitung zum Handeln:

„Die marxistisch-leninistische Theorie meistern heißt verstehen, diese Theorie durch die neuen Erfahrungen der revolutionären Bewegung zu bereichern; sie durch neue Leitsätze und Schlußfolgerungen zu bereichern heißt verstehen, *sie zu entwickeln und weiterzuführen*, und nicht davor zurückzuschrecken, ausgehend vom Wesen der Theorie, einzelne ihrer Leitsätze und Schlußfolgerungen, die bereits veraltet sind, durch neue, der historischen

Situation entsprechende Leitsätze und Schlußfolgerungen zu ersetzen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Kurzer Lehrgang", S. 442)

Im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels war es infolge der Herrschaft des Opportunismus in der Arbeiterbewegung am Ende des ersten Weltkrieges nicht möglich, die Volksrevolution zum Siege zu führen und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu erkämpfen. Die Hauptursache war die Tatsache, daß in der deutschen Arbeiterbewegung die Trennung vom Opportunismus nicht schon vor dem ersten Weltkrieg durchgeführt worden war und daß die Lehre Lenins über die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, über die Partei neuen Typus, mißachtet wurde. Erst durch den Sieg des heroischen Sowjetvolkes über den Hitlerfaschismus wurde der Weg zur Schaffung der Volksmacht und zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland freigemacht. Mit Hilfe unserer Freunde und Lehrmeister, der Arbeiter, werktätigen Bauern, der Wissenschaftler der Sowjetunion, schaffen wir jetzt in einem großen Teil Deutschlands die Grundlagen des Sozialismus und verwirklichen das Ziel, das Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest verkündet haben.

Indem unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und alle fortschrittlichen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus meistern lernen, indem wir alle den Marxismus-Leninismus gründlich studieren und lernen, ihn im Leben anzuwenden, indem wir in alle Zweige der Sowjetwissenschaft eindringen, werden wir die große geschichtliche Aufgabe der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus lösen und der Arbeiterklasse und allen patriotischen Kräften in Westdeutschland das leuchtende Beispiel geben.

Ausgerüstet mit der Lehre des Marxismus-Leninismus hat das Sowjetvolk unter der Führung seiner bolschewistischen Partei den Sozialismus zum Siege geführt. In den Ländern der Volksdemokratie werden nach diesem Beispiel kühn die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. Deshalb ist die große und schöne Aufgabe im Karl-Marx-Jahr,

> „... dem deutschen Volke die Augen zu öffnen über die welthistorische Bedeutung dieses größten Sohnes der deutschen Nation und die werktätigen Massen im Geiste des unversöhnlichen Kampfes für die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erziehen,"*)

untrennbar mit der Verbreitung der wissenschaftlichen Lehren von Lenin und Stalin, mit der Durcharbeitung der Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Kampfe um den Sozialismus, wie sie uns in der „Geschichte der KPdSU" vermittelt werden, verbunden.

Heute gibt es eine einheitliche wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus, die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Deshalb soll uns das Karl-Marx-Jahr Anlaß sein, unser Volk mit der genialen Persönlichkeit des großen, unvergeßlichen Stalin noch mehr vertraut zu machen, seine bahnbrechenden wissenschaftlichen Leistungen bei der schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus und seine gewaltigen Leistungen als Führer des Weltproletariats noch gründlicher zu studieren und uns noch mehr zu bemühen, sie im Leben unermüdlich anzuwenden.

*) Aufruf des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Karl-Marx-Jahr 1953, „Einheit", Heft 12, 1952, S. 1293/1294

Dem Triumph der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin in der Sowjetunion wird der Triumph dieser Lehre in den Ländern der Volksdemokratie und in der Deutschen Demokratischen Republik folgen.

Dank der genialen Führung durch den großen Stalin, dank dem Heroismus des Sowjetvolkes und der Sowjetarmee, der Befreierarmee, reichen die „Stoßbrigaden" der revolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung heute von China und Korea bis zur Tschechoslowakei und Ungarn. Das leuchtende Beispiel des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion gibt den Werktätigen der Länder der Volksdemokratie und auch den Arbeitern, werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik Kraft und Zuversicht beim Aufbau des Sozialismus. Freudig werden die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik im Karl-Marx-Jahr neue und noch größere schöpferische Initiative entfalten, um im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels das große Werk des Sozialismus zum Siege zu führen.

Ein unbekannter Brief von Karl Marx an die Frau Wilhelm Liebknechts

London 2 März 1871.

[illegible]

[illegible]

K. M.

London, 2. März 1871

Meine liebe Frau Liebknecht.

Die leider sehr spärlichen Beiträge, die ich Ihnen für die Familien der Inhaftierten geschickt, gingen in keiner Weise vom Generalrat der „Intern[ationale]" aus, der überhaupt keine Fonds zu solchen Zwecken besitzt. Der Generalrat wurde bloß von den Subskribenten als „Garant" für die richtige Versendung gewählt. *Übrigens bedarf es keiner weiteren Empfangsanzeige.*

Unter den in englischen Revuen erschienenen Artikeln über d[ie] deutsche Arbeiterbewegung meint Liebknecht wahrscheinlich einliegenden Artikel des Professor Beesly über die *„Internationale"*, der in der Novembernumber (1870) der *Fortnightly Review* erschien. Es sind vielleicht die Passagen v[on] S[eite] 536 an (ich habe durch einen Strich den Anfang derselben bezeichnet,) woraus Stieber sich Beweismaterial zusammenbrauen will. Erstens gehört Prof. Beesly *nicht* zur „Internationalen" u[nd] kann daher nicht authentisch sprechen, zweitens widerlegt er selbst die Stieberschen Induktionen.

Der Brief, den ich an die Braunschweiger schrieb, ist *nicht im Namen oder Auftrag des Generalrats* geschrieben. Er ist daher nicht geschrieben auf Papier mit dem Stempel des Generalrats. Ich spreche darin stets nur in meinem Namen. Es war in der Tat eine Antwort — u[nd] lang aufgeschobene Antwort — auf einen Brief, worin man mich ersuchte, *meine persönliche Ansicht* auszusprechen. Dazu hatte man volle Berechtigung. Wenigstens kenne ich keinen § des Strafkodex, der dergleichen verböte. Jedenfalls ist es nicht die Schuld des Herrn Bismarck, wenn „meine Ansichten" nicht im *pr[eußischen] Staatsanzeiger* gedruckt zu lesen stehn. Der würdige *Lothar Bucher* hatte mich

nach den glorreichen Tagen von Sadowa aufgefordert, die finanzielle Kritik für jenes Blatt zu schreiben. Er hat meine Antwort wahrscheinlich nicht an den Spiegel gesteckt.

Das deutsche Kaisertum führt den Feldzug des französischen Kaisertums gegen die *Internationale* fort. Die letzten Tage desselben sind durch Nichts so sehr charakterisiert als durch die gerichtlichen Verfolgungen der „Internationalen", weil sie gegen den beabsichtigten Krieg Krieg führten. Die von der Republik veröffentlichten Geheimschreiben des Herrn Olivier sind in dieser Hinsicht bezeichnend.

Es war mir sehr lieb, Ihren Brief heute noch zu erhalten. Es sollte nämlich von mir ein Artikel in der *Fortnightly Review* erscheinen, den ich einstweilen suspendiere, da die pr[eußische] Regierung in ihrer Ohnmacht *hier* einzuschreiten, sich drüben gütlich tun möchte an Freunden, die natürlich in keiner Weise verantwortlich sind für das, was ohne ihr Wissen geschieht.

Sie werden mich sehr verpflichten, wenn Sie mir den *vollständigen stenographischen Bericht über die letzte am 10. Dezember 1870 geschlossene Reichstagssitzung* schicken. Die Kosten der Beschaffung werde ich natürlich rückerstatten.

Jennychen ist leider an einer Pleuresie erkrankt.

Mit herzlichem Gruß an Sie u[nd] L[iebknecht]

Ihr f[reun]dschaftlichst ergebener

K. M.

Zum Brief von Karl Marx an die Frau Wilhelm Liebknechts

Der in diesem Heft der „Einheit" zum erstenmal veröffentlichte Brief von Karl Marx an die Frau Wilhelm Liebknechts wurde von Genossen der Hochschule für Körperkultur in Leipzig bei ihrer Forschungsarbeit aufgefunden und in der richtigen Erkenntnis seiner Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung vom Genossen Erbach auf der II. Parteikonferenz der Partei übergeben.

Dieser bisher unveröffentlichte Brief von Karl Marx ist für die deutsche Arbeiterbewegung von großer Bedeutung, erstens als ein Zeugnis der proletarischen internationalen Solidarität und des wahren patriotischen Verhaltens der Führer der deutschen Arbeiterbewegung, zweitens als ein Dokument der umfassenden Tätigkeit von Karl Marx, als den revolutionären Theoretiker und Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und drittens als ein Teil des Nachlasses des größten Sohnes der deutschen Nation.

*

In den Jahren der ersten großen Prüfung der deutschen Arbeiterbewegung 1870 und 1871 waren es August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die an der Spitze der Partei standen und der Arbeiterklasse halfen, diese Prüfung zu bestehen. Der deutsch-französische Krieg, der mit der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland am 19. Juli 1870 begann, war von deutscher Seite zu Beginn ein Verteidigungskrieg. Napoleon III., der der französischen Reaktion die Vorherrschaft in Europa sichern wollte, war aus diesem Grund ein Gegner der Einheit Deutschlands und trachtete danach, die Zersplitterung Deutschlands zu verewigen und einzelne Teile Deutschlands zu annektieren.

In der von Marx verfaßten ersten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation zum deutsch-französischen Krieg wird jedoch zugleich die Eroberungspolitik der preußischen Junker mit Bismarck an der Spitze, als eine Ursache dieses Krieges angeführt. Der deutschen Arbeiterklasse wurde in dieser Adresse die große Gefahr gezeigt, die sich ergeben würde, wenn sie es zulassen würde, diesen Verteidigungscharakter des Krieges aufzugeben.

> „Von deutscher Seite ist der Krieg ein Verteidigungskrieg. Aber wer brachte Deutschland in den Zwang, sich verteidigen zu müssen? Wer ermöglichte Louis Bonaparte, den Krieg gegen Deutschland zu führen? Preußen! Bismarck war es, der mit demselben Louis Bonaparte konspirierte, um eine volkstümliche Opposition zu Hause niederzuschlagen und Deutschland an die Hohenzollerndynastie zu annexieren ...
>
> Erlaubt die deutsche Arbeiterklasse dem gegenwärtigen Krieg, seinen streng defensiven Charakter aufzugeben und in einen Krieg gegen das französische Volk auszuarten, so wird Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll. Alles Unglück, das auf Deutschland fiel nach den sogenannten Befreiungskriegen, wird wieder aufleben mit verstärkter Heftigkeit." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 460/461)

Das Verhalten von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in dieser komplizierten Situation des Krieges gehört zu den großen Beispielen des mutigen und entschlossenen Eintretens für die Interessen des deutschen Volkes gegen die Übermacht der damaligen Machthaber Deutschlands. In dem Bewußtsein, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes zu vertreten und gleichzeitig die gemeinsamen Interessen der inter-

nationalen Arbeiterklasse zu wahren, hatten August Bebel und Wilhelm Liebknecht am 21. Juli 1870 im Norddeutschen Reichstag sich der Stimme enthalten und am 27. November 1870, als der Krieg zum offenen Eroberungskrieg geworden war, gegen die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt.

Obwohl zu Beginn des Krieges in der Führung der deutschen Partei keine einheitliche Auffassung über den Charakter des Krieges in seiner ersten Phase vorhanden war, hatte Karl Marx in der ersten Adresse des Generalrats die Beschlüsse der Versammlungen von Braunschweig, Chemnitz und Berlin, in denen die beiden verschiedenen Meinungen zum Ausdruck kamen, zitiert als Beweis dafür, wieweit unter der deutschen Arbeiterklasse die Grundsätze der Internationale verbreitet und festgewurzelt waren.

„Während das offizielle Frankreich und das offizielle Deutschland sich in einen brudermörderischen Kampf stürzen, senden die Arbeiter einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft." (Ebenda, S. 462)

Am 12. September 1870 wurden die Mitglieder des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn und mit ihnen der Druckereibesitzer Sievers verhaftet. Marx nennt in seinem Brief an die Frau Wilhelm Liebknechts den Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands kurz die „Braunschweiger".

Fünf Tage später, am 17. September 1870, wurden auf Veranlassung Bismarcks August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die beiden Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Reichstag, verhaftet, weil sie für seine Raubkriegspolitik ein Hindernis waren.

Karl Marx hat von London aus als Sekretär der I. Internationale die Führer der deutschen Partei beraten und ihnen in jeder Weise in dem schweren Kampf geholfen. Diese Hilfe und Unterstützung von Karl Marx für die Genossen in Deutschland war umfassend, angefangen von den ideologisch-theoretischen und den politisch-taktischen Fragen des Kampfes bis zur persönlichen Fürsorge für die Genossen und ihre Familien.

Der umfangreiche und ausführliche Briefverkehr war dabei neben seinen vielen Arbeiten von großer Bedeutung. Aus dem Brief vom 2. März 1871 an die Frau Wilhelm Liebknechts ist zu ersehen, daß Karl Marx die auf seine Initiative für die Genossen gesammelten Gelder selbst verschickte. Diese materielle Hilfe war, auch wenn sie noch so „spärlich" war, wie Marx in diesem Brief bescheiden schreibt, ein Zeichen der großen proletarischen internationalen Solidarität. Die von Marx dazu geschriebenen Briefe waren für die Frauen der inhaftierten Genossen eine erneute Bestätigung der gerechten Sache, für die ihre Männer kämpften und festigte ihr Vertrauen in die immer stärker werdende Kraft der Arbeiterklasse. In dem Brief vom 13. Januar 1871 an die Frau Wilhelm Liebknechts schreibt Karl Marx, daß die von der preußischen Regierung verfolgten deutschen Patrioten „Patrioten im wahren Sinne des Worts" sind.

Bismarcks Agenten waren genauso wie heute die Agenten des USA-Imperialismus und Adenauers bemüht, Material gegen die verhafteten Patrioten zusammenzusuchen und zu fabrizieren. Wilhelm Liebknecht erhielt in dieser Zeit wichtige Mitteilungen, Informationen und Ratschläge von Marx in den Briefen an seine Frau. Marx half den Genossen durch seine Informationen und das von ihm zugestellte Material, die Pläne der Agenten Bismarcks und des aus dem Kommunisten-Prozeß bekannten Stieber zu durchkreuzen.

Auch der Hinweis darauf, daß sein Brief an den Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur in seinem eigenen Namen, nicht in dem der Internationale geschrieben worden war, sollte den Genossen in ihrem bevorstehenden Prozeß — dem „Leipziger Hochverratsprozeß" — eine Hilfe sein. Dieser Brief war von Bracke in einem Aufruf zitiert und bereits von der Reaktion als „hochverräterisches Indiz" gegen die Genossen herangezogen worden.

Der von Marx in diesem Brief erwähnte Lothar Bucher, einer der Agenten Bismarcks, war als Lakai der Junker im Mai 1848 in den preußischen Landtag gewählt worden. Er war, wie August Bebel schreibt, der Verfasser der Thronrede, die zur Eröffnung des Reichstages am 19. Juli 1870 verlesen wurde. Über den Versuch dieses Agenten, Marx als Mitarbeiter für den „Staatsanzeiger" (die Zeitung der Regierung Bismarcks) zu gewinnen, schrieb Marx:

„‚Der Brief, worin mich Herr Bucher für den ‚Staatsanzeiger' zu kirren suchte, datiert vom 8. Oktober 1865.' Es heißt darin unter anderem: ‚In betreff des Inhaltes versteht es sich von selbst, daß Sie nur Ihrer wissenschaftlichen Überzeugung folgen; jedoch wird die Rücksicht auf den Leserkreis — haute finance —, nicht auf die Redaktion, es ratsam machen, daß Sie den innersten Kern nur eben für den Sachverständigen durchscheinen lassen.' " (Siehe: A. Bebel, „Aus meinem Leben", zweiter Teil, Dietz Verlag, Berlin 1946, S 26)

Es war klar, daß Bucher von Marx nur eine Antwort erhalten konnte, die er, wie Marx schrieb, sich „wahrscheinlich nicht an den Spiegel gesteckt" hat.

Mit welcher Gründlichkeit Marx jede seiner Handlungen abhängig machte von den taktischen Notwendigkeiten in der jeweiligen Situation des Kampfes, davon zeugt der letzte Teil des Briefes. Marx schiebt die Veröffentlichung eines Artikels auf Grund der Mitteilungen, die er im Brief von der Frau des Genossen Liebknecht erhalten hat, einstweilen auf, da er verhindern will, daß die preußische Regierung die „in ihrer Ohnmacht *hier* einzuschreiten, sich drüben gütlich tun möchte an Freunden, die natürlich in keiner Weise verantwortlich sind für das, was ohne ihr Wissen geschieht".

Das Charakteristische in allen Briefen von Karl Marx ist, wie in diesem, die enge Verbundenheit mit den Genossen in Deutschland, die große Anteilnahme am Kampf der deutschen Arbeiterklasse und der proletarische Internationalismus.

Wilhelm Bamberger

Heinrich Rau

Die Bauernfrage im Marxismus

In seinen hervorragenden prinzipiellen Darlegungen der Grundlagen und Fragen des Leninismus stellt Genosse Stalin fest, daß die Bauernfrage ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats ist und „als solche eine der lebenswichtigsten Fragen des Leninismus" darstellt. Die große Bedeutung einer richtigen Einschätzung der Bauernschaft hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Rolle und ihrer revolutionären Potenzen ergibt sich für das Proletariat aus der Tatsache, daß es im Kampf um seine Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung, bei der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution und schließlich beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung sich dafür interessieren muß, wer seine Verbündeten sein können und sind.

Die vom Genossen Stalin formulierte Grundfrage, die sich für die Arbeiterklasse hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Bauernschaft ergibt, lautet:

> „... sind die revolutionären Möglichkeiten, die in der Bauernschaft infolge bestimmter Bedingungen ihrer Existenz schlummern, *bereits erschöpft* oder nicht, und falls sie nicht erschöpft sind, *besteht begründete Hoffnung* darauf, diese Möglichkeiten *für* die proletarische Revolution nutzbar zu machen, die Bauernschaft, ihre ausgebeutete Mehrheit, aus einer Reserve der Bourgeoisie, die sie in den bürgerlichen Revolutionen des Westens war und heute noch ist, zu einer Reserve des Proletariats, zu seinem Bundesgenossen zu machen?
>
> Der Leninismus bejaht diese Frage", antwortet Genosse Stalin, „d. h. er vertritt die Ansicht, daß in den Reihen der Mehrheit der Bauernschaft revolutionäre Potenzen vorhanden sind, und hält es für möglich, diese im Interesse der proletarischen Diktatur nutzbar zu machen. Die Geschichte dreier Revolutionen in Rußland bestätigt vollkommen die Schlußfolgerungen des Leninismus in dieser Hinsicht." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 51)

Diese prinzipielle Feststellung bildet die Grundlage für die Ausarbeitung der theoretischen und praktischen Leitsätze der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft. Es ist daraus ersichtlich, daß die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft im Zusammenhang mit den Existenzbedingungen und den jeweiligen historischen Verhältnissen betrachtet werden müssen. Das bedeutet, wie das die Geschichte ja auch in vielfältiger Weise bestätigt, daß die revolutionären Potenzen der Bauernschaft sich in den verschiedenen geschichtlichen Epochen entsprechend den Klassenkräften und den Zielen der revolutionären Bewegungen ändern. Außerdem stellt Genosse Stalin klar heraus, daß die Arbeiterklasse sich auf die „ausgebeutete Mehrheit" der Bauernschaft orientiert. Die Arbeiterklasse darf also die Bauernschaft nicht als eine einheitliche Klasse betrachten, sondern hat in ihrer Bündnispolitik die durch die kapitalistische Entwicklung verursachte Differenzierung und Klassenstruktur der Bauernschaft zu berücksichtigen.

Aus dieser Einschätzung ergibt sich die praktische Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse die werktätigen Massen der Bauernschaft in ihrem Kampf gegen Knechtung und Ausbeutung unterstützen muß.

> „Das bedeutet natürlich nicht", stellt Genosse Stalin ausdrücklich einschränkend fest, „daß das Proletariat *jede* Bauernbewegung unterstützen muß. Es handelt sich hier um die Unterstützung solcher Bewegungen und Kämpfe der Bauernschaft, die direkt oder indirekt die Befreiungsbewegung des Prole-

tariats fördern, die so oder so Wasser auf die Mühle der proletarischen Revolution leiten und dazu beitragen, die Bauernschaft in eine Reserve und einen Verbündeten der Arbeiterklasse zu verwandeln." (Ebenda, S. 52)

Weiter folgt daraus, daß die Arbeiterklasse nicht irgendeine Bündnispolitik schlechthin gegenüber der Bauernschaft betreibt. Formen und Umfang des Bündnisses sind sehr verschiedenartig und richten sich nach den jeweiligen konkreten Verhältnissen sowohl hinsichtlich des Charakters der revolutionären Situation wie auch der Stellung der verschiedenen Klassenkräfte und Gruppierungen der Bauernschaft zu den Zielen der revolutionären Bewegung. Es ist einleuchtend, daß die Arbeiterklasse unter den Bedingungen der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus nicht jegliches Bündnis mit der Bauernschaft braucht,

„... sondern nur ein solches *Bündnis*, das auf dem Kampfe gegen die kapitalistischen Elemente der Bauernschaft beruht". (Ebenda, S. 284)

Die prinzipielle und theoretische Klarheit in der Bauernfrage, in der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft erlangte nach dem Tode Lenins in der Sowjetunion in der Auseinandersetzung mit den linken und rechten Abweichungen und mit der verräterischen Politik der sowjetfeindlichen Gruppierungen um Trotzki und Bucharin eine besonders große praktische Bedeutung. Trotzki und Bucharin versuchten, die Stalinsche Bündnispolitik mit den werktätigen Bauernmassen und die Politik der Einschränkung der kapitalistischen Elemente zu sabotieren, indem sie die Differenzierung der Bauernschaft unrichtig darstellten bzw. überhaupt negierten und daraus falsche politische Schlußfolgerungen ableiteten, um den Aufbau des Sozialismus zu erschweren und zu verhindern.

Stalin unterstrich in diesen Auseinandersetzungen, daß es darauf ankommt, ein solches festes Bündnis mit den werktätigen Massen der Bauernschaft herzustellen, bei dem die führende Rolle der Arbeiterklasse unbedingt gewährleistet bleibt.

In seinem Kampf gegen die Verfälschung, Verflachung und auch Unterschätzung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und bei der Darlegung der Grundprinzipien der Bauernfrage stützte sich Genosse Stalin auf die Leitsätze und Hinweise von Marx und Engels sowie auf die von Lenin in dieser Frage weiterentwickelten und neuaufgestellten theoretischen und praktischen Grundsätze.

Marx und Engels haben bereits in der Etappe der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 sowie in ihren Schlußfolgerungen aus der Analyse der Ursachen ihrer Niederlage die grundlegenden Thesen über die Rolle der Bauernschaft als Verbündete des Proletariats entwickelt. In allen ihren Arbeiten behandelten sie die Bauernfrage stets vom Standpunkt des Kampfes um die politische Macht. In einem Brief an Engels schrieb Marx im Jahre 1856 den berühmten programmatischen Satz:

„Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefwechsel", Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 166)

Die Herstellung eines richtigen Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft, die Durchsetzung der Auffassungen von Marx und Engels über

die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauernmassen wurde damals vor allen Dingen durch die schädlichen, kleinbürgerlich-utopischen Auffassungen des Proudhonismus und die opportunistischen Ansichten Lassalles und seiner Anhänger behindert.

Kurz vor seinem Tode, im Jahre 1894, rief Engels der deutschen Arbeiterklasse nochmals eindringlich mahnend und ermutigend zu:

„Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 395)

Bei ihrer Einschätzung als Verbündete des Proletariats ließen Marx und Engels nie die Schwankungen in der politischen Einstellung der werktätigen Bauern außer acht, die sich aus ihrer ökonomischen Lage ergeben. Bereits im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels auf Grund ihrer eingehenden und hervorragenden Klassenanalyse den zwiespältigen und schwankenden Charakter der Bauernschaft und allgemein des Kleinbürgertums aufgezeigt. Dieses Erkennen der beiden Seiten der Bauernschaft, nämlich ihrer kleinbürgerlich-konservativen und ihrer werktätigen-revolutionären, verbunden mit dem Wissen, daß die große Industrie unablässig den Untergang dieser Schichten herbeiführt, befähigten Marx und Engels, in diesen untergehenden Klassen und Schichten die Verbündeten des Proletariats zu sehen. Über die politische Haltung der Mittelschichten schreiben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest:

„Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen (also kleinbürgerlichen — H. R.), sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (Karl Marx / Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 19/20)

Marx hat entgegen allen kleinbürgerlichen, reformistischen Auffassungen — die später von dem Sozialdemokraten Dr. David zu einer geschlossenen reformistischen Theorie entwickelt wurden — nachgewiesen, daß sich die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus auch in der Landwirtschaft durchsetzen, auch hier die Trennung zwischen Produzenten und Eigentum an den Produktionsmitteln auf dem Wege der Vernichtung der kleinen Warenproduzenten vor sich geht, der Großbetrieb den Kleinbetrieb verdrängt und den Bauern in die Reihen des besitzlosen Proletariats stößt. Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten vom Boden bezeichnet Marx als eine „Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise" und das „freie Eigentum des selbstwirtschaftenden Bauern" als „eine der Formen, die aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgehen", als einen „für die Entwicklung der Agrikultur selbst notwendigen Durchgangspunkt".

Die Aufteilung und Übergabe des Bodens der Feudalherren an die landarmen Bauern ist daher eine Maßnahme der bürgerlichen Revolution, liquidiert die Machtbasis des Feudalismus. Der Kapitalismus schafft jedoch gleichzeitig die Bedingungen für den Untergang des freien Eigentums der selbstwirtschaftenden Bauern. Marx schreibt darüber:

„Die Ursachen, an denen es untergeht, zeigen seine Schranke. Sie sind: Vernichtung der ländlichen Hausindustrie, die seine normale Ergänzung bildet, infolge der Entwicklung der großen Industrie; allmähliche Verarmung und Aussaugung des dieser Kultur unterworfnen Bodens; Usurpation, durch große Grundeigentümer, des Gemeineigentums, das überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht; Konkurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebnen Großkultur. Verbesserungen in der Agrikultur, die einerseits Sinken der Preise der Bodenprodukte herbeiführen, andrerseits größre Auslagen und reichere gegenständliche Produktionsbedingungen erheischen, tragen auch dazu bei, wie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England.

Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 859)

In seiner Arbeit „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" polemisiert Engels gegen Vorschläge, wie sie die französischen Sozialisten auf dem Kongreß von Nantes beschlossen haben und die die Illusion weckten, als ob das kleinbäuerliche Eigentum vor dem Untergang bewahrt werden könne. Engels unterstrich die Marxsche Erkenntnis mit folgenden Worten:

„Es ist Pflicht unsrer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehn wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offne Köpfe machen für unsere Worte." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 409)

Aus der These vom „unvermeidlichen Untergang des kleinbäuerlichen Eigentums" zogen Vulgärmarxisten die Folgerung, daß die Partei der Arbeiterklasse die Kleinbauern ihrem Schicksal überlassen und mit ihrer Gewinnung warten soll, bis die Kleinbauern zu Proletariern geworden sind. Das ist eine durch und durch unmarxistische und konterrevolutionäre Folgerung. Genosse Stalin geißelt diese Einstellung mit folgenden Worten:

„Ausgehend von den Erfahrungen der europäischen Revolutionen, gelangten einige Vulgärmarxisten, mit Kautsky an der Spitze, zu der Schlußfolgerung, die Mittelschichten und vor allem die Bauernschaft seien schier geborene Feinde der Arbeiterrevolution, man müsse sich daher auf eine längere Entwicklungsperiode einrichten, in der das Proletariat zur Mehrheit der Nationen werde, wodurch dann die realen Vorbedingungen für den Sieg der Arbeiterrevolution geschaffen wären. Auf Grund dieser Schlußfolgerung warnten sie, diese Vulgärmarxisten, das Proletariat vor einer ‚verfrühten' Revolution. Auf Grund dieser Schlußfolgerung überließen sie aus ‚prinzipiellen Erwägungen' die Mittelschichten völlig dem Kapital. Auf Grund dieser Schlußfolgerung prophezeiten sie uns den Untergang der Oktoberrevolution

in Rußland und beriefen sich darauf, daß das Proletariat in Rußland die Minderheit bilde, daß Rußland ein Bauernland sei und daß daher eine siegreiche Arbeiterrevolution in Rußland unmöglich sei." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 300)

Marx und Engels wurden nicht müde, uns immer und immer wieder nachzuweisen, daß es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, die Landarbeiter und breite Teile der Bauernschaft an die Seite des Industrieproletariats zu ziehen. Diese Möglichkeit ist in der Klassennatur der bäuerlichen Massen begründet, die Marx insbesondere in seinem Werk „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" eingehend analysiert:

„Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 309)

Daraus folgt, daß sie nicht allein ihre Interessen durchsetzen können, sondern einen Verbündeten brauchen, der diese vertritt. Weiter zeigt Marx, daß die Interessen der Bauernmassen im Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie stehen, und begründet die entscheidende Folgerung:

„Sie (die Bauern — H. R.) finden also ihren natürlichen Verbündeten und Führer in dem *städtischen Proletariat,* dessen Aufgabe der Umsturz der bürgerlichen Ordnung ist." (Ebenda, S. 312)

Marx und Engels unterließen es nie, die von den Opportunisten aller Schattierungen damals und auch später so sträflich vernachlässigte notwendige Differenzierung bei der Ausarbeitung ihrer theoretischen Grundsätze für das Proletariat zu berücksichtigen. Sie beachteten nicht allein die im Kapitalismus rasch fortschreitende Klassendifferenzierung auf dem Lande, sondern auch die gebietlich unterschiedlichen spezifischen Bedingungen. Sie behandelten die Frage des Kampfes um die Verbündeten des Proletariats sehr konkret. Ein klassisches Beispiel dieser differenzierten Beurteilung der einzelnen Schichten der Bauernschaft ist die bereits erwähnte Arbeit von Engels „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", in der er auf die besondere Lage der verschiedenen ländlichen Schichten in den einzelnen Gebieten Deutschlands und Frankreichs hinweist und damit die Ansatzpunkte für die Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse aufzeigt.

Als erste und dringlichste Aufgabe erkannten Marx und Engels die Gewinnung der Landarbeiter als feste Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande. Bereits in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund", in der Marx und Engels die Verhältnisse nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1848 analysierten und die nächsten taktischen Schritte des Proletariats ausarbeiteten, heißt es:

„Wie die Demokraten mit den Bauern, müssen sich die Arbeiter mit dem Landproletariat verbinden." (Ebenda, S. 101)

Engels hebt die Bedeutung der Landarbeiter besonders nachdrücklich in seinem Werk „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" hervor. Wir lesen dort u. a.:

„Eine Arbeiterpartei hat natürlich in erster Linie für die Lohnarbeiter einzutreten, also für die Knechte, Mägde und Taglöhner ... Haben wir aber die ostelbischen Landarbeiter, so weht sofort in ganz Deutschland ein anderer Wind." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 409/410 u. 411)

In einer Vorbemerkung zum „Deutschen Bauernkrieg" weist Engels 1874 darauf hin, daß die Industriearbeiter der Städte in den „Ackerbautaglöhnern", die die „zahlreichste Klasse auf dem Lande ausmachen", ihren natürlichen Bundesgenossen finden.

Als unmittelbar praktisch-politische Aufgabe bezeichnet Engels:

„Diese Klasse, die ohnmächtig ist, weil sie zersplittert und zerstreut ist ..., diese Klasse lebendig zu machen und in die Bewegung hineinzuziehen, das ist die nächste, dringendste Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 614)

Gleichzeitig mit dieser Hervorhebung der Bedeutung der Landarbeiter und ihrer Gewinnung für die sozialistische Bewegung wurde von Marx und Engels die Notwendigkeit der Schaffung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, vor allem mit den Kleinbauern, betont.

Die Lösung dieser Aufgabe ist möglich, weil nur die Arbeiterklasse die Interessen der werktätigen Bauern vertreten und ihre Probleme lösen kann. Marx und Engels wurden nicht müde, diese Tatsache hervorzuheben. In seiner Vorbemerkung zu seinem Werk „Der Deutsche Bauernkrieg" weist Engels nach, daß die kleinen Bauern von niemand ihr „Heil erwarten" können, „außer von den Arbeitern". Bezüglich der Bauern mit eigenem kleinen Grundbesitz schreibt Engels:

„Diese sind meistens so mit Hypotheken belastet, daß sie vom Wucherer ebenso abhängen wie die Pächter vom Grundherrn. Auch ihnen bleibt nur ein knapper und noch dazu wegen der guten und schlechten Jahre äußerst unsichrer Arbeitslohn. Sie können am allerwenigsten von der Bourgeoisie etwas erwarten, denn sie werden ja grade von den Bourgeois, den wuchernden Kapitalisten ausgesogen. Aber sie hängen meist sehr an ihrem Eigentum, obwohl es in Wirklichkeit nicht ihnen gehört, sondern dem Wucherer. Dennoch wird ihnen beizubringen sein, daß sie nur dann vom Wucherer befreit werden können, wenn eine vom Volk abhängige Regierung die sämtlichen Hypothekenschulden in eine Schuld an den Staat verwandelt und dadurch den Zinsfuß erniedrigt. Und dies kann nur die Arbeiterklasse durchsetzen." (Ebenda, S. 613)

Die entschiedene Ablehnung von Versprechungen und Theorien über die Möglichkeit der Rettung des kleinen bäuerlichen Eigentums verleitete die Marxisten nicht zur Ablehnung der Vertretung sogenannter bäuerlicher Tagesforderungen, die im Rahmen der kapitalistischen Ordnung gelöst werden können. Bei seinen Betrachtungen über das auf dem Marseiller Kongreß im Jahre 1892 von den französischen Sozialisten beschlossene Agrarprogramm

weist Engels darauf hin, daß eine Reihe dieser Forderungen in kapitalistischen Ländern durchgeführt wurde, und sagt dann:

„Auch die übrigen Punkte könnten durchgeführt werden, ohne der bestehenden kapitalistischen Ordnung wesentlichen Schaden zu tun. Dies einfach zur Charakterisierung des Programms; *ein Vorwurf liegt nicht darin, im Gegenteil.*" (hervorgehoben von mir — H. R.) (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 398)

Bei all den hier in Betracht kommenden bäuerlichen Tagesforderungen handelt es sich um solche, die nicht den Klasseninteressen des Proletariats entgegengesetzt sind, keine Utopie darstellen, die im Rahmen der kapitalistischen Ordnung unter dem Druck der Massen realisiert werden können.

Die Vertretung solcher Forderungen ist von großer politischer Bedeutung, sie ermöglicht der Partei der Arbeiterklasse, ihren Einfluß unter den werktätigen Bauern zu erhöhen. Die Realisierung der Forderungen bedeutet jedoch nur eine vorübergehende kleine Entlastung der Lage der werktätigen Bauern, aber nicht die Rettung der kleinen Bauernwirtschaften vor dem Untergang. Die grundsätzliche Stellung zur Kleinbauernschaft wird von Engels wie folgt formuliert:

„Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehn, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsrerseits zu beschleunigen.

Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß wenn wir im Besitze der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsre Aufgabe gegenüber dem Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck ...

Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb ...,

... wir stehn ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen. Wir tun dies nicht nur, weil wir den selbstarbeitenden Kleinbauer als virtuell zu uns gehörend betrachten, sondern auch aus direktem Parteiinteresse. Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung." (Ebenda, S. 406/407 u. 408)

Die von Marx und Engels ausgearbeiteten theoretischen Leitsätze und praktischen Hinweise für die Stellung der Arbeiterklasse zur Bauernfrage wurden von den revisionistischen Führern der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland verraten. Da sie sich nicht konkret auf den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, auf die Machteroberung durch das Proletariat vorbereiteten, stellten sie auch nicht die Bauernfrage, die Frage der Verbündeten im revolu-

tionären Machtkampf. Die revolutionäre deutsche Linke aber hatte sich in der Bauernfrage noch nicht vom reformistischen Ballast befreit und verneinte die Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Die Folge war, daß die werktätigen Bauern dem feudalen Junkertum und dem Finanzkapital ausgeliefert und als Hilfstruppe gegen das Proletariat benutzt wurden.

Marx und Engels führten einen unablässigen Kampf gegen alle Abweichungen von der marxistischen Linie in der Bauernfrage. Mit aller Schärfe wandten sie sich z. B. gegen die im Gothaer Programm aufgenommene lassalleanische Phrase, wonach gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen „nur eine reaktionäre Masse“ seien. Marx und Engels wiesen auf die schädlichen Auswirkungen solcher Ansichten hin, die nur dazu beitragen konnten, die Arbeiterklasse von ihren natürlichen Verbündeten, vor allem von den werktätigen Bauern, zu isolieren, und das Proletariat in einem schädlichen, engen zünftlerischen Standpunkt zu erziehen. Mit einem solchen Standpunkt — wie die spätere Praxis dann auch zeigte — überließ die Sozialdemokratie die werktätigen Schichten der ländlichen Bevölkerung der Bourgeoisie und feudalen Reaktion als politische Reserve, stützte damit die Herrschaft des junkerlich-bourgeoisen Ausbeuterblocks, beraubte das Proletariat der Voraussetzungen eines erfolgreichen revolutionären Kampfes um die Macht. Der Opportunismus, insbesondere der Sozialdemokratismus in der Bauernfrage hatte verhängnisvolle Auswirkungen für die Arbeiterklasse. Dieses um so mehr, nachdem in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus der Sozialdemokratismus zum bewußten Organ des Imperialismus wurde, die Spaltung der Arbeiterklasse durchführte und die Bauernfrage nur noch im Sinne der Erhaltung und Festigung der kapitalistischen Herrschaft stellte. Hierin liegen die entscheidenden Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse an den historischen Wendepunkten der deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten, auch und erst recht für die Niederlage 1933, die dem Machtantritt des Hitlerfaschismus vorausging.

Genosse Stalin erklärt die Ursache für diesen Opportunismus der Sozialdemokratie. Er sagt:

„Das gleichgültige, zuweilen geradezu ablehnende Verhalten der Parteien der II. Internationale gegenüber der Bauernfrage erklärt sich nicht nur aus den besonderen Entwicklungsbedingungen im Westen. Es erklärt sich vor allem daraus, daß diese Parteien nicht an die proletarische Diktatur glauben, die Revolution fürchten und nicht daran denken, das Proletariat zur Macht zu führen; wer aber die Revolution fürchtet, wer die Proletarier nicht zur Macht führen will, der kann sich für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution nicht interessieren — für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage.“ (J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 51)

Lenin und Stalin ist es im besonderen Maße zu verdanken, daß eine erfolgreiche Offensive gegen den internationalen Opportunismus im allgemeinen und gegen die opportunistischen Auffassungen in der Bauernfrage im besonderen eingeleitet wurde. Sie führten einen ständigen unversöhnlichen Kampf gegen alle opportunistischen Tendenzen und falschen Auffassungen, die das Verhältnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, ihr enges Bündnis, beeinträchtigen konnten. Die von den deutschen Opportunisten bewußt verfälschten oder in der Vergessenheit belassenen Thesen von Marx und

Engels wurden von Lenin und Stalin erneut zur Geltung gebracht und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der revolutionären Arbeiterbewegung gestellt. Ohne die Klarheit und Prinzipienfestigkeit Lenins, ohne seine geniale Weiterentwicklung der marxistischen Stellung zur Bauernfrage und der von Marx aufgestellten Leitsätze auf die Periode des Imperialismus, hätte die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht die großen Erfolge erzielen können, die eine beachtliche Voraussetzung für den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland waren.

Schon frühzeitig mußte Lenin um die Klarheit und Reinhaltung des Marxismus auch in Rußland kämpfen. Hier waren es vor allen Dingen die Volkstümler, die eine große Gefahr für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung darstellten, indem sie behaupteten, daß die Bauernschaft die zahlreichste und angeblich revolutionärste Kraft sei, auf die sich die fortschrittlichen Bewegungen in Rußland zur Beseitigung des feudalen Zarismus stützen müßten. Lenin zerschlug diese falschen und opportunistischen Auffassungen der Volkstümler und entwickelte in der Periode der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland seine Lehre von der Hegemonie des Proletariats und von der werktätigen Bauernschaft als dem natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse. Bei der theoretischen Weiterentwicklung des Marxismus und der Ausarbeitung seiner Lehre von der Hegemonie des Proletariats ging Lenin von den veränderten Bedingungen der Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution im imperialistischen Stadium gegenüber den früheren bürgerlichen Revolutionen im Zeitalter des sich entwickelnden und aufstrebenden Kapitalismus in Westeuropa aus. Wie Lenin lehrt, ergibt sich die führende Rolle der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution aus folgenden Gründen:

Die Entwicklung des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ruft gewaltige soziale und politische Veränderungen hervor. Die imperialistische Bourgeoisie ist an einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Umgestaltung der Verhältnisse nicht interessiert und neigt zum Paktieren und zum Bündnis mit den alten Feudalgewalten. Andererseits ist die Arbeiterklasse die fortgeschrittenste und einzig konsequente revolutionäre Klasse, die zudem noch eine eigene von der Bourgeoisie unabhängige Partei organisiert hat und — im Gegensatz zu 1789 und 1848 — eine einheitliche und selbständige politische Kraft geworden ist.

Auf Grund dieser Veränderungen und auf Grund der Tatsache, daß allein das Proletariat an einer wirklich konsequenten Demokratisierung interessiert ist, muß das Proletariat Hegemon der revolutionären Bewegung werden, d. h. die Führung übernehmen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß das Proletariat, will es seine führende Rolle verwirklichen, natürlich auch einen Verbündeten haben muß. Es kann aber nur die Klasse ein Verbündeter und Helfer der revolutionären Arbeiterbewegung sein, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze gegenüber den herrschenden und ausbeutenden Klassen, d. h. dem Feudaladel und der imperialistischen Großbourgeoisie, an einem Sturz dieser Ausbeuter interessiert und deshalb bereit ist, die Führung, die Hegemonie des Proletariats freiwillig anzuerkennen.

Diese Lehre von der Hegemonie des Proletariats arbeitete Lenin in allen Einzelheiten und allen Konsequenzen in einem seiner bedeutendsten Werke, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" aus.

Dort sagt Lenin:

> „Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 460/461)

In dieser Schrift stellte Lenin gleichzeitig bereits die taktischen Leitsätze für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft auf, wie sie dann auch in der Periode von der Revolution im Jahre 1905 bis zur Oktoberrevolution verwirklicht wurden. Die große taktische Linie und die Hauptaufgabe für die russische Arbeiterklasse in der damaligen Periode wurde von Lenin folgendermaßen formuliert:

> *„Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand des Absolutismus mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren."* (Ebenda, S. 497/498)

Lenin wie auch Stalin haben in hervorragender Weise die von Marx entwickelten Thesen über die Rolle der Bauernschaft als Verbündeten der Arbeiterklasse weiterentwickelt und zu einer auf festen wissenschaftlichen Grundlagen beruhenden geschlossenen Theorie gefügt. Diese Theorie ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte internationale Arbeiterklasse. Lenin und Stalin kämpften immer wieder gegen die Verfälscher des Marxismus, die behaupten, daß die Bauernfrage nur für vorwiegend agrarische und bäuerliche Länder von Bedeutung sei. Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ist notwendig und hat Gültigkeit für die Arbeiterklasse aller Länder, auch der industriell hochentwickelten Länder. Sie wird von besonders aktueller Bedeutung in den Ländern, in denen die Arbeiterklasse sich anschickt, die Macht zu erobern, und in denen sie nach der Machtergreifung an den unmittelbaren Aufbau des Sozialismus herangeht.

Die Herstellung richtiger und enger Klassenbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft in der Deutschen Demokratischen Republik sowohl ökonomisch, wie auch politisch, kulturell usw. ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auf dem Lande. Lenin und Stalin weisen nach, daß der Sieg des Sozialismus nur gewährleistet ist, wenn die sozialistische Produktionsweise auch auf dem Lande verwirklicht wird. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe stellten Lenin und Stalin in ihrer revolutionären Auswirkung und Bedeutung der Durchführung der proletarischen Revolution gleich. Stalin wies mehrfach darauf hin, daß, solange die einzelnen bäuerlichen Wirtschaften auf der Basis des Privateigentums und der kleinen Warenproduktion existieren, die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der gesamten Volkswirtschaft erschwert ist und der vollständige Sieg des Sozialismus nicht erreicht werden kann. Die Ursache liegt darin, daß

> „. . . die Bauernschaft, solange sie Bauernschaft bleibt, die kleine Warenproduktion betreibt, aus ihrer Mitte unausgesetzt und unablässig Kapitalisten ausscheidet und ausscheiden muß". (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 284)

Eine der wichtigsten Voraussetzungen um die Aufgaben zur Lösung der Bauernfrage in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich durchzuführen, besteht darin, einen systematischen und beharrlichen Kampf zur Überwindung der auch heute bei uns zum Teil noch vorhandenen Unterschätzung der Bauernfrage zu führen. Diese Unterschätzung resultiert einesteils aus schädlichen sozialdemokratischen, opportunistischen Traditionen und hat andererseits ihre Ursache in den falschen theoretischen Auffassungen selbst der besten Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung in der Vergangenheit. Solche hervorragenden Revolutionäre und Kämpfer für die Sache des Proletariats wie die Linken mit Rosa Luxemburg an der Spitze haben es nicht vermocht, einen klaren marxistisch-leninistischen Standpunkt in der Bauernfrage zu gewinnen. Ihre Fehler wirkten auch noch lange Zeit in der revolutionärsten Kraft der deutschen Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, nach. Sie wurden in den ersten Jahren des Bestehens der KPD durch die trotzkistischen und radikalistischen Elemente teilweise noch verstärkt. Erst seitdem Thälmann Vorsitzender der Kommunistischen Partei war, d. h. seit dem Jahre 1925, wurden diese Fehler systematisch überwunden und setzte sich in der Kommunistischen Partei und damit in der Arbeiterklasse eine immer klarere marxistische Einstellung zur werktätigen Bauernschaft durch.

Ausdruck einer klaren und prinzipiellen marxistisch-leninistischen Bündnispolitik gegenüber der werktätigen Bauernschaft war das 1931 von Ernst Thälmann verkündete „Bauernhilfsprogramm" der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im Ergebnis dieser Politik gelang in der damaligen Zeit die Gewinnung einer Reihe revolutionärer und oppositioneller Vertreter der Bauernschaft für den Kampf der Arbeiterklasse gegen den heraufziehenden Faschismus. Trotzdem gelang es auch vor 1933 nicht, die Masse der Bauernschaft zu gewinnen. Die Ursache liegt vor allen Dingen darin, daß durch den Verrat der rechten SPD-Führer die Arbeiterbewegung gespalten und gegenüber der Bauernschaft in Mißkredit gebracht worden war, insbesondere auch deshalb, weil gerade unter den SPD-Regierungen und mittels der Regierungskoalitionen mit den rechten SPD-Führern das imperialistische Monopolkapital in Deutschland seine verschärften Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen gegen die Bauernschaft durchsetzte.

Gegenwärtig befindet sich die Bauernschaft Westdeutschlands unter der doppelten Ausbeutung des westdeutschen und des amerikanischen Monopolkapitals. Ihre Höfe, ihre Existenz sind bereits durch die Vorbereitungen zu einem amerikanischen Krieg direkt bedroht. In einer Anzahl von Fällen haben die Bauern ganzer Dörfer und Gebiete erfolgreiche Abwehrkämpfe geführt. Jedoch haben sich die Massen der westdeutschen Bauernschaft noch nicht mit der Arbeiterklasse verbündet und unter ihrer Führung zum Kampf zusammengeschlossen. Viele westdeutsche Bauern sind bis heute noch im Schlepptau der Finanzkapitalisten und konservativen Kräfte, und somit weiterhin Reserve der imperialistischen Bourgeoisie. Entsprechend ihrer gesamten Politik der Unterstützung des Imperialismus leisten die rechten Führer der Sozialdemokratie auch in ihrer Bauernpolitik nur Zutreiberdienste für ihre imperialistischen Herren. Das im Februar 1950 beschlossene „Agrarpolitische Aktionsprogramm der SPD" erwähnt das Landproletariat nur gelegentlich einmal am Rande, stellt nicht die Frage des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft und kann dementsprechend in bezug auf die werktätigen Bauern auch nur unbedeutende Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorschlagen.

Eine vordringliche Aufgabe für die deutsche Arbeiterklasse, für die KPD und für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands besteht darin, alle schädlichen Traditionen und falschen Tendenzen in der Bauernfrage zu überwinden und eine auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruhende Bündnispolitik gegenüber den werktätigen Bauernmassen in der Praxis zu verwirklichen. Daher betonte Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz mit Recht:

„Es muß Schluß gemacht werden mit den Überbleibseln des alten sozialdemokratischen, geringschätzigen Verhaltens gegenüber der Bauernschaft. Man muß begreifen, daß die Arbeiterklasse den Aufbau des Sozialismus und die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft nur im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft durchführen kann. Die Arbeiter bedürfen der Hilfe von seiten der Bauern, die die Stadt mit Lebensmitteln und Industrierohstoffen versorgen. Ihrerseits können die Bauern nicht ohne die Hilfe der Arbeiter auskommen, da die städtische Industrie den Bauern nicht nur mit Massenbedarfsgütern versorgt, sondern auch mit den Mitteln, ohne die eine moderne landwirtschaftliche Produktion unmöglich ist: mit Maschinen, Geräten, Dünger usw. Ohne die leitende Hilfe der Arbeiterklasse kann die Bauernschaft überhaupt kein neues, besseres Leben aufbauen." („Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 106)

Eine entscheidende Aufgabe für die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, den freiwilligen Übergang der werktätigen Bauern zur genossenschaftlichen Produktionsweise sowohl ökonomisch als auch politisch und moralisch mit allen Mitteln zu unterstützen. In der Schaffung von Produktionsgenossenschaften liegt, wie Lenin und Stalin uns am Beispiel des sozialistischen Aufbaus in der Landwirtschaft der UdSSR anschaulich lehren, der Schlüssel zur Lösung der Bauernfrage auf sozialistischer Grundlage.

Marx und Engels stellten bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bei der Analyse der Verhältnisse in Frankreich die Forderung auf, daß das konfiszierte Feudaleigentum in Arbeiterkolonien verwandelt werde, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaus bearbeitet. Sie betonten, daß dadurch zugleich dem Prinzip des vergesellschafteten Eigentums eine feste Grundlage als Gegensatz zu den bürgerlichen Privateigentumsverhältnissen geschaffen wird.

Aufbauend auf diesen von Marx und Engels mehrfach gegebenen Hinweisen, zur vergesellschafteten genossenschaftlichen Produktion auch auf dem Lande überzugehen, entwickelte Lenin seinen großen Genossenschaftsplan. Die Bildung von Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft wurde von Lenin als die Grundlage angesehen, um die Bauernschaft zur vergesellschafteten Produktionsweise hinzuführen, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten. Die Bildung von Produktionsgenossenschaften wurde zur unaufschiebbaren Notwendigkeit, als der Widerspruch zwischen der rasch aufstrebenden sozialistischen Industrie und der kleinen zersplitterten privaten Bauernwirtschaft die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft immer stärker zu hemmen begann. Auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B) im Jahre 1927 erläuterte Genosse Stalin den Weg zur Überwindung dieses Widerspruchs:

„Der Ausweg liegt im Übergang der kleinen, zersplitterten Bauernwirtschaften zu großen, zusammengeschlossenen Wirtschaften auf der Grundlage

der gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Übergang zur kollektiven Bodenbestellung auf der Grundlage der modernen, höheren Technik.

Der Ausweg liegt darin, die bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaften allmählich, aber unentwegt, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel und Überzeugung zu Großwirtschaften zusammenzuschließen auf der Grundlage der gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung, unter Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur Intensivierung der Landwirtschaft.

Andere Auswege gibt es nicht." (J. Stalin, „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XV. Parteitag der KPdSU (B)", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 34/35)

Die grundlegende Voraussetzung, um diesen Weg erfolgreich zu verwirklichen, besteht darin, auf der Basis der Freiwilligkeit die werktätigen Bauern von den großen Vorteilen dieser genossenschaftlichen Produktion im praktischen Leben zu überzeugen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß die Arbeiterklasse durch ihre Partei und den Staat den neugeschaffenen Produktionsgenossenschaften eine rückhaltlose Unterstützung durch die verschiedensten ökonomischen und politischen Maßnahmen gibt. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß überall dort, wo eine Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit und mangelnde Hilfe durch die Partei- und Staatsorgane zugelassen wird, diese Bewegung einen ernsten Rückschlag erleiden kann. Die Geschichte der KPdSU beweist, daß der Verstoß gegen diese Prinzipien, daß die Verzerrung dieser von der Partei gegebenen Linie, daß insbesondere Radikalismus und Extremismus dabei zu großen Gefahren führen. Daher erklärte Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz nochmals ausdrücklich:

„Ich halte es für notwendig, von der Tribüne dieser Konferenz herab den Grundsatz der absoluten Freiwilligkeit bei der Organisierung solcher Genossenschaften ausdrücklich zu unterstreichen und auf die Unzulässigkeit der Anwendung irgendeines Zwanges gegenüber den Bauern in dieser Frage hinzuweisen. Schon Genosse *Lenin* hat darauf hingewiesen, daß man nicht durch Dekrete und Gesetze die gemeinschaftliche Bodenbearbeitung einführen kann." („Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", S. 110)

Die staatliche Hilfe und die Unterstützung der Arbeiterklasse für die Produktionsgenossenschaften und die werktätigen Bauern werden in erster Linie über die Maschinen- und Traktorenstationen verwirklicht. Daher muß die ganze Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, die MTS so auszustatten und mit qualifizierten Kadern zu besetzen, daß sie in der Lage sind, diese Aufgaben erfolgreich und wirksam durchzuführen. Mit der Bildung von Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen worden, damit die Arbeit der MTS entsprechend den marxistisch-leninistischen Grundprinzipien für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft durchgeführt wird. Nur so wird garantiert, daß tatsächlich den werktätigen Einzelbauern und den Bauern der Produktionsgenossenschaften die notwendige Hilfe gegeben wird. Die Anleitung und ständige Kontrolle der Arbeit der MTS, insbesondere ihrer Politischen Abteilungen, muß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Bezirks- und Kreisorgane wie auch der örtlichen Organe der Partei und des Staats-

apparates stehen. Selbstverständlich erhalten auch nach wie vor die werktätigen Einzelbauern Unterstützung durch die MTS, denn die Politabteilungen müssen davon ausgehen — wie Walter Ulbricht anläßlich der Eröffnung des Instituts für Politische Leiter bei den MTS im Januar 1953 betonte — daß die werktätigen Einzelbauern von heute die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften von morgen sein werden. Die gewaltige politische und ökonomische Rolle und Bedeutung der MTS in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre große Verantwortung für die Herstellung eines engen und festen Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft wurde von Walter Ulbricht in diesem Vortrag mit den folgenden Worten hervorgehoben:

> „Die Maschinen- und Traktorenstationen sind das Hauptmittel der Arbeiterklasse zur Unterstützung der Produktionsgenossenschaften und zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern." („Neues Deutschland" vom 24. Januar 1953)

Es ist einleuchtend, daß die Verwirklichung dieser Aufgaben nur im schärfsten Klassenkampf auf dem Lande erfolgen kann. Hand in Hand mit der Förderung und Unterstützung der werktätigen Bauern und der Produktionsgenossenschaften muß ein konsequenter Kampf gegen die Störungsversuche der kapitalistischen Elemente auf dem Lande erfolgen. In diesem Kampf müssen die MTS, müssen die volkseigenen Güter zu festen Bastionen werden, um die sich die werktätige Bauernschaft schart, um erfolgreich den Widerstand der kapitalistischen Großbauern zu brechen. Alle diese Maßnahmen können nur verwirklicht werden, wenn sie gleichzeitig mit der Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit, mit dem Aufbau einer neuen und fortschrittlichen Kultur im Dorfe verbunden werden. Wissenschaft und Kunst müssen auf dem Lande Einzug halten.

Die Erfahrungen und Neuerermethoden der fortschrittlichen Agrarwissenschaft und der sozialistischen Landwirtschaft der Sowjetunion wie der volksdemokratischen Länder müssen in die Dörfer der Deutschen Demokratischen Republik getragen werden. Vermittler und Träger dieser Bewegung müssen die MTS und die volkseigenen Güter werden. Diese Bewegung muß unterstützt und gefördert werden durch die Organisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie durch die anderen Organisationen der Arbeiterklasse und die Staatsorgane.

Wenn wir die Lehren, die uns Marx, Engels, Lenin und Stalin gegeben haben, bewahren und anwenden und ein festes, unerschütterliches Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft herstellen — dann werden wir die mächtige Kraft schaffen, die in der Lage ist, den Widerstand der gestürzten Klassen zu überwinden, und die fähig ist, in der Deutschen Demokratischen Republik siegreich den Sozialismus aufzubauen.

Fred Oelßner

Die kapitalistischen Monopole in der ökonomischen Lehre von Marx

Das Monopol ist, wie W. I. Lenin lehrt, „die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus". Die Entwicklung und schließliche Vorherrschaft der modernen Monopole im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ist eine glänzende Bestätigung der ökonomischen Lehre von Karl Marx. Lenin schrieb:

„Vor einem halben Jahrhundert, als Marx sein ‚Kapital' schrieb, erschien der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen die freie Konkurrenz als ein ‚Naturgesetz'. Die offizielle Wissenschaft versuchte das Werk von Marx totzuschweigen, der durch seine theoretische und geschichtliche Analyse des Kapitalismus bewies, daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das Monopol ist jetzt zur Tatsache geworden." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 779)

Mit der Verwandlung des alten Kapitalismus in den monopolistischen Kapitalismus sind neue ökonomische Bedingungen geschaffen worden, auf deren Grundlage die Wirkung einiger objektiver ökonomischer Gesetze des Kapitalismus sich geändert hat. Die Analyse der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus und der Wirkung der ökonomischen Gesetze unter diesen Bedingungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Ökonomie des Marxismus in unserer Zeit.

Karl Marx hat das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung enthüllt, indem er das Gesetz des Mehrwerts entdeckte, das die grundlegenden Züge der kapitalistischen Produktion bestimmt. Dieses Gesetz beherrschte im vormonopolistischen Kapitalismus alle Erscheinungen der kapitalistischen Ökonomie. Es erklärte die Entstehung und das Anwachsen des kapitalistischen Profits, auf der Grundlage des Mehrwertgesetzes entstand die Durchschnittsprofitrate und entfaltete sich ihre Tendenz zum Sinken.

Wie J. W. Stalin in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" nachweist, kann sich der monopolistische Kapitalismus mit dem Durchschnittsprofit nicht begnügen, er fordert nicht Durchschnittsprofit, sondern „ein Maximum an Profit, das nötig ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen"*). Das Gesetz des Mehrwerts berührt aber nicht das Problem der höchsten Profitrate, darum muß es, wie Stalin nachweist, in Anwendung auf die Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus konkretisiert und weiterentwickelt werden. Bei der Lösung dieser Aufgabe — der Erforschung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus — knüpfte Stalin also unmittelbar an das große Werk des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus an.

Wenn Karl Marx auch das monopolistische Stadium des Kapitalismus, den Imperialismus, nicht erlebt hat, so enthält sein ökonomisches Werk doch zahlreiche geniale Darlegungen über die kapitalistischen Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft, deren Kenntnis erforderlich ist, wenn wir den gegenwärtigen Kapitalismus und besonders sein ökonomisches Grundgesetz richtig verstehen wollen. Bereits in seiner Frühschrift „Das Elend der Philosophie" stellte Marx das dialektische Wechselverhältnis zwischen Monopol und Konkurrenz dar, als er schrieb:

*) J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952 S. 39

„In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol." (Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 172)

Mit diesen Worten ist nicht nur die künftige Entwicklung in genialer Weise vorausgesagt, sondern zugleich ein vernichtender Schlag gegen die Harmonie-Apostel geführt worden, die mit der Entstehung der Monopole das Ende der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion voraussagten, um damit die opportunistische Politik zu rechtfertigen. „Das Monopol erzeugt die Konkurrenz", erklärte Marx vor mehr als 100 Jahren und entlarvte damit im voraus alles Geschwätz über den „organisierten Kapitalismus".

Die entscheidende Entdeckung von Marx auf ökonomischem Gebiet war die Entdeckung des Gesetzes des Mehrwerts. Und diese Entdeckung ist unmittelbar mit dem Nachweis eines besonderen, grundlegenden Monopols der kapitalistischen Produktion verbunden. Marx löste das Problem, mit dem die ganze politische Ökonomie vorher nicht fertig geworden war: das Geheimnis der Verwandlung von Geld in Kapital, der Entstehung des Mehrwerts. Er wies nach, daß diese Verwandlung nur unter ganz besonderen geschichtlich-gesellschaftlichen Bedingungen möglich ist, unter denen sich das Arbeitsvermögen, die Arbeitskraft des Produzenten in eine Ware verwandelt, die er verkaufen kann und muß. Marx schreibt:

„Zur Verwandlung von *Geld* in *Kapital* muß der Geldbesitzer also *den freien Arbeiter* auf dem *Warenmarkt* vorfinden, *frei* in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als *seine* Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen *Sachen*."*)

Die entscheidende Bedingung der Entstehung des Mehrwerts ist also das *Monopoleigentum* der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln, die Ausschließung der Arbeiter von diesem Eigentum, die Besitzlosigkeit der Proletarier, die sie zwingt, bei Strafe des Hungertodes ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen. Dieses Monopoleigentum der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln ist die unerläßliche Grundlage der gesamten kapitalistischen Produktionsweise. Während das alte feudale Eigentum zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden war, hat das kapitalistische Monopoleigentum an den Produktionsmitteln in der früheren Periode die Entwicklung der Produktivkräfte ungeheuer gefördert und stellt die wichtigste ökonomische Bedingung dar, die den objektiven ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus zur Wirkung verhilft. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wird aber gerade dieses Monopoleigentum zur Fessel für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. „Das *Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise,* die mit und unter ihm aufgeblüht ist", sagt Marx (Bd. I, S. 803). Wie Genosse Stalin hervorhebt, bildet diese Eigenart der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, also auch der Eigentumsform, von der Rolle des Hemmschuhs für die Produktivkräfte zur Rolle der wichtigsten, sie vorwärtstreibenden Kraft und von der Rolle der Haupttriebkraft der Produk-

*) Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 176. Alle weiteren Seitenangaben ohne Quelle beziehen sich auf den entsprechenden Band des „Kapital"

tivkräfte zur Rolle eines Hemmschuhs für sie, eine der Hauptelemente der marxistischen materialistischen Dialektik*). Das kapitalistische Monopoleigentum ist die Hauptursache für die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse, es ist die Grundlage für die maßlose Bereicherung der Kapitalistenklasse. Es ist zum Haupthindernis für die gesellschaftliche Entwicklung geworden. Darum schrieben Marx und Engels bereits vor mehr als hundert Jahren im Kommunistischen Manifest:

„In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 24)

Mit diesen Worten zeigten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest der Arbeiterklasse das Ziel ihres Kampfes und erbrachten zugleich den Nachweis, daß es zwischen Kapitalisten und Arbeitern niemals eine Versöhnung geben kann, weil die Arbeiterklasse sich nur durch Vernichtung des kapitalistischen Eigentums befreien kann, während die Bourgeoisie ihr Monopoleigentum mit allen Mitteln des Betruges und der Gewalt verteidigt. Wenn die rechten sozialdemokratischen Führer heute eine „sozialistische Planwirtschaft" unter Beibehaltung des kapitalistischen Eigentums predigen, dann beweisen sie damit nur, daß sie die Arbeiterklasse betrügen, um das kapitalistische Eigentum zu beschützen.

Bei der Herausbildung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln hat wiederum das Monopol eine hervorragende Rolle gespielt. In dem Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation im ersten Band des „Kapital" schreibt Marx über die Wirkung dieser Monopole folgendes:

„Die *englisch-ostindische Kompanie* erhielt bekanntlich, außer der politischen Herrschaft in Ostindien, das ausschließliche Monopol des Teehandels wie des chinesischen Handels überhaupt und des Gütertransports von und nach Europa. Aber die Küstenschiffahrt von Indien und zwischen den Inseln, wie der Handel im Innern Indiens wurden Monopol der höheren Beamten der Kompanie. Die Monopole von Salz, Opium, Betel und andren Waren waren unerschöpfliche Minen des Reichtums. Die Beamten selbst setzten die Preise fest und schanden nach Belieben den unglücklichen Hindu. Der Generalgouverneur nahm Teil an diesem Privathandel. Seine Günstlinge erhielten Kontrakte unter Bedingungen, wodurch sie, klüger als die Alchimisten, aus Nichts Gold machten. Große *Vermögen* sprangen wie die Pilze an *einem* Tage auf, die *ursprüngliche Akkumulation* ging vonstatten ohne Vorschuß eines Schillings." (Bd. I, S. 792)

Diese Monopole, deren Blütezeit das 18. Jahrhundert war, schöpften ihre riesigen Profite vornehmlich nicht aus der kapitalistischen Ausbeutung von Lohnarbeitern, sondern aus der Plünderung unentwickelter Völker. Aber sie förderten die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, indem sie einerseits die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals ungemein vorantrieben und andererseits primitive Naturalproduzenten in Lohnsklaven verwandelten. Damit aber untergruben diese Monopole die Grundlage, auf der sie selbst beruhten. Marx schreibt darüber:

„... dies Monopol des Zwischenhandels verfällt, und damit dieser Handel selbst, im selben Verhältnis wie die ökonomische Entwicklung der Völker

*) Siehe: J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 63

fortschreitet, die es beiderseits exploitierte, und deren Unentwickeltheit seine Existenzbasis war." (Bd. III, S. 361)

Das Monopol war also ein wichtiges Mittel der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, es half, in den Händen einzelner Menschen große Kapitalmengen zu konzentrieren, wodurch es dazu beitrug, die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu schaffen. Der ganze Prozeß der sogenannten ursprünglichen Akkumulation war im wesentlichen ein Prozeß der gewaltsamen Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, der Verwandlung dieser Produktionsmittel in Monopoleigentum der Kapitalistenklasse und der Schaffung der in doppeltem Sinne „freien" Lohnarbeiter.

Das Monopoleigentum an den Produktionsmitteln ist ein Klassenmonopol. An ihm haben *alle* Angehörigen der Kapitalistenklasse teil, während alle Angehörigen der Arbeiterklasse eben durch dieses Monopol von dem Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen sind. Darum bildet dieses Monopol auch die allgemeine Grundlage für alle Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise.

Außer dem grundlegenden Monopol des Kapitaleigentums gibt es aber innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise noch andere Monopole, die nicht der ganzen Kapitalistenklasse, sondern nur Teilen derselben, beziehungsweise anderen Klassen, wie den Grundbesitzern, zugute kommen. Diese Monopole können, wie Marx nachweist, zwar zugunsten ihrer Inhaber die Wirkung einzelner ökonomischer Gesetze des Kapitalismus einschränken, sie sind im ganzen aber der Wirkung dieser Gesetze unterworfen, sie selbst wirken nur auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, insbesondere des Gesetzes des Mehrwerts.

Nehmen wir das wichtigste dieser Monopole, das Grundeigentum. Es bildet die ökonomische Basis der Grundrente. Das große Verdienst von Marx in der Entwicklung der Grundrententheorie besteht gerade in dem Nachweis, daß die kapitalistische Grundrente nichts anderes ist als eine verwandelte Form von Surplusprofit. Das heißt die Quelle der Grundrente ist der Profit, der von den Arbeitern erzeugte Mehrwert. Bei den Differentialrenten I und II geht der auf Grund der verschiedenen Produktivität der Arbeit erzeugte Surplusprofit infolge des Grundeigentums nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate ein, sondern fließt in die Tasche des Grundbesitzers als Grundrente. Selbst die absolute Grundrente, die, wie Marx sagt, vom Grundeigentum selbst erzeugt wird, hat ihre Quelle im gesellschaftlichen Gesamtmehrwert. Infolge der niedrigeren organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Landwirtschaft, also des relativ größeren Anteils der lebendigen Arbeit (v), wird bei gleicher Kapitalgröße eine größere Menge Mehrwert erzeugt, die kraft des Monopols am Grundeigentum nicht ausgeglichen wird, sondern als absolute Grundrente dem Grundbesitzer zugute kommt. Diese absolute Grundrente verteuert die landwirtschaftlichen Produkte und ist die wichtigste Ursache für die langsame Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Aber auf jeden Fall ist die Quelle der absoluten Grundrente der in der Landwirtschaft erzeugte Mehrwert. Sind landwirtschaftlicher Kapitalist und Grundeigentümer zwei getrennte Personen, so wird der Kapitalist nur den Durchschnittsprofit machen, während den Surplusprofit der Grundeigentümer erhält. Sind sie in einer Person vereinigt, so wird dennoch die Rente als „Ertrag aus dem Boden" besonders errechnet und nur der Durchschnittsprofit als „Ertrag aus dem Kapital" betrachtet. Das Gesetz des Mehrwerts, das dem Durchschnittsprofit zugrunde liegt, regu-

liert in der kapitalistischen Wirtschaft also auch das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Grundeigentümern.

Ähnlich wie mit der Grundrente liegen die Dinge bei der Ausbeutung anderer monopolisierbarer Naturkräfte, wie Wasserfälle, ertragreiche Bergwerke, Weinberge u. a. In jedem Fall ist der Mehrwert die Quelle des Surplusprofits, sei es, daß infolge höherer Produktivität der Arbeit gegenüber dem gesellschaftlichen Durchschnitt größerer Mehrwert erzeugt oder durch das Monopol ein größerer Anteil am gesellschaftlichen Gesamtmehrwert realisiert wird. Marx schreibt:

„Selbst die Monopolrente, soweit sie nicht Abzug vom Arbeitslohn ist, also keine besondre Kategorie bildet, muß indirekt immer einen Teil des Mehrwerts bilden; wenn nicht Teil des Preisüberschusses über die Produktionskosten der Ware selbst, von der sie einen Bestandteil bildet, wie bei der Differentialrente, oder überschüssigen Teil des Mehrwerts der Ware selbst, von der sie einen Bestandteil bildet, über den durch den Durchschnittsprofit gemeßnen Teil ihres eignen Mehrwerts (wie bei der absoluten Rente), so doch des Mehrwerts andrer Waren, d. h. der Waren, die gegen diese Ware, die einen Monopolpreis hat, ausgetauscht werden." (Bd. III, S. 887)

Von außerordentlicher Wichtigkeit sind die Hinweise von Marx über den *Monopolpreis*. Er weist nach, daß die Monopolpreise eine Abweichung vom Werte bzw. Produktionspreis darstellen und daß demzufolge auch der Monopolprofit eine Abweichung vom Durchschnittsprofit darstellt. Gleichzeitig stellt Marx jedoch fest, daß im Maßstabe der gesamten Gesellschaft Monopolpreis und Monopolprofit der Wirkung des Wertgesetzes bzw. des Gesetzes des Mehrwerts unterliegen. Über den Monopolpreis sagt Marx:

„Wenn wir von Monopolpreis sprechen, so meinen wir überhaupt einen Preis, der nur durch die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist, unabhängig von dem durch den allgemeinen Produktionspreis, wie von dem durch den Wert der Produkte bestimmten Preis." (Bd. III, S. 825)

Das Monopol behindert das Wertgesetz und das Gesetz der Durchschnittsprofitrate in seiner Wirkung auf *einzelne* Waren, indem es deren Monopolpreis vom Wert bzw. Produktionspreis loslöst. Marx schreibt:

„Damit die Preise, wozu Waren sich gegeneinander austauschen, ihren Werten annähernd entsprechen, ist nichts nötig als daß ... kein natürliches oder künstliches Monopol eine der kontrahierenden Seiten befähige, über den Wert zu verkaufen, oder sie zwinge, unter ihm loszuschlagen." (Bd. III, S. 203)

Was die Ausgleichung der höheren Profitraten (in den Kolonien) anbelangt, so sagt Marx:

„Warum nun die höhern Profitraten, die in gewissen Zweigen angelegte Kapitale so abwerfen und nach der Heimat abführen, hier, *wenn sonst nicht Monopole im Wege stehn*, nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn und daher diese pro tanto (dementsprechend) erhöhn sollen, ist nicht abzusehn." (Bd. III, S. 266. Von mir hervorgehoben — F. O.)

Aus beiden Zitaten ist zu ersehen, daß Marx in den Monopolen ein Hindernis für die normale Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus erblickte. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß das Vorhandensein

teilweiser Monopole im vorimperialistischen Kapitalismus die Wirkung des Mehrwertgesetzes geändert habe. Dieser Schluß wäre jedoch falsch. Diese Monopole können nur partielle Störungen in der Wirkung der ökonomischen Gesetze hervorrufen, während sie im ganzen im Rahmen dieser Gesetze wirken. Marx schreibt:

„Findet endlich die Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit in den verschiednen Produktionssphären ein Hindernis an künstlichen oder natürlichen Monopolen, und speziell am Monopol des Grundeigentums, so daß ein Monopolpreis möglich würde, der über den Produktionspreis und über den Wert der Waren stiege, auf die das Monopol wirkt, so würden die durch den Wert der Waren gegebnen Grenzen dadurch nicht aufgehoben. Der Monopolpreis gewisser Waren würde nur einen Teil des Profits der andern Warenproduzenten auf die Waren mit dem Monopolpreis übertragen. Es fände indirekt eine örtliche Störung in der Verteilung des Mehrwerts unter die verschiednen Produktionssphären statt, die aber die Grenze dieses Mehrwerts selbst unverändert ließe. Ginge die Ware mit Monopolpreis in den notwendigen Konsum des Arbeiters ein, so würde sie den Arbeitslohn erhöhn und dadurch den Mehrwert vermindern, falls der Arbeiter nach wie vor den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt erhielte. Sie könnte den Arbeitslohn unter den Wert der Arbeitskraft herabdrücken, aber dies nur, soweit jener über der Grenze seines physischen Minimums stände. In diesem Falle würde der Monopolpreis durch Abzug am realen Arbeitslohn (d. h. der Masse der Gebrauchswerte, die der Arbeiter durch dieselbe Masse Arbeit erhielte) und an dem Profit der andern Kapitalisten bezahlt. Die Grenzen, innerhalb deren der Monopolpreis die normale Regulierung der Warenpreise affizierte, wären fest bestimmt und genau berechenbar." (Bd. III, S. 917)

Der Monopolpreis kann also in dem von Karl Marx analysierten Kapitalismus die durch das Wertgesetz und durch das Gesetz des Mehrwerts gezogenen Grenzen nicht durchbrechen. Der Monopolprofit bleibt ein Surplusprofit, der entweder einen Abzug vom Profit anderer Kapitalisten darstellt oder sich aus der Vergrößerung des Mehrwerts infolge besonderer Umstände (höhere Produktivität, Senkung des Arbeitslohnes u. a.) ergibt. Die Summe des gesamten Profits bleibt der Summe des gesamten Mehrwerts gleich. Einzelne Kapitalisten, die ein Monopol besitzen, realisieren einen Monopolprofit, der infolge ihres Monopols nicht in die Ausgleichung der Durchschnittsprofitrate eingeht. Im übrigen setzt sich durch die Konkurrenz der Kapitale das Gesetz der Durchschnittsprofitrate durch. Der Durchschnittsprofit, der die normalen Verwertungsbedingungen des Kapitals ausdrückt, sichert den Betrieben die normale Rentabilität. Das Gesetz des Mehrwerts, das Gesetz der Entstehung und des Anwachsens des kapitalistischen Profits, bestimmt die grundlegenden Züge der kapitalistischen Produktion.

Hierbei darf freilich nicht außer acht gelassen werden, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ein allgemeines Gesetz des Kapitalismus ist, das sich im Imperialismus ungemein verschärft hat, aber schon vorher die Entwicklung bestimmte. Lenin lehrt:

„Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 816)

Infolge dieser Ungleichmäßigkeit traten schon lange vor dem Imperialismus Monopolerscheinungen auf, die die Entwicklung eines neuen Stadiums des Kapitalismus ankündigten. Marx schrieb darüber:

„... da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprozesses, und mit ihm die Minimalgröße des vorzuschießenden Kapitals erweitert, so kommt jener Umstand zu den andren, die die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelter oder assoziierter, verwandeln." (Bd. II, S. 102/103)

Je mehr dieser Prozeß voranschreitet, um so größer werden in den entsprechenden Produktionszweigen die Bedürfnisse der Akkumulation. In der Hüttenindustrie z. B. kann nicht akkumuliert, d. h. die Stufenleiter der Produktion erweitert werden, indem entsprechend der Akkumulationsrate vom Durchschnittsprofit ein kleiner Hochofen neben den großen gesetzt wird. Akkumulation setzt hier von vornherein große zusätzliche Kapitalmassen voraus, für die der durch die Durchschnittsprofitrate gezogene Rahmen zu eng wird.

Die Konzentration und Zentralisation der Produktion, die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte als des revolutionärsten Elementes der geschichtlichen Entwicklung, bringt also ein neues Monopol hervor, das die Grundlage des neuen Stadiums des Kapitalismus, des Imperialismus, bildet. Auf diese Entwicklung hat besonders Engels hingewiesen, der den zweiten und dritten Band des „Kapital" herausgab. In einer Zwischenbemerkung zum dritten Band führt Engels das Beispiel der chemischen Industrie Englands an, in der die freie Konkurrenz durch Kartellbildung ausgeschaltet wurde.

„So ist in diesem Zweig", schreibt Engels, „der die Grundlage der ganzen chemischen Industrie bildet, in England die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet." (Bd. III, S. 479)

Diese Entwicklung war von Karl Marx schon im ersten Band des „Kapital" genial vorausgesagt worden. In seiner berühmten Darstellung der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation hatte Marx nachgewiesen, daß die ständig wachsende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals neue ökonomische Bedingungen schaffen, die den Sturz der kapitalistischen Produktionsweise zur objektiven Notwendigkeit machen. Marx schilderte den unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus mit den prophetischen Worten:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das *Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise,* die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. *Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert.*" (Bd. I, S. 803)

In den folgenden Bänden des „Kapital", die er nicht selbst vollenden konnte, hat Marx in genialer Weise einige Grundzüge des neuen Stadiums des Kapitalismus, des Imperialismus, vorausgesehen. So z. B. im dritten Band, wo er schrieb:

„Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie (offensichtlich) als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektenmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel." (Bd. III, S. 479/480)

Fassen wir die Darstellung der Monopole in der ökonomischen Lehre von Marx zusammen, so ergeben sich folgende Hauptpunkte:

1. das Monopol hat bei der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise eine große Rolle gespielt, es diente als wichtiger Hebel zur Enteignung, Beraubung und Ruinierung der selbständigen Produzenten;
2. das Monopoleigentum der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln bildet die Grundlage der gesamten kapitalistischen Produktion. Die Vernichtung des kapitalistischen Eigentums ist daher die unerläßliche Bedingung der Beseitigung des Kapitalismus;
3. teilweise, natürliche und künstliche Monopole stören die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktion in ihrer Wirkung, können sie jedoch nicht aufheben und sind letzten Endes im Rahmen der allgemeinen ökonomischen Gesetzmäßigkeit wirksam;
4. die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion erzeugen ein neues Monopol, das den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren Produktionsweise darstellt. „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats." (Lenin)

*

W. I. Lenin knüpfte in seiner Analyse des Imperialismus unmittelbar an die ökonomische Analyse von Marx an und führte sie weiter. Er wies nach, daß das von Marx entdeckte Gesetz der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals ein *neues* Monopol schafft, wie es bisher noch nicht dagewesen war. Dieses Monopol ist der unmittelbare Ausdruck der erreichten hohen Stufe der Konzentration und der Vergesellschaftung der Produktion. Dabei warnt Lenin ausdrücklich davor, die neuen Erscheinungen des Kapitalismus mit ähnlichen Erscheinungen in früheren Perioden gleichzusetzen. Lenin schreibt:

„Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus, ja vor dem Kapitalismus selbst gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und verwirklichte einen Imperialismus. Aber ‚allgemeine' Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied in den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus ...

Die grundlegende Besonderheit des jüngsten Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 833/834)

Dieser Hinweis gilt in ganz besonderem Maße für die Monopole. Natürlich gibt es auch im Imperialismus zahlreiche juridische und politische Monopole (Patente, Handelsprivilegien, Sondertarife usw.), aber das entscheidende Merkmal des Imperialismus ist das aus der Konzentration der Produktion und des Kapitals gewachsene ökonomische Monopol, das vorherrschend geworden ist und den Charakter des neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung bestimmt. Dieses Monopol stellt etwas qualitativ Neues dar, es verkörpert die im Kapitalismus höchstmögliche Stufe der Vergesellschaftung unter Beibehaltung des kapitalistischen Privateigentums, wodurch alle Widersprüche und Gegensätze des Kapitalismus ungeheuer verschärft werden. Lenin schrieb:

„In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und Wollen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.

Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher." (Ebenda, S. 784)

Das Wesentliche des neuen Monopols besteht also darin, daß es einer hohen Stufe der Konzentration entspringt, daß seine Vorherrschaft die unerhört hohe Stufe der Vergesellschaftung zum Ausdruck bringt. Mit der Entwicklung dieses neuen Monopols und seiner Begleiterscheinungen, des Finanzkapitals, des Überwiegens des Kapitalexports, des Kampfes um Rohstoffquellen usw. haben sich die ökonomischen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion geändert, und demzufolge ist auch eine Änderung in der Wirkung der objektiven ökonomischen Gesetze eingetreten. Aus diesen Gründen kann das von Marx entdeckte Gesetz des Mehrwerts in seiner allgemeinen Form, das tatsächlich die grundlegenden Züge der kapitalistischen Produktion bestimmt, nicht als ökonomisches Grundgesetz des monopolistischen Kapitalismus angesehen werden. Das Gesetz des Mehrwerts berührt, wie J. W. Stalin in seinem genialen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" nachweist, nicht das Problem der höchsten Profitrate, deren Sicherung die Entwicklungsbedingung des monopolistischen Kapitalismus ist, denn der monopolistische Kapitalismus fordert ein Maximum an Profit, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen. *)

Davon ausgehend formuliert Genosse Stalin das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus folgendermaßen:

„Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch

*) Siehe: J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S 39

Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 39/40)

Das Ziel der Produktion des monopolistischen Kapitalismus ist also die Sicherung des Maximalprofits. Auch früher schon war der „Heißhunger nach Mehrarbeit", die Jagd nach dem höchstmöglichen Profit, das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise. Aber eben im Ergebnis dieser allgemeinen Jagd nach dem größten Profit entstand die allgemeine Profitrate, der einzelne Kapitalist bekam den Durchschnittsprofit, der die normale Verwertungsbedingung des Kapitals darstellte und die normale erweiterte Reproduktion ermöglichte. Indem der Konkurrenzkampf die Kapitalisten dazu trieb, zur Gewinnung eines Extraprofits die Produktion zu verbessern, brachte er das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zur Wirkung und zeigte damit zugleich die historische Schranke der kapitalistischen Produktionsweise. Marx wies auf diese Schranke hin, als er schrieb:

„Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist das *Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß, und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel — unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen." (Bd. III, S. 278/279)

Diese Schranke wird noch fühlbarer durch den zunehmenden Widerspruch zwischen den sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals (tendenzieller Fall der Profitrate) und den wachsenden Ansprüchen der Akkumulation. Dieser Widerspruch führt eben dazu, daß der Durchschnittsprofit, als die unterste Grenze der Rentabilität, für die Monopole nicht mehr ausreicht, um die Akkumulation mehr oder weniger regulär zu verwirklichen. Darum fordert der monopolistische Kapitalismus nicht den Durchschnittsprofit, sondern den Maximalprofit. Die Sicherung des Maximalprofits wird zur objektiven ökonomischen Notwendigkeit für den Monopolkapitalismus.*)

*) Es war deshalb ungenau formuliert, wenn ich in meinem Artikel „Über den Charakter der Gesetze der politischen Ökonomie" im Sonderheft der „Einheit" 1952 in bezug auf den Durchschnittsprofit formulierte: „Damit sind die Monopolkapitalisten nicht zufrieden, sie wollen die Sicherung des höchstmöglichen, des Maximalprofits für die kapitalistischen Monopole." („Einheit" 1952, S 1206)
In der knappen Formulierung fehlte der Hinweis auf die objektive Notwendigkeit, die den Willen der Monopolkapitalisten hervorruft Dieser Fehler gab zu idealistischen Auslegungen Anlaß.

Diese objektive Notwendigkeit ergibt sich erstens aus der bereits von Karl Marx festgestellten Tatsache, daß die Funktion des industriellen Kapitals mehr und mehr zu einem Monopol großer Geldkapitalisten wird. Der ständig wachsende Minimalumfang des Kapitals gerade in den monopolistischen Industriezweigen macht eine Erweiterung der Produktion aus dem Durchschnittsprofit unmöglich. Der große Anteil des fixen Kapitals (Produktionsanlagen, Maschinen) erheischt zur Erweiterung der Produktion so große Summen, daß der Durchschnittsprofit dazu nicht ausreicht.

Die objektive Notwendigkeit des Maximalprofits ergibt sich weiter, wie Stalin nachweist, daraus, daß nur die höchste Profitrate die Entwicklungsbedingungen des monopolistischen Kapitalismus sichert. Dazu gehört aber außer der Sicherung der erweiterten Reproduktion die Behauptung, Sicherung und Stärkung des Monopols selbst. Das Monopol würde illusorisch, wenn sich durch aufkommende Konkurrenz die Monopolprofite zum Durchschnittsprofit ausgleichen würden. Die Sicherung des Monopolprofits ist Sinn und Zweck des Monopols. Die Konkurrenz, die durch das Monopol in kleinerem Rahmen (z. B. in einem Industriezweig) ausgeschaltet ist, muß daher von den Monopolen auf höherer Stufe und in größerem Rahmen mit um so größerer Wucht wieder aufgenommen werden. Lenin führte folgende Methoden des Konkurrenzkampfes an, die für die kapitalistischen Monopolverbände typisch sind:

„1. Die Materialsperre . . . (‚eine der wichtigsten Methoden des Kartellzwanges'); 2. Sperrung der Arbeitskräfte durch ‚Allianzen' (d. h. Vereinbarungen zwischen Kapitalisten und Arbeiterverbänden derart, daß die Arbeiter nur in kartellierten Betrieben arbeiten dürfen); 3. Sperrung der Zufuhr; 4. Sperrung des Absatzes; 5. Verträge mit den Abnehmern, wonach sie ausschließlich mit kartellierten Firmen geschäftlich verkehren dürfen; 6. planmäßige Preisunterbietung (um die ‚Außenseiter', d. h. Betriebe, die sich den Monopolinhabern nicht unterordnen, zu ruinieren; es werden Millionen ausgegeben, um eine Zeitlang unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen, in der Benzinindustrie wurden zuweilen die Preise von 40 auf 22 Mark, d. h. fast auf die Hälfte herabgesetzt!); 7. Sperrung des Kredits; 8. Verrufserklärung.

Wir haben es nicht mehr mit dem Konkurrenzkampf kleiner und großer, technisch rückständiger und technisch fortgeschrittener Betriebe zu tun. Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 785)

Um seine Vormachtstellung zu behaupten, muß das Monopol auch gegen jede latente Konkurrenz kämpfen, das heißt, es muß bestrebt sein, alle Rohstoffquellen, Patente u. a. aufzukaufen, auch dann, wenn es sie nicht produktiv ausbeuten will, allein, um das Aufkommen von Außenseitern zu verhindern.

Alle diese objektiven Ursachen, die die Sicherung des Maximalprofits zum Ziel der Produktion des Monopolkapitalismus machen, wirken natürlich noch verstärkt in der Periode der allgemeinen Krise und besonders in ihrer zweiten Etappe, in der die Einflußsphären des Weltimperialismus weiter in großem Maße eingeschränkt sind.

So ergibt sich aus einer ganzen Reihe, hier keineswegs vollständig dargestellten Ursachen, die objektive Notwendigkeit für den Monopolkapitalismus, sich mit dem Durchschnittsprofit nicht abzufinden, sondern die Sicherung des Maximalprofits zum Ziel der Produktion zu machen.

In welcher Weise beeinflußt nun diese neue Aufgabe der Produktion im Monopolkapitalismus — die Sicherung des Maximalprofits — die objektiven ökonomischen Gesetze des Kapitalismus? Würden wir, nach dem Beispiel von Marx, einen „reinen Kapitalismus" unterstellen, d. h. eine solche Gesellschaftsordnung, in der es nur Kapitalisten und Arbeiter, allenfalls noch Grundbesitzer, gibt, so ist klar, daß die äußerste Grenze des Maximalprofits der gesamte gesellschaftliche Mehrwert wäre. Das Monopolkapital würde hier seinen Maximalprofit sichern, indem es 1. die Ausbeutung der Arbeiter ungemein steigerte, um dadurch die Gesamtmasse des gesellschaftlichen Mehrwerts zu vergrößern, 2. einen wachsenden Teil des Profits der nichtmonopolistischen Kapitalisten abschöpfte und diese allmählich auf das Niveau des Proletariats herabdrückte. Eine andere Quelle des Maximalprofits könnte es in einem „reinen Kapitalismus" nicht geben. Ohne Zweifel spielen diese beiden Methoden zur Realisierung des Maximalprofits in der gegenwärtigen Praxis des Monopolkapitals eine große Rolle.

Die rechten sozialdemokratischen Führer entstellen daher auch für den „reinen Kapitalismus" die marxistische Theorie, wenn sie versuchen, den Monopolprofit als eine bloße Frage der Neuverteilung des Profits darzustellen. Sie fußen dabei auf Hilferding, der im „Finanzkapital" schrieb:

> „Die Kartellierung bedeutet eine Änderung in der Durchschnittsprofitrate. Die Profitrate steigt in den kartellierten Industrien und sinkt in den nichtkartellierten." (Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital", Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 313)

Diese Darstellung ist eine Verteidigung des Monopolkapitalismus, denn sie macht die Sicherung des Maximalprofits zu einer internen Angelegenheit der Kapitalistenklasse, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht unmittelbar berührt. Natürlich entspringt der Maximalprofit auch einer Neuverteilung des Profits unter den Kapitalisten. Aber das ist nicht seine wesentliche Seite. Das Wesentliche des Maximalprofits ist selbst unter der angenommenen Bedingung des reinen Kapitalismus die ungeheure Erhöhung der Ausbeutung, die maßlose Verelendung der Arbeiterklasse. Aber eben diese Seite müssen die sozialdemokratischen Lakaien des Monopolkapitals verschweigen, um die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzuhalten.

Indessen hat Stalin bei der Darstellung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus nicht einen abstrakten „reinen Kapitalismus" im Auge, sondern den heute konkret existierenden Monopolkapitalismus, der ungeheure Maximalprofite einheimst. Diese Maximalprofite sind so gewaltig, daß selbst angesichts der ungeheuer gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter der gesellschaftliche Gesamtmehrwert nicht mehr ausreicht, um diese Höchstprofite zu sichern. Der Maximalprofit des heutigen Monopolkapitalismus beruht also nicht nur auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse, obgleich diese seine Hauptquelle ist. Er hat noch andere Quellen, die sogar über den Rahmen der einfachen Warenproduktion hinausgehen. Die Sicherung des Maximalprofits geschieht durch die Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der übergroßen Mehrheit der gesamten Bevölkerung in allen vom Imperialismus beherrschten Ländern. Der Nachweis dieser Quellen und die Erforschung der konkreten Methoden ihrer Ausbeutung, zu der uns Stalins geniales Werk die Anweisung gibt, ist eine besondere Aufgabe der politischen Ökonomie des Marxismus.

In seiner genialen Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus hat Genosse Stalin die Quellen aufgedeckt, aus denen der Maximalprofit des Monopolkapitalismus gespeist wird. Diese Quellen sind folgende:

1. Ausplünderung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes.

   Zu dieser Mehrheit gehören die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, der gewerbliche und sonstige Mittelstand und jener Teil der kapitalistischen Klasse selbst, der nicht zur monopolistischen Finanzoligarchie gehört.

   Die Quellen des auf diese Weise erzielten Maximalprofits sind also: a) der aus der Arbeiterklasse herausgepreßte, maßlos gesteigerte Mehrwert, b) ein beträchtlicher Teil des von den einfachen Warenproduzenten, den Bauern und Handwerkern erzeugten Wertes, c) ein beträchtlicher Teil des Einkommens fast aller Bevölkerungsschichten, d) ein Teil des Profits der nicht monopolistischen Kapitalisten und schließlich e) die aus dem Ruin einfacher und kapitalistischer Warenproduzenten vom Monopolkapital aufgesaugten Werte.

   Somit mästet sich das Monopolkapital nicht nur aus dem gesellschaftlichen Gesamtmehrwert und der Gesamtsumme der produzierten Werte, sondern auch aus der Kapital- bzw. Wertsubstanz der von ihm ruinierten Bevölkerungsschichten.

2. Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder.

   Die Quellen des auf diese Weise erzielten Maximalprofits sind die gleichen, wie die unter 1., jedoch kommen zusätzliche Quellen hinzu, und zwar a) der Kapitalexport, wobei die Monopolisten bei Staatsanleihen die Regierung der Empfangsländer zwingen, die Profite aus der Bevölkerung herauszupressen, b) der Nicht-Äquivalenten-Austausch, d. h. die Lieferung von Waren zu Höchstpreisen und der Aufkauf von Waren des abhängigen Landes zu niedrigen Preisen, c) die Erhebung von Tributen auf Grund von politischen Verträgen oder politischen Machtansprüchen.

   Bei den zurückgebliebenen Ländern bildet außer dem in diesen Ländern erzeugten Mehrwert und Warenwert auch die Arbeit der in Naturalwirtschaft lebenden primitiven Produzenten und der in feudaler Fron schaffenden Bauern eine Quelle des Maximalprofits der Monopole. Diese Schichten müssen ihrem Feudalherrn oder dem Staat Tribute entrichten, die als Maximalprofit in die Tasche der Monopolisten fließen.

   Das von den USA-Monopolisten mit demagogischen Lügen ins Werk gesetzte „Punkt 4 - Programm" zur Entwicklung der zurückgebliebenen Länder bezweckt gerade die Entwicklung dieser Quelle und ihre Verwandlung in die Warenwirtschaft, um größere Profite aus den zurückgebliebenen Ländern herauspressen zu können.

3. Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft.

   Die Militarisierung der Volkswirtschaft, die Steigerung der Rüstungsproduktion sichert den Monopolen den Absatz ihrer Waren zu hohen Monopolpreisen, wobei die von den Steuerzahlern aufgebrachten Staatseinnahmen zur unmittelbaren Quelle des Maximalprofits werden. Schließlich ist eine wichtige Quelle des Maximalprofits die „Organisierung neuer Kriege, die für

die Hauptmacher des modernen Kapitalismus das beste ‚Business' sind, um Maximalprofite herauszuholen".*)

Im Kriege kommen außer den riesigen Profiten bei der Lieferung von Kriegsmaterial noch als Quelle des Maximalprofits die gewaltigen Gewinne durch die Ausraubung der überfallenen Länder hinzu.

Aus dieser nur flüchtigen Darstellung ergibt sich, daß der Maximalprofit des Monopolkapitalismus auch aus Quellen gespeist wird, die außerhalb des Wirkungsbereichs des Gesetzes des Mehrwerts und sogar außerhalb des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes liegen. Natürlich ist der Mehrwert, d. h. die Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Hauptquelle des Maximalprofits und insofern wirkt das von Marx entdeckte Gesetz des Mehrwerts innerhalb des von Stalin entdeckten ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus. Aber die Wirkung dieses Grundgesetzes ist breiter. Es ist die Konkretisierung und Weiterentwicklung des Mehrwertgesetzes in Anwendung auf die Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, es erklärt die Ausbeutung der Arbeiterklasse und zugleich die Ausplünderung, Versklavung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern wie in den Kolonien.

Indem das von Stalin entdeckte ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus alle wichtigen Seiten und alle wichtigen Prozesse der Entwicklung der modernen kapitalistischen Produktion aufdeckt, mobilisiert es zugleich die breitesten Volksmassen der vom Imperialismus beherrschten Länder zum Kampf für ihre Befreiung.

*

Natürlich haben die von Stalin im ökonomischen Grundgesetz des modernen Kapitalismus gezeigten Mittel zur Sicherung des Maximalprofits zum Teil schon vor dem Monopolkapitalismus bestanden und waren vor allem als Mittel der sogenannten ursprünglichen Akkumulation angewandt worden. Aber zu dieser früheren Zeit wurden diese Mittel unter ganz anderen ökonomischen Bedingungen angewandt, sie dienten der Überwindung alter, überholter Produktionsverhältnisse und der Konstituierung der kapitalistischen Produktionsweise. Ihr Ergebnis war der Sieg des Kapitalismus und die Durchsetzung seiner Gesetze, besonders des Gesetzes des Mehrwerts. Darum waren sie auch, wie Karl Marx nachwies, ganz der Wirkung dieses Gesetzes unterworfen. Marx konnte und mußte die Monopole — mit Ausnahme des Monopoleigentums an den Produktionsmitteln — als Ausnahmen, Abweichungen von den Entwicklungsgesetzen des vormonopolistischen Kapitalismus behandeln, wobei er nachwies, daß eben diese Gesetze zu einem neuen Monopol führen werden, das den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellt. Diese geniale Voraussage von Marx hat durch die geschichtliche Entwicklung ihre Bestätigung erfahren und ist von Lenin und Stalin zur exakten wissenschaftlichen Darlegung des monopolistischen Kapitalismus weiterentwickelt worden. So stellt Lenins Theorie des Imperialismus und Stalins ökonomisches Grundgesetz des modernen Kapitalismus die Krönung der genialen ökonomischen Lehre über den Kapitalismus dar, die Karl Marx begründet hat.

---

*) J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". S 40

Kurt Hager

Die Dialektik im „Kapital"

Das „Kapital" ist das bedeutendste Werk des wissenschaftlichen Sozialismus.

Im „Kapital", sowie in dem bereits 1859 erschienenen Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie", gibt Marx die geniale Begründung seiner Lehre von der Entwicklung der Gesellschaft. Das Erscheinen dieser Werke bedeutete eine revolutionäre Umwälzung der gesamten ökonomischen Wissenschaft.

„Solange es Kapitalisten und Arbeiter auf der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre wie das vorliegende", schrieb F. Engels in einer Rezension des ersten Bandes des „Kapital", im Leipziger „Demokratischen Wochenblatt".*)

Das „Kapital" ist eine Enzyklopädie der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Ökonomie, ihres Staates und Rechts, ihrer Politik und Moral, ihrer Philosophie und Religion. Vor allem ist es jedoch die geniale Analyse der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Karl Marx schrieb im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital" (Bd. I), es sei der letzte Endzweck seines Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen. Diese Aufgabe wurde von Marx mit unübertroffener Meisterschaft gelöst.

Er bewies, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist" (Bd. I, S. 8) und daß ihre Entwicklung bestimmt ist durch tiefe antagonistische Widersprüche.

Indem Marx den historischen, vergänglichen und widerspruchsvollen Charakter des kapitalistischen Systems aufdeckte, bewies er zugleich die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Sieges einer höheren Gesellschaftsordnung, des Sozialismus und Kommunismus. Indem er das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung enthüllte, rüstete Karl Marx das Proletariat mit der wissenschaftlichen Erkenntnis für den Kampf um den Sturz des Kapitalismus und den Sieg der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats aus.

Das „Kapital" ist nicht nur die tiefgründigste und umfassendste Darstellung der ökonomischen Lehren des Marxismus. Es stellt eine schöpferische Anwendung der Weltanschauung des Marxismus, des dialektischen und historischen Materialismus, auf die Erforschung der ökonomischen Gesetze der Gesellschaft dar und enthält einen unerschöpflichen Schatz an philosophischen Ideen. Das „Kapital" ist vor allem auch ein großes philosophisches Werk des Marxismus. Über die philosophische Bedeutung des „Kapital" schrieb Lenin in seinen Bemerkungen über den „Plan der Dialektik (Logik) Hegels":

„Wenn Marx auch keine ‚*Logik*' (mit großem Anfangsbuchstaben, d. h. also kein Werk über Logik, da im Russischen nur Eigennamen und Titel mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben werden — Die Red.), hinterlassen hat, so hat er doch die *Logik* des ‚Kapital' hinterlassen, und dies sollte für die vorliegende Frage im höchsten Maße ausgenützt werden. Im ‚Kapital' werden auf eine Disziplin Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie des Materialismus (man braucht nicht drei Worte: das ist ein und dasselbe) angewendet, der alles, was bei Hegel wertvoll ist, sich angeeignet und dieses Wertvolle weiterentwickelt hat." (W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 249)

---

*) Siehe: Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 817. Alle weiteren Seitenangaben ohne Quelle beziehen sich auf den entsprechenden Band des „Kapital".

Kampf gegen Idealismus und Metaphysik

Die marxistische Weltanschauung entstand in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als sich in den wichtigsten Ländern Westeuropas bereits der Kapitalismus entwickelt hatte, der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat bereits offen zutage getreten und das Proletariat mit seinen eigenen Klassenforderungen auf dem geschichtlichen Schauplatz erschienen war.

Das „Kapital" stellt eine Verallgemeinerung dieser Erfahrungen des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dar.

Zugleich verarbeitete Marx die Ergebnisse der Naturwissenschaft, in der sich seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine grundlegende Wandlung vollzogen hatte. Auf einem Gebiet der Naturwissenschaft nach dem anderen setzte sich die Idee des Zusammenhangs und der Entwicklung der Naturprozesse durch, so in den Theorien vom Ursprung und der Entwicklung des Sonnensystems, in der Geologie, Chemie und Biologie. Von besonderer Bedeutung war die Entdeckung der Zelle durch Schwann und Schleiden, des Gesetzes von der Verwandlung der Energie durch Mayer, Joule und Colding und schließlich die Lehre Darwins von der Entstehung und Veränderung der Arten. Diese Entdeckungen bestätigten den dialektischen Charakter der Naturvorgänge. Die materialistisch dialektische Methode ist die Widerspiegelung der objektiven Dialektik in Natur und Gesellschaft.

Bei der Erforschung des Entstehens, der Entwicklung und des Verfalls des Kapitalismus (sowie der vorkapitalistischen Formationen) wendet Karl Marx die materialistische Logik und Erkenntnistheorie, die dialektische Methode, mit höchster Vollendung und Konkretheit an.

Besonders im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital" (Bd. I) gibt Marx eine Charakteristik seiner Methode, wobei er den Gegensatz der materialistischen Dialektik zur idealistischen Dialektik Hegels, zur metaphysischen, unhistorischen Betrachtungsweise der klassischen bürgerlichen Ökonomie, sowie zum Eklektizismus und zur Sophistik der Vulgärökonomie hervorhebt.

Die idealistische Dialektik Hegels war die größte Errungenschaft der klassischen deutschen Philosophie. Hegel gab als erster eine umfassende, inhaltsreiche und tiefe Entwicklungslehre. Friedrich Engels stellte fest:

> „Was Hegels Denkweise vor der aller anderen Philosophen auszeichnete, war der enorme historische Sinn, der ihr zugrunde lag . . . Er war der erste, der in der Geschichte eine Entwicklung, einen inneren Zusammenhang nachzuweisen versuchte . . . In der Phänomenologie, der Ästhetik, der Geschichte der Philosophie, überall geht diese großartige Auffassung der Geschichte durch, und überall wird der Stoff historisch, im bestimmten, wenn auch abstrakt verdrehten Zusammenhang mit der Geschichte behandelt." (Siehe Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 216/217)

Jedoch mystifizierte Hegel die tatsächliche historische Entwicklung, indem er sie in abstrakter, spekulativer Weise darstellte und als Ergebnis des reinen Denkens, der Selbstentwicklung des Begriffs betrachtete.

Er verwandelte den Denkprozeß in den Schöpfer des Wirklichen und schuf eine idealistische Dialektik, die auf die Vergangenheit gerichtet war und alle Widersprüche gelöst zu haben glaubte, wenn sie sie ideell überwand.

Jedoch stellt Marx fest:

„Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken." (Bd. I, S. 18)

In der vorliegenden Form war die Hegelsche Methode unbrauchbar, vor allem auch, weil sie von der offiziellen Hegelschen Schule, den Althegelianern, zur Rechtfertigung des halbfeudalen, halbabsolutistischen preußischen Regimes benutzt und in eine pure Schablone verwandelt wurde. Die Junghegelianer wußten mit der Dialektik nichts anzufangen und auch Ludwig Feuerbach, der Hegels Idealismus kritisch überwand, ließ die Dialektik Hegels achtlos beiseite.

Friedrich Engels schrieb:

„Marx war und ist der einzige, der sich der Arbeit unterziehen konnte, aus der Hegelschen Logik den Kern herauszuschälen, der Hegels wirkliche Entdeckungen auf diesem Gebiet umfaßt, und die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen, in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird." (Siehe Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", S. 217)

Marx bekannte sich im „Kapital" offen als Schüler Hegels, er „kokettierte sogar hier und da im Kapitel über die Werttheorie mit der ihm eigentümlichen Ausdrucksweise", um so mehr als in Deutschland nach der verlorenen Revolution von 1848, besonders unter dem Einfluß Schopenhauers, Hegel als „toter Hund" behandelt wurde und sich in der Philosophie der platteste Eklektizismus ausbreitete. Zudem führte die rasche Entwicklung der Naturwissenschaften nach 1848 zum Wiederaufleben der metaphysischen Denkweise und zu einem vulgären naturwissenschaftlichen Materialismus. Dies ließ es Marx geboten erscheinen, gegen das „verdrießliche, anmaßliche und mittelmäßige Epigonentum, welches jetzt im gebildeten Deutschland das große Wort führt" (Bd. I, S. 18), die Verdienste Hegels gebührend hervorzuheben, dabei aber zugleich den grundlegenden Gegensatz seiner eigenen Methode zu der Methode Hegels darzulegen. Marx unterwarf die Hegelsche Dialektik einer umfassenden allseitigen Kritik. Er enthüllte ihren idealistischen mystifizierenden Charakter und stellte ihr seine revolutionäre, materialistische dialektische Methode entgegen. Er entnahm der Dialektik Hegels nur deren „rationellen Kern", warf jedoch die idealistische Hülle beiseite. Marx entwickelte die Dialektik weiter und gab ihr die moderne wissenschaftliche Gestalt.

Marx betont auch den Gegensatz seiner Methode zu der metaphysischen, unhistorischen Betrachtungsweise der bürgerlichen Ökonomie. Die bürgerliche Ökonomie, die sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts entwickelt hatte, erhielt ihre klassische Gestalt durch die englischen Ökonomen Adam Smith (1723 bis 1790) und David Ricardo (1772 bis 1823). Smith und Ricardo waren die Ideologen der englischen Bourgeoisie, d. h. jener Bourgeoisie, die bereits am Ende des 18. Jahrhunderts die fortgeschrittenste Produktionsweise besaß. Sie erforschten den inneren Zusammenhang der neuen Produktionsverhältnisse und erkannten den Gegensatz der Klasseninteressen, des Arbeitslohnes und des Profits, des Profits und der Grundrente. Ihre bürgerliche metaphysische Begrenztheit bestand jedoch darin, daß sie die Klassengegensätze als ewige Naturform der gesellschaftlichen Produktion, als unabänderliches Naturgesetz

auffaßten. Für die bürgerlichen Ideologen ist der Kapitalismus eine ein für allemal gegebene, unveränderliche Produktionsweise.

Seitdem die Bourgeoisie in England und Frankreich endgültig die politische Macht in die Hände nahm, d. h. nach der Junirevolution in Frankreich und der englischen Reformbill, entartete und verflachte die bürgerliche Ökonomie mehr und mehr und wurde zur vulgärökonomischen Apologetik, die sich darauf beschränkte, „die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eignen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren". (Bd. I, S. 87)

Die gesamte bürgerliche Ökonomie seit John Stuart Mill (1806 bis 1873) trägt den Stempel der Apologetik, der Rechtfertigung und Verteidigung der kapitalistischen Produktionsweise. Marx weist dies besonders auch für die deutschen Ökonomen Faucher, Adolph Wagner und andere nach.

Marx knüpfte an die Forschungsergebnisse von Adam Smith und David Ricardo, insbesondere an die Arbeitswerttheorie, an. Er kritisierte jedoch zu gleicher Zeit aufs schärfste den metaphysischen Charakter der Methode der bürgerlichen politischen Ökonomie und wies nach, daß die bürgerliche Ökonomie unwissenschaftlich ist, daß sie die tatsächlichen gesellschaftlichen Beziehungen durch erdachte „ewige" Gesetze verdeckt, daß sie schließlich gekennzeichnet ist durch Eklektizismus und durch eine bewußte sophistische Entstellung der Wahrheit.

Marx führte einen vernichtenden Schlag gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien von der Ewigkeit und Unerschütterlichkeit des Kapitalismus, gegen die Vorstellungen von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als einer harmonischen, nicht antagonistischen Gesellschaftsordnung. Das „Kapital" entlarvt die Theorien der Verteidiger des Kapitalismus und ist eine scharfe kritische Abrechnung mit der gesamten bürgerlichen Ideologie, vor allem der bürgerlichen politischen Ökonomie.

Das „Kapital" stellt auch eine Überwindung der metaphysischen Auffassungen des utopischen und des kleinbürgerlichen Sozialismus dar. Die utopischen Sozialisten kritisierten die kapitalistische Gesellschaft und ihre Folgen. Sie träumten von einer neuen besseren Ordnung, waren jedoch außerstande, einen Weg zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zu weisen, da sie ihre Hoffnungen auf das Wirken großer Persönlichkeiten oder das Walten des Zufalls setzten und die historische Rolle des Proletariats nicht erkannten. Die kleinbürgerlichen Sozialisten vom Schlage Proudhons jammerten über die Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft, verfaselten, wie Marx sagt, die ökonomischen Kategorien der Warenproduktion in ewige Ideen und nahmen damit den Standpunkt der bürgerlichen Ökonomie ein

Der revolutionäre und kritische Charakter der Methode von Marx

Die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft war nur vom Standpunkt des Proletariats möglich, jener Klasse, „deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist". (Bd. I, S. 14)

Sie war nur mittels der materialistischen dialektischen Methode möglich die keinerlei Mystifikation duldet und keinerlei Endgültigkeit und Ewigkeit der Gesetze anerkennt, sondern die gesellschaftlichen Erscheinungen in ihrer historischen Bedingtheit und Entwicklung untersucht und die ihnen innewohnenden Widersprüche aufdeckt. Daher sagt Marx:

„In ihrer rationellen Gestalt ist sie dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordne Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist." (Bd. I, S. 18)

Marx weist nach, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses sind, daß sie auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung zu Fesseln der Produktivkräfte werden und damit unvermeidlich zum Untergang des Kapitalismus, zur proletarischen Revolution und zum Sieg des Proletariats treiben. In streng wissenschaftlicher Weise begründet Marx im „Kapital" die historische Mission der Arbeiterklasse als Totengräber der kapitalistischen Ausbeuterordnung und als Schöpfer der neuen sozialistischen Ordnung, die keine Ausbeutung kennt. Die kritische und revolutionäre Methode des Marxismus stellt die scharfe Waffe des Proletariats und seiner revolutionären, marxistischen Partei bei dieser grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft dar.

Im „Kapital" zeigt sich auf jeder Seite der revolutionäre und kritische Charakter der marxistischen Methode. Die offene Parteilichkeit tritt als ein charakteristischer Zug der Marxschen Methode überall zutage.

Das „Kapital" ist von einer tiefen revolutionären Leidenschaftlichkeit, von flammenden Haß gegen die Ausbeuter und vom tiefen Glauben an den Sieg des Proletariats durchdrungen.

Diese uneingeschränkte Parteinahme für die Sache des Proletariats, diese Leidenschaftlichkeit im Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre geistigen Wortführer beruht auf einer unerbittlichen Objektivität bei der Erforschung der gesellschaftlichen Erscheinungen.

Die marxistische Dialektik fordert, wie Lenin feststellte, „die *Objektivität* der Betrachtung (nicht Beispiele, nicht Abschweifungen, sondern das Ding an sich)". (W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", S. 144)

Marx gibt im „Kapital" eine von jeglichem Subjektivismus freie, streng objektive, durch unwiderlegbare Tatsachen gestützte Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Gesetzmäßigkeiten.

Im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten Saint Simon, Fourier, Owen u. a., die ohne Kenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten sozialistische Theorien konstruierten, betrachtete Marx die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise als einen naturgeschichtlichen, d. h. gesetzmäßigen, innerlich widerspruchsvollen Prozeß, der mit eherner Notwendigkeit die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus vorbereitet.

Mit der Unerbittlichkeit von Naturgesetzen wirken die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus überall, wo diese Gesellschaftsordnung entsteht. Die ökonomischen Gesetze tragen einen objektiven, vom Willen der Menschen unabhängigen Charakter.

Marx erforscht jede Einzelheit dieser Produktionsweise und der verschiedenen Formen ihrer Entwicklung und ihres inneren Zusammenhangs. Er untersucht den Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit der ökonomischen Erscheinungen und Kategorien.

Es gibt keine ökonomische Erscheinung und Kategorie, die nicht mit allen übrigen verbunden wäre. So zeigt Marx den Zusammenhang der Wertgröße einer Ware mit der Produktivität der Arbeit. Je größer die Produktivkraft der Arbeit desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erforderliche Arbeitszeit, desto kleiner die in ihm kristallisierte Arbeitsmenge, desto kleiner sein Wert und umgekehrt.

„Die *Wertgröße* einer Ware wechselt also *direkt* wie das *Quantum* und *umgekehrt* wie die *Produktivkraft* der sich in ihr verwirklichenden Arbeit." (Bd. I, S. 45)

Marx zeigt, daß der Handelsprofit, der Zins und die Grundrente nichts anderes sind als Teile des von den Arbeitern im Produktionsprozeß geschaffenen Mehrwertes. Bei der Erforschung des Zirkulationsprozesses des Kapitals und der Bewegung seiner einzelnen besonderen Formen — des Warenkapitals und des Geldkapitals — zeigte Marx die Abhängigkeit dieser Formen vom Prozeß der kapitalistischen Produktion und von der Bewegung des Industriekapitals. Sie

„. . . werden ihm nicht nur untergeordnet und im Mechanismus ihrer Funktionen ihm entsprechend verändert, sondern bewegen sich nur noch auf seiner Grundlage, leben und sterben, stehen und fallen daher mit dieser ihrer Grundlage." (Bd. II, S. 51)

Marx untersucht im „Kapital" die Gesamtheit der kapitalistischen Produktionsweise, die Zusammenhänge aller verschiedenen Seiten dieser Produktionsweise und ihre wechselseitige Abhängigkeit und Bedingtheit.

Die bürgerlichen Ökonomen befaßten sich mit der Erforschung der Gesellschaft an sich, der Produktion im allgemeinen und ignorierten die spezifischen Besonderheiten, die qualitative Bestimmtheit und Eigenart der kapitalistischen Ordnung und damit auch ihren historisch vergänglichen Charakter.

Marx befaßt sich jedoch mit der Erforschung der spezifischen Gesetzmäßigkeiten, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen sind.

Durch diese streng objektive Forschung wird, wie Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital" schreibt, die Voraussetzung für das Verständnis der wirklichen Bewegung, d. h. des Bewegungsgesetzes des Kapitalismus, geschaffen. Das „Leben des Stoffes" spiegelt sich nunmehr in der Darstellung ideell wider.

Die Einheit des Logischen und des Historischen

Aber bei dieser ideellen d. h. logischen Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise handelt es sich keineswegs um Konstruktionen a priori, um leere Abstraktionen.

Eine wesentliche Seite der Dialektik im „Kapital" besteht in der Einheit der historischen und logischen Darstellung. Auf diese Einheit des Historischen und des Logischen in der Methode des Marxismus wies Engels bereits in seiner Besprechung des Werkes „Zur Kritik der politischen Ökonomie" hin.

„Womit diese Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs; ein korrigiertes Spiegelbild, aber korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche

geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, indem jedes Moment auf dem Entwicklungspunkt seiner vollen Reife, seiner Klassizität betrachtet werden kann." (Siehe: Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", S. 218)

Im „Kapital" werden Geschichte und Theorie nicht voneinander losgelöst. Die logische Analyse der Kategorien der politischen Ökonomie stützt sich auf ein reiches historisches Tatsachen- und Quellenmaterial. Die Berufung auf historische Tatsachen erfolgt nicht nur zum Zweck der Illustration eines bestimmten Gedankenganges, sondern dient dem Nachweis, daß die ökonomischen Kategorien das Spiegelbild und die Verallgemeinerung der historischen Entwicklung sind. Die ökonomischen Kategorien sind Abbilder, Widerspiegelungen der Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten Produktionsweise.

Die Entwicklung des Kapitalismus wird im „Kapital" von den ersten Anfängen der Warenproduktion bis zur vollentfalteten kapitalistischen Warenproduktion in der maschinellen Großindustrie verfolgt. An Hand eines gewaltigen Tatsachenmaterials zeigt Marx die historische Bedingtheit und zugleich Vergänglichkeit der ökonomischen Gesetze und Kategorien des Kapitalismus. Das Logische im „Kapital" ist die Verallgemeinerung des gewaltigen, konkreten historischen Materials, die von zufälligen und unwesentlichen Momenten gereinigte Zusammenfassung (Synthese) des objektiven Verlaufs der Geschichte.

Die Forderung der materialistischen Dialektik sich nicht mit der Betrachtung der Oberfläche der Dinge zu begnügen, sondern die in der Tiefe wirkenden Kräfte aufzudecken, in den Erscheinungen das Wesen zu suchen, wird von Marx meisterhaft verwirklicht.

In dem Kapitel über die Ware zeigt Marx, daß in dem qualitativen Verhältnis, worin Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art ausgetauscht werden, d. h. im Tauschwert der Ware der Wert erscheint.

„... der Tauschwert kann überhaupt nur die *Ausdrucksweise*, die ‚Erscheinungsform' eines von ihm unterscheidbaren Gehalts sein." (Bd. I, S. 41)

Beim Austausch wird von den qualitativen Eigenschaften, die den Gebrauchswert der Waren bestimmen, und vom nützlichen Charakter und der konkreten Form der in ihnen dargestellten Arbeit abstrahiert. Was bleibt, sind Arbeitsprodukte, die nicht das Resultat bestimmter konkreter Tätigkeiten, sondern Gallerten unterschiedslos menschlicher Arbeit, gleicher menschlicher Arbeit sind. Marx zeigt, daß in der Warenproduktion der gesellschaftliche Charakter der Arbeit der Warenproduzenten sich nicht unmittelbar offenbart, sondern in der Form des Austausches der individuellen Arbeitsprodukte, erscheint. Der spezifische gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten erscheint in der Warenproduktion in der Form der abstrakt-menschlichen Arbeit, in ihrer Gleichheit als unterschiedslos menschliche Arbeit.

Im Abschnitt über den Warenfetischismus zeigt Marx, daß unter den Bedingungen der Warenproduktion die Verhältnisse zwischen den Personen und letzten Endes zwischen den Klassen in verkehrter Form erscheinen als gesellschaftliche Verhältnisse der Dinge und dingliche Verhältnisse der Personen. Dadurch, daß die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen sich verwirklichen, indem die Produkte der menschlichen Arbeit dem Menschen als

etwas Selbständiges und von ihm Unabhängiges gegenübertreten, wird der tatsächliche Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus verschleiert und es entsteht die typisch bürgerliche Vorstellung, als ob der Wert eine natürliche Eigenschaft der Dinge sei.

Über diese Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihre Verselbständigung gegenüber dem Menschen, schreibt Marx:

„Im Kapital — Profit oder noch besser Kapital — Zins, Boden — Grundrente, Arbeit — Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre (Herr Kapital und Frau Erde) als soziale Charaktere, und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben." (Bd. III, S. 884)

Der klassischen bürgerlichen Ökonomie gelang es nicht diesen Schein, diese ökonomische Mystifikation restlos zu enthüllen, und die Vulgärökonomie blieb bewußt an der Oberfläche der Erscheinungen haften, indem sie Kapital, Boden und Arbeit als Quellen des Reichtums proklamierte. Marx stellte fest:

„Diese Formel entspricht zugleich dem Interesse der herrschenden Klassen, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequellen proklamiert und zu einem Dogma erhebt." (Bd. III, S. 885)

Die marxistische Dialektik lehrt, daß der Entwicklungsprozeß als fortschreitende Bewegung, als Übergang von einem alten qualitativen Zustand in einen neuen qualitativen Zustand aufzufassen ist. Die Entwicklung vollzieht sich in aufsteigender Linie, vom Niederen und Einfachen zum Höheren und Komplizierten.

Wie Friedrich Engels im „Anti-Dühring" bemerkt, behandelt im „Kapital" der vierte Abschnitt „Die Produktion des relativen Mehrwerts" zahllose Fälle,

„... wo quantitative Veränderung die Qualität und ebenso qualitative Veränderung die Quantität der Dinge ändert ... So z. B. die Tatsache, daß die Kooperation Vieler, die Verschmelzung vieler Kräfte in eine Gesamtkraft, um mit Marx zu reden, eine ‚neue Kraftpotenz' erzeugt, die wesentlich verschieden ist von der Summe ihrer Einzelkräfte." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 154)

Marx zeigt, daß in der Entwicklung der Produktivkräfte die Maschine eine qualitativ neue Stufe gegenüber den Apparaten und Werkzeugen ist, womit der Handwerker und Manufakturarbeiter arbeitet.

„Die Maschine, wovon die industrielle Revolution ausgeht, ersetzt den Arbeiter, der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit einer *Masse* derselben oder gleichartiger Werkzeuge auf einmal operiert und von einer einzigen Triebkraft, welches immer ihre Form, bewegt wird." (Bd. I, S. 392/393)

Durch das Aufkommen der Maschine war die Grundlage für neue qualitative Veränderungen gelegt — für die Vergrößerung der Dimensionen der

Maschine und der Menge der Werkzeuge, die dadurch in Gang gesetzt wurden, für die Ersetzung des Arbeiters durch die Maschine, für die Verwendung der Elektrizität und Chemie.

Einheit und Kampf der Gegensätze

Die wichtigste Seite der Dialektik im „Kapital" besteht in der Analyse des Entstehens, der Entfaltung und Überwindung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Die Dialektik besagt, daß sich die Entwicklung in Widersprüchen vollzieht, daß die innere Triebkraft der Entwicklung der Kampf der Gegensätze ist. Die marxistische Dialektik erfordert die Aufdeckung der innerlich widersprechenden Tendenzen (und Seiten) der Dinge, sie betrachtet die Dinge und Erscheinungen als Summe und *Einheit* der Gegensätze und verlangt die Erforschung des Kampfes, der Entfaltung dieser Gegensätze, des Widersprechenden der Bestrebungen usw.

In seinem Werk „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?" schrieb Lenin, daß Marx im „Kapital" uns die Möglichkeit gibt,

„... zu sehen, wie sich die Warenorganisation der sozialen Wirtschaft entwickelt, wie sie zu einer kapitalistischen wird und (schon im Rahmen der Produktionsverhältnisse) antagonistische Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, erzeugt, wie sie die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt und damit ein Element hineinträgt, das zu den Grundlagen dieser kapitalistischen Organisation selbst in unversöhnlichen Widerspruch gerät." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 93)

Im Gegensatz zu solch kleinbürgerlichen Ideologen wie Proudhon, die bestrebt waren, die Widersprüche des Kapitalismus zu vertuschen und zu versöhnen, zeigte Marx, daß die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche nur beseitigt werden können durch die Vernichtung der realen Grundlage dieser Widersprüche, d. h. durch den Sturz des Kapitalismus.

Marx beginnt seine Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses mit der Untersuchung des ersten, einfachsten, grundlegendsten ökonomischen Verhältnisses, das historisch vorliegt.

Produkte von Gemeinwesen oder einzelnen Produzenten werden unter bestimmten Bedingungen zu Waren und zwar — wenn sie ein menschliches Bedürfnis befriedigen und für den Austausch produziert, gegeneinander ausgetauscht werden. Dadurch knüpft sich an das Produkt, an das Ding, ein Verhältnis zwischen zwei Personen, das Verhältnis zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten, die beim Warenaustausch nicht mehr in derselben Person vereinigt sind.

Lenin schreibt:

„Die Analyse deckt in dieser einfachsten Erscheinung (in dieser ‚Zelle' der bürgerlichen Gesellschaft) *alle* Widersprüche (resp. die Keime *aller* Widersprüche) der modernen Gesellschaft auf." (W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", S. 286/287)

Die Ware ist eine Einheit von Gegensätzen, von Gebrauchswert und Wert. Gebrauchswerte werden in jeder Gesellschaft produziert, in der warenproduzierenden Gesellschaft, deren höchste Form die kapitalistische Warenproduktion ist, sind sie zugleich die stofflichen Träger des Tauschwertes. Marx weist

nach, daß der Tauschwert die Erscheinungsform des Wertes, d. h. der in der Ware vergegenständlichten oder materialisierten abstrakt menschlichen Arbeit ist.

Nach der Analyse der beiden Seiten der Ware — Gebrauchswert und Wert zu sein —, zeigt Marx, daß die in den Waren vergegenständlichte Arbeit Doppelcharakter trägt, daß sie in sich widerspruchsvoll ist und die Einheit von konkreter und abstrakter Arbeit darstellt.

„Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andrerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besondrer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte." (Bd. I, S. 51)

Die Entdeckung des Doppelcharakters der Arbeit ist nach Marx der Ausgangspunkt zum Verständnis der politischen Ökonomie.

In der Warenproduktion besteht gesellschaftliche Arbeitsteilung. Die Arbeit der Produzenten ist gesellschaftliche Arbeit, für die Gesellschaft bestimmt.

Die spezifische Form der gesellschaftlichen Arbeit in der Warenproduktion ist die abstrakte Arbeit. Sie ist, da die Produktionsmittel Privateigentum der Produzenten sind, private Arbeit.

„Nur Produkte selbständiger und von *einander unabhängiger Privatarbeiten* treten einander *als Waren* gegenüber." (Bd. I, S. 46)

In dem Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit kommt, wie Marx zeigt, der anarchische Charakter der Warenproduktion, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und privater Arbeit, der Grundwiderspruch der einfachen Warenproduktion zum Ausdruck.

Die bürgerlichen Ökonomen verschleierten die tiefen Widersprüche der Ware und der Arbeit, sie vertuschten den bereits in der Ware vorhandenen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und privater Arbeit.

Marx zeigt, wie der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert im historischen Prozeß des Warenaustausches zur Teilung der einheitlichen Ware in Ware und Geld führt.

Auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher und privater Arbeit entwickelt sich der Tauschwert von der einfachen Wertform bis zur Geldform. Zunächst erscheint die Wertform in den ersten Anfängen des Warenaustausches in Gestalt der einfachen oder zufälligen Wertform. Bereits hier beginnt der Prozeß der Trennung der Ware in Gebrauchswert und Tauschwert, denn eine Ware erscheint als Verkörperung des Gebrauchswertes, die andere als Verkörperung des Tauschwertes.

Mit der Zunahme des Warenaustausches geht die einfache Wertform über in die volle oder entfaltete Wertform, die wiederum der allgemeinen Wertform Platz macht bei welcher eine Ware zum Ausdruck des Wertes aller anderen Waren dient, zum allgemeinen Äquivalent, zum Geld wird.

Bei der Darstellung der Entwicklung der Wertform analysiert Marx die dialektischen Beziehungen zwischen relativer Wertform und Äquivalentform. Im Austausch von x-Ware A gegen y-Ware B ist der Wert einer Ware A als relativer Wert dargestellt, die zweite Ware B fungiert als Äquivalent. Wir haben es hier mit einer Einheit von Gegensätzen zu tun.

> „Relative Wertform und Äquivalentform sind zueinander gehörige, sich wechselseitig bedingende, unzertrennliche Momente, aber zugleich *einander ausschließende* oder *entgegengesetzte Extreme, d. h. Pole desselben Wertausdrucks;* sie *verteilen* sich stets auf die *verschiedenen* Waren, die der Wertausdruck aufeinander bezieht." (Bd. I, S. 53)

Der Wert einer Ware wird in Gebrauchswert der anderen ausgedrückt, der Körper der Ware B wird zum Wertspiegel der Ware A. In der Äquivalentform wird Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Wertes, konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit; Privatarbeit zur Form ihres Gegenteils, zur Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form.

Mit der Spaltung der Ware in Ware und Geld werden die Widersprüche der Warenproduktion nicht beseitigt, sondern vertieft und verschärft. Der Austauschprozeß, schreibt Marx,

> „... produziert *eine Verdoppelung der Ware in Ware und Geld,* einen äußeren Gegensatz, worin sie ihren immanenten Gegensatz von Gebrauchswert und Wert darstellen. In diesem Gegensatz treten die *Waren als Gebrauchswerte dem Geld als Tauschwert* gegenüber." (Bd. I, S. 109)

Dadurch wird der einheitliche Akt des Verkaufs und Kaufs in zwei selbständige, entgegengesetzte Akte geteilt: Verwandlung der Ware in Geld (W-G) und ihre Rückverwandlung aus Geld in Ware (G-W). Es entwickelt sich die Warenzirkulation. Engels faßt die Untersuchung des Formwandels der Waren mit den Worten zusammen:

> „Die innere Einheit der selbständigen Prozesse W-G und G-W bewegt sich eben wegen Selbständigkeit dieser Prozesse in äußeren Gegensätzen, und wenn die Verselbständigung dieser abhängigen Prozesse eine gewisse Grenze erreicht, macht sich die Einheit geltend durch eine *Krise,* deren Möglichkeit also schon hier gegeben." (Friedrich Engels, „Konspekt über ‚Das Kapital'", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 13)

Das Geld ist, wie Marx nachweist, das letzte Produkt der Warenzirkulation und zugleich die erste Erscheinungsform des Kapitals.

Die Unvermeidlichkeit des Sieges des Proletariats

Nach der Feststellung, daß Marx bei der Analyse der Ware die Keime aller Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aufdeckt, fährt Lenin in seinen Bemerkungen „Zur Frage der Dialektik" fort:

> „Die weitere Darstellung zeigt uns die Entwicklung (*sowohl* Wachstum *als auch* Bewegung) dieser Widersprüche und dieser Gesellschaft in Σ ihrer einzelnen Teile, von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende." (W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", S. 287)

Marx analysierte, wie sich Geld in Kapital verwandelt, wenn der Kapitalist als Besitzer des Geldes auf dem Markte eine besondere Ware findet — die Ware Arbeitskraft —, deren Gebrauchswert die Eigenschaft besitzt, Quelle des Wertes und Mehrwertes zu sein.

Marx wies nach, daß nicht jede beliebige Geld- oder Wertsumme in Kapital verwandelbar ist, daß sich vielmehr ein bestimmtes Minimum von Geld oder

Tauschwert in der Hand des einzelnen Geld- oder Warenbesitzers befinden muß. Marx weist darauf hin, daß sich der Geld- oder Warenbesitzer erst wirklich in einen Kapitalisten verwandelt, wenn er über dieses Minimum verfügt und daß dieses Minimum auf verschiedenen Entwicklungsstufen der Produktion wechselt und bei einer bestimmten gegebenen Entwicklungsstufe in den verschiedenen Produktionssphären verschieden ist, je nach ihren besonderen technischen Bedingungen. Marx bemerkt:

> „Hier, wie in der Naturwissenschaft, bewährt sich die Richtigkeit des von *Hegel* in seiner Logik entdeckten Gesetzes, daß bloß *quantitative* Veränderungen auf einem gewissen Punkt in *qualitative* Unterschiede umschlagen." (Bd. I, S. 323)

Die Analyse der Ware und die Entwicklung der Arbeitswerttheorie führte zu der bedeutendsten Entdeckung von Marx, zur Lehre vom Mehrwert. Der Wert der Arbeitskraft und der Wert, der vom Arbeiter im Prozeß des Verbrauchs der Arbeitskraft geschaffen wird, sind zwei unterschiedliche Größen. Das Ziel und bestimmende Motiv des Kapitalisten ist die Schaffung und Aneignung des Mehrwertes. „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise." (Bd. I, S. 650)

Die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse ist, in der spezifischen historischen Form des Mehrwerts, die Quelle alles Reichtums der kapitalistischen Gesellschaft.

Daher ist der Kapitalist an der Herabsetzung der für den Ersatz des Wertes der Arbeitskraft notwendigen Arbeit und der maximalen Vergrößerung der Mehrarbeit interessiert — während die Arbeiter daran interessiert sind, möglichst wenig für den Kapitalisten zu arbeiten.

Durch die gründliche Analyse der Erzeugung des Mehrwerts in seiner absoluten und relativen Form deckte Marx das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung auf. Er zeigte den unversöhnlichen Widerspruch der Grundinteressen der Arbeiter und der Kapitalisten. Die Lehre vom Mehrwert bietet den Schlüssel zum Verständnis aller Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und stellt den wissenschaftlichen Beweis für die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft dar. Zugleich führte Marx mit dieser genialen Entdeckung einen vernichtenden Schlag gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lehren von der Klassenharmonie zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Marx zeigte im „Kapital", wie sich die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie ständig verschärfen. Er wies nach, daß im Prozeß der erweiterten Reproduktion nicht nur Waren und Mehrwert produziert und reproduziert werden, sondern auch das Kapitalverhältnis selbst, und formulierte das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation:

> „*Je größer der gesellschaftliche Reichtum,* das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, *also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit,* desto größer die industrielle Reservearmee. Die *disponible Arbeitskraft* wird *durch dieselben Ursachen* entwickelt wie die *Expansivkraft des Kapitals.* Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter *die konsolidierte* Überbevölkerung,

deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation." (Bd. I, S. 679)

Weiter:

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die *ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.*" (Bd. I, S. 680/681)

Die Dialektik der Entwicklung des Kapitalismus besteht darin, daß das Kapital gezwungen ist, die Produktion der Waren unbegrenzt zu erweitern, während es gleichzeitig in unersättlicher Profitgier der Arbeiterklasse alle Lebenssäfte aussaugt, die Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen ständig steigert und die Konsumtion der Werktätigen beschränkt. Dies ist die Grundlage der periodischen Wirtschaftskrisen, die mit verheerender Gewalt die kapitalistischen Länder erfassen und die werktätigen Massen in Not und Elend stürzen.

„Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerspruch mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen." (Bd. III, S. 273)

Die Jagd der Kapitalisten nach Profit verschärft immer mehr den Hauptwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privatkapitalistischen Charakter der Aneignung. Wie Stalin in seinem Werke „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" nachgewiesen hat, kann sich der moderne Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus nicht mit dem Durchschnittsprofit begnügen, sondern fordert ein Maximum an Profit, das erforderlich ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen. Zur Sicherung des Maximalprofits verschärft das Monopolkapital in den USA, England, Westdeutschland und anderen Ländern die Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung aufs äußerste, werden die Völker anderer Länder versklavt und systematisch ausgeplündert und schließlich Kriege angezettelt und die Volkswirtschaft militarisiert. Über das unvermeidliche Resultat der ständigen Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus schrieb Marx:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das *Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise,* die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. *Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert.*" (Bd. I, S. 803)

Diese wissenschaftliche Voraussage über die historische Aufgabe des Proletariats wurde durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

in Rußland glänzend bestätigt. Zum ersten Male in der Geschichte stürzte die Arbeiterklasse im Bunde mit den werktätigen Bauern die Macht der Ausbeuter, errichtete die Diktatur des Proletariats und bahnte den Weg für den Sozialismus. Gestützt auf die gewaltigen Erfahrungen und Errungenschaften der Sowjetunion erbauen gegenwärtig die Werktätigen der volksdemokratischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen des Sozialismus, dessen ökonomisches Grundgesetz in der Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft, durch ununterbrochenes Wachstum und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik besteht.

Die marxistische Dialektik als Waffe des revolutionären Handelns

Die Dialektik im „Kapital" hat nichts zu tun mit irgendwelchen Schemata, künstlich konstruierten Formeln, abstrakten Spintisierereien wie bürgerliche Gegner des Marxismus behaupten. Als der Berliner Privatdozent Eugen Dühring Ende des vergangenen Jahrhunderts behauptete, Marx habe sich die Expropriation der Kapitalisten nach der Hegelschen Formel der „Negation der Negation" zurechtkonstruiert, zeigte Engels, daß die Feststellung

> „Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle",

das Ergebnis der tiefgründigsten ökonomischen und geschichtlichen Untersuchung ist.

> „Marx weist einfach historisch nach und faßt hier kurz zusammen, daß grade, wie einst der Kleinbetrieb durch seine eigne Entwicklung die Bedingungen seiner Vernichtung, d. h. der Enteignung der kleinen Eigentümer, mit Notwendigkeit erzeugte, so jetzt die kapitalistische Produktionsweise ebenfalls die materiellen Bedingungen selbst erzeugt hat, an denen sie zugrunde gehen muß. Der Prozeß ist ein geschichtlicher, und wenn er zugleich ein dialektischer ist, so ist das nicht die Schuld von Marx, so fatal es Herrn Dühring sein mag." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 163/164)

Die historische Genesis des Kapitals stellt einen dialektischen Prozeß dar, den Marx im Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation schildert. Die Grundlage des Kleinbetriebes der mittelalterlichen Gesellschaft ist das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln. Die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, bedingt die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden, Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten.

> „Das *selbst erarbeitete,* sozusagen auf Verwachsung des einzelnen unabhängigen *Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum* wird verdrängt durch das *kapitalistische Privateigentum,* welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht." (Bd. I, S. 802)

Aber sobald dieser Umwandlungsprozeß vollzogen ist und die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, entsteht die geschichtliche Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privatkapitalistischen Charakter der Aneignung zu lösen durch die Expropriation der Kapitalisten selbst.

Marx sagt:

„Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das *kapitalistische Privateigentum*, ist die *erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums*. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist *Negation der Negation*. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das *individuelle Eigentum* auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der *Kooperation* und des *Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel*." (Bd. I, S. 803)

Die Dialektik ist die Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit des geschichtlichen Prozesses, der diesem Prozeß eigenen inneren Widersprüche. Gerade durch diese Übereinstimmung mit dem objektiven Entwicklungsprozeß wird die Dialektik als Methode der Erforschung des Gegenstandes so fruchtbar.

Die Erforschung der dem Kapitalismus eigenen Widersprüche folgt dem geschichtlichen Verlauf selbst, von den Widersprüchen der einfachen Warenproduktion zu den Widersprüchen der voll entfalteten kapitalistischen Gesellschaft, die nach einer gewaltsamen Lösung drängen und schließlich im letzten Stadium des Kapitalismus, im Imperialismus, durch den Sieg der proletarischen Revolution überwunden werden.

Das ist die Methode beim Studium jedes Prozesses. Marx gibt uns im „Kapital" ein meisterhaftes Vorbild für die dialektische Erforschung geschichtlicher Prozesse. Bei der Erforschung jedes Prozesses ist es notwendig, die einfachsten, grundlegenden Beziehungen aufzudecken und von ihnen auszugehen, die grundlegenden Widersprüche zu entdecken, die Entwicklung und den Konflikt dieser Widersprüche zu untersuchen und zu zeigen, wie die Entwicklung eines Widerspruches seine Lösung vorbereitet und die Form seiner Lösung bestimmt. Diese Analyse der Entwicklung der Widersprüche ist der einzige Weg zur Erkenntnis der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten eines Prozesses.

Die Analyse der kapitalistischen Widersprüche ist zugleich der Weg des Fortschreitens der Erkenntnis vom Abstrakten zum Konkreten, der Herstellung einer Synthese, die ein wissenschaftliches Bild der gesamten komplizierten kapitalistischen Produktionsweise gibt. Von den allgemeinen einfachsten Beziehungen geht Marx zu der Untersuchung der immer komplizierteren, konkreteren Beziehungen des Kapitalismus über. Auf diese Weise gab er eine Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus als eines sich entwickelnden, mit inneren Widersprüchen behafteten Ganzen, das den Keim des Untergangs in sich trägt.

Die von Marx im „Kapital" entwickelte Dialektik — die selbstredend im ganzen Reichtum ihrer Bestimmungen hier nicht entwickelt werden kann — ist die Waffe der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft.

Lenin und Stalin, die großen Führer des russischen und internationalen Proletariats entwickelten die marxistische dialektische Methode weiter. Sie verallgemeinerten die Ergebnisse der Wissenschaft und die Erfahrungen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei in der neuen historischen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der Epoche des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. In ihren Werken gaben Lenin und Stalin eine Analyse der Widersprüche der letzten Etappe des Kapitalismus und der objektiven Entwicklungsgesetze der sozialistischen Produktionsweise.

Das Studium der Dialektik im „Kapital" und in den Werken Lenins und Stalins ist nicht nur wichtig und notwendig zum Verständnis aller Seiten der marxistischen dialektischen Logik und Erkenntnistheorie, sondern auch vom Gesichtspunkt der unmittelbaren praktischen Aufgaben, vor denen wir gegenwärtig stehen. Eine aktuelle Aufgabe ist der tägliche, konsequente Kampf gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie, vor allem gegen den Sozialdemokratismus.

Bernstein, David, Kautsky u. a. waren bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus zu zerstören und die kritische, revolutionäre, parteiliche Methode des „Kapitals" durch einen seichten Evolutionismus und Reformismus zu ersetzen. Die heutigen rechten sozialdemokratischen Führer, die zu offenen Agenten der amerikanischen Imperialisten geworden sind, setzen den Kampf gegen die revolutionären Ideen und Schlußfolgerungen des „Kapital" fort und stellen sich schützend vor die parasitäre, verfaulende, menschenfeindliche Herrschaft des Imperialismus.

Für die Entlarvung dieser Apologeten des modernen Kapitalismus, für das Verständnis der objektiven Entwicklungsgesetze des zum Untergang verurteilten Imperialismus, für die Klarheit über die Kampfaufgaben der Arbeiterklasse und der Werktätigen bei der Schaffung der neuen sozialistischen Gesellschaft ist das Studium des „Kapital" unentbehrlich. Möge das Karl-Marx-Jahr dazu beitragen, das Interesse an diesem genialen Werk zu vertiefen, möge es Ansporn sein zum noch gründlicheren Studium des Marxismus-Leninismus und seiner revolutionären dialektischen Methode.

Otto Winzer

Der „Superrevisionismus“ – eine imperialistische Ideologie des Verrats am Marxismus

Die Wandlungen des Opportunismus zum Sozialimperialismus

Im Jahre 1874, als die Internationale Arbeiterassoziation, die I. Internationale, ihre Tätigkeit endgültig abgeschlossen hatte, sprach Friedrich Engels in einem Brief an F. A. Sorge die Erwartung aus, daß die nächste Internationale — nachdem Marx' Schriften einige Jahre gewirkt — direkt kommunistisch sein und „geradezu unsere Prinzipien aufpflanzen“ wird. In der Tat brachten die folgenden Jahre den vollen Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung. Als sich die Sozialistischen Parteien 1889 zur II. Internationale zusammenfanden, geschah dies unbestritten auf der Grundlage des von Marx und Engels begründeten und ausgearbeiteten wissenschaftlichen Sozialismus. Der vormarxistische utopische Sozialismus war zerschlagen, der Marxismus hatte gesiegt.

Aber die Partei der Arbeiterklasse ist von der Bourgeoisie nicht durch eine chinesische Mauer getrennt. Bereits Marx hatte darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse, bis ihre Organisation so weit fortgeschritten ist, einen entscheidenden Feldzug gegen die politische Gewalt der herrschenden Klassen zu unternehmen, dazu geschult werden muß „durch fortwährende Agitation gegen sie und feindselige Haltung zur Politik der herrschenden Klassen“.

Zudem sucht auch das Veraltete sich innerhalb der neugewonnenen Form wiederherzustellen und zu behaupten. Die Träger des Einflusses der Bourgeoisie und des Alten konnten es aber bereits nicht mehr wagen, sich offen und mit einem feindlichen Programm gegen die marxistische Arbeiterbewegung zu stellen. Sie versuchten das vielmehr auf dem allgemeinen Boden des Marxismus, als Revision des Marxismus.

Die Versuche der Revision erfolgten in allen Grundfragen des Marxismus. Auf dem Gebiete der Philosophie richteten sie sich sowohl gegen den Materialismus als auch insbesondere gegen die revolutionäre Dialektik, die durch eine ruhige Evolution ersetzt werden sollte. In der politischen Ökonomie bestritten die Revisionisten, daß in der Landwirtschaft eine Konzentration vor sich gehe und der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen sei. Sogar in Industrie und Handel vollziehe sich dieser Prozeß sehr langsam. Sie weissagten, daß dank der Truste und Kartelle die Wirtschaftskrisen seltener und schwächer, daß dank der sozialen Reformen die Klassengegensätze sich abstumpfen und mildern würden und daß schließlich der „Zusammenbruch“, die allgemeine Krise des Kapitalismus nicht eintreten würde, dafür aber die Möglichkeit bestehe, friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen. Daraus ergab sich auf politischem Gebiet die Revision der Lehre vom Klassenkampf und die Leugnung des Klassencharakters des Staates, die Verherrlichung des allgemeinen Wahlrechts und der bürgerlichen Demokratie. In ihrem Rahmen hofften die Revisionisten durch Gewerkschaften und Genossenschaften die Lage des Proletariats zu verbessern und gaben um vermeintlicher Augenblicksinteressen willen die Grundinteressen des Proletariats preis. In einer außerordentlich knappen, aber überaus treffenden Kennzeichnung des Revisionismus kam Lenin bereits im Jahre 1908 zu der Schlußfolgerung:

> „Was wir heute oft nur auf ideologischem Gebiet erleben: Auseinandersetzungen mit theoretischen Korrekturen an Marx, — was heute in der Praxis nur in einzelnen Teilfragen der Arbeiterbewegung zum Durchbruch kommt, als taktische Meinungsverschiedenheiten mit den Revisionisten und

Spaltungen auf dieser Grundlage — dies alles wird fraglos die Arbeiterklasse in noch viel größerem Maßstab durchzumachen haben, wenn die proletarische Revolution alle Streitfragen verschärfen, alle Meinungsverschiedenheiten auf Punkte von unmittelbarster Bedeutung für die Bestimmung der Haltung der Massen konzentrieren, wenn sie das Proletariat zwingen wird, im Feuer des Kampfes Feind von Freund zu scheiden, und die schlechten Bundesgenossen von sich zu weisen, um entscheidende Schläge gegen den Feind zu führen." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1946, S. 93/94)

Obwohl der Revisionismus sowohl auf den Parteitagen der SPD als auch auf den Kongressen der II. Internationale verurteilt wurde, erfolgte doch kein konsequenter Kampf gegen ihn. Vergessen waren die Mahnungen von Marx und Engels, die anläßlich der ersten revisionistischen Ausfälle von Bernstein, Höchberg und Schramm in dem berühmten „Zirkularbrief" an Bebel, Liebknecht, Bracke und andere geschrieben hatten:

„Wenn die Herren sich als sozialdemokratische Kleinbürgerpartei konstituieren, so sind sie in ihrem vollen Recht; man könnte dann mit ihnen verhandeln, je nach Umständen Kartell schließen etc. Aber in einer Arbeiterpartei sind sie ein fälschendes Element. Sind Gründe da, sie vorderhand darin zu dulden, so besteht die Verpflichtung, sie *nur* zu dulden, ihnen keinen Einfluß auf Parteileitung zu gestatten, sich bewußt zu bleiben, daß der Bruch mit ihnen nur eine Frage der Zeit ist. Diese Zeit scheint übrigens gekommen. Wie die Partei die Verfasser dieses Artikels noch länger in ihrer Mitte dulden kann, erscheint uns unbegreiflich. Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit der proletarischen Schneid ist's am Ende." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 455/456)

Da dieser Bruch nicht vollzogen wurde, blieben die Revisionisten nicht nur in der Partei, sondern erhielten allmählich das Übergewicht, wobei sie sich besonders auf die Gewerkschaftsbürokratie stützten. Die SPD wurde — ebenso wie andere westeuropäische Arbeiterparteien — „zu einem Mischmasch aus marxistischen und opportunistischen Elementen, aus Freunden und Gegnern der Revolution, aus Anhängern und Gegnern der Parteigesinnung — bei allmählicher ideologischer Versöhnung der ersteren mit den letzteren und faktischer Unterordnung der ersteren unter die letzteren" (Stalin).

Nur in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands erfolgte unter Lenins und Stalins Führung der Bruch mit den Opportunisten, und im Jahre 1912 auf der Prager Konferenz die Grundsteinlegung für die Partei von neuem Typus, die marxistisch-leninistische Kampfpartei. Allein diese Partei war den schweren Prüfungen gewachsen, die der erste Weltkrieg der Arbeiterbewegung brachte. Sie vermochte, das Proletariat zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren, das Bündnis mit der Bauernschaft herzustellen und den Sieg der Arbeiter und Bauern in der Oktoberrevolution zu sichern.

In Westeuropa hingegen, und besonders in Deutschland, konnte der Opportunismus so stark und unverschämt werden, sich so eng an die Bourgeoisie und ihre Regierungen anschließen, daß er mit dem Kriegsbeginn zum Sozialchauvinismus wurde und die II. Internationale zusammenbrach. Der Krieg selbst war die furchtbarste Widerlegung aller revisionistischen Behauptungen, wurde er doch zum Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

„Die durch den großen Krieg verursachte Krise", schrieb Lenin 1915, „hat alle Hüllen heruntergerissen, alles Konventionelle hinweggefegt, das längst ausgereifte Geschwür aufbrechen lassen und den Opportunismus in seiner wahren Rolle als Bundesgenossen der Bourgeoisie gezeigt." (W. I. Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 64)

Diese Rolle von Bundesgenossen und Agenten der Bourgeoisie trat besonders deutlich in Erscheinung, als sich unter dem Einfluß des großen Beispiels der Oktoberrevolution und der Leiden des Krieges die Arbeitermassen in Deutschland, Österreich, Ungarn und anderen Ländern zum revolutionären Kampf gegen die kriegführenden Regierungen erhoben. Die Opportunisten machten die Arbeiter- und Soldatenräte zu einem gefügigen Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, sie schwächten auf jede Weise die Revolution, wobei sie selbst vor dem organisierten Mord an den besten Kämpfern des Proletariats nicht zurückschreckten. Gestützt auf die Sozialchauvinisten, die Ebert, Scheidemann und Noske, sowie die zentristischen Opportunisten, die Haase, Kautsky und Dittmann, konnte es die deutsche Bourgeoisie verhindern, daß die Novemberrevolution über den Charakter einer bürgerlichen Revolution hinauswuchs. Doch damit nicht genug. Die sozialdemokratischen Politiker wurden „wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse" (Lenin).

Der welthistorische Sieg des russischen Proletariats in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war unter dem Banner des Marxismus erfochten worden, „unter dem Banner der Idee der Diktatur des Proletariats, unter dem Banner des Leninismus, der der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist" (Stalin). Es konnte nicht ausbleiben, daß diese geschichtliche Tatsache auch einen Wandel im Verhältnis der Opportunisten gegenüber dem Marxismus nach sich zog. Genosse Stalin schrieb anläßlich des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution über die Sozialdemokratie:

„Nachdem sie schon lange mit dem Geist des Marxismus gebrochen hatte, mußte sie nunmehr auch mit dem Banner des Marxismus brechen, und sie wandte sich offen und unzweideutig gegen die Schöpfung des Marxismus, gegen die Oktoberrevolution, gegen die erste Diktatur des Proletariats in der Welt. Jetzt mußte sie sich vom Marxismus abgrenzen und grenzte sich auch tatsächlich von ihm ab, denn man kann sich nicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen Marxist nennen, ohne offen und rückhaltlos die erste proletarische Diktatur in der Welt zu unterstützen, ohne den revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, ohne die Bedingungen für den Sieg der Diktatur des Proletariats im eigenen Lande zu schaffen. Zwischen Sozialdemokratie und Marxismus tat sich eine Kluft auf. Von nun an ist der *einzige* Träger und das *einzige* Bollwerk des Marxismus der Leninismus, der Kommunismus." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 222)

Gleichgültig, ob die Sozialdemokratie in der Regierung war oder „Opposition" spielte, sie verteidigte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen im Lande die Interessen ihrer Bourgeoisie gegen die revolutionären Arbeiter und verfocht nach außen die Interessen des „eigenen" Imperialismus. Das letztere trieben die SPD-Führer bis zur äußersten Entwürdigung, als sie am 17. Mai 1933 für die Außenpolitik Hitlers stimmten, die zum zweiten Weltkrieg führte.

Auch im zweiten Weltkrieg betätigten sich die rechten SPD-Führer als Agenten und Bundesgenossen der Bourgeoisie. Sie wünschten vor allem die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Ordnung in der Sowjetunion. Friedrich Stampfer forderte 1944 in der New Yorker „Neuen Volkszeitung" faktisch eine Verständigung Hitlers mit Eisenhower, damit alle deutschen Heere gegen die Sowjetunion geworfen werden könnten. Die sozialistische Gesellschaftsordnung, ihr Staat, ihre Armee und ihre Außenpolitik erwiesen sich jedoch den Imperialisten samt ihren sozialimperialistischen Agenten als weitaus überlegen. Der sozialistische Sowjetstaat errang einen beispiellosen Sieg. Er wurde zum Befreier der vom Hitlerfaschismus unterjochten Völker. Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstand das einheitliche und mächtige sozialistische Lager, das ein Drittel der Menschheit und ein Viertel des Erdballs umfaßt.

Angesichts dieser veränderten Weltlage prägte sich in der Politik der rechten sozialdemokratischen Führer immer mehr ein neuer Zug aus. Zum Verrat an der Arbeiterklasse gesellte sich der Verrat an der Nation. Sie warfen sich der stärksten imperialistischen Macht, den USA, in die Arme, wurden zu Preisfechtern des Verzichts auf die nationale Souveränität ihrer Völker, zu verbissenen Einpeitschern des Kampfes gegen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte. Darum sagte Genosse Malenkow auf dem XIX. Parteitag der KPdSU:

> „Die rechte Sozialdemokratie von heute ist, in Ergänzung ihrer alten Rolle als Lakaien der nationalen Bourgeoisie, zu einer Agentur des ausländischen, amerikanischen Imperialismus geworden und führt seine schmutzigsten Aufträge zur Vorbereitung eines Krieges und zum Kampf gegen die eigenen Völker aus." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 24)

In dieser Rolle begnügen sich die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer nicht damit, den Marxismus seines revolutionären Inhalts zu berauben, ihn aber ansonsten in ein harmloses Götzenbild zu verwandeln, das sich zur Irreführung der Massen gebrauchen läßt. Für ihre Politik des sozialen und nationalen Verrats brauchen sie eine sozialimperialistische Ideologie, der keine Spur von Marxismus mehr anhaftet. Sie führen einen offenen, unverhüllten Kampf gegen den Marxismus, wobei sie vor keiner Verfälschung und Entstellung, keiner Verleumdung und Beschimpfung des Marxismus und seiner Begründer haltmachen.

Unter der Überschrift „Marxismus als Mythos" empfahl Friedrich Stampfer im „Neuen Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD, „angelegentlich zur Lektüre" ein Buch von Walter Theimer „Der Marxismus, Lehre — Wirkung — Kritik". Friedrich Stampfer, selbst einer der übelsten Sozialimperialisten, sagt von dem Theimerschen Machwerk, es stelle „eine Art von Superrevisionismus dar, der über den Revisionismus des vor 20 Jahren in Berlin gestorbenen Eduard Bernstein weit hinausgeht". Dieser „Superrevisionismus" ist — wie weitere Beiträge im „Neuen Vorwärts" zeigen — von den sozialdemokratischen Mitgliedern nicht ohne Widerspruch hingenommen worden.

Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte" preisen Theimers Buch mit Nachdruck an. Es handele sich, wie es dort hieß, seit vielen Jahren um das erste Buch, das eine gemeinverständliche Darstellung des Marxismus mit einer gründlichen Kritik seiner Lehren verbinde. Es solle die Arbeiterbewegung aus den Fesseln einer veralteten Dogmatik befreien und ihr die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft erschließen. Wie man sieht, ein anspruchsvolles Unter-

nehmen. Herausgekommen ist jedoch nur eine üble Schmähschrift gegen den Marxismus, verbunden mit einer Lobpreisung des Kapitalismus und insbesondere des amerikanischen Imperialismus. Aber gerade darin sah der Bundesvorstand des DGB wohl Grund genug, besagten Walter Theimer zu einem der führenden „theoretischen“ Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zu machen. Vor mehr als Jahresfrist verkündete er dort, der Marxismus als System eigne „sich nicht mehr zur politischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung oder der Arbeiterbewegung überhaupt“.

Dieser neugebackene Überwinder des Marxismus hat kein Argument, keinen Gedanken und keine These vorzuweisen, die nicht bei den offiziellen kapitalistischen „Marxtötern“ oder den Revisionisten bereits dagewesen wären. Wenn aber die alten Revisionisten sich wenigstens die — wenn auch vergebliche — Mühe machten, ihre Thesen irgendwie mit Material und Tatsachen zu belegen, so hat der „Superrevisionist“ das gar nicht nötig. Wo sich dennoch mal eine konkrete Angabe oder Zahl findet, straft sie ihn Lügen oder ist direkt und offenkundig gefälscht.

Ohne wissenschaftlichen Wert, verdient Theimers Buch nur deshalb Beachtung, weil es einen Versuch darstellt, eine zusammenhängende „theoretische“ Rechtfertigung der heutigen sozialimperialistischen Politik und Praxis der rechten SPD- und DGB-Führer zu liefern. Dabei sind seine „Stellungnahmen“ und „Beweisführungen“ gegen den Marxismus und den Leninismus durchaus geeignet, die bei den sozialdemokratischen Arbeitern in Westdeutschland und Westberlin noch vorhandenen Illusionen über das Wesen der Politik ihrer rechten Führer zu zerstreuen. Aber dazu ist es erforderlich, daß die Marxisten-Leninisten den Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern aufzeigen, wie der heutige „Superrevisionismus“ als antimarxistische, arbeiterfeindliche und imperialistische Ideologie und die ihr entsprechende Parlaments- und Gewerkschaftspolitik ihnen selbst und dem ganzen deutschen Volke zum Verderben gereichen muß.

„Das Ende der Tage“

Als Ideologe des Sozialimperialismus gibt sich Theimer natürlich den Anschein der Wissenschaftlichkeit und der Objektivität. Er zitiert die Klassiker des Marxismus, jedoch nur, um ihre Gedankengänge um so bedenkenloser zu verfälschen und zu entstellen. Häufig ist man jedoch auch versucht, Goethe abzuwandeln und zu sagen: Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht — Marx! Der Geist, den Theimer begreift, ist der Geist des bourgeoisen Schulwissens und der heute in Westdeutschland landläufigen amerikanischen Pseudowissenschaften. Er schustert seine Kritik am Marxismus durchaus nach der Methode jener „Bande halbreifer Studiosen und überweiser Doktores“ zusammen, von denen Karl Marx sagte, daß sie „dem Sozialismus eine ‚höhere ideale‘ Wendung geben wollen, das heißt die materialistische Basis (die ernstes objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will) zu ersetzen durch moderne Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, und fraternité“.*)

Theimer bringt es fertig, am Ende seines Kapitels „Die Lehre“ „Zehn Prinzipien des Marxismus“ zu formulieren, deren Stichworte wie „Objektivismus“, „Relativismus“ oder „Pragmatismus“ für einen Jünger amerikanischer Scheinwissenschaft überwältigend klingen mögen, aber doch nur beweisen, daß der

*) „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und Andere“, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1906, S. 159

Verfasser dieser „Prinzipien" vom Marxismus nicht die Spur begriffen hat oder ihn bewußt entstellt. Das ganze Buch ist darauf angelegt, ein Zerrbild des Marxismus zu geben, mit dem der Arbeiter vom wissenschaftlichen Sozialismus abgeschreckt werden soll. Nehmen wir z. B. Theimers zweites „marxistisches" Prinzip, das er „Objektivismus" nennt:

> „Objektive Vorgänge außerhalb des Menschen beherrschen das Leben. Der Strom der Geschichte fließt als etwas Objektives an uns vorbei; wir können vom Ufer zusehen, auf Wunsch auch hineinspringen und mitschwimmen. Mehr können wir nicht. Die Rolle der Persönlichkeit und des Willens ist beschränkt." (S. 25) *)

Diese Verfälschung ist nicht zufällig oder unbeabsichtigt. Der Lakai des Imperialismus will bewußt dem Arbeiter einreden, der Marxismus verurteile ihn, dem Strom der Geschichte vom Ufer aus zuzusehen oder sich treiben zu lassen, er beschränke seine Persönlichkeit und seinen Willen. Es braucht hier nur auf die meisterhafte Darstellung des objektiven Charakters der Gesetze der Wissenschaft verwiesen zu werden, die Genosse Stalin im ersten Kapitel seines Werkes „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" gegeben hat. Das Beispiel der großen Ströme, die in grauer Vorzeit durch ihre Überschwemmungen die Wohnstätten der Menschen zerstörten, dient ihm gerade dazu, zu zeigen, daß die Menschen, wenn sie die objektiven, unabhängig von ihrem Willen wirkenden Prozesse erkennen, auch die zerstörenden Naturkräfte bändigen und schließlich in den Dienst der Gesellschaft stellen können. Auch auf dem Gebiete der ökonomischen Entwicklung befähigt die Erkenntnis der objektiven Gesetze die Menschen, sie ganz bewußt im Interesse der Gesellschaft anzuwenden. Darum sagte Friedrich Engels im „Anti-Dühring":

> „Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 351)

Aber gerade darin liegt die Gefahr für den Imperialismus, daß der Marxismus die Arbeiterklasse befähigt, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Die Aufgabe eines imperialistischen Agenten ist es deshalb, zu verhindern, daß die marxistische Erkenntnis für die Arbeiterbewegung zu einer Anleitung zum Handeln wird.

Es nimmt kaum wunder, daß sich der nächste Stoß gegen die Dialektik richtet, bei der es sich nach Theimer „um eine Glaubens- und nicht eine Wissenssache handelt". Für ihn gibt es nur eine „gewöhnliche Logik". Er bezichtigt Marx, „die Dialektik mit den anderen Eigenschaften des Weltgeistes" von Hegel übernommen und „sie in die selbständig ablaufende materielle Entwicklung" übertragen zu haben. Natürlich kann jemand, der sich einigermaßen ernsthaft mit dem dialektischen Materialismus befaßt hat, kaum so dumm sein, den Gegensatz zwischen der Hegelschen und der Marxschen Methode nicht wenigstens zu sehen, wenn schon nicht zu begreifen. Worauf es dem Ideologen des Sozialimperialismus auch hier wieder ankommt, ist, die Arbeiter von der Erkenntnis abzuhalten, „daß der Prozeß der Entwicklung von Niederem zu Höherem nicht in Form einer harmonischen Entfaltung der Erscheinungen ver-

*) Alle Seitenzahlen ohne Angabe der Quelle beziehen sich auf Walter Theimer: „Der Marxismus, Lehre — Wirkung — Kritik", A. Francke AG Verlag, Bern 1950

läuft, sondern in Form eines Hervorbrechens der Widersprüche, die den Dingen und Erscheinungen eigen sind, in Form eines ‚Kampfes' gegensätzlicher Tendenzen, die auf der Grundlage dieser Widersprüche wirksam sind". (Stalin)

Die gewaltige Bedeutung der marxistischen dialektischen Methode tritt sofort klar zutage, wenn man sie auf die Erforschung der Geschichte anwendet und sie bei der Untersuchung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse benutzt, um die Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse zu bestimmen. Man braucht sich nur an den meisterhaften Abriß der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu erinnern, den Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" gegeben haben. Mit zwingender Logik ergibt sich, daß so, wie die Sklaverei vom Feudalismus und dieser vom Kapitalismus abgelöst wurden, auch der Kapitalismus durch eine neue, höhere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, abgelöst werden wird. Ebenso überzeugend ergibt sich daraus aber auch, daß diese gesellschaftliche Entwicklung vom Niederen zum Höheren eben nicht selbsttätig, nicht automatisch, sondern unter Kämpfen des Neuen gegen das Alte, der aufsteigenden gegen die untergehenden Klassen vor sich ging, daß diese Entwicklung der Klassenkämpfe eben den Sinn der Geschichte ausmacht. Diese Entwicklung aber spielt sich auf der Grundlage der materiellen Lebensverhältnisse, auf der Grundlage der jeweiligen Produktionsweise ab. Daraus ergibt sich auch die welthistorische Rolle des Proletariats, das die kapitalistische Klassenherrschaft nur überwinden kann, indem es jede Klassenherrschaft aufhebt. Darum sagte Lenin, daß das Wichtigste in der Marxschen Lehre die Klärung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft ist. Doch gerade deswegen hassen heute, da diese marxistische Erkenntnis in der Sowjetunion bereits zur Wirklichkeit geworden ist, die Imperialisten und ihre ideologischen Agenten den historischen Materialismus so schrankenlos, daß sie zu den unsinnigsten Thesen ihre Zuflucht nehmen.

Theimer verkündet z. B., der Marxismus beruhe auf dem historischen Determinismus, „und zwar einem optimistisch-fortschrittlichen Determinismus". Diese Lehre vom gesetzmäßigen, notwendigen Zusammenhang aller Ereignisse und Erscheinungen und ihrer ursächlichen Bedingtheit bestreitet er und erklärt sie, ebenso wie die Dialektik, zur „Glaubens-, nicht Wissensangelegenheit". Stattdessen versichert er, „daß es keinen uns erkennbaren Sinn in der Geschichte gibt" (S. 49) und daß „die Geschichte an sich auch keinen Sinn hat" (S. 56). Damit wird die Geschichte zu einem Chaos von Zufälligkeiten erklärt, dem die Menschheit richtungs- und ziellos ausgeliefert ist.

Wie der „Neue Vorwärts" berichtete, wurde sich auch eine Tagung des Sozialistischen Studentenbundes nach Referaten von Dr. Metzger, Prof. Kofler und Prof. Weißner darüber klar, daß man den „Fortschrittsoptimismus" des Marxismus nicht mehr teilen könne. Hier tritt das ganze reaktionäre, fortschrittfeindliche Wesen der offiziellen sozialdemokratischen Ideologie offen zutage. Sie ist dazu bestimmt, dem Proletariat die Gewißheit seines endlichen Sieges zu nehmen, die Massen vom aktiven Kampf zurückzuhalten. Nicht zufällig lautet die Überschrift eines der Kapitel des Theimerschen Buches „Das Ende der Tage", dessen Schlußabsatz mit den Worten beginnt: „Ist die klassenlose Gesellschaft praktisch unmöglich, so ist sie in Wahrheit nicht einmal erwünscht." (S. 129) Damit ist gesagt, daß für die rechten SPD- und DGB-Führer die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu Ende ist. Der imperialistische Kapitalismus ist für sie das Endstadium der gesellschaftlichen Entwicklung

überhaupt. Sie predigen den gesellschaftlichen Stillstand auf dem Boden des Imperialismus. Ihre Ideologie ist Ausdruck der Tatsache, daß der Imperialismus verfaulender, sterbender Kapitalismus ist.

Leugnung des Klassenkampfes und Beschmutzung des Proletariats

Die Furcht, auch das westdeutsche Proletariat werde seine historische Mission erkennen, verfolgt Theimer ebenso wie seine imperialistischen Auftraggeber. Das wird in dem Kapitel „Die Klassenmechanik" besonders deutlich. Er schreibt:

„Bei Marx besteht die Geschichte nicht einfach aus Klassenkämpfen — sondern aus Klassenkämpfen, die einen *Sinn* haben. Dieser Sinn ist der menschliche Fortschritt, der im Sinne des früher Gesagten vorweg determiniert ist." (S. 62)

Nachdem Theimer auf seine Art die historische Anwartschaft der Arbeiterklasse auf den Sieg über die Kapitalistenklasse dargestellt, macht er so, wie er vorher den historischen Materialismus zum „Automatismus" und „Fatalismus" entstellte, folgenden simplen Kopfsprung: „Der Klassenkampf folgt also bestimmten Gesetzen; er wird zur Klassenmechanik." (S. 63) In dem mechanischen Puppentheater, das der „Superrevisionist" sich so zurechtgemacht hat, ist es ihm nun ein leichtes, seine Puppen so agieren zu lassen, daß sie Marx „widerlegen". Das geschieht einfach so:

„Denn obwohl die große Krise des Kapitalismus und noch viel Schlimmeres eingetreten ist, hat die Arbeiterklasse *nicht* so gehandelt, wie sie nach Marx in Verfechtung ihres Klasseninteresses handeln mußte. Die proletarische Revolution ist in Europa ausgeblieben." (S. 66/67)

Nun stimmt das zwar nicht, denn Rußland gehörte von eh und je zu Europa. Und zudem stand an der Spitze des russischen Proletariats ein Mann, von dem Theimer selbst schreibt: „Lenin glaubte buchstäblich an jedes Wort, das Marx geschrieben hatte" (S. 208). Die proletarische Revolution in Rußland siegte eben deshalb, weil der Marxist Lenin die Arbeiterbewegung mit dem Marxismus vereinigte, die Partei der Arbeiterklasse mit ihm ausrüstete, jede Verfälschung des Marxismus ausmerzte und ihn zum Marxismus-Leninismus weiterentwickelte. Der Sowjetstaat, der aus der Oktoberrevolution hervorging, wurde dank seiner gigantischen Leistungen im zweiten Weltkrieg außerdem zum Geburtshelfer der revolutionären Umwälzungen, die sich in solchen ebenfalls unbestreitbar europäischen Ländern wie Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Albanien sowie in der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen haben.

Was die Sozialimperialisten am meisten gegen den Marxismus aufbringt, ist eben gerade — wie Theimer schreibt —, daß ihm „die Revolution eine schlichte Selbstverständlichkeit", eine „Wissenschaft" ist, wobei sogar die „Kunst des bewaffneten Aufstandes" erlernt werden könne. Das wäre doch „verblüffend leichtfertig". Vom Spartakusaufstand bis zur Pariser Kommune, die er nebenbei bemerkt als „belangloses Lokalereignis" verleumdet, beschwört Theimer alle niedergeschlagenen Revolutionen gegen die Marxsche Revolutionstheorie. Doch die weltweite Wirkung der siegreichen Revolutionen ist heute schon so nachhaltig, daß auch die Sozialimperialisten sie nicht

ganz verschweigen können. Wie sie aber notgedrungen davon reden, dafür ist Theimer wieder höchst bezeichnend:

„Man darf übrigens auch im Falle Chinas und der anderen asiatischen Bauernländer nicht vergessen, daß doch im ganzen nur Minderheiten auf das Elend mit Kampf reagieren. Was sind drei Millionen Kommunisten unter 450 Millionen Chinesen? Tschiangkaischek mobilisierte ebensoviel für das gegenteilige Programm. Letzten Endes entschied die russische Unterstützung für die chinesischen Kommunisten ihren Sieg." (S. 73)

Nun hat zwar der Sieg der Sowjetarmee über die japanische Kwantung-Armee und die Zerschlagung des japanischen Imperialismus die entscheidende Voraussetzung für den Sieg der chinesischen Volksrevolution geschaffen, den Sieg selbst aber hat unbestreitbar die chinesische Volksarmee unter Führung der chinesischen Kommunisten erfochten. Hingegen hat Tschiangkaischek von den USA-Imperialisten die gesamte Ausrüstung, alle Waffen und Flugzeuge seiner Armee zuzüglich der erforderlichen militärischen Instrukteure und Generalstabsoffiziere erhalten. Die USA haben ihm zahlreiche Divisionen und Luftgeschwader nicht nur ausgerüstet, sondern auch ausgebildet. Sie haben über 6 Milliarden Dollar ausgegeben, um ihrem Vasallen Tschiangkaischek die Macht zu retten. In der Wahrheit hat die revolutionäre chinesische Volksarmee nicht nur über Tschiangkaischek, sondern auch über den amerikanischen Imperialismus gesiegt. Dieses eine Beispiel möge genügen, um zu zeigen, wie Theimer allenthalben lügt und selbst allgemein bekannte Tatsachen in ihr Gegenteil verdreht.

Als sozialimperialistischer Verleumder unterstellt Theimer Marx die Auffassung, „daß die Zunahme des Elends den Menschen automatisch revolutionär macht". Außerdem nehme Marx an, „daß die Menschen stets fähig seien, ihre Interessen zu erkennen und dann die notwendige Charakterstärke aufbringen, für diese Interessen zu kämpfen". Er halte also den Menschen für ein rationales, außerdem auch mutiges, aufrechtes Wesen. Er glaube sogar, „daß diese Tugenden sich bei den unteren Klassen in besonders hohem Maße finden" (S. 67). In der Tat haben Marx und Engels, ebenso wie Lenin und Stalin, unerschütterlich an die Tugenden der kämpfenden Proletarier, der Kinder der Arbeit und der Not, geglaubt. Und die Geschichte hat ihnen recht gegeben, wofür die zahllosen Helden und Opfer aller großen Klassenkämpfe und Revolutionen ebenso viele leuchtende Beispiele sind. Das große Vertrauen, das die Klassiker des Marxismus in die moralische Kraft und politische Einsicht der klassenbewußten kämpfenden Proletarier setzten, ist nicht enttäuscht worden.

Kein Wort weiß Theimer von der Rolle und Verantwortung der opportunistischen Führer zu sagen. Hingegen beschuldigt er die Arbeiterklasse, sie habe sich, „als die große Krise des Kapitalismus kam, nirgends so intelligent-heroisch verhalten wie Marx vorausgesagt hatte". Die Erwerbslosen hätten während der großen Krise der dreißiger Jahre zwar für die KPD gestimmt, aber „zu einer revolutionären Erhebung kam es nicht". Dabei verschweigt er natürlich, daß die rechten Führer der SPD und des ADGB, als am 20. Juli 1932 die Preußen-Regierung davongejagt wurde, hündisch kapitulierten und die Angebote der KPD zum gemeinsamen Kampf brüsk ablehnten, ja, daß sie alle Minen der Demagogie springen ließen, um ihre eigenen kampfgewillten Anhänger aus dem Reichsbanner und der preußischen Polizei von aktiven Kampfhandlungen abzuhalten. Natürlich sagt er erst recht kein Wort über die von Ernst Thälmann

geführten Kommunisten und ihre Anhänger, die im tapferen Abwehrkampf gegen den Hitlerfaschismus bereits vor 1933 schwere Opfer brachten und von sozialdemokratischen Innenministern und Polizeipräsidenten geknebelt, blutig unterdrückt und in die Gefängnisse geworfen wurden. Demgegenüber ist es der Gipfelpunkt der Infamie, wenn Theimer schreibt, die Furcht, daß die Millionen Arbeitslosen Streikbruch begehen könnten, habe die Gewerkschaftsführer „von einem politischen Generalstreik zurückgehalten, der vielleicht die Hitlerei noch in ihrem Anfangsstadium hätte ersticken können". Diese Verleumdung der Arbeiter wird ergänzt durch eine scheinbare Kritik an der „Willensschwäche" der SPD- und ADGB-Führung, wobei die Niedertracht darin besteht, daß „Zusammenhänge dieser Willensschwäche mit der marxistischen Erziehung" (S. 70/71) konstruiert werden. Das ist die Methode, mit der die Sozialimperialisten die Arbeiterklasse zu beschmutzen und den Marxismus (dem die SPD-Führer schon lange abgeschworen hatten) zu diskreditieren suchen.

Die Sozialimperialisten behaupten, das Proletariat wäre einfach nicht fähig, die Bourgeoisie zu stürzen und ihre Klassenherrschaft aufzuheben. Dazu fehle es dem Arbeiter — wie Theimer schreibt — an „Bildung und Persönlichkeitsentwicklung, die der Bürger durch seine Erziehung mitbekam. Das Lesen billiger marxistischer Hefte ist kein Ersatz dafür." (S. 80) Ganz im Sinne der Beteiligung der Gewerkschaftsführer an den Pfründen der Rüstungs-Union (Schumanplan) und der Aufsichtsräte der Truste und Konzerne sollen die Arbeiter höchstens durch die Gewerkschaftsbürokratie an „leitenden Funktionen" der Industrie teilnehmen oder Parteibeamte in Staatspositionen bringen können, was „unzweifelhaft eine bedeutende soziologische Tatsache" wäre. Der Masse der Arbeiter aber schreibt der Sozialimperialist „Sklavenmentalität" und „politische Apathie" zu. „Stumpf trotten sie immer wieder in die Katastrophe, mag man sie noch so oft warnen ... Einige der Gründe vermag vielleicht die Herdenbiologie anzudeuten." (S. 75)

Das ist das wahre Gesicht der Sozialimperialisten. Das ist der wahre Sinn ihres Geredes von der Freiheit. Ihr Persönlichkeitswert ist der des Herdentieres. Der klassenbewußte Proletarier aber wird sich auch in Westdeutschland damit nicht abfinden. Er wird für seine wirkliche Freiheit kämpfen, von der ihn Marx gelehrt hat: „Der Arbeiter ist nur frei, sobald er Besitzer seiner Arbeitsmittel ist." Da aber die individuelle Besitzform durch die ökonomische Entwicklung überholt ist, bleibt nur die des gemeinsamen Besitzes, das heißt der Sozialismus.

Die „Theorie", daß die Ausgebeuteten nicht ohne die Ausbeuter auskommen können, bildet, wie Stalin einmal sagte, „den Eckstein der politischen ‚Philosophie' der Sozialdemokratie". Man kann diese sonderbare „Theorie" nicht besser widerlegen als mit den Worten Stalins, der im Jahre 1939 auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU sagte:

> „Die Bourgeoisie aller Länder behauptet immer wieder, daß die Arbeiterklasse, wenn sie die alten bürgerlichen Zustände zerstört hat, nicht fähig sei, etwas Neues an Stelle des Alten aufzubauen. Die Arbeiterklasse unseres Landes hat durch die Tat bewiesen, daß sie durchaus fähig ist, nicht nur die alte Ordnung zu zerstören, sondern auch eine neue, bessere, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, und zwar eine Gesellschaftsordnung, die weder Krisen noch Arbeitslosigkeit kennt." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 732/733)

Leugnung der Ausbeutung und Idealisierung des Kapitalismus

Lenin hat darauf hingewiesen, daß die alten Revisionisten in der Werttheorie außer höchst unklaren Andeutungen und Seufzern rein gar nichts geleistet haben. Es ist wohl kaum als Zufall zu betrachten, daß auch der „Superrevisionist" Theimer zur Werttheorie von Marx außer einigen dummen Verdächtigungen nichts zu sagen weiß. Er stellt nur seufzend fest, über Werttheorien wäre schwer zu debattieren, denn sie beruhten „sämtlich auf philosophischen Voraussetzungen, über die eine rein wirtschaftliche Diskussion nicht möglich" wäre. Da er auf wissenschaftlicher Grundlage gegen die Marxsche Werttheorie nicht ankommen kann, behauptet er einfach, Marx gehe „von den gleichen ethischen Voraussetzungen über Recht oder Unrecht in der Wirtschaft aus wie die Utopisten". So enthalte schon das bloße Wort „Ausbeutungstheorie" ein ethisches Urteil. Nachdem so die große wissenschaftliche Leistung von Marx in der Aufklärung des Wertes und der Entdeckung des Mehrwertes mit bornierter Geringschätzigkeit abgetan ist, wird einfach behauptet: „Um diese mehr moralisch als wirtschaftlich fundierte Theorie dreht sich der ganze Marxismus; die Verelendungstheorie, die Lehre von der fallenden Profitrate und dem schließlichen Zusammenbruch des Kapitalismus sind alle von der Wert- und Mehrwertlehre abgeleitet." (S. 161)

Die Lehre vom Mehrwert, die den Nachweis bringt, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung der Arbeiter ist, hat von jeher alle Feinde der Arbeiterklasse und des Marxismus besonders erbost. Der wissenschaftliche Nachweis, daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zu vollem Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat, lehrt die Arbeiterklasse, daß sie die Ausbeutung nicht aufheben kann, ohne den Kapitalismus zu stürzen. Das unaufhörliche Bestreben des Kapitalisten, die unbezahlte Arbeit durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Intensivierung der Arbeit, d. h. durch stärkere Anspannung der Arbeitskraft, zu vergrößern, verleiht der Marxschen Mehrwertlehre zudem gewaltige Bedeutung für den ständigen Kampf der Arbeiterklasse. Die revolutionäre und praktische Bedeutung der Lehre vom Mehrwert bringt alle Verteidiger der kapitalistischen Ausbeutung in Wut. Theimer erklärt einfach, jede Antwort auf die Frage nach dem Anteil der Produktionsfaktoren an der Erzeugung müsse willkürlich sein, denn „auf sinnlose Fragen kann es nur sinnlose Antworten geben". (S. 168) Warum ein Sozialimperialist jede solche Frage für sinnlos erklären muß, ergibt sich aus der steigenden Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter. Selbst aus den Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln ergibt sich, daß die Lohnquote, die 1936 rund 50 Prozent und im Dezember 1948 noch 43 Prozent des Netto-Produktionswertes betrug, auf 41 Prozent im Jahresdurchschnitt 1949 und 39 Prozent im Jahresdurchschnitt 1951 gesunken ist. In der gleichen Zeit ist die Gewinnquote von 57 auf 59 und dann auf 61 Prozent gestiegen. Obwohl diese Ziffern stark frisiert sind, lassen sie doch erkennen, daß die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter ständig erhöht wird und damit naturnotwendig die Verelendung zunimmt.

Völlig von Sinnen gerät Theimer angesichts des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. Die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit zeigt sich, wie Marx nachgewiesen hat, gerade darin, „daß vermittels der wachsenden Anwendung von Maschinerie

und fixem Kapital überhaupt mehr Roh- und Hilfsstoffe von derselben Anzahl Arbeiter in derselben Zeit, d. h. mit weniger Arbeit in Produkte verwandelt werden". Daraus ergibt sich:

„Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehn zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dies Verhältnis der Mehrwertsmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß." (Karl Marx, „Das Kapital", Band III, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 240)

Die ökonomische Entwicklung seit Marx hat seine These von der fortschreitend höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals auf das glänzendste und überzeugendste bestätigt. Daran läßt sich nicht zweifeln, das sieht jeder Arbeiter. Ja, er bekommt das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate selber zu spüren, versuchen doch die Kapitalisten, durch steigende Intensivierung der Arbeit und ständigen Lohndruck die Rate des Mehrwerts zu erhöhen und dadurch dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, wobei von den anderen Folgen dieses von Marx aufgedeckten Gesetzes hier ganz abgesehen werden soll. Dieses dem Kapitalismus innewohnende Gesetz paßt nun ganz und gar nicht zu dem Idealbild des Kapitalismus, das die Sozialimperialisten den Arbeitern vorgaukeln möchten. Theimer versucht ihm dadurch beizukommen, daß er, wie einst der Gott der Bibel, der toten Maschine lebendigen Odem einbläst, ihr schöpferische Kräfte zuschreibt. Er bestreitet einfach, daß „nur die frische lebendige Arbeit" die Fähigkeit habe, Mehrwert zu erzeugen und erkennt auch „der aufgespeicherten Arbeit" diese Fähigkeit zu. Es heißt bei ihm schlankweg, man könne der Maschine auch „einen Anteil an der Mehrwert-Produktion zubilligen". (S. 168) Zwar ist einleuchtend, daß eine Maschine dem Produkt nie mehr Wert zusetzen kann, als sie besitzt, aber was macht das einem Sozialimperialisten aus, wenn er glaubt, damit die tatsächlich vor sich gehende Ausbeutung der Arbeiter geringer erscheinen zu lassen. Er empört sich darüber, daß für Marx „jede Benutzung von Lohnarbeit, bei der ein Gewinn für den Arbeitgeber abfällt, bereits Ausbeutung" ist, „im Gegensatz zum gewöhnlichen Sprachgebrauch, der das Wort auf Fälle beschränkt, wo ungewöhnlich hohe Arbeitsleistungen für ungewöhnlich niedriges Entgelt verlangt werden". (S. 162) Damit wird die Ausbeutung — von Einzelfällen abgesehen — einfach geleugnet.

Im Aktionsprogramm der SPD, das ihr Dortmunder Parteitag im Herbst vorigen Jahres angenommen hat, wird die Forderung erhoben, „die völlige Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen". Indem die SPD in ihrem Aktionsprogramm die Anerkennung des „Wertes der Arbeit" (was natürlich der „Arbeitskraft" heißen müßte) proklamiert, leistet sie faktisch Verzicht auf die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im übrigen kann natürlich ein Ausgebeuteter nicht gleichberechtigt mit seinem Ausbeuter sein. Eben deshalb leugnen die SPD- und DGB-Führer einfach die Ausbeutung, die in Westdeutschland in dem Maße gesteigert wird, wie die Macht des Monopolkapitals zunimmt und die Aufrüstung forciert wird. Beinahe folgerichtig wird darum

auch im Aktionsprogramm der SPD verkündet: „Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeineigentum übergehen. Entscheidend ist ihre Betriebsverfassung." Der Kanonenkönig Krupp und andere Monopolherren können also ruhig und ungestört Besitzer ihrer Betriebe bleiben, wenn sie nur einige SPD- oder DGB-Beamte in die sogenannten Aufsichtsorgane aufnehmen.

Was nun gar das „Recht der Arbeit" bedeuten soll, das bemühen sich die DGB-Führer vergeblich aufzuhellen. Nach einem Artikel im Sozialdemokratischen Pressedienst soll es sich „um ein neuzeitliches System des Rechts der Arbeit im breitesten Sinne des Wortes" für den „in abhängiger Arbeit stehenden Menschen" handeln. An die Stelle konkreter Rechte und Forderungen der Arbeiter tritt also ein völlig verschwommener Begriff. Übrigens kann abhängige Arbeit doch nur eine Arbeit sein, über die der Kapitalist bestimmt, von dessen Gnade und Barmherzigkeit der sie Ausführende, nämlich der Arbeiter, abhängig ist.

Angesichts dessen versteht es sich, daß der DGB-„Theoretiker" Theimer sich nach Kräften bemüht, das Kapital und die Funktion der Kapitalisten zu idealisieren. Dazu wird erst einmal eine ganz besondere Geschichte der Entstehung und Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft zusammengebraut. „Ohne die christliche Lehre vom frei handelnden und verantwortlichen Menschen, im besonderen ohne die Ausprägung, die sie im protestantischen Persönlichkeitsbegriff und in der protestantischen Ethik erhielt, hätte sich das Unternehmertum nicht ausgebildet". (S. 93) Wer so welterschütternde Entdeckungen macht, braucht natürlich gar nicht mit geschichtlichen Tatsachen zu rechnen. Was macht es schon, daß gerade die protestantischen preußisch-deutschen Gebiete um mehr als zwei Jahrhunderte hinter der kapitalistischen Entwicklung zurückblieben. Dieses Zurückbleiben war eben der bewußte Entschluß der Vorväter der heutigen Kapitalisten, denn „auch die Begründer des Kapitalismus hatten einen Entschluß zu fassen, nämlich den, die Statik und Sicherheit des Zunftwesens mit der Dynamik und den Risiken der Unternehmerwirtschaft zu vertauschen". Ökonomische Interessen, der Drang nach höherem Gewinn, die Entwicklung der Produktivkräfte — alles das spielte nach dieser famosen Geschichtsauffassung dabei nicht die geringste Rolle. Nein, „es mußte eine ganz bestimmte geistige Haltung vorhanden sein, eine neue Einstellung zum Leben und zur Umwelt, ehe sich eine Klasse europäischer Menschen überhaupt entschloß, den Weg der Unternehmerwirtschaft und der Technik zu gehen". (S. 93) Eine Herrenklasse europäischer Menschen, weit vorausschauend in Jahrhunderte der technischen Entwicklung, entschloß sich also, den Weg der Unternehmerwirtschaft zu gehen. Fürwahr, zu solchen kapitalen Blödheiten hat es kaum bei den bürgerlichen Ökonomen gereicht.

Der Kapitalismus soll zudem auch ein Kind der Freiheit sein, denn „der Freiheitsbegriff stand an der Wiege des Kapitalismus", ja, er war „eher die Ursache als die Folge des Kapitalismus". (S. 95) Der Bourgeois konnte auch den Adel überwinden, denn „mit seiner wirtschaftlichen und beruflichen Stellung war ein hoher Bildungsgrad verbunden. Er genoß eine gute Erziehung, die auch seinen Charakter schulte". (S. 79) Zwar kennt besonders die deutsche Geschichte zahllose Beispiele schäbiger Charakterlosigkeit und Feigheit der Bourgeoisie gegenüber den reaktionären Gewalten, aber gerade darin sind ja die SPD- und DGB-Führer der deutschen Bourgeoisie durchaus gleichwertig. Warum sollen sie nicht ihre eigene Feigheit für einen „geschulten Charakter" halten.

Was nun die Losung der „Freiheit" betrifft, unter der die aufkommende Bourgeoisie gegen die feudalen Fesseln ankämpfte, so war das die Freiheit des Eigentums, die nach einem Worte von Friedrich Engels für die Masse der Bevölkerung, die Kleinbürger und Kleinbauern, die „Freiheit *vom* Eigentum" bedeutete. Das kleine Eigentum wurde durch die Konkurrenz des Großkapitals und Großgrundbesitzes erdrückt und die kleinen Eigentümer faktisch enteignet. „Der Aufschwung der Industrie auf kapitalistischer Grundlage erhob Armut und Elend der arbeitenden Massen zu einer Lebensbedingung der Gesellschaft" (Engels). Die Freiheit der Bourgeoisie ist die Freiheit von Kauf und Verkauf, auch die des Kaufs der Arbeitskraft, also die Freiheit der Ausbeutung. Überall, wo diese bürgerliche Freiheit angetastet wird — und der Arbeiter kann seine eigene Freiheit nicht anders gewinnen als durch die Aufhebung der Freiheit der Ausbeutung —, antwortet der bürgerlich-demokratische Staat mit Unterdrückung und Terror.

Danach muß man auch im Aktionsprogramm der SPD das Gerede von „Planung und Freiheit in der Wirtschaft" beurteilen. Unter dieser Überschrift verlangt es „eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb", für den „alle Unternehmensformen" einschließlich „unvermeidlicher Monopole" gefördert werden sollen. Die Freiheit der Großunternehmer und Monopolkapitalisten, zu produzieren was den höchsten Profit verspricht, ihre Freiheit, die Preise in die Höhe zu treiben und die Löhne zu drücken — alles das soll mit „volkswirtschaftlicher Planung" verbunden werden. Wahrhaftig, das wäre die Quadratur des Zirkels. Aber wie diese, so ist auch jene Aufgabe unlösbar. Sie soll auch gar nicht gelöst werden, sie ist nur zur Irreführung der Massen da, zu ihrer Verhetzung gegen die Länder des Sozialismus, wo zum ersten Male die Freiheit des Arbeiters von Arbeitslosigkeit, die Freiheit von Ungewißheit und Not, eine echte Planwirtschaft eben darum verwirklicht werden konnten, weil die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung aufgehoben wurde.

Den Gipfelpunkt erreicht die Beweihräucherung des Kapitalismus, wo Theimer die Marxsche Polemik „gegen den unverkürzten Arbeitsertrag" Lassalles benutzt, um zu schreiben: „Die Funktion, diesen Abzug vom Arbeitsertrag vorzunehmen und die betreffenden Werte anzusammeln, schließlich zu investieren, liegt in der privatwirtschaftlichen Ordnung bei den Kapitalisten". (S.162) Ihre Profite sind also gewissermaßen nur die „gerechte Entlohnung für ihre Leistung". Schließlich wäre es einem großen Teil der Unternehmerschaft selbstverständlich geworden, „daß es Gewerkschaften, Tarifverträge, Arbeitsgerichte, 8-Stundentag und soziale Versicherung gibt" (S. 82). Was will man noch mehr. Der ideale Kapitalismus ist da.

Doch dieses sozialimperialistische Zauberbild vom Kapitalismus steht in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit seiner imperialistischen Phase mit ihrem Massenelend, ihren Wirtschaftskatastrophen und ununterbrochenen Kriegen. Selbst ein Sozialimperialist kann nicht verschweigen, daß „große Katastrophen eingetreten sind und die wirtschaftliche Lage breiter Schichten sich in manchen Ländern so verschlechtert hat, daß von einer Verelendung gesprochen werden kann" (S. 174). Doch so ein Gesundbeter des Imperialismus bestreitet trotzdem, daß die Verelendung sich aus dem kapitalistischen System ergibt. Er erklärt einfach, die Inflation, dieser kapitalistische Raubzug zur Ausplünderung der Arbeiter und zur Enteignung der Mittelschichten, hätte eben eine Sonderursache gehabt. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die

sechs Millionen Arbeitslose dem tiefsten Elend aussetzte, sei doch nur eine vorübergehende zyklische Krise gewesen. Das Massenelend der Millionenheere der Arbeitslosen, die in fast allen kapitalistischen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen eine permanente Erscheinung waren, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Die drei Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter in Westdeutschland, die zwei Millionen Arbeitslose in Italien, die drei Millionen Arbeitslose und rund zehn Millionen Kurzarbeiter in den USA, lebendige Zeugen für die Verelendung der Massen im heutigen Kapitalismus, existieren für den Sozialimperialisten einfach nicht. Die Bedeutung der permanenten Massenarbeitslosigkeit für die Beurteilung der Verelendung der Arbeiterklasse aber ist außerordentlich groß. Genosse Stalin wies in seinem letzten genialen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" darauf hin, daß es falsch ist, wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, die Reservearmee der Arbeitslosen außer acht zu lassen:

> „Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 45)

Darum ist jede Darstellung der materiellen Lage der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die die Lage der Arbeitslosen nicht berücksichtigt, irreführend oder bewußte Heuchelei.

Die schamlose Verhimmelung des Imperialismus durch den DGB-Theoretiker geht Hand in Hand mit einer bewußten Verleumdung des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus und der modernen Arbeiterbewegung. Das sieht so aus: „Marx, der es unternahm, den ganzen Geschichtsablauf zu prophezeien, war anscheinend nicht imstande, die Heraufkunft eines Zeitalters der Gewerkschaften und Kollektivverträge vorauszusehen." (S. 167) Nun gab es in Wirklichkeit niemanden, der in der I. Internationale die ganze Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung klarer erkannt hätte als Karl Marx. Allerdings sah der Revolutionär und Wissenschaftler Karl Marx die Bedeutung der Gewerkschaften darin, daß sie das Proletariat in den Tageskämpfen für den Kampf um das große Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung, schulen und stählen. Am Schluß seines Vortrages über „Lohn, Preis und Profit" vor dem Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation sagte Marx:

> „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 420/421)

Die Arbeiterklasse Westdeutschlands wird sich in den Kämpfen gegen ihre zunehmende Verelendung infolge der Aufrüstung dieser Worte von Marx

wieder in steigendem Maße bewußt werden. Das wird um so schneller gehen, je gründlicher die sozialimperialistische Idealisierung des Kapitalismus durch die ständige und überzeugende Aufklärungsarbeit zerschlagen und der gemeinsame Kampf der Arbeiter gegen die Gewalttaten der in- und ausländischen Monopolkapitalisten, die heute die westdeutsche Arbeiterschaft einer doppelten Ausbeutung unterwerfen, organisiert wird.

Beschönigung des Imperialismus und Rechtfertigung seiner Kriege

„Was Lenins Theorie des Imperialismus betrifft, so hat sie bekanntlich große Popularität in der Welt erlangt" (S. 223), schreibt Theimer in dem Kapitel „Der Leninismus". Die Völker haben in zwei Weltkriegen und in zahllosen Kriegen und Feldzügen der Imperialisten gegen abhängige oder koloniale Völker die völlige Richtigkeit der Einschätzung kennengelernt, die Lenin von der imperialistischen Phase als der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung gegeben hat. Der Kampf gegen die Gefahr neuer imperialistischer Kriege ist heute zur Sache der gewaltigen, wahrhaft weltumspannenden Friedensbewegung geworden. Im Kampf gegen die Kriegsgefahr erkennen die Volksmassen immer mehr das Wesen des Imperialismus. Sie lernen begreifen, daß der Sozialismus die einzige wirkliche Rettung vor neuen Kriegen mit ihren katastrophalen Verheerungen sein wird. Die sozialimperialistischen Agenten konzentrieren sich darum darauf, einerseits den Imperialismus zu beschönigen und andererseits zu leugnen, daß Kriege eben nur die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln sind.

Theimer stellt z. B. die Behauptung auf, die meisten Kartelle und Großkonzerne würden „ihre preisstützende Tätigkeit auf die Sicherung der üblichen Gewinnspannen" beschränken (S. 233). Den Beweis dafür bleibt er schuldig. Die Tatsachen aus den USA aber besagen folgendes: Die General Motors steigerten ihren Reingewinn von 183,4 Millionen Dollar 1939 auf 656,4 Millionen Dollar 1949 oder um 258 Prozent; die U. S. Steel von 41,4 Millionen Dollar 1939 auf 165,9 Millionen Dollar 1949 oder um mehr als 300 Prozent; die Standard Oil (New Jersey) von 89,1 Millionen Dollar 1939 auf 269 Millionen Dollar 1949 oder um 202 Prozent. Oder ein anderes Beispiel: 25 der großen amerikanischen Monopolgesellschaften erhöhten ihre Gewinne von 1948 auf 1949, also in einem Jahr, um 13 Prozent. Es wird selbst dem gerissensten Sozialimperialisten schwerfallen nachzuweisen, daß sich in diesen Ziffern nur die „üblichen Gewinnspannen" ausdrücken. Sie bestätigen vielmehr die treffende Kennzeichnung, die Genosse Stalin gegeben hat:

> „Der moderne Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus kann sich mit dem Durchschnittsprofit nicht begnügen, der angesichts der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals noch dazu die Tendenz hat zu fallen. Der moderne monopolistische Kapitalismus fordert nicht Durchschnittsprofit, sondern ein Maximum an Profit, das nötig ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 39)

Die angeführten Ziffern zeigen übrigens zugleich, wie die Monopolherren die direkten Nutznießer des Krieges und der Rüstungskonjunktur sind und warum sie zu neuen Kriegen hetzen. Theimer behauptet, falls die imperialistischen Staaten alle ihre Kolonien mit einem Male verlieren würden, wäre dies zwar für den Augenblick ein schwerer Schlag, aber nach einiger Um-

stellung und nach Ausbau des Handels mit den ehemaligen Kolonialgebieten könnten sie sehr gut weiterexistieren, vielleicht besser als zuvor (S. 235). Als überraschende Beweise dafür werden, sage und schreibe, die Schweiz und Schweden angeführt, die ja bekanntlich keine Kolonien haben. Es fragt sich nur, warum dann die Imperialisten so unvernünftig sind und in Vietnam, Malaya, Burma und vielen anderen Ländern seit langen Jahren blutige Kriege um die Aufrechterhaltung ihrer Kolonialherrschaft führen. Es fragt sich, warum die amerikanischen Monopolkapitalisten in einem Kolonialland nach dem andern versuchen, Positionen zu gewinnen und ohne Rücksicht ihre imperialistischen Bundesgenossen zu verdrängen. Aber ein Sozialimperialist schreibt ja auch nicht für Monopolherren, sondern zur Irreführung der Werktätigen.

Lenin hat gelehrt:

„Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft, aber nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welcher politischen Ordnung, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiete — das ist das Resultat dieser Tendenzen." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 868)

Dieser Leninschen These entsprach die Herrschaft des Faschismus, der nichts anderes war als die terroristische Herrschaft des äußersten reaktionären Flügels des Monopolkapitals. Selbstverständlich bestreiten die Sozialimperialisten auch das: „In Wahrheit vertraten die Faschisten vor allem ihr eigenes Interesse" (S. 127). Die Tatsachen jedoch besagen: Mit den Geldern der deutschen Bankiers und Industriellen ist der Nazismus großgezüchtet worden. Im zweiten Weltkrieg versuchte er das alte Eroberungsprogramm der deutschen Industriellenverbände aus dem ersten Weltkrieg zu realisieren. Die Liste des Wehrwirtschaftsrates und anderer maßgeblicher Wirtschaftsorganisationen des Nazireiches enthielt dieselben Namen, die auch heute in Westdeutschland das Monopolkapital repräsentieren. Dennoch behauptet der Bundestagsabgeordnete Fritz Erler in einer vom Parteivorstand der SPD herausgegebenen Broschüre „Soll Deutschland rüsten?", der vom nazistischen Deutschland ausgelöste zweite Weltkrieg wäre keine „der üblichen Auseinandersetzungen um Rohstoffquellen und Absatzmärkte" gewesen. Was waren aber dann die Triebkräfte des Hitlerkrieges? Nun einfach der Machtwille, wobei Theimer erklärt „Die Macht ist eine Kategorie für sich". Wo diese „Kategorie für sich" die Mittel, sowohl die Finanzen als auch die Waffen, hernimmt, um sich als „Macht" durchzusetzen, die Antwort auf diese naheliegende Frage bleibt er vorsichtshalber schuldig. Aber bei Theimer ebenso wie bei Erler dient die These von der abstrakten Macht ja nur dazu, ihre Kriegshetze gegen die „totalitären Diktaturen", worunter sie die sozialistischen Staaten verstehen, irgendwie zu bemänteln. Das ist natürlich nichts als der Versuch, die Arbeiterklasse und die Volksmassen irrezuführen und zu betrügen. Die Erfahrungen zweier Weltkriege und sämtliche Kolonialkriege der imperialistischen Phase bestätigen vielmehr anschaulich die Richtigkeit der Feststellungen Stalins:

„Gerade die Notwendigkeit, Maximalprofite zu erlangen, treibt den Monopolkapitalismus zu so riskanten Schritten wie Versklavung und systematische Ausplünderung der Kolonien und anderer rückständiger Länder, Verwandlung einer Reihe unabhängiger Länder in abhängige Länder, Organisierung neuer Kriege, die für die Hauptmacher des modernen Kapitalismus das beste ‚Busineß' sind, um Maximalprofite herauszuholen, und schließlich

wie der Versuch, die ökonomische Weltherrschaft zu erobern." (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 40)

Schließlich wird auch die Geographie noch für die imperialistischen Kriege verantwortlich gemacht, denn ein Staat „in einer bestimmten geographischen Lage streckt seine Hand immer nach den gleichen Gebieten aus — und *das* ist die Grundlage des Imperialismus, unabhängig von der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung" (S. 228). Aber die Krupp, Mannesmann, Klöckner und Konsorten raubten in allen vom Hitlerfaschismus besetzten Gebieten sofort die entscheidenden Betriebe und errichteten dort ihre besonderen Zweigfirmen. Was haben außerdem die Eroberung von Kolonien und die blutige Unterdrückung und Ausplünderung von Völkern in fernen fremden Erdteilen, die für alle imperialistischen Kolonialmächte charakteristisch sind, noch mit der Geographie zu tun? Natürlich nur so viel, daß man die Kolonien auf den Landkarten in der Farbe ihrer „Metropole" abdruckt. Die einen wie die anderen Tatsachen widerlegen auch die Behauptung, „die wirtschaftlichen Interessen könnten ebensogut oder besser durch eine Politik des Friedens und der Neutralität gewahrt werden" (S. 225).

Lenin hat die besondere Bedeutung nachgewiesen, die der Kapitalexport im Imperialismus gewinnt. Theimer schreibt dazu, das klinge „seltsam in einem Zeitalter, das durch das völlige Aufhören des internationalen Kredits gekennzeichnet ist". Ja, mehr als das: „der zweite Weltkrieg brach ganz ohne Anleihen aus, der dritte droht gleichfalls ohne Beteiligung eines solchen Faktors." (S. 225). Man halte dem die amerikanischen Auslandsanlagen gegenüber. Sie betrugen im Jahre 1914 3,5 Milliarden Dollar, im Jahre 1939 24,7 Milliarden Dollar und sind im Jahre 1949 auf 89,3 Milliarden Dollar angewachsen. Dabei stiegen die privaten Anlagen von 3,5 Milliarden (1914) auf 11,4 Milliarden (1939) und 17,8 Milliarden (1949); die staatlichen ausländischen Anlagen stiegen von 9,6 (1919) auf 13,3 (1939) und 71,5 Milliarden Dollar (1949). Allerdings sind im gleichen Zeitraum die Auslandsanlagen Englands beträchtlich zurückgegangen, wobei der Rückgang der englischen nicht im entferntesten so groß ist wie der Anstieg der amerikanischen Auslandsanlagen. Darin zeigt sich nur, wie sich die Machtverhältnisse zwischen den imperialistischen Großmächten verschoben haben. Die Tatsachen strafen Theimer wiederum einfach Lügen.

In diesem Zusammenhang macht er eine wahrhaft überwältigende Entdeckung, und zwar die sogenannte „Geschenkwirtschaft". „Das höchst kapitalistische Land der Welt, Amerika, verschenkt jährlich Milliarden Summen, ohne nach Mehrwert und Profit zu fragen" (S. 225/226). Das soll nach Theimer „ein neues Moment im internationalen Kapitalismus" sein, „das weder Marx noch Lenin je für möglich gehalten hätten"(S. 225). Er hat nur das Pech, vierzig Seiten vorher geschrieben zu haben: „Amerika wieder betreibt durch die Marshall-Subventionen gleichfalls so etwas wie planmäßige Eingriffe in die Wirtschaft anderer Länder". Diese amerikanischen Eingriffe desorganisieren die Wirtschaft der anderen imperialistischen Staaten, legen dort ganze Industriezweige entsprechend den amerikanischen Profitinteressen brach und erzwingen bei anderen die Rüstungsproduktion. Die als Subvention verschleierten Anleihen dienen in Wirklichkeit dazu, andere Staaten und ihre Wirtschaft in völlige Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus zu bringen. Sie sind außerdem eine Form des Kapitalexports, die ohne Risiko für die Monopolherren auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler betrieben wird. Die Entwicklung des amerikanischen Exports wäre ohne diese Finanz-

manipulationen völlig unmöglich gewesen. Für die Monopole ist auch diese Art des Kapitalexports eine außerordentliche Quelle des Profits, wofür die riesigen Steigerungen in den Dividendenausschüttungen der amerikanischen Aktiengesellschaften, vor allem aber der Rüstungsgesellschaften, zeugen. Daß die amerikanischen Monopolherren gar nicht daran denken, dem deutschen Volke auch nur einen roten Heller zu schenken, hat das Londoner Schuldenabkommen bewiesen, das im Auftrage der Bundesregierung von dem Nazibankier Abs abgeschlossen wurde. Vom 1. April 1953 an sollen die Rückzahlungen für Verbindlichkeiten der Bundesregierung gegenüber der amerikanischen Regierung und amerikanischen Privatfirmen beginnen, die allein auf Grund dieses Abkommens mit 1,75 Milliarden Dollar oder 7,15 Milliarden Mark anerkannt wurden.

Insgesamt betragen die Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Londoner Schuldenabkommen 13,73 Milliarden Mark, die nun in Raten von anfangs 550 Millionen DM und dann sogar von 735 Millionen DM jährlich bezahlt werden sollen. Das ist jedoch bei weitem noch nicht alles. Dazu kommen nach einer Übersicht, die das „Düsseldorfer Handelsblatt" am 25. März 1953 gab, noch die Forderungen der Schweiz und Schwedens, das Israel-Abkommen, die Rückerstattung an die Europäische Zahlungsunion, die Zahlungen für die europäische Söldnerarmee und andere Verpflichtungen. Das Handelsblatt schließt diese Aufzählung mit der Feststellung: „Mindestens wird somit eine Gesamtsumme von 35 bis 37 Milliarden DM erreicht, wahrscheinlich aber noch mehr."

Selbst nach der Auffassung dieses großkapitalistischen Blattes kann die Erfüllung dieser ungeheuren Verpflichtungen nicht einmal dann garantiert werden, wenn an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und an die deutsche Arbeitskraft die höchsten Anforderungen gestellt werden. Was das für die westdeutschen Werktätigen bedeutet, liegt auf der Hand: Rücksichtsloser Lohnraub, maßlos gesteigerter Steuerdruck und alle möglichen anderen Formen der brutalsten Ausplünderung. Das ist die nackte, nüchterne Wirklichkeit der von den Sozialimperialisten gepriesenen amerikanischen „Geschenkwirtschaft". Sie stürzt Westdeutschland in eine beispiellose Schuldknechtschaft, die das amerikanische Monopolkapital rücksichtslos ausnützt, um seine Pläne zur Beherrschung Europas durchzusetzen. Die Tatsachen strafen wieder einmal den Sozialimperialisten Theimer Lügen und bekräftigen die marxistisch-leninistische Lehre vom Imperialismus.

Aber einen Grund für die Kriege muß es doch schließlich geben. Tragen die Imperialisten keine Verantwortung, so sind eben die Völker selber schuld, ihre „Lust am nationalen Hassen, Töten, Rauben, Vernichten". Das ging nach Theimer „überall tief ins Volk hinein. Eine Theorie des Krieges, die den Instinktfaktor, die Raubtierseite der menschlichen Natur nicht sehen will, geht am Wesentlichen vorbei" (S. 230/231). Bei den Völkern selbst soll also die Verantwortung für die Kriege liegen. Die Niedertracht dieser sozialimperialistischen Behauptung ist kaum noch zu überbieten. Oder doch! Lenin wird nämlich die Tendenz zum Vorwurf gemacht, „die Volksmassen in der Frage des Krieges zu entlasten und alles auf böse Herren und schlechte Einrichtungen zu schieben". Die sozialdemokratischen Arbeiter Westdeutschlands mögen diese Besudelung der Volksmassen mit den Worten des Genossen Malenkow vergleichen, der ganz im Geiste Lenins an der Bahre des unsterblichen Friedenskämpfers Stalin erklärte:

„Der große Stalin erzog uns im Geiste des grenzenlos ergebenen Dienens an den Interessen des Volkes. Wir sind treue Diener des Volkes, und *das Volk will den Frieden, es haßt den Krieg. Heilig sei uns allen der Wunsch des Volkes, nicht zuzulassen, daß das Blut von Millionen Menschen vergossen wird,* und der Wunsch, den friedlichen Aufbau eines glücklichen Lebens zu sichern!

... Die Regierungen müssen ihren Völkern treu dienen, *die Völker aber dürsten nach Frieden und verfluchen den Krieg.* (Hervorhebungen von mir — O. W.) Zu Verbrechern würden jene Regierungen werden, die versuchen sollten, die Völker zu betrügen, und die dem heiligen Wunsch der Völker, den Frieden zu erhalten und ein neues blutiges Gemetzel nicht zuzulassen, zuwiderhandeln würden. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung halten fest an dem Standpunkt, daß die Politik des Friedens zwischen den Völkern die einzig richtige und den Lebensinteressen aller Völker entsprechende Politik ist." („Einheit", Sonderheft, März 1953, S. 337/338)

Es kann nicht bezweifelt werden, daß diese Worte auch jedem sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Herzen gesprochen sind.

Wozu aber die Sozialimperialisten die Besudelung der Volksmassen brauchen, ergibt sich eindeutig, wenn Theimer weiter schreibt: „Was übrigens die Einrichtungen betrifft, so ist die staatliche Souveränität wohl als die Hauptvoraussetzung der Kriege anzusprechen, mehr als die Wirtschaftsordnung. Während nach Lenin eine Zwangsgewalt nötig ist, um den Menschen in den Krieg zu bringen, scheint in Wirklichkeit eher eine überstaatliche Zwangsgewalt, ein Weltstaat notwendig zu sein, um ihn am Kriegführen zu verhindern" (S. 231). So wird die schamlose Verdächtigung der Volksmassen benutzt, um den nationalen Verrat der SPD-Führer und die Weltherrschaftspläne der USA-Imperialisten zu rechtfertigen. Verleumdung des eigenen Volkes und seiner Arbeiterklasse, Verrat an der nationalen Souveränität des eigenen Volkes und Rechtfertigung eines amerikanischen Weltstaates als überstaatliche Zwangsgewalt — das ist die letzte Konsequenz dieser Ideologie, die den Imperialismus beschönigt und seine Raubkriege rechtfertigt.

Sozialimperialismus ist Reaktion und Krieg

Der Sozialimperialismus verleugnet und bekämpft also den dialektischen und historischen Materialismus, ja, er leugnet den Forschritt der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Der Kapitalismus wird heilig gesprochen, gewissermaßen als letzte und höchste Entwicklungsstufe der Menschheit von ewiger Dauer proklamiert. Mit der Ausbeutung werden die Klassengegensätze geleugnet. Die Gewerkschaften verzichten auf den Klassenkampf und wenden sich nur noch „gegen jeden Klassenkampf von oben". Das Proletariat wird für unfähig erklärt, die Macht zu erobern und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten. Mit einem Wort: „Es gibt keinen wissenschaftlichen Sozialismus", wie das Theimer am Schluß seines Buches erklärt. Demzufolge soll sich die Arbeiterbewegung zum Imperialismus bekennen, selbst imperialistisch werden, die Herrschaftsansprüche ihrer Bourgeoisie verfechten und bereit sein, für die Weltherrschaftsansprüche der USA-Imperialisten und des eigenen Monopolkapitals Eroberungs- und Unterjochungskriege gegen andere Völker zu führen. Darum erklärt sich die SPD im Dortmunder Aktionsprogramm „für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität" und „ein wirksames System kollektiver Sicherheit", also grundsätzlich für die amerikanische

Europaarmee. Sie stellt sich also voll und ganz auf den amerikanischen Standpunkt, der zur Sicherung der amerikanischen Weltherrschaft die Aufhebung der Souveränität der europäischen Staaten und obendrein noch deren Landeskinder als Söldner fordert. Die SPD macht nur eine Einschränkung, und die geht dahin, daß sie für das deutsche Monopolkapital dieselben Rechte fordert, die das englische oder französische Monopolkapital für sich in Anspruch nehmen. Da der USA-Imperialismus den westdeutschen Imperialismus als seinen Hauptverbündeten und seine Hauptstütze in Europa betrachtet, liegt auch diese Forderung durchaus in der Linie der imperialistischen Europa-Politik der USA.

Der Sozialimperialismus von heute ist der äußerste Verrat am Marxismus. Er fordert eine Arbeiterbewegung ohne Marxismus, tritt also unverhüllt für eine bürgerliche Arbeiterbewegung auf dem Boden des heutigen Imperialismus ein. „In Amerika sieht man Bürger und Arbeiter die gleiche Partei wählen" (S. 115) Darin erblickt der Sozialimperialist Theimer offenkundig sein Ideal. „In jedem System", schreibt er weiter, „das freie Wahlen und mehr als eine Partei kennt, spaltet sich die sozial ausschlaggebende Schicht in mindestens zwei Lager; immer steht eine Opposition als potentielle Führung bereit, wenn die regierende Gruppe bei den Wahlen schlecht abschneidet." (S. 128) Das Wesen dieses von den Sozialimperialisten vergötterten Zwei-Parteien-Systems hat bereits Friedrich Engels enthüllt, als er im Vorwort zu Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich" über Nordamerika schrieb:

> „Hier wird jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt, selbst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen ... Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten — und die Nation ist ohnmächtig gegen diese, angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 455/456)

Der amerikanische Wahlkampf im vergangenen Jahre hat diesen ungeheuerlichen Korruptions-Sumpf vor den Augen der Welt teilweise bloßgelegt. Das Kabinett Eisenhower, das aus diesem mit den widerwärtigsten Korruptions-Skandalen geführten Wahlkampf hervorging, ist ein ausgesprochenes Kabinett der Milliardäre und der Kriegsinteressenten.

In einem Rundfunkgespräch mit CDU- und FDP-Abgeordneten warnte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler vor einer „Abnutzung der beiden großen Parteien". Die großkapitalistische „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" hat in heller Freude darüber berichtet: „Es war wirklich interessant zu hören, mit welcher Wärme sich Herr Erler für die Vernunft in der Parteipolitik aussprach und vor der Gefahr warnte, daß sich die zwei großen demokratischen Parteien durch eine gemeinschaftliche Regierung verbrauchen. Wir hörten von ihm goldene Worte über das Zusammenspiel zwischen Regierungspartei und Opposition und hätten freudig glauben können, hier wird jene Übereinstimmung über die Grundlinie der Außenpolitik nicht nur empfohlen, sondern als künftige Lösung vorausgesagt." Mit aller nur wünschenswerten Offenheit ist das Zusammenspiel von Regierung und Opposition hier aufgedeckt. In der Tat, die Partei Adenauers und die Partei

Ollenhauers sind nicht Gegner, sondern zwei Arme desselben Systems, Zwillingsbrüder im Dienste des amerikanischen und des wiedererstehenden westdeutschen Imperialismus. Ebenso wie Adenauer hetzen die rechten SPD- und DGB-Führer gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik. Ebenso wie Adenauer hetzen sie gegen die marxistische deutsche Arbeiterbewegung, gegen die SED und die KPD, gegen alle wahrhaften Patrioten in Westdeutschland, aber auch gegen die freiheitlichen und friedliebenden Kräfte der westeuropäischen Völker. Der Bundestagsabgeordnete Fritz Erler hetzt in der Parteivorstands-Broschüre „Soll Deutschland rüsten?" besonders gegen die „kommunistischen Parteien und die großen, von diesen Parteien gesteuerten Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen" in Westeuropa. „Man darf wohl nicht behaupten", schreibt er, „daß die französischen und italienischen Kontingente in der Europa-Armee deshalb besonders zuverlässig in der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr wären, weil sie selbst zu einem Drittel bis zu zwei Fünftel aus Kommunisten und Kommunistenhörigen bestehen." Offenkundig fordern die sozialimperialistischen SPD-Führer die „gleiche Bewaffnung und Ausrüstung", einen „Kern von Berufssoldaten und Berufsoffizieren", damit die deutschen Truppen wie einst unter Hitler in Oradour, jetzt unter Eisenhower erneut zu blutigem Terror gegen das werktätige französische und italienische Volk eingesetzt werden können. Schon jetzt betätigen sich die rechten Führer der SPD und des DGB als Zutreiber der faschistischen Reaktion, indem sie oppositionelle Sozialdemokraten, Mitglieder der Sozialdemokratischen Aktion, der Lehrpolizei und der Justiz des Herrn Dehler denunzieren, der selbst die Gewerkschaften mit Zuchthaus bedroht. In der Hetze gegen die kommunistischen Klassengenossen der sozialdemokratischen Arbeiter aber überbieten sie sogar Adenauer und Lehr noch. Die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, wie Hoegner in Bayern, lassen Kundgebungen der KPD sprengen und treten die demokratischen Rechte und Freiheiten mit Füßen. Erzeugt der Imperialismus auf der ganzen Linie politische Reaktion und Terror, so ist der Sozialimperialismus dabei sein Helfershelfer.

Ganz im Geiste des Zusammenspiels der zwei Parteien erklärt Erler in der Parteivorstands-Broschüre, daß die SPD, falls sie Regierungspartei würde, den Generalkriegsvertrag nicht einfach zerreißen könne. „Keine künftige Außenpolitik eines demokratischen Deutschland ist möglich, wenn eine Regierung beim Amtsantritt rechtsgültig abgeschlossene Verträge zerreißt." Das ist eine direkte Ermunterung an Adenauer, den Generalkriegsvertrag und den Söldnervertrag für die amerikanische Europa-Armee möglichst rasch und unter Mißachtung des Volkswillens unter Dach und Fach zu bringen, denn gleichzeitig wird erklärt, dieses Problem eigne sich nicht für einen Volksentscheid. Die SPD-Führung gibt also den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten bereits heute die Versicherung, daß sie die Kriegsverträge von Bonn und Paris, die das größte Verbrechen am deutschen Volke darstellen, gewissenhaft durchführen wird. Wie kann es auch anders sein bei einer Partei, deren Ideologen erklären: „Das Schicksal der Menschheit werde vor allem auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Politik entschieden durch Kriege und Friedensschlüsse" (Theimer, S. 249). Wie Imperialismus und Krieg untrennbar sind, so sind auch Sozialimperialismus und Opferung der Arbeiter für die imperialistischen Kriege untrennbar.

☆

Im Aufruf des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Karl-Marx-Jahr 1953 ist gesagt:

> „Die Hauptaufgabe im Karl-Marx-Jahr besteht darin, dem deutschen Volke die Augen zu öffnen, über die welthistorische Bedeutung dieses größten Sohnes der deutschen Nation und die werktätigen Massen im Geiste des unversöhnlichen Kampfes für die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erziehen. Dieses Ziel wird erreicht durch Entfaltung eines schonungslosen Kampfes gegen alle Spielarten des Sozialdemokratismus." („Einheit", Heft 12, 1952, S. 1293/1294)

Die widerwärtigste und für die westdeutsche Arbeiterklasse gefährlichste Spielart des Sozialdemokratismus ist der als Superrevisionismus ausgegebene Sozialimperialismus. Ihn gilt es schonungslos zu entlarven. Vor den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ist der ganze Abgrund der maßlosen Ausbeutung und des Krieges zu enthüllen, in den sie mit Hilfe der sozialimperialistischen Scheinlehren gestürzt werden sollen. Das ist eine unbedingt notwendige Aufgabe im Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Die sozialimperialistischen Irrlehren der rechten SPD- und DGB-Führer müssen zerschlagen werden, damit die Arbeiterklasse Westdeutschlands ihre Aufgabe als führende Kraft im großen nationalen Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus erfüllen kann.

Paul Wandel

Friedrich Engels – Freund und Kampfgefährte von Karl Marx

Mitbegründer und Mitgestalter des Marxismus

Als die Kunde vom Tode Engels im Jahre 1895 nach Rußland kam, leitete Lenin seinen Nachruf mit den Worten Nekrassows ein: „Welch Leuchte der Vernunft erlosch. Welch Herz hat aufgehört zu schlagen!" Nach diesen Engels als einen der gewaltigsten Denker aller Zeiten anerkennenden Worten gab Lenin den entscheidenden Hinweis für jede Beschreibung des Lebens und Wirkens von Engels:

„Seit jener Zeit, da das Schicksal Karl Marx und Friedrich Engels zusammenführte, ist das Lebenswerk der beiden Freunde zu ihrer gemeinsamen Sache geworden. Um zu verstehen, was Friedrich Engels für das Proletariat geleistet hat, muß man sich daher über die Bedeutung der Lehre und des Wirkens Marx' für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung völlig im klaren sein." (W. I. Lenin, „Marx—Engels—Marxismus", Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 38)

Es gibt kein von Marx, vom Marxismus getrenntes Lebenswerk von Engels. Sein Leben ist die Theorie und Praxis der gemeinsamen, unter Führung von Marx geschaffenen Lehre von der Befreiung des Proletariats und der ganzen Menschheit, des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus. Mehr noch, die ganze Bedeutung von Engels ist nur in der unzertrennlichen Einheit des theoretischen und praktischen Wirkens der vier größten Denker und Revolutionäre des XIX. und XX. Jahrhunderts, in der Einheit des Lebenswerkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu verstehen.

Oft genug wurde die tiefe, selbstlose Freundschaft beschrieben, die Engels mit Marx verband und von der schon Lenin sagte, daß sie die rührendsten Legenden der Alten über die Freundschaft von Menschen in den Schatten stellt. „Seine Liebe zum lebenden Marx und seine Ehrfurcht vor dem Andenken des Verstorbenen waren grenzenlos." (Ebenda, S. 45) Die Freundschaft von Marx und Engels war keine sentimentale Zuneigung, sondern die prinzipielle Kampfgemeinschaft zweier Geistesriesen, die sich auf die Einheit ihres Denkens und Kämpfens gründete, wie sie uns später als die Grundlage der festen und unzertrennbaren Freundschaft revolutionärer Kämpfer bei Lenin und Stalin wieder begegnet.

Die erste Begegnung von Marx und Engels im Jahre 1842 in Köln schuf keineswegs eine Freundschaft zwischen ihnen. Der Grund dafür war, daß Engels zu dieser Zeit noch ein aktiver Anhänger der Berliner „Freien" war, gegen die Marx einen entschiedenen Kampf führte. Der zweiten Begegnung von Marx und Engels im Jahre 1844 in Paris, von der ab sich die dauernde und feste Freundschaft entwickelte, ging ein Briefwechsel voraus, der ihre volle Übereinstimmung in allen Grundfragen ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Anschauungen herbeiführte. Marx und Engels gaben ein begeisterndes Beispiel für die Freundschaft revolutionärer Kämpfer, aber auch ein lehrreiches, wertvolles Beispiel für die einzig mögliche Grundlage einer solchen Freundschaft. Ihre Freundschaft ist erfüllt von den erhabensten Beispielen menschlicher Verbundenheit in Freud und Leid, der selbstlosesten gegenseitigen Hilfe. Ihr höchster Ausdruck war aber wiederum ihre gemeinsame Arbeit bei der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Engels' Anteil am gemeinsamen Werk ist vielgestaltig und gewaltig. Er selbst hat wiederholt den eigenen Anteil an der Herausarbeitung des Marxismus bescheiden eingeschränkt:

„Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen und glaube auch, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine erste Violine zu haben wie Marx." (Ebenda, S. 45)

Ein ander Mal schrieb Engels: „Marx war ein Genie, wir anderen höchstens Talente." Engels gehörte aber nicht zu diesen „anderen". Für ihn gilt uneingeschränkt die Wertung, die er selbst den großen Denkern der Renaissance gab, er war ein „Riese an Gelehrsamkeit, Geist und Charakter". Seine Bescheidenheit spricht nur noch mehr für seine wahre Größe.

Allein die Bibliographie der Engelsschen Werke zeigt den großen enzyklopädischen Beitrag von Engels für die Begründung, Popularisierung und Anwendung des Marxismus. Politökonomie, Philosophie, Geschichte, Sprachwissenschaften, die verschiedensten Naturwissenschaften, Technik, Militärwissenschaften erweckten sein Interesse und erhielten durch die wissenschaftlichen marxistischen Forschungsarbeiten von Engels bedeutende Bereicherung.

Engels gab Marx erste Anregungen zum Studium der Politökonomie. Bereits 1844 schreibt der 24jährige seinen Artikel über die „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern". Im Jahre 1844 beginnt er sein berühmtes Werk „Die Lage der arbeitenden Klassen in England", dessen außerordentliche Bedeutung für die Herausarbeitung der Grundgedanken des Marxismus ihren Ausdruck in der folgenden Einschätzung Lenins findet:

„Auch vor Engels haben sehr viele die Leiden des Proletariats geschildert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, ihm zu helfen. Engels hat als *erster* gesagt, daß das Proletariat *nicht nur* eine leidende Klasse ist; daß gerade die schmachvolle wirtschaftliche Lage, in der sich das Proletariat befindet, es unwiderstehlich vorwärtstreibt und zwingt, für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Das kämpfende Proletariat *werde sich selbst helfen.* Die politische Bewegung der Arbeiterklasse werde die Arbeiter unvermeidlich zu der Erkenntnis führen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gibt als den Sozialismus. Andererseits werde der Sozialismus nur dann eine Kraft sein, wenn er zum Ziel des *politischen* Kampfes der Arbeiter*klasse* geworden ist. Das sind die Grundgedanken des Buches von Engels über die Lage der Arbeiterklasse in England — Gedanken, die sich heute das gesamte denkende und kämpfende Proletariat zu eigen gemacht hat, die aber damals völlig neu waren." (Ebenda, S. 41/42)

Es ging Engels dabei nicht in erster Linie um die Beschreibung von Zuständen in England, sondern darum, dem „damals entstehnden, in hohlen Phrasen herumfahrenden deutschen Sozialismus eine tatsächliche Unterlage zu geben durch Beschreibung der von der modernen großen Industrie geschaffnen Gesellschaftszustände".*)

Auf dieser selbständig erarbeiteten Grundlage basiert die bis zum Tode Marx' währende vierzigjährige revolutionäre Gemeinschaftsarbeit von Marx und Engels zur Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Anwendung unter den Bedingungen der bürgerlich-demokratischen und der heranreifenden proletarischen Revolution.

Die gemeinsame Arbeit von Marx und Engels erfaßte alle grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen des proletarischen Klassenkampfes. Sie

*) Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 600

erstreckt sich nicht nur auf den Gedankenaustausch und die Vertretung gleicher Ansichten. Marx und Engels bilden eine seltene schöpferische Einheit in der Führung der internationalen sozialistischen Bewegung und als gemeinsame Verfasser bedeutender Werke. Die ersten zusammen verfaßten Arbeiten sind die 1845 und 1846 geschriebenen Bücher: „Die heilige Familie" und „Die deutsche Ideologie". Ihnen folgen 1848 als Gemeinschaftswerk von Marx und Engels das „Lied der Lieder des Marxismus" (Stalin), das „Manifest der Kommunistischen Partei" und später „Revolution und Konterrevolution in Deutschland". Hier stammen sogar die mit „Marx" gezeichneten Artikel in ihrer Mehrheit von Engels. Auch das Grundwerk des Marxismus „Das Kapital" wird durch den frühen Tod von Marx zum Gemeinschaftswerk in wörtlichem Sinne. Engels beendet nach den im Rohentwurf fertigen Manuskripten den II. und III. Band des „Kapital".

„In der Tat", schreibt Lenin in seinem Nachruf auf Engels, „diese beiden Bände des ‚Kapital' sind das Werk beider: Marx' und Engels'." (W. I. Lenin, „Marx—Engels—Marxismus", S. 45)

Engels, der grenzenlos ergebene Freund und große Kampfgefährte von Marx, war der Mitbegründer und Mitgestalter des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus, in allen Grundfragen und in vielen Einzelfragen dieser gewaltigen Lehre. Unter Bezugnahme auf Engels' Brief an Marx über den ersten Entwurf des „Manifests der Kommunistischen Partei" schreibt daher Lenin die kennzeichnenden Worte, „daß man die Namen Marx und Engels mit Recht nebeneinander stellt als die Namen der Begründer des modernen Sozialismus". (Ebenda, S. 126)

Engels als großer beispielgebender deutscher Wissenschaftler

Wenn im Karl-Marx-Jahr durch den Aufruf des Zentralkomitees der SED mit Nachdruck allen Genossen zur Pflicht gemacht wird, die gewaltigen Leistungen von Marx und Engels in ihrem Geburtslande, in Deutschland, lebendig werden zu lassen, so ergeben sich daraus besonders ernste Verpflichtungen für unsere marxistischen Wissenschaftler gegenüber den wissenschaftlichen Leistungen von Engels. Groß in seiner Breite und Tiefe ist das wissenschaftliche Erbe, das uns Engels hinterließ. Das gilt vor allem für die weltanschauliche Begründung jeder Wissenschaft durch den dialektischen Materialismus, der Wissenschaft von den allgemeinsten Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung der Natur und der menschlichen Gesellschaft sowie des Denkens selbst.

Bezugnehmend auf die Arbeit von Engels über die fränkischen Dialekte hat bereits im Jahre 1946 ein so namhafter Gelehrter wie der Germanist Prof. Dr. Frings in einem Artikel „Friedrich Engels als Philologe" anerkannt: „Was wir am Rhein in mühseliger Kleinarbeit gefunden haben, stand schon 40 Jahre früher vor Engels' Blick."*) Es wäre für unsere Sprachwissenschaftler, und nicht nur für sie, sehr lehrreich, darin nicht eine Zufallserkenntnis zu sehen, sondern die gewaltige Überlegenheit einer auf dem dialektischen Materialismus sich gründenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Denn worauf beruhen die überraschenden Erfolge von Engels, die vierzig Jahre „mühseliger Kleinarbeit" auf jeden Fall um vieles fruchtbarer gestaltet oder, um mit den Worten Engels' selbst zu sprechen, „endlose Abwege, unermeßliche Mengen in falschen Richtungen vergeudete Zeit und Arbeit"**) erspart hätten? Sie be-

*) Siehe „Tägliche Rundschau" vom 18. August 1946
**) Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 14

ruhen auf der Anwendung des dialektischen Materialismus in der Sprachforschung, die Stalin in so vollendeter Form wiedergibt:

„Daher kann man die Sprache und ihre Entwicklungsgesetze nur dann verstehen, wenn man sie in unlösbarem Zusammenhang mit der Geschichte der Gesellschaft, mit der Geschichte des Volkes studiert, dem die zu studierende Sprache gehört und das der Schöpfer und Träger dieser Sprache ist." (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 26)

Engels bewies in seinen grundsätzlichen philosophischen Arbeiten und an einer Fülle von eigenen praktischen Forschungsarbeiten, daß der dialektische Materialismus dem, der ihn beherrscht und bewußt anwendet, eine außerordentliche Überlegenheit gibt. Neben dem bereits erwähnten Beispiel der Sprachforschung lassen sich dafür viele andere von Engels' Arbeiten anführen, sowohl auf dem Gebiete der Geschichte wie der Naturwissenschaften. Das letztere gilt besonders für seine Werke „Anti-Dühring" und „Dialektik der Natur", wo er für die Chemie, die Mathematik, die Physik und Biologie tief umwälzende Erkenntnisse aussprach, die viele Jahrzehnte später von einer Reihe bedeutender Forscher bestätigt wurden. Um nur ein heute besonders interessantes Beispiel herauszugreifen, sei auf Engels' Darstellungen der Entstehung vom lebendigen Protoplasma und der Verwandlung dieses formlosen Eiweiß durch Bildung von Kern und Haut zur ersten Zelle hingewiesen. Diese Ausführungen erfolgten noch zu Lebzeiten von Virchow und erhielten durch die Arbeiten der Sowjetwissenschaftler Oparin und Lepeschinskaja eine volle Bestätigung.

Die bedeutenden bürgerlichen Wissenschaftler, darunter auch Planck, haben die von Engels geforderte und angewandte Verbindung der Philosophie und ihrer Spezialwissenschaften, gerade auch der Naturwissenschaften, erkannt und mit Nachdruck vertreten. Für alle anderen gelten die Worte Engels':

„Die Naturforscher mögen sich stellen, wie sie wollen, sie werden von der Philosophie beherrscht. Es fragt sich nur, ob sie von einer schlechten Modephilosophie beherrscht werden wollen oder von einer Form des theoretischen Denkens, die auf der Bekanntschaft mit der Geschichte des Denkens und mit deren Errungenschaften beruht." (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 223)

Engels ist in seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit aber nicht nur ein Musterbeispiel für die gewaltige Bedeutung der Orientierung und Befruchtung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit durch eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung. Er vertrat die sowohl von Marx wie später auch von Lenin und Stalin immer wieder mit Nachdruck betonte Forderung, daß, so sehr eine richtige auf philosophischen Erkenntnissen beruhende Methode die Forschung auch befruchtet, in keinem Falle damit das Studium des tatsächlichen Materials der objektiven Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft ersetzt werden kann. Bevor Engels z. B. seine „Dialektik der Natur" schrieb, hatte er sich mehr als zehn Jahre intensiv mit den verschiedensten Naturwissenschaften beschäftigt. Im Vorwort zum „Anti-Dühring" von 1885 schrieb er:

„Und endlich konnte es sich für mich nicht darum handeln, die dialektischen Gesetze in die Natur hineinzukonstruieren, sondern sie in ihr aufzufinden und aus ihr zu entwickeln.

Dies im Zusammenhang und auf jedem einzelnen Gebiet zu tun, ist aber eine Riesenarbeit.“ (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 12)

Unschätzbar sind die Lehren, die die Forschungsarbeit von Engels für die vorbildliche Verbindung von Theorie und Praxis, vor allem auch im Prozeß des Erkennens selbst geben. Der geniale deutsche Wissenschaftler Friedrich Engels ist daher in jeder Hinsicht ein Vorbild für unsere jungen und alten Gelehrten. Das Studium seiner wissenschaftlichen Arbeiten kann und muß die Arbeit eines jeden von ihnen außerordentlich bereichern.

Friedrich Engels ist besonders aus der deutschen Geschichtswissenschaft nicht hinwegzudenken. Die Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands auf wissenschaftlicher Grundlage ist nicht möglich, ohne sein Werk in vollem Maße auszuschöpfen und ohne sich der Methode zu bedienen, in deren Anwendung Friedrich Engels Meister war: der Methode des historischen Materialismus und seiner Anwendung auf die Erforschung der Geschichte im allgemeinen und der deutschen Geschichte im besonderen. Mit welcher Meisterschaft er sich dieser Methode bediente, zeigen alle seine historischen Arbeiten, ob sie die deutsche Frühzeit, die große Bauernerhebung 1525 zum Inhalt haben, oder ob sie den Fragen der neueren Geschichte gewidmet sind.

Die Erteilung so großer Aufträge, wie die Fertigstellung eines „Lehrbuches der Deutschen Geschichte“, den Ausbau des „Museums für Deutsche Geschichte“, die Fertigstellung von Lehrplänen und Schulbüchern für die Deutsche Geschichte machen die Sammlung und Auswertung der Studien von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf dem Gebiet der Deutschen Geschichte zu einer nicht mehr aufzuschiebenden Verpflichtung. Im Jahre 1890 schrieb Engels an Konrad Schmidt:

„Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiednen Gesellschaftsformationen müssen im einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen etc. Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geschehn, weil nur wenige sich ernstlich darangesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen.“ (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 457/458)

Diese Aufgabenstellung von Engels für die deutschen Historiker ist heute noch sehr aktuell. Ihre Erfüllung unter voller Auswertung der Arbeiten von Marx, Engels, Lenin und Stalin zur Geschichte des deutschen Volkes wird uns helfen, die Forderung der Partei zu erfüllen, auf dem Gebiet der deutschen Geschichtsforschung im Karl-Marx-Jahr 1953 eine wirkliche Wende herbeizuführen, und die historische Wissenschaft zur scharfen Waffe der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und für eine fortschrittliche Gestaltung Deutschlands zu machen.

Engels — revolutionärer Führer der proletarischen Bewegung

Engels gleicht seinem großen Freunde Karl Marx nicht nur als Wissenschaftler. Es gilt für ihn in vollem Maße, was er an dessen Bahre über den verstorbenen Freund sprach:

„Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem *er* zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte — das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element." (Ebenda, S. 157)

Bereits in seinem Brief vom 19. November 1844 an Marx drückt er in Verbindung mit seiner Arbeit über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" sein Bedauern aus, daß „wir noch allein auf den Gebrauch der Schreibfeder angewiesen sind und unsre Gedanken nicht unmittelbar mit den Händen oder, wenn es sein muß, mit den Fäusten realisieren können".*)

Wenige Jahre später ergreift Engels die erste Möglichkeit, um gegen die Reaktion mit den äußersten Mitteln, mit der Waffe, zu kämpfen. Das Revolutionsjahr 1848/49 findet ihn Anfang Mai 1849 in Elberfeld unter den Aufständischen als einen der aktivsten Führer des bewaffneten Kampfes gegen die preußische Konterrevolution. Der Verrat der Elberfelder Bourgeoisie zwingt ihn, die Stadt zu verlassen, deren Verteidigung er gemeinsam mit den Solinger Arbeitern organisiert hatte. Im Juni 1849 setzt Engels als Offizier im Willichschen Freikorps in der Pfalz und in Baden den revolutionären Kampf mit der Waffe bis zur letzten Stunde fort. In ihren Erinnerungen schreibt Eleanor Marx, daß Engels sich nach Aussage seiner Kampfgefährten in den Kämpfen mit einer außerordentlichen Kaltblütigkeit und Todesverachtung ausgezeichnet habe. Als Leiter seiner Truppe, die selbst die Nachhut gebildet hatte, überschreitet er 24 Stunden nach den anderen die Schweizer Grenze.

Einheit von Theorie und Praxis, das ist nicht nur eine gemeinsam erarbeitete philosophische Wahrheit des Marxismus. Sie verkörpert sich in Engels in vollkommener, beispielgebender Weise. Bis zu seinem letzten Atemzuge gilt seine größte Aufmerksamkeit dem praktischen revolutionären Kampf, der Organisierung und Führung der marxistischen Bewegung, der Schaffung der Klassenorganisationen des Proletariats in allen Ländern, ihrer klassenbewußten marxistischen Kampfpartei. Zunächst gemeinsam mit Marx, und nach dessen Tode allein, berät und führt er die internationale Arbeiterbewegung. Für die ganze internationale Arbeiterbewegung ist er bis zu seinem Tode der Born der marxistischen Erkenntnisse: „Sie alle schöpften aus der reichen Schatzkammer der Kenntnisse und Erfahrungen des alten Engels." (W. I. Lenin, „Marx—Engels—Marxismus", S. 46)

Engels war nach den treffenden Worten Stalins in seiner Arbeit „Anarchismus oder Sozialismus?" nicht einfach der Begründer einer philosophischen Schule, sondern der „lebendige Führer der lebendigen proletarischen Bewegung".**) Engels gab der internationalen und besonders der deutschen Arbeiterklasse eine Fülle von strategischen und taktischen Lehren für den Klassenkampf, für den Kampf um die Macht, um die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Er lehrte sie, daß der Kampf der Arbeiterbewegung entschlossen und unnachsichtig nach drei Seiten, „nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen . . . im Einklang und Zusammenhang und planmäßig" geführt werden muß.***)

---

*) Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefwechsel", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 10
**) J. Stalin, Werke, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 304
***) Friedrich Engels, „Der deutsche Bauernkrieg", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 28

Untrennbar war seine Verbindung mit der Arbeiterklasse selbst. Noch ohne Klarheit über den proletarischen Klassenkampf, aber mit tiefer Empörung nimmt er in seinen 1839 geschriebenen „Briefen aus dem Wuppertal" Stellung zu dem „schrecklichen Elend" der Textilarbeiter in Elberfeld. Er ging in seiner rheinischen Heimat und noch bewußter einige Jahre später in England „durch die schmutzigen Stadtviertel, wo die Arbeiter hausten, sah mit eigenen Augen ihr Elend und ihre Not". (W. I. Lenin, „Marx—Engels—Marxismus", S. 41)

Vom ersten Tage seines revolutionären Kampfes an kennzeichnet ihn aber auch die entscheidende Eigenschaft des proletarischen Revolutionärs, die Härte und Unversöhnlichkeit gegenüber dem kapitalistischen Feinde und insbesondere gegen dessen Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Der 24jährige Bürgersohn begründet in einem Brief an Marx seinen Weggang aus dem Elternhaus damit: „Es geht nicht mehr, ich würde auf die Dauer ein deutscher Philister werden können und das Philistertum in den Kommunismus hineintragen."*) Bis zu seinem Tode gilt sein unversöhnlicher Kampf dieser von ihm als tödlich erkannten Gefahr der Verbürgerlichung der sozialistischen Bewegung.

Engels erlebt den grandiosen Siegeszug des Marxismus über die kleinbürgerlichen, scheinrevolutionären Theorien nach 1870. Aber auf diesen theoretischen Sieg und die außerordentliche Verbreitung marxistischer Erkenntnisse, besonders auch der deutschen Arbeiterbewegung am Ausgang des 19. Jahrhunderts, fällt noch zu Engels' Lebzeiten ein tiefer Schatten, der niederträchtige, verlogene, mit dem scheinheiligen Bekenntnis zu den Lehren von Marx und Engels getarnte Angriff des Opportunismus auf das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse.

Der theoretische Sieg des Marxismus führt in seiner dialektischen Wechselwirkung zu einer infamen Verkleidung der Feinde des Marxismus in der Arbeiterbewegung, die ihren Angriff aus dem Hinterhalt, durch Verfälschung der Lehre des Marxismus führen. Der entlarvte, „innerlich verfaulte Liberalismus versucht sich als sozialistischer *Opportunismus* neu zu beleben" (Lenin).

Mit seiner ganzen Leidenschaft wendet sich Engels gegen die Versuche der opportunistischen Entstellung des Marxismus. Erbittert wendet er sich an Bebel wegen der verhängnisvollen Sorglosigkeit und Duldsamkeit der Parteiführung der deutschen Sozialdemokratie, gegen die opportunistische Seuche. Engels konnte noch nicht erkennen, welchen ungeheuerlichen Verrat die anbrechende Periode des Imperialismus bringen würde. Er sah aber, daß eine große Gefahr drohte. Mehr als 50 Jahre revolutionärer Kampferfahrungen veranlaßten ihn, daß er ihrer Abwehr den größten Teil der verbliebenen Zeit und Kraft widmete.

Besonders beunruhigte Engels die Entstellung der Marxschen Lehre vom Staat und der Revolution. 1891 erzwingt er daher trotz heftigen Widerstandes die Veröffentlichung der bereits 1875 von Marx geschriebenen „Kritik des Gothaer Programms", dieses Muster einer scharfen, prinzipiellen Abrechnung mit dem Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Offen stellte er die für Marx und ihn entscheidende, wesentliche Frage des Marxismus, die Lehre von der Diktatur des Proletariats, wiederholt gerade in diesen letzten Jahren seines Lebens vor die deutsche Arbeiterbewegung. Dies geschieht sowohl in der Veröffentlichung der „Kritik des Gothaer Programms" wie im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" und in der Kritik

*) Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefwechsel", Bd. I, S. 17

des Erfurter Programms. Er läßt sich dabei nicht beirren, weder durch das Geschrei der Opportunisten noch durch das Schwanken von Bebel und dessen Unverständnis für die Unduldsamkeit Engels' gerade in dieser Frage.

Noch zu Lebzeiten Engels' versuchten die Opportunisten, die Werke Engels' zu verfälschen, um ihnen ihre revolutionäre Klarheit und Schärfe zu nehmen. Eine besondere Rolle spielt dabei das oft als „Vermächtnis Engels'" bezeichnete Vorwort zu Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich". Engels hatte die Einleitung zur Neuherausgabe der „Klassenkämpfe" am 6. März 1895 fertiggestellt. Sie wurde jedoch vom deutschen Parteivorstand gekürzt veröffentlicht mit der Begründung, daß die Veröffentlichung des vollen Wortlautes möglicherweise zum Erlaß eines neuen Ausnahmegesetzes führen könne.

Auf diese Weise wurde die Einleitung unter Weglassung aller Stellen von Engels über die Unvermeidbarkeit kommender bewaffneter Kämpfe und die Notwendigkeit der allseitigen Vorbereitung des Entscheidungskampfes um die Macht veröffentlicht. Als jedoch noch bei Lebzeiten Engels' diese Kürzung der Einleitung benutzt wurde, um ihn — wie er selbst schrieb — als einen Menschen darzustellen, der „um jeden Preis friedliche und Gewaltanwendung verwerfende Taktik" vertrete, wandte er sich empört dagegen. In einem Brief an Kautsky schrieb er am 1. April 1895:

„Zu meinem Erstaunen sehe ich heute im ‚Vorwärts' einen Auszug aus meiner Einleitung ohne mein Vorwissen abgedruckt und derartig zurechtgestutzt, daß ich als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même dastehe. Um so lieber ist es mir, daß das Ganze jetzt in der ‚Neuen Zeit' erscheint, damit dieser schmähliche Eindruck verwischt wird." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 104)

Es ist keineswegs überraschend, sondern bestätigt nur den tatsächlichen revolutionären Inhalt von Engels' Einleitung, daß der Parteivorstand der SPD, der in seinem Archiv das Originalmanuskript von Engels hatte, diese Einleitung niemals, auch nicht nach 1918 veröffentlichte. Erst als das Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut Kenntnis von dem vollen Text erhielt, wurde er zum erstenmal der Öffentlichkeit bekannt gegeben und damit gezeigt, daß Engels bis in seine letzten Tage das blieb, was er immer war: ein entschiedener proletarischer Revolutionär.

Obwohl in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für die Arbeiterklasse und ihre Partei der Kampf um bürgerlich-demokratische Freiheiten eine fortschrittliche Aufgabe war, die von Engels allseitig gefördert wurde, wies er doch nachdrücklich auf das Begrenzte, das Formelle der bürgerlichen Demokratie hin. Bereits in einer seiner frühesten Arbeiten, in dem im Jahre 1843 verfaßten Artikel über „Die Lage in England" hatte Engels geschrieben:

„Die ganze englische Verfassung und die ganze konstitutionelle öffentliche Meinung ist nichts als eine große Lüge ... Man kann sich von diesem Gewebe von offener und versteckter Lüge, von Heuchelei und Selbstbetrug nur mit einem gründlichen Ekel abwenden." (Gustav Mayer, „Friedrich Engels Schriften der Frühzeit", S. 302)

In seinem Brief an Bebel vom 11. Dezember 1884 schrieb Engels die prophetischen Worte, die 1918 eine so verhängnisvolle Bestätigung fanden:

„Aber das verhindert nicht, daß sie (die „reine Demokratie" — P. W.) im Moment der Revolution, als äußerste *bürgerliche* Partei, als welche sie sich scho in Frankfurt aufgespielt, als letzter Rettungsanker der ganzen bürger-

lichen und selbst feudaler Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen kann. In einem solchen Moment tritt die ganze reaktionäre Masse hinter sie und verstärkt sie: alles was reaktionär war, gebärdet sich dann demokratisch ... Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher — *die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion* und das glaub ich, darf nicht aus den Augen verloren werden." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere", Teil I, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1933, S. 382/383)

Engels Kampf erleichterte in bedeutendem Maße Lenins Arbeit in „Staat und Revolution" zur Wiederherstellung und Weiterentwicklung der marxistischen Lehre von der Diktatur des Proletariats. Die Herausarbeitung dieses unversöhnlichen Kampfes von Friedrich Engels gegen den Opportunismus und für die Reinheit der revolutionären Lehre des Marxismus ist auch eine wertvolle Hilfe zur Erfüllung der Forderungen des Aufrufes des Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr, für den Kampf gegen feindliche Ideologien, gegen den Sozialdemokratismus.

*

Im Jahre 1895 starb Friedrich Engels im Alter von 75 Jahren. Die großen kapitalistischen Staaten traten in die Epoche des Imperialismus. Der Kampf für und gegen den Marxismus endete zeitweise in Deutschland mit dem Sieg des Opportunismus und seinen widerwärtigen Erscheinungsformen, dem Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus, in der offenen Unterstützung des imperialistischen Raubkrieges, im offenen Verrat an der Revolution im November 1918.

Das Werk von Marx und Engels erlitt eine Niederlage in ihrem Geburtslande. Eine verhängnisvolle Niederlage. Sie erwies sich nicht nur verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, sondern für die ganze deutsche Nation, für den Frieden in Europa.

Die Feinde des Marxismus außerhalb und innerhalb der Arbeiterbewegung verkündeten triumphierend, daß mit dem Tode Engels' auch die Sterbestunde des Marxismus geschlagen habe. Sie triumphierten zu früh! In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, den letzten Lebensjahren des greisen Engels, beginnt das Lebenswerk der treuesten und größten Schüler und genialen Fortführer des Werkes von Marx und Engels, die revolutionäre Tätigkeit von Lenin und Stalin in Rußland.

Das Banner des Marxismus, das den Händen des sterbenden Engels entglitt, wurde von den starken Händen Lenins und Stalins erhoben als Banner des Kampfes und des endgültigen Sieges des Marxismus, als Banner der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Sieges des Sozialismus auch im Geburtsland von Friedrich Engels, einschließlich seiner engeren rheinischen Heimat.

Dietz Verlag GmbH Berlin C 2 Wallstraße 76/79 Fernruf 67 63 61 (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und der Literaturvertrieb sämtlicher Parteiorganisationen entgegen) / Redaktion: Berlin W 8 Thälmannplatz 8-9 Fernruf 42 00 56 Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Druckerei, Berlin C 2, Dresdener Str. 43. 1021

KARL MARX

NEUERSCHEINUNGEN ZUM KARL-MARX-JAHR 1953

Marx / Engels / Lenin / Stalin · Zur deutschen Geschichte

Aus Werken, Schriften, Briefen

Die Ausgabe wurde vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED besorgt und erscheint in drei Bänden

Band I · Von der Frühzeit bis zum 18. Jahrhundert
783 Seiten · Kunstleder 8,— DM
Neuauflage in Vorbereitung

Karl Marx / Friedrich Engels · Ausgewählte Briefe

Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED
600 Seiten · Kunstleder 5,50 DM

Karl Marx / Friedrich Engels · Die deutsche Ideologie

Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten, Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten

664 Seiten · Halbleinen 5,80 DM
Neuauflage in Vorbereitung

Karl Marx / Friedrich Engels · Die heilige Familie und andere philosophische Frühschriften

Etwa 400 Seiten · Halbleinen
Erscheint im Mai 1953

Karl Marx · Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 bis 1858

XVI, 1102 Seiten · Kunstleder etwa 10,— DM
Erscheint im Mai 1953

Karl Marx · Herr Vogt

Mit Originaldokumenten von Marx und Engels im Anhang
439 Seiten · Halbleinen 4,20 DM



DIETZ VERLAG BERLIN

EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HEFT 5 MAI 1953



8. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 42 00 56

Die technisch begründeten Arbeitsnormen – entscheidender Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität

Genosse Walter Ulbricht kennzeichnete in seinem Antwortbrief an die Werktätigen des Karl-Liebknecht-Werkes in Magdeburg die grundlegende Aufgabe in unserer Wirtschaft mit folgenden Worten:

> „Unter den Bedingungen der Volksmacht ist die grundlegende Aufgabe, durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität die Überlegenheit gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft im Westen zu beweisen, und ein solches Anwachsen des gesellschaftlichen Reichtums zu erringen, das eine Erhöhung der Lebenshaltung der Werktätigen bringt. Deshalb ist der Kampf um die Anwendung der fortgeschrittensten Technik und Arbeitsorganisation von größter Bedeutung bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus." („Neues Deutschland" vom 23. März 1953)

Mit der Lösung dieser entscheidenden Aufgabe wird eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung des vom Genossen Stalin entdeckten und formulierten ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus auch in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen, wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen für das ununterbrochene Wachstum und die ständige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik und damit für die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. Die Stärke und die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, ihr Gewicht im Kampf um Frieden und Einheit und um die Lebenshaltung der Werktätigen hängt entscheidend vom Stand der Arbeitsproduktivität in unserer sozialistischen Wirtschaft ab.

Unter Arbeitsproduktivität versteht man das Verhältnis zwischen der produzierten Menge von Gebrauchswerten zu der dafür aufgewandten Menge an Arbeit. Der Stand der Arbeitsproduktivität hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital" wie folgt formulierte:

> „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbar-

keit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch *Naturverhältnisse.*" (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 44)

Die Arbeitsproduktivität steigern, heißt: mit dem gleichen Aufwand an Arbeit ein größeres Ergebnis, mehr Produkte erzeugen bzw. das gleiche Ergebnis, dieselbe Menge Produkte, mit einem geringeren Aufwand an Arbeit erzielen. Karl Marx definierte die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit folgenden Worten:

„Unter *Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit* verstehn wir hier überhaupt eine *Verändrung im Arbeitsprozeß,* wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleinres Quantum Arbeit also die *Kraft* erwirbt, ein größres Quantum Gebrauchswert zu produzieren." (Ebenda, S. 329/330)

Auf den Stand der Arbeitsproduktivität haben außer den dargelegten Faktoren die jeweils gegebenen Produktionsverhältnisse hervorragenden Einfluß. In seinem genialen Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" unterstreicht Stalin diese Tatsache, indem er sagt,

„... die neuen Produktionsverhältnisse sind die hauptsächliche und entscheidende Kraft, die eigentlich die weitere, dazu noch mächtige Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt und ohne die die Produktivkräfte zum Dahinvegetieren verurteilt sind, wie dies gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern der Fall ist". (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 62)

Die Werktätigen der sozialistischen Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik sind von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit, sie arbeiten für sich, für ihre Gesellschaft.

In der sozialistischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich deshalb das sozialistische Prinzip der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe. Die begeisternden Beispiele für die wachsende kameradschaftliche Hilfe der im Wettbewerb stehenden Betriebe, die Erfolge im sozialistischen Wettbewerb und nicht zuletzt die freiwillige Erhöhung der Normen sind der Ausdruck dafür, mit welchem Enthusiasmus die Werktätigen auf der Grundlage der volksdemokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik am Aufbau des Sozialismus arbeiten.

Die dringliche Aufgabe bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die ununterbrochene Steigerung der Arbeitsproduktivität und die ständige Senkung der Selbstkosten. Dadurch stärken wir unsere sozialistische Wirtschaft und schaffen damit die Voraussetzung für die Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung.

Zur genauen Berechnung der Arbeitsproduktivität und der Selbstkosten sind technisch begründete fortschrittliche Normen unerläßlich. Sie legen den gesellschaftlich notwendigen Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit für jedes Erzeugnis fest und fördern dadurch den Kampf um die Verringerung des gesellschaftlich notwendigen Aufwandes im Produktionsprozeß.

Ein rasches Steigen der Arbeitsproduktivität ist nur durch die Anwendung der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik möglich. Das erfordert ständige Verbesserungen im technologischen Prozeß, in der Produktionstechnik und in der Arbeitsorganisation.

Die Arbeitsnormen werden durch den erreichten Stand der Arbeitsproduktivität bestimmt und müssen sich entsprechend den Veränderungen im Stand der Arbeitsproduktivität ebenfalls verändern. In dieser Beziehung sind die Arbeitsnormen eine von der Arbeitsproduktivität abhängige Kategorie. Diese Abhängigkeit der Arbeitsnormen vom Stand der Arbeitsproduktivität setzt sich jedoch nicht von selbst, nicht spontan durch. Damit die Arbeitsnormen der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprechen, ist eine ständige kämpferische wissenschaftliche Arbeit zur Annäherung des Niveaus der Arbeitsnormen an den jeweils erreichten höchsten Stand der Arbeitsproduktivität und die jährliche Überprüfung der Normen notwendig. Wird diese laufende Aufgabe vernachlässigt, dann bleiben die Normen erheblich hinter dem Stand zurück, den die Arbeitsproduktivität erreicht hat. Dann hemmen sie als rückständige Normen die weitere Entfaltung der Arbeitsproduktivität und damit den gesellschaftlichen Fortschritt. Dann kommt es zu solchen schädlichen Erscheinungen, daß der Produktionsplan nicht erfüllt, aber die auf Grund des Arbeitskräfteplanes festgelegte Lohnsumme weit überschritten wird. Es ist deshalb notwendig, daß der Arbeitskräfteplan auf der Grundlage des Produktionsplanes in Verbindung mit der exakten Ermittlung technisch begründeter Arbeitsnormen aufgestellt wird.

Die Arbeitsnormen drücken nicht nur den erreichten Stand in der Arbeitsproduktivität aus, sondern sind zugleich ein Ansporn zu neuen technischen und arbeitsorganisatorischen Verbesserungen, der um so größer ist, je exakter die Arbeitsnormen den Stand der Arbeitsproduktivität ausdrücken. Zu diesem entscheidenden Hebel zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität werden sie in Verbindung mit dem Prinzip der Verteilung nach der Leistung, das in unserer sozialistischen Wirtschaft angewandt wird.

Die Arbeitsnormen sind das Mittel, um die Leistung des einzelnen Werktätigen festzustellen und ihn entsprechend dieser festgestellten Leistung zu entlohnen. Die mobilisierende Wirkung des Leistungsprinzips im Zusammenhang mit den Arbeitsnormen besteht darin, daß der einzelne Werktätige unmittelbar an der Erhöhung seiner Leistung interessiert ist, weil sein Wohlstand, seine materielle und kulturelle Lage (abgesehen von den gesellschaftlichen Einrichtungen, die das Lebensniveau der Werktätigen bedeutend erhöhen) um so größer ist, je größer seine Leistung ist.

„*Die technisch begründeten Arbeitsnormen sind die Basis für die richtige Berechnung des Leistungslohnes.* Indem der Leistungslohn auf der Berechnung genauer Kennziffern in bezug auf Menge und Qualität der Erzeugnisse in einer bestimmten Zeiteinheit beruht, fördert er die Initiative der Arbeiter, mehr zu leisten und besser zu arbeiten. Damit verbessert der Arbeiter seinen Lohn und trägt dazu bei, die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen." (Walter Ulbricht, „Einige wichtige Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik", „Neues Deutschland" vom 16. April 1953)

Das ist der Ausdruck dafür, daß in der sozialistischen Wirtschaft unserer Republik die Interessen der einzelnen Werktätigen mit den Interessen der gesamten Gesellschaft übereinstimmen. Völlig entgegengesetzt ist das im Kapitalismus. Dort herrscht die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Interessen der Arbeiter stehen den Interessen der Kapitalisten unversöhnlich gegenüber.

Daraus wird klar, daß technisch begründete Arbeitsnormen in der sozialistischen Wirtschaft nichts mit den berüchtigten Akkordsätzen des Kapitalismus zu tun haben, die im Refa- und Taylor-System ihre raffinierteste Ausklügelung fanden. Sie wurden von Lenin als „wissenschaftliches System zur Auspressung des Schweißes" und als eine räuberische Methode zur Verstärkung der Ausbeutung bezeichnet. Wer die Erhöhung der Arbeitsnormen auch nur im geringsten mit dem kapitalistischen Akkordsystem vergleicht, handelt gegen die Interessen der Arbeiterklasse, weil er damit die Anwendung der Arbeitsnormen als entscheidenden Hebel zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur weiteren Stärkung und Festigung unserer Republik und zur weiteren Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen erschwert.

Die Bewegung der fortgeschrittensten Arbeiter zur freiwilligen Erhöhung ihrer Normen ist ein anschauliches Beispiel für die vollständige Übereinstimmung der Interessen der Werktätigen in der sozialistischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik mit den Interessen der gesamten Gesellschaft. Diese Bewegung deckt zugleich die Mängel auf, die es bisher bei der Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen gab.

Bereits auf der 6. Tagung des Zentralkomitees im Juni 1951 wurde den technisch begründeten Arbeitsnormen bei der Ausarbeitung der neuen Methoden zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität große Bedeutung beigemessen. Es wurde die Aufgabe gestellt, die Arbeit so zu organisieren, „daß mit Sicherheit zu Beginn des Jahres 1952 von den erfahrungsstatistischen Normen ab- und zu den technisch begründeten Arbeitsnormen übergegangen wird".*)

Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde in den Richtlinien der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Mai 1952 konkret festgelegt, wie technisch begründete Arbeitsnormen wissenschaftlich ausgearbeitet werden und wer dafür verantwortlich ist.

Auf der II. Parteikonferenz der SED erläuterte Genosse Walter Ulbricht die Richtlinien, die bei der Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen zugrunde zu legen sind:

„1. Volle Ausnutzung der Maschinen und Verbesserung der Produktionstechnik der Abteilung;

2. Auswertung der Produktionserfahrungen der Aktivisten;

3. Auswertung der Arbeitsstudien als technologische Vorarbeit für die richtige Berechnung technisch begründeter Arbeitsnormen;

4. Verbesserung der Organisation der Arbeit;

5. volle Ausnutzung des Arbeitstages;

*) „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 524

6. Prüfung der fachlichen Qualifikation der Arbeiter und Ergreifung von Maßnahmen zu ihrer fachlichen Schulung." („Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 94)

Damit wurden alle Versuche, die Arbeiter ähnlich wie beim kapitalistischen Refa-System mit hinterhältigen Berechnungsmethoden zu übertölpeln, als feindlich verurteilt. Diese Richtlinien lassen keinen Zweifel darüber, daß entsprechend den Hinweisen Stalins solche technisch begründeten Arbeitsnormen auszuarbeiten sind, die etwa in der Mitte der durchschnittlichen Leistungen und der Höchstleistung liegen, das heißt, es müssen durchschnittliche fortschrittliche Arbeitsnormen geschaffen werden.

Dabei muß gesagt werden, daß diese Hinweise Stalins nicht dazu verleiten dürfen, die von ihm gekennzeichneten höheren Normen durch irgendwelche Rechenexempel zu erreichen. Die Frage, auf welcher Höhe die Norm zwischen der durchschnittlichen Erfüllung und der Höchstleistung festgesetzt werden soll, ist nicht eine Frage der Arithmetik, sondern in erster Linie eine Frage des Bewußtseins der Arbeiter, sowie eine Frage der Höherqualifizierung der Masse der Arbeiter. Jedenfalls muß als Grundsatz gelten, daß eine hohe durchschnittliche Übererfüllung der Normen ein Zeichen dafür ist, daß die Normen zu niedrig sind.

Trotz der gründlichen, sowohl die Prinzipien als auch die Methoden der Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen klarlegenden Anleitung muß heute festgestellt werden, daß die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen ungenügend ist. Genosse Walter Ulbricht traf diese Feststellung in seinem Artikel „Einige wichtige Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik" mit folgenden Worten:

„Bei uns hat sich jedoch eine solche Lage entwickelt, daß *die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen dem Selbstlauf überlassen wurde.* Die Zahl der technisch begründeten Arbeitsnormen ist im letzten Jahr zurückgegangen. Vielfach werden auf der Grundlage solcher Normen, die von der technischen Entwicklung und der Organisation der Arbeit längst überholt sind, Löhne berechnet, die so hoch sind, daß keinerlei Anreiz zu technischen Verbesserungen, zu besserer Arbeitsorganisation und zur Senkung der Selbstkosten entsteht. Ein solches Fehlen technisch begründeter Arbeitsnormen und der jährlichen Neufestsetzung der Normen ist ein Hemmnis bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus." („Neues Deutschland" vom 16. April 1953)

Was sind die Ursachen für das Zurückbleiben auf dem Gebiet der technisch begründeten Arbeitsnormen? War die Bedeutung der technisch begründeten Arbeitsnormen für die Entwicklung der Produktion nicht klar? Eine solche Erklärung wäre angesichts der zahlreichen grundsätzlichen Ausführungen Lenins und Stalins über diese so wichtige Frage nicht anzuerkennen. Es fehlte die systematische *Anwendung* der Lehren Lenins und Stalins über die Arbeitsnormen in der Praxis unserer sozialistischen Wirtschaft. Das ist die entschei-

dende Ursache. Lenin geht bereits in seinem Werk „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" bei der Behandlung der Frage der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf die Notwendigkeit ein, eine wissenschaftliche Arbeitsorganisation und eine für das sozialistische Wirtschaftssystem geeignete wissenschaftliche Arbeitsnormung zu schaffen. Auf Grund dieser Hinweise wurde noch im Jahre 1918 der „Allrussische Rat der Arbeitsnormung in der Metallindustrie" geschaffen. In der Entschließung der XVII. Parteikonferenz der KPdSU (B) im Jahre 1932 heißt es auf Grund der Hinweise Stalins, daß einer richtigen Arbeitsorganisation und innerbetrieblichen Planung die technische Normung zugrunde liegen muß.

Die innerbetriebliche Planung, das heißt die Aufgliederung des Betriebsplans in allen seinen Teilen auf die Abteilungen und Brigaden, wie Berechnung der Kapazität der Aggregate, Berechnung des Bedarfs an Arbeitskräften, Festlegung des Lohnfonds, Berechnung der planmäßigen Senkung der Selbstkosten usw., ist nur möglich, wenn der Arbeit des Betriebes technisch begründete Normen zugrunde liegen. Erst auf dieser Grundlage wird es möglich, den Betriebsplan exakt aufzuteilen, sozialistische Wettbewerbsziele festzulegen, die Werktätigen entsprechend ihren Leistungen zu entlohnen und den materiellen Anreiz für die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs auszunutzen.

Unser Fünfjahrplan sowie unsere Volkswirtschaftspläne sind auf den Leistungen unserer fortschrittlichen Arbeiter aufgebaut. Die Normen, die den Anteil des einzelnen Arbeiters an der Lösung dieser Aufgaben festlegen, müssen deshalb auf der Grundlage des fortschrittlichen Durchschnitts ausgearbeitet werden. Sie werden dadurch ein ständiger Faktor der Mobilisierung der Werktätigen zur Verbesserung ihrer Kenntnisse, zur Erhöhung ihrer Fähigkeiten und zur Entfaltung ihres Erfindergeistes. In diesem Zusammenhang sagt Stalin:

> „Außerdem sind technische Normen erforderlich, um den zurückbleibenden Massen zu helfen, sich auf das Niveau der fortgeschrittenen zu erheben. Die technischen Normen sind eine große regulierende Kraft, die die breiten Arbeitermassen in der Produktion um die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse organisiert." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 608)

Es ist klar, daß dies niemals durch Normen erreicht werden kann, die sich auf überholte Erfahrungen und Berechnungen aufbauen oder einfach geschätzt sind. Die massenweise Ersetzung der erfahrungsstatistischen Normen durch technisch begründete Arbeitsnormen ist die unerläßliche Bedingung für die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft.

Eine weitere Ursache für das Zurückbleiben auf dem Gebiet der Arbeitsnormen besteht darin, daß der Zusammenhang der Arbeitsnormen mit der Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Planung, mit der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs nicht beachtet und daß nicht genügend klar erkannt wurde, daß die Entlohnung auf der Grundlage veralteter, überholter Normen ein grober Verstoß gegen das Leistungsprinzip ist.

Genosse Walter Ulbricht setzte sich auf der 10. Tagung des Zentralkomitees mit der Auffassung auseinander, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik könne alles. Solche Auffassungen gab es auch auf dem Gebiet der technisch begründeten Arbeitsnormen, indem es für möglich gehalten wurde, die großen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus mit alten, überholten Normen zu lösen. Die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen wurde vielfach dem Selbstlauf überlassen.

Eine weitere Ursache für das Zurückbleiben auf dem Gebiet der technisch begründeten Arbeitsnormen war schließlich das Zurückweichen vor kämpferischen Auseinandersetzungen mit rückständigen Auffassungen über die Höhe der Arbeitsnormen. Es gab sogar Versuche, die Höhe des auf Grund falscher Normen gezahlten Lohnes zu rechtfertigen.

Die fortgeschrittenen Arbeiter unserer sozialistischen Wirtschaft zeigen mit ihrer Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen, in welchem Umfang die bestehenden Normen unter dem durch den Stand der Produktionstechnik, der Organisation der Arbeit, der Qualifikation und der Erfahrungen der Werktätigen bestimmten fortschrittlichen Niveau der Arbeitsnormen liegen.

Die Aufstellung von Arbeitsnormen auf falscher Grundlage wird begünstigt durch die Bestimmung, die in den vom Ministerium für Arbeit erlassenen Richtlinien über die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen enthalten ist, wonach bei der Einführung neuer Normen der bisherige Verdienst bestehen bleiben muß, auch wenn die neue Norm nicht erfüllt wird. Diese Bestimmung hat sich als ein Fehler und als ein Hemmnis für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen, das heißt für die Erhöhung der Normen, erwiesen. Sie muß korrigiert und falsche Auffassungen müssen durch eine kämpferische Aufklärungsarbeit unserer Parteiorganisationen und der Gewerkschaften überwunden werden.

Die Ergebnisse der Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen zeigen, daß dort, wo die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften es verstanden haben, eine umfassende politische Aufklärungsarbeit, kämpferische Auseinandersetzungen mit rückständigen Auffassungen zu führen, hervorragende Erfolge erzielt werden. So zum Beispiel im Fritz-Heckert-Werk in Karl-Marx-Stadt und in der großen Schmiede des Ernst-Thälmann-Werkes in Magdeburg.

Im Zusammenhang mit der Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen sind einige Fragen aufgetaucht, die an dieser Stelle behandelt werden sollen.

Wird durch die freiwillige Normenerhöhung die Verantwortlichkeit des Betriebsleiters und Meisters aufgehoben, technisch begründete Arbeitsnormen wissenschaftlich auszuarbeiten und verbindlich einzuführen? Keinesfalls. Nach wie vor gilt der Grundsatz: die technisch begründeten Arbeitsnormen werden auf Weisung des Werkdirektors eingeführt, die Ausarbeitung erfolgt mit Hilfe des ingenieur-technischen Personals sowie der Arbeiter selbst unter der Verantwortung der Meister und der Abteilung für Arbeit. Dabei hat die aktive Hilfe der fortgeschrittenen Arbeiter eine große Bedeutung. In der Arbeit des Professors J. M. Punski „Die technische Arbeitsnormung“ wird über die Selbst-

aufnahme des Arbeitstages als einer Form der Hilfe der Arbeiter bei der Ausarbeitung fortschrittlicher Normen folgendes gesagt:

> „Die Arbeiter im sozialistischen Betrieb helfen nicht nur den Organen für Arbeitsnormung bei der erfolgreichen Durchführung der Aufnahme des Arbeitstages, sondern gehen in vielen Betrieben bereits dazu über, sog. Selbstaufnahmen des Arbeitstages durchzuführen. Diese neue Form des Kampfes gegen Verlustzeiten besteht darin, daß der Arbeiter in einem besonderen Vordruck ‚Die Aufnahme meines Arbeitstages' die während der Schicht entstandenen Verlustzeiten selbst registriert." (Prof. J. M. Punski: „Die technische Arbeitsnormung", Kleine Bücherei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Heft 15, Verlag Kultur und Fortschritt GmbH, Berlin 1951, S. 62)

Diese von den Arbeitern selbst geschaffenen Unterlagen ermöglichen es der Betriebsleitung, die Ursachen der Verlustzeiten aufzudecken und entsprechend zu bekämpfen.

Die Bewegung zur freiwilligen Normenerhöhung macht die wissenschaftliche Ausarbeitung und die Einführung von technisch begründeten Arbeitsnormen nicht überflüssig, sie spornt sie vielmehr an und fordert sie heraus. Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen heißt, die Normen an den Stand heranbringen, der den fortschrittlichen technischen, organisatorischen Bedingungen der Produktion sowie den Erfahrungen der fortgeschrittenen Arbeiter entspricht. Die Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen ist bei der Lösung dieser Aufgabe eine entscheidende Hilfe, die um so wirksamer ist, je umfassender und allgemeiner diese Bewegung ist, d. h. je mehr Werktätige sich ihr anschließen. Die Hilfe ist um so größer, je gründlicher durch diese freiwillige Erhöhung der Normen alle Reserven ausgeschöpft werden und je mehr sich die freiwillig erhöhten Normen dem Niveau technisch begründeter Arbeitsnormen annähern bzw. dieses Niveau erreichen. Damit werden auch jene faulen „Theorien" entlarvt, die die freiwilligen Normenerhöhungen als einen „Trick" der Arbeiter bezeichnen, mit dessen Hilfe die Arbeiter der wissenschaftlichen Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen entgehen möchten.

Die Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen und die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen stehen in engem Zusammenhang mit der weiteren Verbesserung der Methoden der Leitung unserer Betriebe und der Wirtschaft, der Verbesserung der Arbeitsorganisation usw. Mit Recht fordern die Arbeiter in unseren sozialistischen Betrieben von den Betriebsleitungen und dem ingenieur-technischen Personal, einen störungsfreien kontinuierlichen Ablauf der Produktion zu organisieren. Diese berechtigte Forderung geht von der Erkenntnis aus, daß für die Erfüllung unserer Aufgaben auf dem Gebiet der Produktion die Aktivität und die Initiative der Werktätigen in der Produktion allein nicht genügen. Es kommt darauf an, der Aktivität und Initiative der Werktätigen mit Hilfe der bestmöglichen Organisation der Arbeit, einer straffen Leitung der Betriebe usw. zu voller Wirkung zu verhelfen. Für die Betriebsleitungen und das ingenieur-technische Personal er-

wächst aus der patriotischen Bewegung der Werktätigen zur freiwilligen Erhöhung der Normen und aus der Aufgabenstellung beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus die hohe Pflicht, durch die Organisierung eines reibungslosen Ablaufs der Produktion die Voraussetzung für die schöpferische Entfaltung der Initiative der Werktätigen zu schaffen. Die bürokratische Methode der Leitung unserer Betriebe, wie sie zur Zeit von vielen Wirtschaftsleitungen durchgeführt wird, muß durch eine lebendige, operative Leitung unter Entwicklung des Dispatchersystems bei strengster Abgrenzung der persönlichen Verantwortung ersetzt werden.

Dem Staatsapparat fällt die Aufgabe zu, die durch die Normenerhöhungen frei werdenden Arbeitskräfte an den Schwerpunkten unserer Wirtschaft einzusetzen. Das erfordert, daß die Planung der Arbeitskräfte grundlegend verbessert wird. Bei der Erweiterung der Produktion müssen besonders auch jene Gebiete berücksichtigt werden, in denen geeignete zusätzliche Arbeitskräfte vorhanden sind. Es ist außerdem notwendig, im Zusammenhang mit der Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen, die Durchführung der Investitionen in den Betrieben zu überprüfen, um zu verhindern, daß Investitionsmittel zur Schaffung neuer Kapazitäten, Gebäude usw. verwendet werden, obwohl diese Investitionen durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazität eingespart oder mit weniger Mitteln durchgeführt werden könnten. Die freiwerdenden Mittel könnten an einer anderen Stelle zusätzlich bereitgestellt werden.

Die in den Betrieben entstandene Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen erfordert, daß die Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen sich an die Spitze dieser Bewegung stellen und sie mit aller Kraft unterstützen. Eine breite Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Überprüfung und der Erhöhung der Arbeitsnormen muß unter den Werktätigen geführt werden. Es muß erreicht werden, daß die Initiative der fortgeschrittensten Kollektive und der einzelnen Arbeiter zum Gemeingut aller Werktätigen wird.

Die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins, der tägliche Kampf gegen kleinbürgerliche Auffassungen unter den Zurückbleibenden, wie die Tendenz zur Gleichmacherei, die Entlarvung klassenfeindlicher Elemente, die Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit, das sind im Zusammenhang mit der Schaffung technisch begründeter Arbeitsnormen unumgängliche Notwendigkeiten.

Um die Normenarbeit zu verbessern, wäre es zweckmäßig, ein zentrales wissenschaftliches Forschungsinstitut für Fragen der Arbeitsorganisation und der technischen Normung mit entsprechenden wissenschaftlichen Forschungsstellen in den Großbetrieben zu schaffen.

Die Abteilungen für Arbeit in den Betrieben müssen weiter gefestigt und mit weniger, aber qualifizierteren Kadern besetzt werden. Das Netz der Lehrgänge zur Ausbildung und Qualifizierung von TAN-Bearbeitern muß erweitert und die Entlohnung dieser Fachkräfte neu geregelt werden.

Die Lösung dieser Aufgaben auf dem Gebiet der technisch begründeten Arbeitsnormen zusammen mit der Senkung des Materialverbrauchs und der

Erhöhung der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern der Aggregate und Maschinen sowie deren Standardisierung und Typisierung, zusammen mit der weiteren Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und der Verbesserung der Arbeitsorganisation in engster Verbindung mit dem Feldzug für strengste Sparsamkeit wird es ermöglichen, das Tempo unseres Aufbaus weiter zu beschleunigen. Nur auf Grundlage fortschrittlicher technisch begründeter Arbeitsnormen kann der Kampf für die produktive Ausnutzung des Arbeitstages und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, kann der Feldzug für strenge Sparsamkeit erfolgreich geführt werden. Dann wird es möglich sein, unsere Schwerindustrie als Kernstück unseres Aufbaus noch schneller zu entwickeln, für die Erweiterung unserer Industrie noch mehr Mittel bereitzustellen, die frei werdenden Arbeitskräfte zusätzlich an den entscheidenden Stellen unseres Aufbaus einzusetzen und damit die Voraussetzung für eine weitere Erhöhung der Lebenshaltung der Werktätigen zu schaffen. Indem die technisch begründeten Arbeitsnormen als entscheidender Hebel zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität angewendet werden, wird es möglich sein, wie Genosse Walter Ulbricht fordert,

> „... schneller einen entschiedenen Umschwung in der sozialistischen Industrie herbeizuführen und die Aufgaben zu lösen, die für den Aufbau des Sozialismus von größter Bedeutung sind. Damit werden wir zugleich die Überlegenheit unserer Volksmacht, unserer fortschrittlichen Ordnung gegenüber Westdeutschland beweisen, wo nach wie vor das Gesetz des kapitalistischen Maximalprofits herrscht." („Neues Deutschland" vom 16. April 1953)

Werner Mußler

Karl Marx über die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft

In einer Würdigung des Marxschen Lebenswerkes hob Friedrich Engels, der geniale Kampfgefährte von Karl Marx, von den vielen Entdeckungen, mit denen Karl Marx seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaft eingeschrieben hat, zwei hervor:

„Die erste ist die durch ihn vollzogene Umwälzung in der gesamten Auffassung der Weltgeschichte . . .

Die zweite wichtige Entdeckung von Marx ist die endliche Aufklärung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, in andern Worten der Nachweis, wie innerhalb der jetzigen Gesellschaft, in der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten sich vollzieht." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 151 u. 153)

Beide Entdeckungen sind Grundpfeiler der Lehre Marx', die Stalin bezeichnet als

„. . . die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft". (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 65)

Karl Marx hat das Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaft entdeckt,

„. . . die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 156)

Karl Marx brachte diese umwälzende Erkenntnis auf die kurze Formel, daß es nicht das Bewußtsein der Menschen ist, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ist, das ihr Bewußtsein bestimmt. Diese Erkenntnis, Resultat einer kritischen Auseinandersetzung insbesondere mit der Hegelschen Philosophie, niedergelegt im berühmten Vorwort des Werkes „Zur Kritik der politischen Ökonomie", zerriß den jahrtausendealten Schleier, der die Menschen hinderte, sich der gesellschaftlichen Zusammenhänge bewußt zu werden, in die sie hineingeboren werden. Diese Erkenntnis war zugleich Voraussetzung des Marxschen Lebenswerkes — der Erforschung des spezifischen Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise mit allen daraus resultierenden Schlußfolgerungen für den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Will man also die Gesetze erkennen, denen die menschliche Geschichte folgt, so muß man die Gesetze erkennen, denen die Entwicklung des „Seins", d. h. des materiellen Lebens der Gesellschaft, folgt, muß man die Widersprüche analysieren, die den inneren Gehalt jedes Entwicklungsprozesses bilden.

Karl Marx erkannte die letzte Ursache der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der Entwicklung der *Produktivkräfte*, in der Entwicklung der „*Produktionsinstrumente*, mit deren Hilfe materielle Güter produziert werden", in der Entwicklung der *Menschen* selbst, „die diese Produktionsinstrumente in Bewegung setzen und die Produktion materieller Güter dank einer gewissen *Produktionserfahrung* und *Arbeitsfertigkeit* bewerkstelligen".*)

Wenn Karl Marx in seinem Werk „Das Elend der Philosophie" davon spricht, „daß die Handmühle eine Gesellschaft von Feudalherren" und „die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten" ergibt, so zeigt sich darin seine Auffassung von der revolutionären und bestimmenden Rolle der Produktivkräfte.

„Die sozialen Verhältnisse", so sagt Marx, „sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse." (Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 130)

Wie alle Marxschen Forschungsergebnisse beruht diese fundamentale Entdeckung auf der Verallgemeinerung eines ungeheuren historischen Tatsachenmaterials, das Karl Marx, zusammen mit seinem Kampfgefährten Friedrich Engels, in rastloser Arbeit zusammengetragen hat. So bietet uns umgekehrt die menschliche Geschichte in jeder einzelnen ihrer Entwicklungsphasen die Bestätigung für die Richtigkeit dieser These.

Wenn die Menschen in der kommunistischen Urgemeinschaft mit gemeinsamen Produktionsmitteln wirtschafteten, wenn sie die Erzeugnisse ihrer Arbeit gemeinsam konsumierten, keiner den anderen ausbeutete, so nicht deshalb, weil in den Perioden der Wildheit und Barbarei die Menschen noch nicht auf die Idee der Vorteilhaftigkeit der Sklavenausbeutung gekommen wären, sondern weil die gering entwickelten Produktivkräfte eine solche Idee gar nicht aufkommen lassen konnten — noch viel weniger die Verwirklichung einer solchen Idee. Die Produktivkräfte der Gesellschaft waren so gering entwickelt, daß die Arbeitsleistung des einzelnen kaum zur eigenen Ernährung ausreichte. Die obligatorische Tötung des Gefangenen, auch des Kranken und Siechen in diesem urzeitlichen Zustand der Menschheit war nicht Folge der bis dahin noch wenig entwickelten, mit einem Wort „barbarischen" Moralbegriffe, vielmehr waren die Moralbegiffe in letzter Instanz Ausdruck „barbarischer" Produktivkräfte, die die Erzeugung von Mehrprodukt nicht ermöglichten.

Als die Menschen auf der Mittel- und Oberstufe der Barbarei das Eisen schmelzen lernten, als sich eine Arbeitsteilung zwischen feldbautreibenden und Hirtenvölkern herausbildete, da zersetzte sich, ohne daß sich die Menschen freilich der notwendigen gesellschaftlichen Folgen der Verbesserung ihrer Produktionsinstrumente bewußt gewesen wären, die Urgemeinschaft, entwickelte sich mit fortschreitender Warenproduktion das Privateigentum, erstand auf der Grundlage der neuen Bedingungen des materiellen Lebens eine neue gesellschaftliche Gliederung. Die Ausbeuterordnung der Sklavenhaltergesellschaft bildete sich heraus. Die Menschheit trat in die Periode ihrer Geschichte ein, von der im „Manifest der Kommunistischen Partei" geschrieben ist, daß sie eine Geschichte der Klassenkämpfe ist. Und sie wurde zu einer Geschichte von Klassenkämpfen,

---

*) J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 665

„... weil auf allen früheren Entwicklungsstufen der Menschheit die Produktion noch so wenig entwickelt war, daß die geschichtliche Entwicklung nur in dieser gegensätzlichen Form vor sich gehen konnte, daß der geschichtliche Fortschritt im ganzen und großen der Tätigkeit einer kleinen, bevorrechteten Minderheit überwiesen war, während die große Masse dazu verdammt blieb, den kärglichen Lebensunterhalt für sich und dazu noch den immer reichlicher werdenden der Bevorrechteten zu erarbeiten". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 152/153)

Marx und Engels konnten nachweisen, wie die Klassenkämpfe auf der Grundlage der beständigen Bewegung des Anwachsens der Produktivkräfte und ihrer Konflikte mit den Produktionsverhältnissen zweimal zur Zerstörung bestehender Ausbeuterordnungen geführt hatten. Sie zeigten, wie die neue Gesellschaftsordnung jeweils auf Grund der höheren Produktivität der Arbeit siegreich blieb, wie die Sklavenhaltergesellschaft untergehen mußte, weil die Leibeigenen der Feudalherren produktivere Arbeiter waren als die Sklaven. Sie zeigten, wie die Ritterburgen der Feudalen schon im 15. Jahrhundert, lange bevor sie von den neuen Geschützen zerstört, vom Geld unterminiert waren, das infolge der sich in den Städten vollziehenden Entwicklung der fortschreitenden Arbeitsteilung und des Handels zu einer gesellschaftlichen Macht wurde.

So lehren also Marx und Engels, wie die Geschichte der menschlichen Gesellschaft die Geschichte von Produktionsweisen ist, die sich im Verlauf der Jahrhunderte ablösten, wie die Produktionsweise der Sklavenhaltergesellschaft aus der kommunistischen Urgemeinschaft entstand und von der Produktionsweise des Feudalismus abgelöst wurde. Wie sich im Schoße des Feudalismus neue Produktivkräfte entwickelten, die mit den feudalen Produktionsverhältnissen in Widerspruch gerieten und zur Epoche der bürgerlichen Revolutionen führten, in denen die feudalen durch kapitalistische Produktionsverhältnisse ersetzt wurden. Sie erkannten in diesem geschichtlichen Prozeß die entscheidende Rolle der Produktivkräfte, der Produktionsinstrumente und der Produzenten der materiellen Güter, der werktätigen Massen. Der historische Zusammenhang ist, wie Marx sagt, auch nur dank „der einfachen Tatsache" zu erklären,

„... daß jede nachfolgende Generation von der vorhergehenden Generation erworbene Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen ..." (Ebenda, S. 415)

Wodurch aber wird die Entwicklung der Produktivkräfte selbst bestimmt, und wodurch ist es zu erklären, daß sich die Produktivkräfte der Gesellschaft in so unterschiedlichem Tempo entwickelten? Es ist doch Tatsache, daß beispielsweise die Bourgeoisie massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen hat, als alle vorhergegangenen Generationen zusammen. Es ist weiter Tatsache, daß das Anwachsen der Produktivkräfte in der sozialistischen Sowjetunion kein analoges Beispiel in der Geschichte der Menschheit findet.

Ist die Ursache etwa das geographische Milieu, wie Plechanow behauptete? Die Antwort auf diese Frage gibt Karl Marx unter anderem im Band I, Kapitel 14 seines Werkes „Das Kapital". In abgeschlossener und prägnanter Form ist die Antwort auf diese Frage in dem Werk Stalins „Über dialektischen und historischen Materialismus" gegeben, wonach das geographische Milieu keinen *bestimmenden* Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte ausübt; „denn das, was im Laufe von Zehntausenden von Jahren fast unverändert bleibt,

kann nicht Hauptursache der Entwicklung dessen sein, was im Laufe von Jahrhunderten tiefgehende Veränderungen durchmacht". (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 663)

Ist die Ursache etwa die Entwicklung der Wissenschaft, wie es der Renegat Kautsky behauptet? Auch diese Frage ist in den Marxschen Werken umfassend beantwortet, von Engels im Brief an Starkenburg auf die kurze Formel gebracht:

> „Wenn die Technik . . . größtenteils vom Stande der Wissenschaft abhängig ist, so noch weit mehr diese vom *Stand* und den *Bedürfnissen* der Technik. Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran als zehn Universitäten." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 474)

Es gibt unzählige Beispiele, wo große Entdeckungen unausgenutzt bleiben mußten, weil die Bedingungen der jeweiligen Produktionsweise ihre Anwendung nicht erlaubten. Wir sind gegenwärtig Zeugen, wie im Weltwirtschaftssystem des Sozialismus die Wissenschaft bewußt in den Dienst einer nie dagewesenen Steigerung der Produktivkräfte gestellt wird, während sie im imperialistischen Teil der Welt in Form von Atombomben und bakteriologischen Waffen nur noch zur Vernichtung der Produktivkräfte, vor allem der Menschen, eingesetzt wird.

Sind es die wachsenden Bedürfnisse, die die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmen? Marx bestreitet nicht den Einfluß der wachsenden Bedürfnisse auf die Entwicklung der Produktivkräfte, aber er sagt, daß es schließlich die Produktion selbst ist, die das Bedürfnis schafft, daß die Bedürfnisse „sich mit und an den Mitteln ihrer Befriedigung entwickeln". *)

Der leibeigene Bauer hatte nicht das Bedürfnis, einen Radioapparat zu besitzen und konnte ein solches Bedürfnis nicht haben, weil die technischen Voraussetzungen dazu nicht vorhanden waren. Im modernen Kapitalismus, wo die technischen Voraussetzungen für eine Bedürfnisbefriedigung auf hoher Stufe gegeben wären, verschwindet der Mensch mit seinen Bedürfnissen jedoch aus dem Gesichtskreis der herrschenden Klasse. Nur im Sozialismus ist die Sicherung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft das treibende Motiv der Produktion.

Kein Zweifel also, daß man die wesentlichen, bestimmenden Ursachen für die Entwicklung der Produktivkräfte nicht außerhalb der Produktion, sondern in der Produktion selbst, in der Produktionsweise, suchen muß.

Jeder Arbeitsprozeß führt, ganz unabhängig von seiner gesellschaftlichen Form, zur Verbesserung der Arbeitsinstrumente, mögen die Veränderungen auch noch so geringfügig, auf noch so weite Zeiträume verteilt sein. Der Mensch will sich die Arbeit erleichtern. Aber nicht nur die Instrumente verändern sich, auch der Mensch selbst wird ein anderer; denn indem er „auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur"**). Die neue Technik schafft neue Menschen.

Diese Entwicklung der Produktionsinstrumente und der menschlichen Arbeitsfertigkeit, die sich aus dem Kampf des Menschen mit der Natur, aus der Arbeit ergibt, die die „von allen sozialen Formen unabhängige Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur"***) ist, ist allgemeines Gesetz, wenn

---

*) Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 537
**) Ebenda, S. 185
***) Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 30

auch die Entwicklung der Produktionsinstrumente und der menschlichen Arbeitsfertigkeit in der menschlichen Vorgeschichte erst über Jahrhunderte hinweg zu allmählichen Umwälzungen in der Technik der Produktion führte.

Die Triebkräfte der Produktion sind indessen in jeder Produktionsweise verschieden. Die unterschiedlichen Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln, des entscheidenden Kriteriums der Produktionsverhältnisse einer gegebenen sozialökonomischen Formation, bedingen eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Produktivkräfte. Karl Marx weist in seiner Analyse der Kooperation, der Manufaktur und der großen Industrie nach, wie die neuen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine ungleich höhere „Produktivkraft der Arbeit" bedingen als die Produktionsverhältnisse früherer Formationen. Bereits bei der Darstellung der Kooperation zeigt er, wie „das Wirken einer größeren Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum . . . zur Produktion derselben Warensorte unter dem Kommando desselben Kapitalisten" zur Schaffung einer Produktivkraft führt, „die an und für sich Massenkraft sein muß". Er zeigt weiter, wie durch die manufakturmäßige Teilung der Arbeit eine bestimmte Organisation gesellschaftlicher Arbeit und damit zugleich eine „neue gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit" entwickelt wird und wie, unabhängig von ihren gesellschaftlichen Auswirkungen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der großen Industrie gewaltige Produktivkräfte erzeugen.

> „Erst in der großen Industrie", so sagt Marx, „lernt der Mensch, das Produkt seiner vergangnen, bereits vergegenständlichten Arbeit auf großem Maßstab gleich einer Naturkraft *umsonst* wirken zu lassen." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, S. 406)

Auf der Basis neuer ökonomischer Bedingungen, neuer Produktionsverhältnisse, werden neue ökonomische Gesetze wirksam, die von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte sind. Das ökonomische Grundgesetz einer jeden Produktionsweise gibt uns Aufschluß über die Triebkräfte der Entwicklung der Produktion.

Das Marxsche Lebenswerk war der Erforschung des ökonomischen Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise gewidmet. Er erkannte in der Jagd nach Mehrwert, im „Werwolfsheißhunger nach Mehrarbeit", das ökonomische Bewegungsgesetz des Kapitalismus. An die Stelle persönlicher Verhältnisse der Abhängigkeit und Ausbeutung im Mittelalter setzte die Bourgeoisie Ware-Geld-Beziehungen. Die Warenproduktion erfährt hier ihre höchste Entfaltung. Die Arbeitskraft wird zur Ware mit dem spezifischen Gebrauchswert, Quelle von mehr Wert zu sein, als sie selbst hat. Die Produktion von Gebrauchswerten erfolgt nur noch, weil sie Träger des Tauschwertes sind.

> „Er (der Kapitalist — W. M.) will nicht nur einen *Gebrauchswert* produzieren, sondern eine *Ware*, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur *Wert*, sondern auch *Mehrwert*." (Ebenda, S. 194)

Eben diese Jagd nach Mehrwert, bzw. seiner verwandelten Form, dem Profit, zwingt den Kapitalisten fortwährend, die Produktion zu revolutionieren. Ständige Akkumulation und erweiterte Reproduktion, fortlaufende Mechanisierung des Arbeitsprozesses, größtmögliche Senkung von Wert und Preis der Ware Arbeitskraft — diesen Gesetzen muß der Kapitalist sich beugen, will er nicht aufhören, Kapitalist zu sein. Der Konkurrenzkampf schenkt ihm keine Atempause.

„Die Bourgeoisie", so heißt es im „Manifest der Kommunistischen Partei", „reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 27)

Dieses Bild zeigt Fabriken, Industriebetriebe mit riesigen Heeren von Lohnarbeitern, die in großen, dröhnenden Maschinensälen gemeinsam produzieren. Kaum noch ein Arbeitsprozeß, der individuell verrichtet wird. Keiner weiß, welches Produkt seiner Hände Arbeit entsprungen, aber alle wissen, wem die Ergebnisse ihrer Arbeit gehören — dem Kapitalisten. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurden in der Tat zu Entwicklungsformen gewaltiger Produktivkräfte, von denen kein zünftiger Meister je träumen konnte.

Die Kehrseite desselben Bildes aber zeigt — widerspruchsvoll genug — leere Maschinensäle, hungernde Menschen auf den Straßen, überfüllte Lager, Stillstand, Vernichtung von Produktivkräften, Krisen.

„Auf der einen Seite", so sagte Karl Marx in seiner Rede anläßlich der Jahresfeier des „People's Paper" im April 1856, „sind industrielle und wissenschaftliche Kräfte zum Leben erwacht, von der keine Epoche der früheren menschlichen Geschichte je eine Ahnung hatte. Auf der andern Seite gibt es Verfallssymptome, die die aus der letzten Zeit des Römischen Reiches berichteten Schrecken bei weitem in den Schatten stellen.

In unsern Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verkürzen und fruchtbarer zu machen, sehen wir diese zu Hunger und Überarbeit verdammen ... Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der andern Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und nicht wegzuleugnende Tatsache." (Ebenda, S. 333/334)

Es ist ein unschätzbares wissenschaftliches Verdienst von Karl Marx, diese zwiespältige Rolle der Produktionsverhältnisse erkannt zu haben, indem er nachwies, daß die Produktionsverhältnisse aus Entwicklungskräften der Produktivkräfte in Fesseln derselben umschlagen, wenn sie mit dem Charakter der Produktivkräfte in Widerspruch geraten. Stalin bezeichnet in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" diese Eigenart der Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Rolle eines Hemmschuhs für die Produktivkräfte zur Rolle der wichtigsten sie vorwärts treibenden Kraft und von der Rolle der Haupttriebkraft der Produktivkräfte zur Rolle eines Hemmschuhs als eines der Hauptelemente der marxistischen materialistischen Dialektik.

Karl Marx schreibt im Vorwort zu seinem Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie", daß die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft letztlich in der

politischen Ökonomie zu suchen sei. In seinem gigantischen wissenschaftlichen Lebenswerk, in der Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus, lieferte er den wissenschaftlichen Beweis, daß die kapitalistische Ordnung keine ewige Naturerscheinung ist, sondern eine historisch begrenzte Gesellschaftsformation. Seine Untersuchungen mündeten letztlich in der Feststellung, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einen sich stets verschärfenden Widerspruch zum Charakter der Produktivkräfte geraten müssen, daß dieser sich fortlaufend zuspitzende Widerspruch unvermeidlich an die proletarische Revolution heranführt, und daß in dieser Revolution die letzte Ausbeuterordnung der menschlichen Gesellschaft gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.

Karl Marx deckte auf, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung letztlich an ihrem Grundwiderspruch zugrunde gehen muß, an dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung. Er wies nach, wie das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus, die Jagd nach Mehrwert respektive Profit, zu wachsender Akkumulation des Kapitals führt, die eine wachsende Konzentration desselben einschließt, und wie diese Akkumulation von Reichtum auf Seiten der Bourgeoisie von der Akkumulation des Elends auf Seiten des Proletariats begleitet ist. Diese Entwicklung, so zeigte Marx, bringt die Verschärfung solcher Widersprüche mit sich, wie der zwischen der wachsenden Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der zunehmenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, und der zwischen der Tendenz zum schrankenlosen Wachstum der Produktion und der schrumpfenden Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Und er kommt schließlich zu folgender Schlußfolgerung:

> „Der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über diese gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entwickelt sich immer schreiender und schließt die Auflösung dieses Verhältnisses ein, indem sie zugleich die Herausarbeitung der Produktionsbedingungen zu allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktionsbedingungen einschließt. Diese Herausarbeitung ist gegeben durch die Entwicklung der Produktivkräfte unter der kapitalistischen Produktion, und durch die Art und Weise, worin sich diese Entwicklung vollzieht." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 293/294)

Karl Marx hatte zu der Zeit seines Schaffens den sich verschärfenden Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und dem Charakter der Produktivkräfte in Gestalt periodisch ausbrechender, immer verheerenderer Wirtschaftskrisen vor Augen, in denen die Produktivkräfte massenhaft zerstört wurden. Er vermochte aber mit wissenschaftlicher Voraussicht jene Entwicklung abzuschätzen, in der die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit einen Punkt erreichen würde, „wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle". (Marx)

Die historische Entwicklung hat Marx Recht gegeben. Alle Erscheinungen des modernen Kapitalismus zeugen von diesem unverträglichen Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Charakter der Produktivkräfte. Die Milliarden-Rüstungsbudgets der Imperialisten, die Massenvernichtung von Produktivkräften, von Menschen und Gütern, in den imperialistischen Aggressionskriegen zeugen davon, daß die „kapitalistische Hülle" zu einer furchtbaren Geißel für die Menschheit geworden ist, die gesprengt werden muß

und wird. Auf einem Viertel der Erde, bewohnt von einem Drittel der Menschheit, ist die Herrschaft der Ausbeuter bereits gestürzt, und es „besteht aller Grund, auf Erfolge und auf den Sieg der Bruderparteien in den Ländern der Herrschaft des Kapitals zu rechnen". (Stalin)

In der Tat, die Gewalten, die die Bourgeoisie rief, vermag sie nicht mehr zu bannen. Nun erfüllen sich die prophetischen Worte von Marx, daß die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, sich gegen sie selbst richten werden, und daß die Bourgeoisie nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sondern „auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die *Proletarier*".*)

Die Marxsche Lehre von der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft ist eine zutiefst revolutionäre Lehre. Sie rüstet uns aus mit der Kenntnis von der historischen Begrenztheit der bürgerlichen, wie aller Ausbeuterordnungen. Marx erkannte die Ausbeuterordnungen als geschichtlich notwendige Übergangsstadien auf dem Wege zur höchsten Form menschlicher Gesellschaftsordnung, der kommunistischen Gesellschaft. In diesem Sinne anerkannte Marx auch die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft als „die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals", weil es damit „unbewußt die materiellen Bedingungen einer höheren Produktionsform" schuf.**) Marx zeigte aber auch, daß, solange die Gesellschaft in Klassen gespalten ist, die Weiterentwicklung zu höheren Produktionsformen nur auf dem Wege des revolutionären Sturzes der alten, überlebten Klassen erfolgen kann. Wenn die Produktionsverhältnisse zum Hemmschuh geworden sind, so lehrt Marx, tritt eine „Epoche sozialer Revolutionen" ein. Seine Theorie ist das revolutionäre Kampfprogramm zum Sturz der letzten Ausbeuterordnung. Sie ist eine Anleitung zum Handeln, dazu bestimmt, die Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen und zu mildern.

Dieser revolutionäre Kern der Lehre von Marx wurde in der Folge von den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen verfälscht und in sein Gegenteil verkehrt. Die rechten Führer der Sozialdemokratie versuchen noch heute, die Massen mit der Lüge von der Möglichkeit des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus, mit Gefasel von „Wirtschaftsdemokratie" und „organisiertem Kapitalismus" in ihrem revolutionären Befreiungskampf zu lähmen. Es ist ein großes Verdienst Lenins, Stalins und ihrer Partei, daß sie diesen revolutionären Kern der Marxschen Lehre gegen alle Verfälschungen und Entstellungen behaupteten. Nur darum konnten sie im Jahre 1917 den Sieg davontragen. Gerade auf diesen revolutionären Kern der Lehre von Marx weist Stalin hin, wenn er sagt, daß zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, das die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte stößt. „Folglich", so sagt Stalin, „ist eine Kraft, eine gesellschaftliche Kraft notwendig, die fähig ist, diesen Widerstand zu überwinden."***)

Lenin und Stalin verteidigten den Marxismus gegen jene Verfälscher, die aus der Marxschen Lehre von der Entwicklung der Produktivkräfte für die Arbeiterklasse schädliche Spontaneitäts- oder Zusammenbruchstheorien abzuleiten versuchten. Mit unmißverständlicher Schärfe geißelten Lenin und

*) Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 14
**) Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, S. 288
***) J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 8

Stalin den „Produktivkräfte-Materialismus" von Kautsky und Konsorten, der eine Verfälschung des Marxismus bedeutet und nichts anderes darstellt als eine Rechtfertigungs-„theorie" des Opportunismus.

Nach dieser famosen „Theorie" sind die Arbeiterklasse und ihre Partei ohnmächtig gegenüber dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Die Folge ihres Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse suchten diese Opportunisten dem „Entwicklungsstand der Produktivkräfte" in die Schuhe zu schieben. Stalin sagte dazu in seinen Vorlesungen an der Swerdlow-Universität:

> „Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß die Vorbedingung für die Schaffung wirklich revolutionärer Parteien im Westen darin besteht, diese theoretische Verfälschung zunichte zu machen." (J. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 83)

Lenin und Stalin führten gleich Marx und Engels einen beharrlichen Kampf um die Vereinigung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung, um die Schaffung einer revolutionären Kampfpartei des Proletariats, die allein in der Lage ist, jene gesellschaftliche Kraft zu mobilisieren, die zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung fähig ist.

Die Schaffung des sozialistischen Sowjetstaates war der erste große Triumph der Marxschen Ideen. Es hat sich bewahrheitet, daß das Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzen wird,

> „... der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 42)

Die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die damit verbundene Aufhebung des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung, hatte eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft zur Folge. Die von der Fessel der Ausbeutung befreite menschliche Arbeit vermag wahre Wunderwerke zu vollbringen. Die Maschinen, die Technik, in den eben beseitigten gesellschaftlichen Verhältnissen Quellen der Not und des Elends, verwandelten sich in einen Helfer der arbeitenden Menschen. An die Stelle von Ausbeutungsverhältnissen traten Verhältnisse gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit freier Menschen, die nie gekannte schöpferische Energien entfalten.

Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, dessen Ziel in der Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft besteht, erwies sich als mächtigste Triebkraft der Produktion, weil sie an Stelle der profitorientierten „Privatinitiative" einzelner Kapitalisten die millionenfache Masseninitiative der Werktätigen setzt, die im sozialistischen Wettbewerb ihren charakteristischen Ausdruck findet.

Siebzig Jahre nach dem Tod von Karl Marx, des größten Sohnes der deutschen Nation, künden die erste sozialistische Straße, die erste sozialistische Stadt, die ersten sozialistischen Industrie-Giganten davon, daß die Ideen von Marx in seiner eigenen Heimat ihren Siegeszug angetreten haben. Mit diesen Industrie-Giganten wachsen die kostbarsten und wichtigsten Produktivkräfte, wachsen neue Menschen heran, freie, selbstbewußte Menschen, die voll Enthusiasmus am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus arbeiten.

Prof. Dr. Gerhard Schilfert

Marx-Engels-Lenin-Stalin – Zur deutschen Geschichte

(Band I)

Durch die Herausgabe des ersten Bandes des vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED besorgten Sammelwerkes: „Marx-Engels-Lenin-Stalin — Zur deutschen Geschichte" hat das Institut eine von ihm übernommene Verpflichtung, die von der Entschließung der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED ausging, erfüllt. Dem deutschen Volke und der deutschen Geschichtswissenschaft ist damit ein unschätzbares Geschenk gemacht und eine hervorragende Waffe im Kampf gegen die Geschichtsfälschungen in die Hand gegeben worden. Seine wegweisende Bedeutung liegt vor allem darin, daß es die deutsche Geschichtswissenschaft nicht nur bereichert, sondern auch auf eine höhere Stufe hebt.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben nicht nur grundlegende geschichtstheoretische Werke, sondern auch hervorragende historische Einzelarbeiten geschrieben. Diese Schriften sind bedeutsam, nicht nur durch ihr methodisches Vorbild, sondern auch durch ihre mustergültige Art der Darstellung und Erfassung des Wesentlichen. Über die Frage der Interpretation hinaus kommt ihnen eine gewaltige Bedeutung für die Erziehung des deutschen Volkes zum patriotischen Handeln zu.

*

Ein Teil der im vorliegenden Band aufgenommenen Beiträge ist bereits früher veröffentlicht worden. Eine besondere Beachtung verdienen dabei die ersten Beiträge dieses Werkes (bis S. 134)*), die bereits in dem Sammelband „Zur Geschichte und Sprache der deutschen Frühzeit" erschienen sind. Diese Beiträge sind in Verbindung mit dem wertvollen Hinweis Stalins über das Fehlen einer einheitlichen Sprache im Reiche Karls des Großen Richtschnur für Forschung und Lehre der frühen deutschen Geschichte.

Als nächsten möchte ich den Beitrag: „Die Lage der deutschen Bauern im 15. und 16. Jahrhundert" hervorheben. Diese Einschätzung Marx' ist in Verbindung mit der Note, die Engels der dritten Auflage des „Kapital" hinzugefügt hat und mit einigen Briefstellen von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der sogenannten zweiten Leibeigenschaft in Deutschland und der damit zusammenhängenden Probleme. Dieser Beitrag gibt ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus durch ihre Hinweise in entscheidendem Maße Hilfe leisten bei der Lösung wichtigster Fragen, die der deutschen Geschichtsforschung aufgegeben sind.

Durch den zunehmenden Getreidebedarf des westlichen Europa und die steigenden Getreidepreise war für die deutschen, vornehmlich die ostelbischen Großgrundbesitzer schon seit dem 15. Jahrhundert der Anreiz, zur landwirtschaftlichen Großproduktion überzugehen, gegeben. Freie Lohnarbeiter standen hierfür nicht zur Verfügung, so daß die adligen Großagrarier auf die vermehrte Arbeitsleistung der Bauern zurückgreifen mußten. Auf Grund des auf sie ausgeübten außerökonomischen Zwanges wurden die Bauern zur gesteigerten Fronarbeit gezwungen. Dies wiederum führte dazu, daß die feudale Ausbeutung und Abhängigkeit verschärft wurde, daß nach den Worten von Engels die „Leibeigenschaft neu aufgefrischt" wurde und gewissermaßen „in zweiter Ausgabe" erschien.

Der Begriff der zweiten Leibeigenschaft wurde somit von Engels in die Geschichtswissenschaft eingeführt. Schon die Bezeichnung *zweite* Leibeigen-

---

*) Alle Seitenzahlen ohne Angabe der Quelle beziehen sich auf das Werk „Marx - Engels - Lenin - Stalin – Zur deutschen Geschichte", Dietz Verlag, Berlin 1953.

schaft besagt, daß sie einen anderen Charakter trägt als die Leibeigenschaft des Mittelalters. Sie entstand unter gänzlich veränderten ökonomischen Bedingungen und ist deshalb historisch anders zu beurteilen. Während die Leibeigenschaft des 9. bis 11. Jahrhunderts nach Engels' Worten „noch die altgermanische Sklaverei fortsetzte" (S. 614, Brief vom 16. Dezember 1882), trug die zweite Leibeigenschaft dazu bei, die Keime des Kapitalismus auf dem Lande hervorzutreiben. Die kapitalistische Produktion, so stellt Engels fest, kündigt sich auf dem Lande als Periode des landwirtschaftlichen Großbetriebs auf der Grundlage leibeigener Fronarbeit an (S. 153).

Der Begriff der zweiten Leibeigenschaft hat sich als äußerst fruchtbar erwiesen und ist daher aus der marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung nicht mehr wegzudenken. Dies beweisen vor allem die historischen Arbeiten sowjetischer Gelehrter. Ein besonders bedeutsames Beispiel dafür ist der Artikel: „Zweite Leibeigenschaft" in der neuen Ausgabe der großen Sowjetenzyklopädie. Die deutsche Geschichtswissenschaft steht vor der Aufgabe, auch in dieser Frage dem Vorbild der Sowjethistoriker nachzueifern, und vor allem bei den Arbeiten für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes an die Ergebnisse der sowjetischen Geschichtswissenschaft anzuknüpfen. Diese Forderung muß gerade in diesem Falle um so mehr erhoben werden, als die Frage der zweiten Leibeigenschaft geradezu der rote Faden für das Verständnis mehrerer Jahrhunderte der deutschen Geschichte ist.

Eine der verhängnisvollsten Auswirkungen der zweiten Leibeigenschaft liegt darin, daß sie den Beginn des „preußischen Weges" in der Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft vorbereitet hat. Damit war der für die Werktätigen auf dem Lande so unendlich qualvolle Prozeß der Entstehung des deutschen Agrarkapitalismus junkerlichen Typs vorgezeichnet. Ohne die Auswirkung der zweiten Leibeigenschaft zu berücksichtigen, ist es unmöglich, die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland in der Manufakturperiode zu verstehen, die unter den Bedingungen der zweiten Leibeigenschaft gehemmt und verzögert wurde. Auch hierauf hat Engels aufmerksam gemacht: „Beiläufig ist", so schrieb er an Marx am 15. Dezember 1882 (S. 613), „die allgemeine Wiedereinführung der Leibeigenschaft einer der Gründe, warum in Deutschland keine Industrie im 17. und 18. Jahrhundert aufkommen konnte". In enger Beziehung hierzu steht die Schwäche des deutschen Bürgertums, das bei weitem nicht über solche wirtschaftlichen Möglichkeiten verfügte, wie die französische Bourgeoisie in der gleichen Periode. Im Unterschied zu Frankreich gab es in Deutschland keine starke Manufakturbourgeoisie, so daß zur Zeit der französischen bürgerlichen Revolution in Deutschland die Bedingungen für eine solche Revolution nicht gegeben waren. Auch der „verkrüppelte" Charakter des deutschen einzelstaatlichen Absolutismus und das Fehlen einer starken Zentralgewalt, bedingt durch das Fehlen eines nationalen Marktes, steht hiermit im Zusammenhang. Der verhängnisvolle Ausgang der Reformation in Deutschland, die „versumpfte und Deutschland zugrunde richtete", hatte hierauf ebenfalls Einfluß.

Es ist begrüßenswert, daß auch zwei Beiträge zur Entwicklung des Wucherkapitals in dem Sammelband aufgenommen sind. („Die Entwicklung des Geldwesens und der Wucher", S. 168, und „Zins im Mittelalter", S. 172). Die von Marx angeführten Zitate sind bisher viel zu wenig beachtet worden, obwohl sie einen wertvollen Einblick in die Entwicklung des Geldwesens und Geldhandels vermitteln. Es wird in dem erstgenannten Beitrag treffend illustriert, welche fördernde Rolle die römisch-katholische Kirche für die Entwicklung

des Wucherkapitals spielte, so z. B. durch die Tätigkeit der sogenannten römisch-bischöflichen Geldhändler. Zu bedauern ist jedoch, daß nicht auch die dem Abschnitt „Zins im Mittelalter" vorangehenden grundsätzlichen Ausführungen im „Kapital" Band III, Kapitel 30, über die Bedeutung des Wucherkapitals mit aufgenommen worden sind. Damit wäre nicht nur das Wesentliche dieser Frage — wesentlich gerade für die Geschichte des Verfalls des Feudalismus in Deutschland — gebührend betont worden, sondern es hätte sich auch leichter ersehen lassen, warum diese bedeutsamen Stellen bisher in der bürgerlichen deutschen Geschichtsliteratur so wenig Beachtung gefunden haben. Die Ausführungen Marx' über das Wucherkapital beweisen schlagend die Unrichtigkeit der Ansichten der bürgerlichen Apologeten über die Rolle des Wucherkapitals im ausgehenden Feudalismus und die Richtigkeit der von Marx entwickelten Auffassungen in dieser Frage. Sie beweisen gleichzeitig die Überlegenheit der materialistischen Geschichtsdarstellung, die sich in ganz besonderem Maße auch in dem anschließend abgedruckten Beitrag Engels' über den „Kaufmann im Mittelalter" (aus Ergänzung und Nachtrag zum III. Band des „Kapital") dokumentiert. In diesem Beitrag wird die historische Charakteristik des Kaufmanns im späten Mittelalter gegeben, der das „revolutionäre Element in dieser Gesellschaft" war, „wo sonst alles stabil war" (S. 174).

Die drei darauffolgenden Beiträge von Friedrich Engels „Das Aufkommen der Bourgeoisie und die Entwicklung der Wissenschaft, Kunst und Literatur", „Die drei großen Entscheidungsschlachten des Bürgertums gegen den Feudalismus" und „Der Protestantismus — die religiöse Verkleidung der Bestrebungen der aufkommenden Bourgeoisie" gehören inhaltlich zusammen. Sie enthalten die wichtigsten Leitgedanken zur Lösung der Probleme der frühen bürgerlichen Revolution in Deutschland und geben die beste wissenschaftliche Anleitung zur Darstellung dieses Wendepunktes der deutschen Geschichte und darüber hinaus auch der europäischen Geschichte. In erhebenden Worten schildert Engels die Größe des Fortschritts jener Tage, besonders die kopernikanische Wende und ihre säkulare Bedeutung sowie den gewaltigen Aufschwung der Wissenschaft und seine sozialen Wurzeln. Er zeigt, daß das Bürgertum damals zu dieser weltgeschichtlichen Leistung fähig war, weil es zu jener Zeit als fortschrittliche Klasse im Kampf gegen den Feudalismus stand. In diesem Zusammenhang müßte folgender Gedanke Engels' mehr als bisher als Leitgedanke zum Studium der bürgerlichen Revolution dienen: „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde ... Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein" (S. 181). Hier liegt nicht zuletzt der Schlüssel zur Einschätzung nicht nur der Leveller-Bewegung und der Jakobiner-Diktatur in der englischen bzw. französischen bürgerlichen Revolution, sondern auch des Kampfes der revolutionär-demokratischen Kräfte in der deutschen Revolution von 1848/49. Engels weist in der Folge seiner weiteren Ausführungen auf eine Besonderheit der dialektischen Bewegung der Revolution und Reaktion in England im 17. Jahrhundert hin, wenn er davon spricht, daß auf „dies Übermaß revolutionärer Tätigkeit . . . die unvermeidliche Reaktion" folgte, „die ihrerseits weit übers Ziel hinausschoß" (S. 181). Auch in diesem Falle der „Ultrareaktion" läßt sich eine ähnliche Gesetzmäßigkeit annehmen wie im Falle des über das Ziel Hinausschießens der bürgerlichen Revolution. Von noch nicht voll gewürdigter Bedeutsamkeit sind auch die Ausführungen Engels' über die Auswirkungen der Hugenotten-Austreibung durch das absolu-

tistische Regime Ludwigs XIV. in Frankreich. Engels weist nach, daß dieses Ereignis in vielem dazu beitrug, daß die bürgerliche Opposition gegen den französischen Absolutismus entschiedenere, und zwar irreligiöse und antichristliche Züge annahm. Das Christentum wurde fortan, wie Engels sagt, „mehr und mehr Alleinbesitz der herrschenden Klassen" (S. 184), „unfähig ..., irgendeiner progressiven Klasse fernerhin als ideologische Verkleidung ihrer Strebungen zu dienen" (S. 184). Was die bürgerliche Opposition gegen den Absolutismus in Frankreich betrifft, so kann sie nicht genügend gewürdigt werden, wenn man den wichtigen Hinweis Engels' auf die von den Arabern übernommene und von der neu entdeckten griechischen Philosophie „genährte heitere Freigeisterei, die den Materialismus des 18. Jahrhunderts vorbereitete", unbeachtet läßt. Auch alle Probleme der Religionsgeschichte können einer wissenschaftlichen Lösung zugeführt werden, wenn Engels' grundlegende Thesen über den Charakter der Religion (S. 185) zum Ausgangspunkt der Untersuchungen gemacht werden. Die Religion enthält, wie Engels nachweist, „einmal gebildet . . ., stets einen überlieferten Stoff" (S. 185) und knüpft der Form nach an die bisherigen religiösen Anschauungen an. In diesem Umstand liegt jedoch nicht das Wesentliche. Dieses ist vielmehr in den „Veränderungen, die mit diesem Stoff vorgehn", zu suchen. Diese Veränderungen entspringen aus den Klassenverhältnissen. So enthält z. B. die offizielle Lehre der Papstkirche noch überlieferten Stoff früherer Gesellschaftsformationen, Überreste des Überbaus der Feudalperiode (ja, sogar der Sklavenhalterperiode), aber ihr *Wesen* besteht darin, als Stütze und Verteidigerin des kapitalistischen Systems zu fungieren.

Entgegen allen bürgerlichen Auffassungen von der Reformation, die in ihr in erster Linie ein religionsgeschichtliches Ereignis sehen wollen, haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus die Reformation als die erste Revolution der Bourgeoisie in Europa eingeschätzt. Sie stellt nach Lenin den ersten Akt der bürgerlichen Revolutionen in Europa dar. So leitete die Reformation die Ära der bürgerlichen Revolutionen ein, und hieraus erklären sich ihre Ausstrahlungen auf die Länder Europas. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die internationale Bedeutung der Reformation erst in das Licht der richtigen welthistorischen Betrachtungen gerückt. Auch die Ursachen und den Charakter der Reformation haben sie in ihren Wesenszügen klar hervorgehoben. Deutschland konnte — so weist Engels nach — zum Mittelpunkt der ersten bürgerlichen Revolution werden, weil es von 1470—1530 in Europa eine ökonomische Vorrangstellung besaß. Engels beweist auch, daß die Reformation trotz ihrer „religiösen Verkleidung" eine bürgerliche Revolution war. Zu dieser Zeit konnten bei dem jahrhundertelangen Übergewicht der Theologie die Klassenkämpfe im ideologischen Bereich nur in Form religiöser Auseinandersetzungen zutage treten. Da die römisch-katholische Kirche das Zentrum des Feudalsystems war, mußte sich jeder Kampf gegen den Feudalismus „in erster Instanz ... gegen die Kirche" richten (S. 180).

Marx und Engels entwickelten ihre wissenschaftliche Auffassung über die Reformation im ständigen Kampf mit allen bürgerlich-idealistischen Geschichtskonzeptionen. Ein Musterbeispiel für die Zerschlagung auch heute noch in Westdeutschland vertretener Auffassungen des Opportunismus gibt ihre Entlarvung der unwissenschaftlichen Auffassungen Lassalles über die Reformation und den Bauernkrieg in der „Sickingendebatte". Während Lassalle in seinem Sickingen-Drama, von einer idealistischen Auffassung des

Tragischen ausgehend, seinen Helden zugrunde gehen läßt an einem inneren Konflikt mit den überlebten Anschauungen seiner Klasse, die er nicht ganz abschütteln kann, führt Marx den wissenschaftlichen Beweis, daß Sickingen aus objektiven geschichtlichen Gründen zugrunde gehen mußte:

„Er (Sickingen — G. Sch.) ging unter, weil er als *Ritter* und als *Repräsentant einer untergehenden Klasse* gegen das Bestehende sich auflehnte oder vielmehr gegen die neue Form des Bestehenden" (S. 600/601).

Der von Sickingen geführte Reichsritteraufstand der Jahre 1522—1523 mußte also scheitern, weil die Ritter das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten, weil er sich nicht auf die aufsteigenden Klassen und die Bauern orientierte, sondern auf die im Abstieg begriffenen Klassen. Sickingen und Hutten mußten also untergehen, wie Marx in seinem Brief an Lassalle vom 19. April 1859 ausführt, weil sie nur „in ihrer Einbildung Revolutionäre waren ..., in der Tat aber ein reaktionäres Klasseninteresse vertraten" (S. 601).

Indem Marx so die einzig wissenschaftliche Einschätzung des Reichsritteraufstandes gab, enthüllte er gleichzeitig den bauernfeindlichen Standpunkt Lassalles, der die Bauernbewegung im großen deutschen Bauernkrieg als reaktionär verleumdete und es fertigbrachte, die „lutherisch-ritterliche Opposition über die plebejische Münzersche zu stellen". So enthüllt Marx, daß Lassalle nicht auf dem Standpunkt der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen stand, sondern faktisch die Position eines Agenten der besitzenden Klassen bezog. An diese Äußerung von Marx anknüpfend hat Lenin (S. 284) den klassengegnerischen und arbeiterfeindlichen Charakter solcher Äußerungen mit aller Schärfe gebrandmarkt.

Auch die wissenschaftliche Klärung der Rolle Luthers und der Bedeutung der lutherischen Reformation ist nur auf Grund der von unseren Klassikern gegebenen Einschätzung möglich. Luther hat, so führt Marx in seiner Arbeit: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung" aus, den „Leib von der Kette emanzipiert, weil er das Herz in Ketten gelegt" hat (S. 281). Die lutherische Reformation hat die Protestanten von dem äußeren Zwang des geistlichen Feudalismus befreit, hat sie aber gewissermaßen mit religiöser Sanktion dem Fürsteninteresse ausgeliefert. In seinem Brief an Kautsky vom 1. Februar 1892 weist Engels darauf hin, wie wichtig es ist, „zwischen dem Luther *vor* Karlstadt und den Wiedertäufern und dem Bauernkrieg und dem Luther *nachher*" zu unterscheiden (S. 618). Die neueste Geschichtsforschung, vor allem die der sowjetischen Historiker, hat ergeben, daß in der Tat der den Volksmassen feindliche besitzbürgerliche und fürstenfreundliche Charakter der lutherischen Reformation seit den Wittenberger Unruhen von 1522 deutlich in Erscheinung zu treten begann. Seit dieser Zeit trat auch die nationale Bedeutung Luthers zurück wie die Thomas Münzers und seiner Volksreformation stieg, bis Luther dann durch seinen Verrat an den Bauern seine nationale Aufgabe vollständig preisgab.

Die Seiten 285 bis 516 des Buches nehmen die „Chronologischen Auszüge" ein, die Karl Marx wahrscheinlich am Ende der 70er und am Anfang der 80er Jahre niedergeschrieben hat. Sie waren bisher in deutscher Sprache nicht veröffentlicht. Diese Auszüge beweisen, mit welchem Fleiß und welcher Genauigkeit Karl Marx sich ein bis ins einzelne gehendes Tatsachenwissen erwarb. Ein Vergleich mit der von Marx benutzten Ausgabe der Weltgeschichte Schlossers zeigt, daß es Marx darauf ankam, die Hauptmomente der politischen Geschichte Deutschlands nachzuzeichnen, die allein

von Schlosser berücksichtigt wurde. Aus dem Charakter der Auszüge ergibt sich, daß Marx lediglich kurze Einschätzungen und Bemerkungen einstreuen konnte und wollte, Bemerkungen, die mit wenigen Worten den Nagel auf den Kopf treffen, wie z. B. die Bemerkung über die dumm-fanatische Teufelsgläubigkeit Luthers (S. 318). Einige Hinweise von Marx verweisen auf die Notwendigkeit einer grundsätzlich neuen Anschauung, so z. B. des Krieges zwischen Albrecht von Kulmbach, der Ritterschaft und den deutschen Landesfürsten im Jahre 1552, den Marx für weitaus charakteristischer für die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Gruppen hält, als den Sickingenaufstand von 1522 bis 1523.

Auch die Darlegung des Klassencharakters des 30jährigen Krieges, die in der fortschrittlichen deutschen Geschichtswissenschaft noch längst nicht in ausreichendem Maße erfolgt ist, kann nicht ohne Berücksichtigung der chronologischen Auszüge Marx' vorgenommen werden. Der 30jährige Krieg war auf der einen Seite ein Kampf der Territorialfürsten Deutschlands gegen die kaiserliche Zentralgewalt. Gleichzeitig kämpften die Landesherren im Inneren aber auch gegen die ständische Mitbestimmung für die Errichtung eines absolutistischen Regimes. Der habsburgische Kaiser wurde in diesen Kampf in doppelter Weise hineingezogen. Einmal mußte er sich mit seinen Landesständen in den habsburgisch-österreichischen Erblanden, zum zweiten aber auch mit den fürstlichen Reichsständen auseinandersetzen. Diese strebten zwar in ihren Ländern nach der Errichtung des Absolutismus, wollten aber keineswegs ein absolutistisch-kaiserliches Regime im ganzen Reiche dulden, wie es z. B. Wallenstein anstrebte. Eine straffe, absolutistisch regierende Zentralgewalt hätte die Landesfürsten zu Statthaltern des Kaisers herabgedrückt. Einem solchen Streben der Zentralgewalt widersetzten sich, im Bund mit den Landesfürsten, auch die Nachbarmächte Deutschlands, besonders Frankreich.

So ist der 30jährige Krieg auch ein Kampf mit dem sich festigenden Absolutismus Frankreichs, der im Bund mit einem Großteil der Landesfürsten die Entstehung eines einheitlichen, absolutistischen Regimes in ganz Deutschland verhindern will. Zugleich kämpfte Frankreich auch in seinem eigenen Interesse gegen die Frankreich umklammernde habsburgische Weltmacht. In diesem Kampfe wurde Frankreich von Schweden unterstützt, das die vollständige Herrschaft an der Ostsee anstrebte, die die Beherrschung der Schweden gegenüberliegenden deutschen Küstengebiete einschloß. Schweden seinerseits genoß ebenso wie Frankreich die Hilfe vieler deutscher protestantischer Fürsten, die eine Stärkung der katholisch-habsburgischen Zentralgewalt nicht zulassen wollten.

Der Auszug aus dem 1889/1890 zum erstenmal in der „Neuen Zeit" erschienenen Aufsatz von Friedrich Engels: „Die gegenwärtige Politik des russischen Zarenhauses" enthält den sehr wichtigen Hinweis, daß die Geldzirkulation ohne den jährlichen Zufluß französischer Bestechungsgelder in Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem 30jährigen Krieg nicht hätte vonstatten gehen können. Dieser Fingerzeig Engels' verdient es, mit allen seinen Konsequenzen sorgfältig untersucht zu werden. Er beweist schlagender als andere Belege die Schwäche des damaligen Deutschland.

In noch höherem Maße verdient Engels' Bemerkung über die Grundzüge der russischen Politik zur Zeit Peters des Großen und die zunehmende Abhängigkeit der preußischen Politik von der Rußlands zur Richtschnur historischer Untersuchungen gemacht zu werden. Von größter Wichtigkeit für die

Erforschung der deutschen Geschichte in der Zeit von 1648 bis 1789 sind die aus dem Werk „Die deutsche Ideologie" übernommenen Hinweise von Marx und Engels (S. 519/520). Sie enthalten zwei Thesen, deren Berücksichtigung für die Ausarbeitung einer neuen Darstellung dieses Geschichtsabschnittes unumgänglich ist. Die Entwicklung des deutschen Manufakturkapitalismus vollzog sich unter erheblichen Hemmnissen. Das bedeutendste Hemmnis war die Festigung der zweiten Leibeigenschaft. Zu diesem und anderen inneren Gründen für die Zurückgebliebenheit des deutschen Manufakturkapitalismus kommen noch schwerwiegende äußere Gründe, die wiederum vorwiegend durch die Rückständigkeit Deutschlands gegenüber Westeuropa bedingt sind: „... die Leinenmanufaktur, d. h. die auf dem Spinnrad und Handwebstuhl beruhende Industrie", kam „in Deutschland gerade zu derselben Zeit zu einiger Bedeutung ..., als in England diese unbeholfenen Instrumente durch Maschinen verdrängt wurden" (S. 519). Dieses von Marx und Engels in einem Satz zusammengefaßte Moment hatte für die gewerbliche Entwicklung Deutschlands die verhängnisvollsten Folgen. Zu der Zeit, als sich das deutsche Leinengewerbe mühsam soweit entwickelt hatte, daß es mit der bisherigen englischen Textilindustrie hätte in Konkurrenz treten können, wurde seine Geltung auch schon wieder durch die Einführung der neuen maschinellen Textilproduktion in England untergraben. Der Aufschwung des deutschen Leinengewerbes wurde nunmehr durch die überragende englische Wirtschaftskraft zunichte gemacht, und das abermals konkurrenzunfähige deutsche Leinengewerbe fristete noch jahrzehntelang ein kümmerliches Dasein, während die gesamte englische Textilindustrie Weltgeltung errang. Die gehemmte, schwache industrielle Entwicklung Deutschlands, die das Beispiel des Leinengewerbes besonders augenfällig macht, bedeutet aber gleichzeitig das Fehlen einer starken ökonomischen Triebkraft zur Überwindung der Zersplitterung Deutschlands, die sich ihrerseits wiederum äußerst ungünstig auf die industrielle Entwicklung auswirken mußte. Aus diesem Teufelskreis gab es im 18. Jahrhundert in Deutschland keinen Ausweg. Es gab gewesene Stände und ungeborne Klassen (S. 250), aber keine gesellschaftliche Kraft, die fähig gewesen wäre, diesen fatalen Teufelskreis zu durchbrechen. Infolge des Fehlens der dazu notwendigen ökonomischen Bedingungen gab es keine gesamtdeutsche politische Machtkonzentration. Daher kam auch die absolute Monarchie in Deutschland nur in ihrer „allerverkrüppeltsten halbpatriarchalischen Form" vor, in der Form eines das französische Vorbild nachäffenden Duodez-Absolutismus, der die nationale Einheit nicht wie in Frankreich bis zu einem gewissen Grad förderte, sondern im Gegenteil, die weitere Zersplitterung begünstigte.

Der nächstfolgende Beitrag ist Engels' Konspekt über die Arbeit von „G. v. Gülich — Deutschland". Alle Vorzüge, die der Konspekt über „Das Kapital" aufweist, finden wir auch hier vereinigt. Vor allem versteht es Engels, die Einzelfeststellungen des Gülichschen Buches hervorzuheben, die für die gesamte zukünftige Entwicklung Deutschlands bedeutsam sind, wie z. B. die Ausführungen über die bereits auf das 17. Jahrhundert zurückführenden Gründe der späteren industriellen Überlegenheit Norddeutschlands. Das genauere Studium der von Engels angewandten Arbeitsmethode im einzelnen ist für jeden, der sich näher mit der deutschen Geschichte beschäftigt, unerläßlich und ergibt eine Reihe von wichtigen Lehren zur Kenntnis der Zusammenhänge.

Friedrich Engels' „Notizen über Deutschland", die er niederschrieb, um sie bei einer geplanten Erweiterung und Neuausgabe der Schrift über den Bauern-

krieg zu verwenden, enthalten eine Reihe von wertvollen Hinweisen. Vor allem sind es zwei Thesen Engels' aus diesen Notizen, die besondere Beachtung verdienen:

1. „Das deutsche Bürgertum machte seine Revolution, die zeitgemäß in religiöser Form erschien, in der (Form der) Reformation." (S. 563)
2. Der „Zustand Deutschlands 1789 ... Die reine Sackgasse — nur von außen konnte Hilfe kommen, die französische Revolution brachte sie." (S. 565/566)

Diese Thesen sind dazu geeignet, Anlaß zu geben, das Problem der bürgerlichen Revolution in Deutschland der genauesten Untersuchung zu unterziehen. Die frühe bürgerliche Revolution in Deutschland war durch die Niederschlagung der Bauern und des Reichsritteraufstandes zur Niederlage verurteilt. Infolge dieser Niederlage blieb die Reformationsbewegung auf das Religiöse beschränkt und trug so einen „spezifisch theologisch-theoretischen Charakter". Dank dieser Eigenschaften konnte sie wiederum in den Dienst des Fürsteninteresses gestellt werden und wurde so zur Fürstenreformation. Dieser negative Ausgang der revolutionären Bewegung im 16. Jahrhundert trug seinerseits in erheblichem Maße dazu bei, daß sich Deutschland am Vorabend des Ausbruchs der bürgerlichen französischen Revolution in dem Zustand befand, der in den Notizen auf Seite 565/566 mit wenigen Sätzen treffend geschildert wird:

> „(Der) Zustand Deutschlands 1789. a) Ackerbau und Bauernverhältnisse. Leibeigenschaft, Prügel, Abgaben. b) Industrie — reine Hungerleiderei, wesentlich Handarbeit, aber in England schon der Anfang der großen Industrie, und die deutsche (ist), schon ehe sie (sich) voll entwickelte, dem Tode geweiht. c) Handel — passiv. d) Soziale Stellung des Bürgers gegenüber Adel und Regierung. e) Politisches Hindernis der Entwicklung — die Zersplitterung. Schilderung nach Menke. Zölle verhindern die Flußschiffahrt. Free trade an den inneren Grenzen erzeugt durch die Zerstückelung, Zölle meist städtische Konsumabgaben.
>
> (Die) deutschen Fürsten, hilflos zum Guten, selbst wenn (sie) aufgeklärt (waren) — wie die Beschützer Schubarts und Karl August — gingen auch alle mit Vergnügen lieber in den Rheinbund, als (einen) Krieg auszufechten. Die Invasion 1806 (war) die Probe, wo es ihnen an den Kragen ging. Und dabei jeder dieser tausend Fürsten absolut rohe, ungebildete Lumpen, von denen Zusammenwirken nie zu erwarten (war), Launen stets in Masse (Schlözer). Soldatenhandel im amerikanischen Krieg. Doch ihre größte Schandtat war ihre *bloße Existenz*." (S. 565/566)

So war Deutschland 1789 noch ein feudales Land, in dem eine bürgerliche Revolution nicht möglich war, aber die Auswirkungen einer siegreichen Revolution im westlichen Nachbarland konnten den Feudalabsolutismus in Deutschland erheblich schwächen und das Heranreifen von Bedingungen für eine bürgerliche Revolution beschleunigen. Dies blieb den herrschenden Klassen Deutschlands nicht verschlossen, und es ist daher sehr bedeutsam, daß Engels darauf hinweist, daß Preußen und Österreich sich plötzlich einig wurden, als die deutschen Bauern in Elsaß und Lothringen sich der französischen Revolution anschlossen. Am Ende dieser Notizen geht Engels auch auf die glanzvollen kulturellen Leistungen des deutschen Volkes in der Zeit um 1800 ein, die zu den wertvollsten Überlieferungen unseres nationalen Kulturerbes zählen. Der Schlußsatz der Notizen: „Diese (Zeit) der größten Erniedrigung

von außen koinzidiert mit der Glanzperiode der Literatur und Philosophie und der Kulmination der Musik in Beethoven" (S. 566), muß allen fortschrittlichen Historikern ein Ansporn sein, sämtliche damit zusammenhängenden Fragen einer gründlichen wissenschaftlichen Klärung zuzuführen.

Die auf den Seiten 567 bzw. 579 folgenden Stellen aus dem „Kapital" geben ebenfalls wichtigste Fingerzeige für die historische Forschung. Die erste Stelle leitet zum vertieften Studium der Lage der Arbeiter in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege an, in der sich ihre gesamten Lebensbedingungen verschlechterten, die zweite zur richtigen Einschätzung der preußischen Monarchie unter Friedrich II., die, wie Marx sagt, ein „Regierungsmischmasch von Despotismus, Bürokratie und Feudalismus" war.

Es erscheint zweckmäßig, bereits an dieser Stelle den letzten Beitrag des Werkes, den von Marx zuerst in der Zeitung „The People's Paper" veröffentlichten Aufsatz: „Das göttliche Recht der Hohenzollern" zu behandeln. In diesem Aufsatz wird die erzreaktionäre Rolle der Hohenzollern in der Geschichte dargelegt und mit treffender Ironie gezeigt, warum Friedrich II. von seinen reaktionären Bewunderern den Beinamen des „Einzigen" erhielt. Dieser Aufsatz ist besonders dazu geeignet, als Rüstzeug für den entschiedenen Kampf gegen die borussische Legende von der „göttlichen" Sendung der Hohenzollern zu dienen sowie gegen die Verherrlichung des Preußentums in allen seinen Spielarten, wie sie in den Reihen der Feinde des Fortschritts und der Demokratie in den widerwärtigsten Formen auftritt, um der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen das Weltfriedenslager zu dienen. Ohne die Zerschlagung dieser Legenden kann der Kampf des deutschen Volkes um Einheit und Freiheit, Demokratie und Sozialismus nicht siegreich zu Ende geführt werden. Bei der historischen Richtigstellung der Rolle der Hohenzollern ist es notwendig, von der Äußerung Marx', daß es in der Liste der Hohenzollernregenten immer nur drei Charaktermasken gab: „Pietist, Unteroffizier und Hanswurst", auszugehen (S. 600).

Eine für die Geschichtswissenschaft besondere Beachtung muß der Beitrag Karl Marx': „Über die absolute Monarchie" beanspruchen, der einem gegen Heintzen gerichteten Aufsatz aus dem Jahre 1847 entstammt. Vor allem zwei Feststellungen aus diesem Auszug sind grundlegend für die Beurteilung der absolutistischen Periode in Deutschland. Die erste dieser Feststellungen besagt, daß die deutsche Bourgeoisie sich so sehr verspätet hat, „daß sie in dem Augenblick ihren Kampf mit der absoluten Monarchie beginnt ..., wo in allen entwickelten Ländern die Bourgeoisie schon im heftigsten Kampf mit der Arbeiterklasse begriffen ist und wo ihre politischen Illusionen bereits im europäischen Bewußtsein überlebt sind" (S. 583). Die Bourgeoisie schreckt aus Furcht vor dem Proletariat davor zurück, ihre eigene Revolution durchzufechten. Infolge des verkrüppelten Entwicklungsganges der deutschen Bürgerklasse (S. 581) steht sie schon im Kampf mit dem Proletariat, bevor sie selbst die politische Herrschaft erlangt hat. Die Bourgeoisie verrät deshalb ihre historische Aufgabe, die bürgerliche Revolution durchzuführen. Sie wirft sich der Reaktion in die Arme und macht sich Illusionen über die Möglichkeit, den absolutistischen Staat des preußischen Monarchen in eine bürgerliche Monarchie umzuwandeln. Die Reaktion sucht die Bourgeoisie in ihrem Wahn zu bestärken, daß eine Umgestaltung der absolutistischen Monarchie ohne Kampf möglich sei. Demgegenüber stellt Marx ausdrücklich fest: „das absolute König-

tum in Preußen, wie früher in England und Frankreich, läßt sich nicht gütlich in (ein) bürgerliches verwandeln" (S. 585). Marx beweist mit diesem Beispiel, daß die alte herrschende Klasse niemals freiwillig abtritt, sondern daß ihr Widerstand nur durch den Kampf zu brechen ist. Er zeigt, daß das energische Vorgehen gegen die Irrlehren einer Klassenversöhnung eine unabdingbare Aufgabe ist.

*

In ihren einzelnen Aufsätzen, Einleitungen, Aufzeichnungen und Bemerkungen beweisen die Klassiker des Marxismus-Leninismus ihre Meisterschaft, vor allem in der genialen Erfassung des Kernes der Dinge, der jeweils entscheidenden Triebkräfte und der spezifischen Gesetze des Werdens und Vergehens einer historischen Erscheinung. Bereits dieser erste Band beweist zur Genüge, daß es notwendig ist, „zum Studium der deutschen Geschichte mehr als bisher die umfassenden geschichtlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels sowie die Stellungnahme von Lenin und Stalin zu wichtigen Ereignissen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes heranzuziehen".*)

Das Erscheinen dieses ersten Bandes des Sammelwerkes beweist bereits die große Bedeutung der Erfüllung der auf dem III. Parteitag der SED gestellten Forderungen: durch die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung zur Zerschlagung der unwissenschaftlichen Geschichtsauffassungen, zur richtigen Erziehung der heranwachsenden Generation und zur Entfaltung des Kampfes für die nationale Einheit Deutschlands beizutragen.

Die notwendige kritische Auseinandersetzung mit allen Entstellungen der Geschichte des deutschen Volkes, der Kampf gegen alle reaktionären Geschichtsfälschungen kann nur mit Hilfe unserer Klassiker erfolgreich geführt werden. Dies gilt in noch höherem Maße für die erzieherischen Aufgaben der Geschichtswissenschaft bei der Entwicklung des patriotischen Bewußtseins unserer Werktätigen und der Bereitschaft zur Verteidigung unserer demokratischen Errungenschaften. Diese Aufgaben zu erfüllen, ist die vornehmste Pflicht, die den deutschen fortschrittlichen Historikern im Karl-Marx-Jahr 1953 aufgegeben ist.

Die deutschen fortschrittlichen Historiker müssen sich dieses wertvollen Schatzes, der dem deutschen Volk zum Karl-Marx-Jahr von der SED geschenkt wurde, würdig erweisen. Mögen sie immer dessen eingedenk sein, daß die Aufgaben eines fortschrittlichen Historikers unserer Tage nur zu lösen sind im ständigen Kampf gegen alle Spielarten der imperialistischen Ideologie, ein Kampf, der nur siegreich beendet werden kann, wenn wir die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus beherzigen. Wenn diese Bemühungen im Mittelpunkt aller Arbeiten unserer Historiker stehen, dann wird es diesen gelingen, eine wirkliche Nationalgeschichte des deutschen Volkes unter Wahrung der großen revolutionären und fortschrittlichen Traditionen und der wertvollen Überlieferungen des nationalen Kulturerbes unseres Volkes zu schaffen und damit einen wichtigen Beitrag im Kampf des deutschen Volkes um Einheit in Frieden und Freiheit, für Demokratie und Sozialismus zu leisten.

---

*) Walter Ulbricht, „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 122

Walter Ulbricht

Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923

(Schluß)

Die revolutionäre Krise im Herbst 1923

Aus Furcht vor der herannahenden revolutionären Krise hatte die Stresemann-Regierung vor Frankreich kapituliert und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung der revolutionären Bewegung gerichtet.

Für die Arbeiterklasse gab es nur zwei Wege: entweder Duldung der Stresemannpolitik, das heißt Wiedererstarken des deutschen Imperialismus — Not, Elend, Versklavung und Krieg, oder Kampf für die soziale und nationale Befreiung und Errichtung einer Arbeiter-und-Bauernregierung, das heißt wirkliche Demokratie und Frieden.

In den Massen wuchs der Wille zum entscheidenden Kampf. Sie wollten nicht mehr in der bisherigen Weise leben. Mehr als 60 Prozent der Arbeiter waren Kurzarbeiter oder arbeitslos. Gegenüber der Vorkriegszeit waren die Lebenshaltungskosten am 23. August 1923 um das 1 548 871fache gestiegen. Um den Grundlohn von 60 Friedenspfennig zu erhalten, hätte der Stundenlohn 929 223 Mark betragen müssen. Eine Straßenbahnfahrt kostete 100 000 Mark. Für einen Tagesverdienst von 4 Mark vor dem Kriege bekam man eine Warenmenge, für die man Mitte September 58 Millionen Mark oder das 14,5millionenfache aufwenden mußte. Ein gelernter Arbeiter bekam aber im Höchstfalle in der Woche 126 Millionen Mark, für die er zwei Tage in der Woche leben konnte. Alles rechnete nur noch in Dollar. Der Dollar wurde der eigentliche Wertmesser. Er war der Faktor für die Preisbildung. So lenkten die amerikanischen Finanzhyänen ihre Geschäfte in Deutschland. 220 Millionen Mark hatten den Wert eines Dollars. Das steigerte sich in die Billionen und weiter. Der tägliche Dollarkurs wurde statt des Wetters zum Tagesgespräch. Im Herbst 1923 war der Höhepunkt der Krise erreicht. Das Gespenst des Hungers war bei den Werktätigen ständig zu Gast.

In dieser Situation forderten die klassenbewußten Arbeiter die Bewaffnung. Am 27. September erklärte Ebert den militärischen Ausnahmezustand, und die vollziehende Gewalt ging faktisch an Seeckt und seine Generale über.

Ende September führten die Monarchisten in München eine Parade durch. Einige Tausende ehemalige Angehörige des „Bayerischen Leibregiments" marschierten wieder im Stechschritt und bewaffnet durch die Stadt. Bayern war ein Hauptstützpunkt der Monarchisten. Ihr Führer Kahr, schon bekannt aus dem Kapp-Putsch, ernannte sich zum Generalstaatskommissar von Bayern und kümmerte sich sehr wenig um die Berliner Anordnungen — und Ebert war damit einverstanden. Aber nicht nur in Bayern, sondern auch bei den ostelbischen Junkern hatten sich seit 1918 die monarchistisch-faschistischen Banden gesammelt. Der 1. Oktober war für sie der „Tag X". Es sollte mit dem faschistischen Terror in ganzer Breite begonnen werden. Abteilungen der „Schwarzen Reichswehr" versuchten die Festung Küstrin zu besetzen, doch der Putsch wurde sehr schnell niedergeschlagen. Aber die deutschen Konzernherren setzten auf mehrere Karten Nachdem sie sich mit dem internationalen Kapital geeinigt hatten, sollten die Arbeiter mit Waffen „zur Ordnung" gerufen werden.

Im Rhein- und Ruhrgebiet erhoben in den letzten Septembertagen die Separatisten ihr Haupt und wurden dabei besonders von den französischen Kapita-

listen unterstützt. 1919 hatte die Arbeiterklasse diesen Verrätern an der Nation die nötige Abfuhr erteilt, aber trotzdem versuchten sie es wiederum.

An der Spitze der Separatistenbewegung standen der Bankier Hagen, der Konzernvertreter Otto Wolf und der damalige Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer. Ihr Plan war, das Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland zu trennen und eine „Rheinische Republik" zu bilden. Adenauer sagte auf einer Separatistenkundgebung in Köln folgendes: „Entweder wir kommen direkt als Pufferstaat zu Frankreich, oder wir werden eine westdeutsche Republik — ein Drittes gibt es nicht."

In Düsseldorf sollte am letzten Sonntag des September 1923 in einer Riesenkundgebung auf den Rheinwiesen die „Rheinische Republik" ausgerufen werden. Besprechungen, die auf Initiative der Kommunistischen Partei mit verschiedenen offiziellen Stellen, z. B. mit dem Oberbürgermeister von Düsseldorf, stattfanden, mit dem Ziel, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um erstens zu verhindern, daß Separatisten in nennenswerter Zahl aus dem Rheinland nach Düsseldorf transportiert wurden und um zweitens in Düsseldorf die gesamte Bevölkerung zu einer machtvollen Gegenkundgebung auf die Beine zu bringen, blieben ergebnislos. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf, unterstützt von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen, wandte sich gegen jede aktive Gegenwehr. Die bürgerlichen Parteien beschlossen, die Bevölkerung aufzurufen, am Sonntag der Straße fern zu bleiben und die Separatisten „unter sich" zu lassen. Sie erklärten in Aufrufen, dieser Septembersonntag müsse in Düsseldorf ein toter Sonntag werden. Sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer wichen zurück und unternahmen nichts.

Daraufhin übernahm die KPD unter der Führung von Walter Stöcker die Organisierung der Abwehr der separatistischen Umtriebe. Aus dem ganzen Ruhrgebiet wurden kleine bewaffnete Stoßtrupps nach Düsseldorf gezogen, die den Auftrag erhielten, die Ausrufung der „Rheinischen Republik" unmöglich zu machen. Als mittags gegen 14 Uhr die Separatisten auf den Rheinwiesen versammelt waren und die Kundgebung beginnen sollte, griffen einige Stoßtrupps mit Handgranaten von der höher gelegenen Rheinuferstraße die versammelten Separatisten an. Einige wenige Handgranaten genügten, und die ganze Separatistenbande versuchte in völliger Auflösung und Panik die Rheinwiesen zu räumen und in die Stadt zurückzukommen. Von einer Kundgebung oder Ausrufung der „Rheinischen Republik" konnte keine Rede mehr sein.

In der Stadt dauerten die Kämpfe mit Polizei und französischen Besatzungstruppen bis zum späten Abend an, doch da die Arbeiter nur in kleinen, aber gut bewaffneten Trupps operierten, erlitten sie weder Verluste noch kam es zu Verhaftungen.

In Köln hatte die Partei auf Anweisung von Wilhelm Florin an einigen Stellen nördlich und südlich von Köln die Eisenbahnlinie gesperrt, so daß die gesamten Sonderzüge mit Separatisten, die aus dem südlichen Rheinland und dem Saargebiet nach Düsseldorf kommen sollten, bei Köln stecken blieben. Auch hier erlitten die Einsatztruppen der Partei keinerlei Verluste.

Trotz des Aufrufes der bürgerlichen Parteien, diesen Sonntag in Düsseldorf zu einem „toten" Sonntag zu machen, waren an diesem Tag in Düsseldorf gewaltige Massen von Arbeitern auf der Straße, und zwar nicht nur Arbeiter aus Düsseldorf, sondern auch aus den nahegelegenen großen Industriestädten, sie hatten zum größten Teil Düsseldorf in stundenlangem Fußmarsch erreicht, da ihnen der Bahntransport an diesem Tage unmöglich gemacht war.

Mit Hilfe der französischen und der belgischen Bajonette versuchten die Separatisten dann in Aachen, Mainz, Wiesbaden und anderen Orten die „Rheinische Republik" auszurufen. Ende Oktober bildeten sie die „Provisorische Regierung der Rheinischen Republik".

Wie die Separatisten hausten, darüber berichtete später der Pfarrer Junkersfeld in der „Essener Allgemeinen Zeitung" vom 2. Januar 1929:

„Das Dorf Höfel wurde von den Separatisten überschwemmt. Die Fenster und Türen in den Häusern wurden eingeschlagen, die Frauen und Kinder mit Schußwaffen bedroht. Es wurde geplündert, Gold- und Silbersachen geraubt, die besten Kleider mitgenommen, drei ältere Leute als Geiseln vor ihnen hergetrieben. Der ganze Ort war bald ein Bild der Verwüstung."

Durch den mutigen Kampf der Bevölkerung wurden die Separatisten vertrieben. Vierzehn Tote ließen sie zurück. Der Verrat an der Nation war durch das geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse mißlungen.

In der „Kölnischen Volkszeitung" schrieb ein Zentrumsabgeordneter unter der bezeichnenden Überschrift „Klarer Wille" folgendes:

„Heute wird der Ansturm der dunklen Helfershelfer der Sonderbündler von dem eindeutigen Willen der Bevölkerung von rechts bis zur äußersten Linken glatt erledigt. In München-Gladbach standen die Kommunisten im Vordergrund der Befreier des Rathauses. Gelingt es nicht, in wenigen Wochen Arbeit, Brot und Geld zu schaffen, dann könnte es leicht der Fall sein, daß dieselben Kommunisten und andere wieder auf den Rathäusern erscheinen, aber nicht um zu befreien, sondern um zu diktieren. Wir gehen Hungerrevolten entgegen. Das törichte Experiment der Sonderbündler hat diese Entwicklung nicht hingehalten, sondern beschleunigt. Geben wir acht, daß uns die kommende Woge nicht in den Abgrund wirft."

Das Ansteigen der Inflation ins Uferlose, die ungeheuren Repressalien gegen die Arbeiterklasse verstärkten in den Massen den Willen zum Widerstand. Genosse *Ernst Thälmann* schilderte in seinen „Lehren des Hamburger Aufstandes" die damalige Situation folgendermaßen:

„Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland. Schon vorher war an der Ruhr, in Hannover, in Oberschlesien, in Bayern und anderen Teilen Deutschlands geschossen worden. Jetzt wurde es mit jedem Augenblick klarer, daß eine friedliche Entscheidung nicht mehr möglich war. Der erbarmungslose gewaltsame Kampf zwischen Klasse und Klasse wurde unvermeidlich. Aus den Streiks wurden Zusammenstöße, aus den Kundgebungen wurden blutige Kleinkämpfe zwischen Arbeitern und Polizei in Dutzenden deutscher Städte. Es kam der Augenblick, von dem Lenin in seinen ‚Lehren des Moskauer Aufstandes' im Jahre 1906 sprach: Es zeigte sich, ‚daß der Generalstreik sich als selbständige Hauptform des Kampfes überlebt hat, daß die Bewegung mit unaufhaltsamer Elementargewalt aus diesem engen Rahmen hinausgeht und eine höhere Form des Kampfes, den Aufstand erzeugt'.

Diesem Augenblick näherten wir uns im Oktober 1923 mit unheimlicher Schnelligkeit. Eine unmittelbar revolutionäre Situation war vorhanden." („Die Rote Fahne", Nr. 245, 23. Oktober 1925)

Nach der Einschätzung der Kommunistischen Internationale waren im Oktober 1923 die objektiven Voraussetzungen für den revolutionären Kampf um

die Macht der Arbeiterklasse gegeben. Genosse *Stalin* schrieb über die revolutionäre Situation Deutschlands im Herbst 1923:

> „Im Juli oder Anfang August 1923 bestand in Deutschland noch nicht jene tiefe revolutionäre Krise, die Millionenmassen auf die Beine bringt, das Paktierertum der Sozialdemokratie entlarvt, die Bourgeoisie vollends desorganisiert und die Frage der sofortigen Machtergreifung durch die Kommunisten auf die Tagesordnung setzt. Natürlich konnte bei der Lage im Juli—August in Deutschland keine Rede sein von einer *sofortigen* Machtergreifung durch die Kommunisten, die noch dazu in den Reihen der Arbeiterklasse in der *Minderheit* waren . . .
>
> Aber zwei Monate später vollzieht sich in Deutschland eine schroffe Veränderung der Lage in der Richtung, daß sich die revolutionäre Krise verschärft. Poincaré unternimmt einen militärischen Angriff auf Deutschland; die Finanzkrise in Deutschland nimmt katastrophalen Charakter an; innerhalb der deutschen Regierung beginnen Zerfall und ständiger Ministerwechsel; die revolutionäre Welle steigt und droht die Sozialdemokratie zu sprengen; es beginnt ein Massenübertritt der Arbeiter von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten; die Frage der Machtergreifung durch die Kommunisten tritt auf die Tagesordnung." (J. Stalin, Werke, Bd. 10, S. 62-64, russ., deutsch: „Einheit", Heft 19, 1951, S. 1471)

Vor der KPD stand die geschichtliche Aufgabe, den Massen den revolutionären Ausweg aus der Krise zu zeigen, in Teilkämpfen die Aktionseinheit zu schmieden, die Mehrheit der Arbeiterklasse und große Teile der werktätigen Bauern zu gewinnen, gleichzeitig die Bewaffnung der Hundertschaften zu organisieren und den Aufstand zum Sturze der Regierung Stresemann und für eine Arbeiter-und-Bauernregierung vorzubereiten.

Die Zentrale der KPD hatte den Beschluß zur Bildung eines Ständigen Militärischen Rates gefaßt, dessen Vorsitz der Genosse Ernst Schneller übernahm und zu dessen ständigen Mitgliedern u. a. Genosse Walter Ulbricht gehörte. Unter Führung der Partei gingen die fortschrittlichen Arbeiter noch entschlossener an die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften, denn die Aktionen von Kahr in Bayern, die Aktionen der „Schwarzen Reichswehr" und der Separatisten in ganz Deutschland zur Unterdrückung der Arbeiterklasse stellten diese Frage auf die Tagesordnung.

Der Militärische Rat der KPD organisierte die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften. Aus Suhl, Pirna, Chemnitz und Potsdam wurden Waffen beschafft. Die Arbeiter aus Suhl leiteten einige Waffenlieferungen, die für die reaktionären Mordbanden gedacht waren, zu den Verteilerstellen der KPD. Ein Teil der Waffen wurde gekauft. Einige Soldaten der Potsdamer Regimenter unterstützten die Bewaffnung der Arbeiter. In Chemnitz konnte durch die Wachsamkeit der Eisenbahner auf dem Güterbahnhof ein großer Schuppen voller Kisten mit Gewehren und Munition, die für die Separatisten bereitgestellt waren, entdeckt und die Waffen abtransportiert werden. In Koffern transportierten die Genossen Sprengstoffe aus einem Lager in Berlin-Charlottenburg zu wichtigen Verkehrsknotenpunkten in Mitteldeutschland. In Hamburg organisierten die Seeleute und Hafenarbeiter unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann die Bewaffnung.

Dabei bestand jedoch folgender Mangel: Der Beschluß der Zentrale, die proletarischen Hundertschaften zu bewaffnen, wurde als Angelegenheit einer

konspirativen Gruppe betrachtet. Den Arbeitern in den proletarischen Hundertschaften wurde nicht die Aufgabe gestellt, die Selbstbewaffnung durchzuführen.

Der Militärische Rat hatte wohl erkannt, worin der Fehler bestand, doch hatte man eine Trennung der politischen Führung von der militärischen Vorbereitung vorgenommen. Der Militärische Rat beschränkte sich hauptsächlich auf die Waffenbeschaffung, auf Fragen des Eisenbahnverkehrs und dergleichen. Er verfügte wohl über einen Kampfplan, doch hatte dieser den Fehler, daß er sich im wesentlichen auf Mitteldeutschland beschränkte und nur die Stillegung der Eisenbahntransporte nach Sachsen und Thüringen vorsah. Ein gewisser Schwerpunkt war Hamburg, aber das Ruhrgebiet und Berlin wurden unterschätzt.

Brandler, der darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man dazu übergehen müßte, die Ruhrarbeiter zu bewaffnen, antwortete immer: „Die Ruhrarbeiter sind bewaffnet und können sich selbst bewaffnen."

Die „Arbeiterregierungen" in Sachsen und Thüringen

In Sachsen und in Thüringen waren die objektiven Voraussetzungen vorhanden, um einen Brückenkopf für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse zu schaffen. In Sachsen waren mehr als ein Drittel aller proletarischen Hundertschaften konzentriert. Die sächsischen Arbeiter hatten durch ihr geschlossenes Auftreten der Bourgeoisie schon einige Zugeständnisse abgezwungen. Die Regierung bestand aus Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten übten im Sächsischen Landtag ihren Verrat mit einer ganz besonderen Raffiniertheit aus. Die sächsische Regierung mit Zeigner an der Spitze erließ einige Gesetze zur Durchführung von Reformen, um die revolutionären Massen zu beruhigen und sie vom Kampf um die Macht abzulenken.

Die Arbeiter erzwangen jedoch durch ihren einheitlichen Kampf eine „Arbeiterregierung", das heißt eine Koalition der „linken" Sozialdemokraten und Kommunisten. Daraufhin wurde eine ähnliche Koalitionsregierung in Thüringen gebildet. Die revolutionären Massen erwarteten von den kommunistischen Ministern entschlossene Aktionen. Aber statt die richtige Politik der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfrontpolitik durchzuführen, statt die Massen zum Kampf zu mobilisieren, Massendemonstrationen und Streiks zu organisieren, das Proletariat zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen sowie die Kontrolle der Produktion zu übernehmen, praktizierte Brandler mit seiner Clique eine verräterische Politik.

Schon Ende August 1923, als unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann eine Parteikonferenz des Bezirks Wasserkante mit der Forderung an das ZK der Partei herantrat, der Partei die Richtlinien zur Vorbereitung des unmittelbaren bewaffneten Kampfes um die politische Macht zu geben, schrieb Brandler an den Genossen Ernst Thälmann folgenden frechen Brief:

> „Wenn Sie mit dem Geschwätz über die Diktatur nicht sofort aufhören, werden Sie aus den Reihen der Partei ausgeschlossen."

Brandler und Thalheimer versuchten mit allen Mitteln, der Partei ihre opportunistische Politik aufzuzwingen. Obwohl die Brandlergruppe keine Mehrheit im Zentralkomitee hatte, war es ihr infolge des Verhaltens der versöhnlerisch eingestellten ZK-Mitglieder und der ungenügenden Erfahrungen der anderen

Mitglieder der Parteiführung möglich, ihre schädliche Politik durchzusetzen. Die Mitglieder der Zentrale der KPD, die in die sächsische Regierung eintraten, verwandelten sich in bürgerliche Minister, die erklärten, „daß sie die Verantwortung ausschließlich vor dem Landtag und der Verfassung tragen".

Genosse Dimitroff charakterisierte diese opportunistische Politik in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß treffend als er sagte:

> „Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung zusammen mit den linken Sozialdemokraten (Zeigner-Gruppe) war an und für sich kein Fehler. Im Gegenteil, dieser Schritt wurde durch die revolutionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt. Aber die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten die Position vor allem zur *Bewaffnung des Proletariats* ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie *gewöhnliche* parlamentarische Minister ‚im Rahmen der bürgerlichen Demokratie'. Das war, wie bekannt, das Resultat der opportunistischen Politik Brandlers und seiner Gesinnungsgenossen. Das Endergebnis war ein solcher Bankrott, daß wir auch heute gezwungen sind, die sächsische Regierung als klassisches Beispiel dafür anzuführen, wie sich Revolutionäre in der Regierung *nicht* verhalten dürfen." (G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1938, S. 59)

Genosse Dimitroff erinnerte weiter daran, daß bereits Lenin die Kommunistischen Parteien aufgefordert hatte, die ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, „Formen *des Überganges* oder *des Herankommens* an die proletarische Revolution ausfindig zu machen". Der grundlegende Fehler der Genossen des Zentralkomitees, die nicht der Brandler-Gruppe angehörten, bestand darin, daß sie diese Frage nicht genügend beherrschten und noch nicht gelernt hatten, die Hinweise Lenins in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" im Leben anzuwenden.

Durch das opportunistische Verhalten der kommunistischen Minister wurde die revolutionäre Bewegung gelähmt, entscheidende Aktionen wurden verhindert, und die Reichsregierung hatte leichtes Spiel bei der Zerschlagung der sächsischen und der thüringischen sogenannten Arbeiterregierung. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie konnte ihr blutiges Treiben in Ruhe vorbereiten. Ohne auf Widerstand zu stoßen, zogen die Reichswehrtruppen am 21. Oktober in Leipzig ein. General Müller hatte vorher die Truppen der Reichswehr und der Polizei zusammengezogen, um die strategisch wichtigsten Punkte Sachsens zu besetzen.

Erst als am 21. Oktober die Truppen des Generals Müller in Leipzig einrückten, fand in Chemnitz eine Betriebsrätekonferenz statt. Die Delegierten, überwiegend revolutionär eingestellt, verlangten die Ausrufung des Generalstreiks, der als Signal für den Beginn des Kampfes dienen sollte. Die „linken" SPD-Führer dagegen verlangten, daß die Frage des Generalstreiks von der Tagesordnung gesetzt werde, da sie sonst die Konferenz verlassen würden. Der Agent Brandler stimmte zu, anstatt sich an die Spitze der Konferenz, auf der Kommunisten und revolutionäre Betriebsräte die Mehrheit hatten, zu stellen und den einzig richtigen, den revolutionären Weg, zu beschreiten.

Der Hamburger Aufstand unter Führung Ernst Thälmanns

Auf dem dunklen Hintergrund der prinzipienlosen Kompromißpolitik und der schmachvollen Kapitulation der Brandlerclique tritt der heroische Kampf der Hamburger Arbeiter leuchtend hervor. Die KPD zählte in Hamburg 18 000 Mitglieder. Die Kader der Hamburger Kommunistischen Partei waren vom Genossen Thälmann im Geiste des Marxismus-Leninismus erzogen. Durch den unversöhnlichen Kampf gegen alle Abweichungen, den Genosse Thälmann führte, war in Hamburg eine Kampforganisation geschaffen worden, die politisch und militärisch auf den Aufstand vorbereitet war.

Als die Hamburger Arbeiter erfuhren, daß die Reichswehr nach Sachsen marschieren sollte, steigerte sich die Kampfstimmung um ein Vielfaches. Am 20. Oktober 1923 kam es in Hamburg zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitern. In dieser gespannten Atmosphäre zeigte sich, daß auch viele Kleinbürger und in einigen Fällen sogar die Polizei mit den demonstrierenden Arbeitern sympathisierten. Als am 22. Oktober die Nachricht eintraf, daß die Reichswehr in Sachsen einrückt, legten die Hafen- und Werftarbeiter sofort die Arbeit nieder. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober wurde der Aufruf des Reichsbetriebsräteausschusses, der der Hamburger Parteiorganisation von der Zentrale zugestellt worden war, verteilt. Der Ausschuß forderte die Arbeiterklasse Deutschlands zum Generalstreik, zum Aufstand gegen die Offensive der Reaktion und gegen die Militärdiktatur auf. Im Aufruf wurde betont,

> „daß jede Verzögerung dem Tode gleichkommt und es unbedingt notwendig ist, den Kampf gleichzeitig im ganzen Lande zu beginnen, weil der isolierte Kampf der Arbeiter in Mitteldeutschland zur Niederlage führen kann. Es wird nicht die Wiederholung der Novemberrevolution 1918 sein. Die entscheidende Stunde ist gekommen. Eins von beiden: Entweder rettet das werktätige Volk Mitteldeutschland, verwandelt Deutschland in eine Arbeiter-und-Bauern-Republik, welche ein Bündnis mit der Sowjetunion schließt, oder es kommt eine ungeheure Not".

Nach wenigen Stunden schon war der größte Teil der Betriebe stillgelegt. Die Aktion wurde von dem Genossen Ernst Thälmann geleitet. Massendemonstrationen fanden in ganz Hamburg statt. Im Hamburger Arbeiterviertel Barmbeck war die Lage besonders gespannt. Alles wartete nur auf das Zeichen zum Losschlagen. In den Hauptstraßen sammelten sich bis spät in die Nacht hinein immer mehr Menschen. Die Polizei war machtlos. Ihre Versuche, die Arbeiter mit Gewalt auseinanderzutreiben, scheiterten an dem geschlossenen Auftreten der Demonstranten.

Die Hamburger Parteiorganisation hatte sich einen sogenannten Ordnerdienst (OD) geschaffen, der den militärischen Kern der proletarischen Hundertschaften bildete. Die Ausbildung dieses Ordnerdienstes war vorbildlich. Seine Mitglieder waren im Umgang mit Waffen geübt und kannten die Grundregeln des Straßenkampfes. Am 22. Oktober nachts beschloß die Bezirksleitung der KPD Wasserkante den Aufstand für den 23. Oktober, 5 Uhr früh. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit der Erklärung des Eisenbahnerstreiks zu beginnen, um die Transporte nach Sachsen zu verhindern.

Der beschlossene Aufstandsplan war nach der Schilderung eines Teilnehmers in der Hauptsache folgender:

„a) Der Aufstand beginnt durch ein plötzliches Losschlagen der bewaffneten Arbeiterabteilungen in den Arbeitervierteln der Stadt, wobei in erster Linie die Waffenlager zu besetzen sind;

b) Entwaffnung der Polizei und Faschisten in den Arbeitervororten;

c) gleichzeitige Zusammenziehung der bereits bewaffneten Arbeiterabteilungen, die durch Massendemonstrationen aus den Vororten nach der Innenstadt zu decken sind, und Zurückdrängung des Gegners (Polizei und Faschisten im Stadtzentrum) nach Süden (an den Fluß, dessen Brückenübergänge schon vorher von den Arbeitern zu besetzen sind) und hier endgültige Entwaffnung des Gegners;

d) Besetzung des Post- und Telegraphenamtes, der wichtigsten Bahnhöfe des Stadt- und Fernverkehrs, des Flugplatzes und der anderen wichtigsten Objekte, noch bevor die Abteilungen aus den Vorstädten nach dem Stadtinneren ziehen, durch die in diesen Vorstädten befindlichen Kräfte der Partei;

e) Um die Heranziehung von auswärtigen Verstärkungen durch den Gegner zu unterbinden, ist vorgesehen, ihn auf den Hauptstraßen, die voraussichtlich für den Nachschub in Frage kommen würden, in einen Hinterhalt zu locken. Mit der Organisierung des Angriffs aus dem Hinterhalt und der Vernichtung der Wege im Umkreis von 25 Kilometern werden die Kräfte der Ortsorganisationen der nächstliegenden Arbeiterstädtchen und -siedlungen beauftragt. Die Organisationen von Harburg, Wilhelmsburg, Ütersen und Stade sollen den Schiffsverkehr auf der Elbe sperren."

Im Verlaufe des Aufstandes waren die Kämpfe im Arbeitervorort Barmbeck die entscheidensten. Sie standen unter der direkten Leitung des Genossen Thälmann. Da hier die Arbeiter nur 19 Gewehre und 27 Pistolen besaßen, war die Frage der Bewaffnung für den Sieg ausschlaggebend. Genosse Thälmann entwarf einen Aktionsplan. Erst sollten die zwanzig vorhandenen Polizeiwachen gestürmt werden, um Waffen zu beschaffen. Mit einem Gewehr und zwei Pistolen ausgerüstet, begaben sich die einzelnen Kampfgruppen zu ihren Objekten. Nach der Entwaffnung der Polizeiwachen sollte die Wandsbecker Kaserne, die mit 600 Mann Polizei belegt war und über sechs Panzerautos verfügte, gestürmt werden.

Um 5.30 Uhr hatten die Kampfgruppen 17 Polizeiwachen entwaffnet. Rund 170 Gewehre und eine Menge Munition waren das Ergebnis des überraschenden Angriffs der Arbeiter. Drei Wachen konnten durch das Versagen und undisziplinierte Verhalten einiger Kampfgruppenführer nicht entwaffnet werden. Die Wandsbecker Kaserne wurde alarmiert, die Wachen erhielten sofort Verstärkung, und der Sturm auf die Kaserne wurde verhindert.

Ein großer Teil der Genossen, die nicht bei der Entwaffnung der Polizeiwachen eingesetzt waren, wurde vom Genossen Thälmann nach den Stadtbahnhöfen, Betrieben und Werften entsandt, um den Generalstreik auszurufen und die Arbeiter für den Kampf zu gewinnen. Diese Aktion gelang. Alle Verkehrsmittel standen still. Viele Arbeiter zogen geschlossen durch Hamburg, um ihre kämpfenden Klassenbrüder zu unterstützen. Um 7 Uhr wurde vom Genossen Thälmann der Befehl zum Barrikadenbau gegeben, der sofort von den Arbeitern aufgegriffen wurde. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung, besonders Frauen, beteiligten sich. Die Arbeiterfrauen und Jugendlichen voll-

brachten ungeheure Leistungen und trugen durch ihre Aktivität entscheidend zur Aufrechterhaltung des heldenhaften Widerstandes bei.

Entschlossen kämpften die Mädchen und Jungen des Kommunistischen Jugendverbandes. Sie waren Verbindungsleute zwischen den Barrikaden und versorgten die Kämpfer mit Munition. An der Spitze dieser Kämpfer stand Genosse Willi Bredel. Mit ungeheurem Mut kämpften die Arbeiter, ganz gleich, ob Mitglieder der KPD, der SPD und Parteilose, Schulter an Schulter. Sie verstanden es, die wenigen Waffen so einzusetzen, daß sie der Polizei einen heißen Empfang bereiten konnten.

Die Kampfgruppen postierten sich auf Häuserdächern und in den Wohnungen. So waren sie in der Lage, die ganze Straßenbreite mit wenigen Waffen zu beherrschen. Die Polizei richtete ihr Hauptaugenmerk auf die Barrikaden, wo sie die Massen der Verteidiger vermutete, während dort in Wirklichkeit nur einzelne Scharfschützen standen.

Die Kampfgruppen führten unerwartete Angriffe aus. Diese überraschenden Angriffe der Kampfgruppen spielten in den Hamburger Kämpfen eine entscheidende Rolle. Der Kampf in Barmbeck, also dem nördlichen Teil Hamburgs, blieb jedoch isoliert, weil der Verräter Urbahns den Beschluß der Chemnitzer Tagung: „Der Kampf wird verschoben" in Hamburg als Direktive herausgab, obwohl bereits gekämpft wurde.

In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober fanden keine größeren Kampfhandlungen statt. Die Polizisten waren trotz mehrmaliger Befehle ihrer Offiziere nicht zum Angriff zu bewegen, denn die Arbeiter hatten durch ihre Taktik am Tage bewiesen, daß die Polizei auch mit Panzerautos nicht in der Lage war, die Barrikaden zu stürmen. So wurde zum Beispiel ein Panzerwagen durch den mutigen Einsatz eines Scharfschützen kampfunfähig gemacht. In einem anderen Falle fuhren zwei Panzerautos auf eine Barrikade zu. Die Arbeiter errichteten blitzschnell im Rücken der Wagen eine weitere Barrikade. Dadurch wurden die Wagen eingeschlossen und für eine gewisse Zeit kampfunfähig gemacht.

Trotz der verräterischen Direktive Urbahns', den Kampf einzustellen, demonstrierten die Arbeiter in Hamburg und jagten die opportunistischen Gewerkschaftsführer aus dem Gewerkschaftshaus.

Am zweiten Tage des Kampfes erhielt die Polizei Verstärkung. 500 Mann Lübecker Polizisten, der Kreuzer „Hamburg" und zwei Torpedoboote wurden entsandt. Zur Unterstützung der reaktionären Horden kreisten Flugzeuge über Barmbeck. Eine Abteilung der Matrosen weigerte sich, am Kampf gegen die Arbeiter teilzunehmen.

Rund 6000 Mann Polizei und Militär, mit schweren Waffen ausgerüstet, versuchten Barmbeck zu stürmen. 300 entschlossene Arbeiter mit wenig Munition leisteten den reaktionären Horden hartnäckigen Widerstand. Als Genosse Thälmann feststellen mußte, daß er isoliert mit den Hamburger Arbeitern kämpfte, gab er Befehl zum geordneten Rückzug.

Drei Tage und drei Nächte lang hatten die Arbeiter in Barmbeck einen heroischen Widerstand geleistet. Der Aufstand wurde auf Beschluß der Partei abgebrochen, da durch den Verrat der Brandlerclique der Hamburger Kampf isoliert blieb. Die bewaffneten Kampfgruppen des Hamburger Proletariats zogen sich in musterhafter Disziplin zurück. Genosse Thälmann blieb illegal in Hamburg.

Der Hamburger Aufstand hat historische Bedeutung. Er zeigte, daß die Bereitschaft der deutschen Arbeiter, unter der Führung der KPD für die soziale

und nationale Befreiung des werktätigen Volkes zu kämpfen, vorhanden war. Genosse Thälmann und seine Kämpfer bewiesen durch die Tat, daß bei einer richtigen militärischen und politischen Führung die Arbeiterschaft auch an Zahl und Ausrüstung überlegene Gegner erfolgreich bekämpfen kann, wenn sich die Partei die Lehren und Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zunutze macht.

Der Hamburger Aufstand gehört daher zu den stolzesten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, lehrt er uns doch, daß eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse unter der Leitung einer bolschewistischen Partei alle Aufgaben meistern kann.

Die Moskauer „Prawda" brachte am 7. November 1923 unter dem Titel „Der heldenhafte Kampf der Hamburger Arbeiter" folgenden Bericht:

> „Niemals und nirgends beobachtete ich ein so mitfühlendes Verhalten der Bevölkerung zu den kämpfenden Genossen wie diesmal.
>
> Es ist gar nicht nötig, von den Arbeitern zu sprechen. Ja, auch die Bürgerlichen, der kleine Kaufmann, der Beamte, Leute der freien Berufe, alle verhielten sich mit offensichtlichem Mitgefühl zu den Helden, welche in den Schützengräben hinter den Barrikaden lagen.
>
> Sie versorgten die Kämpfer, teilten ihnen verschiedene Nachrichten über das Vorrücken des Feindes mit. Die Inhaberin eines kleinen Ladens drängte sich trotz Lebensgefahr durch die Kampfzone, brachte 120 Patronen und übergab sie einem bekannten Kommunisten.
>
> Die parteilosen Frauen waren die hauptsächlichen Erbauer der Barrikaden. Sie waren es, die uralte Bäume absägten, das Pflaster aufrissen, die Schützengräben gruben, die Werkzeuge für all diese Arbeiten beschafften.
>
> Ich bin persönlich in diesen Tagen sehr viel in der Stadt umhergegangen, um die Gespräche zu hören, zu fliegenden Kundgebungen, und nirgends, in keinem einzigen Falle habe ich ein einziges Wort des Vorwurfs an die Adresse der Kommunisten gehört, mehrmals hörte ich jedoch, wie Leute vor Freude außer sich waren, als sie von den Heldentaten dieser jungen Menschen erzählten. Ich kam zu einer Gruppe von gutgekleideten Menschen, und hier sagte man: ‚Kann man denn diese Menschen verurteilen?'"

Nach zwei Jahren, am 23. Oktober 1925, zog Genosse *Ernst Thälmann* in der „Roten Fahne" die Lehren aus dem Hamburger Aufstand. Er schrieb u. a.

> „Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue!
>
> *Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesiegbar.* Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. *Und dennoch werden sie siegen!*
>
> *Die Aufstände des Proletariats* sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution nicht nur durch ihre mittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.

Was sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes?

1. *Eine zahlenmäßig geringe Schar von Proletariern, die mit größtem Heldenmut unter dem Banner der Diktatur gekämpft haben, konnte sich mit Erfolg gegen die zwanzigfache Übermacht der glänzend organisierten und bewaffneten Truppen der Bourgeoisie militärisch halten.*

2. *Der unvergängliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen*, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. *Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus.*

Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

3. Der Aufstand führte zur Niederlage, weil er isoliert blieb, weil er nicht in Sachsen und im ganzen Reiche sofort unterstützt wurde. Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezweigen und Großstädten, im ganzen Lande besteht *die Rolle der Kommunistischen Partei* als Vortrupp des Proletariats. Gerade darum brauchen wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei.

4. *Es ist nicht wahr, daß der Hamburger Aufstand ein Putsch war, sondern er wurde von der Sympathie der breitesten Massen getragen.* Sogar der Polizeisenator Hense mußte wütend zugeben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Hamburg, dieser rechtesten Organisation der SPD, und mit ihnen ‚die weitesten Kreise der Bevölkerung, zu den Kommunisten hielten.' Unsere Schwäche bestand nur darin, daß wir nicht verstanden, *diese Massen fest um uns zu scharen*, sie rechtzeitig in allen Teilkämpfen zu uns herüberzuziehen, mit ihnen *die Einheitsfront* gegen die sozialdemokratischen Führer zu schließen.

5. *Um bei der unvermeidlich kommenden Wiederkehr des Hamburger Kampfes in viel größerem Maßstabe siegen zu können, müssen wir tief in die Massen eindringen*, sie durch tausend Klammern mit uns vereinigen, eine wirkliche proletarische Einheitsfront mit Millionen Arbeitern bilden. In den Gewerkschaften, in allen parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse muß ein großer *revolutionärer Flügel* heranwachsen, der gemeinsam mit den Kommunisten zum Träger der kommenden Kämpfe wird.

6. *Als besonderer Mangel wurde in den Hamburger Oktobertagen das Fehlen einer starken Rätebewegung empfunden.* Diese Tatsache ist noch nicht genügend in der Partei verstanden worden. Die Räte sind die Organe, die in einer revolutionären Situation die Millionenmassen des Proletariats zusammenfassen, die das Rückgrat des Kampfes bilden. Diese Lehre dürfen wir auch in der jetzigen Periode zwischen zwei Revolutionen nicht vergessen.

7. *Die Machtergreifung des Proletariats ist kein einmaliger Akt.* Sie besteht nicht nur in dem militärischen Kampf gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muß durch jahrelange ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden

Siege über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe vorbereitet, organisiert werden. Dies ist *unsere Hauptaufgabe* in der jetzigen Periode.

8. *Es ist falsch, zu sagen, daß durch die Oktoberniederlage von 1923 eine einzigartige revolutionäre Situation ein für allemal ‚verpaßt' wurde.* Die Niederlage von 1923 war keine dauernde, sie war es ebensowenig wie die Niederlage des Spartakusbundes in den Nosketagen 1919 eine dauernde war. Die relative Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands hat keinen langen Atem: trotz Dawesplan und Garantiepakt. Besser: Wegen Dawesplan und Garantiepakt. Die kapitalistische Stabilisierung in Deutschland erlebt schon jetzt ihre erste ‚Atemnot'. Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den anscheinend unbesiegbaren Klassenfeind dreimal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. *Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen!*

Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht der Geschichte an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft.

9. *Der Aufstand war ein Musterbeispiel für die glänzende, reibungslos arbeitende Organisation des revolutionären Kampfes. Aber er offenbarte zugleich den größten organisatorischen Fehler unserer Partei. Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben,* aber sie hatten organisatorisch keine Verbindung mit ihnen. Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. *Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden!* Die größte Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen. Eine Kämpferschar, wie die Hamburger, die sich auf festverwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.

10. *Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution.* Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm.

Nur weil die Partei die Führung des Kampfes fest in den Händen hatte, wurde von den Hamburger Revolutionären zum ersten Male in Westeuropa die Marx-Engels'sche Lehre begriffen und verwirklicht, ‚daß der Aufstand eine Kunst und die Hauptregel dieser Kunst die tollkühne, unerschütterlich entschlossene Offensive ist'.

Das sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes. Das grausame Lehrgeld, das wir für sie zahlten, war der Tod und die Einkerkerung unserer Besten. Und dennoch: *Diese Opfer werden sich hundertfach lohnen.* Sie wurden nicht nur für den Aufbau einer Partei von Bolschewisten in Deutschland, sondern für die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse gebracht."

Die Erfahrungen von 1923 und die darauffolgenden Auseinandersetzungen mit den Brandleristen wie mit den „Ultralinken" veranlaßten den Genossen Thälmann, seine ganze Kraft auf die Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Partei zu konzentrieren. In einem seiner Aufsätze gab Genosse *Thälmann* später folgende Einschätzung der Entwicklung:

„Gerade weil unsere Partei aus den besten und revolutionärsten Elementen der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, den einzigen, die den Verrat der Ebert und Scheidemann nicht mitgemacht hatten, hervorging, war sie naturgemäß nicht nur reich an jenen guten und revolutionären Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern zugleich belastet mit manchen Rückständen sozialdemokratischer Schwäche.

Der Kampf gegen opportunistische, kleinbürgerliche Schwankungen und Abweichungen, der Kampf gegen jene Tendenzen, die die Partei vom Wege des Bolschewismus abdrängen und der Sozialdemokratie annähern wollten, die die Illusionen über die Entwicklung zum Sozialismus, über den Staat, über die SPD, über den Zentrismus in die Reihen der revolutionären Partei hineinzutragen suchten — dieser Kampf gegen die Cliquen um Levi und Reuter-Friesland im Jahre 1921, gegen Brandler und Thalheimer 1923, dann später gegen die ultralinke Abart des Liquidatorentums waren die notwendigen, unvermeidlichen Schritte der inneren Klärung und Reifung, auf Grund deren die KPD sich zur Höhe ihrer historischen Aufgabe durchsetzen mußte."

So verstärkten die Lehren des Hamburger Aufstandes in Genossen Thälmann die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie von einer revolutionären Partei geführt wird, die sich von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten läßt und sie anzuwenden versteht. Darum stellte Genosse Ernst Thälmann in den folgenden Jahren der Partei und den Mitgliedern immer wieder als wichtigste Aufgabe, sich die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen und die Erfahrungen der KPdSU gründlich zu studieren. Zugleich erklärte er der Partei, ausgehend von den Erfahrungen der Kämpfe, daß das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe verlagert werden und daß die Partei tiefer in die Massen eindringen muß.

Nach der Niederlage im Oktober 1923

Nach den Hamburger Kämpfen folgte die brutale Abrechnung der Reaktion. Tausende von Arbeitern, die zum Teil gar nicht aktiv gekämpft hatten, wurden von der reaktionären Justizmaschine zu vielen Jahren Gefängnis und Festung verurteilt. Im ganzen Lande begann der Terror.

Die KPD wurde verboten, aber trotzdem lebte und kämpfte die Partei weiter. Die kommunistische Presse wurde unterdrückt, aber das geheime Erscheinen kommunistischer Flugblätter konnte nicht verhindert werden. Vor allem die Berliner „Rote Fahne", gegen die sich das Verbot in erster Linie richtete, erschien in großer Auflage mit kaum verändertem Aussehen. Der Titel lautete jetzt: „Fahne der Revolution."

Im Herbst 1923 bestand in Deutschland eine Lage, wie sie Genosse *Stalin* auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (B) gekennzeichnet hat, als er sagte:

„Der Sieg der Revolution kommt nie von selbst. Man muß ihn vorbereiten und erkämpfen. Ihn vorbereiten und erkämpfen kann aber nur eine starke proletarische revolutionäre Partei. Es gibt Momente, wo die Lage revolutionär, die Macht der Bourgeoisie bis auf die Grundfesten erschüttert ist, der Sieg der Revolution aber dennoch nicht kommt, da keine revolutionäre Partei des Proletariats vorhanden ist, die genügend Stärke und Autorität besitzt, um die Massen zu führen und die Macht zu erobern." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 525/526)

Auf Anweisung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert wurde am 30. Oktober die „Arbeiterregierung" in Sachsen und am 2. November die Regierung in Thüringen von General Müller auseinandergejagt. Der Agent Brandler ließ die Arbeiter in dieser großen Gefahr allein. Er suchte in einer Postbotenuniform das Weite. Der Weg der Reichswehr in Sachsen und in Thüringen war durch Verhaftungen der revolutionären Arbeiter und blutigen Terror gekennzeichnet. Die Arbeiter versuchten Widerstand zu leisten, wurden jedoch durch die Übermacht des Militärs geschlagen.

Zeigner erließ beim Einmarsch der Reichswehr in Sachsen der Form halber einen Aufruf zum Generalstreik, der aber nicht ernst gemeint war, später gab er offen zu, daß der Eintritt der Kommunisten in die Regierung die Arbeiter beruhigt habe und somit Zeit gewonnen wurde, die Revolution zu verhindern.

Während die Arbeiter in Hamburg kämpften, verhandelte die rechte SPD-Führung mit den Konzernherren. Am 24. und 25. Oktober fanden in Hagen Besprechungen zwischen den bürgerlichen Parteien und Vertretern der Sozialdemokratie statt. Stresemann, der damalige Reichskanzler, war Leiter und „Schutzengel" dieser Koalition der deutschen Industrie mit der Sozialdemokratie.

So endete der Kampf in Sachsen und Thüringen durch den Verrat der rechten SPD-Führung, durch den Verrat Brandlers und des trotzkistischen Agenten Radek mit einer Niederlage der Arbeiterklasse.

Im Prozeß gegen die trotzkistische Bande im Jahre 1938 wurde nachgewiesen, daß Brandler seit Frühjahr 1923 bezahlter Agent des Reichswehrministeriums war.

Der Verrat der sozialdemokratischen Führer und der Verrat der Brandlerclique führte zur Niederlage des deutschen Proletariats.

Genosse *Stalin* sagte zu dieser Situation:

„Welche Gefahr für die Revolution die sozialdemokratischen Überreste in den kommunistischen Parteien darstellen können, zeigte sich mit aller Deutlichkeit bei der traurigen Erfahrung mit der Sächsischen Arbeiterregierung, als die opportunistischen Führer versuchten, die Idee der Einheitsfront, als Mittel der revolutionären Mobilisierung und Organisierung der Massen, in eine Methode sozialdemokratisch-parlamentarischer Kombinationen zu verwandeln. Dies war ein Wendepunkt, der den Parteimassen die Augen öffnete und sie gegen die opportunistischen Führer aufbrachte." (J. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 262)

Im Ergebnis der Niederlage der Arbeiterklasse im Oktober 1923 ging die Bourgeoisie, unterstützt von der rechten SPD-Führung, dazu über, die Lasten der Krise auf das arbeitende Volk abzuwälzen und die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei und gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, um die kapitalistischen Verhältnisse zu stabilisieren.

Stalins Ratschläge an Genossen Thälmann

Genosse *Stalin*, unser weiser Lehrer, gab dem Führer der KPD, Genossen Thälmann eine große Hilfe, indem er im Februar 1925 in den nachfolgenden 12 Thesen die grundlegenden Voraussetzungen und Aufgaben der Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Partei formulierte:

„1. Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparats betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon zuweilen gewisse anarcho-syndikalistische Elemente faseln, sondern als die *höchste* Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, *zu führen*.

2. Es ist notwendig, daß die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis untrennbar verbunden ist, voll bemächtigen.

3. Es ist notwendig, daß die Partei die Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeitet, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt mit in Rechnung gestellt werden müssen.

4. Es ist notwendig, daß die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen überprüft.

5. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf neue, revolutionäre Art umgestellt wird, darauf berechnet, daß jeder Schritt der Partei, jede ihre Aktion naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt.

6. Es ist notwendig, daß die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen.

7. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteurertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu meistern, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verknüpfen.

8. Es ist notwendig, daß die Partei ihre Fehler nicht verhüllt, daß sie die Kritik nicht fürchtet, daß sie es versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.

9. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein und die genügend Erfahrung haben, um

wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.

10. Es ist notwendig, daß die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigt, wobei sie die Erreichung einer maximalen Einheitlichkeit als Ziel vor Augen haben muß.

11. Es ist notwendig, daß die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die auf der Grundlage der ideologischen Einheit, der Klarheit der Ziele der Bewegung, der Einheit des praktischen Handelns und des bewußten Verhaltens der breiten Parteimassen zu den Aufgaben der Partei erwächst.

12. Es ist notwendig, daß die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft, da ohne diese Bedingung die Gefahr besteht, daß sie sich in leere Versprechungen verwandeln, die nur geeignet wären, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.

Ohne diese und ähnliche Bedingungen ist die Bolschewisierung ein leerer Schall." (J. Stalin, Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 32-34)

Diese richtungsweisenden Worte des großen Stalin waren für die Entwicklung der KPD, die unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei heranwuchs, eine entscheidende Hilfe. Im Kampf um die Aneignung des Marxismus-Leninismus und seine Anwendung entwickelte sich die Führung der Partei zu einer leninistischen Führung. Das war nur möglich, weil Ernst Thälmann in der Partei die Kritik und Selbstkritik zur Entfaltung brachte. Genosse Stalin charakterisierte im Jahre 1926 das ZK unter der Thälmannschen Führung, wie folgt:

„Das jetzige ZK der deutschen Kommunistischen Partei ist nicht durch Zufall zustande gekommen. Es wurde im Kampf gegen die rechten Fehler geboren. Es erstarkte im Kampf gegen die ‚ultralinken' Fehler. Daher ist es weder ein rechtes noch ein ‚ultralinkes' ZK. Es ist ein leninistisches ZK. Dies ist gerade die führende Arbeitergruppe, die die deutsche Kommunistische Partei jetzt braucht." (J. Stalin, Werke, Bd. 8, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 98)

In Ernst Thälmann, dem bedeutendsten Arbeiterführer Deutschlands nach Karl Liebknecht, waren die guten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung verkörpert: Die Kampffähigkeit aus der Zeit des Sozialistengesetzes, der Kampf für die Reinerhaltung der Lehre von Marx und Engels, der Kampf gegen den preußischen Militarismus wie der Heroismus von Karl Liebknecht und der streikenden Munitionsarbeiter von 1917 bis 1918.

In der Arbeit Ernst Thälmanns wurden die wertvollen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit den Lehren Lenins und Stalins verbunden.

Das geschichtliche Verdienst des Genossen Ernst Thälmann besteht darin, daß er die unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründete KPD zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte, daß er als erster systematisch die Lehren von Lenin und Stalin in die deutsche Arbeiterbewegung und in das deutsche Volk hineintrug.

Karl Polak

Der Prozeß gegen die KPD – ein Bestandteil der Kriegspolitik der Adenauer-Regierung

Die wachsende Kraft und Geschlossenheit der nationalen Befreiungsbewegung in Westdeutschland läßt keinen Zweifel daran, daß sich mit der Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris die Widersprüche in Westdeutschland verschärfen und daß die Versuche der Adenauer-Regierung, die Verträge durchzuführen, die Kräfte des nationalen Widerstandes weiter wecken und mobilisieren. Alle Maßnahmen, die die Regierung Adenauer im Zuge der verschärften amerikanischen Interventionspolitik in Westdeutschland durchführte, haben die Reihen ihrer Anhänger gelichtet und die Zahl ihrer Gegner vergrößert. Es wächst die Erkenntnis, daß diese Politik in die Katastrophe führt und daß es die unabdingbare Pflicht eines jeden verantwortungsbewußten Deutschen ist, gegen diese Politik zu kämpfen.

Es ist das geschichtliche Verdienst der Kommunistischen Partei Deutschlands, Schöpfer und führende Kraft dieser patriotischen Front des nationalen Widerstandskampfes zu sein. Von den ersten Schritten der Spaltung Deutschlands durch das Zweizonen-Abkommen, die Londoner Empfehlungen und das Ruhrstatut bis zum General- und EVG-Vertrag hat die KPD das volksfeindliche, das interventionistische Wesen dieser Politik entlarvt. Sie hat gezeigt, daß mit dieser Politik Raub an den Souveränitätsrechten des deutschen Volkes begangen wird, der notwendig auch zur Drosselung der demokratischen Rechte und Freiheiten der westdeutschen Bevölkerung führt. Sie hat zum nationalen Befreiungskampf gegen diese Politik aufgerufen.

Die nationale Widerstandsbewegung hat sich einen festen Platz im politischen Leben Westdeutschlands erobert und ist eine große mobilisierende und organisierende Kraft geworden. Die „Denkschrift für aktive Friedenspolitik" der „Deutschen Sammlung", das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" der KPD, der „Offene Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" zur Schaffung der Aktionseinheit zeigen die Voraussetzungen, den Weg und die Ziele des gesamtdeutschen Kampfes.

> „Die Wiederherstellung seiner nationalen und staatlichen Einheit ist das unabdingbare Lebensrecht des deutschen Volkes"

heißt es in der Denkschrift der „Deutschen Sammlung".

Im „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" der KPD wird betont:

> „Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen." („Einheit", Heft 12, 1952, S. 1390)

Starke Kräfte sind erforderlich, um den gewaltigen Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit zum Siege zu führen. Diese Kräfte sind vorhanden. Das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" nennt sie: Die Arbeiterschaft, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung ausmacht, ist die mächtigste Kraft der deutschen Nation. Die Bauernschaft ist der engste Verbündete der Arbeiterschaft im nationalen Befreiungskampf. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern stellt jene unüberwindliche Kraft dar, die allein befähigt ist, den Triumph der nationalen Sache der Vereinigung Deutschlands zu sichern. Diesem Bündnis schließen sich alle fort-

schrittlichen Kräfte in Westdeutschland, unabhängig von ihrer sozialen Lage und ihrer Weltanschauung an.

Der „Offene Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" mahnt angesichts der Gefahren, die unserem Volke drohen, durch freien Meinungsaustausch über alle Probleme die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schmieden, da die Arbeiterklasse nur dann ihre mächtige Kraft entfalten kann, wenn sie geschlossen und einheitlich handelt.

Die patriotische Widerstandsbewegung hat die Staats- und Verfassungskrise in Westdeutschland beschleunigt. Adenauer war nicht in der Lage, auf der Grundlage des Grundgesetzes — der Verfassung des westdeutschen Separatstaates — mit parlamentarischen Mitteln unter Wahrung der Prinzipien der formalen Demokratie die Verträge von Bonn und Paris ratifizieren zu lassen, ebensowenig ist er in der Lage, sie bei Aufrechterhaltung des Parlamentarismus und der formalen Demokratie durchzusetzen. Um den Krieg vorzubereiten, mußte die Adenauer-Regierung zu diktatorischen, zu faschistischen Regierungsmethoden übergehen.

Durch den Druck auf den Bundespräsidenten Heuß, der diesen veranlaßte, seinen Antrag an das Bundesverfassungsgericht auf Erstattung eines Rechtsgutachtens über die Verträge von Bonn und Paris zurückzunehmen, hat die Regierung Adenauer faktisch das Bundesverfassungsgericht und damit die verfassungsrechtliche Kontrolle der Politik der Regierung ausgeschaltet.

Durch die Drohung, sie werde jede außerparlamentarische Aktion gegen die Verträge als einen verfassungswidrigen Angriff auf die Staatsordnung betrachten, der den Eingriff der bewaffneten Kräfte rechtfertige, hat die Regierung Adenauer faktisch die demokratischen Rechte des Grundgesetzes ausgeschaltet und den Ausnahmezustand verhängt. Durch den Druck auf die Justizorgane, jede Kritik an der Politik der Regierung Adenauer als Staatsverrat und Staatsgefährdung zu bestrafen, ist faktisch die Ausnahmestrafgerichtsbarkeit gegen die Patrioten und Friedenskämpfer geschaffen.

Die terroristischen Maßnahmen der Adenauer-Regierung richten sich — genau wie die der Hitler-Regierung 1933 — zuerst gegen die Kommunistische Partei, die kühne und unerschrockene Vorkämpferin für die Rechte und Freiheiten des Volkes, für die Ehre und Unabhängigkeit der Nation. Es wäre indes ein Trugschluß, zu glauben, daß sie sich auf die Kommunisten beschränken würden. Die Terrormaßnahmen haben bereits auf die oppositionellen Sozialdemokraten übergegriffen, und der Bonner Justizminister Dehler erklärte schon die Gewerkschaftsfunktionäre, die sich der Adenauerschen Politik nicht beugen, für „zuchthausreif".

Die Parallele zu 1933 ist augenfällig. Mit der Verfolgung der Kommunisten fängt die Terrorwelle an, jene Lawine, die alle demokratischen Rechte und Freiheiten und jede rechtsstaatliche Ordnung zerstört und Leben und Freiheit eines jeden Bürgers gefährdet.

*

Mitte September 1951 wurde auf der Washingtoner Konferenz von den Außenministern der drei Westmächte die „Integration" Westdeutschlands in die sogenannte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" beschlossen. Das bedeutete faktisch: weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch die Annexion Westdeutschlands.

Von diesem Zeitpunkt an wurden die Bonner und Pariser Verträge vorbereitet. Auf der gleichen Konferenz erhielten die „Hochkommissare" den Auftrag, die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Annahme und Durchführung der Verträge zu schaffen, d. h., die nationale Widerstandsbewegung erbarmungslos zu unterdrücken. Am 22. November 1951 reichte die Adenauer-Regierung beim Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Verbot der KPD ein. Auf einer Pressekonferenz in Bonn am 26. November 1951 stellte Max Reimann zu diesem Verbotsantrag fest:

„Die KPD ist die einzige Partei in Westdeutschland, die die westdeutsche Bevölkerung gegen die drohende Lebensgefahr aufgerufen hat. Sie steht damit an der Spitze des Kampfes für den Frieden, gegen die Wiederaufrüstung, für die nationalen Interessen des Volkes. Die KPD ist darum auch das Haupthindernis der Verwirklichung der Pläne zur beschleunigten Aufstellung deutscher Truppenverbände, die immer dringlicher von den amerikanischen Imperialisten gefordert wird. Darum erachten Dr. Adenauer und Lehr das Verbot der KPD für notwendig." („Neues Deutschland" vom 28. November 1951)

Der Parteivorstand der KPD legte in einer im Januar 1952 veröffentlichten „Antwort der KPD auf den Verbotsantrag der Bundesregierung" die wahren Gründe des Verbotsantrages dar. Die Kommunistische Partei Deutschlands soll verboten werden, weil sie unermüdlich die volksverräterische amerikahörige Politik der Adenauer-Clique entlarvt, weil sie dieser Politik des nationalen Verrats die wahrhaft nationale deutsche Politik entgegenstellt und einen konsequenten Kampf gegen den Generalkriegsvertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands führt.

Als die anglo-amerikanischen Imperialisten unter Bruch des Potsdamer Abkommens befahlen, das separate westdeutsche Staatsgebilde und dessen Verfassung zu schaffen und zu diesem Zweck der „Parlamentarische Rat" in Bonn konstituiert wurde, erklärte die Kommunistische Partei, daß dieser Staat der verlängerte Arm der Besatzungsmacht zur Unterdrückung des deutschen Volkes und zur Durchsetzung der Interessen der Okkupationsmächte sei, und daß er nicht dem Willen des deutschen Volkes entspreche. Max Reimann führte am 3. September 1948 in Bonn zur Schaffung des „Parlamentarischen Rates" aus:

„Ferner wünschen wir, daß unsere Regierung für die gesamte deutsche Bevölkerung Wahlen zur Schaffung einer Nationalversammlung ausschreibe, die für eine einheitliche, demokratische Republik eine Verfassung ausarbeitet, die dann in freier Wahl durch das deutsche Volk bestätigt werden soll. Von dieser Grundstellung aus treten wir dem Parlamentarischen Rat ... entgegen."

Die KPD wandte sich als einzige Partei in Westdeutschland gegen das Besatzungsstatut und das Ruhrstatut. Die KPD entlarvte die Politik der Remilitarisierung als nationalen Verrat und unterstützte tatkräftig die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung, für nationale Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages. Die KPD entlarvte den Schuman-Plan als Plan der imperialistischen Ausplünderung der westdeutschen Bevölkerung. Als die Okkupationsmächte die Mitarbeit deutscher Vertreter in den „europäischen" Behörden forderten, warnte Max Reimann im Bundestag vor diesem Schritt

und entlarvte dabei gleichzeitig das aggressive Wesen der „Europa-Union". Mit ihrem „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom 2. November 1952 schuf die KPD schließlich eine politische Plattform, die die Sammlung aller patriotischen Elemente im nationalen Kampf ermöglicht.

Die KPD soll verboten werden, weil sie die führende und organisierende Kraft des ständig wachsenden nationalen Widerstandes und die Organisatorin der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist. Die Regierung versuchte, der KPD hochverräterische, gegen das Grundgesetz gerichtete Tätigkeit nachzuweisen. Großmäulig kündigte Lehr bereits am Tage nach der Übergabe des Verbotsantrags an das Bundesverfassungsgericht an, das Material über die staatsfeindliche Tätigkeit der Kommunistischen Partei demnächst der Öffentlichkeit übergeben zu wollen. Auf die Forderung der Patrioten: Heraus mit dem Material! — ließ Lehr erklären, daß er es sich erst verschaffen müsse. Unter Bruch des Grundgesetzes ließ er verschiedene Geschäftsstellen der KPD durchsuchen. Lehrs Polizei fand nichts, was die Behauptung rechtfertigte, die KPD habe irgendeine gegen das Grundgesetz verstoßende Maßnahme durchgeführt. „Der Antrag der Bundesregierung beweist", so heißt es in der bereits erwähnten Antwortschrift der KPD,

„... daß sie nicht in der Lage ist, stichhaltige Gründe für ein Verbot der KPD vorzubringen. Er beweist auch, was die Bundesregierung in Wirklichkeit will:

Adenauer will den gerechten nationalen Kampf des deutschen Volkes um die Einheit Deutschlands, um das Selbstbestimmungsrecht der Nation und um einen baldigen Abschluß eines Friedensvertrages unterdrücken.

Der Verbotsantrag gegen die KPD ist eine Warnung an alle patriotischen und demokratischen Kräfte unseres Volkes. Mit einer ähnlichen Begründung, wie sie heute von der Bundesregierung gegen die KPD vorgebracht wird, hat das Hitlerregime nicht nur die KPD, sondern ebenso die SPD und danach die bürgerlichen Parteien verboten und blutig unterdrückt." („Antwort der KPD auf den Verbotsantrag der Bundesregierung", S. 52)

*

Die verstärkte amerikanische Invasion in Westeuropa bringt zwangsläufig die weitere Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Völker mit sich. In allen von ihr betroffenen Staaten setzt der Prozeß der Faschisierung ein. Die Verfassung Italiens wird verletzt. Durch ein betrügerisches Wahlgesetz will die italienische Regierung die Stellung der demokratischen Parteien im Parlament schwächen. Die französische Reaktion verstärkt den Polizeiterror, unterdrückt die kommunistische Presse, fordert, den kommunistischen Abgeordneten im Parlament die Mandate zu entziehen und die Abgeordneten vor ein Militärgericht zu stellen. In Belgien und Holland werden „Verfassungsreformen" vorbereitet, um die Verfassungen an den EVG-Vertrag anzupassen.

Zwischen der imperialistischen Kriegsvorbereitung und dem wachsenden Terror gegen die Völker besteht ein enger Zusammenhang.

„Zur Kriegführung genügt nicht das Wachstum der Rüstungen, genügt nicht die Organisierung neuer Koalitionen. Dazu bedarf es noch der Stärkung des Hinterlandes in den Ländern des Kapitalismus. Kein einziges kapitalistisches Land kann einen ernstlichen Krieg führen, ohne vorher sein eigenes Hinterland gestärkt, ohne ‚seine eigenen' Arbeiter gezähmt, ohne ‚seine

eigenen Kolonien gezähmt zu haben. Daher die allmähliche Faschisierung der Politik der bürgerlichen Regierungen." (J. Stalin, „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XV. Parteitag der KPdSU (B)", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 13)

Das Grundgesetz des westdeutschen Separatstaates — einst geschaffen, um diesem Staatsgebilde eine demokratische Fassade zu geben und es der westdeutschen Bevölkerung als „demokratisch" schmackhaft zu machen, ist den Okkupationsmächten heute zum Hemmnis geworden.

Die vierjährige Entwicklung des Bonner Separatstaates, die die fortschreitende Invasion der imperialistischen Mächte darstellt (in der Sprache der Imperialisten „Integration" genannt), ist gekennzeichnet durch den fortschreitenden Terror gegen die westdeutsche Bevölkerung. Nach dem Erlaß des Besatzungsstatuts — das gleichzeitig mit dem Grundgesetz in Kraft trat — ließen die imperialistischen Okkupanten keinen Zweifel daran, wer Herr im Lande ist, welcher Politik der Bonner Staat dient, was das Wesen der „freiheitlich-demokratischen Ordnung" ist, wo die Grenzen all jener Freiheiten und Rechte sind, die das Grundgesetz proklamiert.

Als die westdeutsche Bevölkerung, um ihren Willen nach Frieden, Freiheit und Demokratie durchzusetzen, von den im Grundgesetz proklamierten Rechten und Freiheiten Gebrauch machte, zögerten die Bonner Machthaber und ihre imperialistischen Hintermänner keinen Augenblick, gegen die von ihnen selbst geschaffene Verfassung vorzugehen und mit der Zerstörung des Grundgesetzes zu beginnen.

Der Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert den Bürgern das Recht auf freie Meinungsäußerung, trotzdem hat die Regierung Adenauer durch Beschluß vom 24. April 1951 die Volksbefragung verboten mit der Begründung, sie stelle einen „Angriff auf die freiheitlich-demokratische Ordnung" dar. Selbst einzelne westdeutsche Gerichte mußten die eklatante Verfassungswidrigkeit dieser Maßnahme der Adenauer-Regierung feststellen.

Der Artikel 9 des Grundgesetzes garantiert den Bürgern die Vereinigungsfreiheit. Trotzdem wurden die Freie Deutsche Jugend, der Rat der VVN, der DFD und andere demokratische Organisationen verboten; Maßnahmen, die von einzelnen Gerichten der Bundesrepublik als „ein direkter Angriff auf die garantierte Koalitions- und Versammlungsfreiheit" qualifiziert wurden.

Der Artikel 3 des Grundgesetzes bestimmt, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen beeinträchtigt werden darf, was die Regierung nicht hinderte, alle Personen, die den politischen Kurs der sogenannten „Integration" verwarfen, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und alle politische Tätigkeit, die auf die Verhinderung der Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages gerichtet ist, durch ein besonderes Strafänderungsgesetz — das berüchtigte Blitzgesetz — als „staatsgefährdend" mit hohen Zuchthausstrafen zu bedrohen.

In der Präambel zum Grundgesetz heißt es, daß das gesamte deutsche Volk aufgerufen werde, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" — das hinderte die Regierung Adenauer nicht, den Kampf für nationale Selbstbestimmung und staatliche Einheit gegen die Politik der Spaltung als „Gefährdung des Bestandes der Bundesrepublik" unter Strafe zu stellen. Im Grundgesetz heißt es, daß die Bundesrepublik ein Provisorium darstelle und ihre Existenz endet „an dem Tage, an dem eine Ver-

fassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist", das hinderte die Regierung nicht daran, die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen und nach Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung als „Gefährdung der Bundesrepublik" zu unterdrücken und zu bestrafen.

Im Grundgesetz heißt es, „daß Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören", verfassungswidrig sind und unter Strafe stehen. Das hinderte die Regierung Adenauer nicht, die Bonner und Pariser Verträge zu unterzeichnen, deren einziger Zweck die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ist.

Des kontinuierlichen Verfassungsbruchs macht sich allein die Regierung Adenauers schuldig. Sie gehört auf die Anklagebank eines Verfassungsgerichtshofes, der gewillt ist, die Verfassung zur Grundlage seiner Entscheidung zu erheben. Die Adenauer-Regierung verließ den Boden der Verfassung, weil ihre Politik mit den — selbst begrenzten — demokratischen Rechten und Freiheiten, die das Grundgesetz enthält, nicht vereinbar ist.

Die Kommunistische Partei fordert unablässig die demokratischen Rechte und Freiheiten, die die Adenauer-Regierung mit Füßen tritt, zu respektieren. Sie rief und ruft die Bevölkerung zur Verteidigung dieser Rechte und Freiheiten, zum Widerstand gegen Verfassungsbruch und Verrat an der Nation, zum Kampf für die Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung auf.

Nicht wegen ihrer Gegnerschaft zum Grundgesetz soll die Kommunistische Partei unterdrückt werden. Die von ihr verfolgte Politik des Friedens und der nationalen Einheit, der Demokratie und des Kampfes um den Sozialismus steht zu keiner der Bestimmungen im Widerspruch. Sie soll unterdrückt werden wegen ihres Kampfes gegen die Politik der Regierung Adenauer, die eine Politik des nationalen Verrats, der Vernichtung der Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes ist.

Die KPD verteidigt entschlossen die im Grundgesetz festgelegten demokratischen Rechte und Freiheiten der westdeutschen Bevölkerung. Die Kommunistische Partei tritt leidenschaftlich den von Regierung und „Opposition" in gleicher Weise lancierten Plänen der „Reformen" der Verfassung, des Wahlrechts, des Presserechts, des Parteienrechts, des Versammlungs- und Vereinsrechts entgegen, die alle dasselbe Ziel haben: die Drosselung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die Konstituierung der Allmacht der imperialistischen Machthaber.

Die Parallele zu 1933 ist augenfällig. Es sind dieselben „Theorien", die zur Errichtung des „totalen Staates", zur Vernichtung aller demokratischen Einrichtungen der Weimarer Verfassung führten. Es ist dieselbe „Gleichschaltung", der Übergang zum polizeistaatlichen Regime, dessen Funktion es ist, den „kalten Bürgerkrieg" zu führen, jede selbständige politische Lebensregung der Massen mit brutalem Terror zu unterdrücken. Der Patriot ist für die imperialistischen Herren in Westdeutschland der Feind, der weder Freiheit noch Recht für sich in Anspruch nehmen kann, der außerhalb der Gesetze steht und vogelfrei ist.

Dieser Übergang zu faschistischen Regierungsmethoden ist nicht das Zeichen der Stärke, sondern das Zeichen der Schwäche, das

„... Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu

herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen ..." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 522)

*

Die rechte Führung der SPD mit Ollenhauer und Mellies an der Spitze verhält sich zu diesem Angriff der Regierung Adenauer auf das Grundgesetz nicht anders als die Wels und Konsorten sich 1932—1933 verhielten, als Papen und Hitler darangingen die Weimarer Verfassung zu zerstören. Als Papen im Juli 1932 seinen Staatsstreich verübte, die preußische SPD-Regierung Braun-Severing unter Bruch der Weimarer Verfassung absetzte, lehnte die rechte Führung der SPD den Appell der KPD, den Generalstreik auszurufen, ab, durch den in Kürze dem ganzen Spuk der faschistischen Diktatur ein Ende gesetzt und die Demokratie gerettet worden wäre. Stattdessen vertröstete die SPD-Führung die Massen auf die Weimarer Verfassung, die faktisch nach dem Staatsstreich Papens nur noch ein Schattendasein führte, und erhob Klage bei dem damaligen Verfassungsgericht, dem Staatsgerichtshof.

Als Adenauer im Frühjahr des Jahres 1952 den Abschluß des Generalkriegsvertrages und des EVG-Vertrages bekanntgab und die KPD zu Massenaktionen gegen diesen ungeheuerlichen Verrat aufrief, erklärte die rechte SPD-Führung einen solchen Kampf für die Demokratie als undemokratisch und reichte, um die Empörung der Massen zu besänftigen und diese vom Kampf gegen die Schandverträge abzuhalten, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, mit dem Ersuchen, festzustellen, daß zur Annahme der Verträge eine Verfassungsänderung notwendig sei.

Statt die Massen aufzuklären über die ungeheure Gefahr, die in der Auslöschung der letzten Reste ihrer demokratischen Freiheiten und Rechte liegt, vertröstet die rechte SPD-Führung die Massen auf das Verfassungsgericht. Statt den Massen zu zeigen, daß allein die Macht ihrer Organisation und ihres außerparlamentarischen Kampfes die Diktatoren in Schach halten kann, predigen sie, daß der außerparlamentarische Kampf unzulässig sei und diffamieren diesen Kampf für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Demokratie als verfassungswidrig, als undemokratisch, als terroristisch und diktatorisch. Der Haß der rechten SPD-Führung gegen die KPD beruht nicht zuletzt darauf, daß die KPD den werktätigen Massen den Weg des Kampfes für die demokratischen Rechte und Freiheiten zeigt und dadurch bei der Bevölkerung immer größere Autorität gewinnt. Die rechte SPD-Führung ist darum auch die treibende Kraft für die rasche Durchführung des Prozesses gegen die KPD und für deren Unterdrückung. Ein maßgebender „Theoretiker" der rechten SPD-Führung, Bergsträsser, erstattete dem Bundesverfassungsgericht ein Rechtsgutachten, das Adenauer und Lehr die Argumente für ihre Verbotsforderung liefern soll. Die rechte SPD-Führung nährt weiter und weiter die verhängnisvollen Verfassungsillusionen, die demokratischen Rechte und Freiheiten hätten in dem „klaren und untrüglichen" Text des Grundgesetzes ihre Grundlage, und das Verfassungsgericht würde jede Regierung, die diese Rechte verletzt, in die Schranken weisen. Dabei hat dieses Manöver der rechten SPD-Führung bereits eine klägliche Niederlage erlitten. Das Verfassungsgericht erklärte, die „vorbeugende Normenkontrolle" sei unzulässig. Das Gericht, das sich selbst der

Garant und Hüter der Verfassung nennt, erklärte damit, es könne eine Verfassungsverletzung erst dann feststellen, wenn sie geschehen sei, nicht aber, wenn sie bevorstehe. Das hielt die SPD-Führung nicht davon ab, ihren Anhängern weiter dieses Gericht als den „wahren Garanten der Verfassung" und den „Hüter der Demokratie" zu offerieren.

Die Tatsachen zeigen immer deutlicher, daß die Kriegsverträge mit dem Grundgesetz unvereinbar sind. Die imperialistische Okkupation zerbricht das Grundgesetz. Damit zerbricht aber auch die Illusion, unter der Herrschaft der Verträge sei Verfassung und Recht, seien demokratische Freiheiten des Volkes möglich und Schritt auf Schritt wird die Erkenntnis Allgemeingut aller westdeutschen Bürger, daß es nur in einem freien unabhängigen Staat demokratische Rechte und Freiheiten für die Bürger geben kann, daß der Kampf um die demokratischen Rechte und Freiheiten vom Kampf um die nationale Unabhängigkeit nicht zu trennen ist. Die Losung der rechten SPD-Führung, das Grundgesetz sei eine feste Bastion, vor der die Kriegsverträge von Bonn und Paris halt machten, erweist sich mehr und mehr als infame Lüge, die den amerikanischen Imperialisten Henkerdienste leistet und der westdeutschen Bevölkerung das Joch der Okkupation schmackhaft machen soll.

*

„Die Besonderheit des Adenauerregimes besteht darin", so führte Genosse Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK aus, „daß es bestrebt ist, seine faschistischen Methoden und die Staatsstreichmaßnahmen durch zeitweise Ausnutzung des Parlaments ... zu tarnen." (Walter Ulbricht, „Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 28)

Das Bestreben der Okkupationsmächte geht dahin, das Parlament wie die politischen Parteien ihrem Willen, der „Integration", unterzuordnen, sie zu Exponenten ihrer Politik zu machen. Durch scheindemokratische Institutionen wollen sich die Okkupationsmächte eine gewisse Massenbasis schaffen und die Bevölkerung davon abhalten, in das Lager des patriotischen Kampfes überzugehen.

Die Regierung Adenauer plant bis zur Neuwahl des Parlaments eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die ein ihrer amerikahörigen Politik gefügiges Parlament sichern sollen.

Als erste Maßnahme zur Schaffung dieses Marionettenparlamentes ist der Vorschlag eines neuen „Wahlgesetzes" zu nennen, das eine unerhörte und offene Knebelung des wahren Willens der Bevölkerung darstellt, das das Stimmenverhältnis zugunsten der die Regierung Adenauer stützenden Parteien willkürlich verschiebt, und jedes Votum gegen die Regierungspolitik ausschließt.

Außerdem will die Adenauer-Regierung alle ihr nicht genehmen politischen Parteien unterdrücken. Das soll erreicht werden einmal durch das geplante „Parteiengesetz", des weiteren durch den Terrorprozeß gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Existenz freier, wahrhaft demokratischer politischer Parteien ist mit dem Okkupationsregime nicht mehr vereinbar. Darum eröffnen die Bonner Machthaber mit der Wahlbeschränkung zugleich einen Feldzug gegen das — auch im Grundgesetz verankerte — Recht der westdeutschen Bürger auf Freiheit der politischen Meinungsäußerung, der politischen Willensbildung und der Bildung politischer Parteien. Durch das „Parteiengesetz" sollen die zugelasse-

nen politischen Parteien einer Staatsaufsicht unterstellt werden. Die Regierung würde ermächtigt werden, sich weitgehend in die inneren Angelegenheiten der politischen Parteien und in das innere Parteileben einzumischen; sie könnte u. a. die Aufstellung der Vertreter der Parteien für das Parlament maßgebend beeinflussen.

Mit dem Terrorprozeß gegen die Kommunistische Partei will die Regierung vom Verfassungsgericht die Entscheidung erzwingen, jede politische Partei verbieten und von der Wahl gänzlich ausschließen zu können, die die Politik der Regierung verwirft und eine nationale und demokratische Politik, Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Deutschlands fordert.

Es wäre darum eine Täuschung zu glauben, im Prozeß gegen die KPD gehe es nur um diese eine Partei oder es gehe hier um den Kampf gegen den Kommunismus. Es geht um das Recht auf politische Meinungsäußerung und politische Willensbildung, um das Recht auf die Bildung politischer Parteien. Im Grundgesetz heißt es (Artikel 21): „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei." Das Grundgesetz bestimmt weiterhin ausdrücklich, daß politische Parteien nur dann verboten werden dürfen, wenn ihre politischen Ziele gegen das Grundgesetz verstoßen und dies durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist. Die Regierung Adenauers will das Bundesverfassungsgericht und das Grundgesetz in den Fragen des Verbots politischer Parteien ausschalten. Im Prozeß gegen die KPD fordert die Regierung Adenauer vom Bundesverfassungsgericht nicht nur die Auflösung der KPD, sondern auch die Blankovollmacht, alle sogenannten „Tarn- und Ersatzorganisationen", die sich in Zukunft bilden sollten, ganz nach ihrem Ermessen verbieten zu können. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Verbot der KPD in der Hauptsache wegen ihrer Politik der nationalen Wiedervereinigung, die sich gegen die Spaltung Deutschlands und die imperialistische Okkupation richtet, wegen ihrer Politik des Friedens und der Demokratie gefordert wird. Die Politik des nationalen Befreiungskampfes ist in den Augen der Regierung Adenauer „Kommunismus". Der Verbotsantrag vom November 1951 zählt in der Anlage 37 politische Organisationen, Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften auf, die nach der Meinung Adenauers „kommunistische Tarn- und Ersatzorganisationen" sind. Es handelt sich dabei um berufliche Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften, um weltanschauliche Richtungen, die mit dem Kommunismus nicht das mindeste zu tun haben. Sie werden zu „kommunistischen Tarn- und Ersatzorganisationen" gestempelt, einzig aus dem Grunde, weil sie die Adenauersche Außenpolitik nicht billigen, weil sie eine Verständigung der Deutschen, eine nationale Politik fordern. Zehn Monate nach der Verbotsklage, im Oktober 1952, teilte Lehr im Bundestag mit, daß die Liste dieser „Tarn- und Ersatzorganisationen" bereits auf über 200 angewachsen sei. Er brauche dringend das Verbot gegen die KPD, um gegen alle diese Organisationen vorgehen zu können. Es soll hier also das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf politische Willensbildung, das die Grundlage aller demokratischen Betätigung ist — und das auch im Grundgesetz verankert ist —, vernichtet werden.

Nach amerikanischem Muster soll jede Partei und Organisation, die unter dem Verdacht eines „illoyalen Verhaltens" gegenüber den Okkupationsmächten und der Regierung Adenauer steht, von den Polizeischergen des Bonner Staates verfolgt und unterdrückt werden. Das ist die Vernichtung aller

politischen Freiheit, der Übergang zur Gesinnungsschnüffelei und zum Gesinnungsterror, wie wir das in dem berüchtigten amerikanischen System der Verfolgungen wegen „unamerikanischen Verhaltens" so plastisch vor uns haben.

Dies ist die mit parlamentarischen Formen verbrämte faschistische Diktatur. Zwar gibt es „Parteien", aber nur „loyale", die nicht Gegner der Regierungspolitik sind. Es gibt auch eine „Opposition", aber eine solche, die sich in den Grenzen des von den Besatzungsmächten Erlaubten bewegt. Es gibt auch ein „Parlament", das aber nichts als die willenlose Marionette der Besatzungsmächte selbst ist.

Die Bonner Machthaber, die die Befehle der amerikanischen Imperialisten durchführen, fürchten den Willen des deutschen Volkes, sie fürchten freie unbestechliche Parteien, die mit dem Volke eng verbunden und von seinem Vertrauen getragen sind, die das Volk im Kampf für seine Lebensrechte führen.

*

Seit Jahren verfolgen die imperialistischen Volksfeinde die Kommunistische Partei mit ihrem Haß. Die imperialistischen Volksfeinde fürchten eine Partei, die tief im Volke wurzelt, die unbeugsam für nationale Einheit und Freiheit, für die demokratische Selbstbestimmung des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens des deutschen Volkes kämpft, die mit hohem gesellschaftlichen Bewußtsein und politischer Moral erfüllt ist, und ihre volle Selbständigkeit und Unbestechlichkeit bewahrt. Je mehr sich die Politik der Regierung vom Willen des Volkes und von den Interessen der Nation entfernt, um so mehr wird die Existenz einer solchen Partei für sie unerträglich. Der Zeitpunkt, sie gänzlich aus dem Wege räumen zu müssen, scheint jetzt mit der Durchsetzung der Bonner und Pariser Verträge gekommen.

Der Verbotsantrag der Regierung Adenauer nennt als ersten Grund für das geforderte Verbot der KPD die Propagierung der Lehre des Marxismus-Leninismus. Die Kommunistische Partei soll unterdrückt werden, weil sie die höchste Errungenschaft der Wissenschaft in die Massen trägt, weil sie damit die Massen für ihren politischen Kampf begeistert.

Die KPD soll unterdrückt werden, weil sie, ausgehend von der Erkenntnis, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein und der Sozialismus nur auf der Grundlage einer breit entfalteten Demokratie aufgebaut werden kann, die Arbeiterklasse über ihre wahre Lage und über ihre geschichtliche Mission aufklärt, weil sie sie dazu erzieht, Vorhut zu sein im Kampf der Werktätigen und des ganzen Volkes um die Befreiung vom Joch des Kapitalismus und des Imperialismus.

Die KPD soll unterdrückt werden, weil sie, ausgehend von der Erkenntnis, daß Demokratie und Volksfreiheit nur in einer befreiten Nation sich entfalten können, an der Spitze des Kampfes um die nationale Selbstbestimmung steht.

Die Kommunistische Partei brandmarkt überall den nationalen Verrat als den schändlichsten Verrat und zeigt der westdeutschen Bevölkerung die ungeheuerliche Gefahr, die aus der von dem amerikanischen Imperialismus im Interesse seiner Weltherrschaftspläne propagierten These von dem Absterben der Nation erwächst. Nichts ist für die imperialistischen Dunkelmänner und Volksfeinde gefährlicher, als die Vermittlung politischen Wissens, das zur Bildung eines freien und selbständigen Urteils führt. Das politische Wissen schlägt in politische Aktivität um und verstärkt den Befreiungskampf.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die KPD in den Sumpf der imperialistischen Politik zu ziehen, Agenten in die Partei zu senden, trotzkistische und titoistische Gruppen zu organisieren, um der KPD ihre Selbständigkeit zu nehmen und sie zu einem Anhängsel der imperialistischen Politik zu machen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, Provokateure in die KPD zu entsenden, um Gesetzwidrigkeiten zu organisieren und zu provozieren, was der Regierung der willkommene Anlaß gewesen wäre, gegen die KPD einzuschreiten. Beides ist gescheitert an der Reinheit und Geschlossenheit der Partei, an der Unantastbarkeit und Unbestechlichkeit ihres Funktionärkörpers, an der Wachsamkeit und Hingabe der Mitglieder und an dem Ernst, mit dem diese beharrlich, unter großen persönlichen Opfern, für die als richtig erkannte Politik kämpfen.

Die Regierung Adenauer nennt denn auch als nächsten Verbotsgrund die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei, die hohe Parteimoral und Parteidisziplin, den unerbittlichen Kampf gegen unsaubere Elemente und Fraktionsmacher.

Die Regierung Adenauer nennt die Kommunistische Partei „diktatorisch", weil sie unsaubere Elemente und Fraktionsmacher aus ihren Reihen ausschließt. Sie will der Kommunistischen Partei verbieten, sich solcher Gruppierungen zu entledigen, die die Anschauungen der Partei und ihre Politik bekämpfen. Die Regierung Adenauer nennt jede Partei „diktatorisch", die die Reinheit der Parteilinie gegenüber fremden Einflüssen wahrt, sie fordert von einer „demokratischen" Partei die Duldung von Gegnern, von Agenten in der Partei. Die Regierung Adenauer hat das höchste Interesse daran, ihre Agenturen in den politischen Parteien zu unterhalten, um dort das Aufkommen jeder gegen die Regierung gerichteten politischen Strömung zu unterdrücken. Das ist ohne Zweifel die bisher unerhörteste Provokation der Adenauer-Regierung, ein Eingriff in die demokratischen Rechte der Bürger, der alles, was sich die Regierung Adenauer bisher erlaubte, in den Schatten stellt. Es ist dies die politische Entrechtung, die geistige Bevormundung, die Zerstörung der politischen Parteien. Die Apologeten des Bonner Regimes, die ständig ausposaunen, die politischen Parteien gehörten notwendig zur Demokratie, fürchten in Wahrheit nichts mehr als wahrhaft freie, demokratische, mit dem Volk verbundene Parteien.

Als dritten Grund für das Verbot zählt die Regierung Adenauer die von der KPD betriebene Politik der nationalen Wiedervereinigung auf, den entschiedenen Widerstand der KPD gegen Remilitarisierung und Spaltung, gegen „Integration" und Verfassungszerstörung; den Kampf für die nationale Einheit und Freiheit, für demokratische Rechte und Freiheiten, für den gesamtdeutschen demokratischen Nationalstaat. Sie erhebt gegen die KPD den Vorwurf der Gefährdung der Bundesrepublik, der Absicht der Zerstörung der „freiheitlichen demokratischen Ordnung" des Grundgesetzes, der Absicht der gewaltsamen Machtergreifung und Oktroyierung einer von der Bevölkerung nicht gewünschten Ordnung; sie erhebt gegen die KPD den Vorwurf, eine „staatszerstörende" Partei zu sein. In Wirklichkeit ist es allein die Regierung Adenauer, die durch ihren verbrecherischen Verrat an den Souveränitätsrechten des deutschen Volkes eine tödliche Gefahr über Westdeutschland und das ganze deutsche Volk heraufbeschwört. Indem sie sich zum Handlanger der Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten machte, Westdeutschland als Schauplatz des geplanten Krieges auslieferte und die deutsche Industrie, die deutsche Jugend in den Dienst der amerikanischen Kriegspläne stellte, wird sie zum schlimmsten

Feind des deutschen Volkes. Alles politische Streben der Kommunistischen Partei war und ist darauf gerichtet, diese tödliche Gefahr vom deutschen Volk abzuwenden, durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem geeinten Deutschland den Frieden in Europa und dem deutschen Volk eine gedeihliche Zukunft zu sichern. Die Adenauersche Politik der fortschreitenden Auslieferung der Souveränitätsrechte des deutschen Volkes an die imperialistischen Mächte, das ist die Zerstörung der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Sie bringt notwendig die Drosselung der demokratischen Rechte und Freiheiten mit sich. Adenauer schreckte keinen Augenblick davor zurück, auch das Grundgesetz zu zerstören, um die fremden Interessen in Westdeutschland durchzusetzen. Die Kommunistische Partei hat in allen Stadien der Entwicklung des Bonner Separatstaates gegen den Raub der demokratischen Rechte und Freiheiten, gegen die völkerrechtswidrige Übertragung deutscher Souveränitätsrechte an fremde Mächte protestiert und die Bevölkerung zum Kampf für diese Rechte und Freiheiten, für die Schaffung eines freien demokratischen Nationalstaates aufgerufen. Nicht die Kommunistische Partei hat den Staatsstreich vollführt. Dieser Vorwurf trifft allein die Regierung Adenauer. Nicht die Kommunistische Partei hat, gestützt auf die Bajonette der imperialistischen Besatzungsmächte, die Macht an sich gerissen, um die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, Westdeutschland aus dem Verband der deutschen Nation loszureißen und in eine „europäische Staatenföderation" unter amerikanischem Protektorat einzugliedern, um die Verwirklichung des Rechts des deutschen Volkes auf einen souveränen, demokratischen Nationalstaat zu verhindern. Das Adenauer-Regime hat einen Staatsverrat verübt, wie er in der Geschichte des deutschen Volkes bisher noch nicht bekannt war. Für Dollars wurden die politischen, die wirtschaftlichen und militärischen Hoheitsrechte, die allein dem deutschen Volk zustehen, und von einer deutschen Staatsgewalt ausgeübt werden können, fremden Mächten übertragen.

*

Die KPD stand und steht in Westdeutschland an der Spitze des Kampfes um den deutschen demokratischen Nationalstaat, der die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes, die demokratischen Rechte und Freiheiten seiner Bürger sichert. Sie zeigt der westdeutschen Bevölkerung den Weg zu souveräner Staatsgestaltung, den Weg, seine unveräußerlichen Rechte, die das verräterische Bonner Regime ihm vorenthält, geltend zu machen und durchzusetzen.

Die Forderung der Regierung Adenauer, die KPD zu verbieten, ist eine ungeheuerliche Provokation aller deutschen Patrioten. Diese Provokation muß zurückgeschlagen, der Prozeß muß verhindert werden.

Die Kämpfe gegen diese Herausforderung aller patriotischen Deutschen durch die Regierung Adenauer sind wichtige Marksteine im Ringen des deutschen Volkes um einen freien, souveränen Nationalstaat. Dieses Ringen um die deutsche Staatsgestaltung kann durch ein Prozeßurteil nicht unterdrückt, der Kampf des deutschen Volkes um die politische Selbstbestimmung, die demokratische Gestaltung seines staatlichen und rechtlichen Lebens kann nicht aufgehalten werden.

Der Vorwurf der Staatszerstörung, der Auflösung der Demokratie, gegen die Kommunistische Partei Deutschlands geschleudert, wird auf die wahren Zerstörer des deutschen Staates, die Verräter an der Demokratie, auf die Feinde der deutschen Nation zurückprallen.

Erwin Neu

Arbeitsorganisation und Anwendung der Neuerermethoden in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Stürmisch schreitet die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik voran. Die werktätigen Bauern und Landarbeiter bilden Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, weil sie erkannt haben, daß die bisherige Wirtschaftsweise auf den kleinen und zersplitterten Feldern eine schnellere Entwicklung ihrer Wirtschaft erschwert und eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität unmöglich macht.

Die gemeinsame Bodenbearbeitung auf großen Flächen ermöglicht den Mitgliedern der Genossenschaften die fortschrittlichste Technik sowie die Erfahrungen der fortgeschrittensten Agrarwissenschaft und die Methoden der Neuerer in der Landwirtschaft anzuwenden. Gute Erfolge konnten die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften schon bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung, der ersten unter den Bedingungen der gemeinsamen Arbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben, erringen.

Die Genossenschaftsbauern haben ein gemeinsames Interesse an hohen Erträgen; denn sie stärken durch ihre gesteigerten Leistungen den gesamten Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und erhöhen ihren eigenen Wohlstand.

Von entscheidender Bedeutung für die weitere wirtschaftliche und organisatorische Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist die gute Organisation der Arbeit.

Auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erklärte Genosse Walter Ulbricht:

> „Die Arbeitserfahrung der Kollektivwirtschaften in der UdSSR, der Genossenschaften in den volksdemokratischen Ländern und unserer Genossenschaften lehrt, daß eine richtige Arbeitsorganisation und Bezahlung der Arbeit in den Genossenschaften die wichtigste Bedingung für das weitere Wachstum der vergesellschafteten Wirtschaft der Genossenschaften und für die Erhöhung der Einkommen der Genossenschaftsmitglieder ist." („Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin", Deutscher Bauernverlag, Berlin 1953, S. 56)

Die sozialistischen landwirtschaftlichen Betriebe erfordern eine sozialistische Form der Arbeitsorganisation, eine auf die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften gerichtete Arbeitsdisziplin aller Mitglieder und ein richtiges System der Arbeitsbewertung als der Grundlage einer richtigen Verteilung der Einkünfte.

Diese Fragen sind deshalb in den Musterstatuten und in der Musterbetriebsordnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die von der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften angenommen und vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt wurden, besonders ausführlich ausgearbeitet worden.

In den Musterstatuten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist festgelegt, daß die Genossenschaftsbauern sich verpflichten,

„... die Bewirtschaftung ihres Bodens *planmäßig* (von mir hervorgehoben — E. N.) durchzuführen und rechtzeitig alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die die restlose Erfüllung der staatlichen Pläne für die landwirtschaftliche Produktion garantieren". (Ebenda, S. 250)

Die Musterstatuten sehen vor, daß die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach einem Produktionsplan arbeiten, der — wie auch die Einnahmen und Ausgaben — von der Mitgliederversammlung bestätigt werden muß. Über die Notwendigkeit der Planung in den sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben sagte J. W. Stalin:

„Die Kollektivwirtschaft ist eine Großwirtschaft. Eine Großwirtschaft kann aber nicht ohne einen Plan betrieben werden. Eine Großwirtschaft in der Landwirtschaft ... kann nur unter planmäßiger Leitung betrieben werden. Sonst muß sie zugrunde gehen und zerfallen." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 487)

Der Ausarbeitung des Jahresproduktionsplanes der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kommt deshalb eine große Bedeutung zu. Die Genossenschaftsbauern müssen erkennen, daß der genossenschaftliche Plan *ihr* Kampfplan ist, den sie sich selbst auf der Grundlage des staatlichen Anbauplanes geben, das heißt in diesem Jahr auf der Grundlage der Summe der Anbaubescheide für die einzelnen Mitglieder. In den kommenden Jahren werden die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine Planauflage für den Anbau der einzelnen Kulturen und für die Viehhaltung erhalten. Alle im laufenden Planabschnitt durch Neueintritte hinzukommenden Flächen werden dieser Planauflage zugeschlagen. Diese Auflage wird auch die Kontrollziffer für die zu erreichenden Ernteerträge festlegen. Das bedeutet einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Gebiete der Planung in der Landwirtschaft. Wenn die Parteiorganisationen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihre Aufgabe gut erfüllen, indem sie den Mitgliedern das Wesen und den Inhalt der Produktionsplanung erläutern und sie von der Notwendigkeit der Planung in der Genossenschaft überzeugen, dann werden alle ihre ganze Kraft für die Verwirklichung ihres Planes einsetzen.

Es ist nützlich, aus den Erfahrungen der diesjährigen Produktionsplanung einige Lehren zu ziehen. In einer Reihe von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überließ man die Ausarbeitung des Produktionsplanes den Agronomen der MTS und dem Vertreter der Deutschen Bauernbank. Der Vorstand hatte daran keinen Anteil und die Mitgliederversammlung stimmte dem Plan ohne Diskussion zu. Daraus folgt, daß die Mitglieder den Plan nicht kennen und sich also um seine Erfüllung auch wenig sorgen werden. Das ist grundfalsch. Der Plan schafft die Voraussetzung für die stetige Aufwärtsentwicklung der Produktionsgenossenschaften und regelt alle Fragen des genossenschaftlichen Lebens. Es ist deshalb eine Grundbedingung, daß ihn jedes einzelne Mitglied genau kennt und auch danach arbeitet.

In nicht wenigen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wies der Plan ein völlig unreales Verhältnis zwischen den geplanten Ernteerträgen und den aufzuwendenden Düngermengen auf. Es ist richtig, daß durch die Zusammenlegung der Felder sich eine neue Fruchtfolge notwendig macht und größere Düngermengen zum Ausgleich gebraucht werden. In vielen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überstieg jedoch die Höhe der geplanten und eingelagerten Düngermengen das Zweifache des notwendigen

Jahresbedarfes. Es ist falsch zu glauben, daß mit hohen Düngergaben allein die Ernte erhöht werden könnte. Im Gegenteil, eine Überdüngung führt in den meisten Fällen zum Mißerfolg. Außerdem wird dabei die agronomische und technische Hilfe der MTS und der Wissenschaft zur Ertragssteigerung unterschätzt. In solchen Fällen gilt es, die Genossenschaftsbauern davon zu überzeugen, daß ein Produktionsplan reale Ziele anstreben und zum Kampfplan der Genossenschaft werden muß, daß sie folglich ihren Plan korrigieren müssen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Stärkung der genossenschaftlichen Wirtschaft kann nur erreicht werden, wenn der Jahresproduktionsplan zum Kampfplan aller Genossenschaftsmitglieder geworden und die Arbeit gut organisiert ist.

Die feste Grundlage für die Arbeitsorganisation in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist die Produktionsbrigade. Es heißt deshalb auch in der Musterbetriebsordnung: „Die Grundform der richtigen Arbeitsorganisation ist die *ständige* (von mir hervorgehoben — E. N.) Produktionsbrigade."

Je nach der Art der Produktion werden in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ständige Feldbau-, Viehzucht- und andere Brigaden gebildet. Sie werden für die Dauer von mehreren Jahren aufgestellt und haben die Aufgabe, die Arbeit in guter Qualität und termingemäß durchzuführen. Die Produktionsbrigade wird von einem Brigadier geleitet. Der Vorstand der Genossenschaft schlägt der Mitgliederversammlung den Brigadeleiter vor und diese wählt ihn.

Der Brigadeleiter verteilt die von der Brigade zu leistende Arbeit auf die einzelnen Arbeitsgruppen und Brigademitglieder. Er muß dabei jeden Genossenschaftsbauern entsprechend seiner Qualifikation, seinen Erfahrungen und physischen Kräften einsetzen. Der Brigadeleiter erhält seine Anweisungen vom Vorstand bzw. Vorsitzenden der Genossenschaft und ist diesem rechenschaftspflichtig.

Die Zahl der Brigaden und die Größe der einzelnen Brigaden richten sich nach dem Umfang der jeweiligen Produktionszweige. Die einzelnen Brigaden müssen so zusammengesetzt werden, daß sie während des ganzen Jahres gleichmäßig beschäftigt werden und mit ihren eigenen Kräften alle für sie festgelegten Arbeiten durchführen können.

Das erste und wichtigste Prinzip der ständigen Produktionsbrigade besteht darin, daß sie auf der Grundlage einer Jahresproduktionsauflage arbeitet, die ihr vom Vorstand der Produktionsgenossenschaft gegeben wird. Diese Jahresproduktionsauflage der Feldbaubrigade umfaßt die fest zugewiesene Bodenfläche, die notwendigen Zugkräfte und das landwirtschaftliche Inventar, die Wirtschaftsgebäude, die Art und die Fläche der landwirtschaftlichen Kulturen, die von der Brigade zu erzielenden Ernteerträge für die einzelnen Kulturen und die Bezeichnung der Arbeiten sowie den Aufwand an Arbeitseinheiten. Das gleiche Prinzip gilt für die Viehzuchtbrigade.

Bei der Festlegung der zu erzielenden Ernteerträge kommt es darauf an, daß es nicht Mindesterträge sind, die sich bequem und ohne Anstrengung erreichen lassen, sondern daß die Brigade sich vorwärtsweisende Ziele stellt. Die Parteiorganisation der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft muß der Motor in diesem Kampf um reichere Ernten sein; dann wird sie ihre Aufgabe als Vortrupp und Vorkämpfer im Ringen um ein besseres Leben erfüllen.

Die Aufschlüsselung des Jahresproduktionsplanes auf die Produktionsbrigaden, das heißt die Festlegung der Produktionsziele und die feste Zuteilung der hierzu notwendigen Produktionsmittel auf eine längere Frist, wird dazu beitragen, die persönliche Verantwortung der Brigadeleiter und der einzelnen Brigademitglieder zu heben.

Die Brigade soll einen bestimmten, möglichst zusammenliegenden Flurteil erhalten, um die Wegezeiten auf ein Mindestmaß beschränken und Arbeitseinheiten einsparen zu können.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz für die richtige Arbeit der Feldbaubrigade ist die planvolle Zusammenarbeit mit der Traktorenbrigade der MTS. Dies wird in allen Fällen gewährleistet, wenn die Jahresproduktionsauflage der Feldbaubrigade gemeinsam mit den Traktoristen ausgearbeitet und beiderseits auf die strengste Einhaltung des Jahresvertrages geachtet wird.

Je nach Art und Umfang der Produktion teilt sich die Produktionsbrigade in Arbeitsgruppen. Diese Arbeitsgruppen — als eine Form der Arbeitsorganisation innerhalb der Brigade — werden zur Qualifizierung der Mitglieder führen, zum Beispiel in der Feldbaubrigade für bestimmte Kulturen, wie Weizen, Zuckerrüben, Gemüse, oder in der Viehzuchtbrigade für die Kälberaufzucht, für die Betreuung des Jungviehs, für die Rinder-, Schweine- oder Schafzucht.

An der Spitze jeder Arbeitsgruppe steht der Gruppenleiter, der vom Vorstand der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft aus den Reihen der Gruppenmitglieder bestimmt wird. Er übt seine Funktion als Leiter der Gruppe neben seiner gemeinsam mit allen Gruppenmitgliedern zu leistenden Arbeit auf dem Felde oder im Stall aus. Den einzelnen Gruppenmitgliedern teilt er täglich die Arbeiten zu und sorgt dafür, daß der festgesetzte Arbeitsauftrag für den laufenden Tag eingehalten wird und die Tagesarbeitsnormen bei guter Qualität der Arbeit erfüllt werden. Gemeinsam mit dem Brigadeleiter nimmt er jeden Abend bzw. nach Erfüllung eines bestimmten Auftrags die durchgeführten Arbeiten ab.

Der Brigadeleiter führt täglich Buch über die von jedem Mitglied seiner Brigade geleistete Arbeit und die dafür anzurechnenden Arbeitseinheiten. Jedes Mitglied führt ein Leistungsbuch, worin die täglich durchgeführten Arbeiten eingetragen werden. Die Eintragung der Arbeitseinheiten wird persönlich von dem Brigadeleiter vorgenommen. Die Auswertung der geleisteten Arbeiten innerhalb der Brigade wird in wöchentlichen Produktionsberatungen vorgenommen.

Wenn auch bereits in einer ganzen Reihe von Genossenschaften Produktionsbrigaden gebildet wurden, so ist doch die Arbeitsorganisation innerhalb der Brigaden noch mangelhaft. Die Lösung dieser Frage ist ohne Zweifel nicht leicht, weil unsere werktätigen Bauern und Landarbeiter noch über wenig Erfahrungen verfügen und oft noch falsche Vorstellungen über den Sinn und Zweck der Produktionsbrigade haben, die ein starker Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist. Die ständige Aufklärung der Genossenschaftsmitglieder über die Bedeutung und über die großen Möglichkeiten der Produktionssteigerung mit Hilfe einer richtigen Brigadearbeit ist deshalb sehr wichtig.

Es ist Aufgabe der Parteiorganisationen und der Politischen Abteilungen bei den MTS, den Genossenschaftsbauern ständig zu erläutern, daß die Produktionsbrigade nichts zu tun hat mit den Arbeitskolonnen, wie sie früher auf

den Junkergütern üblich waren. Die Feinde der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften versuchen das den werktätigen Bauern und Landarbeitern einzureden, wobei sie an die alten Vorstellungen anknüpfen. Sie wollen die Genossenschaftsbauern von der Bildung der Produktionsbrigaden abhalten und damit die weitere Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hemmen.

Ständig muß den Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften klargemacht werden, daß sie in den Produktionsbrigaden nicht für fremde, sondern für die eigenen Interessen arbeiten, daß sie in ihrer eigenen Wirtschaft und nicht in der Wirtschaft eines „Herrn" arbeiten. Die Ergebnisse ihrer Arbeit kommen ihnen selbst zugute; denn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften abgeschafft. Den Genossenschaftsbauern muß immer wieder bewiesen werden, daß durch die Arbeit in der Produktionsbrigade größere Leistungen und dadurch höhere Einkünfte gegenüber der mühseligen und zeitraubenden Arbeit im Einzelbetrieb erzielt werden.

Die Parteiorganisationen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften müssen alles tun, um in ihren Genossenschaften dem Vorstand und den Brigadeleitern zu helfen, die Brigadenarbeit konsequent auf der Grundlage der Musterbetriebsordnung aufzubauen. Dazu ist notwendig, daß die jahrelangen Erfahrungen der Kollektivwirtschaften der Sowjetunion, der Produktionsgenossenschaften in den Ländern der Volksdemokratie und auch die eigenen Erfahrungen studiert und den Mitgliedern erläutert werden.

Was Stalin über die Parteiarbeit bei der Festigung der Kollektivwirtschaften in der Sowjetunion sagte, das gilt voll und ganz auch für die Entwicklung unserer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Stalin sagte,

> „. . . daß die Partei, wenn sie die kollektivwirtschaftliche Bewegung leiten will, in alle Einzelheiten des kollektivwirtschaftlichen Lebens und der kollektivwirtschaftlichen Leitung eindringen muß. Daraus folgt, daß die Partei ihre Verbindung mit den Kollektivwirtschaften nicht verringern, sondern vervielfachen muß, daß sie alles wissen muß, was in den Kollektivwirtschaften vorgeht, um rechtzeitig zu Hilfe zu kommen und den Gefahren vorzubeugen, die den Kollektivwirtschaften drohen." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 487/488)

Die Parteiorganisationen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die politischen Abteilungen bei den MTS müssen diese Stalinschen Ratschläge beherzigen. Sie müssen einen ständigen, konsequenten Kampf gegen die alten Gewohnheiten, gegen Rückständigkeiten und gegen die Einflüsse des Klassengegners führen. Die Genossen werden dazu in der Lage sein, wenn sie selbst die Bedeutung der Brigadenarbeit als den wichtigsten Bestandteil der Arbeitsorganisation in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erkennen und eine offensive Agitation gegen falsche und feindliche Argumente führen.

Die Parteiorganisationen müssen erkennen, daß die Bildung der ständigen Produktionsbrigaden verhältnismäßig leicht, ihre Festigung dagegen bedeutend schwieriger ist. Es ist notwendig, daß jedem einzelnen Genossenschaftsbauern klargemacht wird, daß er ein entscheidender Teil der Brigade ist, und daß es wesentlich von ihm abhängt, wie die gesamte Brigade arbeitet und welche Leistungen sie vollbringt.

Die Festigung der Produktionsbrigaden ist jedoch kein allzu schwieriges Problem, wenn die Genossen der Parteiorganisation die führende Kraft in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft darstellen, wie z. B. in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Pinnow, Kreis Angermünde. Die Genossen und allen voran der Parteisekretär leisten eine vorbildliche Arbeit. Sie geben allen anderen Mitgliedern das Beispiel und helfen den Zurückgebliebenen uneigennützig und kameradschaftlich. Sie haben es auch verstanden, jeden einzelnen entsprechend seinen Fähigkeiten und Interessen an den richtigen Arbeitsplatz zu stellen. Durch diese gute Arbeit konnte die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Pinnow ihre Getreideaussaat schon am 28. März in guter Qualität beenden, während die werktätigen Einzelbauern dieser Gemeinde zu diesem Zeitpunkt bei weitem noch nicht fertig waren.

Das Hauptaugenmerk ist auf die richtige Auswahl der leitenden Kader, das heißt der Brigadenleiter und Gruppenleiter, aus den Reihen der Genossenschaftsmitglieder zu richten. Die Frage der Leitung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, aber auch der Brigaden und Arbeitsgruppen, ist jetzt von erstrangiger Bedeutung; denn mit dem Übergang von der bäuerlichen Einzelwirtschaft zur Produktionsgenossenschaft ist das Schwergewicht der Verantwortung für die Führung der gesamten Wirtschaft von den einzelnen Bauern, die sich früher selbst um alles kümmern mußten, auf die Leitung der Produktionsgenossenschaft, auf den führenden Kern der Produktionsgenossenschaft übergegangen. Sorge um die Wirtschaft und vernünftige Führung der Geschäfte fordern die Mitglieder der Produktionsgenossenschaft jetzt vor allem von der Leitung ihrer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft.

Die weitere Entwicklung und Festigung unserer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hängen deshalb wesentlich von der richtigen Auswahl der Kader ab. Bevor die Brigadeleiter der Mitgliederversammlung zur Wahl vorgeschlagen werden, ist es notwendig, daß die Parteiorganisation — zumindest die Leitung der Parteiorganisation — sich mit der Auswahl der Kader beschäftigt und dem Vorstand hilft, daß wirklich die bewußtesten und in der Landwirtschaft erfahrensten Mitglieder zu Brigadeleitern gewählt werden. Das gilt auch für die Einsetzung der Leiter der Arbeitsgruppen.

Die Worte Stalins über die große Bedeutung der Kader für die Entwicklung der Kollektivwirtschaften gelten auch für unsere Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften:

> „Es kommt also nicht nur auf die Kollektivwirtschaften selbst als sozialistische Organisationsform an, sondern vor allem darauf, welcher Inhalt in diese Form gegossen wird, es kommt vor allem darauf an, *wer* an der Spitze der Kollektivwirtschaften steht und *wer* sie leitet." (Ebenda, S. 491)

Unter Leitung der besten und erfahrensten Kader werden die gemeinschaftliche Arbeit, der gemeinsame Kampf um höhere Ernteerträge, das gemeinsame Bestreben, ein schöneres und reicheres Leben zu führen, dazu beitragen, die genossenschaftlichen Interessen der Mitglieder zu stärken.

Die Schwächen und Mängel der einzelnen werden in der Gemeinschaft schneller behoben, die positiven Seiten dagegen gestärkt und gefestigt werden. Das muß und wird das Ergebnis der Erziehung der einzelnen durch das Kollektiv sein. Man darf jedoch nicht hoffen, daß sich dieser Prozeß im Selbstlauf

vollzieht. Im Gegenteil, die Parteiorganisation muß die Erziehungsarbeit in den Brigaden und Arbeitsgruppen bewußt lenken und leiten. Nur dann wird eine hohe Arbeitsmoral, eine freiwillige und bewußte Arbeitsdisziplin bei den Genossenschaftsmitgliedern erreicht werden.

Ein Mittel zur Festigung der Arbeitsdisziplin ist auch die Auszeichnung für hervorragende Leistungen. Die Musterbetriebsordnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sieht dafür eine Reihe von Maßnahmen vor. Es wurde festgelegt, daß bei Übererfüllung des Produktionsplanes durch eine Produktionsbrigade auf Beschluß der Mitgliederversammlung der Brigadeleiter und die besten Mitglieder der Brigade mit Geld oder Naturalien prämiiert werden, der Vorstand der Genossenschaft auf der Mitgliederversammlung den besten Brigademitgliedern den Dank ausspricht, die Brigademitglieder, die anhaltend gute Arbeitsleistungen erzielen, auf Beschluß der Mitgliederversammlung in das Ehrenbuch der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eingetragen werden und die beste Brigade mit der Wanderfahne der Produktionsgenossenschaft ausgezeichnet wird.

Die richtige Anwendung dieser Maßnahmen zur Auszeichnung der besten Mitglieder der Produktionsgenossenschaft wird ohne Zweifel dazu beitragen, die *freiwillige und bewußte Arbeitsdisziplin* zu entwickeln, zu festigen, und die genossenschaftliche Demokratie zu stärken.

Entsprechend dem Prinzip der Verteilung nach der Leistung und zur Festigung der Arbeitsdisziplin sieht die Musterbetriebsordnung für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften andererseits vor, daß schlecht ausgeführte Arbeiten ohne Anrechnung der Arbeitseinheiten wiederholt werden müssen, bzw. daß bei solchen Arbeiten, die nicht nachgeholt werden können, die entsprechende Zahl von Arbeitseinheiten abgezogen wird. Verletzt ein Mitglied die Arbeitsdisziplin, indem es die Anweisungen des Vorstandes oder Brigadeleiters nicht befolgt, ohne Entschuldigung verspätet oder gar nicht zur Arbeit erscheint, so erteilt der Vorstand, wenn die Kritik in der Brigade und an der Wandzeitung nicht hilft, diesem Bummelanten eine Verwarnung oder, wenn notwendig, beschließt die Mitgliederversammlung die Erteilung einer Rüge. Die höchste Strafe ist der Ausschluß aus der Produktionsgenossenschaft. Sie wird angewendet bei Mitgliedern, die die Disziplin fortgesetzt gröblichst verletzen, das Statut und die Regeln der inneren Betriebsordnung nicht einhalten, und bei denen alle anderen Erziehungsmaßnahmen ohne Erfolg bleiben. Der Ausschluß erfolgt gemäß dem Statut auf Beschluß der Mitgliederversammlung. Von großer Bedeutung ist auch die Festlegung, daß bei sorglosem oder nachlässigem Verhalten gegenüber genossenschaftlichem Vermögen, Inventar usw. der Vorstand verpflichtet ist, die Schuldfrage zu prüfen und den Schuldigen schadenersatzpflichtig zu machen.

Das ist wichtig, denn gerade beim Übergang zur genossenschaftlichen Wirtschaft kommt es mitunter vor, daß genossenschaftliches Inventar nicht sorgfältig genug behandelt wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Mitglieder der Produktionsgenossenschaft erst lernen müssen, genossenschaftlich zu denken, das genossenschaftliche Eigentum als *ihr* Eigentum und das genossenschaftliche Inventar als *ihr* Inventar zu betrachten.

Zur Festigung der Arbeitsorganisation in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften trägt auch in entscheidendem Maße die *richtige Bewertung der geleisteten Arbeit* bei.

Durch die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde die Grundlage für die Anwendung des sozialistischen Verteilungsprinzips auf dem Lande geschaffen; denn sozialistische Produktionsgenossenschaften bedingen auch die Anwendung des sozialistischen Verteilungsprinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Das bedeutet, daß die Menge an Produkten und Geld, die jedes Mitglied von der Genossenschaft erhält, der Menge und Qualität seiner geleisteten Arbeit in der Genossenschaft entspricht. Es handelt sich also um keinen Lohn, sondern um einen Anteil an den selbst mit erarbeiteten Einkünften der Genossenschaft. Die Arbeitsleistung wird gemessen nach der Menge und Güte der geleisteten Arbeit, wobei die zur Verrichtung der Arbeit erforderliche Qualifikation berücksichtigt wird. Zur Verwirklichung des Leistungsprinzips heißt es in der Musterbetriebsordnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften:

> „Alle Arbeiten, die von den Genossenschaftsmitgliedern ausgeführt werden, werden in Arbeitseinheiten berechnet auf der Grundlage der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Arbeitsnormen und Bewertung." („Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin", S. 287)

Die Festlegung der Arbeitsnormen erfolgt auf der Grundlage der Musterarbeitsnormen, die von der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften angenommen und vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt wurden. Sie muß unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß die Arbeitsnormen für das gewissenhaft arbeitende Mitglied der Genossenschaft erreichbar sind und zu guten Arbeitsleistungen anspornen. In den Musterarbeitsnormen sind Vorschläge für die hauptsächlichsten Arbeitsvorgänge auf dem Felde und im Stall gemacht worden. Es ist jedoch unbedingt erforderlich, daß jede landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft für alle anderen Arbeiten, die in der genossenschaftlichen Wirtschaft vorkommen, selbst Normen und eine entsprechende Bewertung festlegt.

In den ersten Monaten der genossenschaftlichen Entwicklung gab es Genossenschaften, die die geleistete Arbeit nach der verbrauchten Zeit, das heißt nach Tagen oder Stunden bemessen haben. Diese Methode der Gleichmacherei, die nicht die Menge und Qualität der Arbeit in Betracht zieht, die das gut arbeitende Mitglied ebenso wie das schlecht arbeitende gleich bewertet, ist falsch und schädlich. Diese Methode hemmt die Entwicklung zu einer hohen Arbeitsmoral der Genossenschaftsmitglieder. Sie ist Wasser auf die Mühle unserer Feinde, die die Bauern damit schrecken wollen, daß in der Genossenschaft angeblich jeder gleich viel erhalte, der Fleißige wie der Faule, das gewissenhaft arbeitende Mitglied wie der Bummelant. Die Vergütung der Arbeit nach der Zeit vermindert die Arbeitsproduktivität und verzögert die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb ist diese Methode falsch und es ist notwendig, die tatsächlich geleistete Arbeit auf der Grundlage richtiger Tagesarbeitsnormen zu messen und in Arbeitseinheiten zu bewerten.

Auch in der Frage der Vorschußleistungen werden in vielen Genossenschaften große Fehler begangen. In der Mitgliederversammlung der Genossenschaft muß ernsthaft darüber beraten werden, wer Vorschußzahlungen erhält,

und in welcher Höhe sie geleistet werden. Jedem ist erklärlich, wenn ehemalige Landarbeiter auf die geleisteten Arbeitseinheiten Vorschüsse erhalten. Anders ist es bei ehemaligen werktätigen Bauern. Sie haben die letzte Ernte noch individuell eingebracht und haben ihre laufenden Einkünfte aus der individuellen Viehhaltung. Gewiß wird es in Einzelfällen notwendig sein, Vorschußleistungen zu geben. Allen Mitgliedern jedoch, ohne Berücksichtigung der Notwendigkeit, diese zu gewähren, ist unrichtig, da dadurch die am Jahresende zu verteilenden Produkte und Geldeinkünfte aus der kommenden Ernte geschmälert werden und andererseits die für die Vorschußleistungen aufgenommenen Kredite, die zurückgezahlt werden müssen, in ungerechtfertigtem Maße anwachsen.

Die Zahl der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die bisher ihre Tagesarbeitsnormen auf der Grundlage der Musterarbeitsnormen diskutiert und beschlossen haben, beweist, daß der größte Teil der Genossenschaftsbauern die Notwendigkeit begriffen hat, mit Normen zu arbeiten. Das ist jedoch leider noch nicht in allen Genossenschaften der Fall.

Vielfach zeigt sich, daß das Wesen der Arbeitsnormen und die Notwendigkeit der konsequenten Anwendung des Leistungsprinzips noch nicht verstanden wird, was oftmals auf die mangelnde Hilfe der Funktionäre der Kreisleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der politischen Abteilungen der Maschinen-Traktoren-Stationen für die Genossenschaften zurückzuführen ist.

In den Diskussionen anläßlich der Beschlußfassung über die Annahme der Tagesarbeitsnormen zeigte sich oftmals die Tendenz, die Tagesarbeitsnormen möglichst niedrig festzulegen. Einige Genossenschaftsbauern waren der Meinung, daß die Norm bei der Verteilung der Einkünfte keinen Ausschlag gäbe; denn die zu verteilenden Produkte und Geldeinkünfte würden ja am Jahresende doch die gleichen sein. Diese Genossenschaftsbauern irren sich. Zu niedrige Normen hemmen die Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit die Erhöhung der Ernteerträge. Sie schmälern die Einkünfte eines jeden Genossenschaftsmitgliedes und werfen die Produktionsgenossenschaft in ihrer Entwicklung zurück.

Die Parteiorganisationen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Leiter der politischen Abteilungen bei den MTS müssen die Genossenschaftsbauern ständig beraten und darum kämpfen, daß fortschrittliche Arbeitsnormen festgelegt werden. Solche Normen müssen von den gewissenhaft arbeitenden Mitgliedern erfüllt werden können und zugleich einen Anreiz zu höheren Leistungen geben. Es kommt aber nicht nur darauf an, daß Tagesarbeitsnormen festgelegt werden, sondern viel wichtiger ist es, daß diese von der Mitgliederversammlung beschlossenen Normen in der praktischen Arbeit auch konsequent angewendet und die festgelegten Arbeitseinheiten angerechnet werden. Dies wird gewährleistet, wenn bei der täglichen Arbeitseinteilung innerhalb der Arbeitsgruppe durch den Gruppenleiter den einzelnen Mitgliedern für die durchzuführenden Arbeiten die entsprechenden Arbeitsnormen und Arbeitseinheiten bekanntgegeben werden.

Jedes Mitglied muß diese genau kennen, bevor es mit der Durchführung eines Auftrages beginnt. Das wird ohne Zweifel zur Steigerung der Leistungen beitragen.

Es wäre töricht anzunehmen, daß das Arbeiten mit Normen in der Anfangsentwicklung der Genossenschaften ohne jede Schwierigkeit vor sich geht. Nicht

selten kommt es zu Diskussionen und Auseinandersetzungen über die Höhe der Normen, die Berechnung nach Arbeitseinheiten und dergleichen.

Die Genossen der Parteiorganisation müssen deshalb eine beharrliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten. Sie sind verpflichtet, in der Erfüllung der beschlossenen Arbeitsnormen beispielgebend zu sein, um durch ihre gute Arbeit die Zweifler und Mißmutigen zu überzeugen.

Auch im Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der Tagesarbeitsnormen muß die führende Rolle der Partei in der täglichen praktischen Arbeit der Genossen zum Ausdruck kommen. Überall, wo die Parteiorganisation der führende Kern ist, wie zum Beispiel in Pinnow, Kreis Angermünde, nimmt die Entwicklung und Festigung der Produktionsgenossenschaften einen guten und erfolgreichen Verlauf.

Diese Tatsache ist den Feinden des sozialistischen Aufbaus ein Dorn im Auge. Sie versuchen, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mit allen erdenklichen Mitteln aufzuhalten. Wir müssen uns darüber im klaren sein: je besser und erfolgreicher die Arbeit in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist, desto wütender wird der Klassenfeind, desto mehr versucht er, die Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin innerhalb der Genossenschaften zu stören, bei der Bewertung der geleisteten Arbeit und bei der Verteilung der genossenschaftlichen Einkünfte Zwietracht unter die Genossenschaftsmitglieder zu säen.

> „Nicht die offenen Angriffe der Agenten und Klassenfeinde", so sagt Genosse Wilhelm Pieck, „sind die gefährlichsten. Mit ihnen werden die Organe unserer Staatssicherheit und die gemeinsame Abwehr der Arbeiter und Bauern schon fertig werden. Am gefährlichsten ist die Arbeit des Klassenfeindes innerhalb der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften selbst." (Ebenda, S. 22/23)

Der Klassengegner versucht, vor allem hinsichtlich der Planung, der Arbeitsorganisation und -disziplin Zersetzungsarbeit zu leisten. Um dieser versteckten Wühlarbeit entschlossen entgegentreten zu können, müssen die Parteiorganisationen auf dem Lande eine große Erziehungsarbeit leisten. Unermüdlich müssen sie die Landbevölkerung über die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung aufklären und die werktätigen Bauern zur Erhöhung ihrer Wachsamkeit gegen feindliche Tätigkeit erziehen. Auch die Kreis- und Bezirksorganisationen der Partei und besonders die Politischen Abteilungen bei den MTS müssen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ständige und ununterbrochene Hilfe im Kampf gegen den Klassenfeind gewähren. Sie müssen den Genossenschaftsmitgliedern und den werktätigen Einzelbauern erklären, daß jede Unterschätzung des sich verschärfenden Klassenkampfes auf dem Lande die Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und damit die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in unserer Republik hemmt.

Eine mächtige Kraft, die die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vorantreibt, ist der *sozialistische Wettbewerb*. Er ist die Hauptmethode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erzielung hoher Erträge.

Die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Fortschritt" in Kattersnaundorf, Kreis Delitzsch, haben dies erkannt und bereits

im November vergangenen Jahres die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Deutschen Demokratischen Republik zum „Sozialistischen Wettbewerb für hohe Ernteerträge" aufgerufen. In diesem Wettbewerb haben sie sich das Ziel gestellt, die Erträge bei den einzelnen Kulturen schon im ersten Jahr ihrer genossenschaftlichen Arbeit entscheidend zu steigern, so zum Beispiel bei Zuckerrüben um 14 Prozent (von 280 auf 320 dz/ha). Sie haben sich auch Gedanken darüber gemacht, wie sie die Ertragssteigerung erreichen können und in ihrer Verpflichtung genaue Maßnahmen und Methoden festgelegt: Rechtzeitige Winterfurche und Stallmistgabe im Herbst; rechtzeitiges Abschleppen, Kalken und rechtzeitige Grunddüngergabe im Frühjahr; Eggen vor dem Auflaufen; rechtzeitiges Verhacken und Verziehen, zweimalige Handhacke, dreimalige Maschinenhacke, zweimalige Kopfdüngergabe und beim Schließen der Rüben ein tieferes Lockern zwischen den Reihen.

Dieser Aufruf zum „Sozialistischen Wettbewerb für hohe Ernteerträge" ist die Grundlage für den Abschluß des Wettbewerbs zwischen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Das Bedeutungsvolle dieses Aufrufs besteht darin, daß er sich nicht auf *irgendwelche* Ziele, sondern auf das *Hauptziel*, die Ertragssteigerung, konzentriert. Die Kattersnaundorfer haben erkannt, daß der Kampf um höhere Erträge die erste Aufgabe der Produktionsgenossenschaften sein muß; denn damit verbessern sie die Ernährungslage unserer Bevölkerung, erhöhen ihren eigenen Wohlstand und leisten damit gleichzeitig die beste Überzeugungsarbeit gegenüber den werktätigen Einzelbauern. Die hohe Bedeutung dieses Aufrufes besteht auch darin, daß er den einzig richtigen Weg zur Erreichung dieses großen Zieles zeigt, nämlich die Anwendung der Erfahrungen der sowjetischen und deutschen Agrarwissenschaft und der Methoden der Neuerer der Landwirtschaft.

Im Wettbewerbsvertrag der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Trinwillershagen und Altenpleen heißt es unter anderem:

„Aussaat von *jarowisiertem Sommergetreide*
auf einer Fläche von 5 ha Sommerweizen und 3 ha Hafer;

Anwendung von *granuliertem Superphosphat*
auf einer Fläche von 10 ha;

Aussaat von *einkeimigem* (monogermen) *Zuckerrübensamen* auf einer Fläche von 2 ha zur Erleichterung der darauffolgenden Pflegemaßnahmen zur Steigerung der Produktivität;

Aussaat von 15 ha Sommerweizen im *Kreuzdrillverfahren*;
zur Steigerung der Kartoffelerträge werden 50 Prozent des Pflanzgutes in *Keimstimmung* ausgepflanzt;

Umbruch von 14 ha Grünland zur Wechselnutzung."

Das ist es, was wir in allen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften brauchen. Günstige Voraussetzungen für die Anwendung neuer Arbeitsmethoden haben sich die werktätigen Bauern durch den Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion geschaffen. Dadurch wurde eine intensivere Nutzung der Zugkräfte, der Maschinen und Geräte und eine weitaus breitere Anwendung der fortschrittlichen Anbau- und Arbeitsmethoden ermöglicht. Viele Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sind dem Beispiel von Trinwillershagen und Altenpleen gefolgt. Es kommt jetzt aber darauf an, auf diesem Wege fortzuschreiten und alle Kräfte anzuspannen, damit wir jetzt

einen Durchbruch zur allgemeinen Anwendung der neuen Anbau- und Arbeitsmethoden in allen Produktionsgenossenschaften und Dörfern erzielen. Die neuesten Erkenntnisse und Arbeitsmethoden der Agrarwissenschaft und -technik, insbesondere die Lehren der sowjetischen Agrarwissenschaftler Mitschurin, Lyssenko und Wiljams, müssen in breitestem Umfang angewendet werden. Das Studium der Agrobiologie in den Mitschurinzirkeln und Agrokabinetten der MTS sowie die praktischen Versuche — Bodenuntersuchungen, Nährstoffanalysen, Aussaatzeit, Düngungsversuche usw. — durch die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wird hierzu entscheidend beitragen.

Nur wenn wir aus den Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft lernen, nur wenn wir uns die fortgeschrittenste Wissenschaft, die Sowjetwissenschaft, aneignen und sie für unsere Landwirtschaft auswerten, werden wir festen, sicheren Schrittes vorwärtsschreiten können zum Sozialismus.

Es ist Aufgabe der Politischen Abteilungen bei den MTS und der Parteiorganisationen in den Kreisen und Bezirken, die Erfahrungen der Produktionsgenossenschaften, die auf dem Gebiet der Anwendung der Neuerermethoden Hervorragendes leisten, gründlichst zu studieren und sie allen anderen Produktionsgenossenschaften zu vermitteln. Ein sehr gutes, bereits erprobtes Mittel ist der Erfahrungsaustausch zwischen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der von den verantwortlichen Kadern der Partei und der staatlichen Organe gefördert werden muß.

Durch den sozialistischen Wettbewerb finden immer neue Errungenschaften der Landwirtschaftswissenschaft und die Methoden der Neuerer Eingang in die genossenschaftliche Produktion. Dadurch bieten sich immer neue Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Lösung der wichtigsten Aufgaben in der Landwirtschaft: Steigerung der Erträge bei allen landwirtschaftlichen Kulturen, Vergrößerung des genossenschaftlichen Viehbestandes sowie die Steigerung seiner Produktivität.

Durch die Schaffung einer guten Arbeitsorganisation in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, durch die weitere Entwicklung der Arbeit der Produktionsbrigaden und die Anwendung neuer Arbeitsmethoden, werden sich unsere sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe wirtschaftlich und organisatorisch festigen. So werden wir in der Lage sein, gestützt auf die Beschlüsse und Dokumente unserer Partei und die großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Aufbau der Kollektivwirtschaften, im festen Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in unserer Republik zum Siege zu führen.

Karl Glemnitz

Entwicklungsperspektiven der Mechanisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion

Der XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft die Bilanz der bisherigen Erfolge gezogen und die neuen Wege der Entwicklung gewiesen. In den Nachkriegsjahren sind nicht nur die verheerenden Folgen der faschistischen Aggression in kürzester Zeit überwunden worden, sondern darüber hinaus wurde die landwirtschaftliche Produktion weit über den Vorkriegsstand gesteigert. Die Anbaufläche aller landwirtschaftlichen Kulturen überstieg im Jahre 1952 den Vorkriegsstand um 5,3 Mill. ha, d. h. um eine Fläche, die größer ist als die gesamte Anbaufläche unserer Republik.

Die Bruttoproduktion an Getreide erreichte die Höhe von über 131 Millionen Tonnen. Das Getreideproblem, das früher als akutestes und ernsthaftestes Problem galt, ist in der Sowjetunion ein für allemal gelöst. Noch rascher als die Produktion von Getreide und anderen Nahrungsmitteln stieg die Erzeugung technischer Nutzpflanzen und Futterpflanzen.

Alle diese Erfolge im Ackerbau wurden, wie Stalin in seinem letzten Werk unterstreicht*), vor allem durch die moderne technische Ausrüstung der sowjetischen Landwirtschaft erreicht. Die Kapazität des Traktorenparks in den MTS und Sowjetgütern überstieg 1952 den Vorkriegsstand um 59 Prozent. Gleichzeitig stieg die Leistung pro Traktor, so daß der Umfang der von den MTS durchgeführten Traktorarbeiten den Vorkriegsstand um 88 Prozent überstieg. Viele neue Typen landwirtschaftlicher Maschinen wurden entwickelt. Die Gesamtzahl der MTS erhöhte sich auf 8939, wobei auch viele neue Waldschutz- und Wiesenmeliorationsstationen und Maschinenstationen für die Viehwirtschaft geschaffen wurden. Gewaltige Erfolge wurden im Kampf um die Umgestaltung der Natur erzielt. Die bewässerten Flächen wurden um 50 Prozent erweitert und in den letzten 3½ Jahren 2,6 Millionen ha Feldschutzstreifen und 12 000 Teiche und Wasserreservoire angelegt.

Die großartigen Erfolge des sowjetischen Ackerbaus schufen die Voraussetzungen für die Erzielung ebenso großer Erfolge in der Viehwirtschaft, deren Entwicklung von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Sowjetstaat besonders gefördert wurde. Dank dieser Förderung vergrößerten sich die Viehbestände seit Juli 1945 um 13,4 Millionen Rinder, 41,8 Millionen Schafe, 21,2 Millionen Schweine und 5,6 Millionen Pferde. Dieser Zuwachs allein beträgt ein Vielfaches des Gesamtbestandes an Vieh in der Deutschen Demokratischen Republik.**)

Diese Erfolge der sowjetischen Landwirtschaft ermöglichten die ständige Verbesserung der Versorgung des gesamten Sowjetvolkes mit Nahrungsmitteln. So stieg in den staatlichen und genossenschaftlichen Läden der Verkauf von Fleisch und Fleischprodukten sowie tierischen Fetten um 80 Prozent, von Zucker um 70 Prozent und von pflanzlichen Fetten um fast das Doppelte gegenüber dem Vorkriegsstand. Seit der Aufhebung der Rationierung wurden bereits sechs Preissenkungen durchgeführt, von denen die letzte allein die Preise für Brot, Mehl und Teigwaren um 10 Prozent, für Fleisch und Fleischwaren um 15 Prozent, für Zucker und Zuckerwaren um 10 Prozent und für Kartoffeln, Gemüse und Obst um 50 Prozent senkte.

*) Siehe J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 91

**) Der Fünfjahrplan unserer Republik sieht für das Jahr 1955 einen Viehbestand von 4,3 Millionen Stück Rindvieh, 1,8 Millionen Schafen, 7,2 Millionen Schweinen und 721 000 Pferden vor.

In entgegengesetzter Richtung verläuft die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern. Allein in den Jahren 1947 bis 1950 sank in den USA die Weizenproduktion um 26 Prozent. Während die Fleischproduktion in der UdSSR von 1946 bis 1951 um 709 000 t stieg, verringerte sie sich in den USA um 437 000 t. War die Rübenzuckerproduktion im Jahre 1951 in den USA um 338 000 t und in Frankreich um 142 000 t geringer als im Jahre 1950, so stieg sie in der UdSSR in der gleichen Zeit um 454 000 t. Im Jahre 1952 übertraf die Produktion von Rübenzucker in der Sowjetunion die Produktion der USA, Frankreichs und Englands zusammengenommen.

Daß der Niedergang der Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern nicht durch klimatische und geographische Faktoren bedingt ist, wie es die Ideologen des Imperialismus behaupten, zeigt ein Vergleich der Leistungen der sowjetischen sozialistischen Landwirtschaft mit denen des zaristischen Rußland: Unter den gleichen klimatischen und geographischen Bedingungen ist hier z. B. die Getreideproduktion von 5 Milliarden Pud auf 8 Milliarden Pud gestiegen, wobei diese Erhöhung zu 80 Prozent durch Steigerung der Hektarerträge erreicht wurde.

Die entscheidende Ursache dieser Veränderungen kennzeichnete Stalin in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“:

> „Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer Landwirtschaft in den letzten 20—25 Jahren leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht in den 30er Jahren die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch neue, kollektivistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in der Produktion würden die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.“ (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 63)

*

Entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus dient auch die sowjetische Landwirtschaft der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung ihrer Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik. Die Richtung, in der sich die landwirtschaftliche Produktion weiterentwickeln muß, um diese Aufgabe zu erfüllen, hat der XIX. Parteitag der KPdSU angegeben. In den Richtlinien für den 5. Fünfjahrplan wurden die Hauptaufgaben festgelegt. Die Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Produktion liegt darin, die Hektarerträge wesentlich zu erhöhen und die Entwicklung zu einem neuen, hochintensiven Ackerbau fortzusetzen. Die Entwicklung des Ackerbaus und, vor allen Dingen, die wesentliche Ausdehnung des Feldfutteranbaus wird eine umfassende Steigerung der tierischen Produktion durch die Vergrößerung der Viehbestände und die Erhöhung ihrer Produktivität ermöglichen. Diesem Ziel wird auch der Übergang zur durchgängigen Stallhaltung dienen. Die ganzjährige Stallhaltung des Nutzviehs ermöglicht es, auch in den ausgesprochenen Ackerbaugebieten mit einem geringen Anteil natürlichen Grünlandes eine ausgedehnte, hochproduktive Viehwirtschaft zu betreiben. Außerdem werden durch die Haltung der Tiere in modernen, gesunden Ställen, durch die Möglichkeit der individuellen Pflege und Behandlung der Tiere sowie durch abwechs-

lungsreiche leistungsgerechte Fütterung die Leistungen der Viehwirtschaft systematisch gesteigert.

Mit besonderer Intensität werden die Arbeiten zur Umgestaltung der Natur fortgesetzt. Die Gesamtfläche der bewässerten Böden wird um ein Drittel vergrößert, und neue große Ländereien werden durch Trockenlegung riesiger Sumpfgebiete, wie des Polessje-Gebietes, gewonnen werden. Um die Nutzung dieser Böden gründlich zu verbessern, wird auf allen bewässerten Böden die Methode der zeitweiligen Kanäle eingeführt und der Maschinenpark für die Bewässerungsarbeiten vervollkommnet werden. Die zeitweiligen Kanäle werden vor der Bewässerung des Landes maschinell gezogen und nach Abschluß der Bewässerungsperiode wieder eingeebnet. Dadurch wird das Netz der ständig vorhandenen Kanäle wesentlich verringert und die von einem ständigen Kanal bewässerten Flächen wesentlich vergrößert. Gleichzeitig werden die Nutzflächen um 4 bis 6 Prozent erweitert, der hohe Arbeitsaufwand für die Säuberung und Instandhaltung der ständigen Kanäle vermindert und die modernen landwirtschaftlichen Großmaschinen vollkommener ausgenutzt. Ferner werden hohe Wasserverluste vermieden und eine der Quellen für die Verunkrautung der Felder beseitigt.

Zur Durchführung all dieser Aufgaben legen die Richtlinien für den 5. Fünfjahrplan fest, daß in den Kollektivwirtschaften die wichtigsten Ackerarbeiten vollkommen zu mechanisieren sind, und auch bei den anderen Arbeiten, insbesondere bei solchen mit hohem Arbeitsaufwand, die Mechanisierung zu verstärken ist. In den Sowjetwirtschaften wird die durchgehende Mechanisierung der Arbeiten mit hohem Arbeitsaufwand auf den wichtigsten Gebieten im Wesentlichen abgeschlossen werden.

Bis zum Jahre 1955 wird die sowjetische Landwirtschaft eine große Anzahl modernster Traktoren und Großmaschinen erhalten. Die Kapazität des Traktorenparks wird im Verlaufe des Fünfjahrplanes um weitere 50 Prozent und die Tagesleistung je Traktor gleichfalls um 50 Prozent erhöht werden. Die Arbeitsproduktivität der Traktoren wird weiterhin erhöht durch die Konstruktion von Bearbeitungsgeräten, die nicht am Traktor anhängen, sondern aufgesattelt sind. Diese Geräte wiegen wesentlich weniger als Anhängegeräte und der Traktor ist wendiger.

Welches sind die wichtigsten Methoden der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten?*) Die Mechanisierung des Pflügens zu 90—95 Prozent sichert die den Erfordernissen der fortschrittlichen Agrobiologie entsprechende und termingerechte Durchführung dieser Arbeiten und trägt dadurch wesentlich zur Steigerung der Hektarerträge bei. Die Bodenkrume wird durch die Vertiefung der Pflugfurche vergrößert, wodurch die Erträge bei Getreide z. B. um 3 bis 5 Doppelzentner (dz) je Hektar gesteigert werden. Mit besonderen Pflügen, die in der Sowjetunion gebaut werden, kann eine bis zu 70 cm tiefe Furche gezogen werden. In den meisten Kollektivwirtschaften und Staatsgütern erfolgt die Bodenbearbeitung nach dem Trawopolnaja-System, das beim Pflügen die Anwendung des Vorschälers bedingt. Damit wird neben der Unkrautbekämpfung eine Verbesserung der Bodenstruktur erreicht.

Die verstärkte Mechanisierung der Bodenbearbeitung ermöglicht es auch, schädliche Einwirkungen ungünstiger klimatischer Verhältnisse wesentlich zu vermindern. So erzielten die von der Brigade der Heldin der sozialistischen

*) Siehe insbesondere: A. Kirjuchin, „Die Entwicklung der Mechanisierung der Landwirtschaft im 5. Fünfjahrplan" «Вопросы Экономики» („Woprossy Ekonomiki"), Heft 3, 1953

Arbeit Praskowia Angelina von der MTS Stara-Beschewo (Ukraine) betreuten Kollektivwirtschaften selbst in dem ungewöhnlichen Dürrejahr 1946 Getreideerträge von 19—20 dz je Hektar.

Die Mechanisierung der Aussaat ermöglicht es, unter Benutzung neukonstruierter sowjetischer Sämaschinen die Getreidesamen gleichmäßig im Boden zu verteilen und den Abstand zwischen den Reihen zu verringern, wodurch der Ertrag um 10 Prozent und mehr gesteigert werden kann.

Die Richtlinien für den 5. Fünfjahrplan sehen vor, die Ernte bei Getreide und Sonnenblumen zu 80—90 Prozent mit Kombines durchzuführen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe wird die verstärkte Ausrüstung der MTS mit den modernsten Mähdreschern, vor allen Dingen mit den selbstfahrenden Mähdreschern S 4, von deren vorzüglicher Arbeit sich auch unsere werktätigen Bauern und Landarbeiter schon im vergangenen Jahr überzeugen konnten, entscheidend beitragen. Sowjetische Ingenieure konstruierten den neuen „Stalinez 8", der auch Felder mit höchsten Hektarerträgen aberntet. Durch den Einsatz von Mähdreschern verringern sich die Ernteverluste pro Hektar um etwa 1½ dz.

In welchem Maße der Einsatz und die volle Ausnutzung der Getreidekombines zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beiträgt, beweist das Beispiel des Helden der sozialistischen Arbeit und jetzigen Stellvertreters des Leiters der Hauptverwaltung der MTS, Konstantin Borin. Er steigerte die Leistung seines Mähdrescheraggregats (2 Mähdrescher gekoppelt) bis auf eine Tagesleistung von 90 und mehr Hektar und erntete in einer Ernteperiode eine Fläche von 2040 ha ab. Unter den technischen Bedingungen der Einzelbauernwirtschaft wären hierzu täglich 950 Personen, 150 Pferde, 37 Kornschwingen und 20 Pferdedreschmaschinen erforderlich gewesen.

Im vergangenen Jahr haben eine Anzahl von Sowjet- und Kollektivwirtschaften im Süden der UdSSR bei der Ernte die Fließbandmethode angewendet. Dabei wird innerhalb von 24 Stunden ein bestimmtes Feld abgeerntet, das Stroh abgefahren und die Schälfurche gezogen. Dazu werden die Kombines mit einer Vorrichtung ausgestattet, die Stroh und Spreu zu großen Haufen sammelt und diese ohne anzuhalten absetzt. Zum Abfahren der Haufen wird ein besonderes Traktorenaggregat benutzt, das bis zu einer Tonne Stroh vor sich herschiebt. Dabei steigt die Arbeitsproduktivität (im Vergleich zum Einsatz von Pferdefuhrwerken) auf das Sechs- bis Siebenfache. Um die Ernte und Schälfurche in einem Arbeitsgang durchzuführen, wurde ein aus Kombine und Schälpflug bestehendes Aggregat geschaffen. Einige Zeit nach dem Schälen, sobald das Unkraut aufgelaufen ist, wird tief gepflügt.

Die Richtlinien für den 5. Fünfjahrplan sehen eine weitere Ausdehnung und die weitgehende Mechanisierung des Anbaus technischer Nutzpflanzen vor. Die sowjetische Baumwollerntekombine SHM - 48, die in ihrer Vollkommenheit ähnliche amerikanische Konstruktionen weit übertrifft, indem z. B. ihre gezahnten, rotierenden Finger nur die aufgeplatzten Kapseln erfassen, erntet täglich eine Fläche von 4 ha ab und ersetzt die Arbeit von 50—60 Pflückern. Die sowjetische Flachserntekombine, die täglich 7 ha Flachs rauft, drischt und bündelt, erspart je Hektar 12—15 Tage mühseliger Handarbeit, verkürzt die Erntezeit und ermöglicht ein längeres Ausreifen des Flachses und damit eine bessere Faserqualität. Ebenso wird mit Hilfe der auch bei uns bereits eingesetzten Rübenerntekombine SKEM - 3 mühsame und zeitraubende Handarbeit erspart.

Im Zusammenhang mit der weitgehenden Vergrößerung der Anbaufläche für Kartoffeln wird der komplexen Mechanisierung des Kartoffelanbaus besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So wird die gesamte Vorbereitung der Äcker zur Pflanzung der Kartoffeln mit Traktoren und Maschinenaggregaten durchgeführt. Die Pflanzung der Kartoffeln erfolgt mit modernsten Kartoffellegemaschinen überwiegend nach der Methode der Nestpflanzung, um die Pflege- und Hackarbeit zur Bekämpfung des Unkrauts und zur Lockerung des Bodens mit modernsten Pflegegeräten durchführen zu können, wobei 10 bis 20 Arbeitstage pro Hektar eingespart werden. Bei der Ernte der Kartoffeln werden im größten Umfange Kartoffelerntekombines eingesetzt, die die Kartoffeln roden, auflesen, sortieren und auf Lastkraftwagen laden, die sie dann zu den Mieten bringen. Allein durch die komplexe Mechanisierung des Kartoffelanbaus wird der sonst erforderliche Arbeitsaufwand auf ein Viertel bis ein Fünftel vermindert.

In welchem Ausmaße die Arbeitsproduktivität durch die weitgehende Mechanisierung der wichtigsten Ackerarbeiten erhöht wird, beweist das Beispiel des Kubangebietes, wo im Jahre 1952 die gesamte Getreideernte mit Ausnahme von Reis und Mais in 20 Tagen abgeschlossen und dabei ungefähr 40 000 Kollektivwirtschaftsbauern für andere Arbeiten freigemacht werden konnten.

Durch die Schaffung eines komplexen Maschinensystems für die Grünfuttergewinnung und -aufbereitung sowie für die Heuernte werden gerade diese heute noch mit großem Arbeitsaufwand verbundenen Arbeitsprozesse erheblich verkürzt. Die Heugewinnung erfolgt vollkommen mechanisiert. Grasmäher mit einer Schnittbreite von 10 m mähen das Gras, Traktorenrechen ziehen es nach seiner Trocknung zusammen, Heuraffer packen es in Haufen und Schobersetzer bringen es auf riesige Schober.

Dieses Beispiel ist typisch für die Schaffung ganzer Maschinensysteme, die die Mechanisierung aller Arbeiten, die beim Anbau der jeweiligen Kulturen notwendig sind, ermöglicht. Die Sowjetregierung richtet gegenwärtig ihr Augenmerk gerade darauf, neben der Mechanisierung der wichtigsten Arbeiten auch für alle Nebenarbeiten die benötigten maschinellen Einrichtungen zu schaffen. Solche Arbeiten, wie die Reinigung und Trocknung sowie das Verladen und der Transport des Getreides, das Aufsammeln und Schobersetzen des Strohs erfordern heute noch einen hohen Aufwand menschlicher Arbeitskraft, behindern die restlose Ausnutzung der in den Hauptarbeiten eingesetzten Großmaschinen. Die Mechanisierung aller dieser Nebenarbeiten bei der Ernte des Getreides wird, wie eingehende Versuche ergeben haben, den Arbeitsaufwand auf ein Siebentel bis ein Neuntel verringern.

Gewaltige Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bietet die Mechanisierung der mit der Viehwirtschaft zusammenhängenden Arbeiten. Verschiedene Anlagen zur Arbeitsersparnis bei der Wasserversorgung des Viehs wurden je nach den örtlichen Bedingungen entwickelt, von automatischen Elektropumpanlagen bis zu einer Maschine, die innerhalb von 18—20 Stunden einen runden Brunnen von 25—30 Meter Tiefe gräbt und mit Eisenbeton verkleidet. Beim elektrischen Scheren wird die Arbeitsproduktivität vervielfacht und durch größere Gleichmäßigkeit der Schur auch der Wollanfall erhöht. Die elektrische Melkmaschine erspart der Melkerin etwa 10 000 anstrengende Handgriffe täglich. Auf Grund physiologischer Studien haben die sowjetischen Konstrukteure eine Dreitakt-Melkmaschine geschaffen, bei der auf das Zu-

sammenpressen und Saugen stets eine Ruhepause für die Kuh folgt. In den Melkmaschinen der kapitalistischen Länder fehlt diese Ruhepause, und die Anwendung dieser Maschinen ist deshalb schädlich für die Tiere. Bei Anwendung der sowjetischen Melkmaschine dagegen erhöhen sich die Milcherträge um etwa 10 Prozent.

*

Die komplexe Mechanisierung wichtiger landwirtschaftlicher Arbeiten erfordert eine systematische Verbesserung der Arbeitsorganisation, vor allem eine Festigung der ständigen Produktionsbrigaden der Kollektivwirtschaften. Wie in den Jahresarbeitsverträgen zwischen MTS und Kollektivwirtschaften festgelegt ist, haben die ständigen Produktionsbrigaden die Felder für den Einsatz der Maschinen und Traktoren vorzubereiten und die Bedienungen für die Anhängegeräte und Großmaschinen zu stellen. So haben z. B. die Brigaden der Kollektivwirtschaften die Aufgabe, bei der Pflanzung von Kartoffeln das Pflanzgut zu sortieren und bereitzustellen, den Stalldung aufs Feld zu bringen und auszubreiten, die mineralischen Düngemittel zu mischen und für alle eingesetzten Aggregate die Bedienung zu stellen. Dazu aber ist es notwendig, die Zusammensetzung der Brigaden stabil zu halten, ihnen die der Kollektivwirtschaft gehörenden Maschinen und Geräte in eigene Verantwortung zu übergeben und ihren Arbeitsplan mit dem Einsatzplan der MTS abzustimmen. Um einen materiellen Anreiz zu schaffen und die Verantwortlichkeit der Brigaden für das Ergebnis ihrer Arbeit zu heben, hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vorgeschlagen, die Einkünfte entsprechend den von den einzelnen Brigaden und Gruppen erzielten Erträgen zu verteilen.

Den Kollektivwirtschaften vorangehend, haben die MTS bereits in den ersten Nachkriegsjahren mit der Verbesserung der Arbeitsorganisation begonnen.

Mit der Einführung des Dispatcher-Systems in den MTS wird in jeder Station ein Kommando- und Kontrollorgan geschaffen, das es dem Leiter der Station ermöglicht, operativ die Arbeit jeder Brigade anzuleiten. Der Dispatcher, der durch Funk oder Telefon mit den Brigaden verbunden ist, hat einen genauen Einblick in die Arbeit jeder Brigade, er weiß, wo jeder Traktor und jedes Maschinenaggregat arbeitet, und verfolgt zur Kontrolle den Fortgang dieser Arbeiten an Hand einer Feldkarte oder eines Sandkastenmodells seines Arbeitsbezirkes. Bei auftretenden Maschinenschäden wird vom Dispatcher sofort die fliegende Reparaturkolonne eingesetzt. Treten in einer Brigade besondere Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführung agrotechnischer Maßnahmen ein, kann er sofort den Agronomen einsetzen, um der Brigade zu Hilfe zu kommmen. Besonders wertvoll ist die Arbeit des Dispatchers bei Einsätzen, die sehr kurzfristig durchgeführt werden müssen, wie z. B. bei der Ernte von Raps. Er kann alle Brigaden so anleiten, daß sie ihre Maschinen restlos ausnutzen und die Ernte in kürzester Zeit beenden. Ebenso veranlaßt der Dispatcher, daß bei Regen, der die Bearbeitung schwerer Böden unmöglich gemacht hat, die Brigaden ihre Traktoren auf den leichten Böden einsetzen. Der Dispatcher vergleicht an Hand der eingegangenen Meldungen den Fortgang der Arbeiten und gibt dem Leiter der Station die Möglichkeit, dann, wenn im Arbeitsablauf einer Brigade Stockungen auftreten, diese sofort zu untersuchen und für ihre Abstellung Sorge zu tragen. Das Dispatcher-System ist ein entscheidendes Mittel, um die Maschinen und Traktoren der MTS mit höchstem Nutzeffekt einzusetzen und ihre Kapazität voll auszulasten.

In den Brigaden wird die Arbeit nach einem genauen Stundenplan organisiert, der die Größe der Gesamtfläche, die bei einer Rundfahrt bearbeitet wird, und die Zahl der Umfahrten, die der Traktorist je Schicht leisten muß, enthält. Diese Methode ermöglicht es den Brigaden, die Erfüllung der Normen stündlich zu überprüfen, die Fehlerquellen bei Nichterfüllung aufzudecken und die für ihre Beseitigung geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Nach Schichtschluß wird das Arbeitsergebnis ermittelt und darüber diskutiert, wie man aufgetretene Fehler rasch beseitigen kann. Die Arbeit nach dem Stundenplan hilft gleichfalls, die Initiative der Mitglieder der Brigaden zu entfachen. Sie führt zu einer wesentlichen Steigerung der Leistung je Aggregat und verringert die Menge des verbrauchten Treibstoffes.

In der Ukraine haben im Jahre 1951 mehr als 6000 Kombineführer nach der Methode des Stundenplans gearbeitet, haben tausende Traktoristen ihre Maschinen in persönliche Pflege genommen und durch rationelleren Einsatz ihrer Aggregate mehr als 20 000 Tonnen Treibstoff eingespart. Die Einführung des Dispatcher-Systems und der Arbeit nach dem Stundenplan haben zu einer weiteren Steigerung der Leistung je Traktor geführt, die 1937 in der UdSSR bereits fünfmal so hoch war wie in den USA.

*

Die gewaltigen Leistungen der sowjetischen Landwirtschaft, die an erster Stelle der Welt steht, beruhen auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung, deren Produktionsverhältnisse sich in voller Übereinstimmung mit dem Charakter der Produktivkräfte befinden. Dem Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechend, dessen Erfordernisse von den Fünfjahrplänen widergespiegelt und konkretisiert werden, schafft die mächtige sozialistische Industrie ständig zahlreichere und vollkommenere Maschinen für die Landwirtschaft. Unermeßliche Reserven der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion werden im Sozialismus erschlossen. Die Elektrifizierung landwirtschaftlicher Arbeiten erhöht die Arbeitsproduktivität um ein Vielfaches, verbessert die Qualität und Gleichmäßigkeit der Bearbeitung und steigert wesentlich die Erträge. Durch die Umgestaltung der Natur nach dem Stalinschen Plan werden in bisherigen Steppen und Halbwüsten nie gekannte Erträge erzielt. Die Großbauten des Kommunismus liefern der Landwirtschaft gewaltige Mengen Wasser und elektrischen Strom, wodurch die Erträge in vielen bisher bebauten Gebieten wesentlich erhöht und riesige neue Ländereien gewonnen werden*). Insgesamt werden die Mehrerträge ausreichen, um die Ernährung von etwa 100 Millionen Menschen zu sichern.

Ein sehr wesentlicher Faktor der Entwicklung und Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Technik ist die Mitschurinsche Agrobiologie, die, auf dem dialektischen Materialismus beruhend, die objektiven Gesetze der Natur erkennt und dem Menschen ihre Ausnutzung ermöglicht. Sowjetische Pflanzenzüchter züchteten in der Nachkriegszeit 270 hochwertige Getreidesorten, darunter 57 neue Weizensorten sowie 24 Sorten von Ölpflanzen mit besonders hohem Ölgehalt.

Sowjetische Viehzüchter züchteten 26 neue, hochproduktive Rassen von Nutztieren, unter ihnen die wegen ihrer hohen Milchleistungen weltbekannt

*) In einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren gewinnt das Sowjetvolk mit der Bewässerung von 28 Millionen Hektar dürren Steppenbodens Nutzflächen, die mehr als ein Drittel dessen ausmachen, was die gesamte Menschheit in 1000jähriger Arbeit an bewässerten Flächen gewonnen hat, nämlich 70 bis 80 Millionen Hektar.

gewordenen Rinderrassen von Kostroma und Lebedinsk, die Schweinerassen von Breitowo und Liwny, und die wegen ihrer ausgezeichneten Wollqualität besonders wertvollen Stawropoler und Altai-Schafrassen, die sehr widerstandsfähig und sehr fruchtbar sind und eine ausgezeichnete, langfasrige, feine Wolle bei hohem Wollertrag liefern.

In breitem Umfange findet die Jarowisation*) des Getreides statt. Der Anbau des Weizens sowie der Anbau von Obst und Gemüse wurde selbst unter den ungünstigsten klimatischen Verhältnissen Sibiriens und des Fernen Ostens ermöglicht. Das Trawopolnaja-System wurde in den meisten Sowjetgütern und Kollektivwirtschaften eingeführt. Dabei wird durch die Anwendung von Fruchtfolgen, die den jeweiligen örtlichen Bedingungen angepaßt sind, und in denen mehrjährige Gräser und Leguminosen einen bedeutenden Platz einnehmen, die Möglichkeit geschaffen, die Bodenfruchtbarkeit systematisch zu verbessern. Es wurde auch das System des grünen Fließbandes entwickelt, wobei durch die zeitliche Staffelung der Aussaatzeiten und den Anbau verschiedener Futterkulturen, die zu verschiedenen Zeiten zu ernten sind, die Viehbestände während der ganzen frostfreien Zeit mit hochwertigem Saftfutter versorgt sind. Sowjetische Konstrukteure haben eine Sämaschine konstruiert, die die gleichzeitige Aussaat von Getreidesamen und Samen von mehrjährigen Futtergräsern ermöglicht.

Bei der Entwicklung und Verbreitung von technischen und wissenschaftlichen Neuerungen spielt die Masseninitiative der sowjetischen Bauern eine entscheidende Rolle. Die von Ausbeutung befreite Sowjetbauernschaft, deren Interessen nicht mehr durch die Enge einer kleinen Parzelle begrenzt sind, ist an der Entwicklung der Technik und Agrotechnik stärkstens interessiert. In den Gebieten und Bezirken, in den MTS und Kollektivwirtschaften werden Jahrespläne für die Verbreitung und örtliche Auswertung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen aufgestellt. Der Plan des Landwirtschaftsministeriums für das Jahr 1951 sah z. B. vor, das tiefe Pflügen auf mehr als 5 Millionen ha durchzuführen, die Aussaat des Getreides nach dem Kreuzdrill- und Engsaatverfahren um das 2½fache zu steigern, die Kopfdüngung bei Wintergetreide, die zusätzliche Bestäubung bei Fremdbestäubern in breitem Maße in allen Wirtschaften zu verwirklichen. An der Aufstellung dieser Pläne sind neben den Landwirtschaftsorganen die hervorragendsten Wissenschaftler und Neuerer der MTS und Kollektivwirtschaften beteiligt.

Durch Presse und Rundfunk, durch die Organisierung des Erfahrungsaustausches sowie durch ein breites System agronomischer Schulung werden die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen den Massen der Bauern zugänglich gemacht. Viele Kollektivwirtschaften führen Versuchspflanzungen durch, so daß ein enger, lebendiger Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis hergestellt wird. Viele Bauern erhöhen in langfristigen agronomischen und zootechnischen Schulungen ihre Qualifikation.

Allein im Jahre 1951 haben über 20 000 Fachleute und Kollektivwirtschaftsbauern in Lehrgängen und durch Teilnahme an Kursen von Fernlehranstalten

---

*) Bei der Jarowisation des Getreides, das nach einem Verfahren des bekannten Agrarwissenschaftlers Lyssenko durchgeführt wird, werden die Samen des Getreides so behandelt, daß sie einen Teil ihrer Entwicklung bereits vor der Aussaat durchmachen. Dabei wird dem Getreide die notwendige Feuchtigkeit zugesetzt. Es wird dann 14 bis 20 Tage lang einer durchschnittlichen Temperatur von 0 bis 5 Grad ausgesetzt. Dadurch vollziehen sich im Inneren des Saatguts bestimmte Vorgänge, die die Wachstumszeit des Getreides verkürzen und zu einer wesentlichen Steigerung der Erträge führen. In der Sowjetunion wird bereits auf einer Fläche von mehr als 10 Millionen Hektar jarowisiertes Getreidesaatgut verwendet. Versuche, die in der Deutschen Demokratischen Republik mit Sommerweizen durchgeführt wurden, haben bei der Jarowisation Mehrerträge bis zu 6,5 dz je Hektar erbracht.

ihre Qualifikation erhöht, während 1 216 000 Bauern in kurzfristigen Kursen für Feldbaubrigadiere, Leiter von Viehzuchtfarmen und Feldgruppenleiter ausgebildet wurden und 3 Millionen Bauern an dreijährigen agrotechnischen und zootechnischen Lehrgängen, die sie neben ihrer Arbeit besuchen, teilnahmen. Im verstärkten Maße treten wissenschaftlich qualifizierte Fachleute an die Spitze der Kollektivwirtschaften. Im Kubangebiet z. B. besitzen heute 55 Prozent aller Vorsitzenden eine landwirtschaftliche Fach- oder Hochschulbildung.

In der letzten Zeit begann eine neue Etappe in der Entwicklung der Kollektivwirtschaften durch die Einsetzung von Agronomen und fachlich qualifizierten Spezialisten als Brigadiere und Leiter von Viehzuchtfarmen. In den Kollektivwirtschaften und MTS steigt die Zahl der hervorragenden Neuerer der sozialistischen Landwirtschaft, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit ihren eigenen, reichen Erfahrungen verbinden, die neue Technik bewußt ausnutzen und Höchsternten und höchste Leistungen in der Viehwirtschaft erzielen. Sie tragen nicht nur zur Einführung der technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften in der Produktion bei, sondern bereichern die Wissenschaft durch ihre eigenen Erfahrungen und Ideen.

So erarbeitete der in der ganzen Sowjetunion bekannte und geschätzte Feldwirt der Kollektivwirtschaft „Sawjety Iljitscha" im Gebiet Kurgan, T. Malzew, einen ganzen Komplex agrotechnischer Maßnahmen. Er ermittelte in jahrelangen Versuchen die geeignetsten Pflanzensorten, die richtigen Bodenbearbeitungsmethoden, die günstigsten Aussaattermine und Pflegemaßnahmen, durch deren Verrichtung auch in den Gebieten jenseits des Urals jährlich hohe und beständige Ernten erzielt werden können.

Einige Altaibauern entwickelten neue agrotechnische Methoden, durch deren Anwendung sie 80 bis 90 dz Weizen je Hektar ernten konnten. Weltbekannt sind die Rekordernten, die die Bäuerin Olga Gonashenko bei Zuckerrüben erreichte. Ähnliche Beispiele gibt es heute auf allen Gebieten der sowjetischen Landwirtschaft.

Indem die sowjetische Bauernschaft erhöhte Anstrengungen unternimmt, um die landwirtschaftliche Produktion umfassend zu steigern, schafft sie gleichzeitig die Voraussetzungen zur maximalen Befriedigung ihrer eigenen materiellen und kulturellen Bedürfnisse. Die umfassende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der Nachkriegszeit und die breite Unterstützung der Sowjetbauern durch die Arbeiterklasse und die Sowjetregierung erhöhte das Realeinkommen der Kollektivwirtschaftsbauern gegenüber dem Jahre 1940 um 60 Prozent. In welchem Ausmaße sich der Wohlstand der Kollektivwirtschaften vergrößert hat, geht z. B. daraus hervor, daß ihre Einkünfte in der Turkmenischen SSR sich gegenüber 1940 mehr als verdreifacht haben. Insgesamt lagen die Geldeinkünfte der Kollektivwirtschaften 1951 um 86,7 Prozent höher als 1940, während sich die unteilbaren Fonds mehr als verdoppelten. Das Wachstum des Wohlstandes der Kollektivwirtschaftsbauern kommt besonders auch darin zum Ausdruck, daß allein im Nachkriegsfünfjahrplan auf dem Lande 3,8 Millionen neue, moderne Wohnhäuser gebaut wurden, die den Anforderungen einer hohen Wohnkultur entsprechen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Organe der Sowjetmacht widmen der weiteren Hebung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und des materiellen und kulturellen Wohlstandes der Sowjetbauernschaft besondere Aufmerksamkeit. Die Sowjetwirtschaften

und die MTS gehen in der Einführung der neuen Technik und neuer agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse voran, schaffen die Bedingungen für die Ausnutzung der neuen Methoden durch die Kollektivwirtschaften. Stalin weist in seiner letzten Arbeit in der Antwort an die Genossen A. W. Sanina und W. G. Wensher darauf hin, daß der Staat Milliarden dafür ausgibt, die veraltende Technik stets durch die modernste zu ersetzen. Die Kollektivwirtschaften könnten solche Ausgaben, die sich erst in 6—8 Jahren bezahlt machen, nicht tragen. Wie groß jedoch die Vorteile sind, die den Kollektivwirtschaften zufallen, wenn die MTS alte Technik durch neue ersetzen, sei an einem Beispiel gezeigt: Die Ersetzung der Traktoren ältester Konstruktion durch moderne Traktoren setzte die Selbstkosten auf etwa ein Drittel herab und ermöglichte es, die landwirtschaftlichen Arbeiten in gedrängten Fristen durchzuführen. Die neuen Erfahrungen mit Elektrotraktoren zeigen inzwischen, daß durch ihre Einführung wiederum große Mengen Brennstoff und Schmieröle gespart werden, daß der Bestand der Traktor- und Feldarbeitsbrigaden um etwa ein Drittel herabgesetzt werden kann, und daß die Reparaturkosten sich um ein Vielfaches verringern, während die Anzahl der Pferde, die für Nebenarbeiten benötigt werden, auf ein Siebentel sinkt. Die Qualität der Bodenbearbeitung erhöht sich dabei infolge der stärkeren Zugkraft und der Gleichmäßigkeit der Arbeit. Alle diese Vorteile kommen dem sowjetischen Bauern zugute, weil die MTS Eigentum des Sowjetstaates sind.

Partei und Staat helfen den Kollektivwirtschaftsbauern, ständig ihre sozialistische Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik zu vervollkommnen und alle Hemmnisse in ihrer Entwicklung zu beseitigen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war die Vereinigung von 254 000 kleineren Kollektivwirtschaften zu 97 000 kollektiven Großwirtschaften, wodurch die notwendigen Bedingungen für die volle Ausnutzung und weitere Entfaltung der modernsten Technik geschaffen wurden. In seiner letzten Arbeit hat Stalin den Sowjetbauern den weiteren Weg des Übergangs zum Kommunismus gewiesen, der gesichert wird durch Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Wachstum der Produktivkräfte, durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch — gleichfalls allmähliche — Einführung des Produktenaustausches an Stelle der Warenzirkulation, wobei der wesentliche Unterschied zwischen Stadt und Land beseitigt wird.

*

Im Imperialismus dagegen wird die Entwicklung der Landwirtschaft bestimmt durch das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus. Auf der Jagd nach Maximalprofit beuten die großen Monopolverbände nicht nur die Arbeiterklasse aus, sondern führen die Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung herbei. Die werktätigen Bauern z. B werden durch die Preispolitik der Monopole ruiniert, die sich außerdem noch große Profite aus Hypotheken, Wucherzinsen und Steuern sichern, die sie den werktätigen Bauern abpressen. Dadurch verschärfen sich die Disproportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft, und das Land, das durch die kapitalistische Stadt zusätzlich ausgebeutet wird, bleibt hoffnungslos hinter der Entwicklung der Industrie zurück.

Die Lage der Bauern in den kapitalistischen Ländern ist durch ihre wachsende Verschuldung gekennzeichnet, die z. B. allein in den USA von 7,4 Milliarden

Dollar im Jahre 1945 auf 12 Milliarden Dollar Anfang 1951 stieg, sowie durch den massenhaften Ruin der werktätigen Bauern. So verloren in den Jahren 1940 bis 1950 in den USA 731 000 Farmer, d. h. 11,7 Prozent aller Farmer ihren Besitz. Sie verloren ihn, obgleich sie sich durch maßlose Ausdehnung ihres Arbeitstages, Raubbau an den Arbeitskräften der ganzen Familie und rigorose Einschränkung ihrer persönlichen Bedürfnisse dagegen wehrten und ein elendes Leben führten. Sie unterlagen der Konkurrenz der mit modernen Traktoren und Landmaschinen sowie Lohnarbeitern produzierenden kapitalistischen Großfarmen und der Anarchie des kapitalistischen Marktes. In allen imperialistischen Staaten verfügen die kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft fast restlos über alle Traktoren und landwirtschaftlichen Großmaschinen und benutzen sie, um durch die schrankenlose Ausbeutung der Landarbeiter und werktätigen Bauern sowie durch den Raubbau an Grund und Boden Maximalprofite zu erzielen. So befinden sich in den USA, dem Lande mit dem entwickeltsten Kapitalismus in der Landwirtschaft, alle Traktoren in den Händen von 23 Prozent der Farmer. Selbst bürgerliche Zeitungen in den USA müssen zugeben, daß sich die Masse der amerikanischen Farmer auch diejenigen modernen Maschinen und Traktoren, die sie für ihre kleinen und mittleren Wirtschaften benötigen, nicht kaufen kann, während andererseits der Erwerb neuer Traktoren durch Agrarkapitalisten Hunderte von Kleinfarmern besitzlos macht.

In ihrem Bestreben, durch den Einsatz von Traktoren und Landmaschinen Maximalprofite zu erzielen, mißachten die kapitalistischen Großfarmer die einfachsten Regeln der Agrobiologie und treiben einen in seinen Folgen verheerenden Raubbau an Grund und Boden. Die Mechanisierung soll ihnen Maximalprofite einbringen und nicht, wie in der UdSSR die Bodenfruchtbarkeit steigern. Deshalb werden in den USA z. B. Landmaschinen nur für die primitivsten, unbedingt notwendigen Arbeiten zur Bestellung und zur Ernte der Felder produziert, während der Bau von Pflegegeräten vernachlässigt wird.

Infolge dieser kapitalistischen Profitwirtschaft steht die Landwirtschaft der USA, was Verunkrautung und Zerstörung der Böden angeht, an der Spitze aller Länder. Dieser rigorose Raubbau am Boden hat dazu geführt, daß nach Angaben amerikanischer Wissenschaftler in den USA heute 40 Millionen Hektar, das ist mehr als die landwirtschaftliche Nutzfläche ganz Deutschlands sowie Hollands und Belgiens zusammen, völlig vernichtet und über 300 Millionen Hektar fruchtbaren Acker- und Weidelandes stark erosionsgefährdet *) sind. Alle Versuche, die bisher in den USA, wenn auch in kleinstem Umfange, unternommen wurden, um dieser verhängnisvollen Entwicklung durch die Anpflanzung von Waldstreifen und die Einführung richtiger, die Bodenfruchtbarkeit erhaltender Fruchtfolgen Einhalt zu gebieten, sind gescheitert. Sie mußten scheitern, weil sie dem Streben nach Maximalprofit nicht entsprachen.

Diese Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit und das Absinken der Erträge versuchen die bezahlten Lakaien der amerikanischen Kriegstreiber als Naturgesetze darzustellen und bauen auf diesen Ergebnissen der kapitalistischen Profitwirtschaft ihre malthusianistischen Irrlehren vom „Gesetz des abnehmenden Bodenertrags“ und andere „Theorien“, wie die formale Genetik, auf. Sie brauchen diese Irrlehren, um ihren unmenschlichen Überfall auf das tapfere koreanische Volk und die Vorbereitung eines Überfalls auf die friedlichen Völker scheinwissenschaftlich zu rechtfertigen.

*) Erosion: Auswaschung oder Ausreibung des Bodens, die zu seiner Unfruchtbarkeit führt.

Die Erfolge der sowjetischen Landwirtschaft jedoch, die planmäßige Mechanisierung aller Arbeiten und die Ausnutzung der Erkenntnisse der schöpferischen Mitschurinschen Agrobiologie, die zu einem ständigen machtvollen Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion führen, beweisen die absolute Haltlosigkeit, den reaktionären Kern dieser pseudowissenschaftlichen Theorien und die Fäulnis der kapitalistischen Großproduktion in der Landwirtschaft überhaupt.

Die machtvolle Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft und die großartigen Perspektiven ihres weiteren Aufschwungs haben eine gewaltige internationale Bedeutung. Das Beispiel der Sowjetbauern, die sich unter der Führung der Arbeiterklasse ihre neue, glückliche Zukunft erkämpften, hat die Millionen Bauern Chinas in ihrem Kampf gegen das verräterische Kuomintang-Regime angespornt und leitet sie heute beim Übergang zu neuen, höheren Formen der landwirtschaftlichen Produktion. Das Beispiel der Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft ermutigt die Bauern Vietnams, Malayas und der Philippinen in ihrem Kampf gegen die ausländischen Kolonialherren. Die großartigen Perspektiven der sowjetischen Landwirtschaft finden aber auch allen Verleumdungen und Lügen der imperialistischen Lakaien zum Trotz einen immer tieferen Widerhall bei den werktätigen und armen Bauern in Italien, Frankreich, Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern.

Eine besondere Bedeutung haben die Erfolge der sowjetischen Landwirtschaft und die Perspektiven ihres großartigen Aufschwungs für die Bauern der Länder der Volksdemokratie und unserer Republik. In der Sowjetunion ist bewährte Wirklichkeit, worum die Bauernschaft dieser Länder unter der Führung ihrer Arbeiterklasse gegenwärtig kämpft, die sozialistische Großproduktion in der Landwirtschaft. Dank der uneigennützigen allseitigen Unterstützung durch die Regierung der Sowjetunion stehen uns alle Erfahrungen des Kampfes um die Entwicklung und Festigung der sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft im reichen Umfange zur Verfügung. Die Sowjetbauernschaft beweist immer aufs Neue die ungeheure Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft über die zersplitterte einfache Warenproduktion und über die kapitalistische landwirtschaftliche Großproduktion. Die Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft beweist den Bauern unserer Republik, daß allein durch den Übergang zur sozialistischen Großproduktion die Errungenschaften der modernen Agrartechnik und Agrarwissenschaft restlos ausgenutzt werden können. Dann erst werden die werktätigen Bauern von schwerster körperlicher Arbeit und der schrankenlosen Ausdehnung ihres Arbeitstages befreit sein und ein Leben in Kultur und Wohlstand führen. Die großartigen Perspektiven der sowjetischen Landwirtschaft — das sind die Perspektiven, die sich der gesamten Bauernschaft der Welt, nach der Zerschlagung der kapitalistischen Klassenherrschaft, durch den Aufbau des Sozialismus eröffnen.

Dr. Eberhard Rebling

Für den sozialistischen Realismus in unserem musikalischen Schaffen

In seiner Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU sagte Stalin, daß die Bourgeoisie jetzt „das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ... über Bord geworfen" hat und richtete an die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien den Appell, daß sie „dieses Banner erheben und vorantragen müssen", wenn sie „die führende Kraft der Nation werden" wollen.

Dieser Appell gilt auch für die Künstler. Der Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und Verfälschung der nationalen Traditionen in der Kunst, gegen den Kosmopolitismus in seinen verschiedensten Erscheinungsformen, der Kampf für ein schöpferisches Verwerten des nationalen klassischen Erbes, der Kampf um eine wahrheitsgetreue Widerspiegelung der Wirklichkeit unserer Zeit — das ist heute das entscheidende Problem des künstlerischen Schaffens. Dieser Kampf auf dem Gebiet des künstlerischen Schaffens ist zugleich der Kampf um die Verwirklichung des sozialistischen Realismus. Die Kulturschaffenden stehen vor der großen, wahrhaft nationalen Aufgabe, das Neue im Leben der Menschen unserer Republik, ihren kämpferischen Optimismus beim Aufbau des Sozialismus zu gestalten und hierbei die Konflikte zwischen Vertretern des Neuen und den Verteidigern des Alten, auch die Konflikte in der Entwicklung des einzelnen widerzuspiegeln. Denn nur durch diese wahrheitsgetreue Widerspiegelung des Lebens in seiner revolutionären Entwicklung wird die neue Kunst und Literatur, und auch die neue deutsche Musik, zu einem Mittel der Förderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Auf dem I. Jahreskongreß des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler im Oktober 1952 wurde zum erstenmal eine Übersicht über das musikalische Schaffen in der Deutschen Demokratischen Republik in allen musikalischen Genres, mit Ausnahme der Oper, gegeben. Aus der Bilanz dieses Jahreskongresses sowie dem auch für die Entwicklung der Künste welthistorisch bedeutenden Ereignis des XIX. Parteitages der KPdSU in Verbindung mit den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergeben sich die Aufgaben, die heute an unsere Musikschaffenden gestellt werden müssen.

Die Arbeiten vieler Komponisten, die anläßlich der „Festtage zeitgenössischer Musik 1952" und auch danach aufgeführt wurden, zeigen, daß sich die Mehrzahl der Komponisten in der Deutschen Demokratischen Republik einer zeitgenössischen Thematik zugewandt und für das Neue Partei ergriffen haben. Das ist zweifellos ein großer Fortschritt gegenüber den letzten Jahren. Viele Komponisten stellen ihr Schaffen bewußt und mit voller Überzeugung in den Dienst des Kampfes für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus. Diese Komponisten haben erkannt, daß unser Kampf um eine realistische deutsche Musik ein Teil unseres Kampfes um ein einheitliches Deutschland ist. Die neue deutsche realistische Musik ist bereits zu einem wichtigen Teil des neuen Überbaus, zu einem wichtigen Mittel zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins geworden und wirkt auf die neue sozialistische Basis aktiv ein.

☆

Der Marxismus lehrt, daß die Kunst — also auch die Musik — ein Mittel zur Erkenntnis der Wirklichkeit ist, daß sie die Wirklichkeit umfassend, in großer Fülle, Tiefe und Anschaulichkeit widerspiegeln kann. Jede wahre

Kunst spiegelt die Wirklichkeit vielfältig wider und ist daher realistisch. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde es jedoch offenkundig, daß der sozialistische Realismus die einzige Methode geworden ist, die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung wahrheitsgetreu künstlerisch zu gestalten. In seiner Rede vor den sowjetischen Musikschaffenden im Jahre 1948 charakterisierte Genosse Shdanow den sozialistischen Realismus in der sowjetischen Musik als

> „... das gesunde, fortschrittliche Prinzip in der Sowjetmusik ..., das auf der Anerkennung der gewaltigen Rolle des klassischen Erbes, insbesondere der Traditionen der russischen musikalischen Schule, auf der Verbindung des hohen Ideengehalts und Inhaltsreichtums der Musik, ihrer Wahrhaftigkeit und Realistik, ihrer tiefen, organischen Verbundenheit mit dem Volke, seinem musikalischen, seinem Liedschaffen einerseits, mit hohem, professionellem Können andererseits basiert". (A. Shdanow, „Über Kunst und Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 61)

Damit ist gesagt, daß die großen Ideen des sozialistischen Aufbaus, das neue Bewußtsein, die Kraft und Siegeszuversicht der Erbauer der neuen Gesellschaft auch in der Musik gestaltet werden können und müssen. Das stellt den Musikschaffenden in der Deutschen Demokratischen Republik die Aufgabe, das heroische Pathos, das revolutionäre Kämpfertum, den Patriotismus, den Optimismus, die Lebensfreude und das Glück, das unsere Werktätigen, besonders die besten von ihnen, die Nationalpreisträger, die Helden der Arbeit und die Aktivisten, beseelt, mit den Mitteln der Musik zu gestalten. Das bedeutet darüber hinaus, Empfindungen und Gedanken zu gestalten, welche die herrlichen Perspektiven der zukünftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung in Wohlstand, Glück und Frieden, ohne Elend, Not, Ausbeutung und Krieg in uns erwecken. Daraus ergibt sich, daß der sozialistische Realismus unzertrennlich verknüpft ist mit einer revolutionären Romantik. Schon Lenin wies in seinem Buch „Was tun?" darauf hin, daß die Träume von der Erreichung der Ziele unseres Kampfes die Schaffenskraft der werktätigen Menschen fördern und stärken können. Solche Träume zu gestalten, „dem Leben vorauszueilen" (Walter Ulbricht) ist gerade heute Aufgabe der schaffenden Künstler.

Zu der vom Genossen Shdanow geforderten Wahrhaftigkeit im musikalischen Schaffen gehört auch die Gestaltung der Vielfältigkeit des neuen Lebens. Mit dem Aufbau des Sozialismus verschärft sich der Klassenkampf. Der Kampf gegen das sich mit aller Kraft widersetzende Alte, Absterbende, Reaktionäre und die Schwierigkeiten, die sich auf allen Gebieten bei der Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung tagtäglich ergeben, müssen auch in der Musik ihren Niederschlag finden. Ein kontrastloses, nur gigantisch-heroisches Abbild des neuen Lebens, wie es in manchen neuen deutschen Liedern und Kantaten gezeichnet wird, entspricht nicht der Wirklichkeit. Die zentrale Bedeutung des Konfliktes für das realistische Kunstschaffen ist von den Genossen Malenkow, Suslow und Fadejew in ihren Reden auf dem XIX. Parteitag der KPdSU nachdrücklich hervorgehoben worden. Auch für die Musik gilt das in vollem Umfange. Und zwar nicht nur für die wortgebundenen Genres wie die Oper und die Kantate, sondern auch für die Instrumentalmusik, in der die Widerspiegelung des Kampfes „des Neuen gegen die immer noch zahlreichen zählebigen Überreste des Vergangenen"*) nur durch eine Gegenüberstellung

*) „Diskussionsreden auf dem XIX. Parteitag der KPdSU (B)", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 225

und gegenseitige Durchdringung kontrastreicher musikalischer Bilder und ideenreicher Themen gestaltet werden kann.

Die vom Genossen Shdanow geforderte „Wahrhaftigkeit und Realistik" muß im musikalischen Schaffen auf eine andere Weise durchgeführt werden als in den bildenden Künsten oder in der Literatur. Sie muß den Grundgesetzen der Musik entsprechen. Stalin hat uns in seiner genialen Arbeit „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" gelehrt, daß es gerade darauf ankommt, die „spezifischen Besonderheiten" der gesellschaftlichen Erscheinungen voneinander zu unterscheiden. Die Besonderheit der Musik besteht vor allem darin, daß die Melodie in Verbindung mit der Harmonie, dem Rhythmus, der Polyphonie (Mehrstimmigkeit), dem Kolorit (Klangfarbe) der Instrumente usw. Gefühle und Gedanken sowie Erscheinungen und Prozesse der Wirklichkeit in feinsten Schattierungen wiederzugeben vermag. Die Melodie kann uns z. B. „das individuelle Antlitz des sie gleichsam singenden Menschen umreißen, lebendige Gestalten von Menschen mit den ihnen unter bestimmten Lebensumständen eigenen Gedanken und Gefühlen vermitteln".*) Die Melodie ist das zentrale Element der Musik. Rhythmus und Zusammenklang müssen in einer harmonischen Beziehung zu ihr und miteinander stehen und verstärken ihre Ausdrucks- und Abbildfähigkeit. Nur auf diese Weise ist die „tiefe, organische Verbundenheit mit dem Volke, seinem musikalischen, seinem Liedschaffen" möglich, die Genosse Shdanow von der sozialistisch-realistischen Musik verlangt.

Zur Volkstümlichkeit der Musik gehört weiterhin ihre nationale Form. Die psychischen Eigenarten eines jeden Volkes offenbaren sich in der Musik in den nationalen Eigenarten der Melodien und Rhythmen, die wir unter dem Begriff nationale Intonationen zusammenfassen. Wir erkennen ein deutsches Volkslied unmittelbar an seiner deutschen Intonation, ein russisches an der russischen, ein Lied der Neger an den Intonationen der Neger. Die großen klassischen Meister wie Bach, Händel, Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann und Brahms waren eng mit dem Volk verbunden, sie knüpften bewußt an das musikalische Schaffen des Volkes an. Ihre Werke besitzen durch die nationale Intonation eine ausgesprochene nationale Eigenart.

Genosse Shdanow hebt bei seiner Charakterisierung des sozialistischen Realismus in der sowjetischen Musik die „gewaltige Rolle des klassischen Erbes" an erster Stelle hervor. Es führt eine breite Brücke vom klassischen Erbe zum sozialistischen Realismus.

☆

Mit den großen Aufgaben, die uns unser sozialistisches Aufbauwerk stellt, müssen wir die Frage stellen: Haben unsere Komponisten verstanden, die Methode des sozialistischen Realismus in ihrem Schaffen anzuwenden? Die Antwort hierauf kann nur lauten: Nur ein Teil unserer Komponisten hat heute bereits bedeutende Erfolge auf dem Wege zum sozialistischen Realismus aufzuweisen. Das gilt besonders für das Massenlied. Zahlreiche Lieder von Eisler, Meyer, Asriel, Kochan, Dessau, Schmidt, Fredrich, Naumilkat, Werzlau u. a. begeistern unsere Werktätigen, unsere Volkspolizei und besonders unsere Jugend zu erhöhter Aktivität. Sie helfen mit, das deutsche Volk zu kämpferischer Entschlossenheit und zum Patriotismus zu erziehen. Dies gilt auch für einige Oratorien und Kantaten, wie Ernst H. Meyers „Mansfelder Oratorium"

*) W. W. Wanslow, „Über die Widerspiegelung der Wirklichkeit in der Musik", „Einheit", Heft 13, 1951, S. 920

(Text Stephan Hermlin) und seine anläßlich der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufgeführte Kantate „Des Siegs Gewißheit" (Text von Joh. R. Becher), „Eisenhüttenkombinat Ost" von Ottmar Gerster (Text H. Marchwitza) und „Gesang für den Frieden" von Günter Fredrich (Text Arnim Müller).

Warum sind gerade in diesen Gattungen große Erfolge zu verzeichnen? Deshalb, weil sie durch ihre Verbindung mit dem Wort, ihre einfache und fesselnde melodische Gestaltung, durch ihre deutschen Intonationen und ihr Anknüpfen an die im Volke lebendigen fortschrittlichen Traditionen früherer Epochen direkt zu den Massen der Werktätigen sprechen. Das neue deutsche Massenlied setzt eine jahrhundertelange Tradition fort, wie sie sich in dem Choral „Ein' feste Burg" (der „Marseillaise" des Bauernkrieges, wie Engels sagte), den Liedern der Befreiungskriege und der deutschen Arbeiterbewegung sowie den Liedern von Hanns Eisler vor 1933 manifestiert. Entscheidende Impulse hat es von den Liedern der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und den Kampfliedern anderer Völker erhalten. Mit der neuen Kantate knüpfen unsere Komponisten an die musikalischen Traditionen der Bachzeit an, in der bereits festliche Veranstaltungen zu städtischen Ratswahlen, Geburtstagen bekannter Persönlichkeiten und zu Jubiläumstagen mit weltlichen Kantaten ausgeschmückt wurden. Selbstverständlich wurden die alten Formen den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechend geändert und neu bestimmt.

Von den neuen rein instrumentalen Kompositionen der letzten Zeit kommt das Violinkonzert von Günter Kochan dem sozialistischen Realismus durch die Frische und den Optimismus seines Ausdrucks, durch sein konsequentes Anknüpfen an große klassische Vorbilder, besonders an Brahms, sehr nahe. Stalinpreisträger A. Schtogarenko bezeichnete dieses Werk nicht allein als einen Erfolg des Komponisten Kochan, sondern auch als „einen wichtigen prinzipiellen Meilenstein in der Entwicklung der zeitgenössischen Musik der Deutschen Demokratischen Republik". Auch Leo Spies mit seiner „Trauermusik" und Fidelio F. Finke mit seiner III. Orchestersuite haben bewiesen, daß sie sich auf dem Wege zum sozialistischen Realismus befinden. Eberhard Schmidt hat mit seiner Operette „Bolero" einen wichtigen Schritt zur Schaffung einer realistischen musikalischen Bühnenkunst getan.

Ein Teil unserer Komponisten zeigt jedoch trotz der Anwendung einer zeitgenössischen Thematik noch ausgeprägte formalistische Tendenzen. Bereits auf der fünften Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, im März 1951, wurde der Formalismus als die Hauptursache des Zurückbleibens der künstlerischen Leistungen hinter den Aufgaben des Volkes bezeichnet. Für unser zeitgenössisches Musikschaffen gilt diese Feststellung heute noch in vollem Umfange. Worin äußern sich hier die formalistischen Tendenzen? Vor allem in einem Mangel an frei ausströmenden, sich frei entfaltenden Melodien, einem Mangel an nationaler Intonation, in Versuchen krampfhafter Rhythmisierungen, in einer Negierung des klassischen Erbes — nicht in den Aussprüchen dieser Komponisten, sondern in ihren Werken. Charakteristisch hierfür ist, daß in einer Reihe von Werken unserer Komponisten, wie es im Schaffen der westdeutschen Komponisten noch die Regel ist, jegliche Volkstümlichkeit fehlt, daß sich komplizierteste Klangkombinationen und Dissonanzen häufen, daß die Thematik oft nicht konkret ist (z.B. in den „Sinfonischen Sätzen" von Wagner-Régeny) oder daß das Typische fehlt und die Thematik sich auf das Private beschränkt (z. B. in der VIII. Sinfonie von Max Butting). Wenn sich diese Komponisten auch ehrlich und

offen zu der Sowjetunion und dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bekennen und sich aufrichtig bemühen, das Neue, Vorwärtstreibende in ihrer Musik zum Ausdruck zu bringen, so wird es ihnen nur gelingen, einen realistischen, volksnahen Inhalt zu gestalten, wenn sie die jegliches Nationalbewußtsein zerstörende Ideologie des Kosmopolitismus und die formalistischen Tendenzen in ihrem Schaffen überwinden. Denn „der realistische, volksnahe Inhalt des Musikschaffens (in unserer Zeit der sozialistische Inhalt)" kann „außerhalb der nationalen, mit der musikalischen Kultur des Volkes eng verbundenen Form nicht zum Ausdruck gebracht werden, ebensowenig wie er außerhalb der Melodie bestehen kann".*) Die neue Thematik ist ohne eine nationale Form, ohne deutsche Intonation nicht zu gestalten, weil die Widerspiegelung des Lebens des Volkes in der realistischen Musik nur eine Widerspiegelung des Lebens des Volkes mit seinen nationalen psychischen Eigenarten sein kann, die sich eben in der nationalen Intonation offenbaren. Eine sozialistisch-realistische Musik ist jedoch nicht nur passive Widerspiegelung des neuen Lebens, sondern sie greift aktiv in dieses Leben ein. Wenn sie aber die revolutionäre Entwicklung dieses nationalen Lebens fördern soll, so vermag sie das nur auf Grund der nationalen Intonation.

Andere Erscheinungsformen des Formalismus in der neuen deutschen Musik sind eine noch nicht überwundene Scheu vor dem freien Gefühlsausdruck und eine Angst vor dem „Epigonentum", eine Furcht, etwas zu komponieren, was bereits einmal — der Form nach — komponiert worden ist. Die Vertreter einiger Richtungen des „Modernismus" in der Musik waren und sind teilweise auch jetzt noch der Ansicht, daß man „sachlich, unpathetisch" sein müsse, und weichen der ausdrucksvollen Musiksprache der Klassiker aus. Diese Auffassung bedeutet jedoch, die fortschrittlichen Traditionen des klassischen musikalischen Erbes negieren. Sie wirkt sich hemmend auf die Entwicklung einer neuen realistischen Musik aus.

Andererseits knüpfen einige Komponisten — besonders in Weimar und Dresden — an längst überlebte Elemente der musikalischen Vergangenheit an. Sie benutzen allzu häufig die mittelalterlichen Kirchentonarten oder orientieren sich vorwiegend an der mehrstimmigen Spielmusik des feudal-absolutistischen Zeitalters. Auch diesen Tendenzen liegt noch die schädliche Auffassung des Unpathetischen, Entsinnlichten, des rein Spielerischen zugrunde. Man beruft sich dabei zu Unrecht auf die Forderung der Aneignung des klassischen Erbes; denn diese Aneignung setzt eine kritische Sichtung der fortschrittlichen und reaktionären Richtungen der nationalen musikalischen Vergangenheit voraus, von denen nur die fortschrittlichen, demokratischen, für die heutige Situation brauchbaren Elemente angeeignet und weiterentwickelt werden müssen. Dazu gehört das volkstümliche Pathos Händels und die revolutionäre Kraft Beethovens.

Diesen formalistischen Tendenzen liegt eine falsche Auffassung des Neuerertums zugrunde. Das abstrakte, sich nur auf die Formgestaltung beziehende „Neuerertum" hat Genosse Shdanow bereits scharf zurückgewiesen, als er sagte:

> „Vielen jungen Musikern droht man mit dem Neuerertum wie mit einem Schreckgespenst, indem man ihnen sagt, wenn sie nicht originell, nicht neu seien, so hieße das, sie seien in konservativen Traditionen befangen. Da

*) W. W. Wanslow, „Über die Widerspiegelung der Wirklichkeit in der Musik", „Einheit", Heft 13, 1951, S. 922

aber Neuerertum nicht mit Fortschritt gleichzusetzen ist, bedeutet die Verbreitung derartiger Ansichten eine schwere Irreführung, wenn nicht gar einen Betrug." (A. Shdanow, „Über Kunst und Wissenschaft", S. 68)

Neuerertum bedeutet heute ein Anknüpfen an die fortschrittlichen Traditionen des klassischen Erbes, die vielseitige Gestaltung eines neuen, sozialistischen Inhalts, den kühnen Ausdruck des neuen Lebens in schönen, nationalen Formen. Alle genannten formalistischen Tendenzen sind verbunden mit einer ungenügenden Erkenntnis der entscheidenden Rolle des klassischen Erbes.

Mit der falschen Auffassung des Neuerertums steht auch die „Theorie" in Zusammenhang, daß der Kapitalismus in Deutschland die Volkslied- und Volkstanztradition vollkommen zerstört habe, daß daher die musikalischen Traditionen des deutschen Volkes abgebrochen seien und ganz neu angefangen werden müsse. Diese „Theorie" entspricht nicht den Tatsachen. Durch den Kapitalismus wurde ohne Zweifel die schöpferische musikalische Tätigkeit des deutschen Volkes, die Weiterentwicklung der nationalen Traditionen eingedämmt und verfälscht, aber der Quell versiegte nie. Jetzt gilt es, diese Traditionen aufzuspüren und zu erforschen, sie zu hegen und zu pflegen und diesen Quell zu einem großen Strom der Volksmusikpflege anwachsen zu lassen.

„In der Fähigkeit, eine echte Volkskunst zu entwickeln, offenbaren sich die schöpferischen Kräfte eines Volkes. In der Volkskunst drücken sich die edelsten und besten Gefühle des werktätigen Menschen aus: Liebe zum Vaterland, zur Arbeit und zu einem frohen unbeschwerten Leben, zum Frieden." („Neues Deutschland" vom 5. Juli 1952)

Die Deutschen Festspiele der Volkskunst im vergangenen Sommer, zu deren Eröffnung Genosse Otto Grotewohl diese schönen Worte sprach, waren ein Beweis, daß bereits Hunderttausende deutscher Werktätiger die Freude, Kampfesmut und Patriotismus spendende Kraft der Volksmusik aktiv miterleben und weiterentwickeln.

Die Förderung der Volksmusikpflege ist jedoch nicht möglich durch eine Fortsetzung der „Sing- und Spielmusik-"Bewegung, wie sie sich in den 20er Jahren in Deutschland entwickelte und heute in Westdeutschland weitergeführt wird. Auch manche unserer Komponisten zollen dieser Bewegung immer noch mit blutleeren, volkstümelnden Musikstücken ihren Tribut. Derartige Wiederbelebungsversuche einer von den Massen des Volkes isolierten und durch eine zeitabgewandte Romantik verzerrten „Volksmusik" müssen unfruchtbar bleiben, weil sie ohne eine breite und innige Verbindung mit den Arbeitern und werktätigen Bauern durchgeführt werden. Eine Weiterentwicklung der Volksmusik ist nur möglich durch eine schöpferische Darstellung des neuen Lebens in der Volksmusik, wie es bereits in vielen Massenliedern gelungen ist.

*

Auf dem Gebiet der Unterhaltungs- und Tanzmusik äußerst sich die kosmopolitische Zersetzung, das Gift der amerikanischen Kulturbarbarei, am verheerendsten. Auf diesem wichtigen, verbreiteten Gebiet der Musik ist bisher ein fast völliges Zurückbleiben der fortschrittlichen Komponisten festzustellen. Noch immer wird ungenügend erkannt, in welch erschreckendem Maße die

aus den USA importierte Tanzmusik das Bewußtsein bestimmter Schichten unseres Volkes, vor allem in Westdeutschland, vergiftet. Wie die pornographische Literatur und die Wildwestfilme, soll auch die vollständig kommerzialisierte amerikanische und westdeutsche Tanzmusik die Menschen und besonders die Jugendlichen zur Verübung von Grausamkeiten und Bestialitäten reif machen. Die „Musik der Dicken", wie Gorki den Jazz nannte, ist heute ein wirksames Mittel bei den ideologischen Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Imperialisten.

Die Schaffung einer neuen, realistischen, nationalen Tanz- und Unterhaltungsmusik, in der die Lebensfreude, der sieghafte Optimismus unserer werktätigen Menschen, aber auch die eigenen Schwächen und Fehler in satirischer Gestalt zum Ausdruck gebracht werden, ist jetzt eine der dringlichsten Aufgaben der Komponisten.

Auf dem gesamten Gebiet unseres Musikschaffens gilt es, den Kampf gegen den Kosmopolitismus und Formalismus, aber auch gegen Naturalismus und Kitsch zu verstärken und mit dem Kampf für die Erforschung und Anwendung deutscher Intonationen, für die aktive Rolle des klassischen Erbes untrennbar zu verbinden. Besonders die Genres der Massen- und Pionierlieder, der Märsche für die Volkspolizei, der Kantaten und der sinfonischen Musik müssen durch einen viel reicheren Inhalt und vielfältigere, kontrastreichere Formen weiterentwickelt werden. In letzter Zeit haben einige Komponisten die Forderung nach neuen Märschen für unsere Volkspolizei mit einer Anzahl von guten, die patriotische Erziehung unserer Jugend fördernden Werken erfüllt.

Die deutschen Werktätigen verlangen jetzt vor allem auch die Schaffung der Nationaloper, in der die heldenhaften Epochen und Figuren der deutschen Geschichte und das gegenwärtige Leben mit der Methode des sozialistischen Realismus gestaltet werden. Mehrere unserer Komponisten wie Ernst H. Meyer, Günter Kochan, Paul Kurzbach und Gerhard Wohlgemut arbeiten bereits an dieser großen nationalen Aufgabe. Hanns Eisler, dem wir unsere Nationalhymne verdanken, ist in jüngster Zeit nur mit wenigen neuen musikalischen Werken hervorgetreten. Kürzlich hat er jedoch den von ihm verfaßten Text zu seiner Oper „Johann Faustus" veröffentlicht. Dieser Text verdient eine sehr gründliche und kritische Besprechung. Hier sei nur auf folgendes hingewiesen: Hanns Eisler geht von dem Gedanken aus, die deutsche Volksfigur Faust dem heldenhaften Führer im Bauernkrieg, Thomas Münzer, gegenüberzustellen. Faust wird bei Eisler zum Anhänger Luthers und zum Verräter der Bauernrevolution. Die bewußt altertümlich gehaltene, volkstümelnde Sprache, die Fülle von schwer verständlichen Symbolen und die merkwürdige Einflechtung des imperialistischen Amerika als des sagenhaften Landes Atlanta in diese, im 16. Jahrhundert spielende Handlung, stehen jedoch den Forderungen, die wir an eine realistische Nationaloper stellen müssen, fern. Faust ist durch jahrhundertelanges Volkskunstschaffen und durch das Genie Goethes als Verkörperung wesentlicher und der besten Seiten der deutschen Nationalentwicklung geschaffen worden. Er ist die zentrale Gestalt unseres literarischen klassischen Erbes. Eisler greift diesen Stoff in der Mitte des 20. Jahrhunderts auf, zu einer Zeit also, da wir in einem Teil Deutschlands den Aufbau des Sozialismus beginnen, und gestaltet den Faust als pessimistische Tragödie, als deutsche Misere. Der Text zu dieser Oper zeigt, daß Hanns Eisler, der den Kampf der deutschen Werktätigen mit so vielen kämpfe-

rischen Liedern aktiv förderte, hier den Weg zum sozialistischen Realismus nicht beschritten hat.

Die deutschen fortschrittlichen Komponisten müssen zur Verwirklichung ihrer vielen, großen und schönen Aufgaben noch mehr als bisher die Errungenschaften der sowjetischen Musik und die Forschungen der sowjetischen Musikwissenschaft studieren und auswerten. Eine wissenschaftliche Auswertung der Dokumente des XIX. Parteitages der KPdSU, insbesondere die Anwendung der von Genossen Malenkow geklärten Fragen des Typischen und des Konflikts auf die verschiedenen Gattungen der deutschen zeitgenössischen Musik ist dabei eine große Hilfe.

Die konsequente Durchführung der Methode des sozialistischen Realismus und die Überwindung der formalistischen Tendenzen ist jedoch nur möglich durch ein intensives Studium und Miterleben des Kampfes unseres Volkes für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus. Auf der II. Parteikonferenz unserer Partei sprach Genosse Walter Ulbricht zu den Künstlern die wegweisenden Worte:

> „Schafft noch engere Verbindung mit den werktätigen Menschen, besonders mit den besten von ihnen, studiert noch aufmerksamer und noch gründlicher den Charakter und die Eigenschaften dieser Menschen." (Walter Ulbricht, „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 112)

Eine intensive ideologische Aufklärungsarbeit des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler und eine breite Entfaltung der Selbstkritik und Kritik ist für eine planvolle Weiterentwicklung des musikalischen Schaffens eine notwendige Bedingung.

Heute sind alle Voraussetzungen für eine neue Blütezeit der traditionsreichen deutschen Musik geschaffen. Unsere Partei und unsere Regierung unterstützen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und mit größtem Interesse die Entfaltung des künstlerischen Schaffens. Mit der stürmischen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus wachsen die kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft — wie Stalin uns mit seiner genialen Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus lehrt. Die Sicherung der Befriedigung der ständig wachsenden vielseitigen musikalischen Bedürfnisse des werktätigen Volkes muß das Ziel unserer Komponisten werden. Alle Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der schöpferischen Kräfte sind gegeben. Ein neues, breiteres Publikum als jemals in der deutschen Musikgeschichte, die Massen des werktätigen Volkes, verlangen nach wertvollen Kunstwerken. Beethovens Ideal, sich mit seiner Musik an die gesamte Menschheit zu richten, das zu seiner Zeit nicht verwirklicht werden konnte, ist heute in einem Drittel der Welt Wirklichkeit geworden. Auf der Basis der Entwicklung der nationalen Kunst hilft auch die Musik, den proletarischen Internationalismus weiter zu entfalten. Bei diesen Voraussetzungen ist es ein hohes Glück, musikalisch schaffen zu können und mit den Mitteln der Musik aktiv für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus zu kämpfen.

Konsultation

Über das Nationaleinkommen der UdSSR

Ein ständiges Bestreben der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung ist die systematische Steigerung des Nationaleinkommens. Das stetige und schnelle Anwachsen des Nationaleinkommens der UdSSR bildet das deutlichste und allgemeingültigste Kennzeichen für die grundlegende Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische, ein Kennzeichen der stetigen Erhöhung des Lebensniveaus des Sowjetvolkes.

Das Nationaleinkommen der UdSSR ist die Quelle für die stetige Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion, für die Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft, für die Stärkung der ökonomischen Macht und die Verteidigungskraft des Landes.

Was ist das Nationaleinkommen?

Das Nationaleinkommen wird in den Zweigen der materiellen Produktion geschaffen und bildet einen Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts.

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt wird gebildet durch die gesamte Masse der materiellen Güter, der Produktionsmittel und Konsumtionsgüter, die von der Gesellschaft in einem bestimmten Zeitraum, beispielsweise in einem Jahr, geschaffen werden.

Ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts wird verwendet für die Ersetzung der materiellen, mit der Erzeugung dieses Produkts verbundenen Aufwendungen. Damit der Produktionsprozeß sich ohne Unterbrechung vollziehen kann, muß die Gesellschaft die im Verlaufe eines Jahres im Produktionsprozeß verbrauchten Rohstoffe und Brennstoffe, die Abnutzung von Gebäuden, Maschinen und anderen Produktionsmitteln ersetzen. Der andere Teil des Gesamtprodukts, den die Gesellschaft nach Ersetzung der materiellen Aufwendungen behält, bildet das Nationaleinkommen. Das Nationaleinkommen ist also der Teil des Gesamtprodukts, den die sozialistische Gesellschaft für die Konsumtion und die Akkumulation, das heißt für die Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion verwenden kann.

In seiner Naturalform stellt das Nationaleinkommen erstens die gesamte Masse der produzierten Konsumtionsgüter, zweitens diejenigen Produktionsmittel dar, die akkumuliert werden. Die Größe des Nationaleinkommens kann in der sozialistischen Gesellschaft nur in Geldform, d. h. mit Hilfe der Geldrechnung bestimmt werden. Hinsichtlich der Produktionsmittel, die im Sozialismus keine Waren sind, dient die Geldrechnung als Mittel des gleichartigen Ausdrucks der Aufwendungen an gesellschaftlicher Arbeit.

Das Nationaleinkommen der UdSSR unterscheidet sich seiner sozial-ökonomischen Natur nach prinzipiell von dem Nationaleinkommen der kapitalistischen Länder. Unter den Bedingungen des Kapitalismus ist der Prozeß der Schaffung des Nationaleinkommens ein Prozeß der Produktion von Mehrwert, der Ausbeutung der Arbeiter und der werktätigen Bauern. In der UdSSR gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gibt es keinen Mehrwert. Das Nationaleinkommen im Sozialismus wird geschaffen von arbeitenden Menschen, die von Ausbeutung frei sind. Es gehört hier den Werktätigen selbst und ist im wahren Sinne ein Volkseinkommen.

Das Nationaleinkommen der UdSSR wird in verschiedenen Zweigen der materiellen Produktion geschaffen — in der Industrie, auf den Bauplätzen, in den Staatsgütern, in den Maschinen- und Traktorenstationen und den Kollek-

tivwirtschaften. Zur materiellen Produktion zählen ferner das Verkehrs- und Transportwesen, das die Produktionsverbindungen zwischen den einzelnen Betrieben und Zweigen der Volkswirtschaft herstellt, sowie das Post- und Fernmeldewesen, das der Produktion dient. Die Mitarbeiter des Handels und der Gaststättenbetriebe schaffen Nationaleinkommen insoweit, als hier der Produktionsprozeß fortgesetzt und abgeschlossen wird (Verpackung, Transport, Sortierung usw.).

Die im Staatsapparat, in den Organen der Landesverteidigung, der Volksbildung, des Gesundheitsschutzes, der Kunst usw. beschäftigten Werktätigen tragen durch ihre notwendige und gesellschaftlich-nützliche Arbeit zur Schaffung des Nationaleinkommens bei. In der sozialistischen Gesellschaft gehört das gesamte Nationaleinkommen den Werktätigen.

Produktionsprozeß und Verteilung des Nationaleinkommens sind in der UdSSR den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus untergeordnet — der Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.

Quellen des ununterbrochenen Wachstums des Nationaleinkommens in der UdSSR

Die Entwicklung der sozialistischen Produktion und das Wachstum des Nationaleinkommens sind untrennbar verbunden mit der Erhöhung der Anzahl der in der materiellen Produktion Beschäftigten, mit dem Anwachsen des Umfangs der gesellschaftlichen Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit dem Steigen der Arbeitsproduktivität.

Bekanntlich ist der Kapitalismus nicht imstande, der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung Vollbeschäftigung zu sichern und eine stetige Erhöhung der Zahl der in der Produktion Beschäftigten zu gewährleisten. Ein unvermeidlicher Begleiter des Kapitalismus ist die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig gewaltige Ausmaße erreicht. Das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus und die durch dieses bedingten schärfsten Widersprüche im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben zur Folge, daß die Produktivkräfte des Kapitalismus stagnieren, das Wachstumstempo der Industrie äußerst verlangsamt wird, Arbeitslosigkeit und chronische Unterbeschäftigung der Betriebe zunehmen, die zivile Produktion eingeschränkt wird, Krisenerscheinungen heranreifen, die Volkswirtschaft immer breiter und tiefgreifender militarisiert wird und die Produktion periodisch von verheerenden Wirtschaftskrisen unterbrochen wird, die gesellschaftlichen Reichtum vernichten. Alles das zusammengenommen ist bestimmend für das langsame Tempo, in dem das Nationaleinkommen in den kapitalistischen Ländern wächst.

In der Sowjetunion findet ein stetiges, krisenloses Wachstum der Produktion in einem im Kapitalismus unerreichbaren Tempo statt. Im Lande des Sozialismus ist die Arbeitslosigkeit für immer beseitigt. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft steigt von Jahr zu Jahr. Allein in den Jahren 1950 bis 1952 stieg sie um 4,5 Millionen, wobei die Arbeit von 3,6 Millionen den Zweigen der materiellen Produktion zugute kam. Der ständige Zustrom von Arbeit in die Sphäre der materiellen Produktion bildet einen der wichtigsten Faktoren für das Wachstum des Nationaleinkommens der UdSSR.

In der kapitalistischen Gesellschaft beteiligt sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung in keiner Weise an der gesellschaftlich-nützlichen Arbeit. Ganz

abgesehen von den Ausbeuterklassen, die auf Kosten fremder Arbeit leben, ist eine gewaltige Anzahl von Arbeitsfähigen als parasitäres Gesinde mit der Bedienung der herrschenden Klassen oder in der Sphäre der kapitalistischen Konkurrenz und der Börsenspekulationen beschäftigt.

In der UdSSR gibt es keine Nichtstuer. Die für die Entwicklung der Volksbildung, des Gesundheitsschutzes, für die Organisierung der Landesverteidigung usw. aufgewandte Arbeit ist ebenso eine gesellschaftlich-nützliche und notwendige Arbeit wie die unmittelbar für die Produktion materieller Güter aufgewandte Arbeit. Hinzu kommt, daß die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung, um die Produktion weiter zu erhöhen und die Verwaltungskosten zu senken, eine Politik der systematischen Verringerung des Personalbestandes im Apparat der Behörden und Verwaltungen und der Rationalisierung und Verbilligung dieses Apparates durchführen. Versuche einzelner Funktionäre, den Personalbestand möglichst aufzublähen, das nicht produktiv arbeitende Personal zu vergrößern, schaden der Gesellschaft und widersprechen den Staatsinteressen.

Eine grundlegende und entscheidende Quelle für das Wachstum des Nationaleinkommens ist die systematische Erhöhung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen der sozialistischen Produktion. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion wird hauptsächlich erzielt durch die ständige Vervollkommnung der Produktionstechnik, durch die systematische Verbesserung der Arbeitsorganisation und die Mechanisierung der Produktionsprozesse.

Wichtige Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität sind der sozialistische Wettbewerb sowie das ständig wachsende kulturell-technische Niveau der Werktätigen. Die Entwicklung der allgemeinen Siebenklassenschulbildung und die Erweiterung der Zehnklassenschulbildung ermöglichen es den neu in die Produktion kommenden Jugendlichen, die Technik schnell zu meistern. Außerdem erhöhen in unserem Lande die Arbeiter und Angestellten systematisch ihre Qualifikation auf Staatskosten in der Produktion selbst. In den Jahren 1950 bis 1952 haben etwa 22 Millionen Arbeiter und Angestellte durch Einzel- und Brigadenschulung sowie durch Ausbildung in Kursen eine Fachausbildung erworben und ihre Qualifikation erhöht. Ebenso steigt von Jahr zu Jahr die Zahl der Fachkräfte, die aus den Hochschulen und höheren Fachschulen hervorgehen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der UdSSR wird gefördert durch das sozialistische Prinzip der Entlohnung nach der Leistung sowie durch das ständig steigende Einkommen der Werktätigen.

Je höher die Arbeitsproduktivität, um so größer ist das Volumen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, um so größer auch derjenige Teil, der das Nationaleinkommen bildet. Die Arbeitsproduktivität steigt in der UdSSR ständig. So wurden beispielsweise 70 Prozent des gesamten Zuwachses der Industrieproduktion in der Zeit von 1940 bis 1951 durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt. In den Direktiven des XIX. Parteitages für den fünften Fünfjahrplan ist eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität vorgesehen: in der Industrie um annähernd 50 Prozent, im Bauwesen um 55 Prozent, in der Landwirtschaft um 40 Prozent. Wichtige Quellen für das Wachstum des Nationaleinkommens sind ferner die strengste Einhaltung des Sparsamkeitsregimes, die Ausnutzung aller Reserven zur Verringerung der materiellen Aufwendungen in der Produktion, die Erhöhung der qualitativen Kennziffern in der Arbeit.

Das Nationaleinkommen der UdSSR wächst von Jahr zu Jahr in schnellem Tempo, während in den kapitalistischen Ländern einzelne Jahre, in denen das

Nationaleinkommen unbedeutend ansteigt, periodisch abgelöst werden von Jahren, in denen es sinkt. Bekanntlich verfälschen die bürgerlichen Ökonomen die Angaben über das Nationaleinkommen und sind in jeder Weise bemüht, seinen Umfang überhöht darzustellen. Wenn man jedoch die letzten Angaben der bürgerlichen Statistik über das Nationaleinkommen der kapitalistischen Länder nimmt und einige Korrekturen hinsichtlich der gestiegenen Preise vornimmt, so wird das langsame Tempo der Erhöhung des Nationaleinkommens in den kapitalistischen Ländern anschaulich sichtbar. Im Jahre 1951 war das Nationaleinkommen in der UdSSR gegenüber 1948 um 58,6 Prozent gestiegen. Im Jahre 1952 wuchs das Nationaleinkommen der UdSSR im Vergleich zu 1951 erneut um 11 Prozent. Währenddessen war in den USA im Jahre 1951 das Nationaleinkommen im Vergleich zu 1948 nur um 7,8 Prozent, in England um 9,3 Prozent und in Frankreich um 4,9 Prozent gestiegen.

Dabei muß man die in den kapitalistischen Ländern künstlich entfachte Kriegskonjunktur berücksichtigen, die bedeutet, daß das erwähnte Anwachsen des Nationaleinkommens in den kapitalistischen Ländern auf militaristischer Grundlage stattfindet, nicht auf Grund der Produktion von Konsumtionsgütern und Produktionsmitteln, sondern vorzugsweise auf Grund der verstärkten Produktion von Rüstungsmaterial. Aber Panzer und Bomber, Kanonen und Granaten kann man weder für die Konsumtion noch für die Erweiterung der Produktion verwenden. Die Entfaltung der Rüstungsproduktion bildet ein Mittel zur Vergrößerung der Profite der Monopolherren und einen der grundlegenden Faktoren für die weitere Verelendung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Im Gegensatz hierzu bildet in der Sowjetunion angesichts des gigantischen und allseitigen Anwachsens unserer Friedenswirtschaft das schnelle Wachstum des Nationaleinkommens eine Quelle der stetigen Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung.

Die Verteilung des Nationaleinkommens in der UdSSR

Die Verteilung des Nationaleinkommens in der UdSSR unterscheidet sich grundsätzlich von der in den kapitalistischen Ländern.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung des Nationaleinkommens Ausdruck der unversöhnlichen Klassengegensätze, der Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit der Bevölkerung durch eine Handvoll Monopolherren. Das Nationaleinkommen wird zu einem bedeutenden Teil von den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, angeeignet, obwohl es voll und ganz durch die Arbeit der Arbeiter und Bauern geschaffen wird. Auf den Anteil der Werktätigen kommt in den kapitalistischen Ländern weniger als die Hälfte des Nationaleinkommens. Der Löwenanteil des Nationaleinkommens wird von den Kapitalisten in parasitärer Weise verausgabt. Dabei verringert sich der Anteil der Werktätigen der kapitalistischen Länder am Nationaleinkommen ständig, was die steigende Verelendung der Arbeiterklasse und den Ruin der Bauernschaft zeigt.

In der Sowjetunion gehört das gesamte Nationaleinkommen den Werktätigen und wird im Interesse des Volkes verteilt. Der Konsumtionsfonds, der etwa drei Viertel des Nationaleinkommens ausmacht, wird für die Befriedigung der persönlichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen verausgabt; der übrige Teil des Nationaleinkommens wird für Zwecke der Akkumulation verwendet, d. h. für die Erweiterung der sozialistischen Produktion und für andere staatliche und gesellschaftliche Bedürfnisse.

In den staatlichen Betrieben gelangt ein Teil des Nationaleinkommens in Form des Arbeitslohns der Arbeiter und Angestellten in den Besitz der Werktätigen, in den Kollektivwirtschaften in Form des Geld- und Naturaleinkommens der Kollektivbauern, das sie für die Arbeitseinheiten erhalten. Außerdem produzieren und erhalten die Kollektivbauern einen gewissen Teil des Nationaleinkommens in Gestalt der Einnahmen durch die eigene Hofwirtschaft.

Zur Verfügung der staatlichen Betriebe selbst, der Kollektivwirtschaften und der genossenschaftlichen Organisationen verbleibt ein bestimmter Teil des Nationaleinkommens, der für die Erweiterung der Produktion und für andere gesellschaftliche Zwecke verwendet wird.

In Form der Umsatzsteuer, der Abzüge von Gewinnen der staatlichen Organisationen, der Eingänge von den Kollektivwirtschaften und Genossenschaften wird ein Teil des Nationaleinkommens über das Budget in den Händen des Staates konzentriert, wo es den zentralisierten Staatsfonds bildet.

Der sozialistische Staat verwendet diesen Fonds zur Erweiterung der Produktion, zur Entwicklung des Gesundheitsschutzes, der Volksbildung, der Wissenschaft, der Kultur, für die Bedürfnisse der Verwaltung, der Landesverteidigung usw. Aus demselben Fonds erhalten auch diejenigen Institutionen und Werktätigen ihr Einkommen, die nicht unmittelbar in den Zweigen der materiellen Produktion beschäftigt sind. Das ist in allgemeinen Zügen der Mechanismus der Verteilung des Nationaleinkommens in der UdSSR. Letzten Endes wird das Nationaleinkommen in zwei große gesellschaftliche Fonds geteilt: den Konsumtionsfonds und den Akkumulationsfonds. Der Akkumulationsfonds findet Verwendung für die Gewährleistung der ständigen Erweiterung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion. In den Jahren 1946 bis 1951 belief sich die Summe der Großinvestitionen in der Volkswirtschaft auf etwa 500 Milliarden Rubel. Der fünfte Fünfjahrplan sieht eine Vergrößerung des Gesamtumfangs der staatlichen Großinvestitionen um annähernd 90 Prozent gegenüber dem vierten Fünfjahrplan vor.

Entsprechend den Erfordernissen des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft verwendet der Sowjetstaat den Akkumulationsfonds für die ständige Erweiterung der sozialistischen Produktion, wobei er in erster Linie die Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln und vor allem die Erweiterung des Maschinenbaus als notwendige Voraussetzung für die Vervollkommnung der Produktionstechnik sicherstellt. Auf dieser Grundlage wächst das Nationaleinkommen in schnellem Tempo, erfolgt die stetige weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus des Sowjetvolkes.

Höchstes Gesetz der Arbeit der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung ist die Sorge um das Wohl des Volkes. Unter der Führung der Partei erweitern die Sowjetmenschen mit allen Mitteln die sozialistische Produktion, erstreben sie die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Verringerung unproduktiver Ausgaben. In allen Betrieben entfaltet sich immer umfassender der sozialistische Wettbewerb für die volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten, für die sorgsame und sparsame Verausgabung von Rohstoffen, Materialien, Brennstoffen usw., werden die inneren Reserven aufgedeckt und ausgenutzt. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen wird es erlauben, das gesellschaftliche Gesamtprodukt, das Nationaleinkommen, noch stärker zu vergrößern, den materiellen Wohlstand und das kulturelle Niveau der Werktätigen noch weiter zu erhöhen.

I. Malyschew

«Правда» („Prawda") vom 10. April 1953

Bibliographie

Über die „Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Greifswald"

In seiner Rede auf der Sondersitzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften, am 22. Januar 1953, stellte Genosse Walter Ulbricht den Wissenschaftlern die Aufgabe, ihren entscheidenden Beitrag zur Durchsetzung des vom großen Stalin entdeckten und genial formulierten ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus zu leisten, sich die fortgeschrittene Wissenschaft und Technik der Sowjetunion anzueignen und sie in Lehre und Forschung anzuwenden. Genosse Walter Ulbricht sagte:

> „Für die Wissenschaft kann es ... keine höhere, ehrenvollere Aufgabe geben, als an der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft mitzuwirken, die ihr selbst eine nie gekannte Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeit gibt." („Neue Welt", Heft 4, 1953, S. 404)

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, alle schöpferischen Fähigkeiten des Volkes zu entfalten, den Kampf gegen die kapitalistische Ideologie im Bewußtsein der Menschen zu führen, gegen unwissenschaftliche Anschauungen zu kämpfen und wissenschaftlich überholte Ansichten zu überwinden. Die Sowjetwissenschaft hat bereits auf den verschiedensten Gebieten die Wissenschaft der kapitalistischen Länder eingeholt und überholt. Sie ist die fortgeschrittenste Wissenschaft; deshalb gilt es, von ihr zu lernen, die wissenschaftliche Arbeit planmäßiger zu gestalten und die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus anzuwenden.

Die der Deutschen Akademie der Wissenschaften gestellten Aufgaben gelten in gleicher Weise für die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens unserer Universitäten und Hochschulen. Was für die Wissenschaft im allgemeinen zutrifft, gilt im besonderen für die medizinische Wissenschaft. Das zeigte sich deutlich auf der großen Pawlow-Tagung, die am 15. und 16. Januar dieses Jahres in Leipzig stattfand. In der Resolution der Tagungsteilnehmer wurde festgestellt, daß in Deutschland die Lehre Pawlows bisher nur wenig bekannt und fast unbeachtet geblieben ist.

> „Weder in Lehrbüchern, noch in Vorlesungen, weder in der Forschung, noch in der Klinik, noch in der Prophylaxe hat sie genügend Eingang gefunden. Hingegen stehen Physiologie und Medizin vielfach unter dem Einfluß mechanistischer und idealistischer Anschauungen, in letzter Zeit der tiefenpsychologischen Psychosomatik und einseitiger Hormonlehren." („Das Deutsche Gesundheitswesen", Heft 8, 1953, S. 217)

Das Ministerium für Gesundheitswesen, das Staatssekretariat für Hochschulwesen und die Deutsche Akademie der Wissenschaften haben den Lehren Pawlows fast keine oder zu wenig Beachtung geschenkt. Dies stellte Genosse Prof. Zetkin auf der Sitzung der Akademie am 23. Januar 1953 fest. Die Folgen sind ernsthafte Mängel und Schwächen der wissenschaftlichen Arbeit. Wissenschaftlich bereits überholte Anschauungen üben einen hemmenden Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Wissenschaft aus. Die Sowjetwissenschaft wird ungenügend studiert und angewandt, d. h. die Ergebnisse der fortgeschrittensten Wissenschaft bleiben unberücksichtigt. Diese Tatsachen spiegeln sich auch in der „Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität Greifswald" wider.

Da die Fragen der Medizin in der Zeitschrift einen großen Raum einnehmen, ist es notwendig, an dieser Stelle nochmals auf die Bedeutung der Lehre Pawlows und ihrer Weiterentwicklung durch seine Schüler besonders für die medizinische Wissenschaft hinzuweisen.

*

I. P. Pawlow leitete mit seinen Forschungen ein neues Zeitalter in der Physiologie und Medizin ein. Als konsequenter Materialist überwand er die Einseitigkeit der Anschauungen Virchows und die aus ihnen abgeleiteten Vorstellungen vom Organismus als eines von der Umwelt und dem Nervensystem isolierten, nur physikalisch-chemisch gedeuteten Teils. Als erster erkannte er die entscheidende Rolle der Großhirnrinde für den Ablauf der physiologischen und pathologischen Prozesse im tierischen und menschlichen

Organismus. Er überwand die subjektive Methode der Erforschung der psychischen Erscheinungen und widerlegte die auf der Grundlage des Idealismus beruhenden Auffassungen von der Psyche als einer immateriellen, körperlosen „Seele". Er bewies, daß das Psychische eine Eigenschaft der auf besondere Weise organisierten Materie, eine Eigenschaft des Gehirns, und zwar seiner höchsten Abschnitte, der Großhirnhemisphären, ist. Mit der Methode des chronischen Dauerversuches unter physiologischen Bedingungen entdeckte er die bedingten Reflexe „als die zentrale physiologische Erscheinung in der normalen Tätigkeit der Hemisphären". I. P. Pawlow wies nach, daß der Grundprozeß der höheren Nerventätigkeit die Wechselwirkung von Erregung und Hemmung ist, ihre gegenseitige Beeinflussung, ihre analysierende und synthetisierende Tätigkeit. Er bewies den unlöslichen Zusammenhang der höheren und untergeordneten Hirnanteile, der bedingten und unbedingten Reflexe, die sich im Nervensystem abspielen. Damit hatte er experimentell den Vorgang der Widerspiegelung der objektiven Realität der materiellen Welt im Gehirn und den Ablauf des Erkenntnisprozesses physiologisch bewiesen. I. P. Pawlow entdeckte den Signalcharakter der Umwelteinflüsse für Tier und Mensch. Beim Tier lösen nur die unmittelbar gegenwärtigen Umwelteinflüsse signalartig Reflexe aus, die es zu einem bestimmten Verhalten in der Umwelt veranlassen (1. Signalsystem). Während beim Tier lediglich die Sinneseindrücke Reize vermitteln, ist beim Menschen darüber hinaus das Wort als realer physiologischer Reiz imstande, Reaktionen hervorzurufen (2. Signalsystem). Nach Pawlow ist das Wort, der Begriff eine Abstraktion der historischen Erfahrung auf der Basis der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und der Gesellschaft („Signal der Signale"). Pawlow betonte, daß beide Signalsysteme beim Menschen nicht losgelöst voneinander existieren, sondern daß eine enge Wechselwirkung zwischen beiden besteht, wobei dem zweiten Signalsystem die führende Rolle zukommt. Der große Stalin konkretisierte in seiner Arbeit „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" die dialektisch-materialistische Erkenntnis von der gesellschaftlichen Herkunft von Sprache und Denken. Das Studium dieser Schrift stellt in letzter Konsequenz eine unerläßliche Voraussetzung für das völlige Verständnis der Pawlowschen Lehre dar.

K. M. Bykow und andere Schüler Pawlows führten das Lebenswerk dieses großen Gelehrten weiter. Bykow zeigte, daß auf die Großhirnrinde nicht nur aus der äußeren Umwelt ständig Reize einwirken, sondern ebenso aus dem Körperinnern. Die Reize aus der Außenwelt und aus der Innenwelt bestimmen in ständiger enger Wechselwirkung das Verhalten des Gesamtorganismus, wobei der Großhirnrinde als dem höchsten Koordinationsorgan im Organismus die führende Rolle zukommt. Bykow wies die führende Rolle der Großhirnrinde durch exakte Versuche auch beim Menschen nach und widerlegte damit die Argumente der Pawlow-Gegner, die Ergebnisse der Forschung Pawlows träfen nicht für den Menschen zu.

Die Hauptbedeutung der Pawlowschen Lehre für die medizinische Wissenschaft und für die Gesellschaft besteht in der Perspektive einer wissenschaftlich fundierten Prophylaxe. Damit wurde der Prozeß der Umwandlung der Medizin in eine Hygiene im weitesten Sinne des Wortes auf Grund der richtigen Erkenntnis der Ursachen krankmachender Faktoren und der Abläufe der Krankheiten eingeleitet. Die Erkenntnisse der sowjetischen medizinischen Wissenschaft bedeuten eine grundsätzliche Wende in der Entwicklung der Medizin. Es ist deshalb dringend notwendig, die sowjetische medizinische Wissenschaft zur Verbesserung unserer eigenen wissenschaftlichen Arbeit planmäßig zu studieren und ihre Erfahrungen in Lehre, Forschung, Organisation und täglicher Praxis anzuwenden.

*

Beim Studium der Arbeiten in der „Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität Greifswald", die sich mit Fragen der Medizin beschäftigen, fällt auf, daß viele Autoren die experimentellen Ergebnisse ihrer Forschungen, die unzweifelhafte Beweise für die materialistische Naturerkenntnis darstellen, philosophisch idealistisch erklären und zu idealistischen Schlußfolgerungen kommen, die für die weitere wissenschaftliche Forschung hemmend und hindernd wirken.

In verhüllter Form erscheint der Idealismus in der „tiefenpsychologischen"-psychosomatischen Betrachtungsweise. Die Psychosomatik betrachtet den Menschen als ein in einer feindlichen Umwelt lebendes Einzelwesen. Sie erhebt das Unbewußte, die Instinkte und Triebe, zum Primat und behauptet, daß das Verhalten des Menschen hierdurch entscheidend bestimmt wird. Damit stellt sie den Menschen auf eine Stufe mit dem Tier, löst ihn aus seinem Zusammenhang mit der Gesellschaft heraus. So ist der Mensch unfähig, die Umwelt aktiv zu verändern und blind den Zufälligkeiten unterworfen. Die Psychosomatik ist Ausdruck der Hilflosigkeit der Imperialisten, die mit den sich ständig verschärfenden Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht fertig werden. Die Psychosomatik leugnet die wissenschaftliche Erkenntnis und setzt an die Stelle exakt wissenschaftlicher Forschung die subjektive Spekulation. Die Psychosomatik ist eine zutiefst unwissenschaftliche Methode, die den Interessen der imperialistischen Kriegstreiber dient.

Bei der Erörterung der Entwicklung des Krankheitsbildes bestimmter Fettsuchtsformen nach Unterernährung (Dystrophie) wird in einem Artikel von Prof. Dr. M. Gülzow und Dr. D. Müting gesagt: „Die Vertiefung der Kenntnisse über die psychosomatischen Zusammenhänge macht uns derartige Beobachtungen leichter verständlich." (S. 80) *)

Während bei der Schilderung des Krankheitsbildes auf der einen Seite objektive Untersuchungen (besonders im Hinblick auf die Stoffwechselveränderungen) angestellt werden, verlassen die Verfasser das wissenschaftliche Fundament, sobald sie sich mit der Frage der psychischen Einwirkungen befassen. Hier geraten sie unweigerlich auf das Gebiet der subjektiven idealistischen Spekulation. Die Schilderung der Entstehung und des Ablaufes der Krankheit bleibt unvollständig, weil die Verfasser es vermeiden, psychische Faktoren als objektive, d. h. der exakten Forschung zugängliche Faktoren in ihre Überlegungen einzubeziehen. Die Verfasser erkennen zwar die Bedeutung der „psychischen Faktoren" an und schreiben, daß psychische Not „nicht selten zu einer Selbstaufgabe geführt und zu einem ungünstigen Ausgang beigetragen haben dürfte". (S. 48) Die Verfasser lassen aber die Forschungsergebnisse Pawlows und seiner Schüler über die Rolle und Bedeutung der gesellschaftlichen Faktoren für die wissenschaftlich exakte Bestimmung solcher Begriffe wie „psychische Not" außer acht. Die „psychische Not" erscheint bei ihnen als ein spekulatives Moment, ist subjektiver Idealismus, der letzten Endes zum Mystizismus führt. Die „psychische Not" aber, wie sie in den Beispielen der Verfasser als Faktor in Erscheinung tritt, ist in Wirklichkeit gesellschaftlicher Natur. Es ist die „psychische Not" der unter den Bedingungen des Imperialismus lebenden Volksmassen, deren Existenz durch Konkurrenzkampf, Sorge um das Lebensminimum, durch Krisen und Kriege mit ihren schrecklichen Folgen, den unvermeidlichen Begleiterscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, bedroht ist. Die Verfasser bemühen sich offensichtlich angesichts der notwendigen aus dieser Erkenntnis resultierenden Schlußfolgerungen, „neutral" zu bleiben, und geraten dabei in die Gefahr, die Ursachen der „psychischen Not" zu vertuschen und damit für die imperialistischen Organisatoren des Krieges Stellung zu nehmen.

Auch in anderen Artikeln zeigt sich der philosophische Idealismus als Hemmschuh für die wissenschaftliche Erkenntnis. So schreibt Frau Dr. Margarete Petersen unter dem Titel „Geschwürsentstehung im Magen bei chronischem Säuremangel" über die Verweilsonde nach Katsch und Kalk, „daß mit dieser Prüfung nicht immer die höchstmögliche Leistung erzielt wird, da die Magenfunktion psychischen Einflüssen unterworfen ist, die unbestimmbar sind und sehr hemmend wirken können ..." (S. 158/159) Die Verfasserin ignoriert vollständig die grundlegenden Untersuchungen Bykows und Kurzins über „Die kortikoviszerale Theorie der Pathogenese des Magengeschwürs", durch die gerade die Bedeutung psychischer Faktoren experimentell bewiesen wird.

Eine weitere Form des Idealismus ist die subjektivistische Entstellung der be-

*) Alle Seitenzahlen ohne Angabe der Quelle beziehen sich auf die „Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Greifswald", Heft 4—7, Jahrgang I.

logisch erklärten „psychischen Sekretionsphase" des Magens. Prof. Dr. M. Gülzow schreibt: „Die Abhängigkeit der Sekretion von psychischen Momenten, die in den klassischen experimentellen Untersuchungen von Pawlow, in den bedingten Reflexen gezeigt sind, finden sich noch ausgesprochener beim Menschen." (S. 6) Bekanntlich hatte Pawlow zunächst auch von „psychischer Sekretion" gesprochen und diese Erscheinung subjektiv gedeutet. Diesen Standpunkt überwand er, indem er das Wesen der „psychischen Sekretion", als einen physiologischen, materiellen Vorgang der höheren Nerventätigkeit bewies. In dem Artikel von Prof. Dr. M. Gülzow wird also die Pawlowsche Lehre subjektivistisch entstellt, und wesentliche Forschungsergebnisse bleiben unberücksichtigt. Die Behauptung der Unbestimmbarkeit „psychischer Einflüsse", „psychischer Belastungen", „psychischer Momente" ist eine längst widerlegte These. Doch für viele unserer Wissenschaftler ist der Begriff der psychischen Einflüsse noch eine unbekannte, unbestimmbare Größe, die hinsichtlich ihrer Wirkung und Bedeutung verschieden ausgelegt wird. Infolge der Verkennung der Einheit des Organismus und seines Milieus und der Unterschätzung der gesellschaftlichen Einflüsse auf das höhere Nervensystem werden nicht nur falsche Schlußfolgerungen gezogen, sondern wesentliche Themen der Forschung nicht behandelt. Das trifft auch für die Arbeiten des großen Schülers Pawlows, K. M. Bykow zu, der durch eine umfangreiche experimentelle Forschungsarbeit unter bewußter Anwendung des dialektischen Materialismus die Wissenschaft mit neuen Erkenntnissen bereicherte, indem er zeigte, daß die gesellschaftlichen Einflüsse auf das höhere Nervensystem entscheidend einwirken.

Trotz aller Bestrebungen einzelner Wissenschaftler, die isoliert-lokalistische Betrachtungsweise zu überwinden und das Krankheitsgeschehen als einen komplexen Vorgang, an dem mehrere oder alle Organsysteme beteiligt sind, zu verstehen, führt die mangelhafte Kenntnis der Pawlowschen Lehre und ihrer Weiterentwicklung durch seine Schüler zu einem Verharren in Auffassungen, die in der Sowjetunion längst überwunden sind. Im Bewußtsein unserer medizinischen Wissenschaftler sind offenbar noch Reste der Virchow'schen Zellularpathologie fest eingeprägt. Es ist an dieser Stelle notwendig, bei den wesentlichen Gedankengängen der Virchow'schen Zellularpathologie zu verweilen. Rudolf Virchow hat zweifellos ein bleibendes Verdienst, weil er die naturwissenschaftliche Denkweise in die Medizin einführte. Er hat, in streng analytischer Weise arbeitend, viele neue Erkenntnisse gesammelt und ein umfangreiches wissenschaftliches Material angehäuft. Heute ist aber das Verharren bei den Lehren Virchows ein Hemmschuh für die weitere Erkenntnis der objektiven Wahrheit, da seinen Lehren entwicklungsfeindliche und metaphysische Vorstellungen anhaften. Virchow ging von der Zelle aus und lehrte, daß es kein Leben unabhängig von der Zelle geben und eine Zelle nur aus einer Zelle entstehen könne. Den krankhaften Vorgang faßte er als einen lokalen Prozeß auf, der an die Zelle gebunden ist. Wir haben bei Virchow den deutlichen Kreis der Entwicklung von Zelle zu Zelle, ohne die Möglichkeit einer Höherentwicklung.

In einer Reihe von Artikeln der Greifswalder Universitätszeitschrift sind deutliche Bestrebungen zur Überwindung dieser lokalistischen Vorstellungen nachweisbar. Die umfangreichen Experimente der Schule von Prof. Dr. G. Katsch führen bereits nahe an das richtige materialistische Verstehen von Krankheitsvorgängen heran. Professor Dr. Katsch hat sich bei der Schaffung des Diabetiker-Heimes auf Rügen sowie bei der Organisierung der Diabetiker-Fürsorge große Verdienste erworben. Anerkannt sind seine Beiträge auf dem Gebiet der Stoffwechsel- und Verdauungskrankheiten. Vorbildlich ist das exakte, experimentelle Forschungsprinzip dieser Schule und nachahmungswert für alle diejenigen, die nicht vom Experiment, von der Praxis ausgehen und sich vorwiegend in Hypothesen ergehen. Aber der entscheidende Schritt wird noch nicht getan. Die außerordentliche Bedeutung der Milieufaktoren wird zwar bedingt anerkannt; aber sie werden in ihrer Bedeutung stark unterschätzt, weil der Organismus mehr oder weniger nur klinisch betrachtet und das Verstehen der Krankheitsdynamik durch die Klinikmauern be-

grenzt wird. Bei dem Versuch, den krankhaften Ablauf zu verfolgen und ihn zu erklären, dringt die Schule von Katsch zwar bis zum Nervensystem vor, aber nur bis zu den subkortikalen Zentren, d. h. denjenigen, die der Großhirnrinde untergeordnet sind. Sie bleibt bei der Auffassung stehen, daß die zentrale Regulationsstelle des Körpers das Zwischenhirn-Hypophysensystem sei. Eine weitere Einengung der Erkenntnismöglichkeit besteht darin, daß das sogenannte vegetative Nervensystem vom animalen Nervensystem getrennt wird, obwohl Bykow bereits vor Jahren die Unhaltbarkeit dieser Einteilung und der Verselbständigung des vegetativen „autonomen" Nervensystems experimentell bewiesen hatte. Die sogenannte Autonomie des vegetativen Nervensystems ist ein Rest des Virchow'schen Föderalismus.

Hierzu einige Beispiele.

Im Artikel von Dr. H. E. Brinkmann werden Störungen der funktionellen Tätigkeit der Darmmuskulatur beschrieben, die nach anatomischer Schädigung der großen vegetativen Nervengeflechte des Bauchraumes auftraten. Diese Störungen werden aus einer Störung des Zusammenspiels der beiden Teile des sympathischen Nervensystems erklärt, unabhängig von übergeordneten Zentren, so daß das Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Funktionszuständen der Darmmuskulatur nicht richtig gedeutet werden kann.

Der Verfasser läßt die Erkenntnis der Sowjetwissenschaft unberücksichtigt, daß die Großhirnrinde über die Interorezeptoren Informationen aus dem Körperinneren erhält und ihrerseits über die subkortikalen Zentren (auf nervalem und humoralem Wege), im Zusammenwirken mit äußeren bedingten Reizen, hemmend oder erregend die inneren Organe, einschließlich der Darmmuskulatur, beeinflußt.

Die Verselbständigung der subkortikalen Zentren einschließlich des Hypophysen-Zwischenhirnsystems kann man immer wieder in einer ganzen Reihe von Arbeiten über medizinische Probleme in der Zeitschrift antreffen. Selbst Prof. Dr. G. Katsch, der ein hervorragender Wissenschaftler ist, und der infolge seiner funktionell-pathologischen Betrachtungsweise eine ganze Reihe bisheriger Anschauungen über das Wesen der Zuckerkrankheit widerlegt hat, schreibt in seiner bekannten Arbeit „Regulationskrankheit Diabetes": „Daß die Zuckerkrankheit *auch* eine Regulationskrankheit ist, kann nicht mehr bestritten werden. Es ergibt sich aus der Tatsache, daß das Insulin Antagonisten und Synergisten unter den Hormonen hat und daß das vegetative Nervensystem einschließlich seiner cerebralen Zentren machtvoll in das Zusammenspiel der Hormone eingreift." (Heft 2, Jahrgang I, 1951/52, S. 1) „Die entscheidende Rolle des Gleichgewichts ist gleichbedeutend mit dem überragenden Einfluß der Regulation, die sicher nicht als rein hormonales Problem gesehen werden darf, sondern neuroendoktrin ..." (Ebenda, S. 4) An einer anderen Stelle heißt es: „Störungen im zentral gesteuerten Zusammenspiel der Hormone erzeugen Zuckerkrankheit". (Im Original gesperrt — S. E.) (Ebenda, S. 1) Als solche Störungen werden bezeichnet: Umstellungsphasen im hormonalen Gleichgewicht wie z. B. in der Pubertät, in den Wechseljahren, der Schwangerschaft; Abhängigkeit vom Zyklus der Frau im Zusammenwirken mit konstitutionellen Faktoren und exogenen Momenten, z. B. reichlicher Fettzufuhr, muskulärer Untätigkeit als Stoffwechselbelastung usw.; seelischen Belastungen (schwebende Konflikte, andauernde Höchstbeanspruchung von Verantwortungen, Aufregungen am laufenden Band). Die Regulation und zentrale Lenkung im diabetischen Kranksein wird als wesentlich für Wesen und Wandel dieser Krankheit bezeichnet. Besonders hervorzuheben ist, daß Prof. Katsch der Überwertung des Erbfaktors entgegentritt und sagt, daß der Diabetes nicht einfach zur Erbkrankheit gestempelt werden darf. Die angeführten Zitate sollen zeigen, daß Prof. Katsch weitgehend den lokalistischen Standpunkt überwunden hat und die Frage der zentralen Regulation in den Vordergrund stellt. Allerdings wird noch nicht die überragende Stellung der Großhirnrinde anerkannt. Bykow und andere Forscher haben experimentell die Beteiligung der Großhirnrinde bei Schwankungen des Blutzuckerspiegels nachgewiesen. Bei einer Verwertung der Pawlow-Bykow'schen experimentellen Forschungen und ihrer Ergebnisse würde es möglich sein, das Krankheitsbild noch weitgehender als

bisher aufzuhellen und wichtige Probleme aufzugreifen, die der Bearbeitung harren.

In einem Artikel über das Thema: „Die regulatorische relative Epithelkörperchen-insuffizienz", von Dozent Dr. med. habil. Karl Lühr und Dr. H. Jordan sprechen die Verfasser vom Begriff der Regulation der Abläufe, „der im wesentlichen dadurch gekennzeichnet ist, daß er eine Kausalität im strengen Sinn einer klassischen Physik nicht kennt. Konnte man sich mit Eppinger das vegetative Wechselspiel sozusagen noch als lineares Kräfteverhältnis vorstellen, so rückt Hess die Vorstellung seiner Leistungskomplexe ins Dreidimensionale, wobei als weitere Funktion im mathematischen Sinn die ‚biologische Zeit' v. Weizsäckers wirksam wäre". (S. 103)

Die hier gezeigte Verneinung der Kausalität unter Hinweis auf die dritte Dimension im Sinne des Vertreters der psychosomatischen Medizin, von Weizsäcker, ist ein Abgleiten in eine unwissenschaftliche Betrachtungsweise.

Weiter unten sagen die Autoren in demselben Artikel:

„Hier steht die Medizin zur Zeit noch vor einer ähnlichen Grenze wie die moderne kritische Physik, die sich zu Planck und Heisenberg bekennt." (S. 103)

Bykow hat sich mit dem hier genannten Problemkomplex eingehend befaßt und nachgewiesen, daß die Rhythmik der Umwelt sich in der Hirnrinde widerspiegelt, die ihrerseits wieder rhythmische Impulse unmittelbar oder mittelbar den inneren Organen zuleitet. Die Unmöglichkeit, komplizierte Zusammenhänge wissenschaftlich zu deuten, ist bedingt durch die Verkennung der Rolle der Hirnrinde als Zwischenglied zwischen Organismus und Umwelt, letzten Endes durch die Nichtbeachtung der großen Erfolge der Sowjetwissenschaft, die diese Fragen längst geklärt hat.

In einer neueren Arbeit kommt, neben den bisher aufgeführten Klinikern, der Pathologe der Universität Greifswald, Prof. Dr. A. Bienengräber, zu Wort. Prof. Dr. A. Bienengräber hat sehr richtig die Bedeutung der Pathologie als Mittel zur Entwicklung einer die medizinische Wissenschaft befruchtenden Kritik erkannt. In dem Artikel „Die Grawitz'sche Konzeption einer Interzellularpathologie" schrieb er über das Problem der Einheit des Organismus.

Grawitz war ein Schüler von Rudolf Virchow und hat, wie es in dem Artikel heißt, „über das zellularpathologische Denken seines Lehrers hinaus den Weg des wissenschaftlichen Fortschritts gewiesen, indem er die sog. zwischenzellige Substanz in ihrer grundsätzlich gleichwertigen Bedeutung innerhalb des zellulären Systems erkannte und klarstellte, daß Zellulum und Interzellulum in ihrer biologischen Korrelation untrennbar zusammengehören". (Heft 1 der mathematisch-naturwissenschaftlichen Reihe, Jahrgang II, 1952/53, S. 42) Aus der Wandelbarkeit der Zwischenzellsubstanz erklärt Grawitz die Entstehung von Geschwülsten, den Begriff der Entzündung u. a. Hierbei macht der Verfasser den Fehler, daß er nicht über die Grawitz'sche Konzeption hinausgeht, sondern bei ihr verharrt. Es wäre notwendig gewesen, den neuesten Stand der Wissenschaft bei seiner Darstellung zu berücksichtigen. Unter Beachtung der sowjetischen Forschungen hätte er auf die Ursachen der Wandelbarkeit der Zwischenzellsubstanz, auf den Einfluß des Nervensystems bei der Geschwulstbildung und Metastasierung eingehen müssen.

Professor Dr. F. v. Krbek geht in seinen Arbeiten über die „Anfangsgründe der Quantenmechanik" (Heft 1, Jahrgang I, 1951/52) und über die „Grundzüge der speziellen Relativitätstheorie" (Heft 2, Jahrgang I, 1951/52) und anderen, mehrfach auf Fragen der Deutung dieser Theorie ein. Hierbei gibt er vorwiegend die Auffassungen der auf dem Boden idealistischer Philosophien stehender theoretischer Physiker wieder. Nur an einer Stelle erwähnt er, daß die Quantentheorie auch eine andere Deutung zuläßt, bei welcher die Gültigkeit des Kausalprinzips nicht in Frage gestellt wird. Um diese Auffassung der Grundlagen der modernen Physik haben sich die auf dem Boden des dialektischen Materialismus stehenden sowjetischen Physiker große Verdienste erworben. Prof. Dr. F. v. Krbek bringt einige Ausführungen, die Ähnlichkeit mit Überlegungen haben, die in den letzten Jahren vom sowjetischen Physiker Blochinzew veröffentlicht wurden, ohne jedoch diesen zu erwähnen.

Wertvolle Beiträge sind die wissenschaftlichen Aufsätze von Nationalpreisträger Prof. Dr. Seeliger. In der Arbeit „Entladungen in Molekülgasen" (Heft 1, Jahrgang I, 1951/52) gibt er eine Übersicht über die elektrischen Gasentladungen in Molekülgasen, ein Gebiet innerhalb des Gesamtkomplexes der Gasentladungsphysik, welches in zunehmendem Maße an wissenschaftlicher Aktualität gewinnt. Wenn nun einer der berufensten Kenner dieses Gebietes hier seine Gedanken in einer auch für nicht auf diesem Gebiete arbeitende Physiker verständlichen Form äußert, so kann man das als einen Gewinn vor allem auch für die „Wissenschaftliche Zeitschrift" der Universität ansehen. Die physikalische Problematik der Aufgabe wird außerordentlich klar herausgearbeitet und es wird gezeigt, daß die allgemeinen Gesetze der Plasmaphysik auch in diesen äußerlich so komplizierten Fällen volle Gültigkeit besitzen. Das Gebiet der Entladungen in Molekülgasen wird zweifellos in absehbarer Zeit Bedeutung in der chemischen Technologie erlangen. Die Schule Seeligers leistet hierzu wertvolle Vorbereitungsarbeiten in der Klärung der wissenschaftlichen Grundlagen.

Unter dem Titel „Untersuchungen auf dem Gebiet der Gasentladungsphysik" ist eine weitere Arbeit (Heft 1 der mathematisch-naturwissenschaftlichen Reihe, Jahrgang II, 1952/53) erschienen, in der einige neuere experimentelle Ergebnisse aus dem physikalischen Institut mitgeteilt werden. Wiederum ist die Darstellung durch eine große Prägnanz und Klarheit gekennzeichnet.

Professor Dr. J. Storost ist mit der Arbeit „Honoré de Balzac" vertreten. Prof. Dr. Storost schreibt: „Viele literarhistorische Probleme, die sein (Balzacs — S. E.) Werk aufgibt, scheinen noch nicht endgültig gelöst. Manchmal möchte man davor irre werden an ästhetischen oder geistesgeschichtlichen Begriffen wie Romantik, Realismus, sogar Klassik und Mittelalter; sicherlich ist vieles darin romantisch, auch sogar klassisch. Es ist eben — einmalig — Balzac." (S. 111) *)

Professor Dr. J. Storost bezieht sich in seiner Arbeit nicht auf Karl Marx und Friedrich Engels. Es gibt aber in der Literaturwissenschaft unserer Zeit kaum einen Satz, der ein zentrales Thema in so knapper Form erfaßt, wie Friedrich Engels' Ausspruch über den „Triumph des Realismus" bei Balzac (im Brief an Miss Harkness im Jahre 1888, veröffentlicht in „Karl Marx/Friedrich Engels über Kunst und Literatur", Verlag Henschel und Sohn, Berlin 1948, S. 103-106). Auch Karl Marx hat sich im „Kapital" und in Briefen an Friedrich Engels über Balzac geäußert. Ohne Kenntnis der Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels über Balzac und sein Werk kann dieses weder in seiner eigenen Bedeutung, noch in seiner Bedeutung für die Weltliteratur erforscht werden. Dafür ist der Beitrag von Prof. Dr. J. Storost selbst ein treffendes Beispiel. Der Autor kommt zu seinem oben zitierten resignierenden Schluß, weil er nicht vom Wesentlichen ausgeht. Es bleibt ihm nur übrig, die von Marx und Engels so klar definierte Stellung Balzacs als unerklärliche „Einmaligkeit" in ein mystisches Licht zu rücken. Der Autor manövezriert mit dem Thema ohne Kompaß und ergeht sich ausführlich in Legenden über Balzacs persönliches Leben. Die Maßstäbe, mit denen der Autor den Genius Balzacs mißt, sind äußerst anfechtbar: „... südfranzösische Eigenschaften, die von seinem Vater herstammten: Phantasie, Sorglosigkeit und Optimismus ...", (S. 109) oder an anderer Stelle „... dem Adel gehörten — wie auch seine Gattin — alle Frauen an, die in seinem Leben Bedeutung hatten, deren feinere Bildung allerdings auf das etwas grobe Temperament des impulsiven Dichters einen veredelnden und mäßigenden Einfluß ausübten". (S. 110/111) Dem Leser bleibt es überlassen sich zusammenzureimen, wie die „feinere Bildung" der adligen Gattin Balzacs mit ihrem geschmacklosen Treubruch in seiner Sterbestunde, von dem der Autor, unbekannt aus welchen wissenschaftlichen Erwägungen heraus, berichtet, zu vereinbaren ist.

Der Autor hat den Versuch gemacht literaturhistorische Probleme subjektiv, idealistisch zu erklären. Er kommt daher zu falschen Schlußfolgerungen. Die von Prof. Dr. Storost gegebene Einschätzung Balzacs: „So sehr er im Leben vermöge seiner ungeheuren Lebensintensität Optimist war, so sehr ist er in der Beurteilung

*) Alle Seitenzahlen ohne Angabe der Quelle beziehen sich auf die „Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Greifswald", Heft 8/9, Jahrgang I, 1951/52.

der von ihm geschilderten Gesellschaft Pessimist" (S. 111), hält keiner wissenschaftlichen Überprüfung stand.

Noch abwegiger ist die andere literaturwissenschaftliche Arbeit im gleichen Heft. Die Arbeit, verfaßt von Lieselotte Oestreich, heißt: „Maß und Zahl in Thomas Manns Roman ‚Lotte in Weimar'". Über das Ziel der Arbeit sagt die Verfasserin am Schluß der Einleitung: „Es galt, ein Maß zu finden, das dem Kunstwerk seine Proportionen verlieh, ein Maß, das dem Geistesdom sein Gepräge aufdrückte, ein Maß, das harmonisch und ethisch befriedigend wirkte. Leben und Kunst boten dies dem Dichter an: Es war die Dreiheit, in der sich Geburt und Fortschritt des Lebens vollziehen, bei denen aus der Paarung des Männlichen mit dem Weiblichen das neue Dritte und aus der von These und Antithese die Synthese entsteht, es waren die Dreigliederungen der Meister der Dicht- und Erzählkunst aller Zeiten und Länder, es waren Magie und Mystik der Drei, die sie seit alters innehatte, und es waren die Dreiklänge der Musik, die er wählte." (S. 90/91)

Gewiß spielt die Dreigliederung wie im Leben, so auch in der Kunst oft eine ordnende Rolle und spiegelt auch bei Thomas Mann bestimmte Eigenarten seines Talents und Charakters wider. Die Untersuchung der Rolle der Dreigliederung in dieser Arbeit hilft aber nicht, den Inhalt des Werkes zu erhellen, sondern trägt vielmehr dazu bei, ihn zu verdunkeln. Die Methode, Thomas Manns meisterhaftes Werk in eine mystizistische Zwangsjacke zu pressen, verläßt den Boden der Wissenschaftlichkeit oft soweit wie Chiromantie und Astrologie. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die Verfasserin im Rahmen einer falsch gestellten Aufgabe mit Fleiß und Sorgfalt gearbeitet hat und Fähigkeit zu selbständigem Denken beweist. Gleich, ob sie sich die Aufgabe selbst gestellt hat oder ob sie ihr gestellt wurde, eine solche Arbeit durfte nicht akzeptiert und durch Abdruck in der „Wissenschaftlichen Zeitschrift" ausgezeichnet werden.

☆

Nach eingehendem Studium der vorliegenden Hefte muß man die Feststellung treffen, daß von einer wissenschaftlichen Diskussion, einem Meinungsstreit noch nicht die Rede sein kann. Bislang sind nur Arbeiten erschienen, die mit wenigen Ausnahmen mehr oder weniger von einer idealistischen Konzeption ausgehen und viele metaphysische Züge aufweisen. Im wesentlichen ist der Blick der Autoren auf die Länder des Westens gerichtet. Dies tritt deutlich in Erscheinung, wenn wir die Literaturangaben überprüfen. Wir vernehmen vorwiegend westliche Stimmen. Die Sowjetwissenschaft wird von den meisten Autoren ignoriert, von anderen verflacht. Diese Hauptmängel bedürfen einer ernsten Kritik.

Wir vermissen wissenschaftliche Veröffentlichungen unserer Genossen an der Universität Greifswald, die als erste die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß ein wirklich offener wissenschaftlicher Meinungsstreit geführt wird.

> „Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann." (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 37)

Es ist die Aufgabe unserer Genossen, den Nachweis zu führen, insbesondere auf ihrem wissenschaftlichen Fachgebiet, daß ein Wissenschaftler, dessen Arbeit auf der Grundlage des dialektischen Materialismus erfolgt, zu größeren Erfolgen, zu grundlegenderen Erkenntnissen kommt. Die enge Verbindung der wissenschaftlichen Tätigkeit mit der gesellschaftlichen führt zu reicheren wissenschaftlichen Ergebnissen und wird die wissenschaftliche Erkenntnis schöpferisch befruchten und vertiefen. Man muß Schluß machen mit der Auffassung, daß die gesellschaftliche Arbeit unsere Genossen in der fachlichen Arbeit behindert. Andererseits muß die Parteiorganisation dafür sorgen, daß unsere Genossen Wissenschaftler solche gesellschaftlichen Arbeiten leisten, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit verbinden lassen. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen muß ernsthaft überprüfen, wie die Überlastung mancher unserer Genossen Wissenschaftler mit administrativen, mit Verwaltungsarbeiten zu beseitigen ist. Die Parteiorganisation an der Universität muß sich mit diesen

Fragen beschäftigen und einen offenen, sachlichen, wissenschaftlichen Meinungskampf fördern. Sie muß unseren Genossen Wissenschaftlern helfen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich ihnen in den Weg stellen und die Voraussetzungen für eine planmäßige Veröffentlichung solcher qualifizierter wissenschaftlicher Arbeiten schaffen, die auf der Grundlage des dialektischen Materialismus geschrieben und in denen die Erfahrungen der Sowjetwissenschaft ihrer überragenden Bedeutung gemäß ausgewertet werden.

Scharf kritisiert werden muß die Arbeit der Gesellschaftswissenschaftler an der Greifswalder Universität. Bisher gibt es noch keinen Beitrag über Fragen unseres Fünfjahrplanes, der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, des Kampfes um die Wiedervereinigung Deutschlands, über Fragen der Theorie, des dialektischen und historischen Materialismus. Stalins Arbeiten „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" finden keine Widerspiegelung in den in der Zeitschrift veröffentlichten Arbeiten.

Ein Überblick über die Veröffentlichungen in den bisher erschienenen Heften der gesellschafts- und sprachwissenschaftlichen Reihe zeigt ernste Mängel auf diesem Gebiet der Wissenschaft.

Die Zusammenstellung der Dissertationen der philosophischen Fakultät in Heft 3, Jahrgang I, 1951/52, enthält Themen wie: „Die Erziehung der sächsischen und salischen Herrscher im Hinblick auf ihre spätere Regierungszeit" (R. Ahlfeld), „Die Grafen von Dassel, Herkunft und Genealogie (J. Schildhauer), „Die Burggrafen von Magdeburg aus dem Querfurter Hause" (H. Lötzke), „Die Balladen der Lulu von Strauß und Torney. Eine Würdigung nach Gehalt und Gestalt" (L. Zander).

Wären nicht die Jahreszahlen angegeben wie bei den Dissertationen oder aufgedruckt, wie bei den Heften, könnte man annehmen, die Arbeiten wären vor 20 oder 30 Jahren geschrieben worden. Offensichtlich bestehen aber auch sehr ernste Mängel in der Arbeit des Staatssekretariats für Hochschulwesen. Das Staatssekretariat muß dafür sorgen, daß sich die Arbeit an unseren Universitäten und Hochschulen verbessert, daß solche Themen in den wissenschaftlichen Zeitschriften und für Dissertationen zur Diskussion gestellt werden, die entscheidende und wichtige Fragen behandeln. Dann wird die Bedeutung der Zeitschrift für die Entwicklung eines reichen, schöpferischen wissenschaftlichen Lebens an der Greifswalder Universität steigen. Die Zeitschrift geht auf dem Wege des Austausches an viele Universitäten Westdeutschlands und des Auslands. Sie muß deshalb ein Spiegelbild des Neuen in der ökonomischen, politischen und kulturellen Gesamtsituation in unserer Deutschen Demokratischen Republik sein. Dieser Aufgabe wird die Zeitschrift gegenwärtig noch nicht vollkommen gerecht. Um diese Aufgabe zu lösen, müssen ein wirklicher Erfahrungsaustausch organisiert und junge wissenschaftliche Kader kühn gefördert werden. In den Spalten der Zeitschrift dürfen wissenschaftlich längst überholte Auffassungen nicht unwidersprochen bleiben. Einen großen Raum sollten Arbeiten erhalten, die sich mit der Auswertung der Ergebnisse der fortgeschrittensten Wissenschaft, der Sowjetwissenschaft, beschäftigen und in denen solche Fragen behandelt werden, die zur Lösung der Grundfragen unseres gesellschaftlichen Lebens und seiner Erfordernisse beitragen.

Dr. Siegfried Eitner

BÜCHERSCHAU

Neuerscheinungen sowjetischer wissenschaftlicher Literatur in deutscher Sprache

Besskow, S. D.: Technisch-chemische Berechnungen. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Bogatschew, J. N., Permjakow, W. G.: Das Anlassen von gehärtetem Stahl. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Djatschenko, P., Jakobson, M. O.: Die Beschaffenheit der Oberfläche bei der Zerspanung von Metallen. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Fedynski, W. W.: Himmelsteine — Meteorite und Meteore. (Verlag Neues Leben, Berlin 1952)

Gerassimow, S. G., Dudnikow, E. G., Tschistjakow, S. F.: Automatische Regelung von Kesselanlagen. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Grigorjew, P. N., Mamowski, N. P.: Zementsparende Bauteile und Konstruktionen aus Schlackenbeton. (Fachbuchverlag, Leipzig 1952)

Herzen, A. J.: Erlebtes und Gedachtes (Verlag Kiepenheuer, Weimar 1953)

Jakubowski, B. W.: Generelle Wiederherstellung von Brücken. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Kamenizer, S. E.: Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes. (Verlag „Die Wirtschaft", Berlin 1953)

Loskutow, F. M.: Die Metallurgie des Zinks (Verlag Knapp, Halle 1953)

Makarenko, A. S.: Ein Buch für Eltern (2. Aufl.) (Aufbau-Verlag, Berlin 1953)

Makarenko, A. S.: Der Weg ins Leben (8. Aufl.) (Aufbau-Verlag, Berlin 1953)

Osolin, N.: Stabhochsprung. (Sportverlag, Berlin 1953)

Pawljuk, N. S., Denischenko, S. F.: Die mechanisierte Gleisunterhaltung. (Fachbuchverlag, Leipzig 1952)

Shdanow, G. S.: Röntgenstrahlen. (Verlag Neues Leben, Berlin 1952)

Shebrak, M. Ch.: Lehrbuch für das industrielle Rechnungswesen. (Verlag „Die Wirtschaft", Berlin 1952)

Skotnikow, S.: Die Sportler eines Betriebes erhalten Anleitung. (Verlag Tribüne, Berlin 1952)

Toporkow, W.: K. S. Stanislawski bei der Probe — Erinnerungen. (Verlag Bruno Henschel u. Sohn, Berlin 1952)

Tschestnow, F.: Aus dem Reiche der Radiowellen. (Fachbuchverlag, Leipzig 1953)

Wainrib, E. A., Miljutin, W. I.: Elektronenoptik. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Woronzow-Weljaminow, B. A.: Der Aufbau des Weltalls. (Verlag Neues Leben, Berlin 1952)

Dietz Verlag GmbH Berlin C 2 Wallstraße 76/79 Fernruf 67 63 61 (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und der Literaturvertrieb sämtlicher Parteiorganisationen entgegen) / Redaktion: Berlin W 8 Thälmannplatz 8/9 Fernruf 42 00 56 Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Druckerei, Berlin C 2, Dresdener Str. 43.

J. W. STALIN · WERKE

Herausgegeben auf Beschluß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)

Die deutsche Ausgabe wird vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED besorgt

Band 9 · Dezember 1926—Juli 1927

VIII, 332 Seiten · Kunstleder 4,20 DM

Der neunte Band der Werke J. W. Stalins enthält die Schriften, die in der Zeit von Dezember 1926 bis Juli 1927 geschrieben worden sind. In diesen Schriften werden die Fragen der Theorie und Praxis der sozialistischen Industrialisierung, die Fragen des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR herausgearbeitet, wird die Einheit und Unteilbarkeit der nationalen und internationalen Aufgaben der sozialistischen Revolution unterstrichen, die Linie der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik unter den Bedingungen der verstärkten Gefahr eines militärischen Überfalls auf die UdSSR festgelegt und werden die Aufgaben zur Stärkung der Wehrfähigkeit der Sowjetunion aufgezeigt.



D I E T Z V E R L A G B E R L I N

EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

SED

HEFT 6 JUNI 1953 8. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 42 00 56

Die Partei wird stärker, wenn sie ihre Reihen säubert!

Die 13. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei, die Mitte Mai stattfand, hat einen neuen bedeutenden Schritt vorwärts auf dem seit 1950 beschrittenen Wege der Säuberung ihrer Reihen und besonders der Parteiführung getan. Auf Beschluß des Zentralkomitees wurden die bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees Franz Dahlem und Hans Lauter von der Führung entfernt, Lena Fischer, Mitglied des ZK, und Fritz Uschner, Kandidat des ZK, wurden aus der Partei ausgestoßen.

Dieser Beschluß des Zentralkomitees, der einstimmig gefaßt wurde, ist ein Zeichen für die innere Stärke und Festigkeit der Partei. Stalin hat wiederholt hervorgehoben: Eine große Partei stärkt sich, wenn sie sich purifiziert.

Wie die ganze Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung zeigt, ist ihre Entwicklung stets von einem unablässigen Kampf gegen opportunistische, schwankende und unzuverlässige Elemente begleitet gewesen, wie auch gegen Spitzel und Provokateure, die der Klassenfeind in die revolutionären Organisationen des Proletariats einschmuggelt. Dieser Kampf um die Reinhaltung der proletarischen Bewegung ist eine unvermeidliche Erscheinungsform des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie hat sich stets der Mittel der Provokation gegen die Arbeiterklasse bedient. Der Kölner Kommunistenprozeß 1852, der Verrat Lassalles, die von Bismarck zur Vorbereitung des Sozialistengesetzes inspirierten Attentate auf Wilhelm I., die Provokationen der Noske-Scheidemann 1918/19, die Tätigkeit des Reichswehragenten Brandler, der Reichstagsbrand 1933 — das sind die bekanntesten Tatsachen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Keine revolutionäre Partei ist dagegen gesichert, daß klassenfremde Elemente und Spitzel in ihre Reihen eindringen oder daß einzelne ihrer Mitglieder zu Verrätern werden; aber diejenige revolutionäre Partei ist zum Untergange verurteilt, die den schonungslosen Kampf gegen solche Elemente vernachlässigt. Keine revolutionäre Partei ist dagegen gesichert, daß einzelne ihrer Führer in entscheidenden Situationen straucheln und stürzen, aber diejenige revolutionäre Partei ist zum Untergange verurteilt, die dann nicht die Kraft aufbringt, mit diesen Führern zu brechen. Nur wenn die revolutionäre Partei unablässig um ihre Reinheit und Geschlossenheit kämpft, nur wenn sie ihre revolutionären Prinzipien und die aus ihnen

resultierende politische Linie unbeirrbar durchsetzt, kann sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen. Dies ist eine der großen Lehren aus der ruhmreichen Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Im „Kurzen Lehrgang" heißt es darüber:

„Man darf in seiner Mitte nicht den Opportunismus dulden, wie man in einem gesunden Organismus kein Geschwür dulden darf. Die Partei ist der führende Trupp der Arbeiterklasse, ihre vorgeschobene Festung, ihr Kampfstab. Man darf nicht zulassen, daß in dem führenden Stab der Arbeiterklasse Kleingläubige, Opportunisten, Kapitulanten, Verräter sitzen. Gegen die Bourgeoisie auf Leben und Tod kämpfen und Kapitulanten und Verräter in seinem eigenen Stabe, in seiner eigenen Festung haben — heißt in die Lage von Leuten geraten, die sowohl von der Front wie vom Rücken her beschossen werden. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß ein solcher Kampf nur mit einer Niederlage enden kann. Festungen werden am leichtesten von innen genommen. Um den Sieg zu erringen, muß man vor allem die Partei der Arbeiterklasse, ihren führenden Stab, ihre vorgeschobene Festung von Kapitulanten, von Deserteuren, von Streikbrechern, von Verrätern säubern." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 448)

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die bestrebt ist, eine Partei nach dem Vorbild der Partei Lenins-Stalins zu werden, macht sich diese wichtige Lehre zu eigen und handelt danach. Der Beschluß der 13. Tagung „Über die Auswertung des Beschlusses des Zentralkomitees zu den ‚Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky'" ist ein neuer Beweis dafür. Die Rücksichtslosigkeit und Schärfe, mit der unsere Partei ohne Ansehen der Person ihre Reihen sauber hält, mit der sie vor der breiten Öffentlichkeit die Verhältnisse darlegt, stärkt das Vertrauen der Massen zur Partei. Nur eine Partei, die den Massen nichts zu verbergen hat, kann in solcher Offenheit Rechenschaft ablegen. Wenn andere Parteien glauben, sich damit brüsten zu können, daß sie solche Säuberungsaktionen „nicht nötig" hätten, so beweisen sie damit nur, wie innerlich faul sie sind. Zwei Beispiele mögen das zeigen.

Die neuesten Untersuchungen haben ergeben, daß Lena Fischer, früher Mitglied des Zentralkomitees, im Jahre 1935 die KJVD-Organisation und eine Anzahl Genossen an die Gestapo verraten hat. Diese Tatsache war der Partei vorher nicht bekannt. Sobald sie aber ans Tageslicht kam, zog die Partei die Konsequenz und stieß Lena Fischer aus der Partei aus.

Der rechte SPD-Führer in Westdeutschland, Herbert Wehner, war früher Mitglied der KPD und gehörte der Führung an. Als er während des Krieges in Schweden verhaftet wurde, verriet er Tatsachen über die illegale Parteiarbeit und Verbindungen zu illegalen Organisationen in Deutschland an Agenten der Gestapo. Die KPD zögerte keinen Augenblick, Wehner aus der Partei auszustoßen. Obwohl der Verrat Wehners allgemein bekannt und dokumentarisch bewiesen ist, kann Wehner heute eine führende Rolle in der SPD spielen.

Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Er ist daraus zu erklären, daß unsere Partei innerlich gesund ist, daß sie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist, die Verräter der Arbeiterklasse vor aller Öffentlichkeit brandmarkt und ausstößt.

Anders die SPD. Wollte sie den Verrat Wehners anprangern, dann würde dieser selbe Verräter sofort mit den Beweisen antreten, daß die Kriedemann, ten Hoff und eine Reihe weiterer offiziell gedeckter Funktionäre der SPD und des DGB genau solche Agenten der Gestapo oder ausländischer Spionagedienste waren.

Darin besteht der prinzipielle Unterschied! Warum sollen sich die imperialistischen Spionagedienste die Mühe machen, heute Agenten in die SPD zu entsenden, wo doch in dieser Partei in führender Position Menschen geduldet werden, an deren Agentenrolle kein Zweifel bestehen kann. Früher war das einmal anders, als die Sozialdemokratie noch eine revolutionäre Partei war, die für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfte.

Seitdem es eine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt, sagten wir, ist die Bourgeoisie bemüht, ihre Spitzel in diese Bewegung zu entsenden oder aus ihren Anhängern Spitzel anzuwerben. Es versteht sich, daß diese Bemühungen des Klassenfeindes sich nach dem ersten historischen Siege der Arbeiterklasse, der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, tausendfach vermehrt haben. Die Bourgeoisie hat sehr gut verstanden, daß der Sieg des Proletariats im Jahre 1917 in Rußland der Anfang ihres Unterganges war. Sie weiß, daß jede Stärkung der Sowjetunion, jede Ausweitung des sozialistischen Machtbereiches ein weiterer Schritt zum Ende der bourgeoisen Herrschaft ist. Darum macht sie verzweifelte Anstrengungen und scheut kein noch so verwerfliches Mittel, um den Vormarsch des Sozialismus, um weitere Siege der Arbeiterklasse in anderen Ländern aufzuhalten. Der Sieg der Arbeiterklasse hat in der ganzen Welt eine unerhörte Verschärfung des Klassenkampfes mit sich gebracht. Gleichzeitig wurden mit diesem Sieg und mit der Lösung der konkreten Aufgaben der sozialistischen Revolution die Klassenfragen so scharf gestellt, daß viele schwankende Elemente, die in der vorrevolutionären Periode eine gewisse Rolle in der Arbeiterbewegung spielen konnten, vor der Größe des Kampfes zurückschreckten und ins Lager des Klassenfeindes überliefen. Dies war eine unvermeidliche Begleiterscheinung der Entwicklung des Opportunismus zum imperialistischen Agententum. Aus ihr erklärt sich die Tatsache, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution der Klassenverrat solche riesigen Ausmaße angenommen hat, wie sie durch die Namen Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Tito, Rajk, Kostoff, Slansky, Marty, Browder, Merker u. a. gekennzeichnet sind. Seit dem Siege der Oktoberrevolution haben die imperialistischen Agenturen unermüdlich daran gearbeitet, vor allem in der regierenden Partei der ersten proletarischen Diktatur, der KPdSU, Agentennester zu schaffen. Sie lenkten dabei ihre Bemühungen hauptsächlich auf solche Elemente, die schon wiederholt Abweichungen von der klaren Klassenlinie des Marxismus-Leninismus gezeigt hatten, wie Trotzki, der einen jahrzehntelangen Kampf gegen Lenin hinter sich hatte, wie Sinowjew und Kamenew, die den Oktoberaufstand sabo-

tiert hatten, wie Bucharin, der wiederholt antileninistischen Fraktionen angehört hatte. Die Imperialisten stellten dabei jenes objektive Entwicklungsgesetz in Rechnung, welches besagt, daß der Opportunismus unvermeidlich ins Lager des Klassenfeindes führt, wenn er nicht rechtzeitig überwunden wird. Sie haben sich dabei nicht verrechnet in bezug auf diese opportunistischen Führer, die sie als Agenten anwerben konnten, sie haben sich aber gründlich verrechnet in bezug auf die von Lenin und Stalin erzogene bolschewistische Partei, in der die Gefahr rechtzeitig erkannt, der Kampf dagegen organisiert und die feindlichen Gruppen schließlich zerschmettert wurden. Dieser siegreiche Kampf der KPdSU gegen die verschiedenen Verräter- und Agentengruppen war das Vorgefecht des Großen Vaterländischen Krieges. Genosse Malenkow sagte auf dem XIX. Parteitag der KPdSU:

„Durch die Zerschlagung der illegalen trotzkistisch-bucharinschen Gruppe, die der Hauptanziehungspunkt für alle antisowjetischen Kräfte im Lande war, durch die Säuberung unserer Partei- und Sowjetorganisationen von den Feinden des Volkes hat die Partei jede Möglichkeit des Auftauchens einer ‚Fünften Kolonne' in der UdSSR rechtzeitig zunichte gemacht und das Land politisch auf die aktive Verteidigung vorbereitet. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß wir, wenn das nicht rechtzeitig geschehen wäre, in den Tagen des Krieges in die Lage von Menschen geraten wären, die sowohl von der Front als auch vom Hinterland aus beschossen werden, und daß wir den Krieg hätten verlieren können." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 87)

Mit der durch die Weisheit Stalins rechtzeitig erfolgten Liquidierung der Agentengruppen wurde eine wichtige Voraussetzung für den grandiosen Sieg der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg geschaffen. Dieser Sieg hatte die Befreiung zahlreicher weiterer Völker in Europa und Asien vom Imperialismus zur Folge. Der Weltimperialismus wurde dadurch weiter geschwächt, es wurde ein weiterer bedeutender Schritt auf dem Wege zu seinem Untergang getan, und sein Widerstand wurde dadurch noch zäher, noch verzweifelter. Solange die imperialistische Bourgeoisie noch über die geringste Kraft verfügt, wird sie diesen Widerstand nicht aufgeben. Sie wird ebenso wie das Hitlerregime „bis 5 Minuten nach 12" kämpfen. Um diesen Kampf nach Beendigung des zweiten Weltkrieges fortsetzen zu können, haben die imperialistischen Geheimdienste bereits während des Krieges systematisch Agenten in der revolutionären Arbeiterbewegung angeworben. Ein besonders leichtes Betätigungsfeld waren ihnen dabei die Emigrationsgruppen in den verschiedenen westlichen Ländern. Unter dem Anschein der Hilfeleistung für die notleidenden Flüchtlinge stellten sie Verbindungen mit diesen Gruppen her und suchten sich besonders unter den aus kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Kreisen stammenden, mit der revolutionären Arbeiterbewegung nicht fest verwurzelten und politisch schwankenden Elementen ihre Agenten aus. Die Prozesse gegen Rajk, Kostoff und Slansky wie die Entlarvung Merkers haben bewiesen, daß es ihnen tatsächlich gelungen ist, solche Agenten zu werben.

Es soll damit nicht gesagt werden, daß die feindlichen Agenturen ihre Tätigkeit nicht auch auf die Emigration in der Sowjetunion erstreckt hätten. Auch dort war es ihnen gelungen, über ihre trotzkistisch-bucharinsche Agentur in die revolutionäre Bewegung einzudringen. So hatten sie solche Verräter wie Remmele, Neumann, Schubert, Schulte und andere gewonnen. Aber mit der Zerschlagung der trotzkistischen und der bucharinschen Agentur wurden auch die Verrätergruppen in den anderen kommunistischen Parteien zerschlagen und die Reihen der kommunistischen Emigration weitgehend gesäubert.

In den imperialistischen Ländern war eine solche Säuberung nicht oder nur in geringem Maße möglich, so daß es zahlreichen Agenten gelang, unentdeckt zu bleiben, in ihre Länder zurückzukehren und dort ihre verbrecherische Tätigkeit aufzunehmen. Erst allmählich gelang es, die Verräter zu entlarven und sie ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Dabei spielte die Aufdeckung des Verrats der Tito-Clique durch das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien eine besondere Rolle.

Die bisherige Erfahrung des Kampfes gegen die imperialistischen Agenturen in der Arbeiterbewegung lehrt, daß der Verrat der von den Imperialisten gekauften Kreaturen tiefe ideologische Wurzeln hat. Meist sind dies solche Elemente, die dem Kleinbürgertum oder der Bourgeoisie entstammen und ihre Herkunft nicht losgeworden sind, Elemente, die nicht tief in die Klassenideologie des Proletariats eingedrungen sind, die daher besonders an entscheidenden historischen Wendepunkten große politische Schwankungen an den Tag legten oder falsche Positionen bezogen, und vor allem sind es Elemente, die nicht rückhaltlos hinter der Sozialistischen Sowjetunion als der ersten proletarischen Macht der Welt stehen. Die Erfahrung hat erneut das Wort Stalins bestätigt, daß man sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht Marxist nennen kann, ohne offen und rückhaltlos die erste proletarische Diktatur der Welt zu unterstützen.

Ideologische Unklarheit und politische Schwankungen, unklare Stellung zur Sowjetunion — das sind also die wichtigsten Kanäle, durch die der Feind in die revolutionäre Arbeiterbewegung eindringen kann. Darum ist der ideologische Kampf um die Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, um die klare politische Linie und um die unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion die erste und wichtigste Aufgabe des Kampfes gegen die imperialistischen Agenturen. Dazu gehört aber auch, alle Fragen der Vergangenheit eines jeden Mitgliedes restlos zu klären und besonders bei solchen Genossen, die in der Vergangenheit große politische Fehler gemacht oder gar feindlichen Gruppierungen angehört haben, sorgfältig zu prüfen, ob sie diese Fehler restlos überwunden haben. Es liegt im Interesse der Partei und dieser Genossen selbst, alle Fragen restlos zu klären.

Wir können nicht sagen, daß unsere Partei in der Vergangenheit dieser Aufgabe allezeit die nötige Aufmerksamkeit zuwandte. Tatsächlich hat die Partei erst im Jahre 1950 mit dieser Arbeit begonnen. In den Jahren unmittelbar nach Kriegsende ließ der Kampf um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, dann die marxistisch-leninistische Erziehung der vereinigten Partei, der Kampf gegen die Gniffke-Gruppe, die Fragen der Vergangenheit in den

Hintergrund treten. Erst nach der Entlarvung der Tito-Bande faßte der Parteivorstand am 29. Juli 1948 einen Beschluß, in dem es hieß:

„Ein beschleunigtes Ausschlußverfahren ist gegen folgende Kategorien von Mitgliedern durchzuführen:

Mitglieder, die eine parteifeindliche Einstellung vertreten;

Mitglieder, die eine sowjetfeindliche Haltung bekunden;

Mitglieder, die an Korruptionsaffären, Schiebereien, kriminellen Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt sind;

Mitglieder, die über ihre politische Vergangenheit in der Nazizeit wahrheitswidrige Angaben gemacht haben;

Mitglieder, bei denen begründeter Verdacht besteht, daß sie im Interesse parteifeindlicher Kräfte (Agenten des Ostsekretariats der SPD) oder als Spione und Saboteure fremder Dienste in der Partei wirken.

Zur beschleunigten Durchführung des Ausschlußverfahrens gegen diese Kategorie von Schädlingen und Parteifeinden können in den Parteileitungen besondere Untersuchungskommissionen eingesetzt werden. Die individuelle Behandlung jedes Falles ist entsprechend den Bestimmungen des Statuts innezuhalten." („Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 85)

Kurze Zeit später, im September 1948, erfolgte die Bildung der Zentralen Partei-Kontrollkommission und der Kontrollkommissionen in den Ländern und Kreisen. Aber erst nach den Enthüllungen in den Prozessen gegen Rajk und Kostoff Ende 1949, besonders über die Tätigkeit des amerikanischen Agenten Noel H. Field, begann die Partei nach dem III. Parteitag ernsthaft mit der Aufdeckung der Agententätigkeit in Deutschland. In der Entschließung des Zentralkomitees vom 24. August 1950 hieß es selbstkritisch:

„Bis zum III. Parteitag waren in der Parteiführung versöhnlerische Tendenzen gegenüber solchen Parteifunktionären vorhanden, die in der Vergangenheit ernste Fehler begangen hatten." („Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 212)

Durch die gleiche Entschließung wurden eine Gruppe von Agenten mit Merker an der Spitze aus der Partei ausgeschlossen und eine Anzahl Genossen ihrer Funktion enthoben. In dieser Entschließung wurde bereits damals, im Jahre 1950, das kapitulantenhafte Verhalten der Pariser Emigrationsleitung festgestellt und als amerikanische Politik gekennzeichnet. Gleichzeitig wurde in diesem Dokument die Agententätigkeit des Noel H. Field und seiner Agentinnen aufgedeckt.

Obwohl nach der Annahme dieses Beschlusses klar war, daß die Aufklärung der Politik der deutschen kommunistischen Gruppen in Paris 1939 und der Verbindungen einzelner Parteimitglieder zu dem Agenten Field zu einer der wichtigsten Fragen geworden war, haben einige Genossen, die mit diesen Dingen in engstem Zusammenhange standen, es unterlassen, der Partei bei der Klärung der Verhältnisse zu helfen. Das gilt besonders für den Genossen Franz Dahlem, der 1939 als Leiter der deutschen Auslandsleitung in Paris

schwere Fehler begangen hatte und nach 1945 nachweisbar Verbindung mit Field und seinen Agentinnen gehabt hat. Es bedurfte noch der Enthüllungen im Slansky-Prozeß, um in dieser Untersuchung weiterzukommen. Die Ergebnisse wurden im Dezember 1952 in dem Beschluß „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky" niedergelegt. In diesem Beschluß heißt es über die Fehler der Auslandsleitung in Paris:

> „Unmittelbar nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen beschloß die Leitung der Auslandsgruppe der KPD in Frankreich, alle deutschen Emigranten aufzufordern, sich den französischen Behörden zu stellen. Sie wurden ohne Ausnahme interniert, so daß auf diese Weise die Leitung der Auslandsgruppe in Frankreich die Parteigruppen der KPD in Frankreich selbst liquidierte. Die Ursache dieses Beschlusses ist in dem ungenügenden Vertrauen zur Sowjetunion und der darauf beruhenden falschen Einschätzung des Nichtangriffsvertrages zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland zu suchen. Der Beschluß zeigt weiter eine falsche Einschätzung der imperialistischen Westmächte, insbesondere Frankreichs, von denen diese Leitung einen ernsthaften Kampf gegen den Hitler-Faschismus erhoffte. Dieser Beschluß war nur möglich, weil diese Leitung aus dem Münchener Abkommen zwischen den imperialistischen Westmächten und Hitler keine richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat. Sie sah nicht, daß das Ziel der Westmächte darin bestand, Deutschland und die Sowjetunion tief in einen Krieg zu verstricken, damit sie sich gegenseitig schwächten. Nach der Okkupation Frankreichs wurde die Liquidationspolitik fortgesetzt, indem man deutsche Emigranten nach dem amerikanischen Kontinent evakuierte. Merker floh nach Mexiko." („Einheit", Heft 2, 1953, S. 211/212)

Die Verantwortung für den kapitulantenhaften Beschluß der Auslandsleitung trägt in erster Linie Franz Dahlem. Nach einigen Versuchen, den Text des Beschlusses zum Slansky-Prozeß abzuändern, stimmte Genosse Dahlem im Dezember dem Wortlaut dieses Beschlusses zu und verpflichtete sich, über sein damaliges Verhalten eine Erklärung abzugeben. Nachdem diese Erklärung auf sich warten ließ, beschloß das Politbüro des ZK im März, eine Untersuchung über die ganze Frage einzuleiten und während der Dauer dieser Untersuchung die Funktion des Genossen Dahlem ruhen zu lassen.

Während der Untersuchung erwies es sich, daß Genosse Dahlem nicht gewillt war, der Partei bei der Klärung der Fragen zu helfen, sondern versuchte, die Spuren zu verwischen. Er gab seinen schweren Fehler zwar zu, versuchte die Schuld aber auf das Zentralkomitee der KPF abzuwälzen. Er bewies damit, daß er das Wesen seines Fehlers wie vieler anderer von ihm begangener politischer Fehler noch nicht begriffen hat oder nicht begreifen will. Des weiteren war Genosse Dahlem nicht gewillt, volle Klarheit über seine Beziehungen zu Field und dessen Agentinnen zu schaffen und versuchte, diese Beziehungen zu bagatellisieren.

Angesichts dieser Lage kam das Zentralkomitee zu dem Entschluß, Genossen Franz Dahlem aus dem Zentralkomitee und damit aus dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees auszuschließen. Die Einmütigkeit, mit der

diese Beschlüsse gefaßt wurden, beweist die unerschütterliche Einheit der Partei und das uneingeschränkte Vertrauen, das die Parteiführung genießt.

Mit dem Beschluß der 13. Tagung des Zentralkomitees ist der Klärungsprozeß in der Partei noch nicht zu Ende. Es gibt noch eine ganze Reihe Fragen, die geklärt werden müssen. So hat die Partei z. B. die Probleme im Zusammenhange mit den Auseinandersetzungen in der Parteiführung der KPD in den Jahren 1934/35 noch nicht geklärt, bei denen von den Mitgliedern des ZK nur die Genossen Pieck und Ulbricht einen richtigen Standpunkt vertraten, und bei denen andere Mitglieder des ZK, wie z. B. Schubert, nachweisbar der Gestapo in die Hände gearbeitet haben. Auch damals hat Genosse Dahlem aus politischer Blindheit die Parteifeinde unterstützt. Nicht genügend untersucht sind bisher auch die Verhältnisse in anderen westlichen Emigrationen, insbesondere in England und den skandinavischen Ländern. Auch über das Verhalten vieler Genossen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern der Gestapo gibt es noch viele Unklarheiten. Die Angelegenheiten Lena Fischer und Hans Lauter sind in dieser Hinsicht eine ernste Warnung für die Partei. Die Entschließung der 13. Tagung des Zentralkomitees muß für alle Parteimitglieder und Kandidaten eine Mahnung sein, der Partei ernsthaft zu helfen, alle Fragen der Vergangenheit restlos zu klären und damit der Partei zu helfen, in allen Fragen klare und eindeutige Verhältnisse zu schaffen.

Natürlich wäre es sehr leichtfertig, zu glauben, die Partei könnte sich ein für allemal vor dem Eindringen feindlicher Agenten und vor dem Verrat einzelner Mitglieder bewahren. Je größer unsere Erfolge bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus und in der Entfaltung der patriotischen Bewegung für Einheit und demokratischen Frieden sind, desto mehr wird sich der Klassenkampf verschärfen, und um so mehr wird der Gegner sich anstrengen, in der Partei Agentennester zu schaffen. Darum ist die ständige Wachsamkeit aller Parteimitglieder und Kandidaten die erste Pflicht. Jegliche Art von Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit erleichtert dem Klassenfeind seine Arbeit. Die Sorglosigkeit ist aber sowohl in einzelnen Parteiorganen als auch besonders im Staatsapparat noch sehr weit verbreitet. Einzelne Untersuchungen haben eine geradezu erschreckende Sorglosigkeit im Umgang mit vertraulichen Dokumenten und Informationen an den Tag gebracht. Die Partei wird in Zukunft die strengsten Maßregeln ergreifen müssen, um diese Sorglosigkeit gründlich auszurotten. Dabei ist es vor allem notwendig, die Selbstkritik und die Kritik von unten in der ganzen Partei zu entfalten, besonders auf die Signale einfacher Menschen sorgfältig zu achten und ihnen nachzugehen. Untersuchungen haben immer wieder ergeben, daß manche feindliche Elemente viel früher hätten entlarvt werden können, wenn rechtzeitig die Signale einfacher Parteimitglieder beachtet worden wären.

Die Hauptfrage aber ist die Verstärkung der ideologischen Arbeit, die Entfaltung des ideologischen Kampfes. Die ganze geschichtliche Erfahrung zeigt, daß ideologische Fehler der Tätigkeit des Klassenfeindes gegenüber blind machen, daß nicht überwundene ideologische und politische Fehler für den Feind Anknüpfungspunkte sind. Vor allem aber zeigt die geschichtliche Erfahrung, daß feindliche Agenten nur dort auf längere Zeit tätig sein können,

wo die ideologische Arbeit vernachlässigt wird, wo der Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen ausgewichen wird. Versöhnlerisches Verhalten gegenüber falschen Auffassungen ist eine direkte Unterstützung des Klassenfeindes. Als die Agenten Lex Ende und Willy Kreikemeyer in der südfranzösischen Emigration ihre amerikanische Politik durchführten, stellten sie gleichzeitig die politische Aufklärungsarbeit unter den deutschen Emigranten ein, um ihre Entlarvung zu verhindern. Wo ein reges ideologisches und politisches Leben herrscht, wo um die Aneignung der Wissenschaft von Marx-Engels-Lenin-Stalin gerungen wird, da kann ein Agent nicht tätig sein, ohne nach kurzer Zeit entlarvt zu werden.

Das Hauptkettenglied in der ideologischen Arbeit ist die Stellung zur Sowjetunion. Wer feindliche Auffassungen zur Sowjetunion äußert, der ist unweigerlich ein Feind des Marxismus-Leninismus, ein Feind der Arbeiterklasse. Unsere Stellung zur Sowjetunion entspringt ja nicht irgendwelchen Opportunitätsgründen, sondern sie entspringt den Grundprinzipien der marxistischen Lehre, die in der Sowjetunion ihre Verwirklichung gefunden hat. Vom ersten Tage der Existenz der Sowjetmacht an haben sich die revolutionären Arbeiter, die konsequenten Marxisten vorbehaltlos hinter die Sowjetregierung gestellt, in der sie *ihre* Regierung, die Verkörperung *ihrer* Wünsche und Ziele sahen. Und je mehr die Sowjetregierung, erst im Bürgerkrieg, dann im sozialistischen Aufbau das in sie gesetzte Vertrauen bestätigte, um so enger und fester wurde das unzerreißbare Band zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung in der ganzen Welt und der Sowjetunion. Wir stehen treu und unerschütterlich zur Sowjetunion, weil sie unsere ureigne Sache ist. Darum darf in dieser entscheidenden Frage auch nicht die leiseste Schwankung geduldet werden.

Die 13. Tagung des Zentralkomitees, auf der zugleich wichtige Fragen unseres Aufbaues auf den Gebieten der Industrie und des Handels beraten wurden, war ein bedeutender Schritt vorwärts in der Entwicklung unserer Partei. Sie hat mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß die Verbesserung der ideologischen Arbeit das entscheidende Kettenglied ist, das wir erfassen müssen, wenn wir alle anderen Aufgaben meistern wollen.

Hanna Wolf

Die Bedeutung des Marxismus für die Geschichtswissenschaft

Von den vielen außerordentlich bedeutsamen Erkenntnissen und Entdeckungen, mit denen Marx seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaft eingeschrieben hat, bezeichnet Engels als eine der ersten „die durch ihn vollzogene Umwälzung in der gesamten Auffassung der Weltgeschichte"*). Der Marxismus ist, wie Stalin uns lehrt, die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, daß der Marxismus eine zutiefst historische Wissenschaft ist; daraus ergibt sich aber auch, daß die Geschichtsforschung erst durch den Marxismus, zu dessen wichtigsten Bestandteilen der historische Materialismus gehört, zur Wissenschaft geworden ist.

Die Entdeckung des historischen Materialismus durch Marx hat dem Chaos und der Willkür, die bis dahin in der Geschichtsforschung herrschten, ein Ende bereitet. Natürlich hat es schon vor Marx Geschichtsforscher gegeben — im Altertum, im Mittelalter und auch in der bürgerlichen Gesellschaft. Sicherlich haben z. B. die Chronisten wertvolle Arbeit geleistet, und eine Reihe bürgerlicher Historiker haben sich — besonders in der Aufstiegsperiode des Kapitalismus — Mühe gegeben, den historischen Prozeß zu begreifen, in sein Wesen einzudringen. Aber keinem von ihnen ist es gelungen, denn ihr Auge und Urteilssinn war (und ist) subjektivistisch und idealistisch getrübt. Sie glaubten, wie Marx sich ausdrückt, „jeder Epoche (d. h. jeder herrschenden Klasse) aufs Wort, alles, was sie von sich selbst sagte und sich einbildete". Die Werke dieser Historiker sind daher im besten Falle mehr oder weniger fleißige „Sammlungen toter Fakten" (Marx), Beschreibungen von Erscheinungen, Rohmaterial.

„Bisher", schreibt Lenin in seinem genialen, für den Historiker unentbehrlichen Werk „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?", „fiel es den Soziologen schwer, in dem komplizierten Netz der sozialen Erscheinungen wichtige Erscheinungen von unwichtigen zu unterscheiden (hier liegt die Wurzel des Subjektivismus in der Soziologie), und *sie wußten kein objektives Kriterium für eine solche Unterscheidung zu finden.*" (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 91/92) (Hervorhebungen von mir — H. W.)

Durch die Entdeckung des historischen Materialismus hat Marx dieses *objektive Kriterium,* diese exakte wissenschaftliche Methode geschaffen, mit deren Hilfe man nicht nur „die an der Oberfläche schimmernden äußeren Erscheinungen" erkennen kann, sondern „die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die, obwohl sie vorläufig unmerkbar wirken, dennoch den Lauf der Ereignisse bestimmen"**), mit deren Hilfe die Geschichte der menschlichen Gesellschaft in all ihren Epochen und Perioden, in all ihrer Kompliziertheit und Vielfältigkeit *wissenschaftlich,* d. h. mittels Entdeckung und Erkenntnis der ihr zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten untersucht werden kann.

„Der Marxismus wies den Weg zur allumfassenden, allseitigen Erforschung des Prozesses der Entstehung, der Entwicklung und des Verfalls der gesellschaftlich-ökonomischen Formationen ... und wies den Weg zum wissen-

---

*) Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 151

**) Siehe J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 34

schaftlichen Studium der Geschichte als eines einheitlichen, in all seiner gewaltigen Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit gesetzmäßigen Prozesses." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 14/15)

Die Grundlage dieses wissenschaftlichen Studiums ist die geniale Marxsche Erkenntnis, daß alles geschichtliche Geschehen letzten Endes durch den Entwicklungsgrad der ökonomischen Lage, durch die Art und Weise der Produktion bedingt ist. In ihrem Werk, „Die deutsche Ideologie" schreiben Marx und Engels:

„Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse ... und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte ... Das erste also bei aller geschichtlichen Auffassung ist, daß man diese Grundtatsache in ihrer ganzen Bedeutung und ihrer ganzen Ausdehnung beobachtet und zu ihrem Rechte kommen läßt. Dies haben die Deutschen bekanntlich nie getan, daher nie eine *irdische* Basis für die Geschichte und folglich nie einen Historiker gehabt." (Karl Marx, Friedrich Engels, „Die deutsche Ideologie", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 24)

Bereits in diesem genialen Werk*), das von manchen irrtümlicherweise mit dem Wörtchen „Frühwerk" (worunter sie etwas unreifes verstehen) abgetan wird, das aber in Wirklichkeit die Grundlagen des historischen Materialismus enthält, erklärt Marx (gemeinsam mit Engels) aller subjektivistischen und idealistischen Geschichtsschreibung und Geschichtsfälschung der offiziellen „Historiker", „den dogmatischen Träumereien und Verdrehungen dieser Kerls, die sich ganz einfach erklärt aus ihrer praktischen Lebensstellung, ihrem Geschäft und der Teilung der Arbeit"**) einen unversöhnlichen Krieg.

In seiner bissigen, unversöhnlichen Kritik macht Marx auch nicht vor solchen „Geschichtsfürsten" halt wie Ranke. In einem Brief an Engels schreibt er:

„... Dönniges, Mituniversitätsdemagog von Rutenberg und Konsorten, gehörig ursprünglich zu den jeunes gents (jungen Herren) oder vielmehr, da es keine gentlemen waren, den jeunes gens (jungen Leuten) des kleinen Rabunzel Ranke, die er scheußliche alte deutsche Kaiserannalen etc. herausgeben ließ. Das, was das tanzende Wurzelmännchen Ranke für Geist hielt — die spielende Anekdotenkrämerei und die Rückführung aller großen Ereignisse auf Kleinigkeiten und Lausereien —, war diesen young men from the country (jungen Leuten vom Lande) strikt untersagt. Sie sollten sich an das ‚Objektive' halten und den Geist ihrem Meister überlassen. Unser Freund Dönniges galt gewissermaßen als Rebell, da er dem Ranke das Monopol des Geistes bestritt, wenigstens faktisch, und verschiedentlich ad oculos (durch Augenschein) zeigte, daß er so gut wie Ranke geborner ‚Kammerdiener' der ‚Geschichte' sei." (Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefwechsel", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 228)

Bereits damals hat Marx erkannt, daß Geschichtsfälschung zum Geschäft und zur Politik der Bourgeoisie gehört und daß die geborenen Kammerdiener

*) Dieses Werk, das zum erstenmal vollständig in Moskau und nun erfreulicherweise auch erstmalig in Deutschland erschienen ist, ist leider in den Kreisen unserer Genossen Historiker nur wenig in seiner Bedeutung bekannt. Es wurde sogar von einem Mann wie Franz Mehring als lediglich „polemisches" Werk abgetan und völlig mißverstanden. Das Werk „Die deutsche Ideologie" ist aber in der Tat eine wahre Fundgrube marxistischer Erkenntnisse und für jeden Historiker eine unschätzbare Hilfe.

**) Siehe Karl Marx. Friedrich Engels, „Die deutsche Ideologie", S 48

der Geschichte, oder wie Lenin sagt, die gelehrten Kommis der Bourgeoisie dieses Geschäft mitbesorgen.

„Premierminister Attlee braucht die Lüge über die Sowjetunion, er muß die friedliche Politik der Sowjetunion als eine aggressive und die aggressive Politik der britischen Regierung als eine friedliche Politik darstellen, um das britische Volk irrezuführen, um ihm diese Lüge über die Sowjetunion aufzubinden und es auf diese Weise durch Betrug in einen neuen Weltkrieg zu zerren ..." („Einheit", Heft 3, 1951, S. 146)

Diese Worte Stalins sind eine hervorragende Konkretisierung der Marxschen Erkenntnis und gebieten unseren jungen Historikern höchste Wachsamkeit bei der Benutzung bürgerlicher Geschichtswerke und Geschichtsquellen. In seinem genialen Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" gibt uns Lenin einen grundsätzlichen Hinweis darüber, wie wir uns zu den Ergebnissen der bürgerlichen Forschung verhalten müssen:

„Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, es zu verstehen, die von diesen ‚Kommis' gemachten Errungenschaften sich zu eigen zu machen und zu verarbeiten ..., und es zu *verstehen*, die reaktionäre Tendenz derselben wegzuschneiden, die *eigene* Linie durchzuführen und *die ganze Linie* der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 334)

*

Marx und Engels haben der Wissenschaft von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entscheidende Bedeutung beigemessen, ja sie betrachteten sie sogar als die wichtigste Gesellschaftswissenschaft, weil sie alle Gebiete der menschlichen Gesellschaft erfaßt.

„Es ist leicht zu begreifen", schreibt Stalin in seinem genialen Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus", „welche gewaltige Bedeutung die Ausdehnung der Leitsätze des philosophischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft hat, welche gewaltige Bedeutung der Anwendung dieser Leitsätze auf die Geschichte der Gesellschaft, auf die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats zukommt." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 143)

In seiner, von Stalin als genial bezeichneten Formulierung des Wesens des historischen Materialismus schreibt Karl Marx:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen." (Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 13)

Deshalb, lehrt Stalin in seinem Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus",

„... darf man den Schlüssel zur Erforschung der Gesetze der Geschichte der Gesellschaft nicht in den Köpfen der Menschen, nicht in den Anschau-

ungen und Ideen der Gesellschaft suchen, sondern muß ihn in der Produktionsweise suchen, die die Gesellschaft in jeder gegebenen historischen Periode anwendet, in der Ökonomie der Gesellschaft.

Also ist die allererste Aufgabe der Geschichtswissenschaft die Erforschung und Aufdeckung der Gesetze der Produktion, der Entwicklungsgesetze der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", S. 153)

Hier hat Stalin in prägnantester Weise den Gegenstand und die Methode der Geschichtswissenschaft formuliert. Es ist eine direkte Anweisung und Aufgabenstellung für unsere Genossen Historiker, Lehrer und Forscher, die bis jetzt dem „Schlüssel", der Untersuchung und Schilderung der ökonomischen Gesetze und Entwicklung viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkten und infolgedessen häufig an der Oberfläche der Erscheinungen hängen blieben.

In dem vorhin erwähnten berühmten Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie" formuliert Karl Marx das wichtigste soziologische, historische Gesetz von der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, das von Stalin im IV. Kapitel der Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, in der zweiten Besonderheit der Produktion, und in seinem neuesten Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" konkretisiert und weiterentwickelt wurde. Dieses in allen Gesellschaftsformationen der menschlichen Geschichte wirkende Gesetz tritt in der Klassengesellschaft am deutlichsten im Kampf der Klassen in Erscheinung, ist seine Grundlage und der Hauptmotor der menschlichen Entwicklung. „Die Geschichte der bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" stellten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest fest und gaben damit den Leitfaden zur Entdeckung der Gesetzmäßigkeit in der Geschichte — nämlich die Theorie des Klassenkampfes (Lenin). An alle Erscheinungen der Geschichte vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes herangehen, bedeutet für den wissenschaftlichen Historiker, die Aneignung des geschichtlichen *Sinnes*, bedeutet, die Richtung der objektiv wirkenden Gesetze, d. h. die Entwicklungsrichtung des Geschehens zu erkennen.

Dieses klassenmäßige Herangehen gibt dem Historiker die Möglichkeit, die Qualität der einzelnen wirkenden Klassenkräfte einzuschätzen und sich auf die fortschrittlichen, revolutionären, neuen Klassen in der jeweiligen gesellschaftlichen Formation zu orientieren. Die Anwendung der marxistischen Methode bei der Geschichtsforschung entwickelt beim Historiker den Sinn für das Neue, für das Typische in der geschichtlichen Entwicklung, auch wenn es sich erst im Keime, unter der Oberfläche befindet. Der marxistische Historiker ist deshalb seinem Wesen nach *parteilich* und hat im Kampf der Klassen eine wichtige Funktion zu erfüllen:

„Er begnügt sich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Prozesses, sondern stellt klar, welche ökonomische Gesellschaftsformation namentlich diesem Prozeß seinen Inhalt gibt, *welche Klasse namentlich* diese Notwendigkeit bestimmt ... Anderseits schließt der Materialismus sozusagen die Parteimäßigkeit in sich ein, da er verpflichtet, bei jeder Bewertung eines Ereignisses direkt und offen auf den Standpunkt einer bestimmten Gesellschaftsgruppe zu treten." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in

zwölf Bänden, Bd. 11, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1938, S. 351)

Die wissenschaftliche Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der deutschen Geschichte hilft den Historikern (aber nicht nur den Historikern) sich auf das Neue zu orientieren und Fehler zu vermeiden. Es ist kein Zufall, daß die Imperialisten und ihre Lakaien aller Schattierungen, ganz besonders in der letzten Zeit, aus allen Kräften bemüht sind, jede Gesetzmäßigkeit in der Geschichte zu leugnen und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. So bezeichnete kürzlich (im Zusammenhang mit dem 36. Jahrestag) die amerikanische „Neue Zeitung" — die Große Sozialistische Oktoberrevolution nicht als eine gesetzmäßige Erscheinung, sondern als einen „unglücklichen Zufall", den man natürlich unbedingt wieder rückgängig machen müsse! Rückgängigmachen läßt sich dieser „Unfall" am besten natürlich durch Intervention und Kanonen. Deshalb schrieb kürzlich der Amerikaner Rives „es wäre Zeitverlust, nach Gesetzen des ökonomischen Lebens zu suchen. In unserer Welt regulieren die Kanonen die Produktion sowie den Handel und die Konsumtion." Diesen armseligen Geschichtskorrektoren hat Stalin bereits im Jahre 1927 eine entsprechende Abfuhr erteilt:

„Möglicherweise wollten die Imperialisten, als sie die Maske fallen ließen, und in Nanking die Kanonen auf die Tagesordnung setzten, das Rad der Geschichte zurückdrehen, der anschwellenden revolutionären Bewegung in allen Ländern ein Ende bereiten und für die Wiederherstellung der relativen Stabilität des Weltkapitalismus kämpfen, die vor dem imperialistischen Krieg bestand.... Und wenn sie das wirklich wollten, so muß man schon sagen, daß sie sich gründlich verrechnet haben. Denn nur jemand, der kindisch geworden ist, kann glauben, daß die Gesetze der Kanonen stärker seien als die Gesetze der Geschichte, daß man das Rad der Geschichte durch Erschießungen in Nanking zurückdrehen könne.... Es heißt nicht umsonst: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." (J. Stalin, Werke, Bd. 9, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 172, 173 und 174)

Von der Geschichte zum Untergang verurteilt — ist die Bourgeoisie, sind die Imperialisten und folglich auch ihre Historiker nicht in der Lage, die Gesetze der Geschichte zu erkennen. Sie ziehen es vor, die Geschichte als Tragödie zu bezeichnen oder wie kürzlich der bekannte englische Historiker Toynbee schrieb — „als eine langweilige Angelegenheit in der eine Niedertracht der anderen folgt". Jeder Schritt führt den Imperialismus immer näher an den Abgrund, und all seine Berechnungen und politischen Kombinationen schlagen letzten Endes fehl. Sie müssen fehlschlagen, weil die Sache der Arbeiterklasse siegen wird. Anhand von Beispielen beweist Lenin diese eherne Gesetzmäßigkeit der Geschichte und sagt in seiner historischen Rede auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922):

„Wenn die Bolschewiki Dummheiten machen, so sagt der Bolschewik: ‚Zweimal zwei ist fünf'; wenn aber seine Gegner, d. h. die Kapitalisten und die Helden der II. Internationale Dummheiten machen, so kommt bei ihnen heraus: ‚Zweimal zwei ist Stearinkerze'." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 974/975)

Mit diesen Worten bezeichnet Lenin die Sinnwidrigkeit und Auswegslosigkeit der kapitalistischen Welt und an anderer Stelle sagt er, daß

„... die gescheitesten Leute der Bourgeoisie sich verheddert haben und nicht umhin können, nicht wiedergutzumachende Dummheiten zu begehen. Daran wird die Bourgeoisie denn auch zugrunde gehen. Unsere Leute aber können sogar Dummheiten begehen (allerdings dürfen diese Dummheiten nicht sehr groß sein und müssen rechtzeitig korrigiert werden), und doch werden sie schließlich die Sieger bleiben." (Ebenda, S. 727)

Mögen also unsere Feinde noch so schreien über die noch vorhandenen Mängel in unserer Deutschen Demokratischen Republik, z. B. in unserer Versorgung. Auf der Erkenntnis der ökonomischen Gesetze fußend wird unsere Partei sehr bald die unwesentlichen arithmetischen Rechenfehler korrigieren, die historische Gesamtrechnung muß und wird aufgehen. Die dunklen Geschäfte und Kombinationen der Reuter und Adenauer sind nicht einmal eine Stearinkerze wert. Deshalb ist die Orientierung auf das Neue, auf die ehernen Gesetze der Geschichte, auf das von der Sowjetunion geführte Lager der Demokratie und des Sozialismus für jeden Historiker eine wissenschaftliche Orientierung auf das geschichtlich Richtige, auf den Sieg des Fortschritts.

Es war (und ist zum Teil noch) eine mangelnde Beherrschung des Wesens des historischen Materialismus, wenn viele unserer Genossen und Historiker bei der Erforschung und Lehre der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung diesen Kampf zwischen Alt und Neu (d. h. im Grunde genommen den Klassenkampf) übersehen haben als sie die Geschichte Deutschlands als eine Geschichte der Misere, und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als eine Geschichte des Opportunismus und der Fehler dargestellt haben. Die Vorlesungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie bis vor kurzem noch an den verschiedenen Parteischulen und vor allem an der Parteihochschule gehalten wurden, sind ein beredtes Beispiel dafür. In seinen „Kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage" schreibt Lenin:

„In *jeder* nationalen Kultur gibt es, wenn auch unentwickelte, *Elemente* einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn es gibt in *jeder* Nation eine werktätige und eine ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen." (W. I. Lenin, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 9)

Diese Worte Lenins beziehen sich zweifellos auf die Gesamtentwicklung der Völker, in jedem Volk gibt es ausgebeutete Massen, die auf diese oder andere Weise um ihre Befreiung kämpfen, also auch im deutschen Volk. Die Historiker dürfen aber nicht in den Fehler verfallen und glauben, daß der historische Materialismus nur auf die Periode des Kapitalismus anwendbar ist. Die Tatsache, daß wir noch so wenig ernsthafte Versuche zur marxistischen Erforschung z. B. des deutschen Mittelalters haben, ist, meiner Meinung nach, ein Ausdruck dieser Einstellung. Natürlich hat Marx seine Methode vor allem bei der Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Formation angewandt. Er verband damit die Lösung einer konkreten politischen Aufgabe — „der der Produktionsmittel beraubten Arbeiterklasse die geistige Waffe für den Sturz des Kapitalismus zu geben".*) Aber solche Werke wie „Die deutsche Ideologie", „Der deutsche Bauernkrieg" und viele andere Geschichts-

*) Siehe J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S. 19

werke von Marx und Engels beweisen, welche Bedeutung (und mit welcher Meisterschaft) die Klassiker des Marxismus der Erforschung der früheren Perioden beimaßen. Die Tatsache, daß Lenin während seiner Vorarbeiten zur Schaffung einer Partei neuen Typus sich mit der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten und der Periodisierung der vorkapitalistischen Periode in Rußland befaßte in seinem, leider bei uns noch verhältnismäßig wenig studierten Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", beweist, welche wissenschaftliche und praktische Bedeutung die Erforschung dieser Perioden hat. „Auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Analyse", heißt es in der Biographie Lenins, „wurde die Taktik der Bolschewiki in der Revolution von 1905 bis 1907 aufgebaut."*) Würde nicht die wissenschaftliche, d. h. marxistische Erforschung des deutschen Mittelalters ein wichtiger Beitrag zum tieferen Verständnis der Taktik von Marx und Engels in der Revolution des Jahres 1848 sein?

Als Historiker müssen wir uns davor hüten, Ereignisse und Persönlichkeiten der Vergangenheit mit den Maßstäben von heute zu messen und falsche geschichtliche Parallelen zu ziehen. Darin bestand ja gerade das unmarxistische, parteifeindliche Wesen der sogenannten „Pokrowski-Schule" in der Sowjetunion, die die Objektivität der Geschichtswissenschaft leugnete, sie als eine „in die Vergangenheit umgestülpte Politik der Gegenwart" bezeichnete und damit die Geschichtswissenschaft faktisch liquidierte. Vom Gesichtspunkt der Politik der Gegenwart gab es nach dem Pseudohistoriker Pokrowski nichts Fortschrittliches in der Geschichte des russischen Volkes, war alles reaktionär, war alles Misere. Natürlich erscheinen die Taten Iwan IV. auf dem Gebiet der Zentralisierung des russischen Staates oder die petrinischen Reformen des XVIII. Jahrhunderts, wenn man sie mit den gewaltigen revolutionären Umwandlungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit der Schaffung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vergleicht, klein und unbedeutend. Aber solch eine „Umstülpung", solche Parallelen sind falsch, sie liquidieren die geschichtlichen Taten der Völker, sie sind antinational und schädlich. Gegen die schablonenhaften Vorstellungen der Menschewiki von der Geschichte, die mechanische, undialektische Vergleiche zogen zwischen der französischen bürgerlichen Revolution und der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland, schrieb Stalin bereits im Jahre 1905:

> „Und nur Menschen, die fähig sind, historische Tatsachen auswendig zu lernen, sich jedoch nicht ihren Ursprung nach Ort und Zeit zu erklären wissen, können diese beiden verschiedenen Größen einander gleichstellen." (J. Stalin, Werke, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 133)

Jedes Ereignis muß historisch, d. h. im konkreten ökonomischen, politischen und ideologischen Zusammenhang erforscht und klassenmäßig eingeschätzt werden.

In den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus gibt es eine Fülle beispielhafter Einschätzungen, die jedem Historiker Vorbild sein müssen. So gibt Stalin in einer Unterredung eine hervorragende Einschätzung der Rolle Peters I. Stalin sagt:

> „Peter der Große hat für den Aufstieg der Klasse der Gutsbesitzer und für die Entwicklung der damals aufkommenden Klasse der Kaufleute viel getan.

---

*) Siehe „W. I. Lenin — Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 53

Peter hat für die Schaffung und Stärkung des Nationalstaates der Gutsbesitzer und Kaufleute sehr viel getan. Man muß auch sagen, daß der Aufstieg der Klasse der Gutsbesitzer, die Förderung der aufkommenden Klasse der Kaufleute und die Stärkung des Nationalstaates dieser Klassen auf Kosten der leibeigenen Bauernschaft erfolgte, die auf das ärgste geschunden wurde." (J. Stalin, „Über Lenin", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, S. 68)

Oder nehmen wir als weiteres Beispiel die geniale Stalinsche Einschätzung der historischen Rolle der Bourgeoisie gegenüber der Nation. „Früher (d. h. in der Periode des aufkommenden Kapitalismus — H. W.) galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚Über alles' ... Jetzt (d. h. in der Periode der proletarischen Revolution — H. W.) verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars"*) sagt Stalin in seiner großen Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU und gibt damit ein Musterbeispiel marxistischen Herangehens und dialektischer Einschätzung von historischen Erscheinungen. Bei den Diskussionen über problematische, zwiespältige Erscheinungen und Persönlichkeiten in unserer Geschichte (siehe Diskussion über Luther) sollten wir uns daran ein Beispiel nehmen; das wird uns vor Dogmatismus und Sektierertum bewahren. Nur das historische Herangehen an die Geschichte gibt uns die Möglichkeit, die Gesetze der historischen Entwicklung zu erkennen und sie dem Kampf der Massen und ihrer Partei zunutze zu machen.

In seiner Rede zum XXII. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sagte Genosse Molotow: Wir Bolschewiki gehören nicht zu den Leuten, die ihre Verwandtschaft mit ihrem Volk vergessen. Die Bolschewiki sind aus dem Schoße des Volkes hervorgegangen. Wir schätzen und lieben die glorreichen Taten aus der Geschichte unseres Volkes wie auch aller anderen Völker. Wir wissen gut, daß der wahre Fortschritt, der nur auf der Grundlage des Sozialismus möglich ist, sich auf die *gesamte* Geschichte der Völker stützen muß, daß er den wahren Sinn der Lebensgeschichte der Völker aufdecken muß, um die glorreiche Zukunft des eigenen Volkes und zugleich damit die lichte Zukunft aller Völker zu gewährleisten.

Diese Worte des Genossen Molotow müssen auch uns Richtschnur sein in der Einstellung zu den fortschrittlichen nationalen Traditionen des deutschen Volkes, sie sind eine wichtige Waffe gegen die amerikanischen ideologischen „Hohen Kommissare" und ihre Lakaien, die nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch seine Geschichte, seine Vergangenheit vernichten wollen. Vor allem aber ist es notwendig, wie Walter Ulbricht uns lehrt, die Geschichte der Neuzeit zu studieren und über sie zu schreiben, weil daraus wichtige Schlußfolgerungen für den geschichtlichen Entwicklungsgang gezogen werden können.

Von entscheidender Bedeutung für die Erziehung unseres Volkes, der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Jugend im Geiste des demokratischen Patriotismus und Internationalismus ist die ständige Gegenüberstellung des kapitalistischen Systems und seiner Entstehung dem sozialistischen System, das ständige Aufzeigen der Vorteile und der Überlegenheit der humanistischen sozialistischen Lebensweise gegenüber der kapitalistischen

*) Siehe J. Stalin, „Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 13

und imperialistischen, insbesondere der sogenannten amerikanischen, Lebensweise. Wie in dem auf dem Misthaufen der Geschichte gelandeten „tausendjährigen Reich" des deutschen Monopolkapitals versuchen die ideologischen Lakaien des wiedererstandenen deutschen Imperialismus in Westdeutschland die Entstehung und die „Schöpfer" des deutschen Kapitalismus, die „großen" Familien Krupp, Thyssen u. a. zu idealisieren, ihre „Verdienste" in den Himmel zu heben, und ihre Sklavenhalterbetriebe als „eigentlich sozialistische" Betriebe zu schildern (angesichts der Freilassung und „Rehabilitierung" des Kriegsverbrechers Krupp u. a. durch die Amerikaner in Westdeutschland ist es nur verständlich). Sehr aufschlußreich ist die Tatsache, daß sie sich dabei der reformistischen, Bernsteinschen „Theorie" vom „Hineinwachsen in den Sozialismus" bedienen. Kürzlich (Sept. 1952) veröffentlichte die englische Westberliner Zeitung „Die Welt" einen Artikel zum hundertjährigen Bestehen der „Dortmund-Hörder-Hüttenunion", die bekanntlich ein Stinnesbetrieb ist. „Die Arbeiter nehmen am wachsenden Reichtum teil" — verkündete der Verfasser — „die Arbeiter wuchsen ohne die Revolution und ohne die Diktatur des Proletariats in die politische und soziale Gleichberechtigung ein." Fürwahr! Bernstein fand hier, im Organ des englischen Monopolkapitals, gleichwertige Jünger und Nachfolger. Diese im Auftrage des angloamerikanischen und westdeutschen Imperialismus unternommenen Versuche der Rehabilitierung des deutschen Kapitalismus und Imperialismus müssen von unseren Historikern wissenschaftlich entlarvt, ihr Klasseninhalt muß aufgezeigt werden. Die historischen Werke von Marx, vor allem sein „Kapital" und insbesondere das Kapitel XXIV sind uns dabei Vorbild. Die Geschichte des deutschen Kapitalismus ist genau wie die Geschichte jedes anderen Kapitalismus „alles andere, nur nicht idyllisch".

> „So wurde", schreibt Marx, „das von Grund und Boden gewaltsam expropriierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch *grotesk-terroristische Gesetze* in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, — gebrandmarkt, — gefoltert." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 776)

Die Entstehung des Kapitalismus ist „in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer". (Ebenda, S. 753) Diesen Satz unserer Jugend in seiner ganzen Tiefe zu veranschaulichen, den mit Blut und Feuer gezeichneten Kampf des untergehenden Kapitalismus um die Verlängerung seiner parasitären Existenz in seiner ganzen Niedertracht zu entlarven, ist die Aufgabe unserer Historiker. Das von Stalin entdeckte ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus erleichtert unseren Historikern ihre Arbeit und stellt ihnen die Aufgabe, die Wirkung dieses Gesetzes in der jüngsten Geschichte Deutschlands zu erforschen.

Das Studium der Geschichte der deutschen werktätigen Massen, deren Rolle bei der Schaffung der Produktivkräfte, bei der Entwicklung der deutschen Wissenschaft, der Technik, der Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Geschichtsforschung. Irrtümlicherweise wird manchmal der richtige marxistische Satz „die Menschen machen Geschichte" so aufgefaßt, als wenn dieses „Geschichtemachen" sich nur auf die revolutionäre Tätigkeit und politischen Kämpfe beschränkt. Das ist völlig falsch.

„Also", lehrt uns Stalin, „ist die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung zugleich auch die Geschichte der Produzenten der materiellen Güter,

die Geschichte der werktätigen Massen, die der Hauptfaktor des Produktionsprozesses sind und die Produktion der für die Existenz der Gesellschaft notwendigen materiellen Güter besorgen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", S. 152)

„Das heißt", sagt deshalb W. Ulbricht in seiner Rede zum 135. Geburtstag von Karl Marx, „es steht die Aufgabe, eine Geschichte des deutschen Volkes zu schreiben, in deren Mittelpunkt das Schaffen und der Kampf des werktätigen Volkes stehen, die Geschichte der Arbeiterbewegung wahrheitsgemäß dargestellt wird und die großen Wissenschaftler, Techniker, Künstler und Schriftsteller ihrer geschichtlichen Bedeutung entsprechend gewürdigt werden." („Tägliche Rundschau" vom 7. Mai 1953)

Entscheidend aber ist das Studium und die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung, d. h. seit Marx und Engels, die in die Geschichte des deutschen Volkes ruhmvolle Seiten eingeschrieben haben.

Auch das deutsche Volk kann, wie übrigens jede andere Nation, die Worte Lenins in dem Artikel „Über den Nationalstolz der Großrussen" auf sich beziehen:

„Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, denn die großrussische Nation hat *gleichfalls* eine revolutionäre Klasse hervorgebracht, hat *gleichfalls* bewiesen, daß sie imstande ist, der Menschheit gewaltige Vorbilder des Kampfes für die Freiheit und den Sozialismus zu geben und nicht nur gewaltige Pogrome, Reihen von Galgen, Folterkammern, gewaltige Hungersnöte und gewaltige Kriecherei vor den Popen, den Zaren, den Gutsbesitzern und Kapitalisten zu liefern." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 746)

In seiner großen Rede zur 135. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Marx sagte W. Ulbricht:

„Die Geschichte Deutschlands, das ist nicht nur die Geschichte der Feudalherren, nicht nur die Geschichte von Raubkriegen, nicht nur die Geschichte des Faschismus und Hitlerismus — es ist die Geschichte des großen Bauernkrieges, die Geschichte der Revolution von 1848, die Geschichte der Entstehung und Entwicklung des Marxismus, die Geschichte der Klassenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, die Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Das deutsche Volk hat große kulturelle Traditionen. Die besten Geister des deutschen Volkes haben einen großen Beitrag in die deutsche und die Weltkultur eingebracht. Die deutsche Nation, das ist die Nation Lessings, Humboldts, Goethes, Heines, Schillers, Bachs, Karl Marx', Friedrich Engels', die Nation Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks." („Tägliche Rundschau" vom 7. Mai 1953)

Darum heißt es auch im Aufruf unseres Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr:

„Es kann und muß jeden Deutschen mit Stolz erfüllen, daß die deutsche Nation der Menschheit den genialen Denker und glühenden Revolutionär Karl Marx und seinen Kampfgenossen Friedrich Engels gab. Die Lehre von Marx und Engels, der Marxismus, ist das bedeutendste Kulturerbe und das größte Kulturgut der deutschen Nation, durch das sie bei allen Völkern der Erde höchstes Ansehen erhalten hat." („Einheit", Heft 12, 1952, S. 1293)

Aber nicht nur diese Periode der deutschen Arbeiterbewegung kann uns mit Stolz erfüllen. Trotz des schamlosen Verrats der rechtsopportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hat die deutsche Arbeiterklasse Führer hervorgebracht, die den Willen und den Mut hatten, die Erfahrungen der Partei Lenins und Stalins in Deutschland anzuwenden und für den Sieg des Leninismus in Deutschland zu kämpfen. Die große Rede des Generalsekretärs unserer Partei auf der 11. Tagung des Zentralkomitees zeigt uns, daß es höchste Zeit ist, Schluß zu machen mit den Geschichtsfälschungen, indem die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besonders seit 1918 als eine Aufeinanderfolge von Fehlern dargestellt wurde, und von Stalins Methode Geschichte zu schreiben, wie er sie im „Kurzen Lehrgang" angewandt hat, zu lernen. Das bedeutet aber vor allem, auch in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, nicht die Nebenprodukte, die Abfälle des Klassenkampfes in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das Typische, das Neue, zu sehen. Was war aber das Neue, das Typische, in der Geschichte der KPD seit ihrer Entstehung, wenn wir als typisch ansehen, nicht nur das,

„. . . was man am häufigsten antrifft, sondern das, was am vollständigsten und am prägnantesten das Wesen der gegebenen sozialen Kraft zum Ausdruck bringt. Nach marxistisch-leninistischer Auffassung bedeutet das Typische keineswegs irgendeinen statistischen Durchschnitt. Typisch ist, was dem Wesen einer gegebenen sozialen und historischen Erscheinung entspricht, und nicht einfach das am häufigsten Verbreitete, das oft Wiederkehrende, Gewöhnliche . . . Das Typische ist die wesentliche Sphäre, in der die Parteilichkeit . . . in Erscheinung tritt. Das Problem des Typischen ist stets ein politisches Problem." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 79) *)

Waren nun das Typische die zahlreichen Splittergruppen und innerparteilichen Kämpfe (ohne die, wie Engels uns lehrt, *keine* Partei der Arbeiterklasse in einem kapitalistischen Lande auskommt), oder war es der zunächst kleine aber immer stärker und größer werdende Kern der Partei, der sich um Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht — um das Leninsche Zentralkomitee — scharte und für die Einheit der Arbeiterklasse, für den Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung kämpfte? War die verräterische Politik der Neumann-Remmele-Clique, die im Auftrage des deutschen Monopolkapitals die immer stärker werdende Kommunistische Partei Deutschlands sprengen sollte, für die KPD typisch? War es nicht vielmehr der konsequente Kampf der KPD unter Ernst Thälmanns Führung gegen Krieg und Faschismus für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes, für seine Freundschaft mit der Sozialistischen Sowjetunion, der typisch war und der die werktätigen Massen um die KPD scharte? Dieser Kampf und diese Partei waren das größte Hindernis für die Wirkung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus in Deutschland, für die Erreichung der Maximalprofite durch äußerste Ausbeutung und Krieg. Diese Partei war es doch, die mit grausamstem Terror gewaltsam beseitigt werden sollte. Die Feststellung Walter Ulbrichts auf der 11. Tagung des Zentralkomitees „Die

*) Genosse Malenkow spricht über den Begriff des Typischen zwar im Zusammenhang mit Literatur und Kunst, aber seine Definition ist, meiner Meinung nach, nicht nur für dieses Gebiet von Gültigkeit. Der letzte Satz des angeführten Zitats beweist es.

Politik und die Linie der KPD war richtig" entspringt deshalb einer marxistisch-leninistischen Analyse der Situation, entspringt der Anwendung der Prinzipien des historischen Materialismus, nach dem Vorbild der Methode, die Stalin im Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU anwendet. Diese Feststellung ist infolgedessen im besten Sinne parteilich und richtig. Die Rede des Genossen Walter Ulbricht, die entscheidende Unklarheiten und sozialdemokratische Entstellungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beseitigt, muß uns, vor allem dem Lehrstuhl Geschichte an der Parteihochschule „Karl Marx", (aber nicht nur ihm) Anlaß sein, alle Lektionen, Artikel und Schriften zu überprüfen und zu korrigieren, um die Wahrheit über die KPD, über Ernst Thälmann und das von ihm geführte Zentralkomitee wiederherzustellen. Das wird entscheidend dazu beitragen, das Wesen unserer Partei — der SED — als Trägerin der besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, als geschichtliche Erbin der KPD zu verstehen.

*

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben in ihren Werken und in ihrem revolutionären Handeln den Lehren der Geschichte und der Geschichtswissenschaft große Bedeutung beigemessen. Zum Unterschied von den nichtmarxistischen Forschern war die wissenschaftliche Tätigkeit der Meister des Marxismus-Leninismus nicht losgelöst vom täglichen revolutionären Kampf der Massen; im Gegenteil, sie war diesem stets untergeordnet, diente ihm, leitete und förderte ihn. Marx, Engels, Lenin und Stalin vollbrachten selber historische Taten und entsprachen damit am besten der Forderung, die Lenin den wahren Historikern stellte, nämlich: nicht nur Geschichte studieren, sondern am geschichtlichen Geschehen teilnehmen, um so die Gesetze der Geschichte, sozusagen, am eigenen Leibe kennenzulernen. „Die Geschichte tut überhaupt nichts Wesentliches, ohne daß dafür eine besondere Notwendigkeit vorliegt",*) lehrt uns Stalin. Es ist deshalb sicherlich kein Zufall, daß unsere Klassiker an wichtigen Wendepunkten ihrer Tätigkeit (die meistens mit Wendepunkten in der Geschichte zusammenfallen) sich mit Fragen der Geschichte befassen. So ist das „Manifest der Kommunistischen Partei" — die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus — im Grunde genommen ein kurzgefaßter Umriß der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Solche Werke, wie „Die Klassenkämpfe in Frankreich", „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", „Der Bürgerkrieg in Frankreich" und andere Geschichtswerke von Marx und Engels sind klassische, bis heute noch unübertroffene Meisterstücke wissenschaftlicher Geschichtsforschung, die gleichzeitig aktuelle Streitschriften waren im Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung. Nicht zufällig ist es auch, daß Engels im Jahre 1890, zu Beginn der Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolution, in der das Proletariat als Vertreter der gesamten Gesellschaft mit der Kampferfahrung der ganzen Menschheit ausgerüstet werden mußte, die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte als entscheidende Aufgabe gestellt hat.

„Die ganze Geschichte muß neu studiert werden ... das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen." (Karl Marx / Friedrich Engels, Ausgew. Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 501)

---

*) J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 12

Kein Zufall ist es aber auch, daß die sozialdemokratischen „Theoretiker" in Deutschland Engels' Vermächtnis — die Geschichte mit Hilfe des historischen Materialismus zu erforschen — weder erfüllen wollten noch konnten. Es war Lenin, der in der Periode der Vorbereitung der Partei neuen Typus in Rußland das Vermächtnis des Mitbegründers des Marxismus — Engels — erfüllte. Das erste große Werk von Lenin „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?" ist im besten Sinne des Wortes ein historisches Werk, eine Vertiefung und Weiterentwicklung des von Marx und Engels begründeten historischen Materialismus, der historischen Wissenschaft überhaupt. Schließlich ist es kein Zufall, daß in der Periode der welthistorischen Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion und des Beginns des Überganges zum Kommunismus (der durch den Überfall des Hitlerimperialismus unterbrochen wurde) Stalin die Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, geschrieben hat, in der die Erfahrungen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung verallgemeinert sind, die das größte Meisterwerk wissenschaftlicher, marxistischer Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung darstellt. Es ist deshalb zweifellos ein Zeichen des marxistisch-leninistischen Charakters unserer Partei, daß sie besonders seit dem III. Parteitag den Fragen der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung immer mehr Bedeutung beimißt. Die Rede Walter Ulbrichts auf der 11. Tagung des Zentralkomitees, die eine marxistische Darstellung der Geschichte des Kampfes Ernst Thälmanns und der KPD gegen Krieg und Faschismus ist, zeigt, welche Bedeutung das Zentralkomitee unserer Partei, jetzt in der entscheidenden Periode des Kampfes um die Einheit Deutschlands den Fragen der Geschichte beimißt. Die Historiker unserer Republik haben also allen Grund stolz zu sein auf die Aufgaben, die ihnen unsere Partei stellt, sie werden sicherlich die Gelegenheit ausnutzen, um, wie Engels sagt, ernstlich zu arbeiten, viel zu leisten und sich auszuzeichnen. Mit Hilfe der genialen Erkenntnisse des größten deutschen Historikers — Karl Marx — wird es ihnen gelingen, diesen wichtigen Beitrag zur marxistischen Erziehung der deutschen Arbeiterklasse zu liefern, damit die Arbeiter besser gerüstet dastehen, „wenn entweder unerwartet schwere Prüfungen oder gewaltige Ereignisse von ihnen erhöhten Mut, erhöhte Entschlossenheit und Tatkraft erheischen". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 620)

Jörg Vorholzer

Ein geniales Werk des wissenschaftlichen Sozialismus

Vor 75 Jahren, im Jahre 1878, erschien zum erstenmal als abgeschlossenes Buch Friedrich Engels' Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft". Dieses geniale Werk Friedrich Engels' ist nicht nur als kämpferisch-polemisches Werk ein Musterbeispiel für die Anwendung des marxistischen Prinzips der Parteilichkeit, sondern enthält zugleich eine tiefgründige, umfassende systematische Darstellung der marxistischen Philosophie, der marxistischen politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus. Friedrich Engels, der Freund und Kampfgefährte von Karl Marx, gibt unter dessen unmittelbarer Beteiligung — das Kapitel „Aus der ‚Kritischen Geschichte'" wurde sogar von Marx geschrieben — ein Fazit ihres jahrzehntelangen gemeinsamen theoretischen und praktischen Kampfes. Damit hinterließ Friedrich Engels dem Proletariat und der gesamten fortschrittlichen Menschheit ein unerschöpfliches, enzyklopädisches Werk des wissenschaftlichen Sozialismus, welches seit seinem Erscheinen dem internationalen Proletariat im Kampf für die Befreiung der Menschheit von den Ketten des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus — Kommunismus unentbehrliches geistiges Rüstzeug vermittelt.

*

Die Entstehung des Werkes fällt in die Periode der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, in der der Marxismus alle vormarx'schen Formen des Sozialismus siegreich überwunden hatte und in ständig zunehmendem Maße die fortschrittlichen Teile des internationalen Proletariats ergriff. Um so gefährlicher wurde in dieser Periode der Opportunismus, der sich seit Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre in der deutschen Sozialdemokratie verbreitete. Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, das auf dem Vereinigungsparteitag im Jahre 1875 in Gotha angenommen wurde, war in wesentlichen Punkten von den Thesen Lassalles und anderen opportunistischen Ideen beeinflußt.

In den Jahren vor Annahme des Sozialistengesetzes (1878) wurde deshalb der Kampf gegen jede Verfälschung der revolutionären Theorie und Taktik von größter Bedeutung für die Festigung der Arbeiterpartei und die Erhöhung ihrer Schlagkraft. Dies galt vor allem für eine, besonders unter der Parteiführung schnell um sich greifende Schwankung, die, hätte Engels nicht rechtzeitig gegen sie Front gemacht und sie zerschlagen, der deutschen Arbeiterbewegung außerordentlichen Schaden hätte zufügen können. Das war die Begeisterung für den Privatdozenten und kleinbürgerlichen Ideologen Dühring. Dühring und seine Anhänger, vor allem Most, die sich als besonders „radikal" aufspielten, wandten sich seit Mitte der 70er Jahre offen gegen die Lehren von Marx und Engels, besonders gegen den dialektischen Materialismus und die Lehre des Marxismus von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Immer mehr Führer der damaligen Berliner Parteiorganisation wie Bernstein, Bracke und andere rechte Opportunisten stellten sich auf den Boden der reaktionären, antimarxistischen Auffassungen Dührings. Es gelang Dühring, der manches mit den opportunistischen Auffassungen Lassalles gemeinsam hatte, durch seine Bücher und Vorlesungen vor Arbeitern und Studenten in der sozialdemokratischen Bewegung Popularität, vor allem aber beträchtlichen Einfluß in der Parteiführung zu gewinnen. Selbst August Bebel, und noch stärker Wilhelm Liebknecht, nahmen zunächst die „Theorien"

Dührings positiv auf und erkannten nicht den vulgären Materialismus, den Idealismus und den kleinbürgerlichen Sozialismus in den Schriften Dührings.

Karl Marx und Friedrich Engels wiesen wiederholt mit allem Nachdruck auf die große Gefahr hin, die für die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Auftreten Dührings und der Verbreitung seiner Gedanken verbunden war. Die Zerschlagung der reaktionären Anschauungen Dührings wurde zu einer dringenden ideologisch-politischen Aufgabe, die Friedrich Engels in genialer Weise löste. In den Jahren 1877/1878 veröffentlichte Engels im „Vorwärts", dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, seine berühmte Reihe von Artikeln, in denen er die reaktionären Anschauungen Dührings entlarvte.

Welchen Einfluß die Anhänger Dührings zu dieser Zeit in der Partei hatten und wie notwendig es war, mit solcher Zersetzung der Arbeiterbewegung Schluß zu machen, zeigt der Widerstand, den die Anhänger Dührings der Veröffentlichung der Kampfartikel Engels' entgegensetzten. Die Anhänger Dührings erreichten, daß die Artikel Engels' in immer größeren Abständen erschienen und forderten schließlich, die Veröffentlichung der Fortsetzungen einzustellen. Friedrich Engels sah sich sogar veranlaßt, Liebknecht — der den Einfluß der Anhänger Dührings bei der Hintertreibung der Veröffentlichung der Artikel Engels' leugnete — in einem Ultimatum anzukündigen, er werde bei weiterer Mißhandlung seiner Artikel genötigt, „die ganze Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen". Die Anfälligkeit der besten Führer der damaligen Sozialdemokratie in Deutschland gegenüber den Zersetzungsversuchen Dührings beweist, daß sich die damalige Parteiführung die Lehren Marx' und Engels' noch nicht tiefgründig genug angeeignet hatte und die theoretisch-philosophische Arbeit vom konsequenten Klassenstandpunkt des Proletariats unterschätzte.

Die Fortsetzungen des „Anti-Dühring" wurden von den sozialdemokratischen Arbeitern begeistert aufgenommen. Hierzu hat neben der unerschütterlichen Kraft und Logik der Engelsschen Beweisführung seine, den Kern der Sache treffende, die ganze Scharlatanerie Dührings bloßstellende, kämpferische Polemik in hohem Maße beigetragen. Wie Lenin schrieb, wies Engels nach, daß Dühring

> „... das Wesen der Sache durch Wortschwall verdunkelte, daß er Phrasen drosch, daß er sich einer Betrachtungsweise bediente, die eine Konzession an den Idealismus, den Übergang zur Position des Idealismus zum Ausdruck brachte. Entweder bis zu Ende konsequenter Materialismus oder die Lüge und Konfusion des philosophischen Idealismus — das ist die Fragestellung, wie sie in *jedem Absatz* des „Anti-Dühring" gegeben ist, und die nur Leute mit einem von der reaktionären Professorenphilosophie bereits angefressenen Hirn nicht bemerken konnten." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 329)

So liefen z. B. Dührings verschrobene Vorstellungen von der Unendlichkeit in Raum und Zeit, wie Friedrich Engels zeigte, darauf hinaus, daß die Welt doch irgendwo und irgendwann einen Anfang gehabt haben müsse. Diese von Kant gestohlene und zugleich verballhornte Vorstellung bedeutete nichts anderes, als daß Dühring dem Glauben an den lieben Gott, als dem Urheber des berühmten „ersten Anstoßes", wieder die Hintertür öffnete und damit das Bewußtsein des revolutionären Proletariats wieder religiös zu vernebeln trachtete. Engels wies nach, daß Dühring überhaupt kein Wissenschaftler war,

sondern ein völliger Wirrkopf, der von überall her seine „Wahrheiten letzter Instanz" zusammenstahl, der zugleich alle von ihm bestohlenen Wissenschaftler der Vergangenheit und Gegenwart frech angriff und verleumdete und mit seinen Angriffen auf Marx die Weltanschauung und den revolutionären politischen Kampf des Proletariats zu treffen suchte. Was die „ewigen Prinzipien" Dührings angeht, so bewies Engels, daß die Welt sich nicht nach im Kopf ausgeklügelten Prinzipien richtet, sondern daß Prinzipien nur richtig und für die Veränderung der Welt nutzbar sind, wenn sie aus der exakten Analyse der Welt gewonnen werden.

Mit der Zerschlagung der ideologischen Angriffe Dührings gegen die Partei gab uns Friedrich Engels ein leuchtendes Vorbild der schöpferischen Anwendung der marxistischen Theorie, die er im unversöhnlichen, konsequenten Kampf gegen eine der Arbeiterklasse feindliche Ideologie verteidigte und weiterentwickelte.

*

Im ersten Abschnitt seines Werkes „Anti-Dühring" behandelt Friedrich Engels die Grundprobleme der Philosophie und zeigt die gewaltige theoretische und praktische Bedeutung der von Marx und ihm in der Philosophie vollzogenen Revolution. Mit der zweitausendjährigen Entwicklung der Philosophie und Naturwissenschaft wurde — wie Friedrich Engels schreibt,

> „... auch der Idealismus unhaltbar und negiert durch den modernen Materialismus. Dieser, die Negation der Negation, ist nicht die bloße Wiedereinsetzung des alten, sondern fügt zu den bleibenden Grundlagen desselben noch den ganzen Gedankeninhalt einer zweitausendjährigen Entwicklung der Philosophie und Naturwissenschaft, sowie dieser zweitausendjährigen Geschichte selbst." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 170)

Anhand reichen naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Materials legt Engels die wissenschaftliche Weltanschauung des Proletariats, den dialektischen Materialismus und seine unbesiegbare Lebenskraft dar und weist nach, daß er die höchste Stufe in der Entwicklung des philosophischen Materialismus und damit der Philosophie überhaupt ist. Er legt tiefgründig die materialistische Grundfrage der Philosophie über den primären Charakter der Materie und den sekundären Charakter des Bewußtseins dar und weist nach, daß die Welt materiell und erkennbar ist. Engels gibt die umfassende Definition der Dialektik: sie ist die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens.*) Hierbei gilt es zu beachten, daß diese allgemeinen Gesetze der Natur und Gesellschaft auf den verschiedenen Gebieten der objektiven Welt verschieden, spezifiziert auftreten. Es ist das historische Verdienst Engels', in seinem Werk „Anti-Dühring" die Dialektik als Forschungsmethode auf den verschiedensten Gebieten angewandt und ihre allgemeine Gültigkeit bewiesen zu haben. An zahlreichen naturwissenschaftlichen Beispielen deckt er die Widersprüche in der Wirklichkeit als tiefste Ursache aller Veränderung, Bewegung und Entwicklung sowohl der objektiven Welt als auch des menschlichen Denkens auf und begründet ausführlich das Gesetz des Umschlagens allmählicher quantitativer in qualitative Veränderungen.

---

*) Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 173

Mit der Entdeckung und Entwicklung der Dialektik als der wissenschaftlichen Methode der materialistischen Theorie gaben Marx und Engels dem Proletariat eine mächtige Waffe zur Erkenntnis und revolutionären Umgestaltung der Welt. So sagte Stalin, der die unbesiegbaren Ideen von Marx-Engels-Lenin weiter- und höherentwickelte:

„Wenn die Welt sich in ununterbrochener Bewegung und Entwicklung befindet, wenn das Absterben des Alten und das Heranwachsen des Neuen ein Entwicklungsgesetz ist, so ist es klar, daß es keine ‚unerschütterlichen' gesellschaftlichen Zustände, keine ‚ewigen Prinzipien' des Privateigentums und der Ausbeutung, keine ‚ewigen Ideen' der Unterwerfung der Bauern unter die Gutsbesitzer, der Arbeiter unter die Kapitalisten mehr gibt.

Also kann man die kapitalistische Ordnung durch die sozialistische Ordnung ersetzen, ebenso wie die kapitalistische Ordnung seinerzeit die Feudalordnung ersetzt hat." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 653)

Damit lehren die Klassiker des Marxismus-Leninismus das Proletariat, sich stets auf das Neue, sich Entwickelnde zu orientieren, sich nicht zu scheuen, die Widersprüche aufzudecken und mutig, revolutionär gegen die Ausbeutergesellschaft und gegen alles Alte, Verfaulende in der Gesellschaft zu kämpfen.

Indem Engels die Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft ausdehnt und anwendet, gibt er uns eine systematische, zusammenfassende Darlegung der materialistischen Geschichtsauffassung. Engels weist nach, daß die bisherige Geschichte, mit Ausnahme der Urgemeinschaft, die Geschichte von Klassenkämpfen war und daß die Klassen stets „Erzeugnisse der *ökonomischen* Verhältnisse" der betreffenden Epoche sind. Damit führte Engels einen vernichtenden Schlag gegen jede Form des Idealismus in der Geschichtswissenschaft. Engels stellt fest, daß

„... die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen, sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind". (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 30)

In seinem Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" hat Stalin die Lehre von Basis und Überbau gegen jede Vulgarisierung verteidigt und weiterentwickelt. Stalin betonte, daß, wenn der Überbau von seiner Basis geschaffen wird, er selbst zu einer aktiven Kraft wird, die auf die Basis zurückwirkt und ihr hilft, sich zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Damit gab uns Stalin den entscheidenden Hinweis, alles zu tun, um besonders den wichtigsten Bestandteil unseres neuen Überbaus, unsere Staatsmacht, zu stärken und sie zu befähigen, unsere neue Basis zu festigen und zu entwickeln.

Friedrich Engels arbeitete im „Anti-Dühring" heraus, daß die marxistische Theorie eine zutiefst revolutionäre Theorie ist, die die Welt nicht nur interpretiert, sondern dazu dient, die Welt zu *verändern*. Von dem objektiven Charakter der Gesetze in Natur und Gesellschaft ausgehend, schrieb Engels:

„Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht

mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtung, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittels ihrer unsre Zwecke zu erreichen." (Ebenda, S. 346)

Dies ist auch der Ausgangspunkt zur Bestimmung des marxistischen Freiheitsbegriffes; denn nicht in einer geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit,

„... sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebnen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen". (Ebenda, S. 138)

Damit weisen Marx und Engels der Menschheit den Weg zur bewußten Gestaltung ihres Lebens. Mit dem Sturz der kapitalistischen Ordnung und dem Aufbau des Sozialismus auf dem Wege der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beginnt die eigentliche Geschichte der Menschheit, in der „an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen" tritt.*) In genialer Weiterführung dieser Gedanken lehrt Stalin in seinem letzten Werk, daß die Gesellschaft, wenn sie die ökonomischen Gesetze erkannt hat und sich auf sie stützt, in der Lage ist,

„... sie zu beherrschen und zu lernen, sie mit voller Sachkenntnis anzuwenden, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie sich somit dienstbar zu machen, die Herrschaft über sie zu erlangen". (J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 10)

Friedrich Engels' ausführliche Darlegung der materialistischen Philosophie und die unerbittliche Abrechnung mit dem kleinbürgerlichen Ideologen Dühring ist für unseren Kampf gegen die bürgerliche Ideologie von außerordentlicher Bedeutung. Die Ideologen der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die „Theoretiker" der SPD und des DGB versuchen seit langem, die Lehren von Marx und Engels zu verfälschen, in ihren entscheidenden Teilen zu verschweigen, um die Werktätigen der scharfen Waffe des Marxismus zu berauben. So sagte Erik Nölting, daß die Lehren von Marx „überholt" seien. Erich Ollenhauer erklärte auf der zentralen jugendpolitischen Konferenz der SPD in München: „Der Sozialismus kann und will keine Antwort auf die letzten Fragen nach dem Sinn des Lebens geben".

Damit wenden sich Ollenhauer und seine Komplizen direkt gegen die Grundlagen der Weltanschauung des Proletariats und seiner Partei. Denn für das Proletariat ist die Frage nach dem Sinn des Lebens die Frage, welche Stellung das Proletariat in der Geschichte einnimmt und welche Aufgaben es als Klasse zu lösen hat. Der Versuch, das Proletariat von der Erkenntnis seiner historischen Aufgabe abzubringen, bedeutet jedoch, das Proletariat der bürgerlichen Ideologie auszuliefern. Denn entweder sozialistische Ideologie oder bürgerliche Ideologie — einen Mittelweg gibt es nicht. Auch hier gilt der bedeutsame Hinweis des Genossen Malenkow,

„... daß jede Schwächung des Einflusses der sozialistischen Ideologie eine Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie bedeutet". (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 101)

*) Ebenda, S. 346

Die Bedeutung der konsequenten Verteidigung des dialektischen Materialismus gegen die ideologische Zersetzungsarbeit der bürgerlichen Ideologie zeigt sich z. B. beim Problem der Religion. Engels ging nicht nur der Religion bis zu ihren Entstehungsursachen nach, zeigte nicht nur, warum sie zum Untergang verurteilt sei, sondern gab zugleich schon die Hinweise, wie das Proletariat, vor allem als siegreiche Klasse, sich zu dieser Frage zu verhalten habe.

Schon der geniale französische Naturwissenschaftler Laplace konnte auf eine Frage Napoleons stolz antworten, er bedürfe der Hypothese eines Gottes nicht, um die Entstehung des Sonnensystems zu erklären. Die Naturwissenschaft erbrachte den Beweis, daß heute unser Gedankenbild vom Weltall in seiner Entwicklung absolut keinen Raum weder für einen Schöpfer noch für einen Regierer läßt. Die Marxsche Ökonomie und der dialektische und historische Materialismus vertrieben die Gottesvorstellung aus ihren letzten Schlupfwinkeln, indem sie nachwiesen:

„... wenn die Gesellschaft durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesamten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten werden durch diese von ihnen selbst produzierten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Widerspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr widerzuspiegeln gibt." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 395)

Während also die wissenschaftliche Erkenntnis die Schädlichkeit des Gottesglaubens für den proletarischen Klassenkampf und das schließliche Verschwinden der Gottesvorstellung beweist, so wird doch die Religion in Wahrheit nur verschwinden durch die befreiende gesellschaftliche Tat des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Wir lernen aus dem „Anti-Dühring", daß wir nicht einfach die Religion „von oben wegdekretieren" können, wie das kleinbürgerliche Scheinradikale vom Schlage eines Dühring tun wollten. Unsere Staatsmacht schreitet nur dort ein, wo der Feind die Religion und vor allem religiöse Organisationen ausnützt, um seine verbrecherische Tätigkeit gegen den Frieden zu maskieren. Vor allem aber gilt es, auch die religiös beeinflußten werktätigen Menschen für die *tatsächliche Veränderung* dieser Welt voll in Bewegung zu bringen; denn in der Frage der Einheit und des Friedens, der Entwicklung der Produktivkräfte zur Hebung des materiellen und kulturellen Wohlstands können sie mit dem fortgeschrittenen Proletariat und seiner Partei nur das gleiche Interesse haben. Schließlich gilt es überall, wo dieses Problem propagandistisch aufgeworfen wird und zur Behandlung steht, nicht unkämpferisch zurückzuweichen, sondern offensiv, sachlich und klar die alle Irrlehren widerlegende Überzeugungskraft der marxistisch-leninistischen Theorie zur Wirkung zu bringen.

Auch in dieser, wie in allen anderen Fragen ist uns die Theorie und Taktik der Lenin-Stalinschen Partei, der KPdSU, wegweisendes Vorbild.

*

Im zweiten Abschnitt seines Werkes zeigt Friedrich Engels, daß das „originelle System" der Dühringschen politischen Ökonomie lediglich eine

mechanische Aneinanderreihung von Thesen war, die aus verschiedenen ökonomischen Lehren zusammengeklaubt und von Dühring durch den unwissenschaftlichen Gedanken von der Gewalt als der entscheidenden Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung „befruchtet" wurden. Zugleich aber legt Engels genial die Grundthesen der marxistischen politischen Ökonomie dar und weist die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nach. Dabei hebt er besonders die große historische Bedeutung des Kernstücks der marxistischen politischen Ökonomie, der Lehre vom Mehrwert, hervor, bezeichnet die Mehrwerttheorie von Karl Marx als „das epochemachendste Verdienst des Marxschen Werkes" und sagt von ihr:

> „Sie verbreitet helles Tageslicht über ökonomische Gebiete, wo früher Sozialisten nicht minder als bürgerliche Ökonomen in tiefster Finsternis herumtappten. Von ihr datiert, um sie gruppiert sich der wissenschaftliche Sozialismus." (Ebenda, S. 249)

In diesem Teil des „Anti-Dühring" gibt Engels mit seiner allgemeinverständlichen Behandlung der marxistischen politischen Ökonomie eine großartige Zusammenfassung des Hauptwerkes von Karl Marx „Das Kapital". Schonungslos entlarvt Engels die Behauptung Dührings, der Wert der Waren werde durch den Arbeitslohn bestimmt, als einen Versuch, die kapitalistische Ausbeutung zu vertuschen; denn, würde der Wert der Waren durch den Arbeitslohn bestimmt, dann erhielte

> „. . . jeder Arbeiter *in seinem Lohn den Wert seines Arbeitsprodukts*, dann ist eine Ausbeutung der Klasse der Lohnarbeiter durch die Klasse der Kapitalisten eine Unmöglichkeit". (Ebenda, S. 238)

Im Kampf gegen diese unwissenschaftliche, reaktionäre Behauptung legt Engels die marxistische Wert- und Mehrwerttheorie dar und beweist, daß der Wert der Waren in Wirklichkeit durch die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt wird. Der Mehrwert ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem durch den Arbeiter im Arbeitsprozeß geschaffenen Werte. Engels zeigt, wie der Mehrwert im Produktionsprozeß durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse entsteht und in welcher Form er durch die Ausbeuter angeeignet wird, nämlich als Profit, Rente und Zins.

Engels entlarvt Dühring als einen Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft, der die Wirtschaftskrisen als gelegentliche Abweichungen vom „Normalzustand" hinstellte und sie aus der für alle Ausbeutergesellschaften charakteristischen Tatsache der Unterkonsumtion der Massen, nicht aber als die nur der kapitalistischen Gesellschaft eigene Erscheinung der Überproduktion erklärte. Engels wies nach, daß die Krisen ein unumgänglicher Bestandteil des Entwicklungsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft und gleichzeitig ein Merkmal ihres unvermeidlichen Untergangs sind.

Krampfhaft bemühen sich heute die rechtssozialistischen Lakaien der Bourgeoisie, den Sieg des Marxismus aufzuhalten, indem sie, wie seinerzeit Dühring, der Arbeiterklasse einzureden versuchen, die Krisen seien zufällige Erscheinungen und die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, erübrige sich heute, da die Arbeiter selbst mehr und mehr zum „Teilhaber und Rückeroberer des Mehrwerts", also zu Kapitalisten, geworden sind. Abgesehen

davon, daß z. B. Marbach, einer der heutigen SPD-„Theoretiker", hiermit seine Unkenntnis der Marxschen Mehrwerttheorie zum Ausdruck gebracht hat — denn Mehrwert ist nichts anderes als *unbezahlte* Arbeit —, so hat doch diese „Theorie" noch einen Haken, nämlich den, daß die Arbeiter die kapitalistische Wirklichkeit kennen, die anders aussieht als von Herrn Marbach geschildert. Diese Wirklichkeit sieht so aus, daß in den kapitalistischen Ländern der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen ständig sinkt, daß z. B. in Westdeutschland etwa 90 Prozent der Arbeiter und Angestellten weniger als das Existenzminimum erhalten.

So wenig, wie die rechten Führer der Sozialdemokratie, die Handlanger der Bourgeoisie, die Streiks und Kämpfe für Lohn- und Gehaltserhöhung verhindern können, so wenig können sie auch verhindern, daß die werktätigen Massen in ständig zunehmendem Maße durch die Lehren von Marx-Engels-Lenin-Stalin mobilisiert werden zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Von aktueller Bedeutung für unseren gegenwärtigen ökonomischen Kampf in der Deutschen Demokratischen Republik sind die Ausführungen Friedrich Engels' in dem Kapitel „Moral und Recht" über die proletarische Gleichheitsforderung. Noch immer sind in Industrie und Landwirtschaft wie im Staats- und Wirtschaftsapparat Tendenzen der Gleichmacherei in der Entlohnung nicht überwunden. Das äußert sich vor allem darin, daß einzelne Werktätige oder ganze Gruppen Werktätiger ungerechtfertigt in zu niedrige Lohngruppen oder auch in zu hohe Lohngruppen eingestuft sind. Noch immer gibt es bei uns Menschen, die die Auffassung vertreten, daß im Sozialismus alle Unterschiede in der Entlohnung verschwinden würden. Ja, es ist sogar keine Seltenheit, daß Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben diesen gleichmacherischen Tendenzen nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegentreten. Worin sind die Ursachen dieser Erscheinungen zu suchen? Sie liegen in den meisten Fällen in einer noch nicht überwundenen kapitalistischen Denkweise. Auf die schreienden Gegensätze in der kapitalistischen Welt zwischen Arm und Reich, Verhungernden und Prassern, ist die Forderung nach Gleichheit

„... die naturwüchsige Reaktion gegen die schreienden sozialen Ungleichheiten, ... als solche ist sie einfach Ausdruck des revolutionären Instinkts, und findet darin, und auch nur darin, ihre Rechtfertigung". (Ebenda, S. 129)

Mit der Vernichtung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung treten jedoch die Menschen in völlig neue, sozialistische Verhältnisse, in neue Beziehungen zueinander. Es gibt keine Proletarier mehr, die die „Freiheit" haben, unter Brückenbögen zu nächtigen und zu verhungern. Für die Entlohnung der Werktätigen gilt das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Das muß allen Werktätigen klar vor Augen geführt werden; denn dieses Prinzip gilt auch bereits in der Deutschen Demokratischen Republik. Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse, vor allem unsere Agitatoren und die Gewerkschaftsfunktionäre müssen ihnen bei der Überwindung der Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein helfen und jedes Eindringen des Klassengegners, der mit der „Theorie" der Gleichmacherei oft günstigen Boden findet, anprangern. Hierbei gibt uns Friedrich Engels eine scharfe Waffe auch gegen alle diejenigen, die demagogisch behaupten, daß die proletarische Gleich-

heitsforderung auf Gleichmacherei hinauslaufe. Der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung — so lehrt Engels — ist

„. . . die Forderung der *Abschaffung der Klassen.* Jede Gleichheitsforderung, die darüber hinausgeht, verläuft notwendig ins Absurde." (Ebenda, S. 129)

Die reiche Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, wo die starke Differenzierung der Entlohnung nach der Leistung zu einem der wichtigsten Hebel der materiellen und geistigen Entwicklung der Gesellschaft geworden ist, muß für unsere Entwicklung voll ausgenutzt werden.

*

Im dritten Abschnitt seines Werkes „Anti-Dühring" zeigt Friedrich Engels eingangs die historische Rolle und Begrenztheit des utopischen Sozialismus und legt den grundlegenden Unterschied zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und dem utopischen Sozialismus dar. Der wissenschaftliche Sozialismus sieht in dem Proletariat die entscheidende Kraft, die mit historischer Notwendigkeit die kapitalistische Ordnung stürzt und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Indem Friedrich Engels die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, vor allem ihren Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignungsweise der Produkte aufdeckt, weist er nach, daß der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus unvermeidlich, historisch notwendig sind. Das Proletariat wird die kapitalistische Ausbeuterherrschaft auf revolutionärem Wege stürzen, die politische Macht ergreifen und die sozialistische Gesellschaftsordnung errichten.

Für die Verwirklichung dieser historischen Aufgabe des Proletariats ist die marxistische Lehre vom Staat von entscheidender Bedeutung. Marx und Engels lehren, daß der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, daß er ein Organ der Klassenherrschaft ist. Der kapitalistische Staat ist ein Herrschaftsinstrument in den Händen der Bourgeoisie zur Unterdrückung der ausgebeuteten Massen, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Wie Friedrich Engels schreibt, ist

„... der moderne Staat ... die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist." (Ebenda, S. 345)

Besonders nach ihrem gründlichen Studium der Pariser Kommune kamen Marx und Engels zu der Schlußfolgerung, daß nicht wie in der bisherigen Geschichte die Staatsmaschinerie von der aufkommenden Klasse übernommen werden kann, sondern daß sie von der proletarischen Revolution zerbrochen werden muß. Der Sturz der Bourgeoisie und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats sind nicht möglich ohne Anwendung von Gewalt durch die übergroße Mehrheit des Volkes gegen eine verschwindende Minderheit und ihre Söldlinge. Denn diese kleine, reaktionäre Minderheit versucht, sich der geschichtlichen Entwicklung entgegenzustemmen, ihre Macht mit allen Mitteln aufrechtzuer-

halten und schreckt vor blutigem Terror und Verbrechen nicht zurück. Das zeigt uns das Regime der Knechtung und des Terrors in den kapitalistischen und kolonialen Ländern. Die zum Untergang verurteilten Kräfte der Gesellschaft wenden die Gewalt — wie die terroristischen Herrschaftsmethoden des Adenauer-Regimes zeigen — zur Erhaltung ihrer politischen und ökonomischen Machtpositionen an.

Demgegenüber kommt der Gewalt im Dienste der fortschrittlichen Klassen eine bedeutende, dem Neuen zum Durchbruch verhelfende Rolle zu. Wie Engels, sich auf Marx beziehend, im „Anti-Dühring" schreibt, ist die Gewalt

> „... die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, ... die mit einer neuen schwanger geht", sie ist das „... Werkzeug, ... womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht". (Ebenda, S. 225)

Der zentrale Gedanke der revolutionären Zerbrechung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, den Marx und Engels in vielen ihrer Arbeiten und Briefe eindeutig formulierten, wurde in den folgenden Jahrzehnten von den ideologischen Lakaien der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung gefälscht. Lenin stellte vor allem in seinem Werk „Staat und Revolution" die marxistische Staatstheorie in ihrer Reinheit wieder her und entwickelte sie in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution weiter.

In dem Maße, wie die Diktatur des Proletariats in immer weiteren Teilen der Erde ihre weltverändernde Kraft erweist, werden die Angriffe der ideologischen Lakaien der Bourgeoisie gegen das Herzstück der marxistischen Staatstheorie immer wütender und verzweifelter. So schwätzen die Ollenhauer, Carlo Schmid und Konsorten vom „friedlichen Hineinwachsen" in den Sozialismus, vom Staat, der angeblich über den Klassen stehe. Sie spiegeln dem Proletariat vor, es könne mittels einer „Wirtschaftsdemokratie" Einfluß auf den bürgerlichen Staat gewinnen und schließlich mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates den Sozialismus errichten. Diese Bestrebungen der Arbeiterverräter sind darauf gerichtet, das Proletariat nicht nur ideologisch dem Monopolkapitalismus auszuliefern, sondern auch seine Organisationen dem reaktionären, monopolkapitalistischen Überbau einzugliedern und so das Proletariat für die imperialistischen Kriegspläne willfährig zu machen.

Von größter Bedeutung ist die Weiterentwicklung der marxistischen Lehre vom Staat durch Stalin. Auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B) begründete er das Fortbestehen des sozialistischen Staates unter den Bedingungen der kapitalistischen Umwelt, zeigte die einzelnen Phasen in der Entwicklung des Sowjetstaates und wies hierbei auf die zunehmende Bedeutung der Organisierung der Wirtschaft durch den sozialistischen Staat, besonders in der Periode nach der Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, hin. Die Sowjetunion konnte ihren beispiellosen Aufstieg nehmen, weil die Partei Lenins und Stalins — unter der Bedingung, daß in der Mehrzahl der anderen Länder der Kapitalismus herrscht — der Festigung und Entwicklung der Staatsmacht, des Sowjetstaates, stets größtes Augenmerk zuwandte. Dies gilt sowohl für die Festigung seiner Straf- und Abwehrorgane, für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft des Sowjetlandes gegen imperialistische

Überfälle wie auch für die ständige Verstärkung der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Arbeit des Sowjetstaates.

Auf diese wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion des sozialistischen Staates wies Engels schon im „Anti-Dühring" hin. Er ging von der These aus:

„*Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.*" (Ebenda, S. 344)

Die Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum kann zunächst gar keinen anderen Weg als den der Verwandlung in Staatseigentum gehen; denn — wie Engels ausführlich an Hand der Entwicklungstendenz der großen vergesellschafteten Produktionsmittel bereits im vormonopolistischen Kapitalismus zeigt — drängen die vergesellschafteten Produktionsmittel auf die Verwandlung in Staatseigentum. Solange der Staat, die organisierte politische Gewalt des Proletariats, besteht, ist deshalb „die Überführung in staatliches Eigentum unbedingt die verständlichste, die Anfangsform der Nationalisierung".*) Während der Staat in der antagonistischen Klassengesellschaft ein Organ in den Händen der jeweils herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung der äußeren Produktionsbedingungen war und vor allem der gewaltsamen Unterdrückung der Ausgebeuteten diente, tritt — wie Engels genial voraussagte — beim sozialistischen Staat in zunehmendem Maße

„... an die Stelle der Regierung über Personen ... die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen." (Ebenda, S. 348)

Diese Feststellung Friedrich Engels' führt auch zu wichtigen Schlußfolgerungen für die Tätigkeit unseres Staates. Eine wichtige Folgerung für uns ist die, alles zu tun, damit unser Staat seine aktive, mobilisierende Rolle auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vollauf verwirklichen kann. Das erfordert, daß mit der weiteren Demokratisierung unseres Staatsapparates, mit der weiteren Heranführung der Werktätigen an die Lösung staatlicher Aufgaben zugleich eine ständige fachliche Qualifizierung vor allem der Partei- und Staatsfunktionäre erfolgen muß. Friedrich Engels lehrt, daß die Menschen nur darum den Gesetzen, die in der Ausbeutergesellschaft ihr Handeln beherrschten, nicht mehr fremd und machtlos gegenüberstehen, weil sie diese *mit voller Sachkenntnis* anwenden, d. h. ausnutzen, und damit beherrschen. Hierbei hilft uns in hervorragendem Maße die fortgeschrittenste Wissenschaft — die Sowjetwissenschaft.

☆

Das geniale Werk Friedrich Engels' „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" zählt zu den klassischen Hauptwerken des Marxismus. Als eines der Handbücher jedes klassenbewußten Arbeiters besitzt es nach wie vor eine große internationale Bedeutung für den revolutionären Kampf des Proletariats und aller fortschrittlichen Kräfte der Menschheit. Der große Stalin hat in vielen seiner Werke, wie gerade auch in seinem letzten Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", immer wieder auf Engels „Anti-Dühring" zurückgegriffen. Es entspricht der großen aktuellen Bedeutung dieses Werkes, wenn es heute in der Sowjetunion in dutzenden Sprachen der Völker der UdSSR und in weit über 1,5 Millionen Exemplaren

---

*) Siehe J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 88

erschienen ist. Mit großem Eifer studieren die Sowjetmenschen dieses Werk Friedrich Engels', welches ihnen bedeutsame marxistische Erkenntnisse und Grundlagen für die Vollbringung ihrer welthistorischen Taten beim Aufbau des Kommunismus vermittelt.

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo wir begonnen haben, die unsterbliche Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin in die Tat umzusetzen, ist Friedrich Engels' Werk „Anti-Dühring" bereits in 120 000 Exemplaren erschienen. Es kommt jetzt darauf an — besonders im Karl-Marx-Jahr 1953 — dafür zu sorgen, daß dieses geniale Werk des wissenschaftlichen Sozialismus gründlich und systematisch studiert wird, damit uns die große Kraft dieses Werkes zu neuen Taten befähigt.

Gerhard Rolack

Die Lage in Westdeutschland nach der Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris

Am 19. März 1953 hat Adenauer durch eine reaktionäre Bundestagsmehrheit die Kriegsverträge von Bonn und Paris gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands durchpeitschen lassen. Die Annahme der Kriegsverträge erfolgte in einer Situation, in der die neuen Friedensvorschläge der Sowjetunion, der Volksrepublik China und der Volksrepublik Korea die Völker mit der Hoffnung auf eine Entspannung der ernsten internationalen Lage und das deutsche Volk mit der berechtigten Hoffnung auf baldige Verständigung der Großmächte zur friedlichen Lösung der deutschen Frage erfüllen. Die Annahme der Schandverträge durch das Bonner Parlament verschärft die politische Lage in Westdeutschland, vertieft die Spaltung unseres Vaterlandes und erhöht die Gefahr eines neuen Krieges. Die antinationale, volksfeindliche Adenauer-Clique beabsichtigt, mit der Annahme und Durchführung der Kriegsverträge die Verständigung der Deutschen untereinander zu verhindern und versucht, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich zu machen.

Diese schändlichen Absichten der deutschen Imperialisten wurden unmittelbar nach der Annahme der Kriegsverträge durch die Erklärungen Adenauers in den USA bestätigt, wo er mit zynischer Offenheit zum Ausdruck brachte, daß er sich durch nichts von der Durchführung der Kriegsverträge abhalten lasse.

Die Annahme der Kriegsverträge von Bonn und Paris erfolgte auf den unmittelbaren Druck des amerikanischen Außenministers J. F. Dulles. Im Februar dieses Jahres stellte dieser auf seiner Europareise an Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg und Westdeutschland die ultimative Forderung, so schnell wie möglich, spätestens innerhalb von 75 Tagen, den Vertrag zur Schaffung der aggressiven „Europa"-Armee zu ratifizieren.

Dieser provokatorischen Forderung sind bis heute nur die deutschen Imperialisten mit der Adenauer-Regierung und ihrer willfährigen Bundestagsmehrheit gefolgt. Durch die Ratifizierung hofft das Adenauer-Regime seine Positionen sowohl innen- als auch außenpolitisch zu festigen. Die Annahme der Kriegsverträge hat jedoch im Gegenteil zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten und zur Zuspitzung der Gegensätze innerhalb Westdeutschlands geführt. Immer offener tritt die Absicht der deutschen Imperialisten zutage, ihre vorherrschende Rolle in der westeuropäischen Kriegsgemeinschaft durchzusetzen, und sich zu diesem Zweck eine *eigene* imperialistische Armee und Rüstungsindustrie zu schaffen. Das wollen sie mit Hilfe des USA-Imperialismus durch die schnelle Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris erreichen. Die Reise Adenauers in die USA und seine Verhandlungen dort haben diese Absichten der westdeutschen Monopolbourgeoisie und ihrer Parteien bekräftigt.

Diese Politik des amerikanischen und deutschen Imperialismus führt zu einem ständigen Anwachsen der Widersprüche zu den englischen und französischen Imperialisten, die immer klarer erkennen, daß „die Führung bei der Vereinigung Westeuropas ... in die Hände der Deutschen übergeht", wie es in der amerikanischen Zeitung „New York Times" anläßlich der Annahme der Kriegsverträge festgestellt wurde.

Die englischen und französischen Imperialisten sind jedoch nicht gewillt, sich mit dieser Lage abzufinden.

Davon zeugt die Erklärung Churchills, daß Großbritannien sich nicht in ein „föderatives europäisches System" eingliedern werde. Davon zeugt auch die

von ihm im Unterhaus erhobene Forderung auf baldige Einberufung einer Konferenz der Großmächte „auf höchster Ebene". Die französischen Imperialisten, die selbst am Vertrag über die aggressive „Europa"-Armee beteiligt sind, haben weder den von Dulles gestellten Termin eingehalten noch besteht Aussicht, daß der Vertrag in Frankreich in absehbarer Zeit ratifiziert wird.

Der zunehmende Kapitalexport und das fortschreitende Eindringen der deutschen Monopole, hinter denen in vielen Fällen die amerikanischen Imperialisten stehen, in die Einflußsphäre des englischen und französischen Imperialismus stößt schon seit längerer Zeit auf heftigen Widerstand. Bei der Schaffung der Montanunion zeigten sich äußerst heftige Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. Diese Widersprüche, die bei der praktischen Durchführung der Vereinbarungen über die Montanunion, z. B. bei der Schaffung eines gemeinsamen Kohlen- und eines gemeinsamen Stahlmarktes, immer wieder auftreten, werden durch den Vertrag über die aggressive „Europa"-Armee auf eine höhere Stufe gehoben. Die französischen und englischen Imperialisten verstehen sehr wohl, daß die Wiedergeburt des aggressiven deutschen Militarismus zu dem ökonomischen und politischen Druck des deutschen Imperialismus nun auch den militärischen Druck hinzufügen wird.

Die deutschen Imperialisten wollen mit Hilfe der Kriegsverträge von Bonn und Paris den aggressiven deutschen Militarismus wieder errichten, die militärische Macht, die sie für die Durchführung ihrer Revanchepläne benötigen.

Für das deutsche Volk bedeuten diese Pläne die Vertiefung der Spaltung Deutschlands, die Verhinderung des vom ganzen deutschen Volk herbeigesehnten Friedensvertrages und die Auslieferung Westdeutschlands als Aufmarschbasis für den geplanten amerikanischen Krieg, nationale Versklavung und Söldnerdienste der deutschen Jugend für die amerikanischen und deutschen Imperialisten. Die Annahme der Kriegsverträge durch die reaktionäre amerikahörige Bundestagsmehrheit war deshalb der größte nationale Verrat der deutschen Bourgeoisie in der Geschichte Deutschlands. Die Feststellung Stalins auf dem XIX. Parteitag der KPdSU trifft für die deutsche Bourgeoisie voll und ganz zu:

> „Jetzt ist vom ‚nationalen Prinzip' auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars." (J. Stalin, „Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 13)

Das politische Kräfteverhältnis zwischen dem volksfeindlichen Adenauer-Regime und den patriotischen Kräften der westdeutschen Bevölkerung verändert sich seit der Unterzeichnung der Kriegsverträge von Bonn und Paris durch die Adenauer-Regierung in beschleunigtem Tempo zugunsten der patriotischen Kräfte Westdeutschlands. Das Adenauer-Regime vollzieht zur Durchführung der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus und der westdeutschen Monopolherren eine immer stärkere Konzentration der imperialistischen, revanchelüsternen, reaktionären und faschistischen Kräfte und geht in steigendem Maße zu faschistischen Herrschaftsmethoden und Terrormaßnahmen gegen die friedliebenden, patriotischen und demokratischen Kräfte der westdeutschen Bevölkerung über.

Demgegenüber werden die wachsende Volksbewegung gegen die Durchführung der Kriegsverträge und die sich ständig steigernden sozialen Kämpfe der Werktätigen bewußter und entschlossener und führen zur weitgehenden Sammlung aller patriotischen Schichten.

Die unmittelbaren Folgen der Kriegsverträge, der Politik der Kriegsvorbereitung, zeigen sich in der ständig zunehmenden Verelendung breitester Kreise der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Infolge des raschen Steigens der Preise und Steuern sinkt der Reallohn immer mehr. Die Zahl der Vollarbeitslosen und Kurzarbeiter beträgt fast 3 Millionen. Die Bauern leiden nicht nur unter den steigenden Steuern und Preisen für Industriewaren, sondern auch unter der Beschlagnahme von hunderttausenden Hektar Bauernlandes für Kriegszwecke, und der Vernichtung von Ernten durch Kriegsübungen.

Die Handwerker, Geschäftsleute und die Mehrheit der selbständigen Unternehmer, die mit der deutschen Friedenswirtschaft verbunden sind, werden infolge der Militarisierung der Volkswirtschaft ruiniert. Auch die soziale Lage der Intelligenz verschlechtert sich ständig. Sie hat keine Perspektive und leidet besonders unter der zutiefst kulturfeindlichen Politik des Adenauer-Regimes.

Eine andere Seite der Kriegsvorbereitungen ist die zunehmende Faschisierung des gesamten öffentlichen Lebens in Westdeutschland. Stalin wies bereits auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B) auf den untrennbaren Zusammenhang der Politik der Kriegsvorbereitung und der Faschisierung hin:

> „Zur Kriegführung genügt nicht das Wachstum der Rüstungen, genügt nicht die Organisierung neuer Koalitionen. Dazu bedarf es noch der Stärkung des Hinterlands in den Ländern des Kapitalismus. Kein einziges kapitalistisches Land kann einen ernsten Krieg führen, ohne vorher sein eigenes Hinterland gestärkt, ohne die ‚eigenen' Arbeiter gezügelt, ohne die ‚eigenen' Kolonien gezügelt zu haben. Daher die allmähliche Faschisierung der Politik der bürgerlichen Regierungen." (J. Stalin, Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 244)

Dieser Prozeß der Faschisierung ist gekennzeichnet durch einen sich ständig verschärfenden Terror gegen alle friedliebenden und patriotischen Deutschen, der sich nach der Annahme der Kriegsverträge noch hemmungsloser austobt, und durch die Beseitigung aller bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. Der faschistische Terror richtet sich besonders gegen die führende Kraft des patriotischen Kampfes, gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, was besonders in der Absicht des Adenauer-Regimes zum Ausdruck kommt, die KPD zu verbieten. Rechtswidrige Verfolgungen von Funktionären demokratischer Organisationen sind an der Tagesordnung, wobei häufig selbst die Immunität von Abgeordneten mißachtet wird. So wurde am 5. Oktober 1952 das Mitglied des Präsidiums des „Rates der Deutschen Sammlung", Oskar Neumann, auf einer Kundgebung in Duisburg verhaftet, wo er und Altreichskanzler Dr. Wirth, der jetzige Vorsitzende des Bundes der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit gesprochen hatten. Unter völliger Mißachtung seiner Immunität wurde der Landtagsabgeordnete Jupp Angenforth in Duisburg von der Lehr-Soldateska auf offener Straße verhaftet und verschleppt. Demokratische Organisationen, wie die Freie Deutsche Jugend, der Rat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sind verboten

worden. Aufrechte Sozialdemokraten, wie die Funktionäre der Sozialdemokratischen Aktion werden verhaftet, der Bonner Justizminister Dehler erklärt die Gewerkschaften für zuchthausreif. Selbst solche Geschäftsleute, die am Ost-West-Handel interessiert sind, und ein so geachteter deutscher Sportler wie Manfred von Brauchitsch wurden verhaftet, und mußten unter dem Druck der Öffentlichkeit und wegen der Haltlosigkeit der Anklage wieder freigelassen werden. Das alles zeigt, wie berechtigt die Worte des Generalsekretärs des Zentralkomitees unserer Partei, des Genossen Walter Ulbricht sind, daß in Westdeutschland eine „bedrückende Atmosphäre halbfaschistischer Zustände" herrscht.

Das wesentliche Merkmal des Faschisierungsprozesses ist die Konzentration aller faschistischen Kräfte um das Adenauer-Regime. In ständig zunehmendem Maße werden die wichtigsten Positionen im Bonner Staatsapparat, in der Polizei, in der Justiz, in der Verwaltung mit den alten faschistischen und militaristischen Kräften besetzt. Das Bonner Auswärtige Amt, das die Fäden der Adenauerschen Kriegspolitik spinnt, ist zu einer Hochburg der Mitarbeiter des Ribbentrop'schen Außenministeriums gemacht worden. Die Hitlerschen Henker und Kriegsverbrecher wurden und werden aus der Haft entlassen, damit sie die ihnen zugedachten Aufgaben bei der Vorbereitung des amerikanischen Krieges übernehmen können. In den wiedergegründeten alten faschistischen und militaristischen Organisationen schafft sich das Adenauer-Regime zusätzliche Instrumente zur Niederhaltung des Volkswiderstandes gegen seine landes- und volksverräterische Politik. Das findet seinen Ausdruck in der Zulassung des „Stahlhelmbundes", dessen Vorsitzender der Massenmörder Kesselring wurde, der verschiedenen Soldatenverbände, der Förderung des Kyffhäuser-Bundes und solcher faschistischer Terrororganisationen wie des BDJ.

Der gleiche Faschisierungsprozeß vollzieht sich auch in den Bonner Regierungsparteien, deren Politik von den führenden monopolkapitalistischen Gruppen der deutschen Bourgeoisie bestimmt wird. An der Spitze der Parteien der Bonner Regierungkoalition, vor allem der CDU und FDP, stehen führende Monopolkapitalisten, wie Adenauer, Pferdmenges, Henle, Reusch, Pünder, alle mehrfache Aufsichtsratsvorsitzende und Mitglieder von Aufsichtsräten. Pferdmenges hat enge Beziehungen zu Schacht und den Kreisen der Schachtbank. Fast alle waren sie Wegbereiter und Geldgeber des Hitlerfaschismus und haben eine führende Rolle in der Wirtschaft Nazideutschlands gespielt. In all diesen Parteien gewinnt, besonders in den letzten Monaten, der Flügel der offen faschistischen Elemente immer mehr die Oberhand.

Der wachsende Terror der Adenauer-Regierung konnte das Wachsen des Widerstandes der westdeutschen Bevölkerung gegen das Adenauer-Regime nicht verhindern. In Demonstrationen und Kundgebungen protestierten die patriotischen Kräfte gegen die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung. Sie erreichten dadurch eine mehr als einjährige Verzögerung der Ratifizierung der Kriegsverträge und brachten den Zeitplan der amerikanischen und deutschen Imperialisten durcheinander. Anläßlich der Lesungen der Kriegsverträge wurden Zehntausende von Briefen gegen die Ratifizierung an den Bundestag und an die Abgeordneten gerichtet. Die Protestdelegationen aus Betrieben, Wohngebieten, Organisationen usw. bevölkerten in den Tagen der Debatten in Bonn die Stadt. Gerade der Verlauf der 3. Lesung der Kriegsverträge von Bonn und Paris, die nur geschützt durch bewaffnete Einheiten

und hinter Stacheldraht und Wasserwerfern durchgeführt werden konnte, hat gezeigt, welches Ausmaß die Kampfbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung gegen die Kriegspolitik bereits angenommen hat.

Das Verhalten der SPD-Führer zu den Kriegsverträgen von Bonn und Paris begünstigt die Politik Adenauers. Insbesondere das Auftreten der sozialdemokratischen Minister in der Länder-Regierung Baden-Württemberg hat bei vielen Anhängern der SPD und in anderen oppositionellen Kreisen Empörung hervorgerufen und die Erkenntnis reifen lassen, daß ein anderer Weg gegangen werden muß. Diese Erkenntnis spiegelt sich wider in den jüngsten Vorschlägen Ollenhauers zur Herbeiführung einer Viermächte-Konferenz und zur Notwendigkeit von deutschen Vorschlägen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. So inkonsequent auch die Haltung der SPD-Führer sein mag, so sehr kommt doch in diesen Vorschlägen der ehrliche Wille der Anhänger der SPD nach Frieden und nationaler Einheit zum Ausdruck. Daher besteht die große Aufgabe aller oppositionellen Kräfte darin, nicht gegeneinander zu kämpfen, sondern miteinander und in gemeinsamen Anstrengungen die Politik der Adenauer-Regierung zunichtezumachen.

In die Volksentscheidung gegen die Kriegsverträge wurden mehr als 15 Millionen Menschen einbezogen. Immer machtvoller fordert die friedliebende Bevölkerung in Westdeutschland die Verständigung der Deutschen untereinander zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen. Die Losungen „Friedensvertrag statt Generalvertrag", „Generalvertrag bedeutet Krieg", „Generalvertrag bedeutet Vertiefung der Spaltung Deutschlands, neuen Militarismus und Faschismus", dringen stärker in die Massen ein, weil sie den Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Die ständig wachsende Widerstandsbewegung der westdeutschen Bevölkerung bringt die fortschreitende Isolierung des Adenauer-Regimes zum Ausdruck. Seine antinationale und volksfeindliche Politik hat das Adenauer-Regime in diese Krise geführt. Selbst viele Anhänger der Bonner Regierungsparteien, unter denen sich katholische Arbeiter, werktätige Bauern, Handwerker, kleine Geschäftsleute und Intellektuelle befinden, sind heute keine zuverlässige Stütze mehr für das Adenauer-Regime. Sie leiden unter den Folgen der Kriegspolitik und es entwickelt sich ein wachsender Haß gegen die imperialistischen Besatzungsmächte und gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Bonner Regierung. Unter vielen Anhängern dieser Parteien reift die Erkenntnis über den antinationalen Charakter der Bonner Regierung. Innerhalb der Regierungsparteien werden Gegensätze zwischen den Mitgliedern dieser Parteien und deren Führungen immer offensichtlicher. Großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung wird der Zusammenhang zwischen der Kriegspolitik des Adenauer-Regimes und den Angriffen auf die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, insbesondere aber auf die Lebensbedingungen der Massen immer klarer. Die patriotischen Kräfte, die sich auf breitester Grundlage, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und ihrer Weltanschauung im Kampf gegen die antinationale Politik des Adenauer-Regimes vereinigen und die Schaffung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung als Voraussetzung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands anstreben, werden aktiver und drängen in steigendem Maße zum festeren Zusammenschluß. Die Bildung der Deutschen Samm-

lung, die sich im Rat der Deutschen Sammlung ein Führungsorgan mit einem kämpferischen Programm geschaffen hatte, entsprach diesem Willen der patriotischen Kräfte nach engerem Zusammenschluß.

Die führenden Vertreter der Deutschen Sammlung, die Herren Dr. Wirth und Elfes, haben sich durch ihren Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und gegen die Kriegsverträge und die Remilitarisierung Westdeutschlands immer größere Autorität sowohl unter den Volksmassen in Westdeutschland als auch bei den Nachbarvölkern erworben. Das kommt in ihrer Reise nach Paris, wo sie mit führenden Politikern Frankreichs Verhandlungen führten, ebenso zum Ausdruck, wie in dem Antwortschreiben des Vertreters der französischen Besatzungsmacht in Westdeutschland, sowie des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Armeegeneral Tschuikow, auf die Vorschläge des Rates der Deutschen Sammlung für die Einberufung einer Viermächte-Konferenz über einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Die am 10. Mai 1953 auf Initiative des Rates der Deutschen Sammlung erfolgte Gründung des Bundes der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit ist ein weiterer Schritt zur stärkeren Organisiertheit der patriotischen Bewegung in Westdeutschland. Der Bund der Deutschen wird neben dem außerparlamentarischen Kampf nunmehr den Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung auch parlamentarisch zur Geltung bringen. Zu diesem Zweck wird der Bund der Deutschen sich an den kommenden Bundestagswahlen beteiligen und alle Schichten der Bevölkerung zum Kampf um die Verwirklichung der Ziele des Bundes sammeln. In der Proklamation des Bundes der Deutschen heißt es:

„Der Bund der Deutschen tritt vor das Volk als der machtvolle Zusammenschluß aller Deutschen ohne Unterschied der Herkunft, des Berufs, des Glaubens und der Parteirichtung, die entschlossen sind, der Würdelosigkeit der undemokratischen Adenauer-Regierung, die die Interessen des Volkes der amerikanischen Gewaltpolitik unterordnet, ein Ende zu setzen und sie durch eine aufrichtige, starke Regierung verantwortungsbewußter, nationalgesinnter Deutscher zu ersetzen." („Neues Deutschland" vom 13. Mai 1953)

Die Stärke des Bundes der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit beruht darin, daß er den Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie deren Bereitschaft zum Kampf gegen das Adenauer-Regime zum Ausdruck bringt. Sie liegt im Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte, vom Arbeiter in den Betrieben bis zu den patriotischen Kreisen des mittleren Bürgertums.

Die Arbeiterklasse als fortschrittlichste Klasse hat die führende Rolle im nationalen Befreiungskampf in Westdeutschland und ist die entscheidende Kraft in der patriotischen Bewegung. Die weitere Stärkung der patriotischen Bewegung und der Erfolg ihres Kampfes hängen entscheidend von der Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ab.

Das Anwachsen der sozialen Kämpfe in der jüngsten Zeit ist ein Ausdruck der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen die immer schneller fortschreitende absolute Verelendung breiter Volksschichten, die eine unmittelbare Folge der Kriegspolitik des Adenauer-Regimes ist. In fast

allen Industriezweigen fordern die Arbeiter höhere Löhne. Kennzeichnend für den wachsenden Kampfwillen der Arbeiter gegen die verschärfte Ausbeutung ist die Tatsache, daß sich in allen durchgeführten Urabstimmungen der letzten Zeit mehr als 90 Prozent der Arbeiter für die Durchführung von Streiks entschieden. Bei den Streikkämpfen der Textilarbeiter, die in einer Reihe von Orten unter Führung von fortschrittlichen Kollegen standen, zeigte sich die Entwicklung neuer Formen der Streikorganisation und der Kampfmethoden. So wurden zahlreiche Kampfbewegungen durch Sitzstreiks von Abteilung zu Abteilung eingeleitet, ein kämpferischer Streikschutz organisiert, den Polizeiorganen und ihren Maßnahmen wurde aktiver Widerstand entgegengesetzt. Streikbrecherarbeit und der An- und Abtransport von Material wurde verhindert. Diese Streiks erhalten ihren politischen Inhalt dadurch, daß der Kampf für die sozialen Interessen der Arbeiter, die durch die Kriegsvorbereitungen bedroht sind, sich unmittelbar gegen die Kriegsvorbereitungen richtet. Ihre besondere Bedeutung erhalten diese sozialen Kämpfe dadurch, daß das Adenauer-Regime angesichts der Annahme der Kriegsverträge und der verstärkten Kriegsvorbereitung daran interessiert ist, den Widerstand der Werktätigen gegen die Verelendungspolitik, die fortschreitende Faschisierung und Kriegsvorbereitung mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Die rechten Gewerkschaftsführer, die Lakaien des amerikanischen und deutschen Imperialismus, versuchen deshalb insbesondere in den kriegswichtigen Industriezweigen, jede Aktion der Arbeiter zu verhindern. Dabei wenden sie äußerst demagogische Manöver an, die von großen Teilen der Arbeiterschaft bisher nur ungenügend durchschaut wurden. Dort, wo die rechten Führer des DGB die Kämpfe der Arbeiter nicht von vornherein verhindern können, versuchen sie, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, mit der festen Absicht, die Streikkämpfe baldmöglichst abzuwürgen. In solchen Fällen setzen sie Streikleitungen ein, unternehmen aber alles, um jede Erweiterung der Streikleitungen durch die fortschrittlichsten, konsequentesten und mutigsten Kollegen zu verhindern. Der Streik der Werftarbeiter von Bremen und Bremerhaven zeigt aber, daß die Arbeiter dazu übergehen, ihre Streikkämpfe auch gegen den Willen der rechten DGB-Führer auszulösen und gegen alle Manöver der rechten DGB-Führer durchzuführen.

Die entschlossen geführten Streikkämpfe der Arbeiter in den letzten Monaten sind ein deutliches Zeichen der sich festigenden Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse findet u. a. ihren Niederschlag in den Erfolgen zahlreicher Gewerkschaftswahlen, den gegenwärtig stattfindenden Betriebsrätewahlen und kommt nicht nur in Streikkämpfen zum Ausdruck, sondern auch in gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen, z. B. am 1. Mai, im gemeinsamen Auftreten der Arbeiter in den Betrieben und in vielen gemeinsamen Aussprachen.

Allgemein haben die betrieblichen Einheitslisten, auf denen kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter gemeinsam kandidieren, große Erfolge. In den wichtigsten Schachtanlagen des Ruhrgebietes und im bayerischen Pechkohlenbergbau haben die Belegschaften betriebliche Einheitslisten aufgestellt und die fortschrittlichen Kollegen in die Betriebsräte gewählt. Dort, wo Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen gegen die Spaltungsmanöver der rechten DGB-Führer entschlossen um ein-

heitliche Belegschaftslisten mit einem betrieblichen Forderungsprogramm kämpften, wie in den Badischen Anilin- und Sodawerken in Ludwigshafen und bei Krupp in Essen konnten sie über 30 Prozent der Stimmen auf ihre Listen vereinigen. In der Weserwerft in Bremen haben die Werftarbeiter 12 Kommunisten in ihren Betriebsrat gewählt, der insgesamt 15 Kollegen umfaßt.

Trotz zweifellos großer Erfolge in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die auf den unermüdlichen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands zurückzuführen sind, könnten die Erfolge noch größer sein, wenn die Kommunisten und fortschrittlichen Gewerkschafter es noch besser verstehen würden, einen prinzipiellen Kampf gegen die rechten DGB-Führer zu führen und in Betrieben und Gewerkschaften den Kampf für die sozialen und demokratischen Forderungen der Arbeiter zu entwickeln.

Die weitere Entwicklung der Aktionseinheit hängt im wesentlichen davon ab, die sozialdemokratischen Arbeiter, die in wachsendem Maße mit der Politik ihrer gegenwärtigen Führung unzufrieden werden und die immer stärker zu außerparlamentarischen Aktionen vor allem gegen die zunehmende Faschisierung drängen, für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aller Richtungen und Weltanschauungen zu gewinnen, den offenen Meinungsaustausch mit ihnen zu steigern, und ihnen eine klare Perspektive zu geben.

Neben dem Kampf der Arbeiterklasse ist der Kampf der Bauernschaft, die der engste Verbündete der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf ist, von besonderer Bedeutung. Im „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" wird festgestellt:

> „Das Bündnis der Arbeiter und Bauern stellt jene unüberwindliche Kraft dar, die allein befähigt ist, den Triumph der Sache der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands zu sichern." („Einheit", Heft 12, 1952, S. 1392)

Der wachsende Widerstand der Bauern gegen die Kriegspolitik des Adenauer-Regimes und die Willkür der Besatzungsmächte findet gegenwärtig seinen Ausdruck im Kampf gegen Landbeschlagnahmen, gegen die Vertreibung von Haus und Hof und gegen die von den Okkupanten bei ihren Kriegsübungen angerichteten Schäden. Überall dort, wo Arbeiter und Bauern gemeinsam kämpfen, erringen sie Erfolge. So haben in Nürnberg die Arbeiter aus den Betrieben und andere patriotische Bürger der Stadt gemeinsam mit den Bauern der Umgebung den Anschlag der amerikanischen Okkupanten auf den Sembacher Wald vereitelt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die seit dem Münchener Parteitag einen erfolgreichen Kampf um die ideologische, politische und organisatorische Festigung ihrer Reihen führt, ist die führende und organisierende Kraft des patriotischen Kampfes in Westdeutschland. Sie hat mit der Veröffentlichung des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" der westdeutschen Bevölkerung die große Perspektive des Kampfes um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und die Herbeiführung eines Friedensvertrages mit Deutschland gegeben. Unter der Führung der KPD hat die nationale Befreiungsbewegung in Westdeutschland bereits beachtliche Erfolge erzielt. Das Ergebnis dieses Kampfes ist die wachsende Autorität der patriotischen Bewegung in der westdeutschen Bevölkerung, die Verbreiterung und Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das wachsende Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern und die stärkere Einbeziehung der

Bauernschaft in die patriotische Bewegung und die wachsende Kampfbereitschaft immer größerer Teile der westdeutschen Bevölkerung gegen die Kriegspolitik und deren Folgen für die Arbeiter, Bauern und für breite Schichten des Bürgertums. In den Kämpfen der Arbeiter um ihre sozialen Forderungen, der Bauern gegen die Beschlagnahme von Land und Hof für die amerikanische Kriegsvorbereitung, der Jugend gegen die drohende Rekrutierung und der Frauen gegen die Willkür der Besatzungssoldateska, treten die Kommunisten mehr und mehr als die entschiedensten, konsequentesten Vertreter der sozialen und nationalen Interessen der westdeutschen Bevölkerung hervor und gewinnen dadurch in wachsendem Maße deren Vertrauen.

Das Adenauer-Regime fürchtet die wachsende Autorität der Kommunisten und geht daher zu immer schärferen Terrormaßnahmen gegen die KPD und ihre Funktionäre über. Mit dem geplanten Verbot der KPD beabsichtigt dieses Regime, der Arbeiterklasse und allen patriotischen Deutschen die Führung im nationalen Befreiungskampf zu nehmen. Die faschistischen Maßnahmen der Adenauer-Regierung richten sich aber keineswegs nur gegen die KPD. Sie bedrohen alle, die für den Frieden und für die nationalen Interessen des Volkes eintreten, insbesondere auch alle aufrechten Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Der Kampf gegen die faschistischen Maßnahmen und das beabsichtigte Verbot der KPD ist darum nicht nur eine Sache der Kommunisten, sondern aller deutschen Patrioten, die in diesen Kampf einbezogen werden müssen.

Die Hauptschwäche der KPD ist gegenwärtig die ungenügende Entwicklung einer breiten nationalen Politik auf der Grundlage des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands". Obgleich die Partei in ihrer Orientierung auf den nationalen Kampf Erfolge zu verzeichnen hat, verstehen viele Leitungen der KPD nur in ungenügendem Maße, den Kampf um die sozialen Forderungen der Werktätigen und für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten mit der nationalen Politik der Partei zu verbinden. Manche Funktionäre und Mitglieder der KPD unterschätzen noch die Gefahr der neuen faschistischen Entwicklung, bringen sie nicht in Zusammenhang mit der Durchführung der Kriegspolitik des Adenauer-Regimes und führen deshalb einen ungenügenden Kampf um die breiteste Mobilisierung aller Volksschichten für die Verteidigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten.

Die Erkenntnis, daß die Partei bei der Zuspitzung der Lage sich stärker mit den Volksmassen, vor allem mit den Arbeitern in den Betrieben und Gewerkschaften verbinden und die Unterschätzung der Gewerkschaftsarbeit überwinden muß, entwickelt sich bei ihnen nicht in genügendem Maße. Alle diese Schwächen in der Arbeit sind im wesentlichen auf das noch nicht überwundene engstirnige Sektierertum innerhalb der Partei zurückzuführen.

Die Kommunisten müssen das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands", und vor allem die Rede Stalins auf dem XIX. Parteitag der KPdSU zur Grundlage ihrer gesamten Arbeit machen.

Die weiteren Erfolge der KPD in der Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung für den patriotischen Kampf in Westdeutschland hängen in entscheidendem Maße davon ab, wie die Kommunisten es verstehen, noch geduldiger, beharrlicher und überzeugender die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre für die Herstellung der Aktionseinheit zu gewinnen und sie stärker in die patriotische Bewegung einzubeziehen. Die Partei orientiert

sich insbesondere seit der VIII. Tagung des Parteivorstandes auf die Tätigkeit der Kommunisten in den Betrieben und auf die Entwicklung ihrer Betriebsgruppen.

Die machtvoller werdenden Kämpfe der patriotischen Bewegung in Westdeutschland, die weitere Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der feste Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte sind die Voraussetzungen für den Sturz des Adenauer-Regimes und für die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Voraussetzungen werden geschaffen, wenn die Kommunisten die Lösung der nächsten Aufgaben kühn und mutig in Angriff nehmen und einen entschiedenen Kampf um die Verwirklichung des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" führen.

Die Patrioten Westdeutschlands stehen in ihrem schweren Kampf nicht allein. An ihrer Seite stehen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die die feste Basis im Kampf um ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland ist.

An der Seite der deutschen Patrioten steht die mächtige Sowjetunion, das Bollwerk des Friedens, die unermüdlich für die friedliche Lösung der deutschen Frage eintritt und die in ihren Noten und Vorschlägen konstruktiv den Weg zur Erreichung dieses Zieles zeigt und damit den patriotischen Kräften in Deutschland eine unschätzbare Hilfe erweist. Die deutschen Patrioten haben in ihrem Kampf die Sympathie und aktive Unterstützung aller friedliebenden Kräfte der Welt, darunter auch die der westeuropäischen Völker, die sich mit Recht durch das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Militarismus aufs äußerste bedroht fühlen.

Diese Faktoren garantieren den endgültigen Sieg des deutschen Volkes in seinem gerechten Kampf.

Karl Becker

Was haben die Werktätigen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin" von den sowjetischen Ingenieuren gelernt?

Indem die Werktätigen der Sowjetunion Produktionsverhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialistischen gegenseitigen Hilfe errichtet haben, indem sie dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus zum Durchbruch verhalfen, haben sie auch die Grundlage zu einer neuen Art von Beziehungen zwischen den Ländern gelegt. Stalin charakterisiert diese neuen Beziehungen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe in seinem Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", indem er über die Zusammenarbeit der Länder des demokratischen Lagers und die Hilfe der Sowjetunion für diese Länder sagt:

> „Die Erfahrung dieser Zusammenarbeit zeigt, daß kein einziges kapitalistisches Land den volksdemokratischen Ländern eine so wirksame und technisch qualifizierte Hilfe hätte erweisen können, wie sie ihnen die Sowjetunion erweist. Es geht nicht nur darum, daß diese Hilfe äußerst wohlfeil und technisch erstklassig ist. Es geht vor allem darum, daß dieser Zusammenarbeit der aufrichtige Wunsch zugrunde liegt, einander zu helfen und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Das Ergebnis ist, daß wir ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung in diesen Ländern haben." (J. W. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 32)

Auch bei unserem Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik, die dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehört, ist die Unterstützung durch die Sowjetunion von ausschlaggebender Bedeutung. Eine große Rolle bei diesem Aufbau spielt das Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin", und hier wirkt sich der neue, besondere Charakter der sowjetischen Hilfe und die kameradschaftliche Zusammenarbeit der Länder des demokratischen Lagers überall aus. Sowjetische Spezialisten halfen als Berater unsere Hochöfen so zu bauen, daß diese die höchstmögliche Roheisenproduktion gewährleisten. Die Sowjetunion liefert hochwertiges Erz mit einem sehr hohen Eisengehalt für die Hochöfen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin". Aus Volkspolen und aus der volksdemokratischen CSR wird der für die Roheisenproduktion notwendige Koks geliefert.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Leistungen vollbracht, wie sie in keinem kapitalistischen Land möglich wären. Vier Hochöfen wurden in 19 Monaten gebaut. Trotz aller Heldentaten unserer Werktätigen beim Bau des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin" stellte sich aber nach Inbetriebnahme der ersten zwei Hochöfen heraus, daß die von den Konstrukteuren geplante Eisenproduktion nicht erreicht wurde.

Welches waren die Ursachen dafür, daß die modernsten Hochöfen in Deutschland nicht genug Roheisen lieferten? Es waren vor allem Fehler organisatorischer Natur, die zeigten, daß die für das Werk verantwortlichen Genossen noch nicht gelernt hatten, auf neue Weise zu leiten. Es gab keine genügende Kontrolle der Projektierung und keine Abstimmung der Termine, z. B. war die Koksabsiebvorrichtung zum Zeitpunkt des Anblasens der Öfen nicht fertiggestellt, wodurch ein schwerer Ofengang verursacht

---

*) Sinteranlage: Hier werden die staubigen Feinerze durch Erhitzen zu einem stückigen Material zusammengebacken.

wurde. Der Termin zur Inbetriebnahme der Sinteranlage*) wurde nicht eingehalten, und deshalb wurden die Öfen z. T. mit staubigem, den Schmelzprozeß erschwerendem Erz beschickt.

Der Bautermin der Sinteranlagen wurde nicht eingehalten. Das Bewußtsein der persönlichen Verantwortung war nicht genügend entwickelt, und die Verantwortlichkeit der einzelnen leitenden Funktionäre war nicht klar genug festgelegt und abgegrenzt. Vor allem wirkte sich dies in schlechter Arbeitsorganisation aus; Mängel im innerbetrieblichen Transport z. B. hemmten den gesamten Produktionsprozeß. Andererseits wurde die Initiative der Werktätigen nicht entfaltet, es gab keinen Erfahrungsaustausch zwischen den Konstrukteuren und den Praktikern, keine Produktionsberatungen mit den Hochöfnern, Technikern und Ingenieuren usw.

Das Politbüro unserer Partei stellte in seinem Beschluß vom 5. Februar 1952 die vorhandenen Mängel fest und wies gleichzeitig die Wege zu ihrer Behebung. Vor allem war eine Verbesserung der Partei- und Gewerkschaftsarbeit, eine Erhöhung der Fachkenntnisse und eine bessere Fürsorge für die werktätigen Menschen notwendig. Gleichzeitig bat das Zentralkomitee unserer Partei das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zwei sowjetische Fachleute zu entsenden, um uns bei der Verbesserung der Arbeit im Eisenhüttenkombinat zu helfen.

*

Der Aufenthalt der Genossen Michailowitsch und Schulgin aus dem Hüttenkombinat Magnitogorsk in unserem Eisenhüttenkombinat im März/April 1952 war von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung und die heutigen Leistungen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin".

Die sowjetischen Ingenieure gaben bereits nach einer wenige Stunden dauernden Überprüfung der Öfen die ersten sehr wesentlichen technischen Hinweise. Sie bewiesen in den entscheidenden Fragen der Metallurgie die Überlegenheit der sowjetischen Wissenschaft und Technik. Unsere im Kapitalismus erzogenen Hütteningenieure arbeiteten gewissenhaft und mit Hingabe nach den Methoden, die sie in ihrer Ausbildungszeit studiert hatten. Aber als Betriebsingenieure in kapitalistischen Werken hatten sie es nicht gelernt, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln und auf der Grundlage ihres gediegenen Fachwissens neue Wege zu beschreiten, um den Produktionsprozeß ständig zu verbessern.

Gerade in diesem Punkt zeigte sich die Überlegenheit der Ingenieure in den sozialistischen Betrieben der Sowjetunion. Dort wurde auf der Grundlage wissenschaftlicher Berechnungen eine solche Methode zur Beschickung der Hochöfen ausgearbeitet, die die Bildung eines „Toten Mannes"*) nicht zuläßt und die Produktion wesentlich steigert. Nach der sowjetischen Methode, die uns die Ingenieure Michailowitsch und Schulgin zeigten, fallen die Erze an die Ofenwand, so daß die Bildung eines Klumpens vermieden wird. Das Gas streicht durch die Erze und reduziert**) diese, wobei der Koksverbrauch verringert und die Eisenproduktion erhöht wird. Schon nach einer teilweisen Umstellung der Begichtung***) auf die sowjetische Methode erhöhte sich nach wenigen Tagen die Roheisenproduktion.

---

*) Toter Mann: Durch unsachgemäße Behandlung des Hochofens bildet sich eine Masse, die senkrecht in ungeschmolzenem Zustand im Hochofen stehen bleibt

**) Reduktion, reduzieren: Das Gas entreißt dem im Erz enthaltenen Eisenoxyd den Sauerstoff und verwandelt es dadurch in metallisches Eisen.

***) Begichtung: Beschicken des Hochofens mit Erz, Koks und Zusätzen

Als die ersten Erfolge in der Steigerung der Roheisenproduktion erreicht waren, stieg die Arbeitsfreudigkeit der Hochöfner, die den Glauben an ihre eigene Kraft wiedergefunden hatten, um ein Vielfaches an. Gleichzeitig erwarben sich die sowjetischen Ingenieure durch ihr hohes Fachwissen auch das Vertrauen der deutschen Ingenieure, von denen sich ein Teil zunächst noch abwartend verhalten und die frühere Überheblichkeit des deutschen Akademikers noch nicht ganz abgelegt hatte. Jedoch ließen sie sich durch die Tatsachen überzeugen. Bei einer komplizierten Reparatur der Stichlochstopfmaschine z. B. — eines der wertvollsten Aggregate, mit der die Schmelzer nach dem Abstich durch die Bedienung eines Knopfes den Hochofen wieder schließen — machte Genosse Schulgin neuartige Vorschläge zu einer wirksamen Behebung des Schadens in einer so kurzen Zeit, wie sie von unseren Ingenieuren nicht für möglich gehalten wurde. Der Hauptmechaniker wandte sich hartnäckig gegen diese Vorschläge, weil sie den in Deutschland bisher üblichen Gepflogenheiten nicht entsprachen. Die Probe durch die Praxis zeigte auch hier die sichere Überlegenheit der sowjetischen Ingenieure. Ein anderes Beispiel: Das Anbacken der Schlacke an die Pfannen drohte den Abstichplan des Ofens aufzuhalten, bis die sowjetischen Ingenieure vorschlugen, daß die Pfannen mit Kalk ausgespritzt werden. Sie lösten mit diesem einfachen Mittel diese wesentliche und schwierige Frage, deren Lösung unseren Ingenieuren nicht gelungen war.

Einen wichtigen Grund für die Unkenntnis sowjetischer Methoden seitens unserer Ingenieure bildete auch der starke Mangel an sowjetischer wissenschaftlicher Literatur in deutscher Sprache. Das Erscheinen des Werkes von M. A. Pawlow „Metallurgie des Roheisens" war ein großes Ereignis für unsere Hütteningenieure, für die heranwachsende neue Intelligenz, für Meister, Techniker und Hochöfner. Dennoch fehlen uns noch wichtige sowjetische technische Fachbücher, deren Übersetzung die Weiterentwicklung des Eisenhüttenkombinats auf der Grundlage, die von beiden sowjetischen Ingenieuren gelegt wurde, und die Qualifizierung aller Hochöfner zu Spezialisten ihres Faches wesentlich beschleunigen würde.

Vor allem haben sich die sowjetischen Ingenieure vom ersten Tage an das Vertrauen und die begeisterte Mitarbeit der Hochöfner erworben. Die sowjetischen Ingenieure waren immer darauf bedacht, ihnen den gesamten technologischen Ablauf zu erklären, damit sie die Technologie meistern und ihre eigene Initiative mit Sachkenntnis entfalten können. Gerade in dieser Beziehung gaben die sowjetischen Ingenieure unseren deutschen Ingenieuren ein wichtiges Beispiel: ihre reichen Erfahrungen übermittelten sie ständig unseren Hochöfnern. Stets zogen die sowjetischen Ingenieure auch die Erfahrungen der Werktätigen zu Rate.

Durch ihr persönliches Beispiel stärkten die Genossen Michailowitsch und Schulgin auch das Verantwortungsgefühl der Hochöfner. Sobald der Ofen irgend eine Erscheinung zeigte, die die Menge oder Qualität des Eisens beeinträchtigen könnte, z. B. Hängen des Ofens*), abweichende Ofentiefe**), Verstopfung von Formen***), verließen die sowjetischen Ingenieure den Ofen nie. Sie sagten:

---

*) Hängen des Ofens: Durch zu kalten Ofengang, durch das Aufgeben von zuviel Feinerzen entsteht im Ofen eine Schicht, die nicht genügend gasdurchlässig ist.

**) Abweichende Ofentiefe: Füllhöhe des Ofens wird nicht eingehalten.

***) Verstopfung von Formen: Die Formen, durch die Heißwind in den Ofen geblasen wird, können verstopft werden, wenn der Schlackenspiegel im Ofen zu hoch steigt oder unreduziertes Erz die Formenöffnungen verbaut. Dann geht der Ofen einseitig oder die Temperatur geht zu weit herunter.

„Geht es den Öfen gut, geht es auch uns gut. Geht es aber den Öfen schlecht, dann geht es uns auch schlecht, dann schmeckt kein Essen, dann mögen wir nicht schlafen, und wenn wir schon einschlummern, träumen wir vom metallurgischen Prozeß."

Dadurch, daß die sowjetischen Ingenieure bei den Öfen blieben, wenn sich Unregelmäßigkeiten zeigten, wurden sie in den schweren Zeiten zu wirklichen Beratern der Hochöfner, der Techniker und Ingenieure und lernten die Menschen bei ihrer verantwortlichen Arbeit am besten kennen. Sie wußten deshalb sehr schnell, welcher Oberschmelzer, Apparatewärter usw. seine Arbeit am besten durchführt, wer sie gut macht und wer noch in seiner Arbeit zurückbleibt. Diese Kenntnis der Menschen — der Kader — ermöglichte es den sowjetischen Ingenieuren, die besten Hochöfner weiterzufördern und die Hilfe für diejenigen zu organisieren, die diese Hilfe brauchten, um die Besten einzuholen.

Die sowjetischen Ingenieure wiesen die Arbeiter des Eisenhüttenkombinats auf die Folgen einer sorgfältigen Arbeit in der Produktion hin: Als sie z. B. bemerkten, daß ein Möllerwagenfahrer in den Möllersatz*) nicht die vorgeschriebenen Mengen abwog, führten sie nach Schichtschluß eine Beratung mit den Arbeitern durch, in der sie erklärten, welche Folgen die Beschickung des Ofens mit ungenau abgewogenen Mengen hat, und daß der Möllerplan eingehalten werden muß. Zu wenig Koks bedeutet, daß die Temperatur des Ofens sinkt und der Reduktionsprozeß der Erze verlangsamt wird; das Ergebnis einer solchen verantwortungslosen Handlungsweise ist weniger Eisen. Zu viel Kalk erhöht die Gefahr, daß die Formen zulaufen; das Ergebnis ist schwere Arbeit für die Schmelzer beim Formwechsel, Ofenstillstand und weniger Eisen. Zu wenig Erze bedeuten gleichfalls weniger Eisen.

So lernten die Arbeiter auch, über ihre Schicht hinauszusehen. Auf Anregung der sowjetischen Ingenieure wird jetzt der Ofen bei Schichtwechsel der nächsten Schicht übergeben, wobei der genaue Stand des Schmelzprozesses festgestellt wird. Dadurch wird einerseits die Verantwortlichkeit jeder Schicht festgelegt, andererseits die Zusammenarbeit wesentlich verbessert, indem die nachfolgende Schicht von der vorhergehenden alle notwendigen Hinweise erhält, um die Eisenproduktion zu verbessern.

☆

Das Bezeichnende an der durch die sowjetischen Ingenieure gegebenen Hilfe ist, daß sie nicht nur aus den sehr wertvollen einmaligen technischen und organisatorischen Hinweisen bestand, sondern daß sie uns eine Grundlage gab, um unsere eigene Initiative und unsere eigenen schöpferischen Kräfte weiterzuentwickeln. Die Genossen Michailowitsch und Schulgin lehrten unsere leitenden Funktionäre im Betrieb in allen Arbeitsbereichen die persönliche Verantwortung festzulegen und abzugrenzen und gleichzeitig die Kraft des Kollektivs in Produktionsberatungen einzusetzen. Sie zeigten durch ihr persönliches Beispiel, wie eine leitende Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage mit größten Erfolgen in kurzer Frist planmäßig und ohne Hast durchgeführt werden kann. Infolge ihrer gründlichen Kenntnis der Faktoren, die die metallurgischen Vorgänge bestimmten, und ihrer guten Kenntnis der Kader

*) Möllersatz: Zusammensetzung der dem Hochofen zugeführten Mengen von Erz, Koks und Zusatzstoffen.

an den Öfen wußten sie stets, wann Schwierigkeiten eintreten könnten und ob diese ihre Anwesenheit erforderlich machten. So waren sie in der Lage, bei ihrer sehr verantwortlichen Arbeit dennoch Zeit zum Studium und zur Teilnahme am kulturellen Leben zu gewinnen.

Die sowjetischen Ingenieure betonten stets die entscheidende Bedeutung der innerbetrieblichen Arbeitsorganisation. Sie lehrten uns, daß der Hochofenbetrieb das Herz des ganzen Kombinats ist. Um einen regelmäßigen Herzschlag zu ermöglichen, muß ein geordneter Blutkreislauf gewährleistet sein. Dies bedeutet, daß die Eisenbahn die Zufuhr der Erze, Brennstoffe und Zusatzstoffe wie Kalk usw. sichern und daneben die Öfen regelmäßig durch den Abzug der vollen Eisen- und Schlackenpfannen und Bereitstellung der leeren Pfannen bedienen muß. Aus diesem Grunde schlugen die sowjetischen Ingenieure vor, daß eine Eisenbahnerbrigade dem Hochofenbetrieb zugeteilt wird, um die regelmäßige Bedienung der Öfen zu gewährleisten.

Gleichzeitig lehrten sie, daß bei der Arbeitsplanung und Organisation die wesentlichen Anlagen des Betriebes und nicht die sogenannten Engpässe richtunggebend sein müssen. Z. B. konnten infolge ständiger Hemmnisse an der Masselgießmaschine*) die vollen Gießpfannen nicht schnell genug entleert und für einen neuen Abstich zur Verfügung gestellt werden. Damit war eine weitere Steigerung der Roheisenproduktion gefährdet. Auf Anregung der sowjetischen Ingenieure wurde durch eine einfache Verbesserung, eine Kalkspritzvorrichtung und Formwärmeanlage, die Leistung der Masselgießmaschine mit der Ofenleistung in Übereinstimmung gebracht.

Die sowjetischen Ingenieure Michailowitsch und Schulgin wiesen die leitenden Funktionäre unseres Werkes immer wieder darauf hin, daß die Arbeit der Erzaufbereitung, der Sinteranlage, des Hochofens, der Masselgießmaschine, der Schlackengranulierung und der Kippe, der Eisenbahn und des Reparaturbetriebes genau und planmäßig koordiniert sein muß. Die von den sowjetischen Ingenieuren aufgezeigten Prinzipien der Koordinierung sind heute noch nicht im gesamten Betrieb durchgeführt. Z. B. entspricht die gegenwärtige planmäßige Leistung der Schlackenkippe nicht den Bedürfnissen des Planes der Hochöfen. Die ungenügende Leistung der Schlackenkippe behindert die Bereitstellung der Pfannen. In ihrer Verbesserung liegt z. B. noch eine der vielen Reserven zur vollen Ausnutzung der Kapazität der Hochöfen.

So lehrten uns die sowjetischen Ingenieure die Grundlagen für eine ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität und gleichzeitig für die Durchführung des Sparsamkeitsregimes. Sie zeigten Beispiele exakter Organisierung des technologischen Prozesses. Inzwischen wurden bereits weitere Abschnitte nach ähnlichen Methoden organisiert. Jetzt steht die Aufgabe, auf der Grundlage der Hinweise der Genossen Michailowitsch und Schulgin, die Arbeit im gesamten Werk so durchzuorganisieren, daß der systematische Ablauf der Produktion gewährleistet wird.

Die sowjetischen Ingenieure zeigten uns auch die Methoden zur vollen Ausnutzung der Kapazität der Anlagen. Sie lehrten die Hochöfner, daß die wichtigste Methode zum Sparen die volle Ausnutzung der Ofenkapazität ist. Sie lehrten die Arbeiter die Notwendigkeit, den Abstichplan als unbedingtes Gesetz einzuhalten und den Ofen bei jedem Abstich ganz zu leeren — da sonst

*) Masselgießmaschine: Hier wird das flüssige Roheisen in Formen gegossen, die auf laufendes Band montiert sind. Die heißen Masseln erstarren unter Wasserberieselung und werden in Eisenbahnwagen verladen.

durch erhöhte Ansammlung von Roheisen im Gestell ein zu hoher Druck auf das Mauerwerk ausgeübt wird, was erheblichen Schaden verursachen könnte. Sie wiesen nach, daß bei regelmäßiger Begichtung des Ofens und bei gleichmäßiger Ofentiefe die Produktion um 20 Prozent steigen kann. Sie zeigten unseren Hochöfnern, daß es konkrete Wege gibt, bei weiterer Qualifizierung ihrer Arbeit nicht nur die von den Konstrukteuren geplante Ofenkapazität zu erreichen, sondern 100 bis 200 Tonnen mehr aus den Öfen herauszuholen.

Da jede Stunde Stillstand viele Tonnen Roheisenverlust bedeutet, lehrten die sowjetischen Ingenieure die Arbeiter, die Reparaturzeiten mit allen Mitteln zu verkürzen. Ein wesentlicher Mangel, den die Werkleitung auch jetzt noch nicht ganz überwunden hat, liegt darin, daß wichtige Ersatzteile noch nicht immer im Werk vorrätig sind, und Reparaturzeiten durch die notwendig werdende Beschaffung von Ersatzteilen verlängert werden. Dennoch haben die Werktätigen des Eisenhüttenkombinats bereits große Erfolge bei der Herabsetzung von Reparaturzeiten erzielt. Auf Vorschlag der sowjetischen Ingenieure wurde der Betrieb Hochofenmechanik geschaffen, der die Aufgabe erhielt, den Hochofenbetrieb instandzuhalten. Es ist den Kollegen von der Hochofenmechanik jetzt z. B. gelungen, die Reparaturzeit für Spindelmutterkolben der Stichlochstopfmaschine, die früher 31 Stunden dauerte und Stillstand des Ofens bedeutete, durch gute Arbeitsvorbereitung um 90 Prozent zu verkürzen und ohne Stillstand des Ofens durchzuführen. Dieses Beispiel zeigt die Bedeutung der Arbeit der Genossen Michailowitsch und Schulgin im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin" für die Durchführung des Sparsamkeitsregimes und für die Schaffung wirklich technisch begründeter Normen.

Die Arbeit der sowjetischen Ingenieure lehrte auch die Parteiorganisation des Werkes, ihre Arbeit grundlegend zu verbessern. Sie lehrte sie, die Fragen der Produktion und die Mobilisierung der Initiative der Werktätigen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Nach dem Beschluß des Politbüros fand Ende Februar 1952 eine Parteiaktivtagung statt, in der noch hauptsächlich über innerparteiliche Fragen und nicht über die Arbeit der Parteiorganisation in der Produktion diskutiert wurde. Auf diesen Mangel wies Genosse Walter Ulbricht hin, indem er feststellte, daß die Technologie auf dieser Parteiaktivtagung noch nicht im Mittelpunkt der Beratung stand. Die sowjetischen Ingenieure erzogen die Funktionäre und Mitglieder der Partei zum patriotischen Handeln, indem sie sie lehrten, daß Politik ohne wirtschaftliche Erfolge Leerlauf bedeutet, daß die Parteiorganisation im Betrieb die Werktätigen zum Kampf um gute Ergebnisse in der Produktion mobilisieren muß.

Die Parteiaktivtagung am 19. April 1953, zu der auch eine Anzahl parteiloser Kollegen eingeladen waren, zeigte die Fortschritte, die die Parteiorganisation in dieser Richtung gemacht hat. Die Tagung beschäftigte sich mit den Lehren des großen Stalin und zog konkrete Folgerungen für die Arbeit im Werk. In der Diskussion, an der sich 32 Genossen und Parteilose beteiligten, standen die Fragen der freiwilligen Normerhöhungen, der technisch begründeten Arbeits- und Verbrauchsnormen sowie des strengen Sparsamkeitsregimes im Mittelpunkt. Von Genossen und parteilosen Brigadieren wurden an so wichtigen Anlagen wie der Masselgießmaschine und der Sinteranlage bedeutende freiwillige Normerhöhungen bekanntgegeben. Über die Hälfte der Belegschaft des Eisenhüttenkombinats arbeitet bereits nach freiwillig erhöhten Normen, und an vielen wichtigen Aggregaten gibt es bereits technisch begründete Arbeitsnormen.

Diese Erfolge wurden von der Parteiorganisation erzielt, indem diese auch für die Parteiarbeit Lehren aus der Arbeit der Genossen Michailowitsch und Schulgin an den Hochöfen zog. In der Grundorganisation Sinteranlage z. B. gab es noch eine Anzahl Genossen, die an den alten Normen festhalten wollten, obwohl diese mit Leichtigkeit mit 170 Prozent übererfüllt wurden und dabei weder die Kapazität der Anlage voll ausgenutzt noch die Planerfüllung gewährleistet wurde. Die Kreisleitung Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin" studierte die Kader dieser Grundorganisation und half ihre Zusammensetzung verbessern. Die Genossen wurden sich klar über die Bedeutung ihrer Norm für die gesamte Produktion des Eisenhüttenkombinats. In Diskussionen mit den parteilosen Kollegen erklärten sie ihnen — genau wie es die Genossen Michailowitsch und Schulgin am Hochofen getan hatten — den gesamten Ablauf des Produktionsprozesses und zeigten an konkreten Beispielen, welches Hindernis die alten, überholten Normen bildeten, und welche Rolle die Sinteranlage bei einer weiteren Erhöhung der Arbeitsproduktivität und bei der Durchführung eines strengen Sparsamkeitsregimes spielt. Die Arbeiter der Sinteranlage begriffen ihre Verantwortung. Sie nahmen eine neue Norm an, die sie im ersten Monat nur mit 96 Prozent, und jetzt bereits mit 106 Prozent erfüllen.

Doch nicht überall im Werk hat die Parteiorganisation bereits die Lehren aus dem Beispiel der sowjetischen Ingenieure gezogen. Es fehlt noch an der richtigen Kenntnis und Verteilung der Kader, an der richtigen Organisierung von Parteigruppen entsprechend dem technologischen Prozeß, an der Festigung der Grundorganisationen und ihrer systematischen Anleitung und Kontrolle durch die Kreisleitung Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin". Die Genossen Michailowitsch und Schulgin haben uns vor allem die Bedeutung der ideologischen Überzeugungsarbeit und ihre Auswirkungen auf die Produktion gezeigt, und die Notwendigkeit der Aneignung des Marxismus-Leninismus und gleichzeitig der Erwerbung guter Fachkenntnisse durch die Genossen unterstrichen. Die ungenügende Agitationsarbeit, die mangelhafte Beteiligung am Parteilehrjahr und ungenügende Fachkenntnisse mancher Genossen sind noch ernste Schwächen der Parteiarbeit im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin", die es zu überwinden gilt, um die weitere Entwicklung der Produktion zu sichern.

Die sowjetischen Ingenieure haben stets die entscheidende Bedeutung der Menschen, der Kader in der Produktion gesehen, sie haben den Arbeitern geholfen, sich zu qualifizieren und große Leistungen zu vollbringen. Zur Zeit ihres Aufenthaltes im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin" entwickelte sich der erste Wettbewerb von Ofen zu Ofen. Heute besuchen die meisten Hochöfner, in denen die Genossen Michailowitsch und Schulgin das Bedürfnis zum Lernen geweckt haben, die technische Abendschule. Viele werden die Meisterprüfung ablegen. Die Produktionsleistungen im Wettbewerb lagen im Mai 1953 um etwa 70 Prozent höher als im Mai 1952.

Einer der besten Schüler der sowjetischen Ingenieure ist z. B. der Genosse Meinhardt. Zur Zeit ihres Aufenthalts im Werk war er Oberschmelzer und hat sich innerhalb eines Jahres zum Ofenmeister qualifiziert. Heute leitet er den Jugendofen IV als Ofenmeister der ersten Komplexbrigade. Er war der Initiator des ersten Franik-Brigadevertrages, der der Komplexbrigade half, im Monat März ihr Soll zu erfüllen. Genosse Meinhardt hat es bei den Genossen Michailowitsch und Schulgin gelernt, die Kader zu studieren und zu erkennen, welche Unterstützung sie brauchen. Er vermittelt sein Können, seine Erfahrungen seiner Brigade und hilft den Zurückgebliebenen, das Niveau der Besten zu erreichen.

Heute sind unsere Hochöfner bereits an der Grenze der von den Konstrukteuren vorgezeichneten Tonnenzahl angelangt — aber sie geben sich nicht zufrieden und kämpfen um eine weitere Erhöhung der Produktion über die geplante Kapazität hinaus, wie sie es von den sowjetischen Ingenieuren gelernt haben.

Genosse Großmann, Ofenmeister des Ofens III, der mit seiner Komplexbrigade vor dem Abschluß des Franik-Brigadevertrages steht, erklärte, daß sich seine Brigade zum Ziel stelle, den Ofen IV in seinen Leistungen einzuholen und zu überholen. So entwickelt sich ein gesunder Wettstreit zwischen den Brigaden der vier Öfen.

Seit dem Besuch der sowjetischen Ingenieure hat das Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin" eine schnelle Aufwärtsentwicklung genommen und schreitet auf diesem Wege weiter. Die Hilfe der Sowjetunion hat sich auch in diesem Falle als eine so wirksame und technisch qualifizierte Hilfe erwiesen, wie sie kein einziges kapitalistisches Land hätte leisten können. Die sowjetischen Ingenieure haben uns wertvollste technische Hinweise gegeben. Ihre Arbeit legte die Grundlagen für eine ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die von entscheidender Bedeutung ist für den erfolgreichen Aufbau. Sie zeigten uns die wichtigsten Wege für die Durchführung des strengen Sparsamkeitsregimes, des klugen Prinzips der sozialistischen Wirtschaftsführung zur Sicherung des wachsenden Wohlstandes der Werktätigen. Mit ihrer Arbeit und ihren Hinweisen haben die sowjetischen Ingenieure die Grundlagen geschaffen für die Festlegung fortschrittlicher, technisch begründeter Normen, die ein wichtiger Hebel in der Entwicklung unserer Wirtschaft sind und den breiten Arbeitermassen helfen, sich auf das Niveau der besten Arbeiter zu erheben. Mit ihrer Arbeit haben die sowjetischen Ingenieure nicht nur sehr wertvolle einmalige Ergebnisse erreicht, sondern sie haben gleichfalls unsere Kader am Hochofen und in anderen Anlagen des Werkes, in den Leitungen der Partei und der Massenorganisationen qualifiziert und ihre Initiative, ihre eigenen schöpferischen Kräfte zur Entfaltung gebracht. Die Menschen, die qualifizierten Kader sind es, die die Erfüllung unserer Aufgaben gewährleisten.

So ermöglicht es uns die Hilfe der Sowjetunion, ein hohes Tempo der Entwicklung unserer Industrie zu erreichen, weil ihr der aufrichtige Wunsch nach Zusammenarbeit zugrunde liegt, der Wunsch, einander zu helfen und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen.

Ernst Diehl

Wie erfüllen unsere Historiker ihre Aufgaben?

Die großen Lehrmeister der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, Marx, Engels, Lenin, Stalin, haben stets die gewaltige Bedeutung einer richtigen wissenschaftlichen Darlegung der geschichtlichen Tatsachen und Erfahrungen für die ideologische Erziehung der Massen im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, für den Sieg des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen hervorgehoben. Eine richtige wissenschaftliche Darlegung der Geschichte erzieht die Massen zur festen Zuversicht in den Sieg der neuen, vorwärtsstrebenden Kräfte der Gesellschaft, sie zeigt die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit des Sieges der Arbeiterklasse, des Sieges des Sozialismus. Durch die Darlegung der revolutionären Traditionen des Volkes werden die Werktätigen im Geiste des Patriotismus, des Stolzes auf die großen Leistungen und Taten der Nation in der Vergangenheit und damit zur Bereitschaft erzogen, die nationale Einheit und Unabhängigkeit gegen alle imperialistischen Versklavungsversuche mit Entschlossenheit zu verteidigen. Die Darstellung der Geschichte erzieht die Werktätigen zum Haß gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker und deren Agenten in der Arbeiterbewegung; er schärft die Wachsamkeit und die Entschlossenheit der Massen, alle Kräfte zur Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen. Eine wissenschaftliche Darlegung der Geschichte stärkt schließlich die Gefühle der Solidarität und Freundschaft mit den Werktätigen der anderen Länder und trägt zur Entwicklung des proletarischen Internationalismus bei. So vermag eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in hervorragendem Maße zur ideologischen Festigung der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen, zur Zerschlagung der bürgerlichen Ideologie und zum Sieg eines neuen Bewußtseins beizutragen. Dabei betonen die Klassiker stets, daß die Darlegung der Geschichte nicht Selbstzweck ist, sondern der revolutionären Umgestaltung der Verhältnisse, der Anleitung zum Handeln dient.

Das hervorragendste Beispiel für die Darlegung der Geschichte ist die von Stalin ausgearbeitete Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang. In ihr sind die weltgeschichtlichen Lehren und Erfahrungen des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf der Grundlage des historischen Materialismus dargelegt. Dieses Werk ist von hervorragender Bedeutung für die ideologische Festigung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und aller kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt. Durch das Studium und die Anwendung der Lehren dieses Werks haben in den vergangenen 15 Jahren die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Kontinente ihre Reihen gestärkt und historische Erfolge im Kampf gegen die Feinde der Werktätigen, für Frieden, Demokratie und Sozialismus errungen. Die Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, zeigt, welche große Bedeutung der marxistisch-leninistischen Darstellung der Geschichte, besonders der Geschichte der Arbeiterbewegung, für die ideologische Erziehung und den Kampf der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte zukommt.

Unsere Partei hat in den letzten Jahren getreu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin der wissenschaftlichen Ausarbeitung der deutschen Geschichte große Aufmerksamkeit und ständige Sorge gewidmet. Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 lenkte Genosse Wilhelm Pieck im Bericht des Parteivorstandes die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit, die revolutionären Bewegungen, an denen die Geschichte Deutschlands reich

ist, gründlich zu studieren und der Jugend und unserem Volke bekanntzumachen. Die 7. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei im Oktober 1951 bezeichnete die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung als „die wichtigste Aufgabe der theoretischen Kader der Partei, die auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft tätig sind".*) Der von der 7. Tagung des Zentralkomitees gefaßte Beschluß „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei" nahm kritisch zur Tätigkeit der Historiker, besonders der Genossen Historiker Stellung und stellte fest:

„Unsere Historiker sind sich noch nicht genügend der großen Verpflichtung bewußt, durch die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung zur Zerschlagung unwissenschaftlicher Geschichtsauffassungen, zur richtigen Erziehung der heranwachsenden Generation und zur Entfaltung des Kampfes für die nationale Einheit Deutschlands beizutragen." („Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 581)

Gleichzeitig mit dem Kampf für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der deutschen Geschichtswissenschaft und der Darlegung ihrer Hauptaufgaben hat unsere Partei in den vergangenen Jahren eine Anzahl organisatorischer Maßnahmen veranlaßt, die zur Entfaltung der Geschichtswissenschaft beitrugen. Es wurden als wissenschaftliche Forschungsinstitute 3 Institute für Geschichte des deutschen Volkes an den Universitäten in Berlin, Halle und Leipzig und das Museum für deutsche Geschichte in Berlin geschaffen. Die Zahl der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft wurde wesentlich vergrößert. Die Partei schuf alle Voraussetzungen für die Erzielung von Erfolgen in der wissenschaftlichen Arbeit.

Wie haben nun unsere Historiker, in erster Linie die Genossen Historiker, diese in den letzten Jahren durch die Partei und die Regierung geschaffenen günstigen Voraussetzungen benützt und die Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft durchgeführt? Wie ist heute der Stand der Arbeit auf diesem Gebiet des ideologischen Kampfes? Diese Frage stellen Millionen Werktätige, die mit Recht von unseren Historikern Hilfe und die Erfüllung der gestellten Aufgaben erwarten.

Wir haben zweifellos einen Aufschwung in der Arbeit auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft zu verzeichnen. Im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin wurde mit Erfolg der Versuch unternommen, eine Anzahl von Hauptproblemen der deutschen Geschichte marxistisch-leninistisch auszuarbeiten und richtig darzustellen. Das am Museum tätige Kollektiv leistete mit dem Aufbau der Karl-Marx-Ausstellung einen hervorragenden Beitrag zur richtigen Darstellung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung und besonders zur Popularisierung des unsterblichen Lebenswerkes der beiden größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels. In der Presse der Partei erschien eine Anzahl von Artikeln, die geschichtliche Fragen behandelten; dabei ist allerdings zu bemerken, daß viele dieser Artikel, besonders solche, die neue Probleme aufrollten, nicht von den Historikern, sondern von Genossen aus dem Partei- und Staatsapparat geschrieben wurden. Eine Anzahl von wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten sind im letzten Jahre erschienen. Darunter Arbeiten über das Zeitalter der Reformation und des Bauernkrieges, über die Zeit der Befreiungskriege, über Fragen der deutschen

*) „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 581

Revolution 1848 und über die Geschichte Deutschlands im Zeitalter des Imperialismus. Von größter Bedeutung ist der Beginn der Arbeit eines qualifizierten Autorenkollektivs am „Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes", einem dreibändigen Werk, das auf der Grundlage der Werke unserer Klassiker zum erstenmal eine geschlossene marxistisch-leninistische Darstellung der Hauptetappen der deutschen Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart gibt. Die Arbeit an diesem Lehrbuch, in die fast alle geschichtswissenschaftlichen Institute der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen sind, erweist sich immer mehr als ein entscheidendes Mittel zur Konzentration der Kraft der Historiker auf die Lösung der wissenschaftlichen Hauptfragen, als ein Mittel zur Entfaltung eines breiten kämpferischen Meinungsaustausches, in dem zahlreiche veraltete und unwissenschaftliche Auffassungen überwunden werden und Klarheit über die Hauptfragen der deutschen Geschichte geschaffen wird. Von großer Wichtigkeit für die Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungskampfes ist auch das Erscheinen der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", einer Zeitschrift der deutschen Historiker zur Entfaltung der Diskussion und der Kritik.

Es wäre falsch, sich mit diesen Erfolgen zufriedenzugeben. Die Beschlüsse der Partei haben unter der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, besonders unter der Jugend, ein gewaltiges Interesse am Studium der deutschen Geschichte hervorgerufen. Das Bestreben der Werktätigen, die revolutionären Traditionen unseres Volkes, die großen Persönlichkeiten und kulturellen Leistungen des deutschen Volkes kennenzulernen, besonders aber die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu studieren, ist in den letzten Monaten sprunghaft angewachsen. Millionen Menschen warten ungeduldig auf historische Arbeiten, aus denen sie die Wahrheit über die deutsche Geschichte erfahren können. Das zeigt auch der gewaltige Widerhall, den der Aufruf des Zentralkomitees über die Durchführung des Karl-Marx-Jahres 1953 bei hunderttausenden Arbeitern und Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik und auch in Westdeutschland gefunden hat. Gegenüber diesen ständig wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung ist ein ernsthaftes Zurückbleiben der Historiker in der wissenschaftlichen Ausarbeitung der deutschen Geschichte festzustellen, gibt es ernsthafte Mängel in der Durchführung der Parteibeschlüsse zu den Fragen der Geschichtswissenschaft.

Der ernsteste Mangel in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit liegt in dem Zurückweichen fast aller Genossen Historiker vor der Erforschung und wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das Zentralkomitee hat in den letzten Jahren ständig und mit größtem Nachdruck die erstrangige Bedeutung der Erforschung solcher Fragen wie des Wirkens von Karl Marx und Friedrich Engels, der Tätigkeit August Bebels und Wilhelm Liebknechts, des Kampfes der deutschen Linken, besonders aber der Geschichte der KPD und ihrer Entwicklung unter Führung Ernst Thälmanns betont. Das Zentralkomitee gab gleichzeitig prinzipielle Hinweise zur Lösung dieser Aufgaben. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees im Februar 1953 hat Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat „Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis" die gewaltige aktuelle Bedeutung einer wissenschaftlichen Darlegung des Kampfes der KPD unter Führung Ernst Thälmanns gezeigt und Grundfragen der Behandlung der Geschichte der KPD beantwortet. Dennoch sind auf all diesen Gebieten in den letzten Jahren fast keine wissenschaftlichen Arbeiten von unseren Historikern geleistet worden, und auch gegenwärtig befinden sich die Arbeiten über diese Gebiete noch im

Anfangsstadium der Vorbereitung. Die Unterschätzung der Geschichte der Arbeiterbewegung bzw. der Geschichte der KPD zeigt sich auch darin, daß die Durcharbeitung und Auswertung der 11. Tagung des Zentralkomitees z. B. am Museum für Deutsche Geschichte, Leitung Genosse Prof. Meusel, und an den Instituten für Geschichte des deutschen Volkes in Halle, Leitung Genosse Prof. Stern, und in Berlin, Leitung Genosse Prof. Kamnitzer, monatelang unterblieb.

Ein anderer sehr ernster Mangel in der Tätigkeit vieler Genossen Historiker ist das Zurückweichen vor der Diskussion bestimmter grundsätzlicher Fragen der deutschen Geschichte, z. B. von Fragen über die Periodisierung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung oder von Fragen der ursprünglichen Akkumulation und der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in der deutschen Geschichte. Viele Genossen vergessen die Lehre unserer Klassiker, daß die marxistische Darlegung der geschichtlichen Entwicklung nicht ein einfaches Zusammentragen und Ordnen von Tatsachen bedeutet, sondern eine wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Erklärung der historischen Ereignisse erfordert. Die Geschichte wissenschaftlich, marxistisch-leninistisch darzustellen, heißt, den inneren Zusammenhang der Ereignisse zu zeigen, die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirksamkeit nachzuweisen, heißt den Werktätigen Anleitung zum Handeln zu geben. Die Meisterung dieser Aufgabe aber setzt die Klärung bestimmter grundsätzlicher Fragen der deutschen Geschichte voraus. Die grundlegenden Hinweise in der genialen Arbeit Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" wurden von unseren Historikern für diese Zwecke bisher ungenügend ausgewertet. Am Museum für Deutsche Geschichte und am Institut für Geschichte des deutschen Volkes in Leipzig, Leitung Genosse Prof. Engelberg, waren die Beratungen über die Arbeit Stalins ungenügend vorbereitet und standen daher nicht auf dem nötigen ideologischen Niveau, während auf Veranlassung des Genossen Prof. Stern die Auswertung der Arbeit Stalins am Institut für Geschichte des deutschen Volkes in Halle in unzulässiger Weise mit anderen Fragen verbunden wurde und daher nicht die notwendigen Ergebnisse brachte.

Ein weiterer Mangel in der Arbeit unserer Historiker ist die immer noch nicht überwundene Tendenz, die Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung als Geschichte der Misere darzustellen, das heißt die großen revolutionären Leistungen und geschichtlichen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte zu negieren oder zu verkleinern. So gab es im Museum für deutsche Geschichte ernste Mängel in der Darstellung der historischen Erfolge, die die deutsche Arbeiterklasse in der Zeit der Weimarer Republik unter Führung Ernst Thälmanns errang, besonders in der Darstellung des nationalen Kampfes der KPD gegen den deutschen und den USA-Imperialismus. Andererseits zeigt sich in der letzten Zeit eine völlig falsche Art des „Kampfes" gegen die Darstellung der deutschen Geschichte als „Misere": sie äußert sich im Verschweigen oder in völlig untergeordneter Behandlung der volksfeindlichen, antinationalen Rolle der herrschenden Ausbeuterklassen und des Verrats der rechten sozialdemokratischen Führer in der deutschen Geschichte. Eine solche Art der „Geschichtsdarstellung" verzerrt die historische Wahrheit und führt zur Herabsetzung des Kampfes der werktätigen Massen und ihrer Organisationen, die gegen den Verrat der Ausbeuterklassen und ihrer Agenten ankämpften, sich behaupteten, wuchsen und erstarkten. Die Feststellung Stalins, daß die Geschichte eine Geschichte des Kampfes zwischen den alten, überlebten Kräften und den neuen, aufstrebenden Kräften der Ge-

sellschaft ist, daß das Neue sich nur im Kampf gegen das Alte durchsetzt, gibt den Historikern die richtige Orientierung in dieser Frage.

Ein weiterer Mangel ist schließlich die fast völlige Unterlassung des Kampfes gegen die bürgerliche Geschichtsschreibung, besonders gegen die vom amerikanischen und wiedererstehenden deutschen Imperialismus unternommenen Versuche der Verfälschung der deutschen Geschichte und gegen den Einfluß des Sozialdemokratismus in der Geschichtsschreibung besonders der deutschen Arbeiterbewegung. Abgesehen von einem im Mai 1952 gehaltenen Vortrag von Genossen Prof. Stern gibt es keine wissenschaftliche Auseinandersetzung und Zerschlagung der durch die imperialistische Geschichtsschreibung vorgenommenen Verfälschungen der deutschen Geschichte. Hier macht auch das erste Heft der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ keine Ausnahme. Im redaktionellen Vorwort wird bei der Darlegung der Aufgaben der Zeitschrift diese Frage nicht gebührend hervorgehoben.

Man kann also feststellen, daß unsere Genossen Historiker bisher unserem Volke eine ungenügende Hilfe in seinem Kampf gegen den Imperialismus und die rechten Führer der SPD, für Frieden und Einheit gegeben haben.

Was sind die Hauptursachen für diese ernsten Mängel in der Geschichtswissenschaft?

Es gibt unter den Historikern, besonders den Genossen Historikern, Versuche, diese Mängel, dieses Zurückbleiben mit „objektiven Gründen“, mit „Überbelastung“, einer Vielzahl von Verpflichtungen und der geringen Zahl ausgebildeter Kader zu entschuldigen. Sicher gibt es diese Schwierigkeiten, und die verantwortlichen Organe des Staates und der Partei würden der Ausarbeitung der Geschichte einen großen Dienst erweisen, wenn sie diese Umstände ernsthaft berücksichtigen und die Genossen Historiker nicht mit einer Vielzahl von Aufgaben überlasten. Doch wäre es falsch, hier die Hauptursachen der Fehler und Schwächen in der Durchführung der Parteibeschlüsse auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft zu sehen. Das Beharren auf sogenannten „objektiven Schwierigkeiten“ kann nur dazu führen, daß die Aufmerksamkeit von den wirklichen Schwächen abgelenkt und die Bestrebungen zur Überwindung dieser Schwächen untergraben werden oder gar nicht erst mit ihrer Überwindung begonnen wird. Die wirklichen Mängel aber sind ideologischer Art. Es sind vor allem:

1. Das ungenügende Studium und die mangelhafte Anwendung des Marxismus-Leninismus bei der Ausarbeitung der Geschichte des deutschen Volkes. Das betrifft sowohl die Kenntnis der theoretischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft, des historischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie, als auch die Anwendung der Hinweise von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu Fragen der deutschen Geschichte.

2. Die ungenügende Auswertung der gewaltigen Erfahrungen und Ergebnisse der fortgeschrittensten Geschichtswissenschaft der Welt, der sowjetischen Geschichtswissenschaft. Viele Historiker kennen bestenfalls die — dazu noch schleppend erscheinenden — Übersetzungen sowjetischer geschichtswissenschaftlicher Arbeiten, sind aber aus Mangel an russischen Sprachkenntnissen nicht in der Lage, laufend die wichtigsten Neuerscheinungen und die Entwicklung der Geschichtswissenschaft der Sowjetunion zu verfolgen. Dies und auch andere Tatsachen zeugen zweifellos von einer Unterschätzung der sowjetischen Geschichtswissenschaft und ihrer Errungenschaften durch eine Anzahl von Genossen Historikern.

3. Eine Scheu vor dem wissenschaftlichen Meinungsstreit und daher ungenügende Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in der Geschichtswissenschaft sowie das Bestreben einiger verantwortlicher Genossen Historiker, Kritik und Meinungskampf durch Anwendung administrativer Methoden zu unterdrücken. Unsere Genossen Historiker verstehen noch nicht richtig die gewaltige Bedeutung der Feststellung Stalins, daß „keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann". (J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 37)

Diese ernsten Mängel in der Durchführung der Parteibeschlüsse erfordern die Konzentration der Historiker, vor allem der Genossen Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik auf eine Reihe von Aufgaben. Das Karl-Marx-Jahr 1953 setzt sich zum Ziel,

> „. . . dem deutschen Volke die Augen zu öffnen, über die welthistorische Bedeutung dieses größten Sohnes der deutschen Nation und die werktätigen Massen im Geiste des unversöhnlichen Kampfes für die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erziehen. Dieses Ziel wird erreicht durch Entfaltung eines schonungslosen Kampfes gegen alle Spielarten des Sozialdemokratismus. Die Überwindung des opportunistischen Ausweichens vor dem Kampf gegen den Sozialdemokratismus, der formalen Vermittlung des Marxismus und der Furcht vor dem wissenschaftlichen Meinungsstreit ist die Grundbedingung für die revolutionäre Erziehung der Werktätigen. Die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus auf allen Gebieten der ideologischen Arbeit ist die erste Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf des Karl-Marx-Jahres." („Einheit", Heft 12, 1952, S. 1293/1294)

Diese Aufgabe verpflichtet die deutschen Historiker, in erster Linie die Parteimitglieder unter ihnen, das ernste Zurückbleiben der Geschichtswissenschaft zu überwinden und einen Umschwung in der Arbeit herbeizuführen. Um den Parteibeschlüssen und dem Verlangen breiter Kreise der Werktätigen nachzukommen, ist vor allem notwendig:

1. Die tiefe und gründliche Aneignung und Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Das auf Beschluß des Zentralkomitees vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut herausgegebene Sammelwerk „Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte", dessen erster Band vor wenigen Wochen erschienen ist, erleichtert diese Aufgabe. Der Inhalt dieses Sammelwerks, dessen Herausgabe ein Ereignis von großer Bedeutung ist, muß unter Anleitung der Parteiorganisationen von den Historikern in allen wissenschaftlichen Institutionen gründlich durchgearbeitet werden. Dabei wäre es völlig falsch und schädlich, wenn bei der Durcharbeitung dieses Werkes jeder Historiker nur die Darlegungen unserer Klassiker studiert, die sein augenblickliches wissenschaftliches Spezialgebiet betreffen. Das Sammelwerk gibt die Möglichkeit, die Methode unserer Klassiker bei der Darstellung und Einschätzung historischer Probleme, den kämpferischen Charakter und die Parteilichkeit des Marxismus-Leninismus gründlich zu studieren und daraus für die eigene Arbeit Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik sollten sich ferner an eine gründliche Durcharbeitung des Meisterwerks marxistischer Geschichtsdarstellung, der Stalinschen Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, machen. Eine entscheidende Hilfe für die volle Aneignung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus durch unsere Historiker bildet auch das sorgfältige

Studium und die gründliche Auswertung der genialen Werke Stalins „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", die eine neue Etappe in der Entwicklung des Marxismus kennzeichnen. Beide Werke — Musterbeispiele der schöpferischen Entwicklung des Marxismus — lösen grundlegende Probleme des historischen Materialismus und der Geschichtswissenschaft und regen die Forschung auf den verschiedensten Gebieten der deutschen Geschichte an. Die Auswertung dieser Werke Stalins ist eine dringende Aufgabe der Historiker der Deutschen Demokratischen Republik.

2. Gründliche Aneignung der Prinzipien und Ergebnisse der sowjetischen Geschichtswissenschaft. Es ist klar, daß die Ausarbeitung der Geschichte des deutschen Volkes das gründliche Studium solcher Leistungen der sowjetischen Geschichtswissenschaft erfordert, wie die Diskussion über die Fragen der Periodisierung der Geschichte der Völker der UdSSR, der von einem sowjetischen Historiker-Kollektiv ausgearbeiteten Geschichte des Mittelalters, Geschichte der Neuzeit, Geschichte der Revolution von 1848, der historischen Artikel in der „Großen Sowjetenzyklopädie". Es ist ferner notwendig, die Diskussion der sowjetischen Historiker zu den letzten Werken Stalins und zur Verwirklichung der Beschlüsse des XIX. Parteitages der KPdSU laufend zu verfolgen und für unsere geschichtswissenschaftliche Arbeit auszuwerten, ebenso wie die zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten sowjetischer Historiker über die verschiedensten Fragen der deutschen und der allgemeinen Geschichte. Eine große Hilfe für die Lösung dieser Aufgabe wäre eine Beschleunigung und zentrale Planung des Übersetzungswesens; vor allem aber müssen sich die Genossen Historiker schnellstens Kenntnisse der russischen Sprache aneignen.

3. Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungskampfes unter den Historikern der Deutschen Demokratischen Republik. Die im Laufe des Jahres 1953 zu erwartende Gründung einer historischen Gesellschaft gibt ebenso wie das Erscheinen der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" alle organisatorischen Voraussetzungen zur Herstellung eines engen Kontaktes zwischen den Historikern der Deutschen Demokratischen Republik und zur Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungskampfes. Die Genossen Historiker müssen dafür Sorge tragen, daß über die Dispositionen der einzelnen Abschnitte des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes im Laufe dieses Sommers eine breite Diskussion beginnt, die über den Kreis des Autorenkollektivs des Lehrbuchs weit hinausgehen muß. Ein solcher öffentlicher Meinungsstreit wird die Arbeit des Lehrbuchs fördern und den Sieg der marxistisch-leninistischen Prinzipien in der Geschichtswissenschaft beschleunigen. Ein Erfolg des wissenschaftlichen Meinungskampfes ist aber nur gesichert, wenn er schärfstens gegen alle unter den Historikern der Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen unwissenschaftlichen Auffassungen gerichtet ist und durch Zerschlagung der imperialistischen Ideologie und besonders des Sozialdemokratismus den patriotischen Massen in Westdeutschland im Kampf gegen das Adenauer-Regime und den USA-Imperialismus direkte Hilfe leistet. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen auch die Kader auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft wachsen werden.

4. In der Forschungsarbeit ist das Schwergewicht auf die Geschichte der Neuzeit, besonders die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu legen. Man muß erreichen, daß die wissenschaftlichen Kader auf dem Gebiet der Ge-

schichtswissenschaft, besonders aber der Nachwuchs, sich stärkstens auf die Erforschung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitalter des Imperialismus konzentrieren und vor allem die Forderung der Partei verwirklichen, die geschichtlichen Leistungen der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Führung Ernst Thälmanns in wissenschaftlichen Arbeiten darzustellen.

Diese Hauptaufgaben der Historiker sind mit einer Reorganisation der Arbeit auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbinden. Es ist vor allem notwendig, zur zentralen Planung und Anleitung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit in kurzer Frist ein wissenschaftliches Forschungszentrum, möglichst an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, aufzubauen. Dieses Forschungszentrum hat die Aufgabe, auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei einen langfristigen Forschungsplan aufzustellen und seine genaue Durchführung zu kontrollieren. Von großer Bedeutung für die beschleunigte Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die inzwischen erfolgte Bildung des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beim Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut.

Eine wichtige Voraussetzung der erfolgreichen Ausarbeitung der Geschichte ist die Sammlung der Quellen zur Geschichte des deutschen Volkes. Unzählige Erinnerungsstücke, Dokumente von großer Wichtigkeit, befinden sich noch in persönlichem Besitz und können daher für die geschichtswissenschaftliche Forschung nicht ausgenutzt werden. Die Sammlung und Auswertung dieses Materials wird überraschende und interessante neue geschichtliche Tatsachen zutage bringen. Wichtig ist es auch, mit der im Staats-, aber auch im Parteiapparat verbreiteten Unterschätzung der Archive schleunigst Schluß zu machen. Das Beispiel des Archivwesens in der UdSSR lehrt uns, daß eine fruchtbringende geschichtswissenschaftliche Arbeit ohne Vorhandensein geordneter, zuverlässig und sicher verwalteter Archive unmöglich ist.

Ein weiteres ernstes Problem ist schließlich die Kaderfrage. Die zuständigen staatlichen Organe, besonders aber die Parteiorganisationen an den Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen müssen ihre Anstrengungen verstärken, um eine Verbesserung der Ausbildung des geschichtswissenschaftlichen Nachwuchses und vor allem dessen ideologische Festigung zu sichern. Die Anstrengungen, die die Partei heute bei der Ausbildung von Kadern macht, entscheiden darüber, wie qualifiziert die wissenschaftlichen Kräfte sein werden, über die die deutsche Geschichtswissenschaft morgen verfügt. Jeder jetzt versäumte Schritt wird sich morgen als ernstes Hindernis auswirken, jede jetzt getroffene richtige Maßnahme wird das Aufblühen der fortschrittlichen deutschen Geschichtswissenschaft fördern und beschleunigen. Wie auf allen Gebieten des Aufbaues, entscheiden auch in der Geschichtswissenschaft die Kader alles.

Diese Maßnahmen zusammengefaßt werden das Zurückbleiben der Historiker und die Mängel in der Durchführung der Parteibeschlüsse überwinden. Mögen sich die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik, besonders aber die Parteimitglieder unter ihnen, ihrer großen Verantwortung bewußt sein und alle Anstrengungen unternehmen, um den breiten Massen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen bedeutende wissenschaftliche Werke über die Geschichte unseres Volkes in die Hand zu geben. Dies wird der größte Beitrag der Historiker im Kampf unseres Volkes für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus sein.

Wolfgang Schiel

Tito-Jugoslawien – ein Aggressionsstützpunkt des USA-Imperialismus

Die faschistische Clique Tito-Rankovic hat Jugoslawien im Auftrage der amerikanischen und englischen Milliardäre in eine Kolonie und einen Aggressionsstützpunkt der Kriegsbrandstifter verwandelt und die Völker Jugoslawiens in großes Elend gestürzt.

Dank der Wachsamkeit der KPdSU und Stalins persönlich wurde den Titofaschisten bereits in den historischen Resolutionen des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1948 und 1949 die Maske heruntergerissen und die jugoslawischen faschistischen Spione und Mörder wurden vor der ganzen Welt angeprangert. Dieser Entlarvung folgte eine umfassende ideologische Auseinandersetzung in den kommunistischen und Arbeiterparteien. Die ideologische und organisatorische Arbeit wurde verbessert und die Wachsamkeit gesteigert. Das durchkreuzte die volksfeindlichen Komplotte der amerikanischen Tito-Agenten in Ungarn, Bulgarien, Albanien und in der Tschechoslowakischen Republik. In allen diesen Ländern wurden die Ableger der Tito-Agentur des USA-Imperialismus entlarvt und durch das Volk gerichtet. Auch darin zeigt sich die überlegene Stärke des sozialistischen Lagers.

Die Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, in erster Linie die der KPdSU, besagen, daß die Feinde ihre Anstrengungen vervielfachen, je hoffnungsloser ihre Lage wird. Deshalb ist die Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit aller Werktätigen, auch bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik, eine unbedingte Notwendigkeit. Das furchtbare Schicksal der Völker Jugoslawiens zeigt, was die amerikanischen Imperialisten den Völkern zugedacht haben, die in ihre Klauen geraten. Das Schicksal Jugoslawiens zeigt, wie notwendig es ist, die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen.

I.

In der Resolution des Informationsbüros vom Jahre 1949 heißt es:

„Bekanntlich wendet die Bourgeoisie seit langem die alte Methode an, in den Reihen der Parteien der Arbeiterklasse Spione und Provokateure anzuwerben. Auf diese Art versuchen die Imperialisten, diese Parteien von innen her zu zersetzen und sie sich zu unterwerfen. In Jugoslawien gelang es ihnen, dieses Ziel zu erreichen." („Beratung des Informationsbüros Kommunistischer Parteien", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 21)

Die Liquidierung der KP Jugoslawiens, der Führerin der jugoslawischen Arbeiterklasse, durch die imperialistische Tito-Agentur bildete den Ausgangspunkt in dem Plan der amerikanisch-englischen Imperialisten, Jugoslawien in einen Aggressionsstützpunkt gegen die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik zu verwandeln. Die Liquidierung der KP Jugoslawiens und ihre Verwandlung in einen Polizeiapparat faschistischen Typs wurde von dem alten Trotzkisten und Provokateur Josip Bros = Tito, der seit 1920 Agent der königlich-jugoslawischen Geheimpolizei war und der später zum Agenten mehrerer imperialistischer Geheimdienste wurde, seit langer Zeit vorbereitet. Die Tito-Bande schleuste im Auftrage ihrer imperialistischen Herren die verschiedensten Agenten der bürger-

lichen Spionagedienste, klassenfremde und -feindliche Elemente, Kapitalisten, Kaufleute, Kulaken, Geistliche und politische Abenteurer in die Partei ein, um diese von innen zu zersetzen. Von den 12 000 Mitgliedern der ehemaligen KPJu haben die Hitler- und Titofaschistischen Henker über 10 000 wirkliche, dem proletarischen Internationalismus treue Kommunisten in Konzentrations- und Todeslagern, in Gefängnissen und durch verbrecherische Kampfaufträge an der Front vernichtet. Tito und seine Clique ließen die Partei faktisch in der parteilosen Volksfront aufgehen, in der klassenmäßig die verschiedensten Elemente sowie bürgerliche Parteien existieren. Die KPJu, die in die Hände der Mörderbande Titos gefallen ist, hat in ihrer heutigen Zusammensetzung das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen.

Der Tito-Klüngel führte in jüngster Vergangenheit eine Reihe von Maßnahmen und „Reformen" durch, die den Mechanismus der faschistischen Diktatur den Erfordernissen der kapitalistischen Entwicklung und der Unterordnung der jugoslawischen Wirtschaft unter die USA-Monopole, den Erfordernissen der Kriegsvorbereitung noch besser anpassen soll. Anfang November 1952 hielt die Bande Titos in Zagreb ihren „Parteitag" ab, wo sie den vor über vier Jahren vollzogenen konterrevolutionären Umsturz und ihre ganze bisherige faschistische Praxis „legalisierte". Dort verkündete sie die „Umwandlung" ihrer Partei, die ein Teil des Polizeiapparates Rankovics ist, in einen „Bund". Die von den Werktätigen gehaßte „Volksfront", die die Massen zur Zwangsarbeit vor allem an militärischen Objekten erfaßte, wurde kurz darauf in einen „Sozialistischen Bund der jugoslawischen Werktätigen" „umgewandelt". Die Tito-Leute glauben, daß dieser „sozialistische" Bund eine bessere Organisationsform für ihre kapitalistische und faschistische Politik sein wird, als es die völlig bankrotte, im ganzen Land verhaßte „Volksfront" noch sein könnte. Der Sinn dieser „Umwandlungen" besteht also darin, den faschistischen Polizeiapparat noch besser zu befähigen, die wiederhergestellten Ausbeutungsverhältnisse zu festigen. Die gesamte Macht in Jugoslawien befindet sich in der Hand eines Klüngels von 50 bis 60 Leuten, von Mördern und imperialistischen Berufsspionen mit Tito an der Spitze. Dieser Klüngel, der Jugoslawien an die Imperialisten verkauft hat, bedient sich zur Ausübung der Macht der „umgewandelten" Tito-Partei und der „Volksfront", zwischen denen nach einer Erklärung des Tito-Schergen Djilas kein Unterschied besteht.

Der Parteitag in Zagreb zeigte erneut, daß die Titofaschisten nur ein Ziel kennen: mit allen Mitteln darum zu kämpfen, daß sie an der Macht bleiben und die Aufträge der imperialistischen Stäbe gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken ausführen können. Die Tito-Clique betreibt bei jedem ihrer Schritte eine beispiellose Hetze gegen die Sowjetunion, gegen das Friedenslager und die kommunistischen Parteien aller Länder sowie eine zynische, faschistische Demagogie. Sie erklären Jugoslawien zum „einzigen sozialistischen Land" und die USA zur „fortschrittlichsten Macht der Welt". Die Auslieferung Jugoslawiens an die amerikanischen Imperialisten versuchen sie mit Phrasen über die „Gleichberechtigung sozialistischer Nationen", über den „besonderen jugoslawischen Weg zum Sozialismus" zu tarnen, was ihnen jedoch immer weniger gelingt. Die Ideologie der Tito-Henker, der „Titoismus", ist nicht ihre Erfindung. Ihre „Theorien" stammen aus dem Arsenal der Trotzkisten, der Nationalisten und Chauvinisten, der rechten Sozialdemokraten, der Hitlerfaschisten, der heutigen Kosmopoliten und Neomalthusianer. Gegenwärtig bemühen sich die Tito-Banditen um eine enge Zusammenarbeit mit der „Internationale"

der rechten Sozialdemokraten. Wie im „Neuen Vorwärts" — dem Zentralorgan der SPD — mitgeteilt wird, hatte die Umwandlung der „Volksfront" in den „Sozialistischen Bund der jugoslawischen Werktätigen" „nicht zuletzt den Zweck, eine Organisation zu schaffen, die für eine Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien und für eine eventuelle Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale geeigneter erscheinen kann". Die Kriecherei der Tito, Rankovic und Kardelj vor den Attlee, Mollet, Ollenhauer und Co. findet deren Gegenliebe. Das sich entwickelnde Bündnis charakterisiert vernichtend sowohl die alten, notorischen Arbeiterverräter der II. Internationale, als auch die titofaschistischen Henker der jugoslawischen Arbeiter und Bauern. Beide finden sich auf der gemeinsamen Plattform der Liebedienerei vor dem USA-Imperialismus und der Lakaiendienste für diesen. Die Tito-Clique erfüllt die Rolle einer ideologischen Agentur des USA-Imperialismus. Sie ist eine faschistische Organisation zum Kampfe gegen das eigene Volk und gegen die internationale Arbeiterbewegung sowie der Träger aggressiver militärischer und politischer Pläne der amerikanischen Imperialisten auf dem Balkan. Mit Hilfe ihrer faschistischen Partei liquidierte die Tito-Bande das Regime der Volksdemokratie in Jugoslawien, errichtete einen Polizeistaat faschistischen Typs, stellte den Kapitalismus vollkommen wieder her und lieferte das Land den amerikanischen Milliardären aus, die es mit Hilfe ihrer Tito-Agentur in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie ausbauen. Kennzeichnend für einen Polizeistaat faschistischen Typus ist die Konzentration der Staatsmacht in den Händen eines gewaltigen Polizeiapparates, der die Politik der imperialistischen Monopole durchführt. Das typische Beispiel eines solchen Polizeistaates war das faschistische Deutschland. Nach dem Willen der deutschen Imperialisten schufen die Nazihenker die Gestapo, eben jenen gewaltigen Polizeiapparat, der mit seinen Krallen das gesamte gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben Deutschlands erfaßte.

Den gleichen Weg gehen die jugoslawischen Faschisten, die im Polizeiapparat Rankovics (UDB) die gesamte Staatsgewalt konzentriert haben. Die Polizeibanden Rankovics leiten das gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Jugoslawiens. Rankovic ist die rechte Hand Titos und bekleidet den Posten des Polizeiministers und des Sekretärs des ZK der faschistischen Tito-Partei für Kaderfragen. Die Polizeischergen Rankovics, gedungene amerikanische und englische Spione, stehen an der Spitze aller Parteiorganisationen. Sie haben in der Tito-Partei ein Terrorregime eingeführt und das Aufspüren sowie die Beseitigung der wirklichen Kommunisten und anderer Patrioten zur ersten Pflicht ihrer Mitglieder erklärt. Die Vorsitzenden der örtlichen Verwaltungen, der sogenannten „Volkskomitees", sind Polizeiagenten Rankovics. An der Spitze aller politischen Massenorganisationen stehen UDB-Beamte. Die Polizeiagenten haben die leitenden Posten in den Kulturorganisationen eingenommen. Der Vorsitzende des „Bundes jugoslawischer Schriftsteller" — Iwo Andric — war der letzte jugoslawische Gesandte bei Hitler. Die gesamte jugoslawische Armee ist bis in die höchsten Stellen mit Agenten Rankovics durchsetzt.

Mit Hilfe ihres faschistischen Polizeistaates hat die Tito-Bande den Kapitalismus in Jugoslawien völlig wiederhergestellt, das Land in eine Kolonie und einen Aggressionsstützpunkt, besonders der amerikanischen Imperialisten, verwandelt. Dabei sind die vollständige Restauration des Kapitalismus, die

Unterwerfung des Landes unter die amerikanischen Monopole sowie die weitere Faschisierung des Polizeistaates eng miteinander verflochtene Prozesse.

Die Titofaschisten haben mit der Wiederherstellung des Kapitalismus auf allen Gebieten schon vor der Veröffentlichung der Resolution des Informationsbüros vom Jahre 1948 begonnen. Nach der Veröffentlichung dieser Resolution, nachdem sie also offen in das Lager des Imperialismus übergegangen waren, stellten die Titofaschisten unter direkter Beteiligung der amerikanisch-englischen Imperialisten den Kapitalismus beschleunigt wieder her. Das Gesetz über die Nationalisierung wurde aufgehoben. Die nationalisierten Betriebe wurden an sogenannte „Arbeiterräte", die ausführende Organe des faschistischen Tito-Staates und der Bourgeoisie sind, bzw. an die früheren aus- und inländischen Kapitalisten übergeben. Neben den kapitalistischen Staats- und „Genossenschafts"-Betrieben, die sich in den Händen der Tito-Clique befinden, schießen privatkapitalistische Betriebe wie Pilze aus dem Boden. Bis in die erste Hälfte 1952 waren es über 26 000. Gleich nach der Liquidierung des Außenhandelsmonopols wurden über 100 privatkapitalistische Export- und Importfirmen und neun privatkapitalistische Außenhandelskontore eröffnet.

Die vom Volke nach der Befreiung durch die ruhmreiche Sowjetarmee beschlagnahmten Häuser, Villen und Paläste der Volksfeinde wurden den alten reaktionären Besitzern zurückgegeben. In Jugoslawien entwickelte sich eine neue Bourgeoisie, zu der in erster Linie die Tito-Banditen selber gehören.

Die jugoslawischen Machthaber haben auch die Landwirtschaft auf den alten kapitalistischen Entwicklungsweg, den Weg der Bereicherung der Großgrundbesitzer und Kulaken und der Verelendung der werktätigen Bauern, zurückgeführt.

Sie haben das von den Werktätigen Jugoslawiens erkämpfte Gesetz über die Bodenreform aufgehoben und große Ländereien an die alten Gutsbesitzer und die Kirche zurückerstattet. Die Faschisten haben die MTS liquidiert und deren Traktoren und Maschinen, sowie den Maschinenpark der Genossenschaften den Großbauern übereignet. Sie haben die Kulaken zu Herren der Genossenschaften gemacht, diese in kapitalistische Großwirtschaften und 450 000 Genossenschaftsmitglieder in Lohnsklaven der Großbauern verwandelt. Der Kulak Gordun aus dem Dorfe Gordunec erklärte: „Wenn Tito nicht wäre, dann würde wirklich der Sozialismus in Jugoslawien aufgebaut und wir hätten verspielt."

Die Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft wird durch das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus bestimmt, durch die Jagd nach Maximalprofit im Interesse der jugoslawischen Bourgeoisie und der amerikanischen Monopole, mit allen sich daraus ergebenden verheerenden Folgen. Die Entwicklung der Wirtschaft Jugoslawiens verläuft nicht planmäßig (proportional), sondern nach den kapitalistischen Gesetzen der Konkurrenz, der Anarchie der Produktion, der Wirtschaftskrisen usw. Die Titofaschisten erklären selbst, daß es in Jugoslawien keine bindenden Volkswirtschaftspläne mehr geben würde, und daß das Wirtschaftsleben sich auf der Grundlage von „Angebot und Nachfrage" entwickeln müsse. Das sichert die freie Entwicklung des Kapitalismus, die uneingeschränkte Vormachtstellung des ausländischen Kapitals in der Wirtschaft Jugoslawiens. Bei der Wiederherstellung und Festigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt der faschistische Polizeistaat Titos, als Werkzeug der Titobourgeoisie und der ausländischen Monopole eine

aktive Rolle. Durch neue „Gesetze", die sie demagogisch mit dem „Absterben der wirtschaftlichen Funktionen des Staates" mit „Demokratisierung des Staatsapparates", mit „Vertiefung der sozialistischen Demokratie", mit „Kampf gegen Bürokratismus" zu begründen suchten, liquidierten die Titofaschisten alle fünf Wirtschaftsministerien sowie die staatliche Plankommission, die staatliche Kontrolle, die zentrale Verteilung der Rohstoffe und der Valuta. Sie verwandelten die Staatsbank in eine kapitalistische Verrechnungsanstalt, die keine Kontrollfunktionen hat, und begruben ihren vielgepriesenen „Fünfjahrplan". So haben die Belgrader Faschisten im Auftrage und mit Hilfe ihrer imperialistischen Herren auf allen Gebieten das kapitalistische Privateigentum wiederhergestellt, die kapitalistische Lohnsklaverei wieder in vollem Umfang errichtet, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gesichert.

Die jugoslawischen Soldknechte des Imperialismus haben nicht nur den Kapitalismus im Lande völlig wiederhergestellt, sie haben die Wirtschaft des Landes auf den Krieg umgestellt, das Land den USA-Imperialisten ausgeliefert und damit das Ausbeutungssystem in seiner abscheulichsten und räuberischsten, in der kolonialen Form wiedererstehen lassen. Mit der Erklärung, die Industrialisierung wäre ein veralteter Begriff, ließ der Faschistenhäuptling Tito jeden, selbst den kleinsten Betrieb auf Kriegsproduktion umstellen oder, wo das nicht möglich war, schließen. Im Jahre 1952 ging die Produktion von Massenbedarfsartikeln um 31 Prozent, von Textilien um 53 Prozent, von Konserven um 47 Prozent gegenüber 1951 zurück. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen und der Wohnungsbau wurden völlig eingestellt. Dagegen produziert die Rüstungsindustrie heute fast achtmal soviel wie im Jahre 1947.

Jugoslawien ist reich an Naturschätzen, an Eisen und Kupfererzen, an Kohle, Quecksilber, Zink, Zinn, Blei, Chrom, Molybdän und Gold. Groß sind die jugoslawischen Wälder und Wasserkräfte. Die faschistische Tito-Clique hat alle diese Reichtümer den amerikanischen Kriegstreibern gegen blutige Dollars ausgeliefert und sich dabei maßlos bereichert. Die Kupferminen von Bor, die Zinkgruben in Mezica wurden völlig der von der Morgangruppe finanzierten amerikanischen Anaconda Copper Mining Co. übergeben. Die Erdölraffinerien in Bosanski Brod und Rieka sowie die Erdölgewinnung im Drawa-Tal befinden sich im Besitz von Rockefellergesellschaften. Die größten Hüttenbetriebe des Landes in Zenica, Storam und Sisak wurden dem Trust Bethlehem Steel Comp. übergeben. Die Automontagewerke in Tesin und Rakowice sind faktisch Niederlassungen des amerikanischen Konzerns „General Motors".

Auf Befehl der amerikanischen Rüstungsmonopole, die sich wie riesige Blutegel an der Wirtschaft Jugoslawiens festgesaugt haben, entwickelt die Faschistenbande nur die Industriezweige zur Gewinnung strategischer Rohstoffe. Solche Rohstoffe müssen den amerikanischen Herren zu Spottpreisen überlassen werden. Eine Tonne Blei z. B., für die auf den westlichen Märkten 370 Dollars gezahlt werden, müssen die jugoslawischen Faschisten für 92 Dollar an die amerikanischen Kriegsgewinnler abgeben. Infolge dieser Preisschere hat Jugoslawien im Jahre 1951 monatlich bis zu 400 000 Dollar verloren. Obgleich die jugoslawischen Werktätigen hungern, führte die Belgrader Faschistenclique auf Befehl ihrer imperialistischen Herren in den letzten vier Jahren 5 Millionen Tonnen Weizen und Mais in die kapitalistischen Länder des Westens aus. Die Banken der USA diktieren Jugoslawien die Finanz- und Preispolitik. Die amerikanischen Anleihen fließen nur in jene Industriezweige

Jugoslawiens, die dem amerikanischen Finanzkapital gehören, bzw. die für die Gewinnung strategischer Rohstoffe arbeiten. Um den amerikanischen Rüstungshyänen die Ausplünderung Jugoslawiens zu erleichtern, verkündeten die Titofaschisten am 1. Januar 1952 eine „Währungsreform" und den Übergang zum freien Devisenhandel. Der Gegenwert eines Dollars wurde von 50 Dinar auf 300 Dinar hinaufgesetzt. Damit sanken die Exportpreise jugoslawischer Rohstoffe und landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf ein Sechstel. Das bedeutet für das jugoslawische Volk eine neue schwere Bürde. Diese rücksichtslose, mit typischen Kolonialmethoden betriebene Ausbeutung der Nationalreichtümer Jugoslawiens durch die Belgrader Soldknechte der USA-Monopole führte zur Aufgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes und zur Verwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie der amerikanischen Imperialisten. Die heutige jugoslawische Wirklichkeit bestätigt Wort für Wort die im Jahre 1949 getroffenen Feststellungen des Informationsbüros:

> „Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß die jugoslawische Regierung in völlige Abhängigkeit von ausländischen Imperialistenkreisen geraten und zum Werkzeug ihrer aggressiven Politik geworden ist, was die Liquidierung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Jugoslawischen Republik zur Folge hatte." („Beratung des Informationsbüros Kommunistischer Parteien", S. 18/19)

Der eigentliche Regent Jugoslawiens ist der USA-Botschafter, der mit Hilfe der amerikanischen Wirtschaftsmission und der amerikanischen Militärmission in Belgrad die Innen- und Außenpolitik kontrolliert und lenkt.

II.

Seit dem Jahre 1951 wird Jugoslawien von den Titofaschisten beschleunigt zu einer Aggressionsbasis der amerikanischen Kriegstreiber ausgebaut. Dabei spielen das Militärabkommen zwischen Tito und den USA vom 14. November 1951 und das Wirtschaftsabkommen vom 8. Januar 1952 eine große Rolle. Diese Abkommen bilden zwei Glieder ein und derselben Kette. Beide besiegeln offiziell die Einbeziehung Tito-Jugoslawiens in den amerikanisch-englischen Aggressionsblock und den Ausbau des Landes zu einem Aufmarschgebiet der amerikanischen Kriegsbrandstifter. Der Sinn beider Abkommen geht daraus hervor, daß sie im Rahmen des berüchtigten, vom USA-Kongreß im Oktober 1951 angenommenen Gesetzes über die Kriegsvorbereitung in den Ländern der USA-Satelliten abgeschlossen wurden. Der Zweck dieses amerikanischen Gesetzes, das die Fortsetzung des Marshallplans ist, besteht nach Truman darin, Westeuropas Armeen zu stärken, die Rüstungsproduktion zu erweitern und die strategischen Rohstoffe für die Rüstungsindustrie der USA mit Beschlag zu belegen. Zu diesem Zwecke erhält Jugoslawien eine „Wirtschaftshilfe" von rund 40 Millionen Dollar. Für diese „Hilfe" in Gestalt amerikanischer Waffen und Kriegsmaterialien wurde die Tito-Armee völlig dem amerikanischen Kriegsministerium unterstellt. Die Ausbildung der jugoslawischen Armee durch amerikanische „Instruktionsoffiziere" wird von der amerikanischen Militärmission in Belgrad geleitet, die auch die Verwendung der gelieferten Rüstungsmaterialien streng überwacht. Laut Abkommen gehört zur Gegenleistung der Faschisten die Auslieferung von Spionagematerial über die Länder des demokratischen Lagers an die amerikanische Botschaft in Belgrad.

Das Wirtschaftsabkommen, das für die Zeit von 1952 bis 1955 abgeschlossen wurde, bestimmt, daß in Jugoslawien keine wirtschaftliche Maßnahme ohne Zustimmung des Leiters der amerikanischen Wirtschaftsmission Richard Allen getroffen werden darf. Jugoslawien wurde verpflichtet, die Gewinnung strategischer Rohstoffe für die USA-Kriegsbrandstifter zu vergrößern. Aus den USA kommende oder für die USA bestimmte Waren mußten von Export- und Importzöllen sowie von sonstigen Gebühren befreit werden. Die amerikanische Wirtschaftsmission wacht darüber, daß der Erlös aus dem Verkauf der von den amerikanischen Kolonialherren gelieferten Waren nur für Rüstungszwecke verwendet wird. Alle diese Tatsachen beweisen, daß der faschistische Tito-Klüngel das Land für 40 Millionen Dollar den USA-Monopolen restlos ausgeliefert hat. Als diensteifrige Büttel kommen die jugoslawischen Machthaber ihren Verpflichtungen dem amerikanisch-englischen Kriegsblock gegenüber eifrig nach und militarisieren das ganze Land im Eiltempo. Wenn die Kriegsausgaben 1949 rund ein Drittel des Staatsbudgets betrugen, so stiegen sie 1950 auf die Hälfte, 1951 auf zwei Drittel, 1952 auf drei Viertel und betragen 1953 78,6 Prozent des Budgets. Damit steht Jugoslawien bezüglich der Rüstungsausgaben an der Spitze aller Länder des aggressiven Nordatlantikpaktes. Obwohl die jugoslawische Wirtschaft in allen Fugen kracht, bauen die Titofaschisten nach den Plänen des USA-Kriegsministeriums und unter Leitung amerikanischer „Spezialisten" seit über vier Jahren Flugplätze, Kriegshäfen, strategische Rollbahnen, Materiallager, Kasernen für die eigenen und die anglo-amerikanischen Truppen. Anfang 1952 begannen sie in Trstenik mit dem Bau einer Flugzeugfabrik. In Nostare wird eine Artilleriefabrik errichtet. Alle Flugplätze und Häfen an der Adriaküste werden von den Amerikanern kontrolliert. Längs der Grenze, die Jugoslawien von den volksdemokratischen Ländern trennt, ist eine 60 km breite, verbotene Zone angelegt worden, um den Bau von Befestigungen, unterirdischen Waffen- und Munitionslagern vor dem Volke zu verbergen.

Was Friedrich Engels im „Anti-Dühring" über den Militarismus sagte, trifft voll und ganz auf das heutige Jugoslawien zu: „Die Armee ist Hauptzweck des Staats, ist Selbstzweck geworden ..."*)

Die Belgrader Faschisten halten eine Million Mann unter den Waffen. Tito und seine Helfershelfer bringen an Stelle der eingekerkerten und hingerichteten jugoslawischen Patrioten schon seit mehreren Jahren ehemalige königliche Offiziere in führende Positionen der Armee. Auf Befehl Washingtons wurden 50 000 Tschetniki und Ustaschi**) aus Westdeutschland und Österreich, wo sie als amerikanische Agenten und Henker ausgebildet wurden, beschleunigt nach Jugoslawien zurückgebracht, in die Armee eingebaut und auf Kommandoposten gesetzt. Sie sollen den amerikanischen Aggressoren als zuverlässige Stütze in der Tito-Armee dienen. Ferner werden 38 jugoslawische Berufs- und 18 Reserveoffiziersschulen von amerikanischen Offizieren geleitet. In Westdeutschland gibt es jugoslawische Werbebüros, die deutsche faschistische Offiziere für die Tito-Armee anwerben. Es vergeht kein Monat,

*) Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948. S. 208

**) Ustascha — kurz nach dem ersten Weltkrieg gegründete faschistische Verschwörerorganisation kroatischer Nationalisten. Die Ustascha orientierte sich frühzeitig auf den Hitlerfaschismus. Während des zweiten Weltkrieges errichtete sie unter dem Schutz deutscher Bajonette ein faschistisches Regime in Kroatien.

Tschetniki — militärische Banden großserbischer Nationalisten, die während des zweiten Weltkrieges im Auftrag der amerikanisch-englischen Imperialisten arbeiteten und auch Verbindung zu den Hitlerfaschisten unterhielten.

in dem nicht irgendwelche Generale oder Admirale des aggressiven Nordatlantikblocks — meistens sind es Amerikaner — die Tito-Armee inspizieren. Für das militärische Treiben, das den amerikanischen Kriegsgewinnlern Höchstprofite sichert und an dem sich die Titofaschisten selber ungeheuer bereichern, haben sie das Lob ihrer amerikanischen Herren aus dem Munde Achesons geerntet: „Solange Marschall Tito an der Macht bleibt, wird Jugoslawien mit uns sein."

Die jugoslawischen Lakaien der amerikanischen Kriegsbrandstifter haben alle Gebiete des Lebens militarisiert. Jeder Werktätige muß monatlich 60 Stunden unentgeltlich für die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes im Interesse der Imperialisten oder für die sogenannten „Volksbauten" arbeiten, wie Tito den Bau der Militäranlagen nennt. Alle Tito-Organisationen, die Gewerkschaften, die Jugend- und Frauenorganisationen, der Kämpferbund, der Kriegsinvalidenbund, die Sportorganisation, sind Zentren der Militarisierung und der Ausbildung von Söldnern. In den Mittel- und Hochschulen herrscht ein militärisches Regime. Schüler und Studenten müssen an Manövern der Armee teilnehmen und werden während der Ferien in besonderen Lagern militärisch gedrillt. An den Kathedern der Universitäten erscheinen immer öfter amerikanische Offiziere als „Lektoren". Die faschistische Militarisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Jugoslawien ist mit einem wütenden Feldzug der Titofaschisten gegen die revolutionären Traditionen und die nationale Kultur, mit der Amerikanisierung des gesamten Lebens verbunden. Nach einem Plan, den die imperialistischen Generalstäbe diktiert haben, erwürgen die Titofaschisten jeden lebendigen Gedanken, jede Erscheinung des wahren Patriotismus, Gewissen und Ehre. Gleichzeitig verbreiten sie die amerikanische Kulturbarbarei und unterdrücken die nationale, fortschrittliche Kultur der Völker Jugoslawiens. Das Lesen marxistischer Literatur, das Abhören der Sender der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder gilt als das schwerste Verbrechen. Es ist verboten, russisch zu sprechen oder die russische Sprache zu erlernen. Die Titofaschisten fürchten die mächtigen Kräfte, die aus den jahrhundertealten brüderlichen Beziehungen der Völker Jugoslawiens zum großen russischen Volke, aus der Liebe und grenzenlosen Ergebenheit der wahren Patrioten Jugoslawiens zur Sowjetunion erwachsen. Die Titobande plündert die jugoslawischen Museen, fälscht die Geschichte der slawischen Völker und die Werke jugoslawischer Klassiker. Die Faschisten fürchten das Wissen der werktätigen Massen. Deshalb haben sie einen regelrechten Feldzug gegen die Volksbildung eröffnet. Sie haben die staatlichen Volksbildungsorgane aufgelöst und in den letzten zwei Jahren 4500 Studenten, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen, von den Hochschulen vertrieben. Immer mehr Schulen werden geschlossen und in Kasernen verwandelt. Die jugoslawische Jugend wird zur Unwissenheit verurteilt, um sie leichter als amerikanische Söldner mißbrauchen zu können. In Jugoslawien herrscht heute auf allen Gebieten der Kultur Niedergang, Zügellosigkeit, Zersetzung, Fäulnis und faschistische Willkür.

So bereitet sich die Belgrader Bande von Mördern und Spionen im Auftrage der amerikanisch-englischen Aggressoren verstärkt zum Kriege gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie vor.

Auf außenpolitischem Gebiet führt die Belgrader Natternbrut ebenfalls gehorsam die Aufträge ihrer amerikanischen Herren aus. Auf Befehl ihrer amerikanischen und englischen Herren stießen die Titofaschisten den ruhm-

reichen patriotischen Kämpfern Griechenlands das Messer in den Rücken, leisteten sie den griechischen Monarchofaschisten entscheidende Hilfe und verursachten dadurch die Niederlage der Volksbefreiungsbewegung in Griechenland. Die jugoslawische UN-Delegation gehört zu den hörigsten Lakaien der Wallstreet. Jugoslawien ist faktisch Mitglied des Nordatlantikpaktes. Die Tito-Clique war in den letzten Monaten das aktivste Element bei der Schaffung der „Südflanke" des Nordatlantikpaktes, des jetzt zusammengezimmerten aggressiven Mittelmeerblocks, zu dem Tito-Jugoslawien, die Türkei und Griechenland gehören. Dieser Block ist — wie der „Neue Vorwärts" frohlockend feststellt — gegen die Sowjetunion und die europäischen Volksrepubliken gerichtet. Mit dem Blut jugoslawischer Soldaten, die Tito seinen Herren für den verbrecherischen Krieg gegen das koreanische Volk angeboten hat, will er den amerikanischen Milliardären helfen, Maximalprofite zu erlangen. Die jugoslawischen Faschisten sind die schlimmsten Feinde der mächtigen Weltfriedensbewegung, aus der sie im Oktober 1949 mit Schimpf und Schande vertrieben wurden. Auf Befehl ihrer amerikanischen Herren entwickelt sich auch eine immer engere „Zusammenarbeit" zwischen Tito-Jugoslawien und dem westdeutschen Adenauer-Staat. Vor kurzem wurde zwischen beiden ein Wirtschafts- und Finanzvertrag abgeschlossen. Die Tatsachen beweisen, wie recht das Informationsbüro mit der Feststellung hatte,

> „... daß die heutigen jugoslawischen Machthaber aus dem Lager der Demokratie und des Sozialismus in das Lager des Kapitalismus und der Reaktion übergelaufen sind und unmittelbare Helfershelfer der Anstifter eines neuen Kriegsbrands geworden sind ..." („Beratung des Informationsbüros Kommunistischer Parteien", S. 19)

Die Prozesse gegen die vom Volke gerichteten amerikanischen Agenturen in den Ländern der Volksdemokratie haben der ganzen Welt gezeigt, in welchem Umfange die Tito-Clique Jugoslawien in ein amerikanisches Spionage- und Verschwörerzentrum verwandelt hat. Nach dem Beispiel ihrer amerikanischen Auftraggeber schuf die Tito-Regierung einen „staatlichen Reservefonds" zur Finanzierung der Spionage- und Diversionstätigkeit gegen die sozialistischen Länder. Amerikanische Offiziere leiten in Jugoslawien 29 Schulen zur Ausbildung von Spionen und Diversanten, die regelmäßig entweder als „Gesandtschaftsangehörige" oder illegal über die Grenze gebracht oder mit Flugzeugen abgesetzt werden, und die mit amerikanischen Waffen ausgerüstet sind. Die Grenzprovokationen und -überfälle von Tito-Soldateska auf das Gebiet der an Jugoslawien grenzenden Volksrepubliken häufen sich. Tito-Jugoslawien ist heute zu einem der gefährlichsten Unruheherde in Europa geworden.

Die amerikanischen Tito-Agenten versuchen mit Hilfe verschiedenster Methoden in die revolutionäre Arbeiterbewegung und die demokratische Friedensbewegung auch solcher Länder wie Italien, Griechenland, Österreich, Frankreich, England, Westdeutschland, Belgien, Kanada, Australien, Indien, Ägypten einzudringen und Spionage- und Zersetzungsarbeit zu leisten. Dabei arbeiten sie offen mit den Rechtssozialisten sowie mit der zionistischen Agentur des amerikanischen Imperialismus zusammen.

Die amerikanischen Kriegsbrandstifter hatten der Tito-Clique die Aufgabe gestellt, in allen Ländern der Volksdemokratie die Herrschaft der Arbeiterklasse zu stürzen, den Kapitalismus wieder zu errichten und alle diese Länder

in einer gegen die Sowjetunion gerichteten amerikanischen „Balkanföderation" zusammenzuschließen. Es ist ein unschätzbares Verdienst Stalins, der KPdSU, der kommunistischen und Arbeiterparteien, daß sie die Rolle der Titofaschisten in der internationalen Verschwörung gegen den Frieden rechtzeitig aufdeckten, diese völlig entlarvten und die Pläne der amerikanischen Imperialisten vereitelten.

III.

Der von den Interessen der USA-Milliardäre diktierte Kurs der verstärkten Kriegsvorbereitungen, den die Titofaschisten offen eingeschlagen haben, hat die jugoslawische Wirtschaft desorganisiert und in eine schwere Krise gestürzt. Über die werktätigen Massen wurden unerhörte Entbehrungen, Leiden und Hunger gebracht. Schon Friedrich Engels erklärte, daß die Militarisierung den finanziellen Zusammenbruch des Landes mehr und mehr beschleunigt.

Die Wirtschaftspläne Titos sind gescheitert. Die Erzeugung lebenswichtiger Industriezweige, der Kohlen-, Strom- und Textilindustrie, und die Produktion der Landwirtschaft sinken ununterbrochen. Durch die Militarisierung der Wirtschaft, die Kolonisierung des Landes und die radikale Einschränkung der Friedensindustrie gibt es gegenwärtig in Jugoslawien über 300 000 arbeitslose Industriearbeiter, ebenso viele Kurzarbeiter, 180 000 erwerbslose Handwerker und 70 000 arbeitslose Angestellte. Die Tito-Clique erklärte schamlos, die Arbeitslosigkeit sei „als Folge der Rentabilität der Betriebe aufgetreten". Obwohl Jugoslawien ein fruchtbares Land ist, verelenden durch die faschistische Politik der Förderung der Kulaken die Massen der werktätigen Bauern.

Da die werktätige Bauernschaft weder Inventar noch Saatgut und Zugvieh besitzt, blieben im vergangenen Jahr über 3 Millionen Hektar Ackerfläche unbestellt. Der Viehbestand geht ständig zurück. Die Faschisten haben das Land dem Hunger preisgegeben.

Die bürgerliche „Neue Züricher Zeitung" bezeichnete die Lage der jugoslawischen Wirtschaft als kritisch und eine Sanierung als hoffnungslos. Die „Hilfe" der Westmächte halte das Schiff bloß auf der Oberfläche, verhindere sein Sinken. Die Ergebnisse dieser „Hilfe" sind die kolossale Staatsschuld, das Defizit der Zahlungsbilanz und die wachsende Inflation. Heute entfallen in Jugoslawien auf jeden Einwohner über 20 000 Dinar Schulden an die ausländischen Monopolherren. Alle diese Schwierigkeiten versuchen die Titofaschisten durch verstärkte Ausbeutung, durch Anziehen der Steuerschraube und maßlose Preistreiberei zu überwinden. Dadurch verschärfen sie die Lage jedoch noch mehr.

In der amerikanischen Kolonie Jugoslawien sind die Arbeiter gezwungen, täglich 14 Stunden und mehr für einen Hungerlohn zu arbeiten. Allein im Gebiete Mostar werden 21 000 Kinder unter 11 Jahren von Großbauern und Kapitalisten ausgebeutet. Nach offiziellen Angaben der Titofaschisten, verdient ein hochqualifizierter Arbeiter in der Stunde 30 Dinar, wofür er eine Flasche Selterswasser kaufen und ein Angestellter mit hoher Qualifikation 230 Dinar täglich, wofür er einen Aluminiumlöffel erwerben kann. Seit 1948 sind die Preise auf das 8- bis 10fache, der Nominallohn dagegen auf das Doppelte gestiegen.

Die Faschisten haben fast alle Steuern des königlichen Jugoslawiens wieder eingeführt. Mit Mißhandlungen, offenem Raub, Beschlagnahmen, Zwangsver-

steigerungen, mit Verhaftungen und Verbannungen versuchten die Faschisten im vergangenen Jahr allein aus den werktätigen Bauern 50 Millionen Dinar Steuern herauszupressen.

Auf Grund der schweren Lebensbedingungen sterben jährlich über 100 000 Menschen an Tuberkulose. Nach faschistischen Angaben stirbt jedes vierte Kind bevor es das 5. Lebensjahr erreicht hat. In Jugoslawien vollzieht sich die absolute und relative Verelendung der Werktätigen schneller als in anderen kolonialen Ländern. Während die werktätigen Massen zu Armut, Hunger und Elend verurteilt sind, verprassen die amerikanisch-englischen „Berater", „Spezialisten" und ihr Anhang, die die besten Schlösser und Hotels belegt und das ganze Land überschwemmt haben, das Volksvermögen Jugoslawiens. Dabei helfen ihnen eifrig die Tito-Lakaien, die in den hundertfach bewachten königlichen Palästen in Luxus schwelgen und bereits Millionen Dinar in amerikanischen und schweizer Banken deponiert haben.

Angesichts dieser Lage haben sich die Klassengegensätze äußerst zugespitzt, nimmt die Unzufriedenheit des Volkes mit der faschistischen Politik immer mehr zu. Die Titofaschisten halten sich mit Bajonetten an der Macht, sie stützen sich auf eine dünne Schicht geschworener Volksfeinde, auf die Hilfe der amerikanischen und englischen Imperialisten und auf schrankenlosen Terror. In den Konzentrationslagern und Gefängnissen, die ebenso wie die Militärbauten bevorzugt errichtet werden, schmachten 250 000 Arbeiter, werktätige Bauern und Vertreter der revolutionären Intelligenz sowie 20 000 nationalbewußte Soldaten. In den letzten drei Jahren wurden über 300 000 Urteile wegen politischer Vergehen gefällt. Der grausame faschistische Terror gegen die jugoslawischen Patrioten erfolgt mit direkter Unterstützung der amerikanischen Kriegstreiber. Weder die Repressalien noch der Terror der Titofaschisten können jedoch den heroischen Kampf der Völker Jugoslawiens eindämmen. Dieser Kampf ist schwer und opferreich, doch er wird keine Minute eingestellt.

An der Spitze dieses Kampfes steht die jugoslawische Arbeiterklasse, deren Aktionen ständig organisierter werden. Immer häufiger nehmen die Arbeiter den Kampf auf. So haben beispielsweise die Hafen- und Transportarbeiter 1951 60 000 Tage gestreikt. Sie bleiben der Arbeit fern, stellen Ausschuß her, zerstören und beschädigen Maschinen. Die Erfüllung der Produktionspläne der Rüstungsbetriebe und der Transportpläne wurden von den Arbeitern durch Brandstiftungen und Sprengungen verhindert.

Dem Kampf der Arbeiterklasse schließen sich die werktätigen Bauern und die revolutionäre Intelligenz an. Mit jedem Tag wächst die Zahl der werktätigen Bauern, die sich weigern, dem Staat Getreide zu verkaufen und die Steuern zu bezahlen. Die werktätigen Bauern treten massenweise aus den großbäuerlichen „Genossenschaften" aus, flüchten von den Militärbauten und sabotieren Titos Anbaupläne.

Immer größere Bauerngruppen gehen in die Berge und kämpfen mit der Waffe in der Hand in den von kommunistischen Arbeitern und nationalbewußten ehemaligen Armeeangehörigen geleiteten Partisanenabteilungen. 1952 kam es zu großen Unruhen in allen Hochschulen des Landes. Nichts möchten die Titofaschisten so gern verheimlichen, wie die ständigen Verhaftungen in der Armee. Immer mehr Soldaten und auch Offiziere beziehen den Standpunkt: „Beginnen die Tito-Leute einen Krieg, so drehen wir die Gewehre gegen sie um."

So wächst von Tag zu Tag der revolutionäre Befreiungskampf, an dessen Spitze die wirklichen Kommunisten, die besten Söhne und Töchter des jugoslawischen Volkes stehen, die für die Schaffung einer neuen, wahrhaft revolutionären Kommunistischen Partei Jugoslawiens und für die Bildung einer nationalen Einheitsfront, für den Sturz der faschistischen Diktatur der Tito-Clique, für die Wiederherstellung der volksdemokratischen Ordnung, für die Rückkehr Jugoslawiens in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus kämpfen. In den Betrieben und Bergwerken, in den Städten und Dörfern, in den Universitäten und in der Armee werden illegale Parteiorganisationen gegründet.

Die illegal arbeitenden Kommunisten leiten durch Verbreitung der Nachrichten des Moskauer Rundfunks und der Sender der volksdemokratischen Länder, durch Agitationsschriften und Flugblätter eine geduldige Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung. Sie verstehen es immer besser, die Formen der illegalen und der legalen Arbeit miteinander zu verbinden. Viele jugoslawische Patrioten, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, setzen aus der Emigration ihren Kampf gegen das verhaßte Titoregime fort. Der selbstlose Kampf der wirklichen Kommunisten hat bereits beachtliche Erfolge gebracht. Im Vergleich zu 1948/49 sind die Kräfte, die einen entschlossenen Kampf gegen die faschistische Tito-Bande führen, bedeutend gewachsen, hat sich die Massenbasis der patriotischen Bewegung verbreitert, so daß ein „Bund jugoslawischer Patrioten zur Befreiung der Völker Jugoslawiens vom faschistischen Joch der Clique Tito-Rankovic und von der imperialistischen Sklaverei" gegründet werden konnte. Diesem Bund gehören außer den Kommunisten Patrioten der verschiedensten Richtungen an. Eine unschätzbare Hilfe für den erfolgreichen Kampf der jugoslawischen Patrioten war der XIX. Parteitag der KPdSU, auf dem der unsterbliche Stalin in seiner letzten Rede auch dem jugoslawischen Volke das Programm des Kampfes und des Sieges gegeben hat. Es besteht kein Zweifel, daß die Völker Jugoslawiens diesen von Stalin gewiesenen Weg gehen und siegen werden. Auf diesem Weg wird die jugoslawische Arbeiterklasse unter der Führung ihrer wiedererstandenen marxistisch-leninistischen Partei mit Unterstützung aller Patrioten Jugoslawiens die faschistische Diktatur stürzen, die volksdemokratische Ordnung wiederherstellen und Jugoslawien in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zurückführen. Das jugoslawische Volk, seine Arbeiterklasse können sich dabei auf die Sympathie und auf die Kraft des weltumspannenden Friedenslagers stützen, an dessen Spitze die mächtige Sowjetunion steht.

Konsultation

Zu einigen Fragen der Dialektik und der modernen Naturwissenschaft

Es entspricht der gewaltigen Entwicklung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik, daß in den Kreisen unserer Naturwissenschaftler und Techniker ein großes Interesse an den philosophischen Grundlagen der Naturwissenschaften und an ihren philosophischen Verallgemeinerungen erwacht. Dies äußert sich in der breiten Entfaltung von Aussprachen und Diskussionen, die in der freundschaftlichen Atmosphäre gemeinsamer Interessen der Arbeiter und der werktätigen Intelligenz geführt werden. Das hohe wissenschaftliche Niveau, auf dem sich diese mit großem Ernst geführten Diskussionen bereits bewegen, bringt es mit sich, daß große Anforderungen an unsere Propagandisten gestellt werden, die sich immer gründlichere Kenntnisse von den naturwissenschaftlichen Grundlagen der modernen Produktion erwerben müssen.

In solchen Diskussionen über Dialektik und Naturwissenschaft wurden von einigen Naturwissenschaftlern Einwände gegen die Gültigkeit des dialektischen Grundzuges der ständigen Bewegung, Veränderung und Entwicklung *aller* Dinge in Natur und Gesellschaft erhoben. So schrieben uns zum Beispiel die Genossen aus dem Leichtmetallwerk Rackwitz VEB:

> „Die Physiker und Chemiker unseres Betriebes waren über unsere Behauptung, daß es nichts Gleiches in der Welt gibt, überrascht und wollten sich von der Richtigkeit nicht überzeugen lassen. So führte der Leiter des Labors an, daß die völlige Gleichheit der Atome des Wasserstoffs die Unsicherheit unserer Behauptung beweise."

Diese Mitteilung zeigt deutlich, daß sich zwei Meinungen gegenüberstehen, von denen jede die Richtigkeit der anderen auszuschließen scheint. Aber ist es wirklich richtig, daß die materialistische Dialektik die Gleichheit verschiedener Dinge und Erscheinungen leugnet? Gleicht nicht ein Jahr dem anderen, wenn mit unerbittlicher Notwendigkeit auf jeden Winter ein neuer Frühling folgt? Kommt nicht gerade in der objektiven Gültigkeit der Gesetzmäßigkeiten der Naturprozesse, die unabhängig von unserem Willen hier auf der Erde ebenso vor sich gehen wie unter den entsprechenden Bedingungen auf einem anderen Planeten eines fernen Weltsystems, eine Gleichheit und Allgemeinheit der Prozesse der Natur zum Ausdruck? Offensichtlich wird der dialektische Zusammenhang zwischen Gleichheit und Verschiedenheit nicht erkannt. Alle Dinge und Erscheinungen sind verschieden. Aber sind sie deswegen völlig verschieden? Alle Wasserstoffatome sind gleich, aber keineswegs sind sie völlig gleich. Das Fehlerhafte beider Standpunkte liegt in der metaphysischen Verabsolutierung der Gleichheit auf der einen und der Verschiedenheit auf der anderen Seite. Durch die Verabsolutierung der Verschiedenheit wird die Natur in ein Chaos gesetzloser Individualitäten aufgelöst. Ein solcher Standpunkt ist völlig fruchtlos. Die Verabsolutierung der Gleichheit führt zu dem starren metaphysischen Weltbild des mechanischen Materialismus, der mit einem Bein tief im Idealismus steckt. Dieser Standpunkt ist noch weitverbreitet und muß überwunden werden. Aus ihm resultieren die Einwände gegen den zweiten Grundzug der Dialektik.

Die Behauptung der völligen Gleichheit aller — oder wenigstens sehr vieler — Wasserstoffatome steht allerdings im Widerspruch zur marxistischen

Dialektik, aber sie steht auch im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaften, wie es ja gar nicht anders sein kann; denn die marxistische Dialektik erhebt mit Recht Anspruch auf allgemeine Gültigkeit. Die Behauptung der völligen Gleichheit verschiedener Dinge und Erscheinungen schließt meistens die Vorstellung ein, daß die Dinge, solange sie untereinander gleich sind, auch sich selbst gleich bleiben, das heißt also: sich in der Zeit nicht verändern. Im Gegensatz hierzu lautet aber die von J. W. Stalin in seinem genialen Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus" gegebene Formulierung des zweiten Grundzuges der Dialektik folgendermaßen:

> „Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als einen Zustand der Ruhe und Unbeweglichkeit, des Stillstands und der Unveränderlichkeit, sondern als Zustand unaufhörlicher Bewegung und Veränderung, unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung, in welchem immer irgend etwas entsteht und sich entwickelt, irgend etwas zugrunde geht und sich überlebt." (J. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 649)

Die naturwissenschaftlichen Einwände gegen den zweiten Grundzug der Dialektik, die wir hier behandeln wollen, besagen demgegenüber, daß es Zustände der elementaren Bausteine der Materie, der stabilen Atomkerne, der Protonen, Neutronen, Elektronen usw. gebe, die untereinander absolut gleich und von ewiger Dauer seien. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß selbst dann, wenn es sich erweisen sollte, daß alle Elementarteilchen sich ineinander umwandeln können, doch völlig identische Zustände völlig identischer Teilchen in ungeheurer Zahl in der Natur ständig und oft für sehr lange Zeit existieren. In diesem Zusammenhang wird besonders hervorgehoben, daß die Anzahl der kleinsten Teilchen, der Elektronen, Protonen, Neutronen usw., aus denen die Materie aufgebaut ist, unvorstellbar groß ist, während demgegenüber nur eine beschränkte Anzahl definierter, gesetzmäßig bestimmter Zustände existiert, in denen diese Elementarteilchen vorkommen können.

Damit sind die folgenden Grundfragen gestellt:

1. Gibt es in der Natur absolut gleiche Erscheinungen?
2. Gibt es in der Natur Zustände von ewiger Dauer?
3. Inwiefern können verschiedene Dinge einander gleich sein?

Natürlich ist es richtig, daß es eine unvorstellbare große Zahl von Elektronen, Atomen, Molekülen gibt, die in bestimmten Eigenschaften übereinstimmen. Alle Elektronen haben z. B. eine ganz bestimmte Ladung, die sogenannte Elementarladung. Alle Deuteriumkerne bestehen aus einem Proton und einem Neutron. Alle Wassermoleküle bestehen aus zwei Wasserstoffatomen und einem Sauerstoffatom usw. Die Übereinstimmung vieler Dinge in bezug auf bestimmte Eigenschaften können wir nicht nur bei den Elementarteilchen feststellen. Auch der Satz „Alle Hunde haben vier Beine" besagt nicht mehr und nicht weniger, als wir von den Eigenschaften der Elementarteilchen festgestellt haben. Wenn aber auch viele verschiedene Dinge in bestimmten Eigenschaften und Hinsichten übereinstimmen, so besagt dies natürlich nicht, daß sie deswegen auch in allen Eigenschaften und in jeder Hinsicht übereinstimmen.

Die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft besagen unzweideutig, daß sich alle Elektronen, Atome, Moleküle unaufhörlich im Zustand der Bewegung

befinden. Sie haben deshalb z. B. je nach ihrer Geschwindigkeit eine verschiedene Masse, entsprechend der Energiemasserelation der Relativitätstheorie. Je höher ihre Geschwindigkeit, desto größer ist ihre Masse. Da die Elektronen, Atome, Moleküle alle verschiedene Geschwindigkeiten haben, ist also schon in Bezug auf ihre Masse die Zahl der Zustände, in denen sie sich befinden können, ebenso unendlich, wie ihre Anzahl. Die *Bewegung*, die „Daseinsweise der Materie", ohne die, wie sich Engels ausdrückt, „die Materie undenkbar ist" und die „so unerschaffbar wie unzerstörbar ist",*) erweist sich also als unerschöpfliche Quelle qualitativer Veränderungen.

Friedrich Engels hebt hervor, daß die Bewegung der Materie nicht nur als Ortsveränderung aufgefaßt werden darf, sondern „alle im Universum vorgehenden Veränderungen und Prozesse in sich" begreift, „von der bloßen Ortsveränderung bis zum Denken".**) So befinden sich z. B. gebundene Elektronen, welche einen Atomkern umkreisen, nicht nur in den verschiedensten Bewegungszuständen, soweit man diese als einfache Rotation auf bestimmten kreisförmigen oder elliptischen Bahnen begreift, sondern sie haben dadurch, daß sie zum Bestandteil eines Atoms geworden sind, auch neue Eigenschaften, neue Qualitäten, die wir weder an den selbständigen freien Elektronen noch an freien Atomkernen beobachten: Sie sind befähigt, Lichtquanten zu absorbieren und auch zu emittieren, d. h. Licht auszustrahlen und zu verschlucken. Das bedeutet, daß mit dem Einbau eines Elektrons in den Verband des Atoms zugleich neue Kräfte entstanden sind, die ihre Entstehung erst der Wechselwirkung zwischen Atomkern und Elektron verdanken. Aber nicht nur die Atomkerne und die sie umkreisenden Elektronen, nicht nur die verschiedenen Atome, die in einem Molekül vereinigt sind, sondern

> „die ganze . . . Natur bildet ein System, einen Gesamtzusammenhang von Körpern . . . Darin, daß diese Körper in einem Zusammenhang stehn, liegt schon einbegriffen, daß sie aufeinander einwirken, und diese ihre gegenseitige Einwirkung ist eben die Bewegung." (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", S. 62)

Die Bewegung, die Daseinsweise der Materie, umfaßt alle Arten der Veränderung der Dinge. Hierbei gilt es zu beachten, daß sich die Veränderungen nicht nur als Veränderungen im Raum vollziehen, sondern zugleich als Veränderungen in der Zeit. Um die Veränderungen, die vor sich gehen, an den Dingen wahrnehmen zu können, müssen wir bestimmte Erscheinungen in einem größeren Zeitraum betrachten, denn viele Veränderungen vollziehen sich zunächst unmerklich. Sie werden erst sichtbar und wirksam, wenn sie ein bestimmtes Ausmaß überschritten haben. Viele Dinge scheinen für lange Zeit gleich zu bleiben, und doch vollziehen sich an ihnen tiefgehende Veränderungen. Die Bewegung, die Veränderung und gegenseitige Einwirkung der Dinge aufeinander, entspringen den Widersprüchen, die den Dingen innewohnen. Die Bewegung der Planeten um die Sonne entspringt dem Widerspruch zwischen der Anziehung der Massen und der Trägheit der Massen. Der Planet vollführt seine Bahnbewegung, weil er stets in gleichem Maße im Zustand seiner Bewegung beharrt, wie er den Zustand seiner Bewegung unter dem Einfluß der Anziehungskraft verändert. In jedem Augenblick sind Kraft

*) Siehe Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 62
**) Ebenda, S. 61

und Gegenkraft (actio und reactio) einander gleich und doch voneinander verschieden.

„Die Bewegung selbst ist ein Widerspruch; sogar schon die einfache mechanische Ortsbewegung kann sich nur dadurch vollziehn, daß ein Körper in einem und demselben Zeitmoment an einem Ort und zugleich an einem anderen Ort, an einem und demselben Ort und nicht an ihm ist. Und die fortwährende Setzung und gleichzeitige Lösung dieses Widerspruchs ist eben die Bewegung." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 146/147)

Gerade dadurch, daß die Dinge sich bewegen, sich verändern und aufeinander einwirken, heben sie in jedem Augenblick ihre Identität auf. Bewegung ist die unaufhörliche Setzung und Lösung des Widerspruchs von Identität und Verschiedenheit. Die Dinge sind also nicht nur niemals mit anderen Dingen gleich, sondern nicht einmal mit sich selbst gleich. Durch jede Veränderung wird das gleiche Ding auch ein anderes Ding. Friedrich Engels schreibt in seinem Werk „Dialektik der Natur":

„*Der Satz der Identität* im altmetaphysischen Sinn, ... Jedes Ding ist sich selbst gleich, ... ist von der Naturforschung in jedem einzelnen Fall Stück für Stück widerlegt ... Die abstrakte Identität ... reicht aus für den *Haus*gebrauch, wo kleine Verhältnisse oder kurze Zeiträume in Betracht kommen ..." (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", S. 228/229)

Es ist gerade die fortschreitende Veränderung in der Zeit, die bewirkt, daß niemals in der Natur der gleiche Zustand wiederkehrt. Die Zeit, die eine Form der Daseinsweise der Materie, deren Wesen die Unwiederbringlichkeit der Vergangenheit und die Unausweichlichkeit der Zukunft ist, ist selber in ihrem Maß und in ihrer Bedeutung vollständig bestimmt durch die in der Natur vor sich gehenden Prozesse der fortwährenden, fortschreitenden Veränderung der Dinge und Erscheinungen.

Die Einwände der betreffenden Naturwissenschaftler laufen also darauf hinaus, die von der Naturwissenschaft richtig festgestellte Identität der Wasserstoffatome in bezug auf bestimmte Eigenschaften wie Kernladung, Atomgewicht usw. zu verabsolutieren in der starren Form der abstrakten Identität.

Der Begriff der Bewegung ist untrennbar mit dem Begriff der Wechselwirkung verbunden, der heute zu einem zentralen Begriff der theoretischen Physik und der physikalischen Chemie geworden ist. Bewegung ist, wie Engels darlegt, zugleich Wirkung aufeinander. Die Wechselwirkung wird dabei keineswegs nur als eine einfache Beeinflussung oder Rückwirkung aufgefaßt, sondern als die bestimmende Ursache der Entstehung neuer Qualitäten. Systeme, die sich in Wechselwirkung befinden, sogenannte „gekoppelte" Systeme, gehorchen gänzlich anderen, qualitativ anderen Gesetzmäßigkeiten als ungekoppelte Systeme. Die Wechselwirkung als Quelle neuer Kräfte und Energien tritt nicht nur beim Aufbau der Elektronenhülle der Atome in Erscheinung, sondern ebenso beim Aufbau der Atomkerne aus Protonen und Neutronen wie auch beim Aufbau der Moleküle der chemischen Verbindungen. Die Zustände in den Kristallen, in den Flüssigkeiten und selbst in den Gasen, wo die Moleküle verhältnismäßig frei beweglich sind, werden in hohem Maße

durch Wechselwirkungen, teilweise sehr komplizierter Art, bestimmt, die zwischen den Atomen und Molekülen vor sich gehen.

Ein solches gekoppeltes System, dessen Existenz und Zusammenhalt durch die intensive „Koppelung" seiner Bestandteile bedingt ist, stellt z. B. das einfachste aller Moleküle, das Wasserstoffmolekül dar, das aus zwei Wasserstoffatomen besteht. Die zwei Elektronen, die ursprünglich je einem selbständigen Wasserstoffatom angehörten, sind jetzt Bestandteile eines einheitlichen neuen Systems. Gerade dieser Umstand, daß die beiden Elektronen keinem der beiden Wasserstoffkerne einzeln, sondern dem ganzen Molekül angehören, bewirkt die Entstehung der sogenannten Austauschkräfte, durch die das Molekül fest zusammengehalten wird. Das gleiche gilt von allen komplizierteren Molekülen. Die besonderen Eigenschaften organischer Moleküle mit sogenannten konjugierten Doppelbindungen (Benzol, Naphthalin, Anthracen usw.) beruhen darauf, daß bestimmte Elektronen sich im ganzen Molekül frei bewegen können. Gerade die hierdurch bewirkte enge Wechselwirkung zwischen allen Atomen des Moleküls, ihre gegenseitige Einwirkung — die eben ihre Bewegung ist — verleiht diesen Molekülen eine besondere Stabilität. Gleichzeitig können die Moleküle hierdurch äußerst mannigfaltige energetische Zustände annehmen, wodurch ihnen besondere chemische Reaktionsfähigkeiten verliehen werden.

Die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft bestätigen also voll und ganz die Feststellung Friedrich Engels:

> „*Wechselwirkung* ist das erste, was uns entgegentritt, wenn wir die sich bewegende Materie im ganzen und großen, vom Standpunkt der heutigen Naturwissenschaft betrachten." (Ebenda, S. 246)

Die Vorstellung von der Unveränderlichkeit der Wasserstoffatome berücksichtigt also nicht die Bewegung und damit die Wechselwirkung zwischen den Dingen. Die Dinge werden von einem starren, metaphysischen Standpunkt aus betrachtet und die Bewegung überhaupt außer acht gelassen. So erklärt sich auch, daß einer solchen Denkweise die inneren Quellen der Bewegung unbegreiflich sind: Die objektiven Widersprüche in den Dingen, die gerade in der Wechselwirkung einander widersprechender Kräfte und Tendenzen zum Ausdruck kommen.

Nun wird von einigen Naturwissenschaftlern — wenn sie soweit die Fakten der modernen Naturwissenschaft (und damit auch die Gültigkeit des dialektischen Grundzuges der Bewegung und Veränderung aller Dinge) anerkennen — die Frage gestellt, was denn dann die Ruhe, das Bleibende und Beständige sei? Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben diese Frage grundsätzlich philosophisch geklärt. Friedrich Engels führte z. B. in seinem genialen Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" den Nachweis, daß die Bewegung absolut ist, während es eine absolute Ruhe und Unveränderlichkeit in Natur und Gesellschaft überhaupt nicht gibt. Die Ruhe ist relativ, „hat nur Sinn in Beziehung auf diese oder jene bestimmte Bewegungsform". Sie kann nur als beschränkt, einseitig und relativ aufgefaßt werden, während die Bewegung das Umfassende, Allseitige, Absolute ist. Friedrich Engels schrieb in diesem Zusammenhang:

> „Ein Körper kann z. B. auf der Erde im mechanischen Gleichgewicht, mechanisch in Ruhe sich befinden; dies hindert durchaus nicht, daß er an

der Bewegung der Erde wie an der des ganzen Sonnensystems teilnimmt, ebensowenig wie es seine kleinsten physikalischen Teilchen verhindert, die durch seine Temperatur bedingten Schwingungen zu vollziehn, oder seine Stoffatome, einen chemischen Prozeß durchzumachen. Materie ohne Bewegung ist ebenso undenkbar wie Bewegung ohne Materie." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 70)

Damit ist gesagt, daß die Dinge und Erscheinungen nur in bestimmter Hinsicht, in bezug auf bestimmte Eigenschaften und Beziehungen zu anderen Dingen als im Zustand der Ruhe befindlich angesehen werden können. Das Bleibende und Beständige der Dinge bezieht sich also nur auf ihr Verhältnis zu anderen Dingen, soweit dies Verhältnis isoliert und einseitig betrachtet wird.

Mit dieser Feststellung wird aber der objektive Charakter solcher bleibender und beständiger Beziehungen zwischen den Dingen in keiner Weise geleugnet. Gerade die Naturkonstanten, die mit großer Genauigkeit und Zuverlässigkeit bestimmt werden können, stellen auf Grund der gesetzmäßigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen der Bewegung quantitative Verhältnisse der verschiedenen qualitativen Maßeinheiten dar. In den Atomgewichten und Molekulargewichten, in den chemischen Formeln der Stoffe und in den Schwingungszahlen der Spektrallinien kommen objektive, wahre, von unserem Bewußtsein unabhängige Gesetzmäßigkeiten der Prozesse der Natur zum Ausdruck. Alle diese Angaben stehen aber ebensowenig im Widerspruch zu dem dialektischen Grundzug der ständigen Veränderung und Wandlung aller Dinge und Erscheinungen, wie man aus dem Satz: „Alle Hunde haben vier Beine" schließen darf, daß alle Hunde einander gleich sind und jeder Hund sein Leben lang der gleiche bleibt und keinen Prozeß der Entwicklung und Veränderung durchmacht.

Aus den Darlegungen geht hervor, daß die betreffenden Naturwissenschaftler, die Einwände gegen den zweiten Grundzug der Dialektik erheben, zu Unrecht und im Widerspruch zu den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft aus der Übereinstimmung verschiedener Dinge in bestimmten Eigenschaften und Hinsichten auf eine Übereinstimmung dieser Dinge in allen Eigenschaften und Hinsichten schließen. Solch eine fehlerhafte Denkweise entspricht metaphysischen Denkgewohnheiten. Sie steht andererseits in engem Zusammenhang mit den methodischen Prinzipien der wissenschaftlichen Forschung. Die betreffenden Naturwissenschaftler bedenken nicht, daß solche Begriffe wie Elektron, Proton, Atom, Molekül zunächst nur Abstraktionen sind — wie überhaupt alle Begriffe —, die an und für sich gar nichts Reales bedeuten, sondern erst in bezug auf bestimmte Elektronen, Protonen usw einen konkreten Sinn erhalten. Als Abstraktionen bringen sie nur unsere allgemeinen Kenntnisse von Eigenschaften der Elektronen, Protonen usw. zum Ausdruck, die wir mehr oder weniger, je nach den Umständen, an ihnen allen feststellen können. Die konkreten Dinge und Erscheinungen, aus denen diese Begriffe abstrahiert werden, sind aber in ihrer qualitativen Mannigfaltigkeit unerschöpflich. „Das Elektron ist ebenso *unerschöpflich* wie das Atom, die Natur ist unendlich", stellt Lenin fest*).

Jeder Begriff, einzeln genommen, bringt also nur eine Seite der Sache zum Ausdruck. Das Ganze kann aber erst durch Synthese aller Einzelheiten erschlossen werden. Die wissenschaftliche Erforschung der Natur, der analytische

*) Siehe W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 252/253

Prozeß der wissenschaftlichen Untersuchung, erfordert, jede Erscheinung *zunächst* isoliert zu betrachten, Bedingungen zu schaffen, worin das Objekt der Untersuchung möglichst unbeeinflußt und rein hervortritt. Nur dann kann die theoretische Erfassung des Wesentlichen, die Abstraktion von unwesentlichen Nebenwirkungen möglichst ungestört vor sich gehen.

In dem Buch „Aus dem philosophischen Nachlaß" von W. I. Lenin finden wir in den 16 Elementen der Dialektik mehrere Hinweise auf die dialektische Beziehung zwischen Analyse und Synthese im Erkenntnisprozeß. Lenin hebt hervor, wie unentbehrlich für den Erkenntnisprozeß die Analyse, d. h. die Zerlegung des einheitlichen Ganzen in einzelne Teile, die Isolierung der Teile voneinander, ist, wie aber andererseits der methodischen Analyse ebenso die methodische Synthese folgen muß, die das Ganze aus seinen Teilen zusammenfügt. Die dialektische Erkenntnis schreitet von der „Koexistenz zur Kausalität", d. h. von dem einfachen Nebeneinanderbestehen der isolierten Teile zu ihrer wechselseitigen Beziehung, und „von der einen Form des Zusammenhangs und der wechselseitigen Abhängigkeit zu einer anderen, tieferen, allgemeineren".*)

Bei dem analytischen Prozeß der wissenschaftlichen Untersuchung stellen wir also an den Dingen bestimmte Eigenschaften, Qualitäten fest, die für die betreffende Erscheinung charakteristisch sind, d. h. stets wiederkehren, also wesentliche und gesetzmäßige Eigenschaften darstellen. Aber diese Eigenschaften, diese bestimmten Qualitäten der Bewegung der Materie, wie z. B. die Temperatur, die kinetische Energie eines Teilchens, die Schwingungszahl eines Oszillators, stellen für sich betrachtet auch nur *eine* Seite der Sache, *eine* bestimmte Abstraktion von den mannigfaltigen Eigenschaften des Dings dar. Aber kein Ding, keine Erscheinung der Natur kann mit einer solchen Abstraktion, die unvollkommen und einseitig ist, identifiziert werden. Ein wirkliches Ding ist eine höhere Einheit der verschiedensten und in sich widerspruchsvollen, sich „innerlich widersprechenden *Tendenzen (und* Seiten)", eine „Summe und *Einheit der Gegensätze*", wie Lenin es formuliert hat.**)

Die Grundzüge der Dialektik sind allgemeinste Gesetzmäßigkeiten von ewiger Gültigkeit. Bei jeder Abstraktion ist jedoch zu beachten, daß die Wahrheit immer konkret ist Das heißt, den Gesetzmäßigkeiten kommt nur insofern Wahrheit zu, als sie in den konkreten Erscheinungen vorhanden sind, aus denen sie abgeleitet, abstrahiert werden. Die Identifizierung der Dinge und Erscheinungen mit den aus ihrem Verhalten gewonnenen Abstraktionen entspringt den metaphysischen Denkgewohnheiten und führt geradewegs zum Idealismus. Eine solche „Wissenschaft" tut dasselbe, „wie wenn sie statt Kirschen, Birnen, Äpfel das Obst als solches . . . zu sehen verlangt, statt Katzen, Hunde, Schafe usw. das Säugetier als solches, . . . den Stein als solchen, die chemische Zusammensetzung als solche, die Bewegung als solche".***) Einer solchen Denkweise muß die Natur schließlich als die — mehr oder weniger unvollkommene — Verwirklichung von allgemeinen Ideen, Gesetzmäßigkeiten usw. erscheinen, als ein starres System ewig unveränderlicher Beziehungen zwischen ewig unveränderlichen, absoluten, von der Wirklichkeit unabhängigen Ideen. Das jedoch widerspricht der menschlichen Erfahrung, den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft, der Dialektik der Natur.

Prof. Dr. Robert Havemann

*) Siehe W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 145.
**) Ebenda, S. 144.
***) Siehe Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", S. 272

Bibliographie

Die vulgäre Apologetik der heutigen bürgerlichen ökonomischen Theorien

Auf der II. theoretischen Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Dezember vergangenen Jahres erklärte Genosse Fred Oelßner:

„Ein sehr vernachlässigtes Gebiet unserer ideologischen Arbeit ist der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen die „wissenschaftlichen" Verteidiger des barbarischen Imperialismus ... Darum ist der Kampf gegen die Ideologen des USA-Imperialismus, ihre Entlarvung eine wichtige Aufgabe im Kampfe um die Erhaltung des Friedens." (Fred Oelßner, „Eine neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 183 u. 184)

Es ist daher zu begrüßen, daß Genosse Kuczynski sich in seiner neuesten Arbeit „Die politökonomische Apologetik des Monopolkapitals in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus"*), die Aufgabe stellt, „die erzvulgäre Apologetik, den provozierenden Zynismus, die fortschrittsfeindliche, Elend bringende Wirkung" der heutigen bürgerlichen ökonomischen Theorien zu zeigen. Genosse Kuczynski behandelt in seinem Buch eine Reihe von „Theorien", die im Auftrage der Monopolkapitalisten verbreitet und von den rechten sozialdemokratischen Führern gehorsam nachgebellt werden und der Rechtfertigung aller Verbrechen der nach Maximalprofit strebenden Imperialisten dienen sollen.

Den Lesern wird gezeigt, daß die heute von den bürgerlichen Ökonomen verbreiteten Lehren keinerlei Anspruch auf Wissenschaftlichkeit mehr erheben können. Karl Marx wies bereits im ersten Band des „Kapital" darauf hin, daß es seit 1830, seit der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat mehr und mehr praktische Bedeutung gewann, auch mit der wissenschaftlichen bürgerlichen politischen Ökonomie zu Ende ging. Marx erklärte:

„Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 13)

Genosse Kuczynski zeigt an einer Reihe von Beispielen, daß diese Marxsche Charakterisierung für die politische Ökonomie des Monopolkapitals in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, also in der Periode des Untergangs, der Verwesung des Kapitalismus, mehr denn je zutrifft.

Eine ganze Galerie bezahlter Klopffechter des kapitalistischen Maximalprofits führt Genosse Kuczynski vor. Von den Lehren der Ruoff und Hicks, den Apologeten sinkender Reallöhne für die Arbeiterklasse, bis zu den schamlosen Verleumdungen der sozialistischen Sowjetunion durch Adolf Weber und andere ziehen die kläglichen Versuche einer theoretischen Begründung der heutigen kapitalistischen Praxis an dem Leser vorüber.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Genosse Kuczynski der Theorie vom „organisierten Kapitalismus", die in den zwanziger Jahren von dem rechten Sozialdemokraten Hilferding vertreten wurde, die in der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 ihr jämmerliches Fiasko erlitt und heute in verschiedenerlei neuen Formen Auferstehung feiert. Diese Lehre dient in der Zeit der außerordentlichen Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit der Ablenkung des Proletariats von seiner entscheidenden politischen Aufgabe — dem Sturz der Ausbeuterordnung. Sie soll die Phrase von der „Klassenharmonie" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten theoretisch begründen. Die Pseudotheorien Hilferdings, wie die „Theorie" Tarnows von den „steigenden Reallöhnen" im Kapitalismus, dienten und dienen der Rechtfertigung des Betruges an den sozialdemokratischen

*) Alle Seitenzahlen ohne nähere Quellenangabe beziehen sich auf das Buch Jürgen Kuczynskis, „Die politökonomische Apologetik des Monopolkapitals in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus", Dietz Verlag, Berlin 1952.

Arbeitern durch ihre rechten Führer, sind wichtige Mittel, um den Verrat der rechten sozialdemokratischen Führer „theoretisch" zu begründen. In konsequenter Verfolgung des Weges, der mit der Verfälschung des Marxismus durch opportunistische Theorien begann, und der in das Lager der imperialistischen Bourgeoisie führte, sind die Ollenhauer, Reuter, Fette und Freitag heute nicht nur Lakaien der deutschen Bourgeoisie, sondern dazu noch Agenten des ausländischen, des amerikanischen Imperialismus geworden. Sie verzichten offen auf die Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und fordern im Aktionsprogramm des Dortmunder Parteitags die „freie Wettbewerbswirtschaft", Steigerung der Leistungen der Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben usw. Morgan Phillips, der Führer der Frankfurter pseudosozialistischen „Internationale", erklärte ganz offen: „Wir erkennen weder den Marxismus noch den Materialismus noch den Klassenkampf an."

Es ist bedauerlich, daß Genosse Kuczynski auf eine Entlarvung solcher heute von den rechten Sozialdemokraten vertretenen „Theorien" verzichtet. Die ideologische Zerschlagung dieser „Theorien" wäre dabei gerade gegenwärtig von außerordentlich großer Bedeutung für den Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland.

In seiner Schrift geht Genosse Kuczynski unter anderem auf die Lehre des englischen Ökonomen Keynes ein. Keynes, der erklärte Liebling der internationalen Finanzoligarchie, ist ohne Zweifel einer der gefährlichsten Vertreter der Ausbeuterideologie. In seinen Büchern, denen er einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben eifrig bemüht ist, fordert er als Ausweg aus den Schwierigkeiten des heutigen Kapitalismus die Durchführung nutzloser Arbeiten größten Ausmaßes durch den kapitalistischen Staat, wobei er auf den Bau von Pyramiden im alten Ägypten als Vorbild hinweist. Der Gipfel der Schamlosigkeit ist seine Schlußfolgerung, die von Genossen Kuczynski leider nicht wiedergegeben wird. Keynes erklärt in seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes":

> „Die durch Anleihen gedeckten ‚unproduktiven' Ausgaben können trotzdem schließlich die Gesellschaft bereichern. (Keynes versteht unter der Gesellschaft die Finanzoligarchie — M. N.) Der Bau von Pyramiden, Erdbeben und sogar Kriege können zur Vermehrung des Reichtums dienen."

Die Finanzierung dieser „unproduktiven Ausgaben" will er auf dem Wege der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter mittels Anziehen der Steuerschraube und wachsender Inflation erreichen. Die Inflation soll ein Absinken der Reallöhne bewirken, so daß die Monopole auf Herabsetzung der Nominallöhne verzichten und auf diese Weise den Widerstand der Gewerkschaften umgehen können. Da Keynes' Forderung nach Kriegen und Militarisierung der Volkswirtschaft zur Sicherung der kapitalistischen Höchstprofite der Bourgeoisie wie Musik in den Ohren klingt, wird seine Lehre in Amerika und Westeuropa eifrig verbreitet und praktiziert. Dort sinkt der Lebensstandard der Werktätigen ständig, wie ein Blick auf die Entwicklung der Löhne und Preise zeigt.

Das Buch des Genossen Kuczynski enthält ebenfalls eine Kritik der Auffassungen des Institutionalismus und der „Ordo"-Lehre Euckens, die jede Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung leugnen. Eucken geht dabei sogar so weit, die Existenz der kapitalistischen Ausbeuterordnung einfach abzustreiten. Er schreibt in seinem Buch „Die Grundlagen der Nationalökonomie", das in Westdeutschland verbreitet wird, unter anderem:

> „Weil der Begriff des Kapitalismus über das Ordnungsgefüge der Wirtschaft nichts Bestimmtes aussagt, eignet er sich nicht zur Bezeichnung wirtschaftlicher Wirklichkeit." (W. Eucken, „Die Grundlagen der Nationalökonomie", S. 103)

Daraus sollen dann die Werktätigen den Schluß ziehen, daß man für die Beseitigung des Kapitalismus nicht zu kämpfen braucht, da er ja gar nicht existiert.

Stalin hat in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" nachgewiesen, daß die

Verleugnung der objektiv wirkenden Gesetze die Verneinung der Wissenschaft bedeutet. Die Lehren der Ideologen des Kapitalismus unter den Bedingungen der allgemeinen Krise sind dafür eine Bestätigung. So erklären schließlich die Vertreter des ökonomischen Funktionalismus jede Erkenntnis kausaler Zusammenhänge im wirtschaftlichen Geschehen für unmöglich, was Genosse Kuczynski mit der Bemerkung kommentiert:

„Das heißt, die Wissenschaft dankt ab — und dieses Abdanken ist eine sehr klare und genaue Widerspiegelung einer Gesellschaft, die stirbt." (S. 56)

In der Periode der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus kämpft das amerikanische Monopolkapital um die Erringung der Weltherrschaft. Genosse Malenkow stellte auf dem XIX. Parteitag der KPdSU fest:

„Der amerikanische Imperialismus tritt heute nicht nur als internationaler Ausbeuter und Unterdrücker der Völker auf, sondern auch als eine die Wirtschaft der übrigen kapitalistischen Länder desorganisierende Kraft." (G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIX. Parteitag der KPdSU (B)", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 11)

Die von den USA-Imperialisten unternommenen Anstrengungen zur Beherrschung des kapitalistischen Weltmarktes spiegeln sich wider in der von ihnen propagierten „Freihandels"theorie. Mit ihr argumentieren die amerikanischen Imperialisten gegen die Versuche, vor allem der englischen Bourgeoisie, sich durch Schutzzölle dem Eindringen der aggressiven amerikanischen Konkurrenz in das englische Empire zu widersetzen. Gleichzeitig dienen diese „Theorien" dazu, die Politik der Einmischung der USA in die wirtschaftlichen Verhältnisse der anderen kapitalistischen Länder zu begründen. Die „Freihandels"-Theorie ist begleitet von einer Embargopraxis, die, wie Genosse Kuczynski zeigt, gegen die Sowjetunion und die Länder des Friedenslagers gerichtet ist und einen Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen darstellt.

Der Rechtfertigung des von den Imperialisten beabsichtigten Krieges dient auch der vor allem von amerikanischen Ideologen verbreitete Neomalthusianismus, der ebenfalls im Buch des Genossen Kuczynski behandelt wird. Das von den kannibalischen Wallstreet - Häuptlingen vorbereitete und heute in Korea bereits praktizierte Massenmorden an friedliebenden Menschen, die Anwendung der Atombombe und bakteriologischer Waffen, sollen durch eine angebliche absolute Übervölkerung der Erde begründet werden. Marx hat bereits die Unsinnigkeit der Malthusschen Irrlehre bewiesen, und die großartigen Erfolge der sowjetischen Wissenschaft auf dem Gebiet der Biologie und Agronomie widerlegen am klarsten die unmenschliche Behauptung der heutigen Jünger Malthus', daß die Erde nicht genügend Nahrung für alle biete, daß zuviel Menschen vorhanden wären. Nicht die Erde ist zu eng geworden für die Menschheit, sondern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind für die vorhandenen Produktivkräfte zu eng geworden.

In besonderen Abschnitten des Buches wird die Rolle der von den bürgerlichen Ideologen betriebenen Hetze und Verleumdung des ersten Landes des Sozialismus, der Sowjetunion, untersucht. Es wird die Schamlosigkeit und Verlogenheit dieser Machenschaften gezeigt, deren Methode darin besteht, die tatsächlichen Verhältnisse im Lande des Sozialismus auf den Kopf zu stellen. Heute benutzen die amerikanischen Imperialisten diese Methode vor allem, um ihre Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion und das Lager des Friedens zu verschleiern.

Das Buch „Die politökonomische Apologetik des Monopolkapitals in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus", das einen beachtenswerten Versuch an der ideologischen Front darstellt, zeigt leider auch eine Anzahl von Schwächen. So weist Genosse Kuczynski in seiner Arbeit zwar auf die Verlogenheit und Unwissenschaftlichkeit der bürgerlichen Apologeten hin, aber er unterläßt es fast immer, ihren falschen „Theorien", die wirkliche Entwicklung in den kapitalistischen Ländern und im sozialistischen Weltwirtschaftssystem, vor allem in der Sowjetunion, sowie die richtige, wissenschaftliche Anschauung des Marxismus-Leninismus gegenüberzustellen. Dadurch

verliert die Argumentation des Genossen Kuczynski viel von der Wirksamkeit und Durchschlagskraft, die man von einer parteilichen, marxistischen Kritik erwarten muß.

Ebenso muß man feststellen, daß der Verfasser es unterläßt, einen Teil der wichtigsten gerade in der Gegenwart verbreiteten bürgerlichen ökonomischen Lehren, wie die Theorien der amerikanischen Imperialisten vom „klassenlosen" amerikanischen Kapitalismus, die „Lehren" der rechten Sozialdemokraten über die sogenannte soziale Partnerschaft, den Rohstoff-Malthusianismus, die Propaganda über die angeblichen Vorzüge des Schumanplanes und die Integration Europas usw. in seiner Schrift zu beleuchten. Neben der Auseinandersetzung mit den oben erwähnten Theorien der rechten SPD-Führung fehlt z. B. auch jede kritische Bemerkung zu den vom Bonner Minister Erhard verbreiteten Pseudotheorien von der „sozialen" Marktwirtschaft in Westdeutschland, deren Zerschlagung im Kampf um die deutsche Einheit unerläßlich ist. Genosse Kuczynski schreibt in seinem Buch:

> „Stichworte wie Kosmopolitismus, Weltbürgertum, Integration der Nationen usw. kennzeichnen den allgemeinen Charakter der mit Recht so genannten amerikanischen Ideologie der Weltherrschaft! Sie kennzeichnen zugleich auch die zahlreichen Schleier, die das amerikanische Monopolkapital und seine Agenten über dieses Weltherrschaftsstreben legen, um es vor den Massen der werktätigen Menschen zu verhüllen." (S. 68)

So richtig einerseits diese Bemerkung ist, so merkwürdig erscheint es andererseits, daß gerade die kosmopolitischen Pseudotheorien nicht behandelt werden. Ihre Zerschlagung wäre gerade deshalb von so großer Bedeutung gewesen, weil die Imperialisten versuchen mit ihrer Hilfe die Spaltung Deutschlands zu verewigen. Die Zerschlagung gerade dieser Irrlehren wäre eine große Hilfe für die deutschen Patrioten im Kampf um die Einheit Deutschlands gewesen. Diese Unvollständigkeit der vorliegenden Schrift ist einer ihrer wesentlichsten Mängel.

Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß die Arbeit Prof. Kuczynskis eine Anzahl ungenauer oder falscher Formulierungen enthält, wie z. B. „monopolkapitalistische Elemente der Basis", während an anderer Stelle die „monopolkapitalistische Basis" erwähnt wird.

Solche und ähnliche Fehler zeigen, daß der Verfasser die Lehre Stalins von Basis und Überbau noch nicht genügend verarbeitet hat.

Es ist zu hoffen, daß bei einer Neubearbeitung des Buches die vorhandenen Schwächen beseitigt werden, um es so zu einer noch wirksameren Waffe zur Zerschlagung der reaktionären Ideologie, im Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu machen.

Manfred Nußbaum

Kim Ir Sen über den großen Befreiungskrieg des koreanischen Volkes

Seit nunmehr drei Jahren versuchen die USA-Imperialisten das zahlenmäßig kleine koreanische Volk zu versklaven. Obwohl die USA bereits nach Ausbruch des Krieges — um der unmittelbar drohenden Niederlage zu entgehen — alle ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte des Pazifik-Raumes, einen Teil der Mittelmeerflotte und sogar Reserve-Flotteneinheiten mobilisierten und nach Korea schickten, obwohl sie heute an der nur 200 km langen koreanischen Front ein Drittel der amerikanischen Divisionen und über ein Fünftel der Luftstreitkräfte einsetzen, obwohl sie die barbarischsten Massenvernichtungswaffen anwenden und 19 von den USA abhängige imperialistische Länder Söldnerverbände in Korea haben, sind die amerikanischen Imperialisten in den vergangenen drei Jahren ihrem Ziel keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil, sie haben ernste Niederlagen und schwere Verluste einstecken müssen und der Krieg wird mit der völligen Niederlage der Aggressoren enden, falls sie nicht auf die realen und konstruktiven Friedensvorschläge der Volksrepublik Korea und der Volksrepublik China eingehen.

Tiefgründige marxistische Analysen der Grundfragen des großen Befreiungskrieges des koreanischen Volkes enthält eine vom Ministerium für Kultur und Propaganda der Volksdemokratischen Republik Korea herausgegebene Sammlung von Reden, Befehlen und Interviews des Führers des koreanischen Volkes, Kim Ir Sen, aus der Zeit des Krieges.*)

Die Reden Kim Ir Sens beweisen, daß der Krieg des koreanischen Volkes ein wahrhafter Volkskrieg ist, in dem die Freiheit und Unabhängigkeit Koreas gegen imperialistische Aggressoren verteidigt wird. Die Reden Kim Ir Sens geben ein eindrucksvolles Bild von dem heroischen Kampf des koreanischen Volkes an der Front, im Hinterland und im Rücken des Feindes, von der Hilfe und Solidarität der gesamten friedliebenden Menschheit, vor allem der Sowjetunion und Chinas, für das koreanische Volk und von der Bestialität und den Verbrechen der imperialistischen Aggressoren. Die Reden Kim Ir Sens beruhen auf den Lehren des unsterblichen Stalin, besonders aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion gegen den Faschismus. Die Reden Kim Ir Sens zeigen, daß die Völker von der Sowjetunion nicht nur den friedlichen Aufbau eines neuen Lebens gelernt haben, sondern auch die Verteidigung dieses Aufbaus, den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit.

☆

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß man, um den Charakter eines Krieges bestimmen zu können, die Politik untersuchen muß, die zu ihm geführt hat. Der Untersuchung dieser Frage sind große Teile der Ausführungen Kim Ir Sens gewidmet, wobei er mit der Feststellung beginnt, daß nach der Befreiung Koreas durch die ruhmreiche Sowjetarmee das koreanische Volk dank der selbstlosen Hilfe der Sowjetunion in der Lage war, Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen und eine wahre Volksmacht zu errichten. Aber infolge der Intrigen der amerikanischen Imperialisten erwies es sich als unmöglich, den Weg der Demokratie auf der Basis eines vereinten, freien Staates zu gehen. Die amerikanischen Imperialisten okkupierten den Südteil Koreas, ließen dort durch Ly Sing Man, den Adenauer Koreas, ein terroristisches Polizeiregime errichten und spalteten auf diese Weise das Land an der künstlichen Demarkationslinie längs des 38. Breitengrades. Während im Norden dank der Hilfe der Sowjetunion eine rapide wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung einsetzte, während das neue Leben des befreiten koreanischen Volkes im Norden von Jahr zu Jahr mehr aufblühte, verfiel die ohnehin durch die lange japanische Herrschaft ruinierte Wirtschaft des Südens weiter, wurde durch die Okkupanten die nationale Kultur des koreanischen

*) Kim Il Sung (englische Schreibweise; deutsch: Kim Ir Sen), „The Great Liberation War of the Korean People for Freedom and Independence" Department of Cultural Relations with Foreign Countries, Ministry of Culture and Propaganda, DPRK, Pyongyang — 1951. Alle Seitenzahlen ohne weitere Quellenangabe beziehen sich auf dieses Buch.

Volkes geschändet und die dekadente Yankee-Kultur eingeführt. In Südkorea wurden die Machtorgane des Volkes, die Volkskomitees, die nach der Befreiung entstanden waren, und die demokratischen Parteien verboten und aufgelöst. Zehntausende Patrioten fielen dem blutigen Terror der Ly-Sing-Man-Bande und ihrer amerikanischen Hintermänner zum Opfer. Gleichzeitig wurde systematisch der Bürgerkrieg vorbereitet. Die amerikanischen Imperialisten verfolgten die Absicht, das koreanische Volk zu versklaven, Korea in eine amerikanische Kolonie, in eine Basis zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung der asiatischen Völker, in eine Basis für einen Krieg gegen China und die Sowjetunion zu verwandeln.

Genosse Kim Ir Sen weist nach, daß die Regierung der Volksdemokratischen Republik Korea das *gesamte* koreanische Volk vertritt, und daß das *ganze* Volk — auch die Bevölkerung Südkoreas — sich gegen die antinationale und volksfeindliche Politik der Machthaber Südkoreas wandte. Als die Ly-Sing-Man-Banditen — die alle Vorschläge der Organe der Volksdemokratischen Republik Korea zur friedlichen Vereinigung des Landes ablehnten — die Volksrepublik überfielen, zeigte sich anschaulich die Schwäche und Fäulnis dieses volksfeindlichen Regimes. Gehaßt vom gesamten koreanischen Volk, unfähig, sich auf die Massen zu stützen oder sich auch nur auf seine Söldner zu verlassen, wurde dieses Regime von der koreanischen Volksarmee in kurzer Zeit förmlich zertrümmert. Hunderttausende junger Koreaner, auch des Südens, gingen freiwillig in die Volksarmee und in die Partisanen-Verbände. Kim Ir Sen betont, daß ohne die Truppen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Vasallen in Korea der Krieg dort längst beendet wäre. Die Tatsachen zeigen, daß das gesamte koreanische Volk die tiefe Wahrheit der Worte Kim Ir Sens verstanden hat, der im September 1950 sagte:

> „Unser Volk steht vor einem Kreuzweg, wo es wählen muß, entweder zu Kolonialsklaven zu werden, oder für seine Unabhängigkeit, Freiheit und Ehre zu kämpfen." (S. 80)

Genosse Kim Ir Sen konnte in der gleichen Rede feststellen:

> „Ohne Rücksicht auf Unterschiede der sozialen Stellung, des Besitzes, der politischen Ansichten und religiösen Überzeugungen erhob sich das ganze koreanische Volk, das sein Vaterland liebt, in diesem patriotischen Befreiungskrieg wie ein Mann, um unsere junge Republik, die es selbst gegründet hatte, um die Rechte, die es errungen hatte, zu verteidigen. (S. 64/65)

Kim Ir Sen weist verschiedentlich darauf hin, daß das koreanische Volk, das sowohl die Kolonialsklaverei als auch die durch den Sieg der Sowjetarmee über den japanischen Imperialismus erlangte Freiheit kennt, sehr wohl weiß, was es verteidigt und wogegen es kämpft. Das Bewußtsein von der Gerechtigkeit seiner Sache, das Bewußtsein, einen Befreiungskrieg zu führen, ist die Grundlage für die hohe Moral, die das koreanische Volk beseelt.

In seiner Analyse der Ursachen für die Überlegenheit des koreanischen Volkes über seine Feinde stützt sich Genosse Kim Ir Sen auf die Lehre Stalins von den ständig wirkenden Faktoren*), die kriegsentscheidend sind. Er zählt als solche Ursachen auf: die hohe Moral der Volksarmee, die Festigkeit des Hinterlandes, d. h. die Unterstützung der Volksarmee durch das gesamte Volk, die Ausrüstung mit modernsten Waffen, die die Kämpfer der Volksarmee erfolgreich anzuwenden verstehen, und schließlich die internationale Solidarität der großen Sowjetunion, der Chinesischen Volksrepublik, der volksdemokratischen Länder und aller freiheitsliebenden Völker der Welt.

Dem stellt Genosse Kim Ir Sen entgegen:

> „Die amerikanischen Söldner kämpfen für Dollars, für die Interessen der amerikanischen Imperialisten ... sie kämpfen auf dem Gebiet eines anderen Landes, weit entfernt von ihrer Heimat. Deshalb ist nicht zu leugnen, daß die amerikanische imperialistische Armee weder die Unterstützung ihres eigenen Volkes, noch die irgendeines fortschritt-

*) Siehe J. Stalin „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 46

lichen Volkes der Welt hat. Die Forderung ‚Hände weg von Korea' wird heute überall in der Welt lauter und lauter, und diese Forderung wird auch in ihrem eigenen Lande lauter." (S. 57/58)

Genosse Kim Ir Sen wies später in einem Interview darauf hin, daß diese gegensätzlichen Tendenzen sich mit der Entwicklung noch verschärfen. Die Moral des koreanischen Volkes festigt sich, die Volksarmee wird im Laufe des Krieges immer mehr gestählt, der Haß gegen den Feind, der zu den barbarischsten Methoden der Kriegsführung greift, wächst, die internationale Solidarität für das tapfere koreanische Volk wächst, während die Moral der feindlichen Truppen ständig sinkt, die inneren Widersprüche sich zuspitzen und der aggressive Block sich aufzuspalten beginnt.

J. W. Stalin lehrte, daß die ständig wirkenden Faktoren nicht automatisch zur Geltung kommen, daß vielmehr ein ständiger Kampf geführt werden muß, um sie wirksam werden zu lassen. Gestützt auf diese Lehre ermahnt Genosse Kim Ir Sen immer wieder das koreanische Volk, sich nicht mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Wiederholt zeigt er, daß es gilt, die Faktoren, die den Sieg sichern, zu festigen. Er warnt vor Selbstzufriedenheit und zeigt den Arbeitern, den Bauern, der Intelligenz, den Kämpfern und Kommandeuren der Armee, den Partisanen konkret, was jeder tun kann und muß, um den Sieg des koreanischen Volkes zu sichern.

Ebenso wie vor der Selbstzufriedenheit bei Erfolgen, warnt Kim Ir Sen vor Mutlosigkeit bei unvermeidlichen Rückschlägen. Als die Volksarmee im Herbst 1950 angesichts einer großen materiellen Übermacht des Feindes einen vorübergehenden Rückzug antreten mußte, erklärte Kim Ir Sen, daß es in einem großen Kampf nicht nur Erfolge, sondern manchmal auch Rückschläge gibt, und er wies dabei auf die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der chinesischen Revolution hin. Aber er betonte:

„Der Imperialismus, der zum Untergang verurteilt ist, versucht verzweifelt, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Imperialisten versuchten das in Rußland und es mißlang. Sie versuchten das gleiche in China, aber sie erreichten nichts. Jetzt versuchen sie das koreanische Volk zu versklaven. Der reaktionäre, aggressive Plan der amerikanischen imperialistischen Räuber wird jedoch wieder fehlschlagen." (S. 93)

Von hervorragender Bedeutung für den heroischen und erfolgreichen Kampf des koreanischen Volkes ist die leitende und führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, der Arbeitspartei Koreas. Kim Ir Sen erklärte, warum das gesamte koreanische Volk der Partei Liebe und Vertrauen entgegenbringt.

„Unsere Partei hat ihre richtige politische Linie und ihre praktische Tätigkeit auf der Grundlage der wesentlichen Wünsche und Interessen des koreanischen Volkes aufgebaut." (S. 103)

„Das Volk erkannte ... durch die Praxis unserer Partei, daß sie die einzige Partei ist, die die Interessen des Vaterlandes und des Volkes vollständig sichert." (S. 124)

Auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der Arbeitspartei Koreas am 21. Dezember 1950 entwickelte Kim Ir Sen das Programm der Parteiarbeit in der Kriegszeit. Er betonte, daß die Partei sich als Vorhut des Volkes bewährt hat, daß die Parteimitglieder großartige Beispiele an Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit geben, daß viele Auszeichnungen von ihnen errungen wurden. Einen breiten Raum nehmen in dieser Rede die Fragen der Disziplin, der Kritik und Selbstkritik und der politischen Schulung ein. Mit besonderem Nachdruck unterstreicht Genosse Kim Ir Sen die Notwendigkeit einer eisernen Disziplin, da eine Armee ohne Disziplin unter allen Bedingungen zur Niederlage verurteilt ist, während eine Armee mit straffer Disziplin über eine Armee, die zahlenmäßig überlegen oder mit besseren Waffen ausgerüstet ist, siegen kann. Die *Partei*disziplin aber ist von besonderer Bedeutung, da das

„... Fehlen einer eisernen Disziplin in unserer Partei zur Lockerung der Disziplin in der Regierung und in der Armee führt". (S. 127)

„Sollte es uns nicht gelingen, die Parteidisziplin zu festigen, so wird uns nichts gelingen." (S. 142)

Genosse Kim Ir Sen forderte eine lebendige, mit den konkreten Aufgaben eng verbundene Propaganda- und Agitationsarbeit, von der in starkem Maße auch die Festigung der Disziplin abhängt. Schließlich entwickelt Genosse Kim Ir Sen in seiner Rede, die selbst ein Musterbeispiel prinzipieller, unversöhnlicher Kritik und Selbstkritik ist, die Bedeutung der Kritik und Selbstkritik. Schonungslos und sehr konkret prangert Kim Ir Sen Schwächen und Mängel in der Arbeit verschiedener Organe des Staates und der Partei und das Versagen einzelner Funktionäre an. Gerade diese Haltung Kim Ir Sens und der von ihm nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erzogenen Arbeitspartei Koreas zeigt die innere Festigkeit der Partei und erklärt die Stärke des von ihr geführten Volkes.

*

Die Sammlung der Reden, Befehle und Interviews Kim Ir Sens enthält eine Fülle weiterer wichtiger Lehren, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Es gibt eine große Anzahl wichtiger Äußerungen über die Fragen der internationalen Beziehungen, über die beiden Lager in der Welt, über die hervorragende Rolle der Sowjetunion, über die Bedeutung der Hilfe Chinas für Korea, über den Befreiungskampf der Kolonialvölker, über die Rolle der UN, die Fragen der Aggression usw.

Die Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris, die die Gefahr verschärfen, daß die imperialistischen Aggressoren aus Deutschland ein zweites Korea machen und damit einen dritten Weltkrieg provozieren, erhöht die Notwendigkeit, unsere Jugend und darüber hinaus das gesamte deutsche Volk im Geiste des Patriotismus und der Verteidigungsbereitschaft zu erziehen. Dabei können die Arbeiten des Genossen Kim Ir Sen, die von glühendem Patriotismus und leidenschaftlichem Haß gegen die Kriegsbrandstifter durchdrungen sind, von größtem Wert sein. Das Buch „Der große Befreiungskrieg des koreanischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit" wird in nächster Zeit auch dem deutschen Leser zugänglich gemacht werden.

Gustav Hertzfeldt

BÜCHERSCHAU

Neuerscheinungen sowjetischer wissenschaftlicher Literatur in deutscher Sprache

Alexejew, A.: Das Gesicht des bürgerlichen Sports. (Sportverlag, Berlin 1952)

Arkadjew, Boris, A.: Die Taktik des Fußballspiels. (Sportverlag, Berlin 1952)

Borodina, L.: Leichtathletischer Mehrkampf für Frauen. (Sportverlag, Berlin 1952)

Bubrow, N. F.: Die Blockstruktur bei unberuhigtem Stahl. (Fachbuchverlag, Leipzig 1952)

Jessipow, B. P., Gontscharow, N. K.: Pädagogik. (Volk und Wissen, Volkseigener Verlag, Berlin 1952)

Koroljowa, K. P.: Erfahrungen mit dem beschleunigten Durchlauf der Züge. (Fachbuchverlag, Leipzig 1952)

Kotok, W. F.: Zur Frage der ökonomischen Grundlage des volksdemokratischen Staates. (Aufbau-Verlag, Berlin 1952)

Litowschenko, G. R., Wassiljew, A. W.: Grundlegende Fragen der Schafzucht. (Deutscher Bauernverlag, Berlin 1952)

Maltschenko, W. M.: Der Weg zur Zuckerrüben-Rekordernte. (Deutscher Bauernverlag, Berlin 1952)

Makarenko, A. S.: Ausgewählte pädagogische Schriften. (Volk und Wissen, Volkseigener Verlag, Berlin 1952)

Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels. (Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952)

Pawlow, I. P.: Drei Abhandlungen über die Tätigkeit der Großhirnrinde aus den Jahren 1922, 1923 und 1925. (Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1952)

Simonow, M. S.: Fertigteile aus Stahlbeton. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Tatur, S., Sokolowski, A., Mnazaganowa, W.: Die Anwendung der persönlichen Einsparungskonten im Kampfe um die sozialistische Akkumulation in der Industrie. (Verlag „Die Wirtschaft", Berlin 1952)

Ter-Akopow, G. D.: Schutz der Wasserturbinen gegen Verschleiß durch Kavitation und Ablagerungen. (Verlag Technik, Berlin 1952)

Dietz Verlag GmbH Berlin C 2 Wallstraße 76/79 Fernruf 67 63 61 (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und der Literaturvertrieb sämtlicher Parteiorganisationen entgegen) / Redaktion Berlin W 8 Thälmannplatz 8/9 Fernruf 42 00 56 Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Druckerei, Berlin C 2, Dresdener Str. 43. 1021

J. W. STALIN · WERKE

Herausgegeben auf Beschluß der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion (Bolschewiki)

Die deutsche Ausgabe wird vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-
Institut beim Zentralkomitee der SED besorgt

Band 9 Dezember 1926–Juli 1927

VIII, 332 Seiten · Kunstleder 4,20 DM

Der neunte Band der Werke J. W. Stalins enthält die Schriften, die in der Zeit von Dezember 1926 bis Juli 1927 geschrieben worden sind. In diesen Schriften werden die Fragen der Theorie und Praxis der sozialistischen Industrialisierung, die Fragen des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR herausgearbeitet, wird die Einheit und Unteilbarkeit der nationalen und internationalen Aufgaben der sozialistischen Revolution unterstrichen, die Linie der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik unter den Bedingungen der verstärkten Gefahr eines militärischen Überfalls auf die UdSSR festgelegt und werden die Aufgaben zur Stärkung der Wehrfähigkeit der Sowjetunion aufgezeigt.



DIETZ VERLAG BERLIN

WALTER ULBRICHT

ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

AUS REDEN UND AUFSÄTZEN

Band I	1918—1933	672 Seiten	Kunstleder 5,50 DM Mit 11 Bildbeilagen
Band II	1933—1946	620 Seiten	Kunstleder 5,50 DM Mit 16 Bildbeilagen
Band III	1946—1950	809 Seiten	Kunstleder 6,— DM Mit 22 Bildbeilagen

Die ausgewählten Reden und Schriften des Generalsekretärs der SED und Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, erscheinen auf Beschluß des Politbüros der SED zu seinem 60. Geburtstag. Sie sind in doppeltem Sinne bedeutende Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: als wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Darstellung der wichtigsten Etappen dieser Geschichte seit der Novemberrevolution 1918 und als Dokumente der aktiven Teilnahme des Genossen Walter Ulbricht am Kampf der deutschen Arbeiterklasse und damit an der Gestaltung der deutschen Nation in den 45 Jahren seiner revolutionären Tätigkeit.

